

HERAUSGEGEBEN VOM HEIDELBERGER GESCHICHTSVEREIN E. V.

BW
↓
Buln

JAHRGANG 4

HEIDELBERG

JAHRBUCH ZUR
GESCHICHTE DER STADT

1999

Heidelberg Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 1999

Herausgegeben vom Heidelberger Geschichtsverein

Jahrgang 4

Redaktion:

Jochen Goetze, Ingrid Moraw,
Petra Nellen, Reinhard Riese;

für den Vorstand:

Hans-Martin Mumm und Norbert Giovannini



KURPFÄLZISCHER VERLAG

P

ZA 10572, 4. 1999

LS
0027

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Heidelberg : Jahrbuch zur Geschichte der Stadt / hrsg. vom Heidelberger
 Geschichtsverein. – Heidelberg : Kurpfälzischer Verl.
 Erscheint jährl. – Aufnahme nach Jg. 1. 1996
 Jg. 1. 1996–



© Copyright bei den Autoren

Bestellungen über den Herausgeber:
 Heidelberger Geschichtsverein e.V.
 c/o Hans-Martin Mumm
 Kaiserstraße 10
 69115 Heidelberg

Kurpfälzischer Verlag Dr. Hermann Lehmann – Heidelberg
 Umschlaggestaltung: Ingrid Sauer
 Basistypographie: Brigitte Müller, Heidelberg
 Druck: Druck Partner Rübelmann, Hemsbach

ISBN 3-924566-11-9
 ISSN 1432-6116

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 9 |
| I. Stadtgeschichte | |
| <i>Achim Wendt</i> | |
| „... mit wybe, kindern und aller... habe hinder uns her gein Heidelberg gezogen“ Zur Residenzbildung Heidelbergs im 13. und 14. Jahrhundert | 11 |
| <i>Jochen Goetze</i> | |
| Quod si vero contigerit Palatinatum Rheni - was aber die Pfalz betrifft. – Die Kurpfalz im Westfälischen Frieden von 1648 | 57 |
| <i>Wolfgang U. Eckart</i> | |
| „Zunächst jedoch nur versuchs- und probeweise“ – Die ersten Medizinstudentinnen beziehen die Universität Heidelberg | 77 |
| <i>Jo-Hannes Bauer</i> | |
| „Es wird leicht zur Sucht...“ Kino und Zensur in Heidelberg in den zwanziger Jahren | 99 |
| <i>Theodor Scharnholtz</i> | |
| „Fremdenstadt ohne Fremdenbetten“. Beschlagnahme und Freigabe der Heidelberger Hotels 1945–1955 | 121 |
| <i>Ines Tobis</i> | |
| Heidelberg – Zitadelle des Aufruhrs? „1968“ in Heidelberg | 151 |
| II. Baugeschichte | |
| <i>Jochen Goetze</i> | |
| Der Kelterturm | 163 |
| <i>Einhard Kemmet</i> | |
| Neues zur Heidelberger Stadtbefestigung. Fundbeobachtungen der Archäologischen Abteilung des Kurpfälzischen Museums Heidelberg 1976–1998 | 177 |
| III. Miscellen | |
| <i>Reinhard Düchting und Boris Körkel</i> | |
| Olympia Fulvia Morata (1526–1555) | 195 |

Gunther Wolf
Kaiserin Elisabeth von Österreich (1837–1898):
ihre Aufenthalte in Heidelberg 207

Ernst M. Oppenheimer
Erinnerungen an Maxelo (Max L. Oppenheimer, 1874–1968)
Mit einer Einleitung von Norbert Giovannini 217

Uta Föttsch
Aspekte des Landschaftsœuvres von Franz Huth in Heidelberg
und dem Neckartal 235

Michael Buselmeier und Frank Grüner
Zu Alfred Momberts Nachlass im Moskauer Sonderarchiv 249

IV. Berichte

Armin Schlechter
Die Universitätsbibliothek Heidelberg und ihre Altbestände 257

Dietrich Bahls
Personen um das Rohrbacher Schößchen 265

Renate Ludwig
Funde und Ausgrabungen in Heidelberg 1998 273

Achim Wendt
Stadtkernarchäologie und Stadtentstehung.
Archäologischen Untersuchungen in der Heidelberger Altstadt –
Die Grabung im Bereich der Leyergasse 277

V. Literatur zur Stadtgeschichte

Christoph Vierneisel
Bernd Müller: Architekturführer Heidelberg.
Bauten um 1000 bis 2000 293

Christian Burkhart
Renate Ludwig und Peter Marzolff:
Der Heiligenberg bei Heidelberg 295

Jochen Goetze
David Chytraeus: Kraichgau. De Creichgoia.
Faksimile der Ausgabe Wittenberg 1561
(Hrsg. und übers. von Reinhard Düchting und Boris Körkel 297

| | |
|--|------------|
| <i>Christian Jansen</i> | |
| Klaus Kempfer: Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum | 298 |
| <i>Hans-Martin Mumm</i> | |
| Wilfried Rößling und Konrad Krimm (Hrsg.): Alte Bauten – Neue Pläne. Historismus in Baden – Last und Chance | 303 |
| <i>Uri Kaufmann:</i> | |
| Norbert Giovannini und Frank Moraw (Hrsg.): Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs | 304 |
| <i>Frank Moraw</i> | |
| Michael Kießener und Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. | 306 |
| <i>Hans-Martin Mumm</i> | |
| Werner Schindler: Ruhm und Zauber Heidelbergs. Ausgewählte Beiträge zur Stadt-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte. | 309 |
| Neue Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte | 311 |
| Verzeichnis der Autorinnen und Autoren | 319 |

Vorwort

„Es wird leicht zur Sucht...“ betitelt Jo-Hannes Bauer seinen Beitrag über Kino und Filmzensur im Heidelberg der zwanziger Jahre. Suchtgefahren gehen vom nunmehr 4. Jahrbuch des Heidelberger Geschichtsvereins nicht aus, aber wir können ein konstantes Interesse weit über den Kreis der Mitglieder des Geschichtsvereins hinaus feststellen. Anregungen, Kritik und die große Bereitschaft, das Jahrbuch als Medium der Veröffentlichung aktueller Forschungen zu nutzen, bestärken uns in der Fortführung der bisherigen Konzeption.

Ohne ausdrücklichen thematischen Schwerpunkt ist eine Artikelgruppe des 4. Jahrbuchs um neue und neueste Geschichte gruppiert. Hierzu gehören die Untersuchungen zur Lage des Hotelgewerbes nach dem 2. Weltkrieg, den Beginn des Frauenstudiums in der Medizin, die Fortschreibung der Kinogeschichte unserer Stadt, die Erinnerungen an den jüdischen Kaufmann und Unternehmer Max Oppenheimer und der vorsichtige Versuch einer Einschätzung der 68er Bewegung in Heidelberg. Vor allem das letzte Thema ist längst nicht ausgelotet und unsere Erwartungen gehen dahin, dass sowohl die Protagonisten der 68er Jahre wie ihre Kritiker, aber auch junge Zeithistoriker/innen sich dieses Themas in den nächsten Jahren verstärkt annehmen.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der Fort- und Weiterschreibung archäologisch gestützter „Frühgeschichte“ von Stadtgründung und Residenzbildung, ergänzt um einen Aufriss der Pfälzischen Geschichte im Anschluss an den Westfälischen Frieden von 1648. In den Beiträgen von Renate Ludwig, Achim Wendt und Einhard Kemmet werden darüber hinaus die Jahresergebnisse der Heidelberger Archäologie systematisch dargestellt. Armin Schlechter informiert über die Altbestände der Heidelberger Universitätsbibliothek, Reinhard Düchting und Boris Körkel erinnern an die gelehrte und lehrende Olypmia Fuvia Morata.

Die Rezensionen und die immer umfanglicher werdende Liste der Neuveröffentlichungen sind auf das abgelaufene Kalenderjahr konzentriert. Insbesondere die Bibliografie zur Stadtgeschichte bedarf immer der Hinweise und Hilfen von Lesern und Benutzern, um sich dem selbstgesteckten Ziel der Vollständigkeit anzunähern.

Hinsichtlich der neuen Rechtschreibung verfahren wir pragmatisch und richten uns nach den Wünschen der Schreibenden.

Das Konzept des Jahrbuchs schließt unterschiedliche methodische Zugänge ebenso ein wie die Darstellungsvielfalt. In diesem Sinn gibt das Jahrbuch Forschungen wieder, vermittelt Erinnerung und will auch Lesebuch sein. Zu danken haben wir den Mitgliedern der Redaktion, Ingrid Moraw, Petra Nellen, Jochen Goetze und Reinhard Riese, Hermann Lehmann für die Verlagstätigkeit und Martin Langner für die Herstellung. Die Autorinnen und Autoren waren insbesondere in der Zeit der Schlussredaktion ebenso wie die Redaktion manchem Stress ausgesetzt. Der Heidelberger Buchhandel räumt unserem Jahrbuch einen festen Platz ein. Von unsern Lesern wünschen wir uns Zuspruch und Kritik.

Heidelberg, im Oktober 1999

Für den Vorstand des Heidelberger Geschichtsvereins

Hans-Martin Mumm, Norbert Giovannini

Achim Wendt

„... mit wybe, kindern und aller ... habe hinder uns her
gein Heidelberg gezogen“

Zur Residenzbildung Heidelbergs im 13. und 14. Jahrhundert¹

Der im Aufsatztitel zitierte Wortlaut findet sich in einer im Jahre 1402 ausgestellten Urkunde des Pfalzgrafen Ruprechts III., damals im zweiten Regierungsjahr als Ruprecht I. König des Deutschen Reichs. Das Schriftstück bezieht sich auf die Vergabe von pfalzgräflichem Grund- und Hausbesitz an Johann (von) Kirchen (Kirchheim), der gerade aus dem Prag König Wenzels „mit wybe, kindern und aller siner habe“ – also mit der gesamten Familie und seinem (beweglichen) Besitz – nach Heidelberg übersiedelte.

Kirchen hatte bis dahin als führender Notar am Hofgericht König Wenzels eine bedeutende Stellung inne. In der Auseinandersetzung um die Reichskrone war er einer der wenigen hochrangigen Funktionsträger, die aus der böhmischen Kanzlei zu dem in Frankfurt zum (Gegen)König gewählten Pfalzgrafen überwechselten. Kaum zufällig wurde Kirchen daher von Ruprecht als Protonotar, d.h. in leitender Position, in die neu aufzubauende königliche Kanzlei übernommen und für die mit dem Parteiwechsel verbundenen Verluste – er hatte in Böhmen ansehnlichen Besitz verloren – großzügig entschädigt. Kirchen erhielt unter anderem für sich und seine Familie ein stattliches Wohnhaus in Heidelberg zur Verfügung gestellt. Später erwarb er ein Anwesen in der oberen Vorstadt in der Nähe der Herrenmühle, das er auch dann behielt, als er nach Ruprechts Tod 1410 in die Kanzlei König Sigismunds eintrat. Das Anwesen findet sich auch später noch im Besitz seiner Nachkommen, die ebenfalls in pfalzgräflichen Diensten standen. Johann Kirchen ist damit zugleich ein frühes und eindrucksvolles Beispiel für die Begründung einer jener Heidelberger Beamtdynastien, wie sie im 15./16. Jahrhundert für die Führungseliten in der kurpfälzischen Hauptstadt so typisch werden sollten. Es ist dem Überlieferungszufall zu verdanken, daß uns hier ein Lebensausschnitt eines – freilich bedeutenden – Kanzleiangehörigen vor Augen tritt, der ungewöhnlich detailliert dessen Integration in das spätmittelalterliche Heidelberg nachvollziehen läßt². Ich habe dieses Beispiel dem zweiten Teil des Beitrages zur frühen Residenzbildung Heidelbergs vorn-

angestellt, weil darin exemplarisch ein wesentlicher stadtgeschichtlicher Aspekt des Themas zum Ausdruck kommt, der im folgenden näher beleuchtet werden soll.

Die Formierung „moderner“ Staatlichkeit entwickelt sich seit dem späten Mittelalter von der ambulanten Macht- und Regierungsausübung (Reiseherrschaft) zur Herausbildung fester und zentraler Landesmittelpunkte, die in Mittel- und Westeuropa seit dem 14. Jahrhundert in Gestalt der Residenz-, später auch Hauptstadt auftreten. Es ist dies ein für unser heutiges politisches wie kulturelles Selbstverständnis grundlegender Prozeß, dessen entscheidende Bedeutung von der historischen Forschung erst in jüngerer Zeit erkannt und heute systematisch bearbeitet wird³.

Anders als der Begriff der Residenz, die für sich allein genommen im Spätmittelalter zunächst den zumeist mit einer Burg identischen Wohnsitz des Landesherrn meint – es sei an dieser Stelle an den Titel des vorangehenden Beitrages erinnert⁴ – sollte von einer Residenzstadt im engeren Sinne erst dann gesprochen werden, wenn die sich Stadt zu Füßen der die Herrschaft sichernden Fürstenburg zur topographischen Erweiterung des ortsfesten Regierungssitzes und zum Rahmen des Hoflebens entwickelt. Die im Mittelalter gewöhnlich so abgeschlossen wie „feindlich“⁵ sich gegenüber stehenden Elemente der Adelsburg und Stadt müssen unter landesherrlichem Druck miteinander in funktionale wie soziale Beziehung gebracht werden. Die zahllosen Beispiele, in denen sich die damit verbundenen Spannungen in gewaltsamen Aufständen entluden, sprechen für sich. Noch an der Schwelle zur Neuzeit legte der zu seiner Zeit fraglos richtungsweisende Architekturtheoretiker Leo Battista Alberti diesen Erfahrungshorizont wie selbstverständlich einer „idealen“ Definition der „Fürstenburg“ zu Grunde: *„Der Tyrann aber muß, da ihm die seinen ebenso Feinde wie die Fremden sind, seinen Staat nach beiden Seiten hin befestigen ... Will jemand etwa die Burg ganz kurz beschreiben, wird er nicht irren ... wenn er sie den in jeder Beziehung ausgezeichnet befestigten rückwärtigen Teil einer Stadt nennt. Sie sei aber, wie man will, der höchste Gipfelpunkt unter den Bauwerken und der Knotenpunkt der Stadt. Sie muß drohend, finster und starr, hartnäckig und unbezwinglich sein“*⁶.

Beispielhaft bringt Alberti die charakteristische Doppelpoligkeit der spätmittelalterlichen Residenz zwischen Hof und Bürgergemeinde zum Ausdruck. Es darf vor einem solchen spannungsgeladenen Hintergrund – und die architektonische Gestalt des pfalzgräflichen Schlosses spricht in diesem Sinne noch im 16. Jahrhundert eine deutliche Sprache – davon ausgegangen werden, daß das mit der Residenzbildung einhergehende Ausgreifen des Hofes auch in Heidelberg von wirkungsmächtigen Wand-

lungsprozessen begleitet worden sein muß, die die Stadtentwicklung und Stadtgestalt nachhaltig geprägt haben.

Die Heidelberger Quellenlage und noch weniger die in geringsten Resten erhaltene mittelalterliche Bausubstanz gestatten freilich keine präzisen Einblicke in die während des 14./15. Jahrhunderts mit der Verflechtung von Hof und Bürgergemeinde einhergehenden Veränderungen. Nur vereinzelte Schriftzeugnisse beleuchten das Verhältnis zum Landesherren unmittelbar. Das Wenige ist hinlänglich bekannt. So vor allem die Verordnungen Ruprechts I., die schon während der Frühphase der Residenzwerdung die Stadt so kompromißlos wie erfolgreich der landesherrlichen Autorität unterwarfen. Die Stadtordnungen Friedrich des Siegreichen von 1473 spiegeln den begrenzten Rahmen, in dem die Bürgergemeinde – wohl in der Folge mehr oder weniger scharfer Auseinandersetzungen – dem Landesherren Freiheiten abzutrotzen vermochte. Ebenso bruchstückhaft tritt die Wirkung des Pfalzgrafen auf die Stadtentwicklung in Erscheinung – seien es Aufwertungsversuche wie das aussichtslose Messeprivileg von 1357, oder die ebenfalls hinter den Erwartungen zurückbleibende Stadterweiterung von 1392. Dank des Erhalts des Universitätsarchivs gewinnt einzig das Verhältnis zur Hochschule – dem wohl nachhaltigsten Ergebnis der Residenzbildung – schärfere Konturen. Zu den genannten Gesichtspunkten dürfte es im vorliegenden Rahmen nicht möglich sein, wesentlich Neues beizutragen⁷. Zweifellos gehört die Universität zu den am besten erforschten Bereichen der Heidelberger Geschichte. Stellvertretend sei auf einen jüngst von Matthias Nuding veröffentlichten Beitrag verwiesen, der in der intensiven Behandlung der konfliktträchtigen „Dreiecksbeziehung“ zwischen Pfalzgraf, Stadt und Rupertina hier eine weitere Darstellung erübrigt⁸.

Zielen wir auf eine stadtgeschichtliche Perspektive und beschränken uns – wie im ersten Teilbeitrag vorausgesetzt – chronologisch auf die entscheidende Entstehungsphase der Heidelberger Residenz mit ihren Determinanten im 13. Jahrhundert vor allem auf das 14./frühe 15. Jahrhundert, erscheint es im Rahmen eines Aufsatzes sinnvoll, einen der lokalen Überlieferung entgegenkommenden Themenausschnitt näher zu beleuchten, dem ausreichend Material über die Verflechtung von Hof und Stadt zugrunde liegt. Die Quellenlage gestattet es zwar nicht, die Beziehungen zwischen Pfalzgrafen und Stadt in ihren vielschichtigen Bedeutungsschattierungen zu untersuchen, es ist jedoch in den bisher vorgelegten Quelleneditionen ein so verschiedengestaltiges wie für Heidelberger Verhältnisse umfangreiches Material greifbar, das Institutionen, v.a. aber Personen des pfalzgräflichen Hofes mit Immobilien bzw. Besitz der Stadt erwähnt.

Es fügt sich gut in diese Zufälligkeit der lokalen Überlieferung, daß die inzwischen methodisch fortgeschrittene und entsprechend differenzierte

Erforschung spätmittelalterlicher Residenzen in jüngster Zeit zunehmend dahin tendiert, die Vielschichtigkeit und definitorischen Schwierigkeiten des Themas mit der intensiveren Betrachtung landesherrlicher Höfe zu parieren. Maßgeblich ist es Moraw, der den Hof als den signifikanten Gegenstand vorschlägt, auf den die umständliche Merkmalssuche der Residenzforschung eigentlich zielt⁹. Hofforschung – verwiesen sei vor allem auf eine richtungweisende Definition Werner Paravicinis¹⁰ – ist zunächst einem personengeschichtlichen Ansatz verpflichtet. „La cour, est, l'ensemble des hommes et des femmes qui, a des titres divers, forment l'entourage continuel, periodique ou occasionel du prince“. In dem Maße wie sich dieser Personenverband als unmittelbare Lebensumwelt des Fürsten aus der landesherrlichen Burg heraus mit der zugehörigen Stadt verflechtet, kann auch von einer Residenzstadt gesprochen werden. Die Definition bezieht sich vor allem auf den räumlichen Rahmen des ortsfesten Apparates zur Herrschaftsausübung und Lebensgestaltung. Um nur einige darin einbegriffene Punkte zu nennen: Der Personenverband des Hofes bestreitet Regierung und Verwaltung, materielle und physische Lebenssicherung nicht allein des Herrschers, sondern aller assoziierten Personen, und repräsentiert den Anspruch des Fürsten nach Außen, d.h. wirkt auch kulturell gestaltend auf seine Umwelt ein.

Die Quellenlage zum Heidelberger Hof ist freilich qualitativ wie quantitativ heterogen und zugunsten der hochrangigen Personen des Regierungs- bzw. Verwaltungsapparates verzerrt, während das niedere Personal nur beiläufig begegnet. So wenig die Überlieferung daher den Hof als Ganzes zu erkennen gibt, noch eine systematische Darstellung erlaubt, läßt doch bereits ein erster Überblick über die publizierten Bestände erkennen, daß eine größere Anzahl von Informationen zu den unterschiedlichsten Hofangehörigen vorliegt, für die Besitz innerhalb der Stadtmauern erwähnt ist, d.h. einen zwar ausschnitthaften Aspekt zu beleuchten, der aber von großer Relevanz, wie einen Gradmesser für die Entwicklung Heidelbergs zur Residenzstadt beinhalten. Die mit Grund- bzw. Hausbesitz in der Stadt etablierten Hofangehörigen offenbaren eine sehr konkrete Beziehung zur Bürgergemeinde als räumlichem Rahmen und damit einem wesentlichen Teil ihrer Lebenswelt. Das gilt auch, wenn sie rechtlich dem Pfalzgrafen unterstanden und der Dienort für viele die landesherrliche Burg blieb. Um einer Überforderung der für Heidelberg so typischen, in „bunter, ja manchmal chaotischer Streuung“¹¹ zustande gekommenen Quellenlage vorzubeugen, liegt es nahe, das verfügbare Material vor allem unter topographischen Gesichtspunkten abzufragen. Die Fragestellungen zielen daher auf die – erst ansatzweise erforschte – Konvergenz von Funktions- und Sozialtopographien mit

Machtstrukturen, die wesentlich zur Gestaltung von Städten beigetragen haben¹².

Um den Ausgangsbestand an auswertbaren Schriftzeugnissen nicht weiter reduzieren zu müssen, war es unmöglich, mit exakten Besitzlokalisierungen operieren zu können. Dafür ist die Anzahl von Archivalien mit entsprechend detaillierten Angaben für Heidelberg einmal zu gering, zum anderen sind die zeitgenössischen Ortsangaben für zweifelsfreie Zuordnungen oftmals zu unscharf. Um eine abschließende Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sind gesicherte topographische Aussagen meist nur im Rahmen von Straßenzügen und Nachbarschaften bedeutender Baulichkeiten möglich, die häufig als Bezugspunkte erwähnt werden. Einschränkungen gelten im besonderen für qualitative Aussagen zum Sozialstatus der erwähnten Hofangehörigen. Wenn auch die Wertigkeit von Hofadel und hochrangigem Verwaltungspersonal gegenüber den nur beiläufig erwähnten niederen Dienstleuten bis hin zu Köchen, Torwächtern, Kriegs- und Stallknechten usw. offenbar ist, werden präzise Abstufungen in der sozialen Binnenstruktur des Hofes kaum noch wirklich nachvollziehbar sein. Eine qualitative Einschätzung von Stadtbereichen kann also nur mit der Verteilung bzw. Verdichtung von grob lokalisierbaren „Qualitätsspitzen“, dh. Besitz- bzw. Wohnorten hochrangiger Hofangehöriger und deren Bezug auf hochwertige Institutionen und Bauten innerhalb der städtischen Topographie rechnen. Um überzogenen Erwartungen vorzubeugen, kann der Aufsatz also nur ein in Manchem unvollständiger Beitrag sein, die Entwicklung Heidelbergs zur Residenzstadt in ihrer topographischen Verflechtung mit der frühen pfalzgräflichen „Hofgesellschaft“ nachzuzeichnen¹³.

I Kristallisationskerne der Herrschaftstopographie

1. Die Sitze pfalzgräflicher Dienstleute und der Lokalverwaltung im 13./14. Jahrhundert

Soweit die schriftliche Überlieferung zur Heidelberger Stadtgeschichte zurückreicht, ist auch die Rolle des Ortes als Verwaltungszentrum der Pfalzgrafen bei Rhein zu erkennen. In Verbindung mit der um 1180 aus der „Vita Eberhardi“ erschließbaren Burg Konrads von Hohenstaufen manifestiert sich wohl auch im archäologischen Befund massiver Steinbauten des 12. Jahrhunderts im Umfeld der Peterskirche bereits die Anwesenheit jener herausgehobenen Personengruppe, die einige Jahrzehnte später in den Urkunden der Pfalzgrafen für Zeugen- und Verwaltungsdienste im Unteren Neckarland erwähnt wird. Es sind dieselben Leute, die den Ausbau des Burgweilers zur Gründungstadt umzusetzen hatten und die wir

als „*militēs*“ und „*officiales*“ in der als „*boni viri*“ bezeichneten frühen Heidelberger Oberschicht wiederfinden¹⁴. Zentrale Instanz der pfalzgräflichen Herrschaft im Neckarland war der seit 1220 mit Sitz in der Stadt nachweisbare „*advocatus*“¹⁵, dessen umfassender Aufgabenbereich zur Jahrhundertmitte im Vicedominat aufging (vgl. unten)¹⁶. In direkter Linie tradiert sich wohl aus dem Heidelberger Vogtsamt die bis ins 14. Jahrhundert weitgehend ausgebildete Lokaladministration, deren Wirkungsfeld im späteren Oberamt Heidelberg umrissen ist. Zu den vielfältigen Aufgaben gehörte im 14./15. Jahrhundert u.a. das militärische Aufgebot in Stadt und Oberamt, die Aufsicht über die Kellereien sowie verschiedene Aufgaben in der Kanzlei und die Ausübung der Kriminalgerichtsbarkeit. In ihrer Stellung bei Hof rangierten die Heidelberger Vögte direkt hinter dem Marschall und den kurfürstlichen Räten und rekrutierten sich aus denselben Familien der Kraichgauer Ritterschaft wie die führenden landesherrlichen Hofbeamten.

In dem zum Teil als Burglehen vergebenen Hausbesitz des ersten Vogtes und der frühen pfalzgräflichen „*officiales*“ liegen vermutlich die ältesten herrschaftlichen Ansatzpunkte innerhalb des Stadtgefüges begründet. Es ist nicht sicher zu entscheiden, ob ein noch vor 1228 von der „*advocata de Heidelberg*“ an das Kloster Schönau geschenktes Anwesen zugleich auch den ältesten Sitz des Heidelberger Vogtes bezeichnet¹⁷. Gegen die Wende zum 14. Jahrhundert und später findet sich dann der Vogtshof ortsfest erwähnt in der daher sporadisch auch als „Fautsgasse“ bezeichneten Heugasse in enger Verbindung mit dem herrschaftlichen Komplex des alten Marstalls¹⁸. Die frühen Quellen berichten auch von einigen der ersten Herrenhöfe innerhalb der Stadt, ihre genaue Lage bleibt jedoch meist offen. Näher faßbar ist der Hof der Herren von Walldorf, der beim Übergang in den Besitz des Deutschen Ordens 1280 erwähnt wird und eindeutig an der zum Markbronnertor gelegenen Südostecke der Kettengasse zu lokalisieren ist¹⁹. Eines der bedeutendsten frühen Heidelberger Burglehen begegnet als „*magna aedes dictus Schoneck*“ 1262 beim Rückfall an den Lehnsherrn in der Steingasse²⁰. Es war dies ein großer Baukomplex an der Südostseite bis zum Markt, der im 14. Jahrhundert in die niedere und obere Schöneck aufgeteilt war. Ein 1229/39 erwähnter Herrenbesitz läßt sich über Schenkungen an Schönau im Bereich des späteren Mönchhofs am nordöstlichen Bereich der Stadtbefestigung festmachen²¹. Weitere Burglehen und pfalzgräflicher Grundbesitz, der möglicherweise weiter zurückreichen könnte, werden im 14. Jahrhundert mit Anwesen im späteren Hirschhorner Hof an der Hauptstraße/Ecke Heugasse, 1357 im Burglehen am Aufgang zum Burgweg (Schloßstraße) nahe der Peterskirche, im sogenannten Viztums- haus am Markt (südwestl. Ecke der Apothekergasse) sowie auch und vor

allem in und um den alten Marstall (etwa im Bereich der späteren Jesuitenkirche) konzentriert zwischen Ketten-, Heu- und Augustinergasse erwähnt²².

Ein wichtiges Bindeglied in der historischen Entwicklung zwischen der Lokalverwaltung und der landesherrlichen Territorialadministration war das Amt des Heidelberger Landschreibers²³. Ähnlich dem Vogt besteht auch hier über eine alte Beziehung zum Viztumsamt eine Verbindung zur landesherrlichen Regierung. Im Verlauf des 14. Jahrhunderts begegnet das 1342 zuerst überlieferte Amt dem Vicedominus noch direkt beigeordnet, bis es dann im weiteren Differenzierungsprozeß zwischen Lokal- und Landesadministration zu Beginn des folgenden Jahrhunderts schließlich dem Vogt unterstellt wird. Im Gegensatz zu Viztum und Vogt wird der Landschreiber schon früh als einer der ersten hochrangigen Verwaltungsbeamten aus dem Bürgertum rekrutiert. Aufs engste ist der Verschriftlichungsprozeß der pfälzischen Landesverwaltung mit diesem vorrangig der Finanzverwaltung dienenden Amt verbunden. Sicher geht auf die Heidelberger Landschreiberei schon 1354 die Entstehung der ersten mit Registerbüchern erschlossenen Kopiare zurück, vermutlich auch das umfassende Lagerbuch für die rechtsrheinische Pfalz von 1369. Die Institution markiert daher eine der ersten mit Sicherheit ortsfest in Heidelberg etablierten Regierungsbehörden. Ein bereits 1396 als „des alten Landschreibers“ bezeichneter, mit Mauern und Türmen versehener Hof – an der heute verschwundenen, zwischen Ketten- und Augustinergasse unweit der Stadtmauer verlaufenden „Zwerchgass am Margbronn“ (vereinzelt auch als kleine Augustinergasse und gemeine Gasse bezeichnet) – wird wie noch 1487 in Nachbarschaft des Marstallkomplexes und Vogthofes erwähnt²⁴. Darüber deutet sich auch eine ortsfeste räumliche Verbindung der beiden in der Lokalverwaltung des 15. Jahrhunderts zusammengeordneten Ämter an. Unterstrichen wird die Verankerung von Amtleuten der Lokaladministration im südwestlichen Randbereich der Altstadt auch durch die in nächster Nachbarschaft lokalisierbare Vergabe weiterer Häuser an die Landschreiber von Neustadt²⁵ und Oppenheim²⁶ sowie eines der ebenfalls in die Finanzverwaltung integrierten Kellereibeamten, die offenbar trotz ihrer entfernten Amtsgebiete bereits früh durch Hausbesitz mit Heidelberg verbunden waren²⁷.

2. Die Verbindung der landesherrlichen Verwaltung mit Heidelberg – Besitz der Viztume am Rhein

Ausschlaggebende Bedeutung für die Entwicklung Heidelbergs zum Regierungssitz beansprucht die Verankerung der landesherrlichen Kanzlei. Unabhängig von der Anwesenheit des Landesherren geht von ihr am Ende

der mittelalterlichen Entwicklung die standortgebundene Verwaltung des ganzen Landes aus. Für die allmähliche Lösung aus der ständigen Begleitung des reisenden Landesfürsten gilt die zunehmende Verschriftlichung der Landesverwaltung als wesentlicher Wirkungsfaktor. Die von der Heidelberger Landschreiberei angefertigten Urbare, Register und Kopialbücher überliefern für die Pfalz zur Mitte des 14. Jahrhunderts einen den großen Territorien des Reichs vergleichbaren Standard, der bereits die wesentlichen Kennzeichen einer ortsfest arbeitenden Verwaltungsorganisation wiederspiegelt²⁸. Die Überlieferung deutet an, daß die sicher bis zu den Anfängen der Stadt zurückreichende Bedeutung Heidelbergs als regionales Verwaltungszentrum über den Vogt und später den Landschreiber schon früh auch mit der Landesherrschaft der Wittelsbacher am Rhein verflochten scheint. Die Verbindungslinie verläuft über die Beziehung beider Ämter zum pfalzgräflichen Vicedominus.

Die Landesteilung von 1255 erwies sich für die Wittelsbacher Kernlande als ungemein forcierendes Moment im Aufbau einer fortschrittlichen Ämterverfassung, die ihrerseits wesentliche Determinanten für den Aufbau der späteren Residenzen schuf²⁹. Im Anschluß an die bayerischen Verhältnisse, wo Ludwig II. sein Land in zwei Viztumsämter gliederte, verwundert es wenig, kurz darauf auch in der weitabgelegenen Besitzlandschaft am Rhein einen Stellvertreter, den „Viztum am Rhein“, zu finden, der hier einen beträchtlichen Teil der Rechte und Aufgaben des Landesherren wahrzunehmen hatte³⁰. Bis zur Abspaltung der Pfalz von Bayern tritt die territoriale Autorität des Viztums beispielsweise in seiner Tätigkeit als Wahrer des Landfriedens, im Vorsitz des Hofgerichts, in der Vertretung bei wichtigen Vertragsabschlüssen oder bei der Zuständigkeit für die Finanzverwaltung des Landesteils vor Augen. Die Aufteilung des Vicedominates auf zwei Ämter (Heidelberg/Neustadt) – spätestens 1355 ist auch ein drittes in Amberg für die Oberpfalz vorhanden – erweist die weitere Differenzierung der Landesverwaltung mit dem Herrschaftsantritt der rudolfinischen Wittelsbacher. Mit der territorialen Verselbständigung und dem fortan im Land anwesenden Pfalzgrafen entwickelte sich die vormals zentrale Stellung des Viztums in die Lokalverwaltung hinein, bis das Amt dann zu Beginn des 15. Jahrhunderts im Tätigkeitsbereich des Heidelberger Vogts aufging.

Namentlich begegnen mit Heinrich von Sachsenhausen (1287–1294) und Herdegen von Gründlach (1294–1296) zwei dem oberbayerischen bzw. fränkischen Niederadel entstammende Stellvertreter des Landesherren in der Pfalzgrafschaft³¹. Die folgenden Viztume, Johann vom Stein (1300), Gottfried (der) Pauler (1304–1309, 1312–1316) und Johann von Hohenart (1311) entstammten dann Adelsgeschlechtern der Oberrheingegend. Das

Itinerar Heinrichs von Sachsenhausen spiegelt, wie die zu den Viztumen Rudolfs I. zusammengestellten Urkundenbelege, eine der umfassender Aufgabenstellung entsprechende Reisetätigkeit, die aber abgesehen von einem Beleg in Neustadt³² innerhalb des eigenen Amtsgebiets nahezu ausschließlich in Heidelberg oder dessen nächster Umgebung zu finden ist³³. Damit allein ist der feste Sitz zwar nicht abzusichern, wird aber doch sehr wahrscheinlich, wenn man berücksichtigt, daß Heinrich von Sachsenhausen bereits 1290 mit dem Erwerb der Mühle von Wiesloch im weiteren Umfeld der Stadt begütert war und bezeichnenderweise 1299 im Kreuzgang des Heidelberger Augustinerklosters bestattet wurde³⁴. Für den wohl bedeutendsten rheinischen Viztum Gottfried Pauler ist die Belehnung mit – nicht näher bezeichneten – Häusern und Gärten in Heidelberg dann 1305 schließlich urkundlich bestätigt³⁵, ein Vorgang, der nicht allein zur finanziellen Ausstattung, sondern auch der festeren Bindung an den Amtssitz dienen kann. 1316/17 und nochmals 1323 findet sich der Viztum am Rhein dann gelegentlich als „*officiato suo in Heidelberg*“ bezeichnet³⁶. Der fürstliche Stellvertreter in der Pfalzgrafschaft trat demzufolge wohl spätestens unter Rudolf I. in eine feste Beziehung zur Stadt³⁷. Der spätere Amtssitz wird mit dem 1374 an Heinrich von Erligheim verliehenen Burglehen des Ecksteinhauses am Markt und der 1391 danach bezeichneten Viztumsgasse lokalisierbar. Allerdings war das Amt damals bereits in wechselnden Händen der führenden pfälzischen Ratsfamilien, die dafür ihre zu Lehen erhaltenen Adelshöfe als Absteigequartiere in der Stadt nutzten, so daß auch das Viztumshaus wohl in wechselnden Funktionen begegnet. Seit 1404 bis in das 18. Jahrhundert zu Erblehen an den Hofapotheker vergeben, wandelte sich entsprechend auch die Straßenbezeichnung zur Apothekergasse; dennoch blieb auch der alte Name noch Jahrhunderte erhalten³⁸.

Die einschlägigen Untersuchungen zum Regierungssystem der frühen Wittelsbacher vermochten bis zur Landesteilung von 1329 neben der Münchner Herzogskanzlei keine eigenständige pfälzische Kanzlei auszumachen, belegen hier aber eine beachtlich ausgebaute Viztumskanzlei³⁹. Die Bayernherzöge brachten gewöhnlich ihr angestammtes Personal mit an den Rhein, bedienten sich aber zusätzlich der Viztumsschreiber. Ein noch unbestimmter Zusammenhang mit der Kanzleitätigkeit am Rhein deutet sich schon in frühester Zeit an, als der Pleban von Heidelberg 1196 als Zeuge gemeinsam mit Notar und Protonotar des Pfalzgrafen genannt wird. Später ist der Vizepastor von Heidelberg einmal als Protonotar Ludwigs I. belegt⁴⁰. Vielleicht spiegelt sich darin eine Analogie zur Bedeutung der Pfarrkirchen für die Lokalisierung der späteren niederbayerischen Viztumsämter⁴¹. Die tradierten Überreste dieser Verwaltungsfunktionen kämen dann noch im 14. Jahrhundert in einer Erwähnung der Peterskirche

als (gelegentlichem) Ort der Lehensrechtssprechung durch den Viztum zum Ausdruck⁴². Unter der intensiv untersuchten Regentschaft Rudolfs I. sind allein sechs nur in rheinischen Angelegenheiten beschäftigte Notare überliefert⁴³. In der Beziehung zu Heidelberg erweist sich wieder der der herzoglichen Kanzlei entstammende Gottfried Pauler als Schlüsselfigur. Insgesamt ist er zwischen 1300 und 1318 mit 15 der 29 mit Ortsangabe versehenen Belegstellen in Heidelberg erwähnt, als Schreiber sogar mit 10 von 11. Sprinkart macht an seiner Person, die zugleich und abwechselnd die Ämter des Viztums und „*notarius in rheno*“ bekleidete, eine bewußte Aufwertung und Verselbständigung des Kanzleititels fest⁴⁴. Vermutlich beginnt hier die Trennlinie zwischen dem alsbald in die Lokalverwaltung abgleitenden Heidelberger Viztumsamt, dem dann die 1342 zuerst erwähnte Land-schreiberei unterstellt ist, und der von einem Protonotar (Ersterwähnung 1367) und später Kanzler (15. Jh.) geleiteteten Kanzlei als zentraler Regierungsbehörde des ganzen Landes.

II Die Verankerung der Territorialverwaltung in Heidelberg

1. Besitz- und Wohnorte des kurpfälzischen Kanzleipersonals

Die Verankerung des Kanzleipersonals in Heidelberg läßt sich bereits recht früh und trotz der lückenhaften Überlieferung vergleichsweise detailliert verfolgen. Leider wissen wir nicht, wo die 1305 an Gottfried den Pauler zu Lehen vergebenen Häuser lagen, in denen er vielleicht auch seinen Amtssitz als „*Schreiber am Rhein*“ genommen hatte. 1361 wird „*bei den Barfüßern*“ – dem Franziskanerkloster – ein dem Protonotar Heinrich Volquin von Diepachs, gen. dem Langen vergebenes Haus des Pfalzgrafen erwähnt, das er vom damaligen Bürgermeister Wigand erworben hatte. Ein benachbartes, der wohlhabenden Heidelberger Bürgersfamilie Sander⁴⁵ gehöriges Grundstück kauft der Protonotar 1365 dazu⁴⁶. Beide Häuser werden 1378 als des „*langen schribers seligen*“ durch den Schwiegersohn des Pfalzgrafen angekauft. Auch der 1401 aus der Speyerer Bistumskanzlei in die Kanzlei König Ruprechts übernommene Notar Emmerich von Moscheln erhält 1409 ein pfalzgräfliches Haus bei den Barfüßern⁴⁷. In nächster Nachbarschaft läßt sich zwischen 1390-1424 ebenfalls der Sitz des Protonotars Mathias Voltz von Sobernheim am Burgweg nachweisen⁴⁸. In Verbindung mit den in der Nachbarschaft im gleichen Zeitraum auftretenden Häusern der Burgkapläne und den Adelshöfen der landesherrlichen Räte (vgl. unten) scheinen sich damals zunehmend unmittelbar zu Füßen der Residenzburg die Ansitze des oberen kurpfälzischen Regierungspersonals zu verdichten. Als konsequenter Höhepunkt dieser Entwicklung wäre

dann 1462 die Errichtung des großartigen Kanzleigebäudes Friedrichs I. zu werten, bei dem dann auch der Stadthof des Matthias Rammung (pfälz. Kanzler 1457-1478, Bischof von Speyer 1464-78) aufgebaut wird, der geradezu als Nebenresidenz des Speyerer Bischofs gilt⁴⁹.

Den im 14. Jahrhundert führenden Verhältnissen der Prager Residenz entspricht während des Königtums Ruprechts von der Pfalz (1401-1410) in Heidelberg eine gewisse Trennung der territorialen von der königlichen Kanzlei, die den König zumeist auch auf seinen Reisen begleitete⁵⁰. Bemerkenswerterweise zeichnet sich eine Differenz für den Aufbau der vor allem mit Reichsangelegenheiten betrauten Kanzlei innerhalb der Stadt – zumindest schemenhaft – auch räumlich ab. Die beiden bedeutendsten Kanzleiangehörigen König Ruprechts nahmen bemerkenswerterweise nicht am Aufgang zum Schloß, sondern in nächster Nachbarschaft des herrschaftlichen Komplexes um den Marstall zwischen Ketten- und Heugasse Wohnung. 1401 erwarb hier der Kanzler Raban von Helmstadt vom Heidelberger Landschreiber das hinter dem Marstall gelegene „große Paradies“ – mit einiger Sicherheit der bis 1588 an der Westecke der Kettengasse erwähnte Speyerer Hof⁵¹. 1404 entschädigt König Ruprecht seinen einzigen der böhmischen Kanzlei Wenzels entstammenden Hofschreiber Johann von Kirchen, der „mit wybe, kindern und aller siner habe hinder uns her gein Heidelberg gezogen“, für seine durch Treue erlittenen Verluste mit dem großzügigen Anwesen des Hofapothekers am Marstall⁵². Der Vorgang ist auch deshalb von besonderem Interesse, da Kirchen der Einfachheit halber nicht das ohnehin gerade frei gewordene, in seinem Baubestand wohl kaum zu verachtende ehemalige Viztumshaus angewiesen bekam, sondern der Hofapotheker dafür erst einmal zum Umzug an den Markt genötigt werden mußte. Ebenso gut hätte man freilich über einen der auch sonst für pfalzgräfliche Anwesen geläufigen Wohnungstausche ein Haus am Burgweg anweisen können. Kirchen sollte offenbar an bestimmter Stelle in der Stadt wohnen. Der im Wortsinn nächstliegende Grund ist in seiner Wirkungsstätte, der unweit benachbarten königlichen Kanzlei zu vermuten.

In seiner Eigenschaft als Bischof von Speyer hatte der Kanzler einen zentralen Teil des für die königlichen Regierungsanforderungen ausgebildeten Personals mit nach Heidelberg gebracht und sein Wohnhaus als Kanzlei eingerichtet, worüber aus dem Jahr 1410 eine Nachricht vorliegt⁵³. Diese Lage eines ersten innerhalb der Stadt erwähnten Kanzleigebäudes, abseits der am Burgweg nachweisbaren Wohnsitze der vorangehenden Prototypen, zeigt eine merkwürdige Koinzidenz zu der von Moraw beobachteten Abwertung des territorialen Kanzleipersonals. Ein pragmatischer Grund für die Etablierung der königlichen Kanzlei in diesem von der pfalzgräflichen Residenzburg weiter entfernten Bereich könnte sich vielleicht

aus einer beabsichtigten Nähe zu der erst kurze Zeit vorher gegründeten Universität erklären, deren juristisch und theologisch ausgebildetes Lehrpersonal für die Regierung herangezogen werden sollte⁵⁴. Wohnstandorte der freilich zunächst noch wenigen in der Kanzlei, öfter hingegen zu diplomatischen Missionen verwendeten Heidelberger Professoren finden sich ab 1401 zunehmend in diese Gegend verlegt, wo im 15. Jahrhundert das räumliche Zentrum der Universität entstand⁵⁵. Daß beide zentralen Institutionen sich im Jahrzehnt des pfälzischen Königtums (1400–1410) gerade in diesem schon früh herrschaftlich verdichteten Raum aufeinander zubewegen, erscheint kaum zufällig und spricht für eine in der Topographie der Residenz hochbewertete Qualität dieses Bereichs am südwestlichen Rand der mittelalterlichen Stadt.

Die Verankerung der Kanzlei – als ortsfeste Einrichtung – blieb vorerst innerhalb der Stadt noch eine mit der überragenden Persönlichkeit des Speyerer Bischofs und der letztendlich nur kurzen Periode der pfälzischen Königswürde verknüpfte Sonderentwicklung, denn noch 1436 ist aus dem Testament des nachfolgenden Kurfürsten zu erfahren, daß „... *herzog Ludwigs gewelbe und canczlien sind nemlichen uff siner burge Gettenbuhel über Heidelberg gelegen...*“⁵⁶. Aber auch schon 1414 hieß es „*in castro Heidelberg, in domo pro cancellaria deputata, in stupa maior...*“⁵⁷, offenbar also ein ganzes, eigens der Kanzlei in Verbindung mit dem Archiv vorbehaltenes Gebäude auf dem Schloß. Mit der Beschränkung auf ihre angestammte territoriale Funktion scheint wieder der alte Standort bezogen worden zu sein. Wielange und ob überhaupt ein viel später erwähntes, in der Augustinergasse durch Brand zerstörtes Gebäude von 1462 dem großen Kanzleineubau am Burgweg vorausging, ist nicht sicher⁵⁸. Die längste Zeit war die Kanzlei wohl auf der Residenzburg untergebracht und hatte vielleicht einen vorübergehenden, aber wohl noch keinen festen Platz innerhalb der Stadtmauern. Endlich setzte sich jedenfalls der dem Schloß nächst benachbarte Standort durch, wo sich bereits seit Mitte des 14. Jahrhunderts ein bevorzugter Wohnbereich des Kanzleipersonals etabliert hatte.

2. Städtischer Besitz und Wohnhäuser der Hofgeistlichen

In Zusammenhang mit der Kanzlei stehen auch die dem kurpfälzischen Archiv zugeordneten Hofgeistlichen. Als Inhaber eines der drei „*slussel zu dem gewolbe*“ führte der Hofkaplan Aufsicht über die bezeichnenderweise gemeinsam mit der Schatzkammer des Pfalzgrafen sicher „*uff der burge zu Heydelberg*“ bewahrte Urkundensammlung⁵⁹. Der Ausbau der Hofkapelle dürfte ältesten Nachweisen zufolge besonders zwischen 1343 und 1359 forciert worden sein. Das Archiwgewölbe beegnet zuerst 1388.

In älteren Zeiten darf für die Geistlichen auf dem Schloß Residenzpflicht angenommen werden, aber schon 1351 hören wir vom Ankauf eines Hauses durch den Burgkaplan Claus von Laudenberg (Nikolaus von Ladenburg), dessen Nachfolger Heinrich Mengoz bezeichnenderweise 10 Jahre später als Nachbar des ersten bekannten Protonotars Volquin von Diepach begegnet⁶⁰. Die entsprechende Nachbarschaft von Protonotar und Hofkaplan findet sich auch 1390 am oberen Eingang zum Burgweg wieder. Wohnorte der Hofgeistlichen begegnen auch später noch unverändert in diesem Umfeld. Die um 1351/61 feststellbare Ansiedlung des zugehörigen Personals am Aufgang zum Schloß erfolgte also mit einiger Wahrscheinlichkeit in direkter Beziehung zu einem ältesten Amtssitz auf der landesherrlichen Burg. Das Archivgewölbe könnte ein Bestandteil dieses Kanzleigebäudes gewesen sein. Als die Kanzlei irgendwann, wohl erstmals zwischen 1435 und 1462, fest in die Stadt verlegt wurde, verblieb das Archiv wahrscheinlich aus Sicherheitsgründen noch auf dem Schloß⁶¹.

III Die Verankerung des Hofes in Heidelberg

1. Besitz der kurpfälzischen Ratsangehörigen und des Hofadels

Als höchstes Regierungsorgan war der pfalzgräfliche Rat keine fest umrissene Einrichtung bzw. Behörde, sondern ein recht umfangreicher Beraterkreis des Landesherrn, der zu besonderen Aufgaben herangezogen werden konnte. Aus diesem zum Teil nur informell mit dem Hof assoziierten Personenverband hatte sich schon früh ein engeres Ratsgremium herauskristallisiert, in dem sich die persönlichen Berater und Kampfgefährten des Pfalzgrafen sammelten. Für die Auswahl dieser dem Fürsten unmittelbar und dann auch formal verbundenen Räte spielten traditionell gewachsene Bindungen der familiären und regionalen Herkunft eine besondere Rolle. Vor der territorialen Selbständigkeit im Vertrag von Pavia 1329 hatte es wohl keinen eigenständigen Rat für den pfälzischen Landesteil gegeben. Unter Rudolf I. scheint jedoch zumindest schon fallweise ein Beraterkreis in rheinischen Angelegenheiten zusammengerufen worden sein, der bereits dem Provenienzprinzip unterworfen war⁶². Das kurpfälzische Ratsgremium dominierten dann im 14. Jahrhundert die Grafen von Katzenellenbogen und Leiningen, vor allem aber die rechts des Rheins und im Kraichgau beheimatete Ritterschaft⁶³. Charakteristisch für die Angehörigen dieses engeren Beraterkreises ist in zweiter Linie nach der Ratgeberfunktion die Besetzung der wichtigsten Hofämter und Schlüsselpositionen der Lokaladministra-

tion. Ein und dieselbe Person konnte nacheinander auch wesentliche Positionen am Hof, z.B. Marschall oder Hofmeister, Amtmann, Vogt in Heidelberg oder Landvogt im Elsaß bekleiden.

Die Verankerung dieser landesherrschaftlichen „Elite“ erfolgte entsprechend ihrem teilweise informellen Charakter und dem rasch möglichen Wechsel in und zwischen Hof- und Verwaltungsämtern nicht auf festgeschriebenen Amtsitzen, sondern über die Vergabe von Adelshöfen, zumeist zu Erbburglehen, die als Absteigequartiere dienten, wenn ein Familienmitglied in Amts- oder Regierungsfunktion zu Heidelberg Wohnung nahm. Wie in anderen bedeutenden frühen Residenzen des 14./15. Jahrhunderts wird auch das Motiv der Bindung der informellen Hofgesellschaft, vor allem der für den Ausbau der Landesherrschaft wichtigen Adelsgeschlechter an die Regierungszentrale eine Rolle gespielt haben. Die Verteilung der dafür zur Verfügung stehenden Höfe in der Stadt war vorerst noch an die altüberkommenen Burglehen gekoppelt, die schon in Zusammenhang mit der alten Heidelberger Oberschicht beschrieben wurden. Vermutlich unterhielten einige der als Heidelberger Burgmannen fallweise auch in Ratsfunktion früh auftretenden Geschlechter des regionalen Umfelds, so die von Strahlenberg und Handschuhsheim, schon vor 1329 eigene Höfe in der Stadt, deren genaue Lage wir nicht mehr kennen⁶⁴. Die mit ältesten bekannten Ratsmänner Ruprechts I., der 1344 als Hofmeister genannte Heinrich (der Ältere) von Erligheim und sein als Viztum erwähnter Bruder Hennelein, treten schon früh mit Heidelberg in Beziehung. Ob das ab 1374 bis 1404 sicher im Besitz derselben Familie überlieferte „Vitztumsbaus“ am Markt seine Bezeichnung bereits aus Zeiten des älteren Erligheimer Vitztums ableitet⁶⁵, der hier bereits Amtssitz genommen haben könnte, kann nur vermutet werden. Mit diesem Erligheimer, der zeitweise auch das Hofmeisteramt bekleidete, gelangte jedenfalls spätestens 1370 auch die Hälfte des pfalzgräflichen Teils an der kleinen „Schöneck“ für einige Zeit an das gewöhnlich auf Wasserburgen bei Schwetzingen und Schwabenheim (am Neckar, heute eingemeindet nach Dossenheim) gesessene Geschlecht. Der andere Teil fiel an den Hofmeister Hannel Kreis von Lindenfels, aus dessen Familie das Burglehen im frühen 15. Jahrhundert an die von Sickingen und Neipperg gelangte⁶⁶. Wieder in Zusammenhang mit den Erligheimern begegnet 1355 der große pfalzgräfliche Gebäudekomplex zwischen Ketten- und Heugasse zum ersten Mal in der schriftlichen Überlieferung. Der vermutlich in enger verwandschaftlicher Beziehung⁶⁷ zum Kurfürsten stehende „Ruprecht von Schoenberg, den man nennet Heinrich seinen natürlichen sohn“, erhielt den Betrag von 600 fl. ausgehändigt, um hier Burglehen anzukaufen⁶⁸. 1357 begegnet die Vergabe eines Burglehens an die Grafen von Leiningen und ab 1358 der Aufbau des Hofes der Ritter von

Hirschhorn. Der Leininger Hof „im gesess der nydern burge“ – also im Bereich der Burgsiedlung am Fahrweg zum Schloß – „bei der pforten zu St. Peter gelegen das büchsenheußle genannt“ stand am Ort des späteren „Affenstein“, der noch nach der Darstellung bei Merian 1620 den Eindruck einer kleinen aus turmartigen Kemenaten zusammengewachsenen Wohnburg macht. In der Tat findet sich die Anlage 1398 „als das bürgel das üsen an Heidelberg lyt“ bezeichnet⁶⁹. Der zwischen der Hauptstraße und dem Marstallkomplex gelegene Hirschhorner Hof begegnet dagegen 1358 durch Ankäufe benachbarter Anwesen noch als im Aufbau begriffen. Er scheint sich also nicht auf ein einzelnes älteres Burglehen zu beziehen, sondern entsteht von vornherein hier als nördlicher Nachbar des Marstalls. Johann von Hirschhorn kauft 1396 als Hofmeister einen weiteren mit Mauern und Türmen versehenen Hofteil südlich hinter den Marstall⁷⁰. Westlich benachbart, neben dem eigentlichen an der Hauptstraße auch Jahrhunderte später noch ortsfesten Hirschorner Besitz, findet sich schon 1363 der Hof Wilhelm Knebels von Katzenellenbogen, der sich wenigstens bis 1404 in Händen dieses bedeutenden Ratsgeschlechts nachweisen läßt⁷¹. Ob damals schon der später am Schloßberg erwähnte Katzenellenbogener Hof ebenfalls existierte, erscheint eher unwahrscheinlich. Die Einrichtung eines Hofes der Grafen von Sponheim erfolgte 1378 „bei den Barfüßern“ in den beiden Häusern des „langen schribers seligen“ – des gerade verstorbenen Protonotars Volquin von Diebach. Ungeklärt ist, ob die im Sponheimer Archiv befindlichen Urkunden von 1351/61 mit Bezug auf andere Häuser in dieser Lage auf eine ältere Lokaltradition zurückgehen oder erst über den Ankauf von 1378 dorthin gelangten. 1386 erfahren wir ohne Ortsangabe von der Steuerbefreiung eines von Reinhard von Sickingen dem Landschad von Steinach abgekauften Haus⁷². Ob es sich schon um den späteren Sickingener Hof am Franziskanerkloster handeln könnte oder um einen Teil der 1410 im Besitz der Sickingen befindlichen Schöneck, ist nicht aufzulösen. Im Zusammenhang mit den Landschad von Steinach ist bereits 1407 ein Eckhaus in der Haspelgasse und vor 1401 bzw. nochmals 1414 ein Haus in der Augustinergasse bekannt⁷³.

Die für Heidelberg im 14. Jahrhundert nachweisbaren Adelshöfe kurpfälzischer Ratsgeschlechter sind mit diesen wenigen Hinweisen bereits aufgezählt. Man darf einigermaßen sicher davon ausgehen, im Verlauf der zweiten Jahrhunderthälfte für die meisten anderen Familien ebenfalls schon Absteigequartiere in der Stadt vorauszusetzen. Im Negativ offenbart sich darin recht plastisch der ganze Umfang an Überlieferungslücken zur Stadtgeschichte. Im 15. Jahrhundert fließt die bis heute vermutlich erst zu Teilen erschlossene Überlieferung dann etwas reichlicher. Zumindest für einigen des seitdem im Stadtgebiet erwähnten Adelsbesitzes dürften die Lokaltradi-

tionen schon länger zurückreichen. Die zunehmende Erwähnung zuvor unbekannter Anwesen läßt immerhin auf eine allmähliche Verdichtung rückschließen, die vermutlich ihrerseits innerhalb des Stadtraumes Verlagerungsbewegungen gegenüber den vorgezeichneten Lagen der alten Burglehen anzeigt. So finden wir einen der engsten Vertrauten Ludwigs III., den Ritter Schwarz Reinhard von Sickingen, noch 1410 im Besitz eines Teils „des Eckhauses genannt Schönecke, gegenüber der Sakristei zum Heiligen Geist“. Aber bereits 1449 wird der bekannte Sickingen Hof an der Hauptstraße dem Franziskanerkloster gegenüber als längst in Händen der Familie erwähnt, während der Besitz an der Schöneck 1438 an die Verwandten von Neipperg gefallen war, die ihre wiederum damit verbunden Privilegien 1489 auf einen neuen Hof beim Obertor zwischen Haupt- und Karlstraße transferieren ließen. Bezeichnenderweise fiel der Teilbesitz an der Schöneck damit in bürgerliche Hände. Der neue Neipperger Lehnsbesitz „*einsit an die barfusserherren ... und hinden an daz Kalthental stossend*“ (benachbart dem Franziskanerkloster an der heutigen Karls- oder östlichen Hauptstraße) wurde den Nachkommen des berühmten Leibarztes Heinrich von Münsingen abgekauft⁷⁴. Der ältere Sitz der von Neipperg lag nach einer Erwähnung von 1487 zwischen dem alten Marstall und der südlichen Stadtmauer⁷⁵. Dieser komplizierte, zufällig einmal recht gut nachvollziehbare Vorgang an Besitzwechseln, zeigt sehr schön die Weitergabe der privilegierten Adelssitze über die engen Beziehungen der Ratsgeschlechter untereinander und eine offenbar recht dynamische Tendenz zu Ausbreitungs- und Verlagerungsbewegungen. Die Ziele der bevorzugten Ausbreitungsrichtungen kommen letztlich in den im 15. und frühen 16. Jahrhundert verschiedentlich lokalisierbaren Anwesen zum Ausdruck. So finden sich Höfe bzw. Grundbesitz der Gemmingen, Löwenstein und Rosenberg später entlang der den Marstallkomplex südlich begrenzenden Quergasse zwischen Ketten- und Augustinergasse. 1410 verkauften die von Rosenberg bereits ein größeres Anwesen in der oberen Vorstadt an der Hauptstraße zwischen dem oberen Tor und dem Neckar an den königlichen Leibarzt⁷⁶. In derselben Gegend hatten auch die Kinder Johanns von Kirchen – südlich benachbart – Besitz erworben⁷⁷. Unweit davon, aber innerhalb der Stadtmauern erhielten die Venningen im Verlauf des 15. Jahrhunderts ein zwischen dem Obertor und den Franziskanern gelegenes Erblehen, das bis 1521 durch Ankäufe zu einem mehrteiligen ummauerten Baukomplex heranwuchs⁷⁸. Ebenfalls im damaligen „*oberen Kalten Thal*“ (heute Karlstraße) müssen auch die von Handschuhsheim vor 1463 bereits weiteren Hausbesitz erworben haben⁷⁹. Bereits 1422 kaufte auch der Haushofmeister Ludwig Bock von Erffenstein ein Haus „*bei den Barfüßern*“⁸⁰, möglicherweise in Beziehung zur pfalzgräflichen Haushofmeisterei, die

zuerst 1469 als das „*huße zu der stegen*“ gegenüber der Kanzlei (heute Südwestecke Karlsplatz) erwähnt wird⁸¹.

2. Besitz und Wohnorte des pfalzgräflichen Hofgesindes

Es erübrigt sich, an dieser Stelle eingehender auf die Verbindung der kurpfälzischen Hofamtsinhaber mit der Stadt einzugehen, da wir es im großen und ganzen mit demselben Personenkreis zu tun haben, aus dem sich die landesherrlichen Räte und obersten Verwaltungsämter rekrutierten. Zudem waren die traditionellen Hofämter des Schenken, Truchsesses und Marschalls im 14. Jahrhundert längst zu ehrenvollen, aber lediglich „dekorativen“ Erbämtern geworden⁸². Die tatsächlichen Hofdienste wurden wahrscheinlich wie an andern Höfen üblich von Unterämtern beaufsichtigt und von Dienern (Knechten, Köchen, Barbieren usw.) wahrgenommen. Als zentralem Funktionsträger war dem seit Mitte des 14. Jahrhunderts auftretenden Haushofmeister die Aufsicht über die zunehmend anwachsende Hofverwaltung bzw. -versorgung und das Hofgesinde anvertraut. In unserem Zusammenhang ist es interessant zu erfahren, daß z.B. über den pfälzischen Hofmarschall (in dieser Beziehung eine Sondererscheinung) in einer Regierungsordnung von 1435 noch als einzigem hohem Hofamt Bestimmungen enthalten sind. Vor allem sollte er bei kostenloser Verpflegung und Futter für drei Pferde mit seinen beiden Dienern „*auf der burg zu Heidelberg*“ ständigen Wohnsitz nehmen und ohne ausdrücklichen Befehl nirgendwo anders hinreiten⁸³. Während ein Großteil des Hof- und Verwaltungspersonals schon recht früh zu Füßen der Burg Wohnsitz nahm, offenbart der Text für bestimmte Dienstleute aus der unmittelbaren Dienerschaft des Pfalzgrafen noch eine strenger gehandhabte Residenzpflicht, die vermutlich wie auch später noch auf das andere dem Kurfürsten alltäglich direkt auf dem Schloß dienende Personal zu übertragen ist. Man darf vermuten, daß es sich hierbei auch um einen Großteil der Bewohner „*im gesess der nydern burge*“ – der Burgfreiheit am Schloßberg – handelte, über die die Quellen im 14./15. Jahrhundert nahezu schweigen.

Die ohnehin dünne, meistens auf höherwertige Vorgänge konzentrierte Überlieferung läßt es von vornherein kaum möglich erscheinen, Einblicke in die Welt der einfacheren Hofleute zu nehmen oder den personellen Aufbau der Hofversorgung bis hin zu Hofhandwerkern in ihrem tatsächlichen Umfang fassen zu können. Wenige Schlaglichter müssen genügen. Bezeichnend für eine schon früh angewachsene Personenzahl und Vernetzung mit der Stadt ist die Tatsache einer ab 1380 erwähnten Bruderschaft des Hofgesindes „*uff der bürge*“ – auch hier wieder der explizite Verweis auf die Burg als Dienstort – die aber bereits seit 1382 mit eigenem Hausbesitz in der Semmelgasse auch in der Stadt vertreten war und im

geistlichen Bereich mit der Heilig-Geist-Kirche verbunden war. Ein Parallellfall zu einem solch genossenschaftlich organisierten Zusammenschluß des Hofgesindes ist beispielsweise erst zur Mitte des 15. Jahrhunderts aus Saarbrücken bekannt, die mit dem dortigen Heilig-Geist-Hospital zusammenhing⁸⁴. Weder begrifflich noch inhaltlich eindeutig zu klären ist freilich, wer dieser Korporation beitreten konnte. Wenn es sich mehrheitlich wohl auch um die Dienerschaft des Pfalzgrafen gehandelt haben wird, die ihn unmittelbar „uff der bürge“ umgab, so u.a. auch auf Reisen⁸⁵, finden sich ebensogut Hinweise auf hochrangige Hofangehörige, die zum „*hofe gesinde*“ angenommen wurden⁸⁶. Eine wie auch immer herausgehobene Stellung geht daraus hervor, daß „*unser hofegesinde, ... nicht phantbar sin so*“, also nicht verpfändet werden sollte⁸⁷.

3. Besitz und Wohnorte der pfalzgräflichen Leibärzte und Hofapotheker

Exemplarisch für Angehörige des Hofpersonals lassen sich die Stadtwohnungen der pfalzgräflichen Leibärzte aufgrund ihrer exponierten Stellung recht gut verfolgen⁸⁸. Das erste Mal werden 1358 „*vormals seinem früheren leiparzt meister hansen*“ gehörige „*häuser und gärten die sich bis auf die hoffegasse (Heugasse) ziehen*“ erwähnt, waren also schon länger zuvor in dessen Besitz⁸⁹. 1406 wird „Frischen Arzt Haus“ als Nachbar Johanns von Kirchen ebenfalls am Marstall erwähnt⁹⁰. Später finden sich die Ärztewohnungen dann vor allem am Fuße des Jettenbühls. Von Wilhelm Deventer, dem Leibarzt König Ruprechts, wird um 1410 ein Haus zwischen dem oberen Tor und der St. Jacobskapelle zurückgekauft. Ein anderes Haus Deventers „*in platea magna e opposito ecclesie Minorum*“ bekommt die medizinische Fakultät 1420 übertragen⁹¹. Ein vergleichbarer Wandel vom Wohnort des Leibarztes zum Universitätsgebäude ist etwa zur selben Zeit auch aus Prag bekannt⁹². Ein anderer Hausplatz „*am orthgessel oben an dem burgwege gen Mathis (V. Sobernheim) Schreiber seligen husz über gelegen*“ wird 1424 dem Arzt Ludwig III., Hans Dubinger, von Steuern befreit⁹³. Noch 1488 bekommt hier Meister Adolf Occo von Friesland als Rat, Diener und Leibarzt Philipp des Aufrichtigen „*die Behausung an unserem Burgweg zu Heidelberg gegen die Canzlei über gelegen da etzund Conrad Schelling in wonet, wenn dieser gestorben ist auf Lebenszeit*“⁹⁴. Ebenfalls am Fuß des Schloßberges, doch weiter östlich zwischen dem Franziskanerkloster und dem oberen Tor, erhält der später so berühmte Gelehrte und Arzt am Hof Ludwigs III. Heinrich von Münsingen seinen Wohnsitz. Es ist dasselbe pfälzische Lehen, das 1484 an die Neipperg verkauft wurde und noch im Besitz der Venningen seine Bezeichnung als „Münsinger Hof“ behält⁹⁵. Für die Lage der letztgenannten Ärztewohnungen dürfte der nächstgelegene Ausgang zum Schloß den Ausschlag

gegeben haben, das sowohl über den Burgweg als auch von dem weiter östlich gelegenen Bereich über den Eselspfad kürzestmöglich zu erreichen war.

Für die demgegenüber vergleichsweise abgelegenen ältesten Anwesen pfalzgräflicher Ärzte trifft diese Erklärung kaum zu. Gemeinsam mit den auffällig dicht und früh im südwestlichen Stadtbereich faßbaren herrschaftlichen Dienstleuten stellt sich die Frage nach einer herausgehobenen Qualität dieses Wohnquartiers. In funktionaler wie räumlicher Verbindung mit den ältesten bekannten Leibärzten erfolgte hier auch die Ansiedlung der so angesehenen wie reichen Hofapothekerdynastie v. Schönthal, deren Sitz direkt am Marstall angesiedelt wurde⁹⁶. 1404 wurde er dann für die Wohnung Johans von Kirchen gegen das ehemalige Viztumshaus am Markt getauscht, wo die Hofapothek bis ins 18. Jahrhundert als Erblehen fortbestand. Der 1423 zugekaufte Apothekengarten zog sich im sog. Bremeneck hinter der Stadtmauer bis an das Schloß hinauf. Eigentlich der Kanzlei zuzuordnen, seiner Verbindung mit der Hofversorgung aber an dieser Stelle mitaufgeführt, sei der Küchenschreiber Hermann Mülin, dem 1404 bezeichnenderweise als Nachbar des Hofapothekers das ehemalige Anwesen des Hofmeisters Johann v. Hirschorn zugeeignet wird⁹⁷.

4. Besitz- und Wohnorte des „einfachen“ Hof- und Verwaltungspersonals

Nur wenige konkrete Hinweise beleuchten schlaglichtartig das niedere Hofpersonal mit seinem Besitz in der Stadt. Die Zugehörigkeit gelegentlich in pfalzgräflichen Urkunden erwähnter Handwerker und „Dienstleister“ zum Heidelberger Hof ist freilich nicht immer gegeben. Einigermaßen sicher den pfalzgräflichen Dienern zuzurechnen sind die in den Urkundennennungen durch das Possessivpronomen „sein“ und durch Steuerprivilegien gekennzeichnete Personen, die mit immobilien Gütern begabt wurden. Einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung des Hofes leisteten die mit der Nahrungsbeschaffung und Zubereitung „in unser kuchen zu Heidelberg“ betrauten Hofleute⁹⁸. Bereits 1349 begegnet in einer Urkunde gemeinsam mit dem Marschall und Hofkeller ein Hans Koch, der den Überlieferungsumständen nach wahrscheinlich als Hofkoch diente. Vielleicht steht er in Beziehung zu dem gleichnamigen Besitzer eines 1390 am Burgweg erwähnten Anwesens⁹⁹. Über die vermutlich noch nicht verfestigten Beinamen dürfte eine Berufsidentität zu dieser frühen Zeit noch möglich sein. So wird z.B. über die 1364 „Wigmann seinem Falkner“ lebenslang zu Heidelberg verliehene Steuerfreiheit ein pfalzgräflicher Jagddiener greifbar, der u.a. für die Versorgung mit „jegerkost“, d.h. Wild zuständig war¹⁰⁰. Näher zu lokalisieren ist auch der 1381 erwähnte „jeger... Swiker Hasenschrot“ mit einem „häußchen gen dem nidertor“¹⁰¹. Ein anderer – „Cuntzel sein jäger“ –

erhielt acht Jahre später ein Haus in der Augustinergasse¹⁰². „*Clamann sein Pförtner auf der Burg zu Heidelberg garten und hofstat neben dem Marstall*“ gewährt einen kurzen Einblick auf einen Wohnort der wohl ebenfalls umfangreichen Gruppe pfalzgräflicher Tür-, Tor- und Turmwächter, die für die Sicherheit der landesherrlichen Burg(en) zuständig waren¹⁰³. Mit Erwähnungen von Besitz innerhalb der Stadt sind weitere formale Angehörige der materiellen Hofversorgung oder persönliche Diener nicht zu fassen. Als „*sein barbere*“ begegnet 1379 ein Conzegin Herde, von dem wir aber nicht erfahren, ob er auf der Burg oder in der Stadt wohnte¹⁰⁴. Von der sicher ebenfalls ansehnlichen Schar der Hofhandwerker begegnet 1365 zufällig einmal ein Schneider mit – nicht näher angegebenem – Gut in Heidelberg. Wiederum zwischen Augustinergasse und Marstall findet sich 1370 der Hofgoldschmied Christian Flaschen als südlicher Nachbar des Knebelaschen und Hirschorner Hofes. Auch unter der Bezeichnung „*Meister Christians Hof*“ ist dieser ansehnliche Besitz recht gut überliefert und wird durch einen Grundstückstausch 1401 zu einer der Keimzellen des späteren Universitätsviertels entlang der Augustinergasse¹⁰⁵.

Erwähnungen wie die Wilhelm Knebels als „*Hofmeister der frau herzogin*“ 1368 oder Personalnennungen einer „*Jungfrau*“ der Kurfürstin und „*Ruprechts des jungen Schneider*“ 1393¹⁰⁶, zweifelsohne auch „*unser Königin marstall*“ 1401 deuten beispielsweise schon früh auf die Ausdifferenzierung eigenständiger Höfe der Fürstengemahlinnen und Kurprinzen. Auch dafür wird ein ansehnlicher Personalstab zu Verfügung gestanden haben, ohne daß darüber weitere Nachrichten bekannt sind. Auch daraus ergibt sich eine plastische Vorstellung, in welchem geringem Maße der Heidelberger Hof des 14. Jahrhunderts Eingang in die Überlieferung fand, wenn gleich die Verhältnisse sicher weitaus kleiner als der bis 1000 Personen zählende Renaissancehof des 16./17. Jahrhunderts und wohl auch kaum vergleichbar mit den Größenordnungen des gut bekannten Prager Hofes im 14. Jahrhundert waren¹⁰⁷.

5. Gebäude ortsfester Hofeinrichtungen in der Stadt

Im Folgenden werden einige Aspekte des Verhältnisses zwischen Hof und Stadt kurz gestreift, die wichtige Ergänzungen zu topographischen Fragen der Residenzbildung versprechen. Zuerst einige Belege für die Integration von Wirtschaftsgebäuden bzw. Einrichtungen der mit dem Schloß verbundenen Hofversorgung in der Stadt. So die 1370 zuerst erwähnte Herrenmühle am Neckar in der oberen Vorstadt¹⁰⁸, von wo ein durch die Burg gesicherter und möglichst kurzer Transportweg des Mehls „*daz wir ... zu backen bedorffen*“ zur Belieferung der Schloßküche bzw. des Backhauses gewährleistet war¹⁰⁹. Für einen großen Mühlenbetrieb war die Lage außer-

halb der Burg am Fluß freilich von vornherein zwingend. Ohne dafür entsprechende natürliche Standortfaktoren annehmen zu müssen, begegnet bereits 1357 die am Ausgang zum Schloß nahe der Peterskirche gelegene Hofkelter¹¹⁰. Die Versorgung mit Wein oblag auch der Hofkellerei, von der nicht bekannt ist, ob sie auch Bauten außerhalb der Burg unterhielt. 1365 wird der Hofkasten – der zentrale pfalzgräfliche Speicher – erwähnt¹¹¹, dessen Funktion einen Zusammenhang mit den großen Scheunenbauten des Marstalls in der Heugasse nahelegt. Andererseits hören wir aber 1368 auch von Kornlieferungen „zu Heidelberg off unser vesten“¹¹², wobei es sich um den Hofkasten, aber auch einen anderen Speicherbau auf dem Schloß gehandelt haben kann. Eine weitere Einrichtung der materiellen Hofversorgung war die sog. „Hühnervogtei“, der Amtssitz der Gefälleverwaltung z.B. für Naturalabgaben (u.a. der sog. Hühnerzins), die im 15. Jahrhundert im Franziskanergäßchen (heute Westfront des Karlsplatzes) erwähnt wird¹¹³.

Die genannten Einrichtungen bildeten mit ihren Baulichkeiten im Mittelalter das Rückgrat der Hofwirtschaft. Als Beispiel, in welchem erheblichem Maße beispielsweise die ausreichende Zufuhr für den Hofkasten als zentralisierender Faktor auf ein weites Umland der Residenz einwirken konnte, sei auf die prägnanten Ergebnisse einer für Landshut vorliegenden Untersuchung verwiesen¹¹⁴. Wie einige erhaltene Bestallungsverträge aus späterer Zeit andeuten, erfolgte auch in Heidelberg die Finanzierung des Hofpersonals neben den in der Pfalz so wichtigen Zolleinnahmen in nicht unerheblichem Maße auch aus dem Hofkasten, was besonders für die Getreideversorgung der großen Menge mit dem Hofpersonal verbundener Dienstpferde von Bedeutung war.

Die Ansiedlung des pfalzgräflichen Marstalls innerhalb der Stadtmauern deutet dagegen auf anders gelagerte funktionale Voraussetzungen. Im Stallgebäude standen nicht nur die Reit- und Troßpferde der Hofversorgung und des Heeresaufgebots, sondern nach einer 1435 erlassenen Regierungsordnung hatte z.B. auch das Kanzleipersonal seine „pferde in dem marstalle steen“¹¹⁵. D.h. hier war das logistische Rückgrat für die Mobilität des Hofes und seine militärische Komponente konzentriert. So finden sich bezeichnenderweise anlässlich des sog. „Studentenkrieges“ von 1422 Angehörige des pfalzgräflichen Marstalls auch gemeinsam mit kurfürstlichen Bogenschützen erwähnt¹¹⁶. Der „alte“ Marstall markiert vermutlich die älteste und bedeutendste Einrichtung des Hofes innerhalb der Stadtmauern. Nach dem Wortlaut der Ersterwähnung muß der Kernkomplex als pfalzgräfliches Burglehen 1355 längst an seinem Standort etabliert gewesen sein. Bemerkenswert ist auch die räumliche Verbindung mit dem direkt benachbarten Vogtshof sowie den ebenfalls hier ansässigen Landschreibern. Beides deutet

auf alte traditionelle Beziehungen zur Lokalverwaltung. Die später um den Marstall erwähnten pfalzgräflichen Einrichtungen des Zeug- bzw. Harnischhauses, die Wagnerei, der Hengststall und die Schmiede¹¹⁷ weisen vor allem auf die angestammten militärischen Funktionen des Bereichs für das berittene Heeresaufgebot.

IV Der Landesherr innerhalb des städtischen Raumes

1. Anwesenheit der Pfalzgrafen innerhalb der Stadtmauern

An dieser Stelle sei auch die Frage nach der Stadt als Aufenthaltsort der Pfalzgrafen gestellt. Stadtwohnungen des Landesherrn bzw. Familienangehörigen begegnen andernorts schon im 14. Jahrhundert als durchaus geläufige Erscheinung. Zu denken ist an das prominente Prager Beispiel, wo Karl IV. lange Zeit „wie jeder andere Bürger auch“ außerhalb der Burg lebte, bis der von ihm wiedererrichtete Palast fertiggestellt war. Das war freilich aus einer Notlage erzwungen, aber auch Mitglieder der königlichen Familie unterhielten eigene Stadtwohnungen. Aus der Residenz in Wien weiß man, daß die Habsburger Herzöge weniger in ihrer Stadtburg als in einem Haus am Markt urkundeten¹¹⁸. Es gab auch die Möglichkeit von in Städten gelegenen Alterssitzen, wie das möglicherweise für Kaiser Maximilian in Freiburg geplant war¹¹⁹. Vielfach blieben derartige Wechselbeziehungen für beide Seiten nicht folgenlos. Zum Mißvergnügen der Münchner Bürger hatten die zahlreichen Liebesabenteuer Herzog Johanns erhebliche Belastungen an Unterhaltszahlungen für Frauen und deren Kinder zur Folge¹²⁰.

Der Heidelberger Quellenbestand läßt vergleichbare Beziehungen zwischen Pfalzgraf und Bürgergemeinde im Dunkeln. Die im 14. Jahrhundert häufiger mit dem Vorsatz „in castro“, niemals aber in gesicherter Verbindung mit der Stadt bezeichneten Urkundenausstellungen sprechen aber doch eher gegen eine intensiver genutzte Absteige zu Füßen der Burg. Vorübergehende Aufenthalte von längerer Dauer scheint es freilich immer wieder gegeben zu haben. Auch für die ersten Regierungsjahre Ruprechts III. als König wird berichtet, er habe bis zur Fertigstellung eines adäquaten Schloßgebäudes in der Stadt gewohnt. Als Aufenthaltsort gilt das Augustinerkloster. Das Kloster spielte im späten 14. und 15. Jahrhundert eine nachweisbare Rolle als pfalzgräflicher Repräsentations- bzw. Versammlungsraum. Hier erfolgte 1386 die feierliche Universitätseröffnung, und hier trat der Landesherr mit seinen Kindern und dem kurfürstlichen Rat der Bürgerschaft gegenüber. So z.B. als er Rechenschaft für den „Studentenkrieg“ von 1406 einforderte: „rex in persona propria cum liberis suis et consilio ad



Abb. 1. Heidelberg, Universitätsplatz, vermutlich ehem. Augustinerkloster. Reichsadler König Ruprechts oder des Pfalzgrafen. Ludwigs III. 1. H. 15. Jh. Kurpf. Museum Heidelberg (Darstellung nach A. v. Oechelhäuser, Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirkes Heidelberg, 1913)

*monasterium prefatum descendit*¹²¹. Dem Wortlaut nach erschien das persönliche „Herabsteigen“ von der Residenzburg – zuvor hatte der König die Angelegenheit im Audienzsaal des Schlosses angehört – dem Schreiber der Urkunde offenbar keineswegs selbstverständlich. Allein diese wenigen erhaltenen Nachrichten vermitteln eine kaum zu unterschätzende Bedeutung des Klosters für die Herrschaftstopographie innerhalb der Stadtmauern. Der Fund eines mit dem rupertinischen Reichsadler prächtig verzierten Gewölbeschlusssteins in den Ruinen unter dem heutigen Universitätsplatz demonstriert die Beziehung zur Landesherrschaft und vermag vielleicht die Existenz entsprechend genutzter und hochwertig ausgestalteter Räumlichkeiten veranschaulichen (Abb. 1)¹²². In Verbindung mit dem herrschaftlich so dicht besetzten Bereich um den Marstall dürfte man nicht fehlgehen, in dem südwestlichen Bereich der Stadtummauerung eine besondere Qualität – fallweise, aber gegenwärtig nicht urkundlich belegbar – auch als Aufenthaltsort für die Pfalzgrafen zu sehen.

Den Mangel an älteren Informationen zur Residenzstadt als Wohn- oder Aufenthaltsort der Pfalzgrafen mag vielleicht noch einmal ein Vorgriff auf spätere Zeiten exemplarisch präzisieren. Die tatsächlich einzig gesicherte Nachricht zur Einrichtung einer kurfürstlichen Wohnung zu Füßen des Schlosses fällt erst in die Mitte des 16. Jahrhunderts. Ott-Heinrich kaufte damals ein Anwesen am Kornmarkt schräg gegenüber dem Aufgang zum Burgweg. Das auch als „Otto-Heinrichs-Hof“ bezeichnete Bauensemble hatte in diesem Stadtbereich vermutlich keine Vorgänger, sondern wurde sehr wahrscheinlich eigens für die Zeit bis zur Fertigstellung am Ottheinrichsbau auf dem Schloß eingerichtet¹²³. Das Beispiel mag illustrieren, daß die Heidelberger Residenz den Landesherren als Bewohner der Stadt kannte, so vor allem wohl in Zusammenhang mit Schloßumbauten. Die Beziehung scheint sich jedoch nicht auf Dauer etabliert und auch kaum

so intensiv gestaltet zu haben wie in manch anderer Residenz des späten Mittelalters. Das bedeutete freilich nicht, daß sich die Pfalzgrafen in ihrer Burg gegen die Stadt zu ihren Füßen abgeschlossen hätten. Durchaus in Tradition der Annäherung des Adels an das ursprünglich „fremde, ja feindliche“¹²⁴ städtische Element lassen sich vor allem Bestrebungen ausmachen, die Stadt zum Repräsentationsfeld auszugestalten. Als noch sichtbarer Überrest bringt diese Verklammerung der sowohl auf dem Schloß als auch in der Stadt im Chor der Heilig-Geist-Kirche und im Augustinerkloster an bezeichnenden Orten wiederkehrende Reichsadler zum Ausdruck (Abb. 1).

2. Pfalzgräflische Grablegen innerhalb der Stadt

In der durch die „göttliche Ordnung“ legitimierten Herrschaftsvorstellung des Mittelalters kommt der Vergegenwärtigung der politisch-sakralen Beziehung, besonders der Verknüpfung der Residenz mit der Sakraltopographie der zugehörigen Stadt „schlechterdings elementare, für die hauptstädtische Zentralität unentbehrliche Bedeutung zu“¹²⁵. Die Heilig-Geist-Kirche bezeichnet in der Ausstattung der Stadt als landesherrliches Repräsentationsfeld bereits den auch später nicht mehr übertroffenen Höhepunkt, kaum aber den unserer Kenntniss entschwundenen Beginn der Entwicklung. Das Thema, wie überhaupt die ganze Frage nach der architektonisch-kulturellen Ausgestaltung der Heidelberger Residenz, bleibt überlieferungsbedingt weitgehend ausgeblendet. Ein früher Ansatzpunkt sakraler Herrschaftsarchitektur läßt sich immerhin (und wiederum) im Augustinerkloster vermuten. Hier war bis zum Stadtbrand von 1693 ein mächtiges gotisches Grabmonument aufgestellt (Abb. 2), dessen Bedeutung für die Lokaltradition bis zur Stilisierung als Grabmal Ludwigs des Bayern schon im 16. Jahrhundert prägnant zum Ausdruck kommt¹²⁶, also ein weiteres schönes Beispiel für die affirmative Beschwörung einer möglichst alten und hochbedeutenden Herrschaftstradition vor Ort, wie man sie bereits von Peter Luder 1458 kennt. Tatsächlich handelt es sich um den ersatzweise anstelle des vorgesehenen Grabmals aufgestellten Kenotaph des 1294 in Heidelberg verstorbenen Pfalzgrafen und Herzogs Ludwig II., dessen Leichnam jedoch in das von ihm begründete Hauskloster Fürstfeld bei München überführt worden war. Dennoch spiegelt die Existenz des Monuments für die Begräbnistradition der Wittelsbacher in Heidelberg einen bemerkenswerten Anfang.

Das erst seit 1410 in der Heidelberger Heilig-Geist-Kirche festgeschriebene Erbbegräbnis¹²⁷ hatte zwar durch die von Rudolf II. letztwillig verfügte Stiftskirchenerhebung seinen direkten Vorgänger in Neustadt, doch



Abb. 2. Heidelberg, Augustinerkloster, Der Kenotaph Ludwigs II., Ende 13. Jh. Kurpf. Museum Heidelberg. (Fotoarchiv der Heidelberger Akad. d. Wiss. M 842 C2 Sch. 11/91)

zeugen der 1294 für Ludwig II. im Augustinerkloster errichtete Kenotaph und die 1382 im Franziskanerkloster erfolgte Bestattung der Kurfürstin Elisabeth von einer nicht allzu unbedeutenden und offenbar weiter zurückreichenden Lokaltradition, für die nicht mehr allein Schönau bestimmend war, sondern auch die beiden großen Heidelberger Bettelordenskirchen. Bei der einzigen bis in das 17. Jahrhundert außerhalb Heiliggeist vorgenommenen Kurfürstenbestattung Friedrichs I. wurde aus religiösen Motiven noch einmal auf das Franziskanerkloster zurückgegriffen. Hier wie auch schon 1382 manifestierten sich die traditionell engen religiösen Bindungen der älteren Wittelsbacher an die Bettelorden. Nach alledem liegt es nicht fern, in den Heidelberger Klöstern vielleicht auch die bedeutendsten frühen Anknüpfungspunkte zwischen den Pfalzgrafen und der Stadt zu vermuten. Einen geeigneteren Ort zur Vergegenwärtigung der Herrschaftslegitimation als in den so vielfrequentierten wie populären Eremitenkirchen läßt sich kaum denken. Verständlich wird dieser Gedanke freilich erst vor der besonderen Orientierung der Bettelorden auf die Städte, ihrer kaum zu übertreffenden spirituellen Rezeption in der Pfalz und der Bedeutung, die

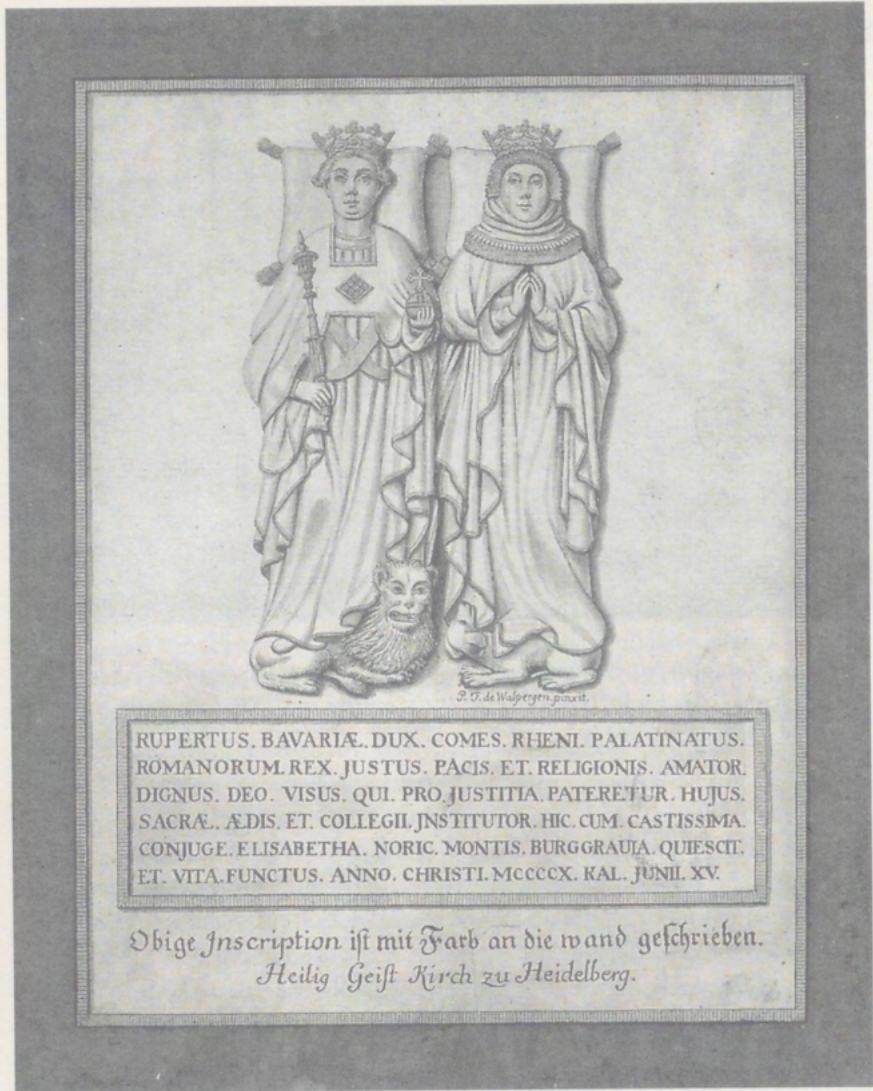


Abb. 3. Heidelberg, Heiliggeistkirche. Grabplatte König Ruprechts und seiner Gemahlin Elisabeth von Hohenzollern. 1. H. 15. Jh. nach einer Darstellung von P.F. Walpergen 1752. (Kurpf. Museum der Stadt Heidelberg)

im späten Mittelalter allgemein dem Totengedenken entgegengebracht wurde.

Eine Steigerung ermöglichte freilich noch das ins Zentrum der Stadt gerückte Erbbegräbnis der Dynastie. Die andernorts vielfach zum Symbol

bürgerlicher Stadtfreiheit ausgestaltete Marktkirche wurde in diesem Fall zum Herrschermonument umgewertet (Abb. 3). Ein derartiger Gedanke, in der Pfalz 1353 bereits in Neustadt vorweggenommen, darf wohl auch dem 1399 von Ruprecht III. geplanten Chor Neubau der Heilig-Geist-Kirche unterstellt werden. Zahn sprach geradezu von der Idee eines „Wallfahrtszentrums“, das die Bedeutung des Pfalzgrafenhauses für das ganze Land versinnbildlichen sollte¹²⁸. Innerhalb des städtischen Gefüges rückte der Landesherr auf diese Weise beständig allgegenwärtig in das ökonomische wie soziale Zentrum der Stadt.

3. Der städtische Markt als Plattform landesherrlicher Repräsentation

Die Bezeichnung in „*foro regio publico*“¹²⁹ – auf dem königlichen Markt – bringt den oben skizzierten Bedeutungswandel des Stadtzentrums treffend zum Ausdruck. Der pfalzgräfliche Zugriff auf den räumlichen Mittelpunkt der Gemeinde zu seinen Füßen erreichte hiermit seinen sichtbaren Gipfel, hatte aber wohl doch ältere Wurzeln. Eine auch dem Fürstenhaus zugeordnete Funktion bringt bereits die Urkunde zur Stadterweiterung von 1392 zum Ausdruck, die einen zweiten, in der Vorstadt anzulegenden Markt verbietet, „*da ... der alte der Herrschaft ... bequemer gelegen sei*“¹³⁰. Als (in Heidelberg damals noch einzige) große Freifläche innerhalb der Stadt bietet der Markt den geeigneten Versammlungsraum für Großveranstaltungen, die freilich ebensogut auch gegen die Stadtherrschaft gerichtet werden konnten, wie die andernorts gerade im 14. Jahrhundert zahlreichen Aufstände lehren¹³¹. Ein erhöhtes Interesse für die Pfalzgrafen sei daher vorausgesetzt.

Als Beispiel, den städtischen Markt schon früh in die Ausgestaltung der Residenz einzubeziehen, sei München angeführt, wo Ludwig der Bayer den Marienplatz seit 1315 als Rahmen für höfische Festveranstaltungen, besonders Turniere, in die Herrschaftsrepräsentation einbezog¹³². Das auch die Pfalzgrafen als Turnierveranstalter in Erscheinung traten, ist verschiedentlich belegt¹³³. Heidelberg besaß als Turnierort im späten Mittelalter in der Tat eine beachtliche Reputation. Das wohl bekannteste Zeugnis ist das berühmte Turnierbuch von 1481. Damals begegneten ausdrücklich auch „*bastiludia ... in foro ... et torneamenta*“¹³⁴, also Lanzen Spiele und Turniere auf dem Marktplatz. Nahezu den identischen Wortlaut gebraucht schon eine 1359 ausgestellte Urkunde, als Ruprecht I. eine Sondersteuer für die Austragung offenbar sehr kostspieliger Ritterspiele „... in Heidelberg“ erhob¹³⁵. Auch wenn hier eine präzisierende Ortsangabe fehlt, liegt die Vermutung doch nahe, den Markt in dieser Form schon damals in die Herrschaftsrepräsentation einbezogen zu sehen¹³⁶.

V Topographische Wechselwirkungen zwischen Residenzbildung und Stadtgefüge

Wenngleich das oben zusammengestellte Quellenmaterial die Verankerung der Residenz innerhalb der Stadt nur holzschnittartig hervortreten läßt, begegnet doch eine für Heidelberger Verhältnisse vielgestaltige Überlieferung, die im Rahmen des hier gegebenen Überblicks in ihren Aussagemöglichkeiten weder voll erschlossen, noch im Zusammenhang abgefragt werden kann. Eine Beschränkung auf die am deutlichsten hervortretenden Konsequenzen für das Stadtgefüge bedeutet, aus der Vielzahl angeschnittener Teilaspekte einen zwar inhaltlich begrenzten, aber signifikanten Ausschnitt zu separieren und abschließend näher zu diskutieren.

Der Überlieferungszufall bringt es mit sich, daß das umfangreichste Material über Nachrichten von Ankäufen, Privilegierungen usw. zu den Besitzverhältnissen innerhalb der Stadt erhalten ist. Die verfügbare Datenmenge läßt zwar keinen methodisch befriedigenden Zugriff zu, zeichnet aber doch soweit räumliche Verteilungstendenzen nach, daß bedeutende sozialtopographische Strukturbildungen greifbar werden. Im Sinne Christallers inzwischen auch auf innerstädtische Verhältnisse übertragbarer Theorie „der zentralen Orte“ treffen wir auf Standorte bzw. Stadtbereiche mit ausreichend privilegierten Eigenschaften als bevorzugte Interaktionsziele einer besonderen Bevölkerungsgruppe¹³⁷.

Die überwiegende Mehrheit des in Verbindung mit dem Hof erwähnten Hausbesitzes entfällt in der Tat auf zwei räumlich deutlich voneinander getrennte „Ballungsräume“ (Abb. 4). Der wohl am dichtesten herrschaftlich besetzte Stadtbereich läßt sich im Südwesten zwischen Augustiner- und Kettengasse feststellen, wobei hier der mittig an der Heugasse gelegene pfalzgräfliche Marstall und das Augustinerkloster die meisterwähnten Bezugspunkte stellen. Eine weitere, nicht ganz so dicht und detailliert greifbare Ballung wird über die am Burgweg oder „*bei den Barfüßern*“ angegebenen Ortsangaben faßbar. Freilich ist daneben auch weiter in der Stadt verstreuter Besitz der Pfalzgrafen oder des unter Hofschutz privilegierten Personals vorhanden, doch ist um keine dieser Stellen eine auch nur ansatzweise vergleichbare Akkumulation festzustellen. Trotz vorgegebener herrschaftlicher Bezugspunkte fallen auch die städtebaulich bevorzugten Zentrallagen entlang der Hauptstraße und am Markt als Anziehungspunkte weitestgehend aus. Selbst so bedeutende Burglehen wie die am Markt gelegene „Schöneck“ oder das „Viztumshaus“ vermochten hier keine nachhaltig strukturbildenden Wirkungen zu entfalten. Die Verankerung der Hofgesellschaft vollzieht sich demnach auffällig intensiv in zwei ihrerseits

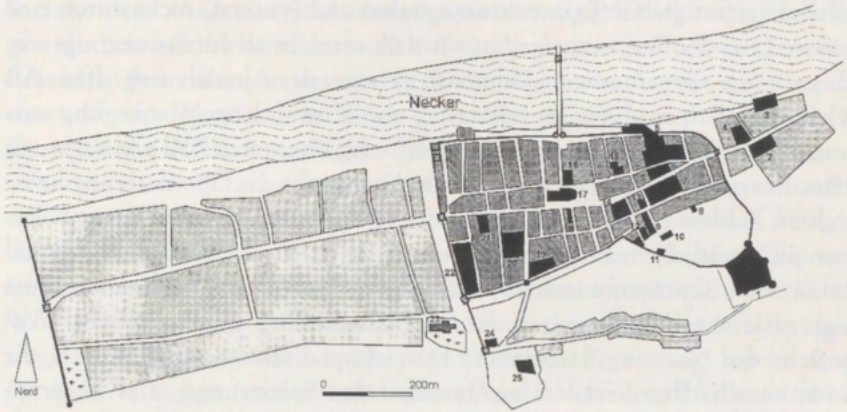


Abb. 4. Heidelberg, Stadttopographie im Mittelalter.

Dunkelgrau: Kernaltstadt 13. Jh.; Hellgrau: Vorstadterweiterungen zur Mitte des 14. Jh. Schwarz: bedeutende weltliche und kirchliche Einrichtungen.

Legende zu den angegebenen Ziffern:

1 Schloß; 2 Burgbezirk („gesess der nydern burge“), 3 Burglehen, Leiningener Adelshof; 4 Peterskirche; 5 Augustinerkloster; 6 Burglehen, pfalzgräfl. „Marstall“; 7 Heiliggeistkirche, 8 Burglehen, „Schöneck“; 9 Burglehen, sog. „Viztumsbaus“; 10 Schönauer „Mönchshof“, Ersterw. 1229; 11 Burglehen, Sickinger Adelshof; 12 Franziskanerkloster; 13 Kanzlei

durch den Bereich zwischen Ketten- und Oberbadgasse voneinander getrennten Randlagen der südlichen Stadthälfte.

Dieses Ergebnis demonstriert, daß dem seit Mitte des 14. Jahrhunderts verstärkt faßbaren Ausbreitungsvorgang der Hofgesellschaft strukturbildende Kräfte unterlagen, die rasch und tiefgreifend auf die bestehende Stadtlandschaft¹³⁸ eingewirkt haben müssen. Das topographische Verteilungsmuster vermag überlieferungsbedingt freilich nur die ersten spürbaren Auswirkungen zu erfassen, nicht aber Voraussetzungen und Zustandekommen. Erklärungsversuche sind daher in hohem Maße auf Analogieschlüsse bzw. Modellvorstellungen angewiesen.

Auf höherem Abstraktionsniveau haben wir es während der Residenzbildung mit einer Veränderungs- und Wachstumswelle zu tun, deren soziale, funktionale und wirtschaftliche Konsequenzen auf eine jener Hauptphasen städtischer Strukturbildung hinweist, die in der geographischen Städteforschung treffend als „innovation waves“ definiert wurden¹³⁹. Es darf vorausgesetzt werden, daß die Auswirkungen auf weit-

gehend verfestigte Gefügestrukturen trafen und (vorerst) nicht durch eine Ausweitung der Stadt abgefangen wurden, sondern als Intensivierungsvorgänge in die vorgefundenen Binnenstrukturen der Altstadt eingriffen. Als Wirkungsinhalt ist dafür grundsätzlich eine Zuwanderungsbewegung auszumachen, die von einer „andersartigen“ – im konkreten Fall privilegierten – Bevölkerungsgruppe getragen wurde. Auch wenn die Überlieferung keine exakten Zahlenverhältnisse mehr liefert, ist für einen Großteil der gehobenen pfalzgräflichen Funktionsträger zudem ein überdurchschnittlicher Raum- und Repräsentationsanspruch zu veranschlagen. Den beobachteten Segregationstendenzen wären danach grundsätzlich konkurrierende Ansprüche um Nutzungsflächen und Standortqualitäten zu unterstellen, die einen verschärften sozialen wie funktionalen Sortierungs- und Verdrängungsprozeß provozieren können. Da Flächennutzungen und soziale Verhältnisse auch in mittelalterlichen Städten gewöhnlich einem raschen Wandel unterworfen sein können, während sich Bau- und besonders Straßenstrukturen als kaum bzw. nur langsam veränderliche Standortfaktoren erweisen, wird die Aufmerksamkeit zunächst auf städtebauliche Determinanten für die auffällige Randlagenorientierung der beiden herrschaftlichen Verdichtungsgebiete gelenkt.

Der nächstliegende Gedanke wäre die Auffüllung vorhandener Rest- und Freiflächen in den noch verfügbaren Stadtrandbereichen, während sich die bevorzugten und früh verdichteten Zentrallagen einem verstärkten Zuwanderungsdruck versperren. Bei der in Heidelberg herrschaftlich dominierten Stadtverfassung erscheint es allerdings fraglich, ob ausgerechnet die vom Landes- bzw. Stadtherren privilegierte und der städtischen Gerichtsbarkeit entzogene Bevölkerungsgruppe über längere Zeit auf Bereiche geringerwertiger Standortqualitäten abzurängen war, zumal das gehobene pfalzgräfliche Verwaltungspersonal sehr rasch eine mit dem städtischen Bürgertum verbundene patriziatsähnliche Oberschicht ausbildete. Es ist hinreichend bekannt, wie sich gerade in Heidelberg die Anwesenheit des Landesherrn auf reglementierende Kontrollmöglichkeiten auswirkte, so daß die Bürgergemeinde bereits unter Ruprecht I. in ungewöhnlich hohem Maße dem herrschaftlichen Zugriff unterworfen war¹⁴⁰. Man trifft daher wohl auf eine doppelte Tendenz. Wenn die mit der Residenz sich ausbildenden Strukturen auf bestimmte und begrenzte Randbereiche Bezug nehmen, kommt darin weniger eine Ausweichbewegung zum Ausdruck, als vielmehr die Existenz oder Entstehung weiterer Kernbereiche, während daneben die administrativ-ökonomischen Schwerpunkte der Bürgergemeinde um den Markt ungebrochen wirksam blieben.

Die in Heidelberg zu beobachtende Konzentration einer Oberschicht im Bereich der Stadtmauern ist in der Tat kein ungewöhnlicher Befund. Dieses

Sachmoment wird hier auch deswegen etwas länger diskutiert, weil die gewöhnlich auf der verdienstvollen Grundlagenarbeit Herbert Derweins fußenden Beurteilungen des älteren Stadtgefüges den Aspekt nicht berühren oder der Vorannahme eines den Urbanisierungsprozeß prägenden Kern-Rand-Gefälles unterliegen, das so erst seit dem ausgehenden Mittelalter und dann v.a. zunächst in Großstädten begegnet. Darin manifestiert sich das Selbstverständnis einer marktwirtschaftlich bestimmten bürgerlichen Stadtvorstellung, die ihre großen Vorbilder der bekannten Hanse-, Reichs- und oberdeutschen Handelsstädte auf die der spätmittelalterlichen Wirklichkeit weitaus geläufigeren landesherrlichen Städtelandschaft überträgt¹⁴¹. Ergebnisse der sozialtopographischen Forschung haben diese Perspektive zugunsten differenzierterer Ansätze revidiert¹⁴². Bereits 1965 erwies z.B. Sjöberg, daß das kommerzielle Moment für die Strukturbildung nicht ausschlaggebend sein muß. „Da in feudalen Städten politische und religiöse Handlungen dem Status nach höher stehen als ökonomische, sind Markt und Geschäfte, obwohl sie sich im zentralen Sektor befinden, von geringerer Bedeutung“¹⁴³. In dieser Ausschließlichkeit mag diese Sichtweise inzwischen zu differenzieren sein, eröffnet aber gerade eine für landesherrlich dominierte Stadtstrukturen in besonderem Maße zutreffende Verständnisebene, auf die zurückzukommen sein wird. Für unsere Fragestellung erweisen sich zunächst Ergebnisse als weiterführend, die die „Konzentration einer Oberschicht an der Peripherie im Bereich der Stadtbefestigung“ auch dort beobachten, „wo diese in Form der Geschlechterherrschaft unmittelbar die politischen Geschicke der Stadtbewohner lenkte.“ Erst danach hat sich im Zuge der sozialen Umwälzungen seit dem 14. Jahrhundert vermehrt eine Bevorzugung des Stadtkerns ergeben¹⁴⁴. Es ist dies der Befund, der auf die älteren Heidelberger Verhältnisse am besten übertragbar erscheint¹⁴⁵.

Nach allem, was bekannt ist, findet sich in der Tat nicht erst die Hofgesellschaft, sondern bereits die älteste Schicht der lokalisierbaren Burgsitze und Freihöfe zumeist in stadtmauernahen Randlagen, die zudem häufig auf strategisch exponierte Stellen der Befestigungslinien bezugnehmen. Bis in die Stadtgründungszeit reicht pfalzgräflicher und niederadeliger Besitz im Areal des späteren Mönchshofs am südöstlichen Stadtrandbereich zurück. Knapp westlich werden besonders im Bereich der Fischer- und Semmelgasse alte Adelshöfe vermutet, so daß das südöstliche Stadtquartier einigermaßen dicht mit Adelsbesitz durchsetzt war. Allein die diesen Bezirk begrenzende Schöneck weist hier einen direkten Marktzugang auf, deckt aber zugleich die wichtige Verbindung zum nahegelegenen Brückentor. Der ebenfalls bis in die Stadtgründungszeit zurückreichende Besitz der Familie von Walldorf, der spätere Deutschordenshof, lag direkt vor dem Kettentor,

während das nahegelegene, im 14. Jahrhundert als Marstall bezeichnete Burglehen auf die besonders gefährdete südwestliche Ecksituation der Stadtbefestigung orientiert ist.

Ebenso wie die vereinzelt zentralorientierten Burglehen (Schöneck, Viztumshaus) bot diese älteste Schicht von Lehens- bzw. Freihöfen geeignete Kristallisationskerne für die sich in der Stadt etablierende Hofgesellschaft. Folgerichtig findet sich die Mehrzahl noch Jahrhunderte später als solche genutzt oder an die geistliche Herrschaft, z.B. Schönau oder den Deutschen Orden, übertragen. Für die bedeutenden pfalzgräflichen Burglehen wie die Schöneck, das Viztumshaus und den vielgliedrigen Marstallkomplex lassen sich schon früh Aufteilungen und/oder Ausweitungen erschließen, auch finden sich diese Lehen im 14. Jahrhundert im Besitz der den Pfalzgrafen engverbundenen Geschlechter wie die Erligheim, Kreis von Lindenfels, Sickingen, Schönberg usw. Doch erweisen sich besonders die zentrumsorientierten Standorte im darauffolgenden Jahrhundert immer noch als isoliert oder vermögen, wie die Schöneck, das Viztumshaus oder der Bereich um die Semmelgasse, ihr außergewöhnlich hohes soziales Niveau nicht länger aufrechtzuhalten. Eine altradierte Bedeutung scheint allein kein zukunftsweisendes Kriterium abgegeben zu haben. Im Abgleich mit der topographischen Verteilung der oben skizzierten „Ballungsräume“ entfalteten offenbar nur ganz bestimmte herrschaftliche Ansatzpunkte die nötige Attraktivität, um strukturbildende Kräfte zu entwickeln. Das bedeutet für die Ausgangsfrage, daß die Etablierung der neuen Oberschicht zwar anfangs zum größeren Teil durch ältere randlagenorientierte Strukturen determiniert wurde, aber letztlich aus der Palette vorhandener Bezugspunkte doch nur auf ausgewählte Standortqualitäten reagierte.

Schon bei oberflächlicher Betrachtung der topographischen Situation ist augenfällig, daß die beiden „Ballungsräume“ auf den südlichen Stadtmauerbereich konzentriert und damit auf die Seite der pfalzgräflichen Residenz- burg(en) orientiert sind. Das erscheint, wenn schon nicht zwingend, so doch konsequent. Die einfachste Erklärung begründet sich wahrscheinlich ganz pragmatisch aus dem Sicherheitsbedürfnis von Hof und Fürst – hervorgerufen durch die in Residenzen besonders im 14. Jahrhundert konfliktträchtige Verbindung von Adel und Bürgergemeinde – und aus einer möglichst kurzen Wegdistanz zu dem für die meisten Hofleute maßgeblichen Dienstort auf dem Schloß. Für beide Kriterien ließen sich mannigfaltige Vergleichsbeispiele anführen. Ähnlich wie bei fürstlichen Stadtburgen erfolgt eine Anbindung nach außen durch eigene Wege bzw. Tore. Für den zu Füßen des Schloßbergs gelegenen Burgweg und die „zu oberst“ angeordneten, nahezu sämtlich in pfalzgräflichem Besitz befindlichen Parzellen muß das nicht weiter erläutert werden. Für das weiterabgelegene sog.

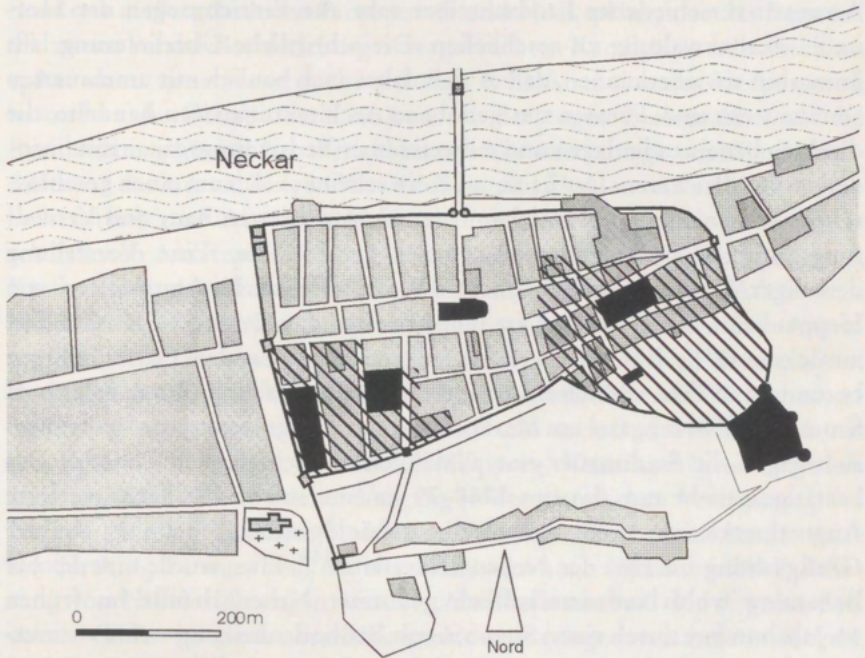


Abb. 5. Heidelberg, Stadttopographie im Mittelalter

„Margbronner“- oder „Kettentor“ liegen die Verhältnisse weniger offen zu Tage. Doch auch hier vermittelt die Wegverbindung zwischen dem mit seiner Einfahrt an der Kettengasse gelegenen „Marstall“ und den beidseitig der Kettengasse zur Stadtmauer orientierten herrschaftlichen Anwesen über den Schloßberg ins Schloß bzw. auch die Wege zur oberen Burg (Abb. 5).

Die räumliche Gesamtdisposition ist insofern von besonderem Interesse, als der Bereich um den Marstall auffällige Anomalien im Stadtgrundriß aufweist. Über die Kettengasse und eine auffällig gerade, die südlichen Hauptstraßenparzellen hinten bis zur (westl.) Stadtmauer begrenzende Fluchtlinie, für die stellenweise sogar ein wasserführender Graben erwähnt wird, hebt sich ein abgegrenzter Bezirk aus dem geläufigen Parzellierungsgefüge ab. Der Lagebezug auf die gefährdete südwestliche Ecksituation der Stadtmauer besetzt zudem eine naturräumlich ausgezeichnete, bis zu drei Meter gegenüber dem geläufigen Hauptstraßenniveau erhöhte Geländeposition¹⁴⁶. In dieser exponierten Situation sind nun mit dem Burglehen des Marstalls, dem Vogtshof (Fautsgasse) sowie die hier früh erwähnten

Anwesen verschiedener Landschreiber sehr alte Einrichtungen der Hof- und Lokalverwaltung zu erschließen. Die schriftliche Überlieferung läßt immerhin soviel erkennen, daß es sich dabei auch baulich mit ummauerten Steinhäusern und Türmen um gehobene Architekturformen handelte, die direkt nebeneinander lagen und teilweise über Verbindungsgänge miteinander verbunden waren. Das heißt, im Kern scheint es sich um einen geschlossenen, aus einem alten Burglehen heraus kristallisierten Bau- und Verwaltungskomplex bedeutenden Ausmaßes zu handeln. Eine Vorstellung derartiger Anlagen veranschaulicht z.B. die ansehnliche Amtskellerei von Heppenheim, deren Bestand zu Teilen noch in das 13. und 14. Jahrhundert zurückreicht¹⁴⁷. Einige Erwähnungen von angrenzenden Gärten zeugen besonders in dem südlich und westlich des Marstallkomplexes gelegenen Saum (sog. Zwerchgasse am Markbrunnen und Augustinergasse) von einem sich gegen die Stadtmauer erst allmählich verdichtenden Umfeld. Das bestätigen nicht nur das um 1268–79 in eine solche Freifläche verlegte Augustinerkloster, sondern auch die archäologischen Ergebnisse aus der Großgrabung im Hof der Neuen Universität¹⁴⁸. Hier wurde eine leichte Bebauung wohl landwirtschaftlich genutzter Nebengebäude im frühen 14. Jahrhundert durch einen Steinbau mit Fußbodenheizung – eine vermutlich als Adelshof zu interpretierende außergewöhnlich repräsentative Architektur – ersetzt. Eine mit der Augustinergasse diesen stadtmauer-nahen Bereich frühestens im 15. Jahrhundert erfassende Erschließung belegt an dieser Stelle zudem archäologisch ein erst spät verfestigtes Straßengefüge. Bei der um den Marstallkomplex feststellbaren Struktur handelt es sich alles in allem um eine in vielfacher Beziehung hervorgehobene Situation. Sehr wahrscheinlich ist darin, worauf jüngst auch Jochen Goetze hingewiesen hat, der älteste, womöglich von vornherein der Herrschaft vorbehaltene Bereich der (Gründungs-)Stadt zu sehen¹⁴⁹. Besonders auch die hier und nicht etwa am Burgweg belegbaren Einrichtungen der Lokalverwaltung mit ihren lang vor die Residenzbildung zurückreichenden Traditionen sprechen für diese Interpretation. Es erscheint durchaus denkbar, daß die auf die Ecksituation der Stadtmauer orientierte, zunächst vom Stadtgrundriß, teilweise durch Gräben und Freiflächen ausgenommene Disposition des erhöht liegenden Burglehnskomplexes gemeinsam mit seiner baulich komprimierten Steinarchitektur und über Marstall und Vogts-hof erschließbaren militärischen Funktion auf eine Kernanlage hinweist, wie sie in vergleichbaren Lagebezügen landesherrliche Stadtburgen aufweisen.

Für den zweiten Ballungsraum zwischen Franziskanerkloster und Burgweg sind keine vergleichbar dichten und alten herrschaftlichen Strukturen zu erschließen. Faßbar sind vor allem die hier seit Mitte des 14. Jahr-

hundreds niedergelassenen Protonotare und Hofkapläne, also das Personal der zuerst auf der Residenzburg untergebrachten Kanzlei- und des Archivs, später dann zunehmend mehr auf dem Schloß arbeitendes Hofpersonal, besonders die Gruppe der Leibärzte. In der engen Bezugnahme auf die Residenzburg könnte bei aller gebotenen Vorsicht eine gewisse Funktionsdifferenz des hier ansässigen Verwaltungs- und Hofpersonals (bes. Kanzleibedienstete) zum Ausdruck kommen. Im Unterschied zu anderen herrschaftlichen Ansatzpunkten ist gerade in diesem Umfeld, d.h. an Burgweg, Karlstraße und östlicher Hauptstraße, zunächst kein älterer Adelsbesitz nachzuweisen. Ein erster Adelshof begegnet um 1370/80 mit einem Anwesen derer von Sponheim, das vermutlich aber keine älteren Wurzeln hat. Besonders im 15. Jahrhundert darf dann eine zunehmende Verlagerungsbewegung vermutet werden, als hier nach und nach Besitz der von Handschuhsheim, Sickingen, Rammung, Neipperg, Venningen greifbar wird. Stellvertretend ist ein solcher Vorgang in der räumlichen Verlagerung des Neipperger und Sickinger Besitzes zu verfolgen, der bezeichnenderweise mit der Aufgabe eines Teils der alten Schöneck korrespondiert. Die Etablierung von Hofeinrichtungen wie der „*Haushofmeisterei*“ und der ebenfalls vor der Südwestseite des Franziskanerklosters gelegenen „*Sängermeisterei*“ bis hin zur Einrichtung der „*Münze*“ und dem unbestrittenen Höhepunkt des Kanzleineubaus von 1462 deuten auf eine zunehmende Aufwertung des Bereichs zu Füßen des Schloßbergs. Gut hundert Jahre später sind hier dann entlang des Burgwegs und der Karlstraße nahezu geschlossen von pfalzgräflichem Personal bewohnte Straßenzüge erreicht¹⁵⁰.

In Hinblick auf die Standortqualität offenbart ein Vergleich zwischen beiden Ballungsräumen einige bemerkenswerte Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Einmal treffen wir auf einen durch ausgeprägte ältere Strukturen determinierten und daher wohl räumlich komprimierten Bereich, während das andere Mal ein über die längste Zeit weniger geschlossenes, weiträumiges Verteilungsmuster vorherrscht, für das keine wesentlichen älteren herrschaftlichen Bezugspunkte namhaft zu machen sind. Es läßt sich also für den südwestlichen Ballungsraum eine altradierte Standortqualität wahrscheinlich machen, während der südöstliche Bereich durch seine besondere Nähe zur pfalzgräflichen Burg ausgezeichnet ist und daher vielleicht erst mit der Residenzbildung zunehmend an Bedeutung gewann.

Richten wir die Aufmerksamkeit auf die verbindenden Merkmale, stößt man vor allem auf die jeweils direkte Nachbarschaft zu einem der beiden großen Heidelberger Bettelordensklöster. Vor dem Hintergrund der sakralen wie politischen Dimension der beiden Orden verdient dieses Sachmoment besondere Beachtung. Hier ist nun auf die weiter oben zitierte Beobachtung Sjobergs zurückzukommen. Tatsächlich bestätigen inzwi-

schen sozialtopographische Beobachtungen im Umfeld städtischer Bettelordenskonvente besondere Konzentrationsbewegungen bestimmter Bevölkerungsgruppen¹⁵¹. Im Einzelfall ist das freilich in seinen individuellen Wirkungsinhalten zu differenzieren. Die in Heidelberg nachweisbare Koinzidenz mit den bevorzugten Wohnstandorten der Hofgesellschaft könnte ein dem Prinzip nach verwandtes Phänomen andeuten. Das allerdings unter dem Vorzeichen der landesherrlich dominierten Wechselbeziehung, die eine spezifisch herrschaftsorientierte Sozialzusammensetzung zur Folge hatte.

Verständlich wird diese Wirkung über eine besondere Instrumentalisierung der Bettelorden, die für Residenzbildungen des 14. Jahrhunderts geradezu als charakteristisch gelten darf¹⁵². Es war zuerst Ludwig der Bayer, der seinen Zeitgenossen in München in der Verbindung seiner neuen Residenz mit einem durch die Bettelorden getragenen geistigen Zentrum die Organisation eines modernen Herrschaftsystems demonstriert hatte. Dieses Konzept nahm die für die bedeutendsten Residenzen des 14. Jahrhunderts zukunftsweisende Vernetzung von Regierungsgewalt und Gelehrsamkeit vorweg. Die besondere Beziehung der beiden Kirchen – vor allem des Augustinerklosters – mit der Universität dürfte das in Heidelberg unterstreichen¹⁵³. Über die enge Wechselbeziehung der Bettelordenskonvente mit den Bürgergemeinden, u.a. als Stütze städtischer Kirchenpolitik, boten die Klöster darüber hinaus für die Verankerung der Residenz einen in vielfacher Hinsicht wirkungsmächtigen Faktor zur Herrschaftsintensivierung und Repräsentation. Die Kirchen der Bettelorden waren in spätmittelalterlichen Städten grundsätzlich herausgehobene Orte des öffentlichen Lebens, die u.a. als repräsentative Versammlungsräume für Ratstagungen, Feierlichkeiten und als Gerichtsorte, Schulen, Absteigequartiere bedeutender Gäste usw. dienten. In der landesherrlich dominierten Stadt wurde diese Zweckorientierung für die Regierungsgewalt instrumentalisiert. Die entsprechenden Anzeichen erschließen sich in Heidelberg nicht nur in der Funktion als fürstliche Grablege, sondern auch in den Nachrichten herrschaftlicher Auftritte und Festlichkeiten bis hin zur Nutzung als Absteigequartier König Ruprechts. Auch wenn die weiten Freiflächen des Karls- und Universitätsplatzes die beiden großen Bettelordenskirchen fast vollständig aus dem Bewußtsein verdrängt haben, sollte der mittelalterlichen Sakraltopographie doch eine wesentliche Bedeutung für die Residenz- und Stadtentwicklung Heidelbergs beigemessen werden, die es zukünftig stärker zu beachten gilt.

VI Ausblick

Haben die zentrifugalen Anziehungskräfte der Bettelordenskirchen dazu beigetragen, in ihrer Nachbarschaft Ballungsräume der Hofgesellschaft zu akkumulieren und damit deutliche Akzente in der sozialen und funktionalen Topographie des spätmittelalterlichen Heidelbergs zu hinterlassen stellt sich abschließend die Frage der Nachhaltigkeit für die Stadtgestalt.

Die nachfolgende Entwicklung der Hofgesellschaft unterlag freilich weiteren Veränderungen und anwachsenden Dimensionen, die allein schon ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung wegen Veränderungen und Überlagerungen älterer Strukturen erwarten lassen. Die straßenweise aufgelisteten Einwohnerverzeichnisse des ausgehenden 16./17. Jahrhunderts lassen immerhin soviel erkennen, daß die der Hofgerichtsbarkeit unterstellte Einwohnerschaft inzwischen über das ganze Stadtgebiet verteilt war. Die Stadt war in der Tat zum erweiterten Rahmen des Hoflebens geworden und stand rechtlich wie ökonomisch in vollständiger Abhängigkeit zur pfalzgräflichen Residenz. Die territorialen wie mentalitätsgeschichtlichen Wandlungen der frühen Neuzeit verliehen dem landesherrlichen Stadttypus freilich dann seinen eigenen Bürgerstolz.

Man darf voraussetzen, daß die damit verbundenen Wandlungen entsprechend tiefgreifende Spuren im Stadtgefüge hinterlassen haben. Ein Blick auf das große Stadtpanorama von Merian beweist, daß dies in der Tat der Fall gewesen sein muß. Um nur ein Beispiel zu nennen: Zahlreiche Adelshöfe mit den für die Renaissancearchitektur so typischen Erkern und Treppentürmen verteilen sich über das Stadtbild. Es zeigt sich aber auch, daß beherrschende architektonische Dominanten nach wie vor im Bereich zwischen Augustinerkloster und Kettengasse sowie zu Füßen des Schlosses zwischen dem Kanzleigebäude und dem Franziskanerkloster bis zur oberen Vorstadt besonders dicht konzentriert sind. Die nordwestlichen Bereiche zwischen Haspel- und Mantelgasse, wie auch der bereits im 14./15. Jahrhundert faßbare Raum zwischen Ketten- und Oberbadgasse (Kornmarkt) stehen dahinter deutlich zurück. Ein Gang durch das heutige Stadtbild zeigt, daß sich daran auch im „bürgerlichen Zeitalter“ nach dem Abzug des Hofes 1720 im Grundsätzlichen nur wenig geändert hat. Den Akzent im Bereich des alten Marstalls setzt die programmatisch an diese Stelle gesetzte Jesuitenkirche. Im Umfeld, zwischen Graben- und Kettengasse, erheben sich die Großbauten des alten Universitätszentrums. Zu Füßen des Schloßbergs umgeben den durch Abriß des Franziskanerklosters geschaffenen Karlsplatz die großen barocken Stadtpalais der Zeit des Wiederaufbaus nach 1698.

Auch wenn die historisch gewandelten Verbindungslinien nur mehr schwach erkennbar bzw. noch weitgehend unerforscht sind, ist hier nach sechs Jahrhunderten immer noch die Wirkung der um die Bettelordensklöster entstandenen Kernbereiche der Residenz spürbar. Besonders die Bauten der Universität, die sich als die nachhaltigste „*filia*“ der Pfalzgrafen im 15. Jahrhundert mit dem alten landesherrlichen Zentrum um Vogtshof, Marstall und Augustinerkloster verbanden, sind ein lebendiges Ergebnis der Residenz geblieben.

Anhang

Ungedruckte Quellen

Darmstadt, Haus und Stadtarchiv.

Hirschhorner Kopb. No. 9.

Heidelberg, Universitätsarchiv.

Urkundensammlung Barth.

Heidelberg, Stadtarchiv. (StA, Hd.)

Quellenabschriften und Regesten der Huffschmittschen Zettelkartei (HZK).

Karlsruhe, Generallandesarchiv (GLA).

Abt. Kopialbücher. 67/810. Ludwig III., ad vitam.

Abt. Kopialbücher. 67/865.

München. Geheimes Staatsarchiv.

HUK 2628.

Gedruckte Quellen

K. Andermann, Das Kopialbuch des Engelhard v. Neipperg. Urkundenregesten (um 1235) 1331–1493. Heimatverein Kraichgau e.V. (Hg.) Sonderveröffentlichung 11 (1994).

H. Bansa (Bearb.), Die Register der Kanzlei Ludwigs des Bayern (1971)

C. v. Hofmann (Hgg.), Mathias von Kemnath, Chronik Friedrich des Siegreichen. Quellen und Erörterungen zur baierischen und deutschen Geschichte, 2 (1862) 1–141.

A. Koch, J. Wille, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein (1894).

C v. Koehne (Bearb.), Oberrheinische Stadtrechte. Bd. 1: Fränkische Rechte. H 5. (1900).

Chr. J. Kremer, Urkunden zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich I. von der Pfalz (1765).

K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen. Quellen und Erörterungen zur baierischen Geschichte 2, 1862, 209–409.

J. Miethke, Die Rektorbücher der Universität Heidelberg, Bd. 1: 1386–1400, bearb. v. H. Lutzmann, H. Weisert (1986)

J. Mötsch, Regesten des Archivs der Grafen von Sponheim, Teilbände 1–3 (1987–1989).

L.v. Oberndorff, M. Krebs, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, Bd. 2 (1912–1939).

F. X. Remling (Bearb.), Urkundenbuch zur Geschichte der Bischöfe von Speyer, 1 (1852).

- R. Sillib, Zur Geschichte des Augustinerklosters in Heidelberg. Urkunden und Akten hgg. und mit einer Einleitung versehen, in: Neues Archiv zur Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz 3, 1901, 27 ff.
- U. Wagner, Das Heidelberger Deutschordensurbar von 1487, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 138, 1992, 143 ff.
- Friedrich von Weech, Ein pfälzisches Steuerbuch aus den Jahren 1350–1361, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 28, 1876, 467 ff.
- E. Winkelmann (Hgg.), Urkundenbuch zur Geschichte der Universität Heidelberg, Bd. 1 (1886)

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag setzt den im vorangegangenen Jahrbuch fort: A. Wendt, Den stul der pfalsgraffschaft in dysze ubertrefflich burg zu verandern... Zur Residenzbildung Heidelbergs im 13./14. Jahrhundert, in: Heidelberg, Jahrbuch zur Geschichte der Stadt (im Folgenden HJG) 3, 1998, 9–30. – Zum Thema ist inzwischen auch eine umfassende monographische Darstellung erschienen. J. Kolb, Heidelberg. Die Entstehung einer landesherrlichen Residenz im 14. Jahrhundert. Residenzenkommission der Akademie der Wissenschaften Göttingen (Hgg.) Residenzenforschung 8 (1999). Der vorliegenden Aufsatz ist die 1998 überarbeitete Fassung einer weiter zurückliegenden (1993) Arbeit am historischen Seminar der Universität Heidelberg. Eine Auseinandersetzung mit den neuen Ergebnissen von Kolb war daher nicht mehr möglich.
- 2 L.v. Oberndorff, M. Krebs, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, Bd. 2 (1912/1939) (im folgenden abgekürzt: RPR II). Zur Etablierung Kirchens in Heidelberg RPR II, 3360, 3451, 3584; 4434, 4466. – In seinen verschiedenen öffentlichen Funktionen wurde Kirchen bereits mehrfach in der einschlägigen Literatur behandelt. Die wohl intensivste biographische Skizze mit weiterführenden Angaben bei: P. Moraw, Kanzlei und Kanzleipersonal König Ruprechts, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte und Wappenkunde 15, 1969, 488–498.
- 3 Zur Residenzenforschung vgl. bes.: K. Flink, W. Janssen (Hgg.), Territorium und Residenz am Niederrhein (1993). – H. Patze, W. Paravicini (Hgg.), Fürstliche Residenzen im spätmittelalterlichen Europa (1991). – Peter Moraw, Was war eine Residenz im deutschen Mittelalter, in: Zeitschrift für historische Forschung 18, 1991, 461 ff. – P. Johaneck (Hgg.), Vorträge und Forschungen zur Residenzenfrage (1990). – K. H. Ahrens, Residenz und Herrschaft (1990).
- 4 Der „stul der pfalsgraffschaft“ wird in der dort zitierten Lobrede des Frühhumanisten Peter Luder, ganz selbstverständlich noch 1458 mit der „ubertrefflich(en) burg“ zu Heidelberg gleichgesetzt – nicht mit der Stadt.
- 5 H.C. Peyer, Das Aufkommen von festen Residenzen und Hauptstädten im mittelalterlichen Europa, in: ders. (Hgg.) Könige, Stadt und Kapital (Zürich 1982) 78.
- 6 Leo Battista Alberti, De re aedificatoria (1. Aufl. 1912, Neudruck 1991).
- 7 Vgl. besonders die prägnante Zusammenfassung von Sigrid Schmitt, Landesherr, Stadt und Bürgertum in der Kurpfalz des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit. Jürgen Treffeisen, Kurt Andermann (Hgg.), Landesherrliche Städte in Südwestdeutschland. Oberrh. Stud. 12 (1994), 45–66.

- 8 Matthias Nuding, Die Universität, der Hof und die Stadt um die Wende zum 15. Jahrhundert: Fragen an die ältesten Rektoratsakten, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 146, 197–248.
- 9 Moraw, Residenz, 461 f.
- 10 Werner Paravicini, Structure et fonctionnement de la Cour bourguignonne au XV siècle, in: Publications du Centre Europeen d Etudes bourguignonne (XIV-XVI siecles) 28, 1988, 67–74, bes. 67 f. – Vgl. ergänzend auch Brigitte Streich, Zwischen Reiseherrschaft und Residenzbildung: Der Wettinische Hof im späten Mittelalter (Köln, Wien 1989)
- 11 Nuding, Hof, Universität, 246.
- 12 Dazu: M. Jansen, J. Hoock, J. Jarnut (Hgg.), Städtische Formen und Macht. Veröff. Der interdisziplinären Arbeitsgruppe für Stadtkulturforschung 1 (1994).
- 13 Vgl. H. Patze, Die Hofgesellschaft Karls IV. und König Wenzels in Prag, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 114, 1978, 733–773.
- 14 M. Schaab, Die Entstehung des pfälzischen Territoriums am unteren Neckar und die Anfänge der Stadt Heidelberg, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 106, 1958, 263 ff.
- 15 Vgl. M. Schaab, Die Festigung der pfälzischen Territorialmacht im 14. Jahrhundert, in: H. Patze, Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert. Vorträge und Forschungen XIV (1971) 193. – H. J. Cohn, The Governement of the Rhine Palatinate in the fifteenth century (1965) 235. – C. v. Brandenstein, Urkundenwesen und Kanzlei, Rat und Regierungssystem des pfälzer Kurfürsten Ludwig III. (1983).
- 16 Nach Th. Karst, Neustadt als linksrheinisches Zentrum pfalzgräfllich-kurpfälzischer Herrschaft und Verwaltung. Neustadt an der Weinstraße. Stadtarchiv Neustadt, K.P. Westrich (Bearb.), Beiträge zur Geschichte einer pfälzischen Stadt (1975) 156 f. Auch A. Sprinkart, Kanzlei, Rat und Urkundenwesen der Pfalzgrafen bei Rhein und Herzöge von Bayern 1294–1314 (1317) (1986) 222 f.
- 17 Schaab, Territorium, 264.
- 18 J. Miethke (Hgg.) Die Rektorbücher der Universität Heidelberg. Bd. 1 (1986) Nr. 306, 418, 419.
- 19 J. Goetze, Gassen, Straßen, und Raster oder die Anfänge der Stadt Heidelberg. Überlegungen und Gedanken zum Heidelberger Stadtgrundriß, in: HJG 1, 1996, 114.
- 20 Stadtarchiv Heidelberg, Huffschmittsche Zettelkartei, c.f. Schöneck. Im folgenden zit. als StA. Hd., HZK.
- 21 Schaab, Territorium, 263 ff.
- 22 A. Koch, J. Wille, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein (1894) im folgenden zit. als RPR I. – U.a. RPR I 2850, 2920, 3020, 3071, 3093, 3096, 3430, 3886, 4065.
- 23 Cohn, Governement, 235 ff. – M. Schaab, Die Festigung der pfälzischen Territorialmacht im 14. Jahrhundert. H. Patze (Hgg.), Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert, Vorträge und Forschungen 14 (1986), 192.
- 24 Miethke, Rektorb., Nr. 419; – zu 1487; vgl. U. Wagner, Das Heidelberger Deutschorchdensurbar von 1487, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 138, 1992, Nr. 22.
- 25 Zu 1404 vgl. RPR II 4466: „... die muer dez huses daz auch in denselben marstall stößet, daz wir Hermanno unserem Landschriber zur Nuwenstadt gegeben haben.“
- 26 Zu 1406 vgl. Miethke, Rektorb. 419.
- 27 Vor 1390, vgl. 1404 RPR II 3438.

- 28 Vgl. P. Moraw, Kanzlei und Kanzleipersonal König Ruprechts, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte und Wappenkunde 15, 1969, 447 ff.
- 29 W. Ziegler, Die niederbayerischen Residenzen im Spätmittelalter, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 123, 1987, 29 ff.
- 30 Zum Aufgabenfeld in der Landesverwaltung vgl. Sprinkart, Urkundenwesen, 235 ff.
- 31 Zu urkundlichen Nachweisen und Biographie Sprinkart, Urkundenwesen, 222 ff.
- 32 RPR I 1395.
- 33 Vgl. die Zusammenstellung bei Sprinkart, Urkundenwesen, 222 ff.
- 34 1290: RPR I 1216; – 1299: Zur Grabplatte: H. Drös, Heidelberger Wappenbuch. Buchreihe der Stadt Heidelberg 2 (1991) 19.
- 35 RPR I 1521.
- 36 RPR I 1781, 1784, 1785; – H. Bansa (Bearb.), Die Register der Kanzlei Ludwig des Bayern (1971) Nr. 155.
- 37 Die entsprechende Interpretation auch bei Sprinkart, Urkundenwesen, 234.
- 38 H. Derwein, Die Flurnamen von Heidelberg (1940), 275, Nr. 974.
- 39 Sprinkart, Urkundenwesen, 118.
- 40 Schaab Territorium, 254.
- 41 J. Louis, Pfarrkirchen. Hist. Atlas von Bayern, Teil Altbayern 31 (1973) 197.
- 42 RPR I 4073.
- 43 Sprinkart, Urkundenwesen, 118 f., bes. 231 ff.
- 44 Sprinkart, Urkundenwesen, 229 ff.
- 45 Vgl. eine Stiftung von 1385: Neues Archiv zur Geschichte der Stadt Heidelberg (Im Folgenden abgekürzt N.A.) .A. 3/1, 1870, 48 ff.
- 46 Zu 1361, 1365 vgl. J. Mötsch, Regesten des Archivs der Grafen von Sponheim, Teilbände 1–3 (1987–1989) Nr. 1233, 1326. – Vgl. auch 1363: auch R. Sillib, Zur Geschichte des Augustinerklosters in Heidelberg. Urkunden und Akten, hgg. und mit einer Einleitung versehen, in: N. A. 3, 1901, 27.
- 47 Emmerich von Moscheln gilt als Vertreter der Protonotare der Königskanzlei, wenn diese nicht in Heidelberg zugegen waren. Nach 1410 diente er als einer der angesehensten Notare Ludwigs III. bis wenigstens 1429 als Landschreiber zu Oppenheim. Chr. v. Brandenstein, Urkundenwesen und Kanzlei, Rat und Regierungssystem des pfälzer Kurfürsten Ludwig III. (1983) 142 f.
- 48 1390, 1391: RPR. I 5204, 5366; 1424: Sta. Hd. HZK, c.f. Mathis Folze.
- 49 K. Andermann, Burgen und Residenzen des Hochstifts Speyer im Spiegel der Hausratsverzeichnisse von 1464/65, in: Johaneck, Residenzenfrage, 119.
- 50 Moraw, Kanzlei, 465 f.
- 51 Stadtarchiv Speyer, liber contractuum sub Rabano episcopo, fol. 847, zit. nach N.A. 1, 140.
- 52 1404: RPR II 3360, 3451, 3584. – 1406: 4434, 4466
- 53 Miethke, Rektorbücher, Nr. 446.
- 54 Zu der freilich gerade sich erst entwickelnden Vernetzung von Kanzlei und Universität und der Aufwertung des juristischen Elements bzw. „Verwissenschaftlichung“ der königlichen Regierung vgl. Moraw, Kanzlei, 507.
- 55 V.a. der schon früher bereits mit Raban von Helmstadt verbundene Job Vener, führender Hofjurist Kg. Ruprechts und späterer Bischof von Regensburg. Zur Biographie und Verhältnis zur Universität Moraw, Kanzleipersonal, 476. – A. K. Vetter, Die topographische Entwicklung der Universität Heidelberg im Mittelalter, in: Ruperto Carola, 44/Heft 85, 1992, 95 ff.

- 56 Brandenburg, Regierungssystem, 202.
- 57 H. St. A. München, Oberpf. Urk. 553, 2.
- 58 N.A. 2, 119.
- 59 Zum pfälzischen Archiv vgl. Brandenstein, Regierungssystem, 200 ff. – und J. Neudegger, Geschichte der pfalz-bayerischen Archive, in: Archivalzeitung. N.F. 1 (1890)
- 60 Erwähnt 1351-1376: Mörsch, Sponheim, Nrn. 976, 1234, 1326, 1687.
- 61 Vgl. z.B. die Würzburger Residenz, wo das in einem Turm der Marienburg verwahrte Archiv von der in der Stadt etablierten Kanzlei getrennt lag. K. Neitmann, Was ist eine Residenz. – Johaneck, Residenzenfrage, 35, bes. Anm. 98.
- 62 Die rheinischen Viztume scheinen auch dafür eine ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben, Sprinkart, Urkundenwesen, 156 f.
- 63 Schaab, Territorialmacht, 190.
- 64 Der Handschuhshheimer Hof wird später an der Ecke Semmels- oder Mönchsgasse zur Heilig-Geist-Straße erwähnt. In diesem Bereich zwischen Steingasse und Schönauer Mönchshof scheinen sich mehrere der ältesten Adelshöfe befunden zu haben. Der über seine Proportionen und den hochliegenden Zugang wohl romanische Bautyp des auf dem Merianpanorama mit einem mächtigen Stufengiebel versehenen Steingebäudes in der Semmelsgasse ist möglicherweise als eine dieser Anlagen zu identifizieren. Zur Lage der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Adelshöfe in Heidelberg vgl. allgem. Schaab, Die Stadt- und Landkreise Heidelberg, Amtl. Kreisbeschr. 29 f. und L. Merz, Adelshöfe in Heidelberg nach einem Kupferstich von Merian 1620, in: Burgen und Schlösser 1966/1, 13 ff.
- 65 RPR I 4065, RPR II 3451.
- 66 1370: RPR I 3888, 3889. – 1388: RPR I 4769, 1389: Belehnung mit dem Teil der Schöneck die Horneck von Wattenheim zu Lehen hatte: RPR I 4896. – 1406: RPR II 4437.
- 67 RPR I 2850, – Über enge Bindungen und das Verhältnis zu Else von Schoenberg werden in den jüngeren Erligheimern illegitime Nachkommen Ruprechts I. vermutet. Schaab, Kurpfalz, 101.
- 68 Nachweise zu diesem und den nachfolgend genannten Anwesen siehe Anm. 64.
- 69 Vgl. 1357: RPR I 3020 „das neue haus, das ehedem Engel von Schonowe inne hatte“ ... „was daz gelegen usswendig unser festen zu heidelberg obewendig der pfarrkirchen zu Sancte Peter“ um 600 fl. zur „besserung seiner burghut daselbst ...“ – vgl. auch 1397: RPR I 5880.
- 70 Haus und Stadtarchiv Darmstadt. Hirschhorner Korb. No. 9, Bd 7.
- 71 1363 an der Ecke zur Augustinergasse bezeichnet: 1363: RPR I 3430. – 1370: RPR I 3886. – Denkbare, aber nicht näher zu präzisieren, ist ein Zusammenhang der Knebel von Katzenellenbogen mit einem 1344 erwähnten „knebelin hus“ und der 1376–1428 belegten „Knebelingasse“, die wahrscheinlich nicht mit der Augustinergasse identisch ist. Vgl. Derwein, Flurnamen, Nr. 462.
- 72 RPR I 4652.
- 73 1401: RPR II 1252. – 1414: Universitätsbibliothek Heidelberg, Urkundensammlung Barth Nr. 69.
- 74 Der ganze Vorgang: K. Andermann, Das Kopialbuch des Engelhard v. Neipperg. Urkundenregesten (um 1235) 1331–1493. Heimatverein Kraichgau e.V. (Hg.) Sonderveröffentlichung 11 (1994) Nr. 112, 113, 114.
- 75 1487: „Eberhardt von Gemmingen husz in der Zwerchgassen hinder dem marckbronn, was etwan der von Neypperg“ Wagner, Deutschordensurbar. Nr. 82. – Evtl.

- ein 1401 erwähnter Teil davon aus Besitz der Landschaden von Steinach übernommen, vgl. RPR II 1252.
- 76 RPR II 6235.
- 77 1410: RPR II 6126.
- 78 St.A.Hd. H.Z.K. – Nicht zu verwechseln mit einem später am Kornmarkt erwähnten Venningschen Anwesen.
- 79 GLA Korb. 813, 20 V.
- 80 N.A. 2, 1870, 73.
- 81 Ch. Prestel, Der Karlsplatz in Heidelberg. Veröff. zur Heidelberger Altstadt 16 (1983) 48.
- 82 Schaab, Territorialmacht, 190; – und E. Klafki, Die kurpfälzischen Erbhofämter. Veröff. Kommission für Gesch. Landeskunde in Bad.-Württ. B 35, 1966. – Vgl. auch Brandenstein, Regierungssystem, 412 ff.
- 83 Geheimes Staatsarchiv München, HUK 2628 (14. 6. 1435).
- 84 H. W. Herrmann, Residenzstädte zwischen Oberrhein und Mosel, in: Rhein. Vierteljahrsbl. 38 (1974) 277.
- 85 RPR I, 3670.
- 86 RPR I, 3040.
- 87 RPR I. 3830.
- 88 Vgl.: 1358: RPR I. – 1400: RPR 1406: RPR II 4466. – 1488: St. A. Hd., zit. nach Wirths Archiv 1. 216.
- 89 RPR I 3093.
- 90 RPR II 4466; – 1420: Prestel, Karlsplatz, 48.
- 91 1410: RPR II 6235.
- 92 H. Patze, Hofgesellschaft, 743.
- 93 StA. Hd. H.Z.K. cf. Foltze.
- 94 StA. Hd. H.Z.K. cf. Ocko.
- 95 Zur Biographie neuerdings: Arzt und Patient im Mittelalter. Ausstellung Zum 600. Geburtstag von Heinrich v. Münsingen. Schriftenreihe des Stadtarchivs Münsingen 5 (1997) 54 ff. – Zum Münsinger Hof vgl. 1428: J.H. Hautz, Geschichte der Universität Heidelberg. Bd. 1 (Neudruck 1980) 258. – Zu 1439: K.Christ, Steuerwesen der Kurpfalz im Mittelalter, in: N.A. 3, 1898 Nr. 743; – 1521: St. A. Hd. H.Z.K.
- 96 Lokalisierung: 1404: RPR II 3360, 3451, 3584; – 1406: 4434, 4466. – Immer noch grundlegend, aber heute im Detail korrekturbedürftig: W. Donat, Geschichte der Heidelberger Apotheken, in: N.A. 10 ,1913, 91 ff. – Wenn zutrifft, worüber die Apohekerfamilie Schönthal noch 1610 Urkunden zu besitzen angibt, kam der Hofapotheker schon um 1330 aus München nach Heidelberg. – Der Hofapotheker zählte 1410 zu jenen Heidelberger Bürgern, für deren dem König geliehene Gelder die Krone versetzt werden sollte; bei der Schatzung 1439 gehörte er zu den Höchstbesteuerten. – Für Hinweise sei der Leiterin des Deutschen Apothekenmuseums Elisabeth Huwer an dieser Stelle gedankt.
- 97 Erwähnung der pfalzgräflichen Küche 1370: RPR I 3584.
- 98 RPR I 3895
- 99 1349: RPR I 2634. – 1390: RPR I 5204.
- 100 RPR I 3489, 4584.
- 101 1364: RPR I 3489. – 1381: RPR I 4380
- 102 1389: RPR I 4849.
- 103 RPR I 3937.

- 104 RPR I 4304.
- 105 1370: RPR I 3886. – 1401: Miethke, Rektorbücher I, 328, 446 und RPR II. 389. – vgl. auch A. K. Vetter, topographische Entwicklung, 295 ff.
- 106 RPR I 3767, 4260, 5501.
- 107 Vgl. Cohn, Renaissance Court. – Patze, Hofgesellschaft.
- 108 RPR I 3913.
- 109 RPR I 3913.
- 110 RPR I 3020.
- 111 RPR I 3577.
- 112 RPR I 3802.
- 113 Zu einer archäologischen Untersuchung in diesem Bereich mit weiterführender Literatur vgl. A. Wendt, Spurensicherung zwischen Altbausanierung und Abrissbirne. Zwei Beispiele zur Archäologie Heidelberger Hinterhöfe, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 2, 119-135.
- 114 Ziegler, niederbayerische Residenzen, 39 ff.
- 115 GLA Karlsruhe, 67/865 f. 116v.-121v.
- 116 Bericht in: „Annalen der Universität Heidelberg“ Universitäts. Archiv. Hd.
- 117 Schaab, amtl. Kreisbeschr. 29.
- 118 H. Koller, Die Residenz im Mittelalter, in: Jahrb. für die Gesch. der oberdt. Reichsstädte. Esslinger Studien 12/13, 1966/67, 25.
- 119 H. Schadeck (Hgg.) Der Kaiser in seiner Stadt. Maximilian I. und der Reichstag zu Freiburg 1498 (1998) 224 ff. – Vgl auch : Wurde das Haus zum Walfisch in Freiburg als Stadtresidenz und Alterssitz Kaiser Maximilian I. erbaut?, in: Schau-ins-Land 98, 1979.
- 120 H. Patze, Die Bildung der landesherrlichen Residenzen im Reich während des 14. Jahrhunderts, in: W. Rausch (Hgg.), Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 2 (1972) 19.
- 121 Miethke, Rektorb. Nr. 434, vgl. auch Nr. 432.
- 122 Heute im Lapidarium des Kurpf. Mus. der Stadt Hd. ausgestellt. Vgl. auch A. v. Oechelhäuser (Bearb.), Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg (1913) 348.
- 123 StA. HZK. cf. Hohenlohe, Hospitalbrunnen.
- 124 Peyer, Residenzen, 78.
- 125 K. Andermann, Kirche und Grablege. Zur sakralen Dimension von Residenzen. Ders. Residenzen, 160.
- 126 Oechelhäuser, Kunstdenkmäler, 351.
- 127 Oechelhäuser, Kunstdenkmäler, 131 f. – Zahn, Heiliggeistkirche.
- 128 E. Zahn, Die Heiliggeistkirche zu Heidelberg (1960), 108 ff., 133.
- 129 Miethke, Rektorbücher, Nr. 428.
- 130 C. v. Koehne (Bearb.), Oberrheinische Stadtrechte. Bd. 1: Fränkische Rechte. H 5. (1900) 480.
- 131 Patze, Landesherrliche Residenzen, 14 ff.
- 132 W. Störmer, Die oberbayerischen Residenzen der Herzöge von Bayern, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 123, 1987, 12.
- 133 Vgl. RPR I 3196, 3227, 6389. – Tileman Elhen von Wolfshagen, Limburger Chronik. MGH SS, Deutsche Chroniken, IV/ 1, 44.
- 134 Derwein, Flurnamen, Nr. 577.
- 135 RPR I 3227.

- 136 Zur topographischen Beziehung von Stadt und Turnierwesen, Th. Zotz, Adel, Bürgertum und Turnierwesen in deutschen Städten. J. Fleckenstein (Hg.), *Das ritterliche Turnier im Mittelalter* (1985) 451 ff.
- 137 Grundlegend: P. Sedlacek, Zum Problem intraurbaner Zentralorte, dargestellt am Beispiel der Stadt Münster. *Westfälische geographische Studien* 28 (1973) – Die Übertragbarkeit als theoretisches Modell auf vorindustrielle Verhältnisse ist jeweils individuell zu überprüfen, – Vgl. auch G. Johnson, A Test of the Utility of central Place Theory in Archeology. P. Ucko, R. Tringham, G. Dimbley, *Man, Settlement and Urbanism* (1972) 769 ff.
- 138 Zu der im folgenden zugrundegelegten geographischen Auffassung von Stadtlandschaften: K. Lynch, *The image of the city* (1960)
- 139 Vgl. T. Hägerstrand, The propagation of innovation waves, in: *Lund Stud. Geogr. ser. B. Human Geography* 4, 1952, 16.
- 140 S. Schmitt, *Landesherr, Stadt*, 45 ff. bes. 51.
- 141 P. Johaneck, Landesherrliche Städte – Kleine Städte. J. Treffeisen, K. Andermann (Hgg.), *Landesherrliche Städte in Südwestdeutschland. Oberrheinische Studien* 14 (1994) 9 f.
- 142 Z.B. Denecke, Sozialtopographische und sozialräumliche Gliederung der spätmittelalterlichen Stadt. J. Fleckenstein, K. Stackmann (Hg.) *Über Bürger, Stadt und städtische Literatur im Mittelalter* (1980) 161 ff. – H.C. Rublack, Probleme der Sozialtopographie im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. W. Ehebrecht (Hg.) *Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung. Städteforschung A/7* (1979) 177 ff.
- 143 Sjoberg, *pre-industrial city*, 97.
- 144 Vgl. besonders die beispielhafte Untersuchungen von Denecke, vgl. Anm. 143.
- 145 Vgl. Schaab, *Territorium, – und jüngst ergänzende Beobachtungen zur Grundrissstruktur von J. Goetze, Gassen, Straßen und Raster oder die Anfänge der Stadt Heidelberg*, in: *Heidelberg. Jb. zur Gesch. der Stadt* 1, 1996, 103 ff.
- 146 P. Sinn, Das geologische Fundament Heidelbergs. *Stadtbild und Siedlungsgeschichte*, in: *HJG* 2, 1997, 87 ff.
- 147 Vgl. Heinrich Winter, *Das Bürgerhaus zwischen Rhein, Main und Neckar* (1961), 49. – Ders., *Zur Baugeschichte der Heppenheimer Kellerei in der kurpfälzischen und kurmainzischen Zeit*, in: *Die Starkenburg*, 7, 1959.
- 148 M. Caroll-Spillecke, Die archäologischen Untersuchungen im Hof der Neuen Universität in Heidelberg. *Materialhefte der Archäologie in Bad.-Württ.* 20 (1993).
- 149 Goetze, *Stadtgrundriß*, 103 ff. – Wendt/Benner, *800-Jahre Heidelberg – Archäologische und bauhistorische Befunde zu den Anfängen der Stadt*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 145, 1997, 21 ff.
- 150 J. Goetze, *Umriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Heidelbergs im Mittelalter und in der frühen Neuzeit*, in: *Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt* 1, 1996, 22.
- 151 Mit weiterführender Literatur vgl. neuerdings H.-J. Gilomen, *Stadtmauern und Betelorden*, in: *Stadt- und Landmauern*, 1, Beiträge zum Stand der Forschung. *Veröff. des Inst. für Denkmalpflege an der ETH Zürich* 15 (Zürich 1995) 45.
- 152 Koller, *Residenzen*, 31 ff.
- 153 Dazu neuerdings auch Nuding, *Universität*.

Jochen Goetze

Quod si vero contigerit Palatinatum Rheni – was aber die Pfalz betrifft:

Die Kurpfalz im Westfälischen Frieden von 1648*

Unter den Territorien des mittelalterlichen Römischen Reiches hat sich die Pfalz bei Rhein relativ spät entwickelt, zu einem Zeitpunkt erst, als andere längst existierten und ihre Grenzen abgesteckt hatten; das Reich war territorial schon aufgeteilt und es gab keine Machtvakuen mehr. Trotzdem gelang es den Pfalzgrafen, territoriale Nischen zu finden, aus denen sich eine Landesherrschaft aufbauen ließ, mehr noch: es gelang ihnen sogar, in den kleinen erlauchten Kreis der 7 Kurfürsten, der Königswähler vorzudringen und unter den vier weltlichen Mitgliedern den vornehmsten Rang einzunehmen. Anderen und älteren Territorien des mittelalterlichen Reiches blieb dieser steile Aufstieg verwehrt, Bayern beispielsweise oder Hessen oder das einst so mächtige und bedeutende Thüringen. Diese und andere Territorien des Reiches entwickelten sich durchweg aus den Machtgebieten einzelner Familien oder, bei den geistlichen Herrschaften, aus den Territorien der Kirche – nicht so die Pfalz bei Rhein. Deren Anfänge liegen in einem Amt, das an die für das mittelalterliche Königtum so wichtige Pfalz in Aachen gebunden war; immerhin war Aachen eine der Lieblingspfalzen des im Mittelalter so verehrten Karls des Großen und Krönungsort der Römischen Könige, ein Heiligtum des Reiches und zudem seit dem 11. Jahrhundert vielbesuchter Wallfahrtsort. Das Amt eines Verwalters und Organisators eines solch bedeutenden Ortes mußte den jeweiligen Inhaber notwendigerweise in eine besondere Nähe zum Königtum bringen, zumal da damit auch ein Sitz im Gericht des Königs verbunden war, aus dem sich wegen der Ortsfestigkeit des Pfalzgrafen bald eine Stellvertretung des Königs in dessen Gericht entwickelte, schließlich sogar das Amt des Richters über den König¹ und das eines Vikars des Reiches². Eine solche, nicht auf territoriale Macht im Reich, sondern auf die Nähe zum Königtum

* Erweiterte Fassung eines Vortrages im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg am 23. Okt. 1998 anlässlich des 350. Jahrestages der Friedensschlüsse in Münster und Osnabrück. – Die Druckfassung verzichtet auf Quellen- und Literaturbelege in den Endnoten zugunsten eines weiterführenden Literaturverzeichnisses. In den Endnoten sind lediglich Sacherklärungen gegeben.

gegründete Stellung eines Amtsinhabers mußte notwendigerweise vom Königtum abhängig bleiben, alle verfassungsrechtlichen Bindungen und Veränderungen der Stellung des Königtums mit diesem durchlaufen und erleiden. Zwar konnte die Pfalz bei Rhein mit der freilich sehr komplizierten Entwicklung eines eigenen Territoriums im Spätmittelalter den Anschluß an die anderen Territorien des Reiches gewinnen, doch blieb die Struktur der besonderen Verkettung mit dem Königtum unerschütterlich als Wesensmerkmal erhalten, auch als sich in der Neuzeit die Erinnerungen an die ursprünglich enge Bindung an das Königtum scheinbar verloren, Schicksal der Pfalz bei Rhein blieb jedoch die verfassungsrechtliche Stellung des König- und Kaisertums.

Die folgenden Gedanken und Überlegungen gehen von dem für die Kurpfalz so leidvollen Ergebnis des Westfälischen Friedens von 1648 aus. Der in Münster und Osnabrück geschlossene Frieden mit den europäischen Mächten Frankreich und Schweden war nicht nur ‚Satisfaktion‘ der beiden Kronen, nicht nur ein Friedensschluß nach einem dreißigjährigen europäischen Ringen auf dem Boden des Reiches – das Friedensinstrument war zugleich Verfassungsrecht, ein Zusatz zur Verfassung des Reiches.

Die in der Friedensregelung enthaltenen und die Kurpfalz betreffenden Bestimmungen wie der endgültige Verlust der vornehmsten weltlichen Kur an Bayern, die Neuschaffung einer achten, nichtssagenden neuen Kurwürde, der Verlust der Oberpfalz an Bayern, Verluste insbesondere im linksrheinischen Bestand der Pfalz besaßen Verfassungsrang.

Im selben Maße, wie im Mittelalter das Amt des Pfalzgrafen in der Verfassung des Reiches verankert war, wie es in der Nähe zum Königtum ein Territorium ausgebildet hatte, wie es durch das Verfassungsgesetz der Goldenen Bulle von 1356 zur höchsten Bedeutung im Reich aufgerückt war, stürzte es 1648 in einen Abgrund, und letztlich verschwand die Kurpfalz durch die Bedingungen des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 endgültig von der Landkarte – auch dieses durch einen Zusatz zur Verfassung des Reiches.

1. Die Anfänge. Die Pfalzgrafen als Amtleute

Die Anfänge der Verstrickungen zwischen Amt und Königtum liegen in der Zeit der merovingischen und karolingischen Herrscher des fränkischen Reiches. Ursprünglich ist mit der Bezeichnung Pfalzgraf lediglich ein Amtsträger gemeint, seine Funktionen sind nicht genau erkennbar. Schließlich aber schälte sich seine Bedeutung als wichtiges Amt am Königshof heraus, möglicherweise sogar das wichtigste, nämlich die Leitung und

Organisation der königlichen Hofhaltung. Diese besondere Funktion ging jedoch am Ende des 6. Jahrhunderts an die aufstrebenden karolingischen Hausmeier über, doch blieb dem Pfalzgrafen der Beisitz im Königsgericht. Von Anfang an war das Amt nicht auf ein bestimmtes Territorium ausgerichtet oder an ein solches gebunden, zudem war es nicht erblich, so daß sich keine Dynastie der Pfalzgrafen entwickeln konnte, ein echtes Amt in der Nähe des Königs also. Es konnten auch mehrere Pfalzgrafen mit unterschiedlichen Aufgaben nebeneinander amtieren.

Unter den karolingischen Königen, die ursprünglich das Amt des Hausmeiers eingenommen und sich mit Pipin im Jahre 751 in einem revolutionären Akt zum Königtum aufgeschwungen hatten, nimmt die Amtsfülle des Pfalzgrafen wieder zu; jetzt auch bürgert sich die Amtsbezeichnung *comes palatinus* (Pfalzgraf) ein, die bis zum Ende des Alten Reiches Bestand haben sollte. Wieder gelingt es den Pfalzgrafen, an die Spitze der königlichen Hofhaltung aufzusteigen – ihre vorher überlegenen Konkurrenten, die Hausmeier, waren ja inzwischen Könige geworden. Und wieder gehört zu den Aufgaben der Pfalzgrafen die Leitung und Organisation des Hofes. Schließlich gelingt es ihnen sogar, im sogenannten Pfalzgrafengericht die Stellvertretung des Königs als obersten Richters an sich zu ziehen. Unter Karls des Großen Sohn Ludwig dem Frommen (814–840) kann sich der Pfalzgraf sogar die Leitung der Hofgerichtskanzlei sichern und ist damit im Besitz des wohl bedeutendsten und einflußreichsten Amtes am Hofe des Königs und Kaisers. In dieser Eigenschaft führt und verwaltet er wohl auch das Siegel des Königs und Kaisers und hat damit die wichtigste Amts- und Vertrauensstelle des Königs inne.

Wenn auch in den Quellen von der Existenz mehrerer Pfalzgrafen berichtet wird, scheint sich allmählich doch das Prinzip einer Kompetenzverteilung für verschiedene geographische und territoriale Zuständigkeitsbereiche herausgebildet zu haben. So setzte Karl der Große beispielsweise den unbotmäßigen Bayernherzog Tassilo ab und ließ dessen Territorium durch einen Pfalzgrafen verwalten. Dennoch bleibt der am Königshof amtierende Pfalzgraf im Besitz seiner besonderen, durch die Nähe zum Königtum begründeten hervorgehobenen Position.

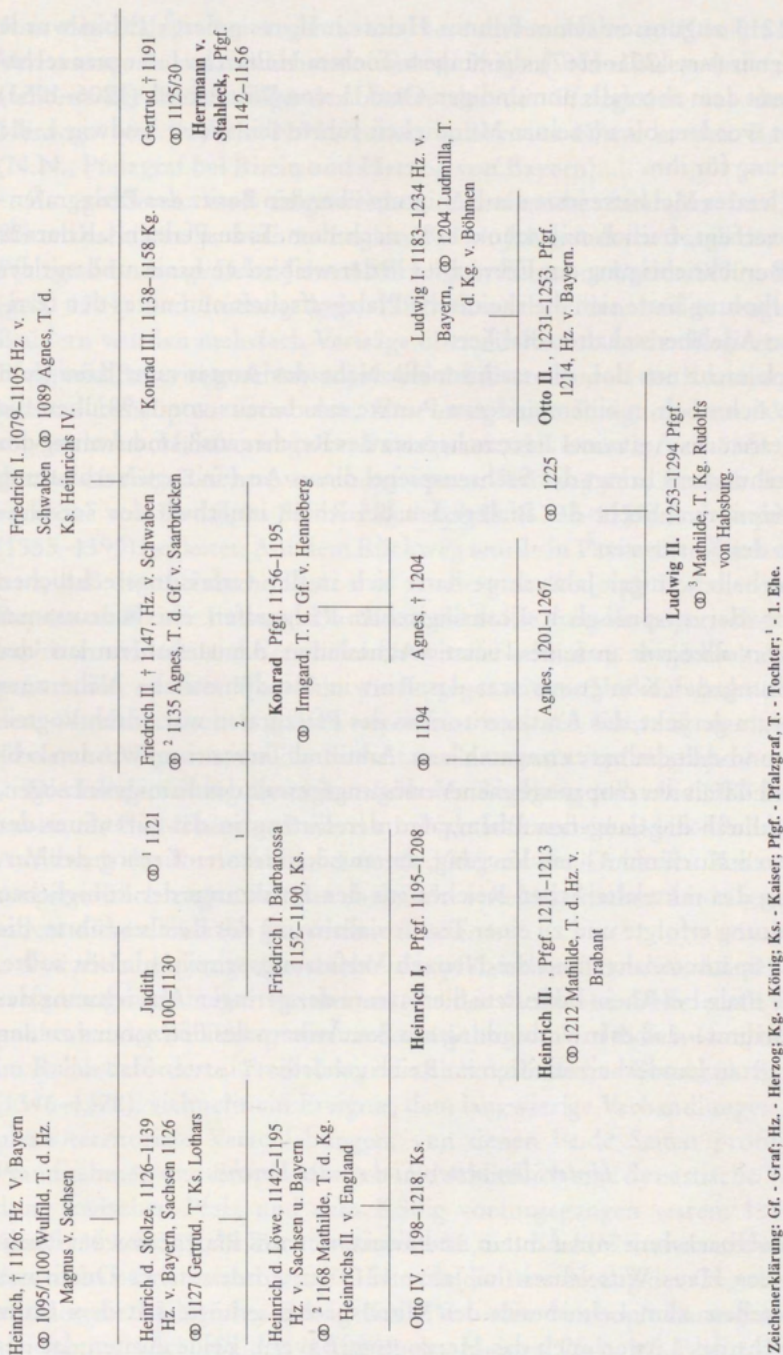
Immer noch war dieses Amt nicht erblich geworden, einigen Inhabern war es gelungen, mehrere Grafschaften im Moselbereich und am Niederrhein auf sich zu vereinigen und somit eine nicht unerhebliche Machtposition aufzubauen, schließlich auch das Amt des Pfalzgrafen über das Herzogtum Lothringen mit Sitz in Aachen in die Hand zu bekommen. Weiter kamen Vogteirechte über Trier und Jülich³ und Grundbesitz bei Bacharach hinzu, so daß sich der Besitz allmählich abrundete.

Nach einer überaus unruhigen Zeit Ende des 11. und zu Beginn des 12. Jahrhunderts gelangte das Amt der rheinischen Pfalzgrafen nun auch in verwandtschaftliche Beziehungen zum Königtum. 1142 vergab Konrad III. (1138–1152), der erste Stauferkönig, die Pfalzgrafschaft an seinen Schwager Hermann von Stahleck, den Mann seiner jüngeren Schwester Gertrud. Hermann brachte einen allerdings ziemlich verstreuten Eigenbesitz in das Amt des rheinischen Pfalzgrafen ein, doch scheint das ausgereicht zu haben, um zusammen mit dem Amtsbesitz des Pfalzgrafen als einer neuen territorialen Realität die Rivalität seiner mächtigen Nachbarn, der Erzbischöfe von Köln, Trier und Mainz herauszufordern.

Die einmal gewonnene und sicher auch durch die Anfänge eines eigenen Territoriums begründete dynastische Nähe zum Königtum wurde unter Kaiser Friedrich I. (1152–1190) fortgesetzt. Nach dem Tode Hermanns von Stahleck vergab Friedrich Barbarossa die rheinische Pfalz 1156 an seinen Halbbruder Konrad, der den Besitz der Pfalzgrafen durch sein salisches Erbe in der Gegend um Worms und Speyer am Oberrhein erweitern konnte.

Wie selbstverständlich ging nach Konrads Tod 1195 die rheinische Pfalzgrafschaft als Erbe an seine Tochter Agnes über, die 1194 Heinrich von Braunschweig (um 1173–1227), den Sohn Heinrichs des Löwen und Bruder Kaiser Ottos IV. (1198–1218) geheiratet hatte.

Beide Vorgänge sind bemerkenswert: das Amt des Pfalzgrafen war damit weitgehend als vererbbar angesehen, und das Amtsterritorium des Pfalzgrafen, durch die Gebietszuführungen Hermanns von Stahleck und Konrads von Staufen um Allodialgut⁴ bereichert, rückte in den Kreis der echten Territorialfürstentümer auf. Undeutlich bleibt bei dieser Entwicklung, was den Ausschlag gegeben hat; war es die dynastische Verbindung der Pfalzgrafen mit dem Königtum, die Verfügungsmöglichkeit über Allodialgut oder der beginnende Übergang in die Erblichkeit des königsnahen Amtes des Pfalzgrafen? Dieser letzte, verfassungsrechtlich so bedeutsame Vorgang war noch nicht ganz abgeschlossen; noch einmal, ein letztes Mal sollte das Königtum seine Verfügungsgewalt über das Amt des Pfalzgrafen (und damit auch über die Allodialgüter der Pfalzgrafschaft) ausüben: der 1198 in zwiespältiger Wahl gegen Philipp von Schwaben zum Königtum gekommene Otto von Sachsen-Braunschweig, der Sohn Heinrichs des Löwen, verstrickte sich verhängnisvoll in die Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich. Zudem wurde nach dem Tode Philipps von Schwaben (1208) der Staufer Friedrich II. (1212–1250) als neuer Gegenkönig gewählt. Eine der Maßnahmen, die Friedrich 1214 zur Sicherung seines Königtums ergriff, war, die rheinische Pfalz nach dem Tode des welfischen Pfalzgrafen Heinrichs II. an Otto von Wittelsbach zu vergeben. Pfalzgraf Heinrich I.



Zeichenerklärung: Gf. - Graf; Hz. - Herzog; Kg. - König; Ks. - Kaiser; Pfgf. - Pfalzgraf, T. - Tochter; † - I. Ehe.

Abb. 1. Genealogie der Pfalzgrafen aus den Häusern Staufen, Sachsen und Wittelsbach

hatte 1213 zugunsten seines Sohnes Heinrich II. resigniert⁵. Erbin wurde nun Agnes (um 1201–1267), die jüngere Tochter Heinrichs I. Sie war rechtzeitig mit dem ebenfalls unmündigen Otto II. von Wittelsbach (1206–1253) verlobt worden; bis zu seiner Mündigkeit führte sein Vater Ludwig I. die Regierung für ihn.

Ein letztes Mal hatte jetzt das Königtum über den Besitz des Pfalzgrafenamtes verfügt, freilich wie schon 1195 nach dem Tode Pfalzgraf Konrads unter Berücksichtigung des Erbrechtes in der weiblichen Linie, und mit der Wiederholung hatte sich die rheinische Pfalzgrafschaft nun unter den territorialen Adelsherrschaften etabliert.

Doch nicht nur das, die traditionelle Nähe des Amtes zum Königtum wirkte sich noch in einem anderen Punkte aus: bereits vor 1198 üben die Pfalzgrafen das Amt eines Erztruchsessens des Reiches aus⁶, und Anfang des 13. Jahrhunderts bringt der Sachsenspiegel dieses Amt in enge Verbindung zum Königswahlrecht des Pfalzgrafen bei Rhein innerhalb des 7er-Gremiums der Kurfürsten⁷.

Innerhalb weniger Jahrzehnte hatte sich in der verfassungsrechtlichen Stellung der ursprünglich Lothringischen Pfalzgrafen ein bedeutsamer Wandel vollzogen: von den einst wechselnden Amtsinhabern aus der Umgebung des Königtums war das Amt in die dynastische Nähe zum Königtum gerückt, das Amtsterritorium des Pfalzgrafen war durch Vogteirechte und Allodialbesitz angereichert, Amt und Territorium wurden erblich und damit der ursprünglichen Verfügungsgewalt des Königs entzogen, und schließlich gelang den Pfalzgrafen der Einzug in das Gremium der 7 späteren Kurfürsten – ein Vorgang, der aus der Umorientierung der Verwaltung des mittelalterlichen Reiches aus den Strukturen der königlichen Hofhaltung erfolgte und zu einer Territorialisierung des Reiches führte, die für das Spätmittelalter und die Neuzeit Verfassungsprinzip bleiben sollte. Für die Pfalz bei Rhein bedeutete dies – trotz der geringen Ausdehnung des Territoriums – daß es in Verbindung mit den Ämtern des Pfalzgrafen zu den mächtigsten Landesherrschaften im Reich gehörte.

2. Unter den ersten Sieben des Reiches

Seit der Übernahme von Ämtern und Territorien des Pfalzgrafen bei Rhein durch das Haus Wittelsbach im Jahre 1214 ist ein deutlicher Dualismus festzustellen: zum Lehnsbesitz der Wittelsbacher gehörte seit dem Sturz Heinrichs des Löwen auch das Herzogtum Bayern. Beide Ämter, das des Pfalzgrafen bei Rhein und das des Herzogs von Bayern, wurden in der Folgezeit für fast ein Jahrhundert in Personalunion verwaltet, wobei das

Amt des Pfalzgrafen wegen seiner besonderen Nähe zu Königtum und Verfassung als das vornehmere und wichtigere betrachtet wurde: immer steht in der Reihenfolge der Ämter das des Pfalzgrafen vor dem des Herzogs von Bayern: N.N., comes palatinatus Rheni et dux Bawariae (N.N., Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Bayern).

Zu größeren und folgenreichen Auseinandersetzungen im Hause Wittelsbach kam es dann zu Beginn des 14. Jahrhunderts. Nach dem Tode Pfalzgraf Ludwigs II. im Jahre 1294 folgten ihm seine beiden Söhne Rudolf (geb. 1274) und Ludwig (geb. 1282). Zwischen den beiden ungleichen Brüdern wurden mehrfach Verträge über die Rechte an der Regierung der Pfalz und Bayerns geschlossen, wobei der ältere Rudolf die Kurstimme für sich zu behaupten vermochte. Eine endgültige Einigung kam 1329 im sogenannten ‚Hausvertrag von Pavia‘ zustande. Ludwig, seit 1314 König des Römischen Reiches, wurde auf seinem Romzug zum Erwerb der Kaiserkrone von Rudolphs Söhnen Rudolph II. (1327–1353) und Ruprecht I. (1353–1390) begleitet. Auf dem Rückweg wurde in Pavia vertraglich vereinbart, daß die rheinische Pfalz und Amberg an Rudolph II. fallen sollten, Bayern an Kaiser Ludwig, Das Kurrecht sollte von der bayerisch-wittelsbachischen Linie und der rheinisch-wittelsbachischen abwechselnd wahrgenommen werden. Weiterhin wurde gegenseitiges Vorkaufsrecht der beiden wittelsbachischen Linien vereinbart und die Führung des gleichen Titels und Wappens, um die Einheit des Hauses zu repräsentieren.

Die Länderteilung dieser hausinternen Regelung sollte bis 1777 Bestand haben, als Carl-Theodor Bayern zur Pfalz hinzuerbte; anders die Frage der Ausübung des Kurrechtes: sie wurde 1356 mit der Goldenen Bulle verfassungsrechtlich zugunsten der rheinisch-wittelsbachischen Linie festgelegt, indem diese alleine die Kurstimme führte.

Für die noch junge Geschichte des pfälzischen Territoriums stellen die verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Goldenen Bulle einen Höhepunkt dar, der die Pfalzgrafen zu den mächtigsten weltlichen Landesherren im Reich beförderte. Freilich war dies kein plötzliches Geschenk Karls IV. (1346–1378), vielmehr ein Ereignis, dem langwierige Verhandlungen, komplexe territoriale Verschiebungen, von denen beide Seiten profitierten, Pfandnahmen und Entpfandungen und schließlich eine dynastische Verbindung zwischen Pfalz und dem König vorausgegangen waren: 1349 war Anna (1329–1353), die Tochter Rudolfs II., mit Karl IV. verheiratet worden, dies nicht nur ein sichtbares Zeichen für die Beendigung der Gegnerschaft, mit der die Pfalzgrafen König Karl IV. bisher bekämpft hatten, sondern gleichzeitig auch für den Aufstieg der kleinen Pfalz bei Rhein. Freilich stand dem immer noch der im Hausvertrag von Pavia 1329 zwischen den beiden wittelsbacher Linien beschlossene Wechsel in der Wahrnehmung der

Kurwürde im Wege, doch wußte Karl IV. dieses Hindernis zu umgehen: auf dem Nürnberger Reichstag 1356 erklärten die Kurfürsten als oberstes Fürsten- und Verfassungsgericht des Reiches in Form eines Weistumes⁸ die fragliche Bestimmung des Hausvertrages von Pavia faktisch für ungültig und erkannten die Kurwürde als Teil der Rheinischen Pfalz. Damit war der Weg für den Aufstieg freigeräumt und mit der Loslösung des Kurrechtes von einer Dynastie und der Bindung an den Territorialstaat Pfalz war der 200 Jahre vorher begonnene Weg der Territorialisierung auch für die Pfalz abgeschlossen.

Das 1356 von Karl IV. erlassene Reichsgesetz der Goldenen Bulle, das im wesentlichen das *Procedere* bei der Königswahl und die Rechte der Kurfürsten, insbesondere auch in Fragen des Protokolls und der Zeremonien regelte, schrieb die besondere Stellung des Pfalzgrafen verfassungsrechtlich fest: Kurfürst und damit Königswähler, Inhaber des Hofamtes des Erztuchsessens, Vikar des Reiches bei Abwesenheit des Königs für die Länder des Reiches, in denen fränkisches Recht galt, auch für die Länder am Rhein und in Schwaben⁹ und letztlich das Amt des Richters über den König.

Wiederum hatte die enge Bindung der Pfalzgrafen an das Königtum die besonders herausragende Bedeutung der Ämter des Pfalzgrafen bei Rhein verfassungsrechtlich abgesichert und hervorgehoben, doch war gegenüber der früh- und hochmittelalterlichen Stellung des Pfalzgrafen als eines Amtsfürsten die neue Funktion als eines Territorialfürsten hinzugekommen: der im Hochmittelalter beginnende Prozeß der Territorialisierung hatte auch die Ämter des Pfalzgrafen erfaßt, hatte die Bemühungen der Pfalzgrafen des ausgehenden 12. und beginnenden 13. Jahrhunderts um Anschluß an die territoriale Entwicklung im Reich belohnt. Dennoch lebte in der immer noch vorhandenen Fülle der Ämter des Pfalzgrafen die alte Bedeutung seiner besonderen Stellung fort, war jetzt auch durch die Verfassungsordnung der Goldenen Bulle von 1356 für die Zukunft gesichert. Wieder hatte, wie schon bei der Vergabe des Pfalzgrafenamtes unter Friedrich Barbarossa an seinen Halbbruder Konrad ein besonders mächtiges Königtum, wie es das Karls IV. ja war, die Ämter des Pfalzgrafen an sich gebunden und ihnen zu besonderer Prominenz im Reich verholfen. Freilich war dieser Aufstieg zu Lasten der bayerischen Wittelsbacher errungen, deren Mitwirkung am Kurrecht durch die Goldene Bulle ausgeschlossen war, ein Vorgang, der in der bayerischen Linie nicht vergessen wurde, und der nach fast drei Jahrhunderten wieder zu einer Änderung der Reichsverfassung führen sollte, diesmal allerdings zu Lasten der Pfalz am Rhein.

3. Kurpfalz gegen Habsburg – Verfassungsanachronismus.

Seit Friedrich III. (1440–1493) herrschten die Habsburger als Kaiser und Könige im Reich; es war ihnen gelungen, das Reich de facto in eine Erbmonarchie zu verwandeln, ohne die Verfassung zu ändern. Dabei war freilich ein hochkompliziertes Geflecht von Monarchie, Dynastie und Erblanden entstanden, hinzu kam noch die traditionelle Aufgabe des Kaisertums als Schutzherr der römischen Kirche. Gleichzeitig ein fragiles Gebilde, das wachsam verteidigt werden mußte, das nur aus seiner inneren Stärke heraus zu existieren vermochte, und dessen Gegner und Konkurrenten beim geringsten Zeichen der Schwäche auf dem Plan waren. Eine solche Situation zeichnete sich in der Regierungszeit Kaiser Matthias' (1612–1619) ab, und sie sollte schließlich zum Dreißigjährigen Krieg führen mit den allfälligen Folgen für die Pfalz.

Böhmen, eigentlich ein Wahlkönigtum, wurde seit 1526 von den Habsburgern als Königen beherrscht. 1617 erlangte Ferdinand II. (Kaiser 1619–1636), ein Vetter des kinderlosen Kaiser Matthias, die böhmische Krone und leitete sofort gegenreformatorische Maßnahmen gegen die überwiegend lutheranische und calvinistische böhmische Bevölkerung ein. Da dies der seit 1609 garantierten freien Religionsausübung widersprach, formierte sich 1618 ein allgemeiner Aufstand gegen den Habsburger, der 1619 von den böhmischen Ständen als König für abgesetzt erklärt wurde. Zunächst trug man die böhmische Krone Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen (1611–1656) an, einem Lutheraner. Als dieser ablehnte, forderten die böhmischen Stände den calvinistischen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz (1610–1621/32) zur Kandidatur auf. Die Zielrichtung der Politik der böhmischen Stände wird deutlich: Böhmen, selbst ein Kurfürstentum des Reiches, sollte einen protestantischen König erhalten, dadurch wäre im Kurkolleg eine protestantische Mehrheit entstanden: Brandenburg, Sachsen und Pfalz waren protestantisch, die drei rheinischen Kurfürsten, die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier ex officio katholisch, wäre der Herzog von Sachsen oder der Pfalzgraf König von Böhmen, wäre die Mehrheit der Protestanten im Kurkolleg gesichert. Dieses hätte aber auch bedeutet, daß bei der sich abzeichnenden Neuwahl nach dem bevorstehenden Tod Kaiser Matthias' die Mehrheit der Protestanten im Kurkolleg keinen habsburgischen Katholiken zum Kaiser gewählt hätten, eher einen Protestanten. Diese möglichen Folgen und die Bedrohung der habsburgischen Dynastie wurden wohl auch in Wien erörtert.

Im März 1619 starb Kaiser Matthias, und in Böhmen und im Reich liefen die Vorbereitungen für die Wahlen gleichzeitig; am 28. August wurde Ferdinand II. in Frankfurt zum Kaiser gewählt, einen Tag zuvor war Friedrich

V. von der Pfalz zum König von Böhmen gewählt worden. Unmittelbar nach seiner Wahl begann Ferdinand II. eine Einkreisungspolitik gegenüber dem neuen böhmischen König. Im Oktober 1619 sicherte er sich die bayerische Unterstützung gegen die Möglichkeit, die pfälzische Kurwürde auf die bayerischen Wittelsbacher zu übertragen, und dieser Bruch der verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Goldenen Bulle von 1356 sollte bis zum Westfälischen Frieden als Leitlinie der habsburgischen Politik gegenüber der rheinischen Pfalz erhalten bleiben und schließlich auch als Verfassungsänderung im Friedenswerk von Münster und Osnabrück wirksam werden.

Ferdinands II. Einkreisungspolitik gegenüber dem böhmischen König war diplomatisch glänzend organisiert; über die konfessionellen Grenzen hinweg und im Zusammenspiel mit den spanischen Habsburgern gelang bald ein vollständiger Sieg. Nach der verlorenen Schlacht am Weißen Berge am 29. Okt./8. Nov. 1620 war das Schicksal des Pfälzers in Böhmen besiegelt, und Ferdinand II. begann mit einer fast an die völlige Vernichtung grenzenden Strategie der Exekution der Pfalz aus eigener Machtvollkommenheit und gegen die verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Goldenen Bulle.

Nachdem die Wahl Friedrichs V. von der Pfalz zum böhmischen König für ungültig erklärt worden war, wurde als Voraussetzung für die nächsten Schritte der Pfalzgraf in die Reichsacht getan. Dieser eigenmächtige und selbstherrliche Schritt Ferdinands stieß auf den Widerstand der Kurfürsten, da die Reichsacht gegen einen Reichsfürsten nur von einem Kurfürstengericht, nicht aber vom Kaiser ausgesprochen werden konnte. Erst auf dem Regensburger Fürstentag von 1623 konnte die Mehrheit der Kurfürsten für den Achtspruch gewonnen werden, und nun erst konnte die pfälzische Kurwürde an Maximilian I. von Bayern (1595–1651) übertragen werden, freilich nur auf dessen Lebenszeit; die Oberpfalz wurde Maximilian I. pfandweise überlassen, und die Pfalz am Rhein kam unter bayerische Besetzung und Verwaltung.

Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges änderte sich an diesen Verhältnissen nichts, auch wenn der Wechsel des Kriegsglückes für die Länder gelegentlich andere Besatzer brachte.

Zu Beginn der 40er Jahre des 17. Jahrhunderts setzte eine allgemeine Kriegsmüdigkeit ein; die Zeit der großen militärischen Aktionen und Siege war vorbei, 1637 war auf Ferdinand II. sein Sohn Ferdinand III. (1637–1657) gefolgt, im allgemeinen Urteil begabter und aus politischen Überlegungen weniger zur kompromißlosen Gegenreformation neigend als sein Vater. Doch auch Habsburgs Kräfte waren erschöpft, und in den diplomatischen Vorbereitungen für den Friedensschluß, die 1641 began-

nen, dominierten Frankreich und Schweden mehr und mehr das Geschehen.

Habsburg blieb existentiell gebunden an das komplizierte und eigentlich fragile Geflecht aus Monarchie, Dynastie, Erblanden und Schutz der römischen Kirche. Die Gegenreformation Ferdinands II. war gescheitert, mußte 1648 sogar eingestellt werden; Erfolge hatte sie nur dort zeitigen können, wo sie – wie in Oberfranken durch Maximilian I. – unter brutaler Gewaltanwendung durchgesetzt wurde.

Habsburgs Ausgangsposition war geschwächt, hatte sich doch während der dreißig Jahre Krieg nur zu deutlich gezeigt, daß das habsburgische System nur erhalten werden konnte, wenn die allgemeinen staatlichen, verfassungsrechtlichen, konfessionellen und territorialen Verhältnisse auf dem Stand des beginnenden 17. Jahrhunderts gehalten werden konnte; zur Stabilität beitragen konnte nur eine Expansion Habsburgs. Die aber, das war Ferdinand III. zu Beginn der Verhandlungen zum Westfälischen Frieden bekannt, war ausgeschlossen. Leitlinie der habsburgischen Strategie mußte daher aus den jüngsten Erfahrungen zur Sicherung der Dynastie und der Monarchie die Fixierung des konfessionellen Status der Territorien im Reich vor 1618 sein, weiter die Unangreifbarkeit der Erblände in ihrer Zugehörigkeit zum habsburgischen System und vor allen Dingen die Erhaltung der katholischen Mehrheit im Kurfürstenkolleg.

In diesem letzten Punkt war die Pfalz am Rhein betroffen. 1623 hatte das Kurfürstengericht in Regensburg zwar die Übertragung der pfälzischen Kur auf Maximilian I. von Bayern für rechtens erklärt, allerdings nur für eine Übertragung *ad personam*. Dies stand in krassem Widerspruch zu dem noch immer in Geltung befindlichen Verfassungsrecht der Goldenen Bulle von 1356, die das Kurrecht nicht an den rheinpfälzischen Zweig der Wittelsbacher, sondern an das Territorium der Pfalz am Rhein gebunden hatte. Zudem war die Frage offen, ob der Spruch des Kurfürstengerichtes verfassungsändernde Wirkung hatte oder ob das Kurfürstengericht lediglich auf der Grundlage der Verfassung erkennen konnte. Die habsburgische Interpretation und Exekution des Spruches des Kurfürstengerichtes von 1623 bedeutete dagegen, daß damit eine Verfassungsänderung vorgenommen und in der Frage des Besitzes dieser Kurstimme auf den Status vor dem Inkrafttreten der Goldenen Bulle rekurriert wurde. Für die pfälzischen Diplomaten auf dem Friedenskongreß mußten dieses Problem und seine Lösung primäre Bedeutung haben. Die habsburgischen Diplomaten dagegen mußten konsequenterweise die Gegenposition vertreten.

Damit war zum ersten Male – von bisher kleineren politischen Differenzen besonders in konfessionell bedingten Fragen abgesehen – eine nahezu unüberbrückbare Differenz zwischen Königtum und Pfalzgrafschaft ent-

standen. Hatte Karl IV. zur Durchsetzung seines Prinzipes noch die Pfalz bei Rhein als Faktor im Reichsgeschehen gebraucht und deswegen die Kurwürde bei der Pfalz am Rhein als Territorium verfassungsrechtlich verankert, war es jetzt umgekehrt: Habsburg war darauf angewiesen, die rheinische Pfalz als Träger des Königswahlrechtes auszuschalten und dieses Recht einem verlässlichen und durch die von Habsburg garantierte Erweiterung des bayerischen Territoriums um die Oberpfalz verpflichteten Partner zu übertragen, nämlich den katholischen Wittelsbachern in Bayern.

Die pfälzischen Diplomaten auf dem Friedenskongreß hatten keine guten Karten. Frankreich hatte die Übertragung der Kur an Bayern gebilligt und versuchte, Schweden von der politischen Richtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Bayern wiederum konnte sich auf die französische Anerkennung stützen und Habsburg im Falle eines Nachgebens mit einem bayerisch-französischen Bündnis gegen Habsburg drohen. Alles stand also gegen die Pfalz am Rhein. Trotzdem versuchten die pfälzischen Diplomaten – Pfalzgraf Karl Ludwig (1649–1680), der älteste Sohn Friedrichs V. und Erbe der Pfalz, befand sich bei seinen mütterlichen Verwandten in England – zu retten, was immer nur möglich war.

Gemessen am vorherigen Besitzstand der Pfalz gelang ihnen freilich nicht viel, konnten auch nicht viel erreichen, da das zukünftige Schicksal der Pfalz bereits in den Vorverhandlungen in Wien 1642 festgelegt worden und in den folgenden Jahren kaum mehr verändert worden war: die pfälzische Kurwürde verbleibt bei den bayerischen Wittelsbachern, nach dem Aussterben dieser Linie ist die Pfalz allein erberechtigt; für die Pfalz wird eine neue, die achte Kurwürde geschaffen, womit die Pfalzgrafen in Rang und Würde an die letzte Stelle des erweiterten Kurkollegs rutschen; die Oberpfalz bleibt bei Bayern, und in der eigentlichen Pfalz müssen die Ämter an der Bergstraße, die einst Friedrich der Siegreiche (1451–1476) pfandweise hinzugewonnen hatte, wieder abgetreten werden.

Von allen Territorien des Reiches hatte es die Pfalz bei Rhein am schlimmsten getroffen: zwei Drittel ihres Territoriums gingen verloren, hinzu kam die Einbuße an Prestige und politischer Macht.

Verfassungsrechtlich gesehen ist der Westfälische Friede eine Veränderung und ein Zusatz zugleich des mittelalterlichen Grundgesetzes der Goldenen Bulle von 1356, und ebenso wie das Kaisertum der Habsburger durch die Verfassungsänderung von 1648 Einbußen erlitt, war auch die Pfalz bei Rhein davon betroffen. Habsburg hatte zwar vordergründig seine Zielvorstellungen im wesentlichen durchsetzen können, die Forderungen Frankreichs nach dem Amt des Landvogtes im Elsaß war zu Lasten der Nebenlinie Habsburg-Tirol befriedigt, die schwedischen Forderungen nach Territorialbesitz waren durch norddeutsche Lehen abgegolten. Dennoch

hatte das Kaisertum Einbußen hinnehmen müssen: die Reichsstände gewannen das Recht von Souveränen im Reich, d.h. sie konnten unabhängig vom Kaisertum mit Gewalten außerhalb des Reiches Bündnisse und Verträge eingehen und höhnten damit die umfassende Rechtsstellung des Kaisertums aus. Frankreich und Schweden wurden Garanten für die Durchführung und Einhaltung der Bestimmungen des Westfälischen Friedens, eine ambivalente Bestimmung, die einerseits die Restitution des alten Verfassungsgefüges des Reiches unbeschadet der Änderungen durch den Westfälischen Frieden sicherte, andererseits den beiden Mächten verfassungsrechtlich Eingriffsmöglichkeiten in die inneren Strukturen des Reiches eröffneten. Letztlich wurde auch die traditionelle, verfassungsrechtlich nicht kodifizierte aber verfassungsrechtlich mitgedachte Stellung des Kaisertums als Schutzherr der römischen Kirche beeinträchtigt: die calvinistischen Reichsstände, denen insbesondere die Gegenreformation gegolten hatte, wurden als existent anerkannt und den protestantischen Besitzern vormals geistlichen – also römisch-katholischen – Eigentums wurde der Besitzstand garantiert, dies besonders unter dem erklärten Einfluß Schwedens.

Mit dem Westfälischen Frieden war das habsburgische Kaisertum aus der aus dem Mittelalter tradierten Fiktion eines universalen Systems in die harsche Wirklichkeit des 17. Jahrhunderts gestoßen worden. Andere europäische Mächte, Großmächte neben dem Reich zumal, hatten die Konditionen des Reiches bestimmt, ein herber Verlust für das im Mittelalter begründete Kaisertum, das, da in der Dynastie der Habsburger katholisch, den mittelalterlichen universalen Anspruch der Einheit von *ecclesia* und *imperium* trotz der neuzeitlichen konfessionellen Divergenzen hatte anachronistisch bewahren wollen. Bei der Ratifikation der Vertragsexemplare des Westfälischen Friedens erklärte Kaiser Ferdinand III., einen ‚annehmbaren Frieden‘ zu unterschreiben, und er ratifizierte die Verträge im Bewußtsein eines Monarchen des 17. Jahrhunderts, aber eben nur eines Monarchen, ebenso wie die Bevollmächtigten der Monarchen Königin Christinas von Schweden (1632–1654) und des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. von Frankreich (1643–1715) den Kaiser nur noch als einen regierenden monarchischen Kollegen mit anderer Titulatur betrachteten, nicht aber mehr als Inhaber der mittelalterlich universalen Gewalt des *imperiums*. Im höfischen Protokoll wurde dem Kaiser dieser Rang zwar noch eingeräumt, allerdings mit den durch die starren Formen des Protokolls möglichen und deswegen aussagekräftigen Abänderungen: bei der Einfahrt nach Münster folgte dem Wagen des kaiserlichen Gesandten nicht unmittelbar seine Garde, sondern der Wagen des französischen Gesandten und Geschäftsträgers. Kaiser Ferdinand III. mußte sich damit abfinden, womit für jeden

mit den diplomatischen Gepflogenheiten Vertrauten deutlich wurde, daß die Position des Kaisers als Reichsoberhaupt allein durch die Garantie zumindest der französischen Krone gesichert war – eine Niederlage des Kaisertums, wie sie in dieser Form niemals zuvor in der Geschichte geschehen war.

Verlierer war ebenso die Pfalz am Rhein. Sie hatte nicht nur den Verlust der vornehmsten weltlichen Kurwürde und erheblicher Gebiete zu beklagen, sie hatte ihre alte Position in der Nähe des Königtums und ihre überterritoriale Bedeutung verloren, darüber konnte auch die neugeschaffene Kurwürde nicht hinwegtäuschen. Bezeichnenderweise hatten nicht die konfessionellen Differenzen allein zum Sturz der Pfalz geführt, vielmehr ist der eigentliche Grund in der Tatsache zu sehen, daß der Versuch Pfalzgraf Friedrichs V., die böhmische Krone zu erwerben, eine Verschiebung auf der Ebene der Kurfürsten und damit eine Bedrohung des habsburgischen Systems bedeutete – die politische Realität des 17. Jahrhunderts hatte die im Innern anachronistische Struktur der Pfalz am Rhein offengelegt.

4. Der Reichsdeputationshauptschluß. Die Verlierer: Kurpfalz und Kaiser

Der Erbe der Pfalz am Rhein, Kurfürst Karl Ludwig (1649–1680), brachte das stark verkleinerte und im Dreißigjährigen Krieg nahezu völlig verödete Land in zäher und geduldiger Arbeit wieder zur Blüte. Nach dem Aussterben des Hauses Pfalz-Simmern trat 1685 die katholische Neuburger Linie die Erbschaft in der Pfalz an. Frankreich, seit dem Westfälischen Frieden direkter Nachbar der Pfalz, verwüstete das Land im Orléanschen Erbfolgekrieg, und wieder folgte ein tatkräftiger Aufbau. Bis zum Jahre 1718 residierten die pfalz-neuburgischen Kurfürsten in Düsseldorf, verlegten dann ihre Residenz in das im Wiederaufbau stehende Heidelberg, verließen Heidelberg aber nach konfessionellen Streitigkeiten mit der überwiegend calvinistischen Bevölkerung, nahmen zunächst in Schwetzingen, dann in Mannheim Residenz und gestalteten ihren Hof zu einem Zentrum zunächst französisch orientierter Kultur und Kunst, ließen schließlich aber immer mehr eigenständige deutsche Impulse zu.

Ende des Jahres 1777 erlosch mit Maximilian III. Josef (1745–1777) die bayerische Linie des Hauses Wittelsbach. Nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens und nach Erbrecht trat Carl-Theodor aus dem Hause Pfalz-Sulzbach, seit 1742 Pfalzgraf bei Rhein und Kurfürst, die bayerische Erbschaft an, freilich in der Weise, daß er nach dem Aussterben der wittelsbach-bayerischen Verwandten Bayern zur Pfalz hinzuerbte. Bayern war politisch und ökonomisch sicher das bedeutendere Land, doch

Carl-Theodor verlieh auch nach dem Erbantritt der Pfalz den Vorrang: in seiner Titulatur änderte er nach 1777 nichts, nach wie vor rangierte der Titel des Pfalzgrafen vor dem des Herzogs in Bayern. Historisch war das sicher richtig gesehen, politisch aber riskant. Immerhin verfügte Carl-Theodor mit der Pfalz am Rhein und der bayerischen Erbschaft über das drittgrößte Territorium im Reich nach Brandenburg-Preußen und Habsburg-Österreich, zudem war die alte vornehme Kürwürde wieder bei der Pfalz. Nach dem Wechsel der Linien von 1685 war das pfälzische Kurhaus nunmehr zwar katholisch, und somit blieb die katholische Mehrheit auch nach dem bayerisch-pfälzischen Erbfall im Kurkolleg erhalten, war auch nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens verfassungskonform, widersprach diesem aber gleichzeitig. Grundgedanke der Verfassungsordnung von 1648 war für Frankreich in der pfälzischen Frage die Existenz einer kleinen und territorial unbedeutenden Pfalz an der neuen französischen Ostgrenze; Österreich baute auf einen zwar mächtigen, aber überschaubar mächtigen bayerischen Nachbarn an seiner Grenze, der durch die Erbschaft von 1777 im Reich allerdings territorial gleich bedeutend wurde. Bevor es jedoch zu Interpretationsdiskussionen über das Verfassungsrecht kommen konnte, sorgten die Französische Revolution von 1789 und die Revolutionskriege des republikanischen Frankreich für eine neue Situation.

Gegenüber der Ostexpansion Frankreichs in den Revolutionskriegen war Carl-Theodors traditionelle Neutralitätspolitik sicher nicht das geeignete Mittel, um dem Druck aus dem Westen standzuhalten. Frankreich, das immer noch der aus dem 17. Jahrhundert stammenden Idee der ‚natürlichen Grenzen‘ nachging, suchte als Ostgrenze den Rhein. Als linksrheinischer Nachbar Frankreichs geriet die Pfalz notwendigerweise in die kriegerischen Auseinandersetzungen. 1792 besetzten die französischen Revolutionstruppen die linksrheinische Pfalz, und sie fanden ein kaum verhülltes Verständnis in der Bevölkerung für die Ideen der Revolution. Die trotz der Liberalität Carl-Theodors in konfessionellen Fragen harsche Haltung seiner Regierung zugunsten der Katholiken hatte in der Bevölkerung Unverständnis und Ablehnung hervorgerufen, die revolutionären neuen Ideen erschienen als Momente der Befreiung von der Bevormundung durch den spätabolutistischen Staat und den Landesherren. Doch nicht die Bevölkerung der Pfalz entschied die Dinge, sondern wieder einmal die europäische Konstellation. Durch die Verlagerung des Schwerpunktes der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und seinen Gegnern nach Oberitalien wurde die endgültige Entscheidung hier getroffen. Napoleons siegreicher Feldzug in Oberitalien zwang Österreich im Frieden von Campo Formio am 17. Okt. 1797, die Reste des burgundischen Erbes, nämlich das heutige Belgien Frankreich zu überlassen und der Abtretung der linksrheinischen

deutschen Gebiete an Frankreich zuzustimmen¹⁰. Die Abtretung des restlichen Burgundes erzwang Napoleon vom Hause Habsburg(-Österreich), die Zustimmung zur Abtretung der linksrheinischen Gebiete freilich erzwang er vom habsburgischen Kaiser Franz II. (1792–1806), denn nur der Kaiser konnte einen solchen Vorgang, die Abtretung von Reichsgebiet, vornehmen.

Für die Pfalz am Rhein bedeutete der Frieden von Campo Formio den Verlust des größten Teiles ihres Territoriums: der gesamte linksrheinische Besitz, immerhin knapp $\frac{4}{5}$ des territorialen Bestandes waren verloren. Zunächst war das zwar noch nicht das Ende der Kurpfalz, da die durch den Frieden von Campo Formio beeinträchtigten deutschen Fürsten durch andere Gebiete entschädigt werden sollten. Auf dem zur Regelung dieser Frage einberufenen Kongreß zu Rastatt (1797–1799) konnte jedoch keine Einigung über territoriale Ausgleichs- und Entschädigungen erzielt werden, ein Ergebnis, das schließlich das Ende der Kurpfalz herbeiführen sollte.

1801 fanden die Ergebnisse von Campo Formio im Frieden von Lunéville Bestätigung: die linksrheinischen Gebiete des Reiches blieben französisch, die ehemaligen Besitzer wurden aus dem Bestand der früheren geistlichen Fürstentümer des Reiches rechts des Rheines entschädigt, was deren Säkularisation und Auflösung bedeutete. Gerade aber die Auflösung der geistlichen Kurfürstentümer Mainz, Köln und Trier zerstörte die verfassungsrechtlichen Grundstrukturen des Reiches, da damit die in der Goldenen Bulle von 1356 festgelegten Wahlmodalitäten für das Kaisertum durch die Neuordnung des Reiches aufgehoben waren. Statt der im Westfälischen Frieden noch verfassungsrechtlich verankerten Mehrheit von 55 katholischen und einer Minderheit von 45 protestantischen Reichsfürsten standen nun 77 protestantische Reichsfürsten 53 katholischen gegenüber – die konfessionellen Verhältnisse hatten sich nun zu Ungunsten derer des Alten Reiches verkehrt. Auch im Kurkolleg hatte es entsprechende Veränderungen gegeben: drei katholische Stimmen gegenüber einer Mehrheit von sechs protestantischen¹¹. Nach Billigung durch den Reichstag trat diese Regelung mit dem Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 in Regensburg verfassungsrechtlich in Kraft.

Als einziges rechtsrheinisches Territorium des Reiches wurde die Pfalz bei Rhein völlig aufgelöst. Heidelberg, Mannheim, Ladenburg und Bretten kamen an Baden, andere Teile des ehemals pfälzischen Territoriums kamen an das im Odenwald neu gegründete und ehemals in der linksrheinischen Pfalz beheimatete Fürstentum Leiningen-Hardenburg mit dem Hauptort Amorbach, auch die Landgrafen von Hessen und die Fürsten von Nassau profitierten von der Auflösung der Pfalz am Rhein.

Es klingt fast wie tragische Ironie: was 1619 mit der Wahl Friedrichs V. von der Pfalz zum König von Böhmen möglich geworden war, nämlich die protestantische Mehrheit im Kurkolleg zu erreichen und damit der Dynastie der Habsburger und der katholischen Mehrheit in den Verfassungsgremien des Reiches ein Ende zu setzen, war jetzt unter anderen Vorzeichen Verfassungswirklichkeit geworden. Kaiser Franz II. zog daraus die Konsequenzen – freilich erst nach einem Ultimatum Napoleons – und trat als Kaiser zurück. Dies bedeutete das Ende des Alten Reiches. Das noch nach den mittelalterlichen Bedingungen des Verfassungsrechtes der Goldenen Bulle von 1356 existierende, in der Neuzeit freilich nur noch auf die konfessionelle Mehrheit der katholischen Reichsstände gestützte Kaisertum der Habsburger hatte sich politisch als unfähig erwiesen, den neuen Bedingungen einer europäischen Konkurrenz gerecht zu werden und darauf adäquat antworten zu können.

Schicksalhaft, wie die Pfalz am Rhein von Beginn an der Verfassungsentwicklung des Reiches verhaftet war, blieb sie es auch jetzt: so wie sie mit dem mittelalterlichen König- und Kaisertum des Römischen Reiches aus einem dem Königtum dienenden Amt in die bedeutungsvollste weltliche Position des Reiches gerückt war, verschwand sie wie das Kaisertum.

Anmerkungen

- 1 Nach dem im Mittelalter üblichen Grundsatz der Ebenbürtigkeit konnte ein Beklagter verlangen, daß sein Richter ihm ständisch mindestens ebenbürtig war; der Richter über einen Grafen mußte daher mindestens ein Graf sein, der Richter über einen Herzog mindestens ein Herzog – nur für den Römischen König gab es keinen Ebenbürtigen, Ausweg war, diese Funktion einem dem Königtum nahestehenden Amt zu übertragen, wodurch der Inhaber eine königsgleiche Stellung einnahm.
- 2 Nach dem Tode eines Königs übernahm der Vikar die Reichsgeschäfte bis zur Wahl des Nachfolgers des verstorbenen Königs. Reichsvikar für den Süden und Südwesten des Reiches war der Pfalzgraf bei Rhein, für den Norden und Nordosten der Herzog von Sachsen.
- 3 Da geistliche Territorialherren aufgrund ihrer Eigenschaft als Geistliche keine weltlichen Geschäfte wahrnehmen konnten, wurden diese Aufgaben in der Form einer Vogtei an Weltliche vergeben.
- 4 Allodialgut = Eigengut, im Gegensatz zu Lehnsgut vererbbarer Besitz.
- 5 Pfalzgraf Heinrich I. hatte sich 1203 aus der welfischen Partei gelöst und war zur staufischen Seite übergetreten; es handelt sich also nicht um eine Absetzung der Welfen. Heinrich hatte 1213 erhebliche Gebiete zwischen Weser und Elbe geerbt, auf die er sich zurückzog.
- 6 Eigentlich ein Ehrenamt bei der königlichen Hofhaltung und feierlichen Anlässen: der Erztruchsess hatte zu Pferd die Speisen für die königliche Tafel in vier silbernen Schüsseln darzureichen und im Gefolge des Königs den Reichsapfel zu tragen. – Als Symbol dieser besonderen Würde fügte Kurfürst Friedrich IV. 1544 dem pfälzischen Wappen den Herzschild mit dem Reichsapfel bei.

- 7 Der Sachsenspiegel, eigentlich eine private Aufzeichnung sächsischen Rechtes von 1226/27, gewann mangels anderer Rechtsaufzeichnungen schnell allgemeine und offizielle Anerkennung und wurde als verbindlich angesehen.
- 8 Eine Aussage Rechtskundiger über geltendes Gewohnheitsrecht auf Anfrage.
- 9 Dieses Amt der Stellvertretung des Königs galt auch für die Zeit nach dem Tode des alten und vor der Krönung des neuen Königs. Es umfaßte ferner das Recht des Vikars, alle Reichslehen, die Fahnlehen ausgenommen, an Stelle des Königs zu vergeben. Für die Länder im Norden und Osten des Reiches besaß der Herzog von Sachsen das Reichsvikariat; es erstreckte sich jedoch nicht auf die Vergabe von Reichslehen, die blieb dem Pfalzgrafen vorbehalten.
- 10 Erzherzog Maximilian von Österreich, der spätere Kaiser Maximilian I. (1485–1519) heiratete 1477 Maria, die Erbtöchter der Herzöge von Burgund. Nach Marias frühem Tod 1482 fiel Burgund an das Haus Habsburg. 1556 kam das nördliche Burgund (die heutigen Niederlande und Belgien) an die spanischen Habsburger. Die heutigen Niederlande lösten sich nach einem 80-jährigen Freiheitskampf gegen die spanische Habsburger 1648 im Westfälischen Frieden aus dem Reichsverband zu einem völkerrechtlich anerkannten souveränen Staat, die südlichen Niederlande, das heutige Belgien, verblieb beim Hause Habsburg.
- 11 Das neue Kurkolleg: katholisch: Böhmen, Bayern und Salzburg; protestantisch: Sachsen, Brandenburg, Hannover, Württemberg, Baden und Hessen-Kassel.

Weiterführende Quellen und Literatur

a. Quellen:

- Buschmann, Arno: (Hrsg.): Kaiser und Reich. Klassische Quellen zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806, 2. Aufl. Baden-Baden 1994
- Müller, Konrad. (Bearb.): Instrumenta Pacis Westphalicae, 3. Aufl. Bern/Frankfurt/M 1975.
- Zeumer, Karl: Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit, 2. Aufl. Tübingen 1913

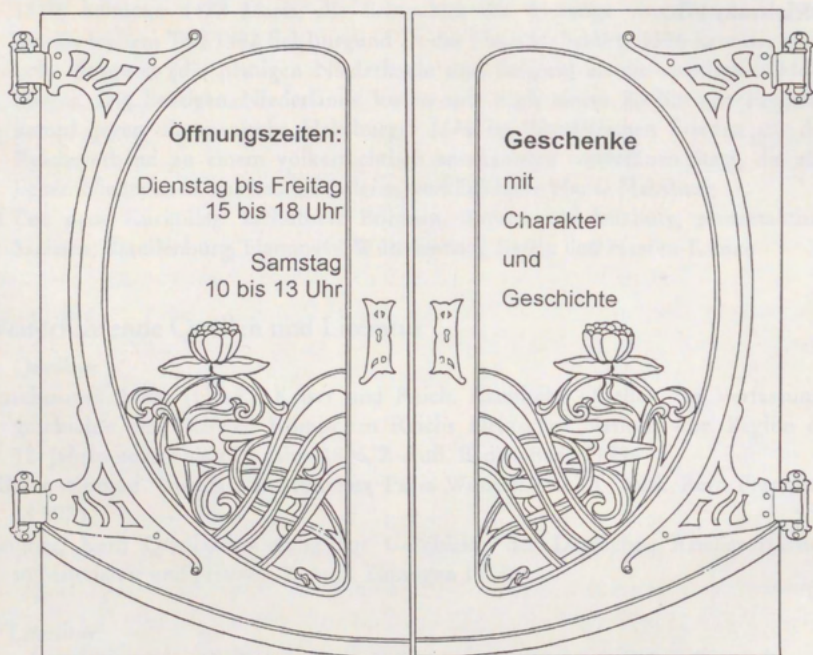
b. Literatur:

- Arndt, Johannes: Der Kaiser und das Reich. In: 1648, Krieg und Frieden in Europa, Katalog zur Ausstellung in Münster/Osnabrück, Bd. I, Textband, Hrsg. v. Klaus Bußmann und Heinz Schilling, Münster 1998, S. 69–76.
- Albrecht, Dieter: Bayern und die pfälzische Frage auf dem Westfälischen Friedenskongreß, in: Heinz Duchardt (Hrsg.): Der Westfälische Friede. Diplomatie, politische Zäsur, kulturelles Umfeld, Rezeptionsgeschichte, München 1998, S. 461–468.
- Auer, Leopold: Die Ziele der kaiserlichen Politik bei den westfälischen Friedensverhandlungen und ihre Umsetzung, in: Heinz Duchardt (Hrsg.): Der Westfälische Friede. Diplomatie, politische Zäsur, kulturelles Umfeld, Rezeptionsgeschichte, München 1998, S. 143–174.
- Dickmann, Fritz: Der Westfälische Frieden, 7. Aufl. Münster 1998.
- Hroch, Miroslav/Bartecek, Ivo: Die böhmische Frage im Dreißigjährigen Krieg, in: Heinz Duchardt (Hrsg.): Der Westfälische Friede. Diplomatie, politische Zäsur, kulturelles Umfeld, Rezeptionsgeschichte, München 1998, S. 447–460.

- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 2. Aufl. 1967 (verbessertes Nachdruck) Stuttgart 1975, Bd. 1.
- Reppen, Konrad: Die Westfälischen Friedensverhandlungen. Überblick und Hauptprobleme, in: 1648, Krieg und Frieden in Europa, Katalog zur Ausstellung in Münster/Osnabrück, Bd. I, Textband, hrsg. v. Klaus Bußmann und Heinz Schilling, Münster 1998, S. 355–372.
- Schaab, Meinrad: Geschichte der Kurpfalz, Bd. I Das Mittelalter, Stuttgart 1988, Bd. II Neuzeit, Stuttgart 1992.
- Walter, Gero: Der Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation und die Problematik seiner Restauration in den Jahren 1814/15 (= Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A, 12), Heidelberg u. Karlsruhe 1980.

Schatztruhe

Kaiserstraße 62 · 6900 Heidelberg · Tel: 06221/251 50



**Schönes Altes: Möbel, Schmuck, Glas, Porzellan, Zinn,
Silber, Puppen, Puppenstubeneinrichtungen, Stofftiere,
Marionetten u.v.m.**

Wolfgang U. Eckart

„Zunächst jedoch nur versuchs- und probeweise“ –
Sommersemester 1900: Die ersten Medizinstudentinnen beziehen
die Universität Heidelberg

Der ‚Eintritt der Frauen‘ in die deutsche ‚Gelehrtenrepublik‘¹ und die ‚Durchsetzung des Berufsbildes‘² Ärztin ist inzwischen in einer wachsenden Zahl aufschlußreicher, meist universitätenbezogener Studien³ thematisiert worden. Gleiches gilt für die misogynen Arroganz männlicher Akademiker und oft genug medizinischer Gelehrter um 1900 vom Anatomen Wilhelm Waldeyer über den Internisten Ernst von Leyden bis hin zu frauenfeindlichen Wirrköpfen vom Schläge eines Paul J. Möbius oder Max Funke. Die Argumente, aufgrund derer sich 1900 der Arzt Paul J. Möbius „Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes“⁴ zu veröffentlichen für berechtigt hielt und noch 1910 Max Funke in einer Druckschrift zu fragen wagte, „Sind Weiber Menschen?“ – Natürlich waren sie es nicht! „Mulieres homines non sunt!“⁵, so der Darlegungsversuch des Autors „auf Grund wissenschaftlicher Quellen“⁵ sind hinreichend debattiert⁶ und bedürfen nicht der neuerlichen Aufarbeitung. So soll im vorliegenden Beitrag auch weniger die allgemeine Problematik und die heftig geführte Diskussion um das Frauenstudium vor nunmehr 100 Jahren thematisiert, sondern der Blick auf die Anfänge des Frauenstudiums in Heidelberg am Beispiel der Medizinischen Fakultät der Ruperto Carola gelenkt werden. Es geht dabei vor allem um Spurensuche. Ausführlichere Detailstudien stehen noch aus und sollen angeregt werden. Sie wären durchaus geeignet, die bislang eher strukturgeschichtlich motivierten Darstellungen zum Beginn des Frauenstudiums durch konkrete Beispiele auch aus den Studienerfahrungen der ersten deutschen Studentinnen und Promovendinnen zu bereichern. Neben der Vorgeschichte des Eintritts der Frauen in die südwestdeutsche Peripherie der deutschen Gelehrtenrepublik⁷ spielen in der vorliegenden Darstellung die ersten drei Heidelberger Medizinstudentinnen und die ersten drei medizinischen Promovendinnen der Ruperto Carola die Hauptrolle. Ihre persönliche Bildungsgeschichte und ihre Lebensschicksale als Ärztinnen werden skizziert, bevor am Ende des Beitrags der Blick auf die von Frauen verfaßten medizinischen Dissertationen in Heidelberg von 1906 bis 1945⁸ fallen soll.



Karikatur. Begleittext: „Kandidatin, sagen Sie mir, was fällt Ihnen an der Patientin auf?“ – „Das das Mensch einen seidenen Unterrock anhat.“ (Brinkschulte, S. 23) (Original im Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin)

Im April des Jahres 1899 kam Bewegung in die Frage des Frauenmedizinstudiums an den Medizinischen Fakultäten des deutschen Kaiserreichs: „Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am 20. ds. Mts. den Beschluss gefasst, dass auch Frauen zu den medizinischen Prüfungen, sowie zu den Prüfun-

gen der Zahnärzte und Apotheker im Deutschen Reiche zugelassen werden sollen“⁹. – Wollte man eine Geschichte scheinbar lapidarer Meldungen von allergrößter Bedeutung schreiben, so müßte diese knappe Nachricht vom 22. April 1899 sicherlich berücksichtigt werden. Wie sperrig ihr Inhalt den Redakteuren der Zeitschrift „Medizinische Reform“ in jenen Tagen noch war, zeigt schon deren Überschrift „Weibliche Aerzte“ – den Begriff ‚Ärztin‘ gab es noch gar nicht! Allein die Vorstellung weiblicher Hochschul(aus)bildung und Intellektualität muß wohl für viele, wenn nicht für die meisten Männer jener wilhelminischen maskulin-autoritären Epoche, ein extremes kulturhistorisches Trauma gewesen sein. Zumindest läßt dies die vehemente Abschlagung aller Bitten und Eingaben um Zulassung von Frauen zum Studium in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts unzweideutig schlußfolgern. So wandte sich 1888 der Allgemeine Deutsche Frauenverein mit der Bitte an die Regierungen der deutschen Länder, „weibliche Personen zum Studium der Medizin an den Landesuniversitäten zuzulassen, und handelte sich eine schroffe Zurückweisung ein. Erfolglos war auch die Vereinigung Frauenbildungsreform im gleichen Jahr mit ihrer entsprechenden Initiative bei den Unterrichtsministerien von Bayern, Preussen und Württemberg, die im Folgejahr auch die Ministerien der übrigen Hochschulländer erreichte. Ein erster Vorstoß des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins im Reichstag vom 10. Mai 1890 führte lediglich zur Rückverweisung auf die Länder, in deren Kompetenz die Angelegenheit falle. Und als ein Jahr später gar die generelle Forderung nach Zulassung von Frauen zum Studium an deutschen Universitäten im Gewande einer Reichstagspetition das Berliner Parlamentarierplenum erreichte, wurde dort am 11. März 1891 nur „ungeheure Heiterkeit“ ausgelöst. So zumindest berichtet die erste deutsche Ärztin der neueren Zeit, Franziska Tiburtius (1843–1927) in ihren Lebenserinnerungen. Dr. Tiburtius war zwar 1876 in Zürich medizinisch promoviert worden, hatte in Deutschland zunächst allerdings lediglich als Heilpraktikerin arbeiten dürfen.

Immerhin griff die Diskussion nach der Zurückweisung der Petentinnen durch den Reichstag vom 18. April nun doch auf die Länderparlamente über, wobei der badische Landtag die wohlwollende Empfehlung aussprach, daß nun auch Mädchen die Möglichkeit gewährt werden müsse, an den Knaben-Gymnasien des Großherzogtums die Reifeprüfung abzulegen. Allerdings solle es dann Angelegenheit der Hochschulen und ihrer Gremien bleiben, Abiturientinnen zum Studium zuzulassen oder sie zurückzuweisen¹⁰. Zurückweisung blieb zunächst die Regel, denn die badischen Hochschulen verschlossen sich dieser Frage weiterhin. Eine kurzfristige Zulassung von Hörerinnen, wie sie den Dozenten der Ruprecht-Karls-Universität 1869 unter der Bedingung freigestellt worden war, daß

„in Folge der Zulassung keinerlei Störungen für die Durchführung der regulären Unterrichtsaufgaben bemerkbar würden“¹¹, stieß im Allgemeinen auf Ablehnung. Daß die fünf oder sechs „Damen“, die in jener Zeit als Gasthörerinnen Vorlesungen besuchten, oder gar „Frauenzimmer“ generell „immatriculirt oder promoviert“ würden, war unvorstellbar, das sei in Heidelberg „noch niemals vorgekommen“¹². Der Engere Senat protestierte am 29. Juli 1871 gegen diese „mißliche und störende Erscheinung“¹³ und empfahl den Herren Docenten, in der Regel Gasthörerinnen abzulehnen. Nach einigen Semester der unwilligen Duldung beschloß der Große Senat in seiner Sitzung vom 5. August 1873 die Teilnahme von Damen am Vorlesungsbetrieb¹⁴ für die Zukunft prinzipiell zu untersagen. Ausnahmsweise hatte am 26. Juli des gleichen Jahres die Medizinische Fakultät mit Stimmenmehrheit die Zulassung zweier Russinnen, die in der Schweiz studiert hatten, Betty Frohnstein und A. Serebrenny, zur Promotion unter der Maßgabe genehmigt, daß das Ministerium diesen Beschluß stütze. Zugleich hatte man aber auch beschlossen, zukünftig Frauen von Gasthörerschaft und Promotionsmöglichkeit auszuschließen. Welchen Zwecken auch immer dieses Junktum dienen sollte: dem letzteren Teilantrag stimmte Karlsruhe zu, die Promotion der beiden Russinnen aber lehnte man in der Landeshauptstadt ab¹⁵. Betty Frohnstein ist dann wenige Jahre später in Basel promoviert worden¹⁶.

Aus der im Grundsatz ablehnenden Front gegen das Frauenstudium an der Ruperto Carola scherte als erste 1891 die soeben selbständig gewordene Naturwissenschaftlich-Mathematische Fakultät aus und erwirkte beim Karlsruher Ministerium gegen den heftigen aber wirkungslosen Protest des Großen und Engeren Senats eine Einwilligung (23. November 1891) zur Zulassung von Hörerinnen mit ausreichender Vorbildung. Am 25.1.1894 gestattete, während der Engere Senat sich immer noch um den Ruf der Universität sorgte¹⁷, die Nat.-Math. Fakultät gar die Promotion von Frauen¹⁸. Widerruflich ließ auch die Philosophische Fakultät seit 1895 Frauen zu und promovierte noch im gleichen Jahr Katharina Windscheid, die Tochter des früheren Heidelberger und Leipziger Juristen Bernhard Windscheid¹⁹, mit einer Dissertation über „Die englische Hirtendichtung von 1579–1625“²⁰. Katharina Windscheid war damit die erste in Heidelberg promovierte Frau²¹. Die Medizinische Fakultät freilich blieb hinsichtlich des Frauenstudiums unnachgiebig konservativ. So verwundert der Fall des „Fräulein Margarete Heine“ aus dem Frühjahr 1897 wenig. Für ihre Immatrikulation an der Medizinischen Fakultät der Ruperto Carola hatte sich der in Karlsruhe für Hochschulfragen zuständige Ressortbeamte, Geheimrat Nokk, nachdrücklich mit der Begründung eingesetzt, daß nur durch einen solchen „Ausnahmefall“ die Universität überhaupt Erfahrungen in der zukünftig

wohl kaum mehr zu umgehenden Frage des Frauenstudiums würde sammeln können. Aber an der Universität Heidelberg – wie im übrigen auch an der Medizinischen Fakultät der Universität Freiburg²² – blieb man bei der einmal getroffenen Entscheidung, die Immatrikulation wurde abgelehnt, und dies obwohl Margarete Heine ein gültiges deutsches Reifezeugnis vorweisen konnte und das Ministerium zurecht argumentierte, daß doch an der Ruperto Carola seit 1891 Hörerinnen vereinzelt bereits anzutreffen gewesen seien²³.

Tatsächlich blieben die Fronten hinsichtlich der generellen Zulassung von Frauen in den deutschsprachigen Ländern mit Ausnahme der Schweiz zunächst insgesamt starr. Hinsichtlich der verschiedensten Sonderregelungen an den einzelnen Hochschulen des Kaiserreichs bis hinein in die Fakultäten war das Bild gleichzeitig aber auch außerordentlich verworren. Während sich im 19. Jahrhundert die übrigen Kulturnationen der Welt anschickten, Frauen zum Universitätsstudium endlich zuzulassen (USA 1833, Frankreich 1863, Schweiz 1864, England 1869, Holland 1878), pflegten deutsche Gelehrte ihre alten Vorurteile selbstgefällig weiter.

Die Dinge waren freilich bereits in Bewegung geraten und drängten zur Entscheidung. In einem vergleichenden Bericht der Straßburger Post vom 14.1.1900 über „Die Bedingungen des Frauenstudiums an den deutschen, österreichischen und schweizer Universitäten“ wurde die Situation zutreffend analysiert: „In dieser bunten Mannigfaltigkeit von Bestimmungen zeigen sich deutlich die verschiedenen Entwicklungsstufen eines interessanten Culturgeschichtlichen Vorgangs. Nur in der Schweiz hat man ohne langes Zögern, übrigens nach sehr reiflicher Überlegung, erkannt, daß Frauen und Männer, soweit sie den gleichen wissenschaftlichen Anforderungen genügen, auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu behandeln sind. In Deutschland und Österreich dagegen läßt sich die eine Partei, die Universitäten und ihrer Regierungen, von der anderen, der vordringenden Frauenwelt, langsam eine Concession nach der anderen abzwängen; daß über kurz oder lang auch hier diejenigen Frauen, die mit den Männern die völlig gleiche Ausbildung besitzen, auch mit gleichen Rechten als Studenten zugelassen werden, ist nicht zu bezweifeln. Wenn uns aber diese ganze Entwicklung etwas langsam vorkommen möchte, so ist das nur ein Beispiel mehr für die Ungeduld und Raschlebigkeit, die dem öffentlichen Leben unserer Tag nun einmal anhaftet: in früheren Zeiten haben sich Vorgänge von nicht größerer culturgeschichtlicher Tragweite in ebenso vielen Jahrhunderten wie hier in Jahrzehnten abgespielt“²⁴.

Es sollte nach diesem Zeitungsbericht nur noch wenige Wochen dauern, bis zumindest im Großherzogtum Baden durch Erlaß des Karlsruher Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts vom 28. Februar 1899²⁵

immerhin „versuchs- und probeweise zur Immatrikulation“ an den beiden Landesuniversitäten zugelassen wurden²⁶, wobei dem Karlsruher Ministerium eine durchaus treibende Rolle zugeschrieben werden darf. Vorausgegangen war dem Erlaß eine an die Universitäten Freiburg und Heidelberg gerichtete Anfrage des Ministeriums, ob dort „schwerwiegende Bedenken“ gegen eine Immatrikulation von Frauen bestünden, „welche die Voraussetzung für die Zulassung zur Immatrikulation (wie sie für die männlichen Studierenden bestimmt sind) völlig erfüllt“, also die Reifeprüfung an einem deutschen, staatlich anerkannten Gymnasium, Realgymnasium oder an einer Oberrealschule abgelegt hätten²⁷. Als solche Bedenken nach einer Sitzung des Engeren Senats der Universität vom 13.1.1900 nicht vorgetragen werden konnten und sich das Gremium mehrheitlich „für die Zulassung von Frauen zur Immatrikulation“ unter den genannten strengen Auflagen ausgesprochen hatte²⁸, entschloß sich das Ministerium zu seinem Erlaß. Zulassungsgleichberechtigung war damit freilich noch keineswegs erreicht, waren doch die Immatrikulationen eben nur „versuchs- und probeweise“ ermöglicht worden, worauf die Medizinische Fakultät in einem Schreiben vom 22.1.1900 an den Engeren Senat nochmals nachdrücklich bestand²⁹. Besonders eklatant wurde dies am Fall des Immatrikulationsgesuches einer Bewerberin für das Fach Zahnheilkunde zum Wintersemester 1901/02 in Heidelberg, die geglaubt hatte, den Zulassungsbestimmungen für ihre männlichen Kommilitonen entsprechend (!) nur ein Reifezeugnis für Prima vorlegen zu müssen und prompt von der Immatrikulationskommission der Ruperto Carola mit Hinweis auf den unzweideutigen Erlaß des Ministeriums zum Frauenstudium zurückgewiesen wurde. Tatsächlich wurde diese Zurückweisung auch ministeriell bestätigt. „Wenn auch“, so hieß es in dem entsprechenden Ministerialerlaß vom 12. November 1901, „für die Zulassung zur zahnärztlichen Prüfung der Nachweis der Reife für Prima genügt, so glauben wir doch auch den Studentinnen der Zahnheilkunde (wie auch denen der Tierarzneikunde und Pharmazie) gegenüber an den für Frauen festgesetzten strengen Immatrikulationsbedingungen unbedingt festhalten zu sollen, als diese ganze Einrichtung nur den Charakter einer versuchs- und probeweisen Anordnung hat“³⁰. Die Medizinische Fakultät zog am 1. November 1901 mit ihrer Promotionsordnung nach und bestimmte, „solche Frauen zu der Doctor-Promotion zuzulassen, welche nach den gegenwärtigen Bestimmungen rite imatriculiert [!] sind, einen regelrechten Studiengang durchgemacht, bzw. die ärztliche Approbation für das deutsche Reich erworben haben“³¹.

Eine vollkommene Gleichstellung von weiblichen und männlichen Studierenden, zumindest hinsichtlich der Immatrikulations- und Promotionsbedingungen, war freilich durch die Erlasse und Bestimmungen der Jahre

1899 bis 1901 noch nicht erreicht. Immerhin kam es zu Milderungen hinsichtlich der Zulassung von Frauen ohne deutsches Reifezeugnis zu den Vorlesungen an den meisten Fakultäten, nicht so an der Medizinischen Fakultät; hier wurden auch weiterhin nur solche Frauen als Gasthörerinnen zugelassen, die bereits an einer deutschen oder gleichwertigen Universität eine medizinische Prüfung abgelegt hatten. Zu einem Wegfall aller das Frauenstudium behindernden Bestimmungen kam es erst mit dem Erlaß der „Akademischen Vorschriften für die Badischen Universitäten zu Heidelberg und Freiburg“ vom 22. April 1920³².

Im Sommersemester 1900 wurden in Heidelberg vier Studentinnen immatrikuliert: Rahel Goitein [später verh. Straus-Goitein bzw. Straus], Irma Klausner [später verh. Klausner-C[G]ronheim] und Else von der Leyen [später verh. Rosenthal] als Medizinstudentinnen, Georgine Sexauer als Studentin der Philologie. Neben ihnen wies die Ruperto Carola im Sommer 1900 insgesamt 13 Gasthörerinnen und 1658 männliche Studenten auf. Alle vier erstimmatrikulierten Frauen haben sicher bereits im Semester zuvor als Gasthörerinnen in Heidelberg oder an anderen Universitäten studiert; anders aber als in Freiburg, wo es gelang, die Immatrikulationen der früheren Gasthörerinnen³³ auf das Wintersemester 1899/1900 mit ministerieller Genehmigung vorzudatieren, erfolgte ein solcher Schritt aus nicht mehr zu klärenden Gründen in Heidelberg nicht; wahrscheinlich hat die Medizinische Fakultät auf formalen Gründen auf einen solchen Antrag verzichtet. Die Universität Freiburg ist deshalb nicht nur im Großherzogtum Baden, sondern im Kaiserreich insgesamt die erste Universität mit einem regelrechten Frauenstudium seit dem Wintersemester 1899/1900.

Rahel Goitein³⁴ (21.3.1880, Karlsruhe – 15.5.1963, Jerusalem), Tochter des Karlsruher Rabbiners Goitein³⁵, eines Vertreters der bildungsorientierten Neoorthodoxie in der Gefolgschaft des Samson Raphael Hirsch³⁶, hatte 1899 am ersten deutschen Mädchengymnasium in Karlsruhe – gegründet 1893 auf Bestreben des dortigen Vereins „Frauenstudium-Frauenbildung“ – ihre Reifeprüfung bestanden. „Rahelchen, du wirst ein Blaustrumpf oder eine Ärztin, weißt Du denn, was ein Blaustrumpf ist? Nicht eine, die blaue Strümpfe trägt, sondern eine Frau, die Bücher schreibt“³⁷, hatte ihr einer ihrer Lehrer noch an der Höheren Mädchenschule zu Karlsruhe prophezeit. Alle drei Weissagungen des streng katholischen Lehrers, der seine jüdische Schülerin offensichtlich sehr mochte und noch besser kannte, sollten eintreffen, wenngleich sich die junge Abiturientin trotz des Studienwunsches Medizin, der hinsichtlich ihres orthodox-jüdischen Hintergrundes um so erstaunlicher ist, im Oktober 1899 zunächst aus finanziellen Gründen ‚nur‘ für eine Gasthörerschaft in Philologie entscheiden konnte. Als ihr jedoch der Onkel Rafael Löwenfeld, Begründer des „Cen-



Studentinnen beim anatomischen Präparieren, Berlin, Wintersemester 1903/04 (Brinkschulte, S. 17) (Originalfoto: Friedrich Rauch)

tralvereins deutscher Juden“, die Finanzierung des Medizinstudiums zusagte und im Großherzogtum um die Jahrhundertwende die Möglichkeit des Frauenstudiums immer wahrscheinlicher wurde, stand der Entschluß bald fest, nun doch Medizin zu studieren. Noch im Wintersemester 1899/1900 suchte Rahel Goitein den Dekan der Medizinischen Fakultät, den Gynäkologen Ferdinand Adolf Kehrer (1837–1914)³⁸, auf, um sich nach der Möglichkeit zu erkundigen, noch im laufenden Semester das Studienfach zu wechseln, ohne das Semester zu ‚verlieren‘. Beides war unmöglich, der-Karlsruher Erlaß trat erst zum Sommersemester in Kraft, und die junge Studentin war bislang nur Gasthörerin in philologischen Fächern, geduldet also allenfalls und natürlich nichts wert an der Ruperto Carola, vor allem aber keine ordentliche akademische Bürgerin der Universität. Kehrer muß zunächst recht bärbeißig aufgetreten sein; wohl um zu versuchen, die Studierwillige möglichst abzuschrecken. Aber weder der Hinweis, daß der Anatom Carl Gegenbaur (1873–1901)³⁹ sicher „keine Dame in seine Hörsäle und ganz gewiß nicht in den Präpariersaal“ lasse, noch die eher väterlich gemeinte Zurückweisung durch Kehrer – „Warum Kindchen, wollen Sie eigentlich Medizin studieren? Sie wissen ja gar nicht, welche Riesenanforderungen es an Körper und Seele, an Kopf und Herz stellt. [...] Rein körperlich werden Sie es schon nicht aushalten“⁴⁰. – konnten

Rahel Goitein in ihrem Studienwunsch beirren. Zum folgenden Sommersemester, nach einem genossenen ‚Studium generale‘ im restlichen Wintersemester („ein schönes Vierteljahr“) als begeisterte Hörerin des Philosophen Kuno Fischer (1824–1907)⁴¹ und des Kunsthistorikers Henry Thode (1857–1920)⁴² – dessen „wild chauvinistische Lobpreisungen des deutschen Wesens und deutscher Kunst“ anlässlich eines Wagner-Gedenkens⁴³ sie allerdings befremdeten – wurde Rahel Goitein als erste Medizinstudentin („Studiosus [sic!] Medicinae“)⁴⁴ in Heidelberg am 9. Mai 1900 „rite“ immatrikuliert (Matr.-Nr. 322). Nicht besonders verwunderlich ist, daß Rahel Goitein ihre beiden zeitgleichen Heidelberger Kommilitoninnen an der Medizinischen Fakultät, Irma Klausner und Else von der Leyen, offensichtlich nicht besonders wahrgenommen hat, zumindest berichtet sie in ihrer Autobiographie nicht von ihnen. Klausner und von der Leyen hatten Heidelberg aber auch bald nach der Immatrikulation wieder verlassen, so daß Rahel Goitein für immerhin drei Semester „das einzige weibliche Wesen“ im Kreise ihrer Mitstudenten blieb, was die gutaussehende, selbstverständlich permanent hofierte und gelegentlich sogar mit Veilchensträußen im Präparierschrank anonym verwöhnte Frau durchaus genoß⁴⁵. Warum auch nicht? Wie eindrucksvoll und grenzüberschreitend muß die erste Begegnung der zwanzigjährigen jüdischen Studentin aus orthodoxem Elternhaus mit der menschlichen Leiche im anatomischen Präpariersaal gewesen sein? Gegenbauer hatte inzwischen aus Gesundheitsgründen seine Lehrtätigkeit aufgegeben, Max Fürbringer (1846–1920)⁴⁶, sein Nachfolger (ab SS 1901), war noch nicht aus Jena in Heidelberg eingetroffen. Wir wissen also nicht genau, welcher Anatomieprofessor seine Studentin so einfühlsam bei ihren ersten Schnitten begleitete: „Er legte seine Arme auf meine, die dadurch fest auf dem Präparat lagen, führte meine Hand beim ersten Schnitt und half mir so im Augenblick über den ersten Schrecken hinweg“⁴⁷. Rahel Goitein muß eine herausragende Studentin gewesen sein, ihr Physikum (21.2.1900) weist neben einem „gut“ in Botanik in allen anderen Fächern die Note „sehr gut“ auf⁴⁸. Genossen wurde besonders die „schöne klinische Arbeit“, in die sie sich nach dem Physikum mit „Eifer“ stürzte⁴⁹. Unter ihren klinischen Lehrern hat die inzwischen mit Eli Straus verlobte Studentin besonders den Internisten und Neurologen Wilhelm Erb (1840–1921)⁵⁰ verehrt. Seine bereits in der ersten Vorlesung vorgetragenen ärztlichen Grundprinzipien, Ehrlichkeit gegen sich selbst und die eigene Beobachtung, vor allem aber der hippokratische Grundsatz des ‚nihil nocere‘, prägten sich der angehenden Medizinerin tief ein. Auch als „glänzender“ wenngleich „sehr strenger“ klinischer Lehrer und herausragender Diagnostiker, der seine Studenten den ‚ärztlichen Blick‘ lehrte, hat Erb Rahel Goitein beeindruckt: „Und das war es, was Erb uns zu

Grossherzoglich Badische
Universität Heidelberg.

Grossherzoglich Badische
Universität Heidelberg.

Studien- und Sittenzeugniß.

A. N. 1157 Dem Herrn *Dr. Rahel Goitein*
 Tausch M. geboren zu *Karlsruhe*
 Sohn des *Herrn Dr. Carl Goitein* *Dr. Carl*
Goitein *Karlsruhe*, *Königsplatz 11/1*, bescheinigen wir
 hiermit, dass er auf Grund
 - eines *Reifezeugnisses* des *Landesoberrealschule Karlsruhe*
 - eines *Abschlußzeugnisses* der *Universität* - *technischen Hochschule*
 - *Reifezeugnisses* -
 - *Reifezeugnisses*
 an *G. H. 1900* als *Studium Medicinæ*
 bei uns immatriculiert worden ist, sich bei dem Schluss des
Winter-Semesters 1904 - *heutigen Tages* - dahin
 aufhalten, und laut des vorgelegten Zeugnisses folgende
 Vorlesungen besucht hat.

Studien- und Sittenzeugniß.

A. N. 1159 Dem Herrn *Dr. Fritz Clausen*
 Tausch M. geboren zu *Frankfurt am Main*
 Sohn des *Herrn Dr. Carl Clausen* *Dr. Carl*
Frankfurt am Main, bescheinigen wir
 hiermit, dass er auf Grund
 - eines *Reifezeugnisses* des *gymn. Real-Schule*
 - eines *Abschlußzeugnisses* der *Universität* - *technischen Hochschule*
 - *Reifezeugnisses* -
 - *Reifezeugnisses*
 an *G. H. 1900* als *Studium Medicinæ*
 bei uns immatriculiert worden ist, sich bei dem Schluss des
Winter-Semesters 1904 - *heutigen Tages* - dahin
 aufhalten, und laut des vorgelegten Zeugnisses folgende
 Vorlesungen besucht hat.

Universitätsarchiv Heidelberg Stud. Akten 1900/1901

lehren versuchte. Er ließ fünf, sechs Patienten langsam durch den Hörsaal gehen und ließ uns aus Gang, Haltung, Gesichtsfarbe und -ausdruck die Diagnose stellen⁵¹. Geschätzt hat die Medizinstudentin auch den herausragenden Chirurgen Vincenz Czerny (1842–1916)⁵², der 1902 sein Lehramt niederlegte, um sich, wie er den Studenten erklärte, noch zehn Jahre ausschließlich dem Krebsproblem zu „weihen“ und es möglichst zu lösen. „Prachtvoll“ fand Rahel Goitein den pathologischen Anatomen und Virchow-Schüler Julius Arnold (1835–1915)⁵³, der seine jungen Mediziner in den praktischen Übungen begeisterte und mit den älteren Semestern in seinen Kolloquien „wie mit Gleichstehenden diskutierte“, und einen fachlichen Verehrer fand die Studentin schließlich in Alfons Rosthorn (1857–1909)⁵⁴, dem Nachfolger Kehlers. Eine Assistentinnenstelle anzutreten, die ihr Rosthorn angeboten hatte, versagte sich Rahel Goitein jedoch, denn sie war der Meinung, „nach einer dreijährigen Verlobungszeit“ mit Eli Straus „die Heirat nicht noch länger hinausschieben“ zu dürfen. Rahel Goitein hat im Januar 1905 ihr Studium mit dem Staatsexamen abgeschlossen, nicht ohne noch einmal die bürokratische Benachteiligung des Frauenstudiums zu erfahren, denn zunächst wurde ihr die Zulassung zum Examen versagt, da die Badische Regierung es versäumt hatte, das Karlsruher Mädchengymnasium auch staatlich anerkennen zu lassen. Zum Staatsexamen aber, das ja nach der Approbation zur Niederlassung im gan-

zen Kaiserreich berechnete, mußte das Abitur eines auch staatlich anerkannten Gymnasiums vorgelegt werden. Nur weil zufällig wegen des Lippischen Thronfolgestreites der Bundestag zusammentrat, konnte auch der Examensfall Goitein dort rasch und positiv mitbehandelt werden. Ein an den Dekan der Fakultät gerichtetes Telegramm des Reichskanzlers von Bülow ebnete Rahel Goitein schließlich den Weg zum Staatsexamen.

Selbstverständlich blieben während der Heidelberger Studienjahre Kontakte zu studentischen Verbindungen nicht aus. Die schlagende jüdische Verbindung „Badenia“ freilich behagte der jungen Zionistin wegen ihres religiös kaum fundierten „Trutzjudentums“ und wegen des dort widerspruchslos vorgetragenen Antizionismus nicht. Auch an einen Beitritt zur liberalen „Freien wissenschaftlichen Vereinigung“, einer weitgehend jüdischen Verbindung, die allerdings keine festen Wurzeln geschlagen hatte, war nicht zu denken⁵⁵. Dem immer stärker empfundenen Wunsch nach einem Zusammenschluß auch der Heidelberger Hörerinnen folgte im Wintersemester 1901/1902 die von Rahel Goitein mitgetragene Gründung der „Vereinigung studierender Frauen in Heidelberg“, der sie viele Semester als Vorsitzende mit großer Begeisterung angehörte: „Ich lernte reden, diskutieren und Diskussionen leiten“⁵⁶. Auch genoß sie die ungezwungenen Treffen der Studentinnengruppe: „Man ‚mußte‘ gar nichts, man kam, wann man wollte, es gab keinen Kommers, nicht Fuchs noch Bursche, kein Examen, keine politische Richtung [...] Ich denke mit Freude an unsere Abende zurück, die fast immer anregend waren, in denen wir mit den interessantesten Frauen zusammensaßen, beteiligt am Aufbau eines neuen Frauendaseins“⁵⁷. Als der Verein „Frauenstudium-Frauenbildung“, dessen Heidelberger Gruppe Marianne Weber vorsah, die junge „Vereinigung studierender Frauen in Heidelberg“ bald nach der Gründung ‚schlucken‘ wollte, setzte sich Rahel Goitein erfolgreich zur Wehr; auch eine ‚Übernahme‘ durch die „Freie Studentenschaft“, die alle Nichtinkorporierten vertrat, konnte verhindert werden. Gleichwohl löste sich die Vereinigung wenige Wochen nach dem Abschiedsfest für ihre langjährige Vorsitzende wohl im Februar 1905 doch auf. Die „Organisation der Studentinnen Heidelbergs“ war mit einem exklusiven Vertretungsanspruch für alle Studentinnen Heidelbergs und Korporationsgelüsten⁵⁸ im Juni 1904 auf den Plan getreten. Alle „Fremden“, auch Jüdinnen, sollten ausgeschlossen sein. Die Gruppe um Rahel Goitein trat geschlossen aus und organisierte sich neu als die „Alt-Heidelbergerinnen“, ein Zusammenschluß, der bis über den Ersten Weltkrieg hinaus bestand⁵⁹.

Über die Heidelberger Zeit hinaus kann der Lebensweg der ersten Medizinstudentin der Ruperto Carola hier nur cursorisch zusammengefaßt werden. Details sind der überaus lesenswerten Autobiographie zu entnehmen.

Nach ihrer Eheschließung mit dem Juristen Elias Straus zog Rahel Straus-Goitein 1905 nach München, wo sie in verschiedenen Kliniken arbeitete und am 6. Juni 1907 an der Medizinischen Fakultät mit einer kasuistischen Arbeit zum Thema „Ein Fall von Chorionepitheliom“⁶⁰ promoviert wurde. Im folgenden Jahr ließ sie sich in München als erste Ärztin nieder, erlebte dort den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, den Verlust des Bruders an der Ostfront, die Novemberrevolution als Delegierte des „geistigen Rates“ und des Arbeiterrates. Heftig war sie während des Weltkrieges anlässlich eines pazifistischen Vortrags in Heidelberg mit Marianne Weber aneinander geraten, die mit ihrem Mann die Befürwortung der Kriegsnotwendigkeit mit Nachdruck teilte. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit widmete sie sich auch intensiv dem familiären Leben. Bis 1922 brachte sie fünf Kinder zur Welt. Darüber hinaus engagierte sich Rahel Straus-Goitein stark in der jüdischen Frauenbewegung. Sie war Mitglied im „Jüdischen Frauenbund“, in der 1920 in London gegründeten „Women's International Zionist Organization“ und wirkte eine Reihe von Jahren als Schriftleiterin der seit 1924 vom „Jüdischen Frauenbund“ herausgegebenen „Blätter des Jüdischen Frauenbundes für Frauenfragen und Frauenbewegung“. In dieser Funktion bekämpfte Rahel Straus-Goitein vehement den Abtreibungsparagraphen 218 und widmete sich sozialen und pädagogischen Fragen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, deren Aufkommen und Formierung sie mit bedrückender Eindringlichkeit in den zwanziger und dreißiger Jahren erlebt, und dem Tod ihres Mannes gelang ihr die Flucht aus Deutschland zu Schiff von Lindau über den Bodensee in die Schweiz, von wo aus Rahel Straus-Goitein über Triest am 3. November 1933 nach Palästina emigrierte. Dort konnte sie schnell sowohl an ihre ärztliche Tätigkeit als auch an ihr Engagement in der Frauenbewegung anknüpfen. Beteiligt war sie 1952 auch an der Gründung der Israelischen Sektion der 1915 gegründeten „Women's International League for Peace and Freedom“. Die überzeugte Zionistin war in Zion angelangt, aber der bittere Verlust der Heimat, wie er sich Stück für Stück bereits im nationalsozialistischen Deutschland vollzogen hatte, blieb. Rahel Straus-Goitein starb dreiundachtzigjährig am 15.5.1963 in Jerusalem⁶¹.

Irma Klausner (*26.2.1874, Frankfurt a. M.) war die ältere Tochter des Dichters und Schriftstellers Max Albert Klausner (*1848), der nach einem Studium der Mathematik und Astronomie als Redakteur des „Berliner Boersen-Curir“ angestellt war⁶². Nach dem Besuch der von Helene Lange in Berlin seit 1893 eingerichteten „Gymnasialkurse für Frauen“ zur Vorbereitung von schulentlassenen jungen Mädchen und Lehrerinnen auf die Reifeprüfung bestand sie 1896 die Reifeprüfung am Kgl. Luisengymnasium in Berlin und studierte anschließend von 1896 bis 1901 in Halle und Heidel-



Drei Studentinnen im wilhelminischen Deutschland, 1907 (Brinkschulte, S. 13, Original im Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin)

berg Medizin. Ihre Immatrikulation an der Heidelberger Ruperto Carola (Matr.-Nr. 382) erfolgte am 9. Mai 1900⁶³. Bereits zum Wintersemester 1900/1901 wechselte Irma Klausner nach Halle, wo sie am 9. Juli 1901 mit der Dissertation „Ein Beitrag zur Aetiologie der multiplen Sklerose“⁶⁴ „magna cum laude“ promovierte, und war dann von 1905 bis 1937 als Ärztin in Berlin vorwiegend internistisch und pädiatrisch tätig. Daneben wirkte sie als Kassenärztin des „Kaufmännischen und Gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Angestellte“, war zusammen mit ihren ärztlichen Kolleginnen Else von der Leyen und Martha Wygodzinski (2.7.1869–27.2.1943, Theresienstadt) eines der ersten weiblichen Mitglieder des Berliner „Ver[ein]s freigewählter Kassenärzte“ und 1914 auch 2. Vorsitzende des „Ver[ein]s Krankenhaus weiblicher Ärzte“. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde ihr 1933 sowohl die Privat- als auch die Kassenpraxis untersagt. Als ‚jüdische Kassenärztin‘ war sie noch bis Oktober/November 1938 zugelassen, nachdem ihr als Jüdin durch das „Reichsbürgergesetz“ vom 14. November 1935 die allgemeine Kassen- und Privatpraxisberechtigung entzogen worden war. Im November 1938 gelang ihr die Emigration nach Schweden, von wo sie im April 1940 nach New York emigrierte. Von 1943 bis zu ihrem Ruhestand (17. 7. 1947) arbeitete Irma Klausner in einem psychiatrischen Sanatorium in New York. Am 24. April 1959

verstarb sie. Ihr Gatte war bereits 1912 bei einer Bergtour ums Leben gekommen⁶⁵.

Auch Else von der Leyen (13. 10. 1874, Bremen-1908?) blieb nach ihrer Immatrikulation (Matr.-Nr. 408) im Mai 1900 nur für das Sommersemester 1900 in Heidelberg⁶⁶ und wechselte mit Irma Klausner zum folgenden Wintersemester nach Halle, wo sie ihr Studium 1901 mit dem Staatsexamen und einer pathologischen Dissertation „Über Plasmazellen in pathologischen Geweben“⁶⁷ in Halle abschloß. Bevor sie, zusammen mit Irma Klausner, die Gymnasialkurse von Helene Lange in Berlin besuchte und 1896 am Kgl. Luisengymnasium das Abitur bestand, hatte Else von der Leyen die höhere Mädchenschule in Charlottenburg besucht. Promoviert und approbiert wurde sie bereits 1901 in Halle. Seit Oktober 1901 war sie als Kassenärztin der „Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn“ und des „Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Ärzte“ sowie in der Berliner „Poliklinik weiblicher Ärzte und Frauen“ tätig. Im Berliner Adreßbuch ist sie nur noch bis 1908 aufgeführt⁶⁸. Sie war am 26. September 1908 beim Absturz eines Hochbahnzuges am Berliner Gleisdreieck umgekommen.⁶⁹

Die Zahl der Studentinnen wuchs nach 1900 schnell im Großherzogtum. So studierten 1903 immerhin 30 Frauen in Heidelberg, was einem universitären Gesamtanteil von 2% entsprach. Im Berichtszeitraum 1910/11 hatte die Ruperto Carola bereits 162 Studentinnen (8%) und lag damit deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 2,5%. Und im Weltkriegsjahr 1914 waren immerhin bereits 266 Studentinnen immatrikuliert, was ca. 10% der Heidelberger Studentenschaft und im Reichsdurchschnitt annähernd 6–7% entsprach⁷⁰. Der deutliche Vorsprung Badens bei der Immatrikulation von Frauen ist von den übrigen Bundesländern nur allmählich wettgemacht worden. Bayern und Württemberg folgten Baden 1903/4, Preussen erst zum Wintersemester 1908/1909; Schlußlicht war Mecklenburg im Sommersemester 1909.

Über die ersten Medizinstudentinnen in Heidelberg wissen wir insgesamt noch recht wenig. Immerhin lassen sich einige Rückschlüsse auf Biographie und Studienverlauf aus deren Dissertationsschriften ziehen, denen – wie bis heute üblich – fast immer auch Kurzbiographien der Verfasserinnen beigegeben waren; so etwa bei der Dissertation von Anna Martha Kannegiesser, die am 26. Februar 1906 als erste Frau an der medizinischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität mit einer pädiatrischen Dissertation „Über intermittierende und cyklisch orthotische Albuminurie“⁷¹ promoviert wurde. Damals konnte die Barmer Großkaufmannstochter wohl kaum ahnen, daß noch mehr als ein halbes Jahrhundert vergehen sollte, bis auch im medizinischen Frauenstudium de jure die volle Gleichberechtigung

durchgesetzt und daß ein Gleichstand von Ärztinnen und Ärzten hinsichtlich des Promotionsverhaltens an der Heidelberger Fakultät bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch nicht erreicht sein würde. Anna Martha Kannegießer war in mancher Hinsicht eine typische Repräsentantin der ersten deutschen Medizinerinnengeneration. Geboren in Barmen am 25.10.1875 als Tochter des Großkaufmanns Ernst Kannegießer entstammte sie dem gehobenen Bürgertum der Stadt im Wuppertal und hatte nach der Maturitätsprüfung in Zürich (1900) dort auch, wie viele ihrer deutschen Kommilitoninnen, die ersten zwei Semester Medizin studiert. Zum dritten Studiensemester wechselte sie 1901 zunächst ins Großherzogtum Baden. Nach drei Semestern in Freiburg bestand sie dort 1902 ihr Physikum, wechselte dann nach Leipzig, Berlin und Heidelberg, wo ihr nach dem bestandenen Staatsexamen 1904 Approbation erteilt wurde⁷².

Sicher hat Anna Martha Kannegießer ihre Kommilitonin Hermine Maas gekannt, die ein Jahr nach ihr (1907) als zweite Heidelberger Medizinstudentin mit einer frauenheilkundlichen Arbeit über „Die in der Heidelberger Klinik von 1902 bis 1906 beobachteten Fälle von Amenorrhoe“⁷³ promovierte, vermutlich aber nicht mehr Erna Glaesmer, die dritte im Bunde der ersten in Heidelberg promovierten Medizinerinnen. Glaesmer hatte in der Vergleichenden Anatomie geforscht und 1909 ihre Dissertation mit dem Titel „Untersuchungen über die Flexorengruppe am Unterschenkel und Fuß der Säugetiere“⁷⁴ verteidigt.

Hermine Maas, geboren am 27.3.1871 als Tochter des Kaufmanns Albert Maas in Trier hatte zunächst die dortige Kgl. höhere Töchterschule besucht, 1890 ihr Examen als Lehrerin für mittlere und höhere Mädchenschulen bestanden und nach mehreren Jahren Berufstätigkeit 1900 ihr Abitur am Apostelgymnasium in Köln nachgeholt. Zwei Semester lang studierte sie in Heidelberg Medizin, wechselte dann nach Bonn, wo sie ihr Physikum bestand; ihr Studienweg führte Hermine Maas dann über Berlin zurück nach Heidelberg, wo sie 1905 das Staatsexamen bestand und 1907 promoviert wurde. Nach ärztlichen Tätigkeiten an der Heidelberger Kinderklinik und in einem Säuglingsheim bei Solingen eröffnete sie 1909 ihre Praxis als Fachärztin für Kinderheilkunde in Nürnberg; dort leitete sie auch eine Mütterberatungsstelle im Ortsteil Brockenhaus. Hermine Maas war seit 1910/11 die erste Schulärztin im Königreich Bayern. In Nürnberg ist ihr ärztliches Wirken bis 1933 nachweisbar, danach verlieren sich ihre Spuren⁷⁵.

Erna Glaesmer (geb. Zaff) schließlich, die dritte Heidelberger Promovendin, war am 21.8.1878 als Tochter des Obergerometers Konrad Zaff in Laibach (Ljubljana) geboren worden und hatte zunächst die Volksschule zu Loitsch sowie das private Institut Huth in Laibach besucht. Danach war sie auf das K.K. Lehrerinnenseminar gewechselt, wo sie 1897 ihr Lehrerinnen-

examen bestand. Vermutlich hat auch Erna Glaesmer ihren Lehrerinnenberuf einige Jahre ausgeübt, bevor sie in Hanau 1903 das Abitur nachholte und unmittelbar danach die Universität Heidelberg als Studentin der Medizin bezog. Im Jahre 1908 hat sie hier ihr Staatsexamen bestanden und wurde im folgenden Jahr zur Dr. med. promoviert⁷⁶. Erna Glaesmer wirkte von 1913 bis 1963 als niedergelassene Ärztin in Heidelberg.

Daß Herkunft, Bildung und medizinischer Werdegang der bis 1945 folgenden in Heidelberg promovierten Ärztinnen nunmehr zumindest bis zur Promotion rekonstruiert werden können, ist das wesentliche Verdienst der neuerdings von Frau Ulrike Englert vorgelegten Pilotstudie⁷⁷. Ziel war es, unter Auswertung des Deutschen Hochschulschriftenverzeichnisses Heidelberger Ärztinnenpromotionen zwischen 1906 und 1945 bibliographisch zu erfassen, die entsprechenden Dissertationen zu sichten und unter Zuhilfenahme der den Arbeiten meist angefügten Biographien eine erste Übersicht über Herkunft, Bildung und ärztliche Ausbildung Heidelberger Promovendinnen im Fach Medizin bis zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1945 zu erstellen. Unter Heranziehung des verfügbaren hochschulstatistischen Materials sollten zugleich Rahmendaten zu den geschlechtsspezifischen Studierenden- und Promovendenzahlen erhoben werden, was bis zum Abbrechen der allgemeinen deutschen Hochschulstatistik nach dem Sommersemester 1938 möglich war.

Bislang kannten wir so gut wie keine Detail über das frühe medizinische Frauenstudium in Heidelberg. Hierzu leistet diese neue Studie nun einen ersten wichtigen Beitrag. Ihre Ergebnisse bestehen zunächst aus den mühsam ermittelten Zahlen; hier nur wenige Beispiele: 763 Ärztinnen sind an der Medizinischen Fakultät der Ruperto Carola zwischen 1906 und 1945 promoviert worden. Verglichen mit ihren männlichen Kommilitonen ist ihr Promotionsanteil immer extrem geringer, aber er steigt nahezu kontinuierlich. Ende 1910 kommen in Heidelberg auf 10 Frauendissertation noch 115 Männerdissertationen, Ende 1915 wohl auch kriegsbedingt nur noch 10 auf 75, Ende 1920 aufgrund des starken Zurückdrängens der bis 1918 kriegsgebundenen Kommilitonen ins unterbrochene oder promotionslos beendete Medizinstudium wieder 10 auf 108. Im Jahre 1925 sinkt die Proportion dann wieder auf 10 zu 65, um Ende 1945 – trotz der durchaus frauenfeindlichen Hochschulpolitik der Nationalsozialisten, vor allem aber wegen der kriegsbedingten Studienunterbrechungen ihrer Kollegen auf ein immer noch bestehendes Mißverhältnis von 10 gegen 38 zu fallen. – Interessant ist auch die Veränderung des Herkunftsspektrums der Promovendinnen, besonders wenn Baden mit Preußen verglichen wird. Lagen die prozentualen Verhältnisse Baden/Preußen im Zeitraum von 1906 bis 1918 noch bei 14.5:50 (In Preußen waren Frauen erst seit WS 1908/9 immatriku-



*Anatomiesaal mit Studentinnen an der Universität Halle, 1907
(Brinkschulte, S. 39, Original in: Ein deutsches Bilderbuch 1870–1918,
München 1982, S. 39*

liert!), so veränderten sich die Verhältnisse in der Weimarer Republik auf 21:23 und weiter unter der NS-Diktatur auf 36:26.

Inhaltlich unterschieden sich die Dissertationsthemen der Ärztinnen kaum von denen der Ärzte des untersuchten Zeitraums. Auffällig ist jedoch der mit 18,6% dominante Anteil gynäkologischer Dissertationsthemen, gefolgt von Pathologie (10,2%), Chirurgie (9,6%), Zahn- (9,0%) und Kinderheilkunde (6,6%). Nur sehr selten hat man jedoch den Eindruck, daß die wohl in den meisten Fällen männlichen Betreuer der Arbeiten ihren Doktorandinnen mit dem Thema besondere ‚Härten‘ auferlegt hätten, sieht man einmal von Brigitte Ottos Arbeit „Über die hygienischen Verhältnisse der Abortanlagen in Gaststätten einer südwestdeutschen Universitätsstadt“⁷⁸ (1942), von Karola Eibels „Beiträge(n) zur Hygiene des Schlafzimmers und des Bettes“⁷⁹ (1933), von Susanna Hupfers Untersuchungen „Über Schwangerschaftsgelüste“⁸⁰ (1929) oder Meta Rheinboldts Studie zu „Kohabitationstermin und Geschlecht des Kindes“⁸¹ (1919) ab.

Häufig liegen die Ärztinnen mit ihren Dissertationsthemen hart an der jeweils aktuellen Forschungsfront ihres Fachgebietes, so etwa Toni von Langsdorf mit ihrer Untersuchung „Über das Verhalten der Erythrozytenzahlen und der Blutviskosität nach Bluttransfusionen“⁸² (1911) oder Ida

Goldmann mit ihrem „Beitrag zur Behandlung der Leukämie mit Röntgenstrahlen“⁸³ (1919) oder Leni Alberts durch ihre Untersuchung über die „Einwirkungen des Mescalins auf komplizierte psychische Vorgänge“⁸⁴ (1921). In der NS-Zeit ist keine auffällige Häufung ‚zeittypischer‘ Themen festzustellen, sieht man einmal von drei Arbeiten zur Sterilisationsgesetzgebung (1938⁸⁵, 1939⁸⁶, 1940⁸⁷) und zwei Untersuchungen zu Inzuchtfragen (1938⁸⁸, 1940⁸⁹) ab.

Der Einzug der ersten, „rite“ immatrikulierten Frauen vollzog sich auch in Heidelberg nach erheblichen Widerständen einzelner Fakultäten zunächst schleppend. Obwohl besonders die Medizinische Fakultät zunächst eine deutlich konservative Position eingenommen hatte, gehörte sie doch zu den Fakultäten, an denen Studentinnen in stetig wachsender Zahl nach 1900 ordentlich immatrikuliert und zunehmend auch promoviert wurden. Verglichen mit den übrigen Medizinischen Fakultäten der Universitäten des Kaiserreichs kam den Medizinischen Fakultäten in Freiburg und Heidelberg in dieser Hinsicht eine klare Vorreiterposition zu. Wissenschaftshistorisch fügt sich dies fraglos in die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus fortschrittliche und erfolgreiche Wissenschaftspolitik Südwestdeutschlands. Über die ersten Studentinnen und Promovendinnen der Ruperto Carola wissen wir insgesamt noch recht wenig; im Detail gilt dies in gleicher Weise für die Medizinische Fakultät während der ersten Jahrzehnte des Heidelberger Frauenmedizinstudiums. Prosopographische Studien, so schwierig sich solche hinsichtlich der schmalen Quellenbasis auch gestalten mögen, wären hier dringend erforderlich.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu jüngst Johanna Bleker (Hrsg.), *Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik. Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts*, Husum: Matthiesen 1998.
- 2 Vgl. Eva Brinkschulte, *Weibliche Ärzte – Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland*, hrsg. von Eva Brinkschulte, Berlin: Edition Hentrich 1993.
- 3 Vgl. etwa Gisela Horn (Hrsg.), *Die Töchter der Alma mater Jenensis: Neunzig Jahre Frauenstudium an der Universität von Jena*, Rudolstadt: Hain 1999; Ursula Martin, *Im Bewußtsein weiblicher Art leben und arbeiten: Frauenstudium und Jenaer Studentinnenverein bis 1918*, Jena: Städtische Museen 1997; Annette Kuhn (Hrsg.), *100 Jahre Frauenstudium. Frauen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*, Dortmund: Ed. Ebersbach 1996; Ursula Brechtken-Manderscheid, *Spurensuche – Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg von den Anfängen bis heute*, Würzburg: Schimmel 1995; Margot Fuchs, *Von der ersten Hörerin zur ersten Dozentin. Frauenstudium an der Technischen Hochschule München 1899–1941*, in: Technische Universität München, hrsg. v. Ulrich Wengenroth, München 1993, S. 173–213; Hadumod Bußmann (Hrsg.), *Stieftöchter der Alma Mater? 90 Jahre Frauenstudium in Bayern – am Beispiel der Univer-*

- sität München [Ausstellungskatalog], München 1993; Kirstin Boehlke, Frauenstudium an der Christian-Albrechts-Universität Kiel: Vor dem Hintergrund des Frauenstudiums in Deutschland. Eine Skizze, Kiel 1985; Irmgard Schlotfeldt-Schäfer, Das Frauenstudium in Kiel unter besonderer Berücksichtigung der Medizin, Diss. med. Kiel, Kiel 1981; Blumenthal, Annemarie, Diskussionen um das medizinische Frauenstudium in Berlin, Diss. med. Berlin, Berlin 1965; Nauck, E. Th., Das Frauenstudium an der Universität Freiburg i. Br. (= Beiträge zur Freiburger Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Heft 3), Freiburg i. Br. 1953.
- 4 Paul J. Möbius, Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes, Halle/S.: Marhold 1900.
 - 5 Max Funke, Sind Weiber Menschen? Mulieres homines non sunt. Studien und Darlegungen auf Grund wissenschaftlicher Quellen, Halle/S.: Marhold 1910. – Die Debatte ist interessant und weist bereits ins 17. und 18. Jahrhundert zurück. Vgl. Mulier bonus – Juristischer Beweis, daß die Weiber Menschen sind (1690) oder die Satire des Anonymus Placidus Placere, Die auf der berühmten Universität zu Hermafrodit zwischen zweyer Gelehrten ... Iurato de Weiberfeind ... und Mulierculo de Wiegenband ... gehaltene Dissertation über die Frage: Ob die Weiber Menschen sind?, o. O., 1750.
 - 6 Vgl. hierzu u. a. Karin Hausen, Warum Männer Frauen zur Wissenschaftlichkeit nicht zulassen wollen, in: Wie männlich ist die Wissenschaft? hrsg. von K. Hausen u. Helga Novotny, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1990, S. 31–40; Raymond Hollmann, Die Stellungnahme der Ärzte im Streit um das Medizinstudium der Frau bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Diss. med. Münster, Münster 1976.
 - 7 Vgl. hierzu die frühen Beiträge von Hans Krabusch, Die Vorgeschichte des Frauenstudiums an der Universität Heidelberg, in: Ruperto Carola 19(1956), 135–139; Hermann Weisert, Die Verfassung der Universität Heidelberg. Überblick 1386–1952 (=Abh. d. Heidelb. Akademie d. Wissensch., Phil.-hist. Klasse, 2/1974), Heidelberg 1974, S. 108–112.
 - 8 Vgl. hierzu jüngst Ulrike Englert, Medizinische Dissertationen von Frauen an der Universität Heidelberg im Zeitraum von 1906 bis 1945, Diss. med. (Masch.-Man.), Heidelberg 1999.
 - 9 In: Medicinische Reform 7(1899), Nr. 16 v. 22. April 1899.
 - 10 Nauck, E. Th., Das Frauenstudium an der Universität Freiburg i. Br. (= Beiträge zur Freiburger Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Heft 3), Freiburg i. Br. 1953, S. 15.
 - 11 Krabusch, Vorgeschichte (1956), S. 135.
 - 12 Weisert, Verfassung (1974), S. 109.
 - 13 Krabusch, Vorgeschichte (1956), S. 136.
 - 14 Universitätsarchiv Heidelberg [im folgenden UAH], A-701/5 (Zulassungen als Hörerinnen 1871–1900)[gesamter Vorgang]
 - 15 Krabusch, Vorgeschichte (1956), S. 136.
 - 16 [Diss. Frohnstein]
 - 17 Weisert, Verfassung (1974), S. 109.
 - 18 Ebenda. – UAH, Generalakten der Nat.-Math. Fakultät Nr. 37a, 39.
 - 19 B. Windscheid (*1817) lehrte 1871–1874 als Nachfolger Carl Adolph von Vangerows Römisches Recht in Heidelberg und folgte 1874 einem Ruf nach Leipzig, wo er 1892 verstarb. Vgl. Dagmar Drüll, Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932, Heidelberg 1986 [im folgenden zit. Drüll], S. 301.
 - 20 Windscheid, Katharina, Die englische Hirtendichtung von 1579–1625, Diss. phil., Univ. Heidelberg 1895, 66 S.; die Drucklegung einer erweiterten Version der Dissertation erfolgte noch im gleichen Jahr mit dem gleichen Titel bei Neimeyer in Halle.

- 21 Vgl. Eike Wolgast, *Die Universität Heidelberg 1386–1986*, Berlin, Heidelberg 1986, S. 116.
- 22 Dort war am 20. Mai 1897 das Gesuch der Züricher Medizinstudentin Maria Gleiß aus Hamburg, die auf ein in Kreuznach erworbenes Reifezeugnis verweisen konnte, ebenso abgewiesen worden wie die Immatrikulationsanfrage Elli Meyers vom 21. September 1898. – Vgl. Nauck, *Frauenstudium* (1953), S. 19.
- 23 Nauck, *Frauenstudium* (1953), S. 17–18.
- 24 *Straßburger Post*, Nr. 35 (14.1.1900).
- 25 UAH, A-701/5. – Universitätsarchiv Freiburg [im folgenden UAF], Registraturarchiv der Univ. Freiburg [im folgenden RA], XIV/2, 11.
- 26 UAH, A-701/5 c –Universitätsarchiv Freiburg [im folgenden UAF], Registraturarchiv der Univ. Freiburg [im folgenden RA], XIV/2, 11.
- 27 UAH, A-701/5; UAF, Akten der Medizinischen Fakultät der Univ. Freiburg.
- 28 UAH, A-701/5; Engerer Senat an Ministerium, 15. Januar 1900.
- 29 UAH, A-701/5; Med. Fak. an Engeren Senat, 22.1.1900.
- 30 UAF, RA, XIV/2, 11.
- 31 Auszüge aus den Fakultätsakten, p. 17. – Institut für Geschichte der Medizin, Heidelberg.
- 32 Weisert, *Verfassung* (1974), S. 109.
- 33 Elisabeth Föllinger, Maria Wilhelmine Gleiß, Käthe Kehr und Margaretha Breymann. – Vgl. Nauck, *Frauenstudium* (1953), S. 22.
- 34 Vgl. zur Biographie besonders die 1940 in Palästina und damit sehr ereignisnah niedergeschriebene Autobiographie von Rahel Straus-Goitein: *Rahel Straus, Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933* (= Veröffentlichung des Leo-Baeck-Instituts), hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Max Kreuzberger, Stuttgart 1961; im folgenden wird die 3. Aufl., Stuttgart 1962 zit.; Meike Baader, *Nie sicher vor Fremdheit. Rahel Straus – erste Medizinstudentin in Heidelberg*, in: N. Giovannini, J.-H. Bauer, H.-M. Mumm (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Heidelberg. Studien zu einer unterbrochenen Geschichte*, Heidelberg 1992, S. 221–231.
- 35 Goitein war Anhänger der jüdischen Orthodoxie unter dem Einfluß des Frankfurter Rabbiners Dr. Samson Rafael Hirsch.
- 36 Vgl. Zee W. Falk, *Jüdisches Lernen und die Wissenschaft des Judentums*, in: *Judentum im deutschen Sprachraum*. hrsg. v. Karl E. Götzinger, Frankfurt 1991.
- 37 Straus, *Wir lebten* (1962), S. 68.
- 38 Drüll, S. 133–134.
- 39 Ebd., S. 80.
- 40 Straus, *Wir lebten* (1962), S. 88.
- 41 Drüll, S. 69.
- 42 Ebd., S. 268.
- 43 Thodes Frau, Daniela von Bülow, war eine Stieftochter Wagners. Zusammen mit ihrem Mann bildete sie in Heidelberg den Kern eines Kreises enthusiastischer Wagnerianer, den sog. „Thode-Kreis“.
- 44 UAH, *Studentenakten* [im folgenden StudA], Nr. 1557 (Studien- und Sittenzeugnis).
- 45 Straus, *Wir lebten* (1962), S. 91–92.
- 46 Drüll, S. 76–77.
- 47 Straus, *Wir lebten* (1962), S. 90.

- 48 UAH, StudA, Nr. 1557.
- 49 Straus, Wir lebten (1962), S. 109.
- 50 Drüll, S. 62.
- 51 Straus, Wir lebten (1962), S. 109.
- 52 Drüll, S. 43.
- 53 Ebd., S. 5.
- 54 Ebd., S. 225.
- 55 Straus, Wir lebten (1962), S. 93.
- 56 Ebd., S. 96.
- 57 Ebd., S. 94.
- 58 Seit Sommersemester 1906. Vgl. Weisert, Verfassung (1974), S. 111.
- 59 Straus, Wir lebten (1962), S. 96.
- 60 Straus-Goitein, Rahel, Ein Fall von Chorionepitheliom, Diss. med. München, München: B. Heller 1907, (33 S.).
- 61 Vgl. u.a. Brinkschulte, Eva u. Beate Vogt, Ausgewählte Biographien der Berliner Dokumentation: Ärztinnen 1876–1914, in: Weibliche Ärzte – Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland, hrsg. von Eva Brinkschulte, Berlin 1993, S. 169–187, hier S. 182–183.
- 62 Wertvolle Hinweise verdanke ich Herrn Prof. em. Dr. ing. Yehuda Klausner, Israel. – Zur Genealogie der Familie Klausner vgl. Heppner, Aaron u. J. Herzberg, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jüdischen Gemeinden in den Posener Landen – Nach gedr. u. ungedr. Quellen, Koschmin (Selbstverlag) 1919, S. 339–357, 376–378, 528–534. – Irma Klausners Großvater Isachar Beril Bernhard Klausner (1808–1889) war der vierte Sohn des Seeb Wolf Klausner (1761–1861), Rabbiner und Begründer einer „Yeshiva“ in Exin/Posen. Irma Klausners jüngere Schwester Gertrud wurde am 23. November 1907 zur Dr. phil. promoviert (Klausner, Gertrud, Die Drei Diamanten des Lope de Vega und die Magelonen-Sage, Diss. phil. Univ. Berlin, Dessau: Buchdr. Gutenberg 1907, (178 S.).
- 63 UAH, Studentenakten, Nr. 1529 (Studien- und Sittenzeugnis).
- 64 Klausner, Irma, Ein Beitrag zur Aetiologie der multiplen Sklerose, Diss. med. Halle, Berlin 1901, 32. S. (Erstdruck in: Arch. f. Psych. u. Nervenkrankh., Bd 34).
- 65 Vgl. Brinkschulte, Eva u. Beate Vogt, Ausgewählte Biographien der Berliner Dokumentation: Ärztinnen 1876–1914, in: Weibliche Ärzte – Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland, hrsg. von Eva Brinkschulte, Berlin 1993, S. 169–187, hier S. 177–178; F. L., Schicksal einer Ärztin – Dr. Irma Klausner-Cronheim in New York gestorben, in: Der Tagesspiegel, Sonntag, 24. 5. 1959; Dr. Irma-Cronheim, a retired physician, in: The New York Times, 26. April 1959 (Dokumentation „Ärztinnen im Kaiserreich“ am Institut für Geschichte der Medizin der FU Berlin).
- 66 UAH, Studentenakten (Studien- und Sittenzeugnis).
- 67 Leyen, Else von der, Über Plasmazellen in pathologisch veränderten Geweben, Diss. med., Univ. Halle (Saale) 1901, 33 S.
- 68 Brinkschulte/Vogt, Ausgewählte Biographien (1993), S. 181.
- 69 Vgl. Schicksal einer Ärztin, in: Der Tagesspiegel, Sonntag, 24. 5. 1959 (Dokumentation „Ärztinnen im Kaiserreich“ am Institut für Geschichte der Medizin der FU Berlin).
- 70 Wolgast, S. 116–117.
- 71 Diss. med. Heidelberg 1906 (Promotionsdatum: 26.2.1906)
- 72 Vgl. die der Dissertation beigegebene Autobiographie sowie Englert, Medizinische Dissertationen (1999), S. 110.

- 73 Diss. med. Heidelberg 1907.
- 74 Diss. med. Heidelberg 1909.
- 75 Brinkschulte/Vogt, *Ausgewählte Biographien* (1993), S. 178–179.
- 76 Vgl. zur Biographie die ihrer Dissertation beigegebenen autobiographischen Notizen sowie Englert, *Medizinische Dissertationen* (1999), S. 110.
- 77 Ulrike Englert, *Medizinische Dissertationen* (1999).
- 78 Diss. med. Heidelberg, 19.2.1942.
- 79 Diss. med. Heidelberg, 9.2.1933.
- 80 Diss. med. Heidelberg, 29.4.1929.
- 81 Diss. med. Heidelberg 1919.
- 82 Diss. med. Heidelberg, 16.9.1011.
- 83 Diss. med. Heidelberg, 9.8.1919.
- 84 Diss. med. Heidelberg 1921.
- 85 Margarete Barniske, *Die Sterilisierungsgesetze der Kulturländer (eine vergleichende Studie)*, Diss. med. Heidelberg, 26.2.1938.
- 86 Frieda Koch, *Erfahrungen mit Schwangerschaftsunterbrechungen, die aus medizinischer Indikation nach dem Gesetz vom 14. Juli 1933 vorgenommen wurden*, Diss. med. Heidelberg, 4.10.1939.
- 87 Elisabeth Hoffmann, *Körperliches Befinden und Einstellung von Frauen, die nach dem Erbgesundheitsrecht sterilisiert wurden*, Diss. med. Heidelberg, 11.2.1940.
- 88 Herta Kraft, *Ausschnitt aus einem Stammbaum. Ein Beitrag zur Inzuchtfrage*, Diss. med. Heidelberg, 9.12.1938.
- 89 Gerda Haungs, *Genealogische Untersuchungen in einem Inzuchtsgebiet*, Diss. med. Heidelberg, 24.3.1940.

Jo-Hannes Bauer

„Es wird zu leicht zur Sucht...“
Kino und Zensur in Heidelberg in den zwanziger Jahren

„Seit die Filmzensur in Fortfall gekommen ist, wetteifern die großen Filmgesellschaften darin, dem Publikum den gewohnten Kinokitsch mit derjenigen Würze anzurühren, die vorher im Polizeipräsidium sorgfältig aus dem Kochtopf entfernt wurde, bevor die Öffentlichkeit davon essen durfte: und diese Würze ist die Sexualität“ (Kurt Tucholsky in der Berliner Volkszeitung vom 7. Mai 1919)

Tucholsky bringt hier auf den Punkt, was auch in Heidelberg die Kino-Öffentlichkeit während der zwanziger Jahre bis zur Machtübernahme der Nazis beschäftigen sollte: Die vermeintliche Notwendigkeit einer Kontrolle darüber, was im Kino zur Aufführung kam und über die, vor denen es zur Aufführung kommen sollte.

In Preußen gab es eine polizeiliche Zensur seit 1912, auch in Hamburg, München und Stuttgart gab es vor und während des Krieges Zensurstellen. Erst mit dem Beschluß des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wurde die Kino-Zensur im Deutschen Reich – vorübergehend, und auch nur für das allgemeine, erwachsene Publikum – aufgehoben. Am Jugendverbot arbeitete die Zensurbehörde fleißig weiter. Erst im Mai 1920 wurde die Polizeizensur durch eine zentrale Reichsfilmzensur abgelöst. Auch in Baden gab es eine polizeiliche Zensur. Sie wurde allerdings nur sporadisch ausgeübt.

Am Ende des Ersten Weltkrieges stellte sich die Kinosituation in Heidelberg in etwa wie folgt dar: Es gab fünf Kinos, die in den Jahren 1914–18 z. T. mehrmals den Besitzer („Eden“, bzw. „Union“-Theater) wechselten, aber kontinuierlich spielten („Metropol“ und „Odeon“, Inh. Fr. Schulten; „Kammer“, vorm. Zindler, jetzt Gebr. Bayer, „Neues Theater“, Inh. Max Drukker).

Erst im Jahr 1927 kam, nach einem Kino-Projekt der Fa. Schrieder in der Bahnhofstraße, der Neubau des „Capitol“-Kino in der Bergheimer Straße 59–61 (Inh. Ernö Reich-Romhanyi) hinzu. Mit 1.200 Sitzplätzen, mehreren Rängen und Logen, zwei Orgeln und einem kompletten Orchester sollte es das prachtvollste Großstadt-Kino in Heidelberg werden. Seine wechsel-

volle Geschichte wäre einen eigenen Beitrag wert, es soll daher hier nicht näher darauf eingegangen werden.¹

Der Krieg endete bekanntlich mit dem Waffenstillstand von Compiègne am 9. November 1918. Es folgten die Revolutionswirren, drei Jahre der Friedensverhandlungen und inneren Unruhen bis zum Vertragsschluß in Versailles, worauf sich mit der Besetzung des Rheinlandes und der Inflation erneut eine Phase der innenpolitischen Krisen anschloß. Revolutionsangst und der Verlust der Orientierung auf den Kaiser waren Ausdruck einer tiefen Verunsicherung, die nicht nur den Verlust gemeinsamer Normen, sondern auch der grundlegenden Werte zu beklagen hatte. Die Zensurdebatte gibt am Beispiel des Films seismographisch diese Auseinandersetzung wieder. Was darf das Kino? Inwieweit leistet es der Sittenverderbnis Vorschub? Was verlangt das Publikum?

Die Aufhebung der Zensur hatte v.a. zwei unmittelbare Folgen: einerseits kam eine große Anzahl „auf Halde“ produzierter Filme in die Kinos, die vorher – aus welchen Gründen auch immer – nicht gezeigt werden durften, zum anderen nutzten die Produktionsgesellschaften die neue Freiheit, um – z.T. unter dem Vorwand der „Aufklärung“ und der „Abschreckung“ – die Gefahren der Großstadt (Prostitution, Kriminalität, Homosexualität, Geschlechtskrankheiten, Ehebruch usw.) plastisch und in aller Drastik darzustellen. Schon die Filmtitel jener Zeit sprechen Bände („Das Tagebuch einer Verlorenen“, „Prostitution / Im Sumpfe der Großstadt“, „Anders als die anderen“, 1919/20, Regie: jeweils Richard Oswald).

Eine weitere Auswirkung war die nachhaltige Verunsicherung des Publikums über die Frage, ob denn im Kino nun alles erlaubt sei. Die schon vor dem Krieg aktive deutsch-nationale „Kinoreform-Bewegung“ formierte sich neu als Bewegung zur Wiedereinführung der Zensur und konnte sich dabei auf eine breite Stimmung im Volk stützen, die ihre Ängste vor der kommenden Veränderung („Umwertung aller Werte“) und vor einer drohenden Revolution mit ihrer Agitation gegen das Kino kanalisieren konnte. In Süddeutschland – und hier besonders in Bayern und Baden – waren es v.a. katholisch-klerikale Kreise, die laut nach einer Wiedereinführung der Zensur riefen.

Kommunalisierung der Kinos

Im Sommer 1919 wurde im badischen Landtag eine von einem Dr. Schofer unterzeichnete Interpellation eingebracht. Sie wurde von Frau Klara Siebert (Zentrum) verlesen. Darin wurde im Wesentlichen die Wiedereinführung der Zensur gefordert. Verbunden war damit die Vorstellung, die

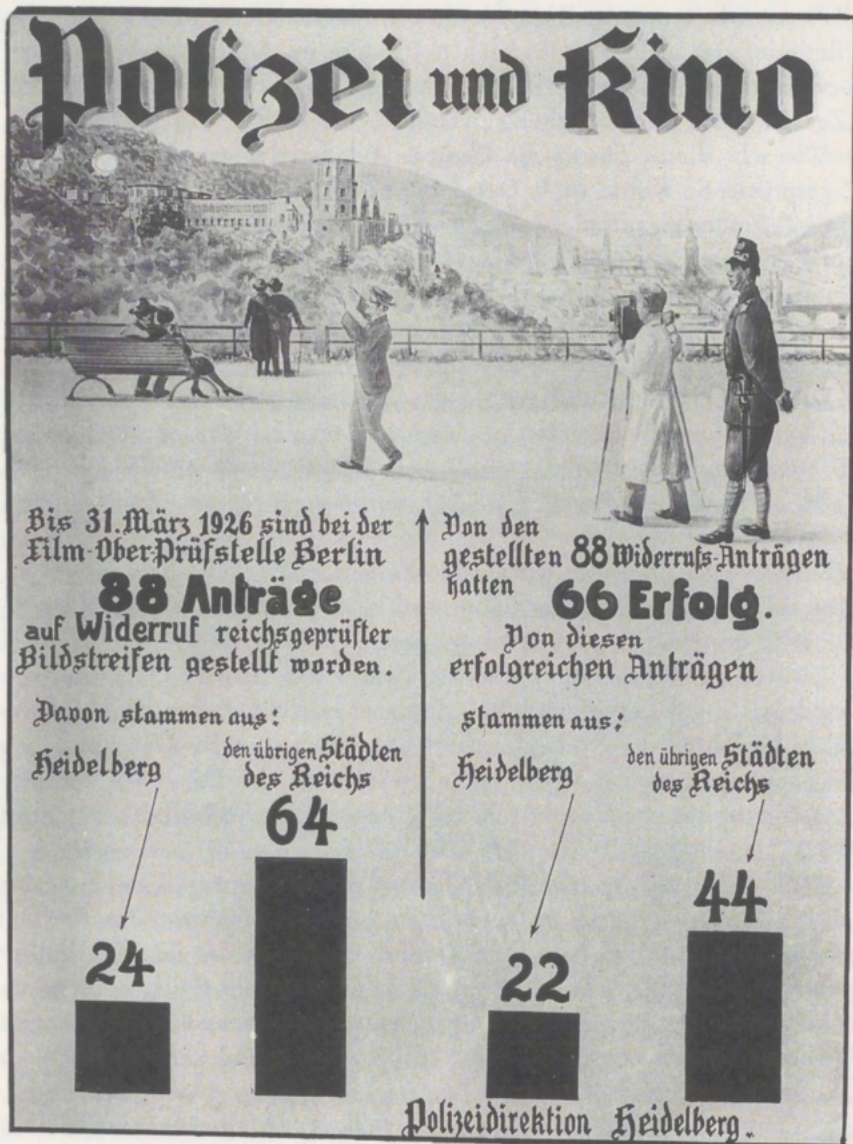


Abb. 1. Kino und Zensur (Stadtarchiv Heidelberg)

Kommunen sollten die Kinos in eigene Regie übernehmen und das Programm durch einen Aufsichtsrat bestimmen lassen. Die Sozialdemokraten (Abg. Krauß) gingen sogar noch einen Schritt weiter und forderten die Verstaatlichung der gesamten Filmindustrie. Da jedoch sowohl das eine

(Kommunalisierung der Kinos²) wie auch das andere (Verstaatlichung der Filmindustrie) nicht vom badischen Landtag im Alleingang beschlossen werden konnte, wurde die Reichsregierung aufgefordert, sich zum Thema „Zensur“, bzw. Verstaatlichung zu äußern.

Wie sehr dieses Thema die Gemüter bewegte, zeigen die Artikel der Tagespresse. So wurde am 9. Dezember in Heidelberg eine Versammlung von 48 Frauenorganisationen („Zur Kino-Reform“) abgehalten, die sich, unter Führung der (evang.) Frau Dekan Odenwald, ganz im Sinne der Interpellation äußerten. Auch eine Versammlung der männlichen katholischen Jugend am 15. Dezember protestierte gegen die Auswüchse der von der Zensur befreiten Kino-Aufführungen. Differenziert setzte sich am 4. Dezember („Zur Aufklärung“) der Heidelberger Kinobesitzer Bayer („Kammer“) mit der Situation auseinander. Zum einen stellte er fest, daß die „Schmutz- und Schundfilms“ eine Zeiterscheinung gewesen seien, die noch dazu an Heidelberg im wesentlichen vorbeigegangen sei. Zum anderen weist er darauf hin, daß in der Filmproduktion mehrere Milliarden Mark gebunden seien. Welcher Staat, welches Parlament wolle bzw. könne in diesem Umfang Geld zur Verfügung stellen, sei es, um die bisherigen Eigentümer zu entschädigen, sei es, um selbst zu produzieren?

Da war die Wiedereinführung der Zensur das kleinere Übel. Und sie wurde ja z.T. von der Filmindustrie durchaus begrüßt, da durch ein einheitliches Verfahren die Rechtsunsicherheit beseitigt wurde. Daß ein neues Zensurgesetz kommen würde, war allen Insidern klar. Die Frage war nur: „Genügt die kommende Filmzensur?“ (Mannheimer Volksblatt v. 9. Januar 1920)

Auch in Heidelberg machte sich jemand dazu Gedanken. Der Leiter des am 1. Dezember 1919 geschaffenen Jugend- und Wohlfahrtsamtes, Rechtsrat Dr. K. F. Ammann³, hatte bereits im Juli 1914 gegen das „Kino als Volksgefahr“ Stellung bezogen. Mit Hinweis auf Dr. Brunner, Beisitzer im preußischen Zensurausschuß, stellte er eine verrohende und entsittlichende Wirkung des Kinematographen fest. Insbesondere wandte er sich gegen die „Aufhetzung zum Hass der verschiedenen Bevölkerungsteile“, will sagen, gegen eine satirische oder ironische Darstellung einzelner Stände (Militär, Geistlichkeit, Beamten), insbesondere aber gegen eine Darstellung von Klassenauseinandersetzungen (Verhältnis Arbeiter-Kapitalist) im Film.

Im Winter 1919/20 sah auch er die Zeit für den „Kampf gegen den Kinoshmutz“ gekommen. Allerdings konnte er dies nicht aus eigener Machtvollkommenheit tun, stellte die Kinoaufsicht doch nur einen – relativ untergeordneten – Aspekt seiner Amtstätigkeit dar. Zuständig war allemal das Bezirksamt als oberste Polizeibehörde. Es muß für ihn jedoch eine Sternstunde gewesen sein, als er von Oberamtmann Müller (Bezirksamt) auf-

gefordert wurde, eine Besprechung zur „Regelung der Kinozensur“ in Heidelberg anzuberaumen.

Konstituierung des Censurrates

Diese erste Sitzung des provisorischen „Censurrates“ – einer Einrichtung, die für mehr als zehn Jahre Bestand haben sollte – fand am 15. Januar 1920 („vormittags 11^{1/2} Uhr“) statt. Anwesend waren die späteren Ausschuß-Mitglieder der Geh. Hofrat Rohrhurst (Rektor der Volksschule), Rechtsanwalt Dr. Kaufmann, Dr. Stahl, Frau Dekan Odenwald, Frau Geh. Rat. Jellinek, Frau Hofrat Lossen, Fräulein Neumeier. Ein handschriftlicher Vermerk Ammanns protokolliert, die Sitzung habe stattgefunden, beschlossen sei die Gründung eines „Censurbeirates“ für das Bezirksamt, dieser solle in Verhandlungen mit den Kinobesitzern wegen der Einführung einer Vorzensur treten.

Vierzehn Tage später fand dann die zweite Besprechung wegen der endgültigen Zusammensetzung des Gremiums statt. Vorausgegangen war die Einwilligung der örtlichen Kinobesitzer, sich freiwillig einer Zensur zu unterwerfen. „Die Censur soll in der Weise ausgeübt werden, dass die Filme von einem beamteten Censor, als welcher Oberlehrer Herrigel vorgeschlagen wird und jeweils zwei Mitgliedern des Censurrates, die wochenweise wechseln, besucht werden. Die Richtlinien legt der gesamte Censurrat fest.“ (Protokoll v. 29.1.20)

Ammann war prädestiniert für diese Aufgabe. Seine grundsätzlichen Auffassungen legte er in einem Artikel im „Tageblatt“ vom 16.1.1920 dar („Gesetzentwurf über die Kinozensur“). Er wiederholte darin die alten, von Brunner bereits 1914 geäußerten Argumente. Insbesondere wendete er sich nun gegen „sozial verhetzende Films“. Seine Grundauffassung vom Kino war jedoch neutral. Ja, er konnte ihm sogar positive Seiten abgewinnen (Beispiel: Wegeners „Rübezahls Hochzeit“).

„Es liegt in der Natur des Lichtspiels begründet, daß es nur leidenschaftliche und dramatische Vorgänge darstellen kann... Möge das neue Zensurgesetz dazu beitragen, daß unsere Jugend, das Kostbarste, was wir in die neue Zeit hinübergerettet haben, vor geistiger und sittlicher Gefährdung bewahrt bleibt. ... Das Kino ist eine Kulturmacht 1. Ranges. ... Keine Veranstaltung, welche so suggestiv, so vielseitig, so billig und daher dem Massenbesuch so zugänglich ist, wie das Kino!“ („Der Gesetzentwurf über die Kinozensur“, HT v. 16. Januar 1920)

Das „Reichslichtspielgesetz“ vom 12. Mai 1920 (im Kommentar von Dr. Seeger) bestimmte: „Die Zulassung eines Bildstreifens erfolgt auf Antrag.

Sie ist zu versagen, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das religiöse Empfinden zu verletzen, verrohend oder entsittlichend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden.“

Kindern unter sechs Jahren war der Zutritt generell verboten, Jugendliche bis 18 Jahren durften nur als solche gekennzeichnete „Jugendvorstellungen“ besuchen, um 22 Uhr hatte das Kino zu schließen.

Aller Anfang ist schwer: 1920–23

Der Ausschuß arbeitete nach einer strengen Systematik. Bei fünf Kinos und zweimaligem Programmwechsel waren also zehn Mitglieder pro Woche vonnöten. Zwei hatten Pause, bzw. standen als Vertretung zur Verfügung. Schwierigkeiten machte das „Neue Theater“, da es nicht, wie üblich mittwochs und samstags, sondern dienstags und freitags das Programm wechselte. Außerdem wurde der Besuch dieses Theaters – wohl wegen der hygienischen Verhältnisse – für die Frauen als Zumutung empfunden.

Daß Ammann durchaus realistische Auffassungen von den Grenzen der Zensur hatte, zeigt seine Antwort auf ein „Eingesandt“ im April 1920. Eine deutsch-nationale Jugendgruppe hatte anonyme Plakate gegen den Film „Kreuziget sie!“ geklebt. Er verletze das religiöse Gefühl. Ammann wies dies als „irrigte Vorstellungen“ zurück. Die hier praktizierte Zensur sei eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Polizei und den örtlichen Kinobesitzern. Die Filme seien bereits in Berlin und auch im württembergischen Landespolizeiamt geprüft worden. „Geschmacklosigkeiten kann die Zensurbehörde nicht verbieten.“ Allerdings mache der Ausschuß gute Arbeit, es seien schon mehrere Filme durch Vorzensur verboten worden.

Auch in seinen Methoden war Ammann modern. Er setzte auf Öffentlichkeitsarbeit und auf einen guten Kontakt zur Presse. Ein Bündnispartner war ihm hier der katholische „Pfälzer Bote“ und sein Redakteur Höfler, der gleichfalls dem Kino sehr kritisch gegenüberstand und immer wieder Stellungnahmen Ammanns oder anderer Mitglieder der Kommission abdruckte.

Bei der Arbeit des Zensurrates handelte es sich denn auch eher um eine „Kino-Zensur“ als um eine Zensur der Filme. Das heißt, der Ausschuß mußte prüfen, ob Zensurkarten vorlagen, ob die Titel und die Texte der Zwischentitel mit den Angaben auf den Zensurkarten überein-

stimmten, ob die Bestimmungen zum Jugendschutz eingehalten wurden. In besonderen Fällen konnte – auf Veranlassung des badischen Innenministeriums als oberster Landesbehörde – ein Ausschuß in Berlin angerufen werden, wo über einen Widerruf oder über ein Jugendverbot verhandelt wurde.

Hinzu kamen feuerpolizeiliche und baurechtliche Einwände (Überfüllung, Feuersicherheit der Projektoren, baulicher und hygienischer Zustand der Kinos) und ab 1923, als die Arbeit der Ortsausschüsse durch die Novellierung des „Lichtspielgesetzes“ auf eine allgemeine Grundlage gestellt wurde, die Überwachung der Feiertagsruhe bzw. der „weltlichen Feier der Sonn- und Festtage“. Dabei handelte es sich v.a. um Ostern, um den Buß- und Betttag sowie um den „Heldengedenktag“ und, ab 1936, um den „Tag der Gefallenen der Bewegung“ (9. November).

Wie sah die Arbeit des Ausschusses konkret aus?

Die Einhaltung der Feiertagsruhe war natürlich – ähnlich wie die Zensur der Werbeausstände – ein ständiger Anlaß zur Abmahnung und zu Quereilen. War es doch kaum objektiv festzustellen, ob etwa eine Komödie am Ostersonntag christliche Gefühle verletzen oder ob das Bild einer leicht geschürzten jungen Frau die Phantasie junger Männer erregen könnte. Hier hatte die Zensur einen breiten Ermessens-Spielraum, der auch, wie die Akten zeigen, waidlich genutzt wurde.

Eher umgekehrt verhielt es sich bei der Überprüfung der Altersgrenze. Das Gesetz besagte eindeutig: Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Besuch verboten. Außer in besonderen Jugendvorstellungen, die jedoch von den Ortsausschüssen zugelassen sein mußten. Was also tun, wenn der Zensor feststellte, daß sich Jugendliche im Kino aufhielten?

Nun, Polizeibefugnisse hatte das Ausschußmitglied nicht. Es konnte also nicht sofort zur Tat schreiten und den/die Jugendlichen nach seinem/ihrer Alter befragen. Es blieb nichts weiter übrig, als zur nächsten Wache zu gehen und mit einem Wachtmeister zurückzukehren. Oder am nächsten Tag gleich mit einem Polizisten nochmal zu kommen. Hier hatten die Kinobesitzer relativ freie Hand, konnten sie sich doch meist darauf berufen, daß sie ihr Publikum auf die Altersgrenze hingewiesen hätten und an der Kasse in zweifelhaften Fällen auch nachgefragt hätten. Die fehlende Überprüfbarkeit des Alters (etwa durch einen gesetzlich verordneten Ausweis für Minderjährige mit Lichtbild) blieb denn auch für Ammann einer der Pferdefüße der Lichtspielgesetzgebung, die ihm diese Tätigkeit zu einer wahren Sisyphus-Arbeit werden ließen.

Wie lax die Kinobesitzer mit dieser Bestimmung umzugehen pflegten, zeigt ein Beispiel aus Feudenheim, Kreis Mannheim, aus dem Inflationsjahr 1922, wo der örtliche Kinobesitzer Philip Baßler am Sonntag nachmittag in der Jugendvorstellung dieselben Filme zeigte wie am Abend. Näherte sich ein Polizist, wurde schnell das zugelassene „Jugendprogramm“ – nicht ohne lautstarken Protest („Schund!“) der empörten jugendlichen Zuschauer – abgespult. Nach einem spektakulären Prozeß wurde Baßler – sehr zur Befriedigung der konservativen katholischen Presse – zu einer empfindlichen Geldstrafe (30.000 Papiermark⁴) und vier Wochen Schließung seines Kinos verurteilt.

Die effektive Handlungsmacht des Gremiums war also gar nicht so groß, wie man glauben könnte. Ammann war sich darüber im Klaren, daß das Gesetz jede Menge Lücken und Schlupflöcher offen ließ – „kenne kein unsinnigeres und widersprüchlicheres Gesetz als dieses“ – dennoch hielt er an dem Zensurgedanken fest und versuchte systematisch, Handlungsräume zu öffnen und zu erhalten, um den Wortlaut des Gesetzes mit Leben zu erfüllen. „Ohne die Arbeit der örtlichen Zensurbehörden ist dieses Gesetz nichts als ein Fetzen nutzloses Papier.“

Ein gutes Bild der realen Situation gibt der Bericht über den ersten Kino-Besuch Ammanns in seiner neuen Funktion wieder. Es handelte sich um den Harri Peel-Film „Über den Wolken“ in Drukkers „Neuem Theater“ im April 1920: Das Kino war überfüllt, die Notausgänge waren nicht frei, der für Ammann eigens aufgestellte Stuhl hatte ein schadhaftes Polster und zu allem Überfluß tropfte Wasser von der Decke. Auch der Film erregte Ammanns Argwohn, er verlangte, daß ein paar kurze Prügelszenen herausgeschnitten werden sollten.⁵

Das Filmerlebnis interessierte Ammann also nur am Rande, er nahm eher am allgemeinen Zustand des Kinos und an der Skrupellosigkeit (Sicherheitsmängel) des Besitzers Anstoß. Das „Neue Theater“ und sein Besitzer Drukker sollten sich denn auch als das „Sorgenkind“ des Ausschusses erweisen. Fast jede zweite Abmahnung – sei es wegen der ausgehängten Werbung, sei es wegen des laufenden Programms – ging an Drukker.

Ein Schutzwall gegen kulturfeindliche Verstöße

Gerade in der Anfangszeit wurde jedoch auch betont inhaltlich über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Zensur nachgedacht. Es liegen ausführliche Bericht über Kinobesuche vor, besonders von Camilla Jellinek⁶ und Dr. Ammann, die auch inhaltlich zu den Filmen Stellung beziehen.

Beispiele hierfür sind u.a. der bereits erwähnte Film „Kreuziget sie!“ sowie die Filme „Lilli“ und „Vampyre von Newyork“.

In einem Beleidigungsprozeß zwischen dem Kinobesitzer Drukker und Redakteur Höfler im Jahr 1925 wird auf diese frühen Widerspruchsverfahren ausdrücklich Bezug genommen:

„Da das Herausschneiden der Verführungsszenen dem Film jeden Inhalt nimmt, so kommt nur ein vollständiges Verbot des Films in Frage. Ich halte es für unvereinbar mit meiner Pflicht als Mitglied der Kinokommission, gegen diesen Filmschund nicht Einspruch zu erheben, der die Frauenwürde mit Füßen tritt. Das Kichern und Schmatzen im Zuschauerraum bewies deutlich, daß die Bilder so aufgefaßt wurden, wie sie von der Ursprungsfirma gemeint sind.“ (Ammann über „Lilli“ (November 1920), Prozeßakten v. 21. Febr. 25)

Zum Film „Die Vampyre von Newyork“ schrieb C. Jellinek: „Der Film besteht vielmehr nur aus einer Folge von Schrecken und Entsetzen erregenden Szenen. So wird nicht gespart, um den Beschauer nach dieser Richtung hin fortwährend in Atem zu halten ... Handgemenge rohester Art füllen die Pausen der Schrecknisse aus ...

Auf eine abfällige Äußerung von uns über den Film meinte der Kinobesitzer: „Das ist aber gerade, was das Publikum will. Sie sehen doch, welchen Erfolg der Film bei ihm hat. Von seinem Standpunkt aus hat der Besitzer wirklich recht, das Theater war gesteckt voll, wie man es selten sieht, und die Leute kargten nicht mit Beifall.“

Jellineks Schlußfolgerung daraus: „Das ist aber für uns gerade das Motiv für unseren Antrag auf Widerruf. Das große Publikum hat noch nicht in seinem Empfinden einen Schutzwall gegen derartige grobe kulturfeindliche Verstöße. Und wem das Schicksal des Volkes, seine Erziehung, seine Entwicklung zum Besseren am Herzen liegt, kann es nicht bei einem grausamen „Laissez faire“ bewenden lassen, darf nicht dulden, daß der Geschmack und die Moral des Volkes durch sinnliche Roheiten und Scheußlichkeiten in Grund und Boden verdorben werde.“

Das Kino als Bildungsstätte

Zielsetzung der Zensoren war dabei jeweils, eine Abqualifizierung als „Schund“ durch eine Interpretation von Einzelszenen und Zwischentiteln zu untermauern. So mußten abstrakte Kriterien wie „verrohend“ und „entsittlichend“ herhalten, um Zweikampfszenen, Schießereien oder provozierende Tänze (z.B. „Apachentanz“ und später Josephine Baker) und laszive Darstellungen (wie im „Blauen Engel“) zu zensieren. Gerade von Camilla

Jellinek wird meist auch die Minderwertigkeit der Sujets („Unsinnigkeit der Handlung“) beklagt. Daß sie mit ihrem Stilgefühl nicht immer richtig lag, zeigen allerdings negative Rezensionen von Filmen wie „Frankenstein“ und „King Kong“, die heute ja zu den unbestrittenen Klassikern des Genres gehören.

Es war schon ein Erfolg, wenn Ammann, wie im obigen Beispiel, mit dem Kinobesitzer die Entfernung einer Szene oder kurzer Sequenzen aushandeln konnte. Die Regel war es nicht, zumal sich in 99 Prozent aller Fälle wohl keine Beanstandungen ergaben. Dennoch blieb die Vernichtung der beanstandeten Stellen eine weitere zentrale Forderung Ammanns, da selbst nach erfolgter Zensur die beanstandeten Kopien weiterhin in Umlauf gebracht werden konnten.

Im Gegensatz zu Drukker zeigten die beiden „seriösen“ Kinobesitzer Heidelbergs, Bayer und Schulten, Bereitschaft zum Arrangement und zu einer gedeihlichen, also für beide Seiten angenehmen Zusammenarbeit. Bayer lud den Ausschuß mehrmals zu Jugendvorstellungen und zu einer Vorab-Zensur seiner Filme ein und wurde in den folgenden Jahren initiativ, als es darum ging, eine „Kulturfilmbühne“ zu gründen.

Überhaupt war die Forderung nach einer „Zensur“ ja nicht nur als restriktive, politisch reaktionäre Maßnahme zu verstehen. Das Kino sollte kultiviert, veredelt werden, oder gar – wie in dem Pamphlet des Expressionisten Carlo Mierendorff „Hätte ich das Kino!“ – der Revolution dienen.

„Die wahre Revolution beginnt jenseits der Klassenkämpfe. Wo bleibt sie? Kann man, so schief sehend, das Kino als kulturelles Instrument unterschätzen? Man lasse es den ansetzen, der den Willen dazu hat. ... Aus dem Kino werde eine gewaltige Waffe der Idee ... Zehntausend Films gegen den Kapitalismus, die angesehen werden müssen, weil darin Henny Porten ist, die Negri lacht, Wegener tobt, Erna Morena lächelt und Tolnaes seinen Telemark schwingt. Die Stars und die Kinoköniginnen müssen Helfershelfer werden.“⁷

Auch den linken Intellektuellen im Umkreis der Sozialdemokratie war die Idee der Kinozensur also nicht fremd – freilich verstanden als Zensur der Produktion zu Propaganda-Zwecken. Etwas gemäßigter als die Forderung nach Verstaatlichung (November 1919) wurde im November 1920 in der Heidelberger Volkszeitung die Zielvorstellung vom Kino als „Bildungsstätte“ formuliert.

Anlässlich der halbjährigen Aktivität des örtlichen Kino-Ausschusses heißt es da, der Ausschuß habe eine Zusammensetzung eigentümlicher Natur, da kein Vertreter der Arbeiterklasse, die doch die Mehrheit des Publikums stelle, eingeladen sei. Die Zusammensetzung (Lehrer, Staatsanwälte, Akademiker, „vier Damen der Gesellschaft“ und zwei Kino-

Direktoren) erfülle nicht den Zweck, die Ansichten gehen zu weit auseinander. „Was aber das Kino dem Volk als Bildungsstätte bringen soll, wird sicherlich nicht erreicht.“

Auch Ammann zog im August 1920 nach dreimonatiger Tätigkeit eine durchaus kritische Bilanz: „Möge es der Tätigkeit des Ausschusses für Lichtspielpflege gelingen, sich das Vertrauen der Lichtspielbesitzer zu erwerben und im Verein mit ihnen das Lichtspiel so zu veredeln, dass es mehr als eine gewöhnliche Lustbarkeit, dass es ein Stück des deutschen kulturellen Lebens wird.“

Neuordnung der Zensurfrage

Das Jahr 1921 brachte einige Veränderungen der Kino-Szene mit sich. Im Januar zeigte ein Herr Schank (wahrscheinlich handelte es sich um den Schreinermeister Schenk), Sandgasse 6, den Betrieb eines Kinos in Kirchheim an. Es stellte sich die Frage der Überwachung: „Unter keinen Umständen darf ein Programmwechsel unzensiert bleiben“. Das Kino stellte den Betrieb jedoch nach wenigen Wochen wieder ein. Im Herbst wurde ein Kino-Besitzer Mandel in Kirchheim genannt.

Ende Mai 1921 lief die Übergangsfrist des Lichtspielgesetzes aus. Für die Vorzensur waren jetzt allein die zentralen Stellen in Berlin und München zuständig. Die örtliche Zensur wurde in den Orten, wo es keine Ausschüsse gab, dem städtischen Jugendamt übertragen. Außerdem wurde ab März 1921 auch die Überwachung der Reklame-Aushänge durch die Ortspolizei in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt durchgeführt. Die Kinobesitzer mußten Plakate und Fotos nun in Ammanns Amtstube vorlegen und abstempeln lassen.

Ab August 1921 sah der „Ortsausschuss für Lichtspielpflege“, wie sich das neue Gremium nun nannte, so aus: 1. Vorsitzender war der jeweilige Polizeidirektor (zunächst Athenstädt, dann Henninger), stellvertretender Vorsitzender war Stadtrechtsrat Dr. Ammann. Weiter hatte der Ausschuss zwei Beisitzer (die Staatsanwälte Bender und Dr. Petters), sowie 12 ordentliche Mitglieder, darunter Stadtbibliothekar Zink, die bereits genannten Damen Odenwald, Lossen, Jellinek und Neumeier, die Lehrer Herrigel und Rohrhurst und der Schriftsteller Kurt Wildhagen. Neben der Kinozensur hatte der Ausschuss nun auch allgemeine Jugendschutz-Aufgaben und den Auftrag des Kampfes gegen „Schmutz und Schund“ (v.a. in der Literatur).

Ab März 1921 traf sich die Kommission einmal monatlich. Im Mai stand erstmals die Frage einer „Lichtspielgemeinde“ (auf Initiative des Kinobesitzers Bayer!) auf dem Programm. Der Vorschlag wurde zunächst abgelehnt.

Pfarrer Krauß, Frau Jellinek und Frau Odenwald wollen die Sache jedoch weiter verfolgen und mit Universität, Schulen und der Verwaltung verhandeln.

Das Jahr 1922 brachte eine Neuordnung der Zensurfrage in ganz Baden. Obligatorisch wurde die Überwachung durch Ausschüsse in allen Orten, die größer als 15.000 Einwohner waren. Die Vorzensur entfiel, ein bereits laufender Film konnte nun allenfalls widerrufen, also im Nachhinein verboten werden. Die Verfahren dauerten meist Monate, anfangs sogar Jahre, so daß selbst bei einem juristischen Erfolg kaum noch ein praktischer Nutzen zu erwarten war.

Wie zäh die Verfahren oft liefen, zeigt das Beispiel „Das Mädchen aus der Ackerstrasse“ (Regie: Reinhold Schünzel, 1921). Der Film, der im Berliner Dirnenmilieu spielt, war von Ammann beim ersten Erscheinen im März 1922 widerrufen worden. Eine Entscheidung fiel erst im November 1923, nachdem der Film vom Regisseur zu einer ganzen Serie ausgebaut worden war. Eine Fortsetzung kam dann 1924 in die Kinos, was im „Pfälzer Boten“ zu heftigen Protesten führte („Heidelberg, schläfst Du?“). Ähnlich verliefen die Widersprüche gegen die Filme „Die Minderjährige“, „Die Fremde aus der Elstergasse“ und „Der Raub der Dollarprinzessin“ (alle 1922).

Ammann verlegte sich daher – vielleicht auch, weil er hier die größte Aussicht auf Erfolg seiner Tätigkeit sah – auf die Durchsetzung des Jugendverbots, wo er es für angebracht hielt. Die Erfahrung zeigt auch, daß mit den Begründungen „verrohend“ und „entsittlichend“ kaum Verbote, ja nicht einmal wesentliche Schnitte zu erzielen waren. Beim Jugendverbot wurden diese Kriterien viel enger ausgelegt, hier genügte schon die „Erregung der Phantasie“ der Jugendlichen für ein Verbot. Da war es eher wahrscheinlich, daß die Prüfungskommission den Argumenten im Widerspruchsverfahren, das wie ein Zivilprozeß geführt wurde, folgen würde.

„Die Nacht im ,Blauen Affen“

Ein schönes Beispiel für eine – zumindest im Ansatz – gelungene Intervention des Heidelberger Ausschusses findet sich mit dem Film „Die Nacht im Blauen Affen“ im Juni 1922. Der Staatsanwalt Dr. Haas hatte in dem Film, der im Gauner- und Kaschemmen-Milieu spielt, Tendenzen zur Verharmlosung der Kriminalität ausgemacht. Der Film verhöhne das Rechtsempfinden jedes Bürgers, indem die Strafen verharmlost würden. Insbesondere ein Zwischentitel erregte den Staatsanwalt: „Warum weinen, wenn man auseinandergeht, wo auf Diebstahl doch bloß ein halbes Jährchen steht.“

Das Widerrufsbegehren ging dann, unterstützt vom badischen Innenministerium, vor den Ausschuß nach Berlin, wo für eine Freigabe mit Auflagen entschieden wurde. Mit geringen Schnitten (das inkriminierte Zitat „wo auf Diebstahl...“ mußte herausgenommen werden) wurde der Film wieder freigegeben. Als besonders skurril erweist sich eine andere Auflage. Der Name „Blauer Affe“ sei an allen Stellen durch „Schwarze Maus“ zu ersetzen, da in Mitteldeutschland „Blauer Affe“ gleichbedeutend mit „Bordell“ sei.⁸

Als Kommentar dazu vermerkte der Pfälzer Bote: „Es ist sehr erfreulich, daß der Heidelberger Ausschuß für Lichtspielpflege, der leider nicht mit den nötigen Zuständigkeiten ausgestattet ist, auch einmal seinen Einfluß geltend zu machen versucht. Es hätte dies u.E. schon oft getan werden sollen und zwar durch die Presse in aller Öffentlichkeit, nicht allein durch das Ministerium des Innern, hat doch selbst dieses gelegentlich der Behandlung eines von uns im ‚Pfälzer Boten‘ aufgegriffenen Falls (‚Das Mädchen aus der Ackerstraße‘) vor den Sittlichkeitsdiktatoren der Filmoberprüfstelle glatt kapituliert – wie es hieß gleichfalls aus mangelnder Zuständigkeit. Hier gibt es eben, wenn der Staat nicht hilft, nur das Recht der städtischen und persönlichen Selbsthilfe, die durchaus nicht in gewaltsam zerstörten Filmen oder zerrissener Filmleinwand sich darstellen muß. Wie wärs, wen man sich entschlösse, anstößigen Plakaten auf den städtischen Anschlagssäulen einfach keinen Raum mehr zu geben oder noch besser, wäre die Heidelberger Presse nicht dahin zu bringen, daß sie die Aufnahme bestimmter Kinoanzeigen verweigerte?!“ (Prozeßakte Drukker vs. Höfler)

Kleinkrieg mit dem Zensor – die Kino-Besitzer wehren sich

Waren die ersten drei Jahre nach dem Krieg noch durch die gesellschaftliche Neugestaltung und Umbruchsituation gekennzeichnet, zeigte sich im Verlauf des Jahres 1922, daß die scheinbare „Normalisierung“ eher tiefe Risse in der Gesellschaft hinterlassen hatte, die durch einen wirtschaftlichen Aufschwung allein nicht zu kitten waren.

Der Mord an Walter Rathenau – mit dem besonderen Heidelberger Nachspiel des Protestes gegen den national-sozialistischen Physiker Lennart – das offene Auftreten der Freicorps und die zunehmende Polarisierung zwischen Rechts und Links schufen eine Atmosphäre der sozialen Spannung, die in den folgenden Jahren durch Inflation und Arbeitslosigkeit noch angeheizt wurde.

Für die Kinos bedeutete die Normalisierung jedoch zunächst Morgenluft. Mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Optimismus, den die Unter-

zeichnung des Friedensvertrags mit sich brachte, waren auch die Geschäfte der Kinos weniger krisenhaft, weniger spekulativ. Dies zeigt sich u.a. daran, daß nun auch wieder regelmäßig in den Zeitungen inseriert wurde (etwa ab Ostern 1922).

Allerdings stieg damit auch das Selbstbewußtsein der Kinobesitzer. Auf einer Versammlung der Kinobesitzer Badens und der Pfalz im Oktober 1921 wurden Klagen über die Praxis der Kinozensur laut. In Karlsruhe, wo die Zensur vom Jugendamt ausgeübt wurde, war man ungehalten darüber, daß man per Gesetz dazu gezwungen wurde, die Prüfung, womöglich in einer Sonderaufführung, unentgeltlich durchzuführen. Die Zensur fand auf Kosten der Kinos statt.

Durch das Hintertürchen der Kostenfrage wollten die Kinobesitzer die Zensur überhaupt infrage stellen. Es folgte nun ein bizarrer Kleinkrieg, in dessen Verlauf die Kinobesitzer sich weigerten, die Zensoren ohne gelöste Eintrittskarte einzulassen. In Heidelberg war es Elise Schulten, die Ammann über mehrere Wochen hinhielt und zu einer rechtlichen Klärstellung veranlaßte. Sie hatte den Betrieb schon vor dem Tod ihres Mannes im März 1922 übernommen und führte ihn bis Kriegsbeginn 1939 weiter.

Ein weiterer Umstand sollte die Arbeit der Zensurkommission erschweren: ab 1923 gingen die Kinos dazu über, Filme ohne Unterbrechung zwischen den Akten zu spielen. Bis dahin war nach Aktende jeweils Licht gemacht worden, so daß der Zensor ungehindert die Zensurkarten lesen und sich Notizen machen konnte. Diese Möglichkeit fiel nun weg, er saß für die gesamte Dauer des Films im Dunkeln.

Zensur und Politik – „Fridericus Rex“ (1922)

In diese Zeit fällt auch eine Auseinandersetzung um die Zensur des – monarchistischen – „Fridericus Rex“-Films mit Otto Gebühr, der im gleichen Jahr 1922 in die Kinos kam. Der – nach heutigen Kriterien eher unspektakuläre – Film wurde schon damals von der Linken als deutsch-nationale Propaganda abgelehnt. Die Huldigung an den autoritären Soldatenkönig wurde sowohl von rechts als auch von links als Parteinahme verstanden, Ausschreitungen wurden befürchtet oder hatten – in Form heftiger Proteste, wie in Offenbach – bereits stattgefunden.

Für Ammann war hier eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu befürchten. Obwohl der Film ohne großes Aufsehen im „Odeon“ lief, zog er den Redakteur Krauß des sozial-demokratischen „Volkswillens“ hinzu und beantragte nach Sichtung einen Widerruf der Genehmigung. Er erreichte einen Schnitt, der einige kurze Szenen der Huldigung für den

König („Vivat“-Rufe) unterdrückte. Außerdem ließ er das Abspielen von Militärmärschen durch das Orchester während der Vorstellung verbieten und veranlaßte den Polizeidirektor, während der Demonstrationen der Arbeiterschaft den Film vom Programm absetzen zu lassen, so daß mögliche Ausschreitungen vor dem Kino auf diese Weise verhindert werden sollten.⁹

Bemerkenswert ist hier weniger das Ergebnis der Intervention, als die Tatsache, daß Ammann mit dem Sozialdemokraten Krauß gemeinsame Sache machte, obwohl dieser sich kritisch über die Besetzung des Ausschusses (s.o.) geäußert hatte.

Ammann betrieb seine Arbeit also durchaus unideologisch. Jugendschutz als wertneutrale Aufgabe, getragen von einer bildungsbürgerlich-humanistischen Grundauffassung, stand für ihn im Vordergrund. Daß er auch nach 1933 vor den neuen Machthabern nicht einknickte, zeigt die Tatsache, daß er gegen den UFA-Propaganda-Film „Flüchtlinge“ ebenso beherzt Einspruch einlegte, wie er es in den zwanziger Jahren getan hatte.

Immerhin konnte Ammann sich im 1. Halbjahr 1923 damit trösten, daß zwei Widerrufsanträge auf Jugendverbot aus Heidelberg in Berlin erfolgreich gewesen waren („Maciste und der Sträfling“ und „Fürst der Berge“, Regie: Luis Trenker, 1921). Bis März 1926 kamen von den 88 in Berlin anhängigen Verfahren gut ein Viertel (24) vom hiesigen Ausschuß, bei den erfolgreichen Verfahren (66) waren es mit 22 sogar ein Drittel.

Drukkers „sittenschädliches Institut“

Ende 1923 gab es eine Umfrage unter badischen Städten über die Praxis der Kinozensur. Diese ergab, daß etwa in der Landeshauptstadt Karlsruhe bei 10 Kinos jeweils 2 Mitglieder ernannt wurden, der Ausschuß also 20 Mitglieder hatte, von denen jedes für ein bestimmtes Kino zuständig war. Die Aufsicht lag beim Jugendamt. Der Freiburger Ortsausschuß hatte 64 Mitglieder, täglich hatten jeweils 4 Mitglieder im zweiwöchentlichen Turnus freien Eintritt (56 Mitgl. + 8 Stell.); selbst in Pforzheim gab es 14 Mitglieder, jeweils 2 für die 7 Kinos. Lediglich in Mannheim gab man sich mit jeweils einem festen Zensor pro Kino (11) zufrieden, der jeweils durch einen Stellvertreter unterstützt wurde.

Das Jahr 1924 war denn auch die Nagelprobe für die Filmzensur, jedenfalls wurde es von Ammann wohl als solche gesehen. Allein in diesem Jahr wurden gegen Drukker sechs Widerrufs-Anträge gestellt, von denen immerhin vier erfolgreich waren. In den zurückliegenden drei Jahren waren in Drukkers Kino 31 mal Plakate beanstandet worden (in anderen Heidel-

berger Kinos nur 7), 1924 waren es nochmals 14 (andere 2). Drukker war auch sonst kein Musterknabe. Er war 1922 wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden, 1922 und 23 mußte er mehrmals Strafen wegen Überfüllung zahlen (bis zu 2 Mrd. Papiermark am 18.10.23 auf dem Höhepunkt der Inflation). 1923 und 24 wurde er wegen Vorführung verbotener Filmteile verurteilt (20 Mrd. Papiermark bzw. 100 Goldmark).

All dies zusammengenommen veranlaßte Redakteur Höfler beim „Pfälzer Boten“ anlässlich des Films „Das alte Gesetz“ (Regie: Richard Oswald, 1924) vom Neuen Theater als einem „sitten- und volksschädlichen Institut“ zu sprechen. Der Anlaß war allerdings schlecht gewählt, denn bei dem Film, der einen Generationenkonflikt zwischen einem ostjüdischen Vater und seinem „modernen“ Sohn schildert, der Theaterschauspieler werden will, handelt es sich um eine interessante, realistische und keineswegs anstößige Milieuschilderung. Höfler ereiferte sich denn auch lediglich über die Tatsache, daß der Sohn am Ende erfolgreich war und vor seinem Vater somit Recht behielt. Camilla Jellinek mußte denn im Prozeß auch zugestehen, daß der Film „Das alte Gesetz“ durchaus sehenswert sei – wenn auch nicht für Jugendliche – und daß das Programm Drukkers sich allgemein in der letzten Zeit gebessert habe.

Diese Beleidigung konnte Drukker nicht auf sich sitzen lassen. Er klagte und erhielt erstinstanzlich recht. Nun ging es darum, ob Höfler von seinem journalistischen Ermessensspielraum Gebrauch gemacht hatte. Er mußte sich rechtfertigen und Zeugen für seine Auffassung berufen. Die fand er in den Mitgliedern des Zensurausschusses.

Der tiefere Grund der Kampagne lag wohl eher darin, daß über die Jahre zwischen Ammann und Höfler eine Stimmung gegen Drukker aufgebaut worden war, zumal Drukker seit Anfang 1924 dazu überging, nun auch regelmäßig die Stadthalle für seine Filmvorführungen zu nutzen, wo er in drei Tagen problemlos mehrere Tausend Zuschauer erreichen konnte.

Wahrscheinlich spielte bei der Kampagne auch ein antisemitischer Unterton mit. Drukker war höchstwahrscheinlich Jude holländischer Herkunft und ließ in seiner Abwesenheit das Heidelberger Kino von seinem Schwiegersohn Schwarz-Kachel führen. Er paßte also in das Klischee des heimatlosen Juden, der nur am Geschäft interessiert war. Da genügte schon der dezente Hinweis auf seine Herkunft, um anti-semitische Ressentiments zu wecken.

Höfler wurde schließlich freigesprochen, der Prozeß brachte die Aktivität des Ausschusses nochmals auf den Punkt. In einer Anlage zur Erklärung Höflers wurde aus verschiedenen Verfahren zitiert, wo Drukker involviert war. Dieser Bericht liest sich geradezu wie eine Zusammenfassung der Aktivitäten des Ausschusses in den zurückliegenden fünf Jahren.

Gründung der Kulturfilmbühne 1924

Die Bemühungen um den „guten Film“ waren, wie gesagt, mit der Zensur nicht beendet. Durch die Einrichtung einer „Lichtspielgemeinde“ wurde die Förderung des kulturell wertvollen Films beabsichtigt. In Karlsruhe und Mannheim hatte sich bereits 1921 ein „Kulturfilmbund“ gegründet, der ab 1924 mit den „Badischen Lichtspielen – Konzerthaus“ (1.300 Plätze) das größte Kino am Ort betrieb.

In Heidelberg wurde das Thema erstmals am 7. Juli 1921 im Stadtrat beraten, wegen unpräziser Vorstellungen bezüglich der Aufgaben und Kosten jedoch wieder in den Ortsausschuß verwiesen. Daß dort keineswegs Einstimmigkeit bestand, zeigt die kleine Auseinandersetzung zwischen Stadtbibliothekar Zink und Ammann. Während Zink meinte, er könne den Besuch des Kinos unter keinen Umständen empfehlen („... es wird zu leicht zur Sucht...“), hielt Ammann dagegen: „Durch das Schimpfen über den Schundfilm wird nichts gebessert, man muß aktiv in den Kampf eingreifen.“ (Ammann, ca. Oktober 1921)

Eine Möglichkeit ergab sich erst im Winter 1923, als das „Eden“-Kino, wahrscheinlich wegen Inflation oder mangelnder Kapitaldecke, nicht mehr rentabel war. Es wurde von der Karlsruher GmbH übernommen und unter Aufsicht des „Kulturfilmbundes“ (Büro: Theaterstraße 9) geführt. Vom Anspruch her entsprach die Kulturfilmbühne einem kommunalen Kino, wurde sie doch von städtischen Einrichtungen beaufsichtigt und unterstützt.

Ammann selbst war im Aufsichtsrat der GmbH, die Geschäftsführer wechselten, rekrutierten sich aber aus den Mitarbeitern örtlicher Wohlfahrtsorganisationen. Die „Kurpfälzische Bilderbühne (KuBi)“ hatte zwar ein inhaltlich hervorgehobenes, wöchentlich wechselndes Programm (Schwerpunkt Dokumentarfilme), wurde jedoch – wie andere Kinos auch – vom Ausschuß weiterhin zensiert.

Sie spielte bis Ostern 1933 („Das Lied einer Nacht“). Ab 1. April 1933 wurde das Eigentum der Kulturfilmbühne (Barvermögen?) auf die Heidelberger Kinderhilfe übertragen (Mitteilung Dr. Schumacher, Pforzheim an Ammann v. 13.3.33). Die Kulturfilmbühne wurde von Artur Kusch übernommen und als „Gloria“-Kino weitergeführt.

Kurioserweise hat es in Kirchheim im Jahr 1925 von Februar bis Ende April ebenfalls eine Kulturfilmbühne gegeben, deren Programm von einem Ortsausschuß unter Leitung des Bürgermeisters gemacht wurde. Aktenkundig wurde die Existenz dieses Kinobetriebs erst durch die polizeiliche Meldung wegen Zensur Monate später, als der Betrieb schon wieder eingestellt war.

Business as usual 1925–33

Die Arbeit des Ausschusses scheint ab 1925 in relativ geordneten Bahnen verlaufen zu sein – business as usual. Da tauchte mal das Problem der „Vorspanne“ (Trailer) auf, die begutachtet werden mußten. Dann gab es immer wieder Sauberkeits- und Sittlichkeitsprobleme. So war mal ein Hund im Kino beobachtet worden, eine Minderjährige war als Platzanweiserin beschäftigt und hatte ein Verhältnis mit dem Kinobesitzer angefangen, es wurden sogar Erwägungen angestellt, ob ein minderjähriger Vorführgehilfe vom Projektionsraum aus eventuell die Filmhandlung auf der Leinwand verfolgen könne ...

Auch machte Ammann durch seine Tätigkeit für den Ausschuss Karriere. Von April 1926 bis 1932 war er Beisitzer in der Oberprüfstelle in München. Seit Januar 1930 betätigte er sich auch im Sonderausschuß zur Bekämpfung von Schund- und Schmutzschriften beim badischen Landesjugendamt in Karlsruhe. Bis zum März 1933 wurden weitere 20 Filme beanstandet. Allerdings nahm die Frequenz ab Herbst 1930 deutlich ab, da Ammann sich eingestehen mußte, daß seine Anträge immer weniger Aussicht auf Erfolg hatten. Von acht Anträgen pro Jahr in den Jahren 1922/23 war die Zahl kontinuierlich gesunken auf etwa drei Anträge in den Jahren 1931–33.

Im Februar 1928 wurden sogar Zensurkarten der Kulturfilmbühne einbehalten und – man höre und staune – ein Film wie „Pat und Patachon auf Wolfsjagd“ für die Jugend widerrufen. Zu Weihnachten 1929 lief der Film „Tagebuch einer Verlorenen“ (Regie: G. W. Pabst, Remake eines Oswald-Films von 1919, diesmal mit Louise Brooks, einer der letzten Höhepunkte des deutschen Stummfilms). In Heidelberg wurde der Film am Nachmittag des letzten Spieltags verboten. Dabei wurde weniger das Verbot, als der Inhalt des Films als Skandal empfunden. Die Geschichte eines Mädchens aus gutem Hause, das durch die zerrüttete Ehe der Eltern in die Prostitution getrieben wird, wurde von der kulturkonservativen Kritik – darunter auch C. Jellinek – als tragischer Einzelfall, als Verzerrung der Wirklichkeit gesehen. Die sozial-demokratische Volkszeitung in Mannheim hingegen opponierte gegen das Verbot mit dem Argument, der Film zeige das Leben, „wie es vielfach ist“. Der Film zeige die „sittlich vergiftete Atmosphäre eines Elterhauses, der die Tochter zum Opfer fällt“ (Volkszeitung Nr. 303, Dez. 29).

Ein schlagendes Beispiel für Anspruch und Ohnmacht der Zensur waren zwei Filme mit Josephine Baker in den Jahren 1928/29, kurz vor Beginn der Tonfilmzeit. Beide Filme zeigten Bakers berühmten „Nackt-Tanz“ und dieser machte auch die Attraktion der Filme aus.



Abb. 2: Szenenfoto „Dieb von Bagdad“

Beide Filme hatten die Berliner Zensur passiert, auch den gestrengen Augen des Heidelberger Zensors waren sie entgangen. Jedenfalls wurde Ammann erst aktiv, als die Filme schon im Kino gelaufen waren und – die eigentliche Peinlichkeit – die Zensurkarte schon zurückgegeben war. So blieb ihm nur, sich über die entsittlichende Wirkung der Tanzdarstellungen zu erregen. Mangels Zensurkarte war er an der Einleitung eines Verfahrens gehindert.

– Ins Dritte Reich 1933–43

Nach der Machtergreifung der Nazis schwenkte auch Ammann zunächst auf den neuen Kurs um. Er war mit Sicherheit kein überzeugter Nazi, die nationalen Aspekte der NS-Politik kamen aber wohl seiner Grundauffassung entgegen. So ist es nicht verwunderlich, wenn er, anlässlich eines Feiertagsverbots, ausdrücklich die neue Regierung und die Polizeidirektion (Henninger) benennt, um seiner Entscheidung mehr Autorität zu verleihen: „Im Einklang mit den Bestrebungen der Regierung der nationalen Erneuerung und dem Geist des nationalsozialistischen Programms entsprechend wird bei der Frage, ob ein Film als Vorführung ernststen Inhalts

zu betrachten ist, zu mindesten eine gewisse ethische Grundhaltung bei dem zu beurteilenden Film verlangt werden müssen. Ich befinde mich in dieser Frage in Übereinstimmung mit der Polizeidirektion, die dieses Jahr einen wesentlich strengeren Maßstab als in den früheren Jahren angewandt wissen will.“ (Bescheid an die Leitung von „Odeon“ und „Kammer“ vom 13.11.1933; beanstandet wurden die Filme „Unsichtbare Gegner“, „Jeder hat mal Glück“ und „Wiener Walzer“).

Der letzte Ablaufplan des Ausschusses datiert vom 19.12.33. Der Ausschuß war im Verlauf des Jahres 1933 auf 10 Mitglieder verkleinert worden, nachdem bereits am 29.3. der Vertreter der IAH Franz Böning (Mitglied seit Okt. 27) „wegen der veränderten politischen Verhältnisse“ entbunden worden war. Im Juni wurden dann die weiteren Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen (Münzenmayer, Dr. Kaufmann, Wildhagen, Heilig, Dr. Dibelius, Lossen) durch Henninger vom Amt entbunden.

Letzter Antrag war der bereits erwähnte Film „Flüchtlinge“ (Regie: Gustav v. Ucicky) über die Erlebnisse von Wolgadeutschen während einer Odyssee in Ostsibirien vom März 1934. „Der Film ist von außerordentlich starker Wirkung und zweifellos geeignet, Erwachsene und reifere Jugendliche im Geiste des Nationalsozialismus zu erziehen und heldenhafte Gesinnung zu wecken. Das schließt aber nicht aus, daß der Film für Minderjährige im Kindesalter eine schädigende Wirkung und eine Überreizung der Phantasie hervorrufen kann“ (aus der Begründung Ammans für den Widerruf).

Zu diesem Zeitpunkt war der Ortsausschuß juristisch schon nicht mehr existent. Nach dem Lichtspielgesetz vom 16.2.34, mit Erlaß vom 3.4.34, war die Nachzensur in die Zuständigkeit der Polizeibehörde, bzw. des Propaganda-Ministers Goebbels, übergegangen.

Bei den Entscheidungen der Oberprüfstelle in Berlin ist in den Jahren nach 1930 die zunehmende Polarisierung ablesbar. So wurden zunächst v.a. Kurz- und Dokumentarfilme der linken und rechten Parteien verboten (Nazis, KPD, FAU), darunter aber auch das bereits erwähnte „Tagebuch einer Verlorenen“ (für Jugendliche), sowie „Geschlecht in Fesseln“ und „Cyankali“. Im Jahr 1931/32 wurden „Frankenstein“ und „Kuhle Wampe“ für Jugendliche verboten.¹⁰

Insgesamt wurden im Deutschen Reich 1929/30 32 Filme, 1931/32 16 Filme verboten oder widerrufen. Nach 1934 wurde diese Zuständigkeit in das Ressort Goebbels überführt; nun wurden auf einen Schlag sämtliche sog. „Russenfilme“ verboten. Filme, die sich auf dokumentarischer oder filmischer Ebene mit der Realität des Sowjetstaates auseinandergesetzt hatten, darunter auch der Dokumentarfilm des Heidelbergers Hermann Basler „Das Gesicht des roten Rußland“ aus dem Jahr 1925.

Auch nach der Auflösung des Ausschusses blieb Ammann Sachverständiger für Spielfilmfragen, dem die Aufsicht über das Jugend- und das Feiertagsverbot oblag. Noch im März 1943 beklagte er sich über die Haltung von Jugendlichen: „Ich gehe nach Edingen, Sandhausen oder Kirchheim, dort wird nicht kontrolliert.“ Immerhin konnte er sich damit trösten, daß in den neun Jahren seit 1934 insgesamt 98 Jugendliche wegen Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz angezeigt worden waren.

Anmerkungen:

Alle nicht gesondert aufgeführten Zitate und Zeitungsartikel stammen aus dem Bestand des Stadtarchivs Heidelberg „Wohlfahrts- und Jugendamt“, Nr. 1790 ff. „Überwachung des Lichtspielwesens, Lichtspielgesetz 1922–42“

Zu besonderem Dank bin ich Herrn Dr. Clemens Zimmermann für entscheidende Hinweise zum Thema sowie den Mitarbeitern des Stadtarchivs Heidelberg, Frau Weber und Herrn Berger, für ihre aufmerksame Hilfe und kompetenten Hinweise verpflichtet.

- 1 Zum „Capitol“ vgl. Ottmar Konrad, *Die Neue Zeit – Das Neue Medium, Jugend, Film und Nationalsozialismus*; in: *verführt und verraten, Jugend im Nationalsozialismus, Bruchstücke aus der Region, Katalog der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum, Heidelberg 1995.*
- 2 Waren schon vor 1914 die ersten Kinos „kommunalisiert“ worden, so ist für das Jahr 1919 das erste „kommunale Kino“ in unserer Region verbürgt. Und zwar in Eberbach! Dort beschloß der Gemeinderat am 16. Juli 1919 unter Vorsitz des Bürgermeisters Weisser das verlassene Kino im Nebensaal der Kneipe „Zur Burg Stolzeneck“ zu übernehmen und selbst zu betreiben. Begründung: „Schlechte Lichtspieltheater sind zu einer Seuche geworden.“ Am 1. September war Eröffnung, das Kino spielte vier Vorstellungen die Woche und wurde bis 1933 von der Gemeinde weiter betrieben.
- 3 Dr. Karl Friedrich Ammann (1883–1953) wurde als Sohn des Gymnasialdirektors Jakob Ammann in Bruchsal geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Berlin und München legte er 1905 sein erstes Staatsexamen ab. Referendariat bei verschiedenen staatlichen und kommunalen Behörden, darunter auch bei der Stadt Heidelberg, 1909 Promotion und 2. Staatsexamen. Ab 1. Dezember 1919 Stadtrechtsrat und „Vorstand des neu zu errichtenden städtischen Jugendamtes“. 1926–32 Beisitzer der Filmprüfstelle in München, seit Januar 1930 im „Sonderausschuß zur Bekämpfung von Schmutz und Schund“ in Karlsruhe. 1934–37 Arbeitsrichter in Heidelberg, im Mai 1945 aus dem Dienst der Stadt entlassen. Er starb am 21. August 1953 in Heidelberg.
- 4 Da sich ab Frühjahr 1922 die Inflationsspirale immer schneller drehte, wurde bei Gerichtsentscheidungen meist auf den Standard von 1913 (= Goldmark) zurückgegriffen. 30.000 Papiermark entsprachen im Frühjahr 1923 etwa 100 RM im Wert von 1913. Ein Jahr später entsprach diesem Wert schon der Betrag von 1 Million, später (im Herbst 23) sogar 1 Billion.

- 5 Der Umgang mit Kopien war bis zum Ende der Stummfilmzeit viel freizügiger und beliebiger als heute. So wurden nicht selten Filme mit zwei Enden („Happy End“ und „tragisch“) geliefert und der Kinobesitzer konnte selbst entscheiden, was er seinem Publikum präsentieren wollte. Insofern sind auch die Schnittauflagen, die Ammann Drukker erteilte, ein realistisches Verfahren. Heute wäre dies unmöglich, da die Kopien Eigentum der Verleiher sind.
- 6 Camilla Jellinek war als Vertreterin des Vereins „Frauenstudium – Frauenarbeit“ im Zensurrat tätig geworden. Sie übte diese Tätigkeit bis zum Beginn der Tonfilmzeit anfang der dreißiger Jahre aus und führte darüber ein „Kino-Tagebuch“, in dem jeder einzelne Kinobesuch (meist 2–3 pro Woche) verzeichnet ist. Das „Kino-Tagebuch“ befindet sich beim Jellinek-Nachlaß im Bundesarchiv Koblenz (N 1137 /4).
- 7 Carlo Mierendorff (1897–1943) stammte aus dem expressionistischen Freundeskreis in Darmstadt um Kasimir Edschmid, Fritz Usinger und Hans Schiebelhuth. 1919–21 war er Herausgeber der Zeitschrift „Das Tribunal“. „Hätte ich das Kino!!“ (Berlin, 1920, Tribüne der Kunst und Zeit, Bd. 15). Danach Student und Agitator, u.a. in Heidelberg, wo er 1922 die Aktion gegen den Physiker Ph. Lennard leitete. Widerstandsaktivität, starb 1943 bei einem Fliegerangriff auf Leipzig.
- 8 Tatsächlich scheint der Name „Zum Blauen Affen“ einen eindeutigen Beigeschmack gehabt zu haben. So ist Walter Serners erste Sammlung von Kurzgeschichten aus dem Jahr 1919 ebenfalls „Zum blauen Affen“ betitelt, und es gibt ein gleichnamiges Gedicht von Erich Weinert, in dem er sentimentale Erinnerungen an ein Bordell in Leipzig pflegt.
- 9 Als der Film ein halbes Jahr später im „Neuen Theater“ nochmals lief, wurden von Ammann besagte Auflagen tatsächlich durchgesetzt.
- 10 Eine zusammenfassende Darstellung der Zensurpraxis der Oberprüfstelle findet sich in WWW.filminstitut.de, der Homepage des Deutschen Filminstituts (DIF) in Wiesbaden. Dort auch ausführliche Darstellungen und Informationen über die hier erwähnten Filme.

Theodor Scharnholz

„Fremdenstadt ohne Fremdenbetten“ Beschlagnahme und Freigabe der Heidelberger Hotels 1945–1955

Vorbemerkung

„Fremdenstadt ohne Fremdenbetten“, so formulierte die Rhein-Neckar-Zeitung in ihrer Neujahrsausgabe 1950 sein Heidelberger Problem, das die Stadt – jedenfalls die Stadtoberen, das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Lokalpresse – bis in die Mitte des Jahrzehnts lebhaft beschäftigte. Es ging um die Bemühungen zur Wiederbelebung des Fremdenverkehrs, die durch die Beschlagnahme von mehr als der Hälfte des Hotelraumes außerordentlich erschwert wurden. So journalistisch-griffig die Problemformulierung in der RNZ auch war, präzise war sie nicht. Denn Heidelberg stand keineswegs „ohne“ Gästebetten da, und diese Betten waren auch mehrheitlich von „Fremden“ belegt, nämlich amerikanischen Besatzungsangehörigen.¹

Allerdings wurde für die Unterbringung dieser „Gäste“ nur eine geringe Entschädigung bezahlt. Und das war das eigentliche Problem: Sowohl die Eigentümer der beschlagnahmten Betriebe wie auch die Stadt hatten ein dringendes Interesse daran, nicht von der allmählichen Wiederbelebung des Fremdenverkehrs ausgeschlossen zu werden, erstere aus berechtigtem Geschäftsinteresse und letztere, um das noch dürftige städtische Steueraufkommen zu erhöhen. Wenn es gelang, diese für Heidelberg bedeutende Geldquelle wieder zum Sprudeln zu bringen, hatte das für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Stadt eine enorme Bedeutung.

Es gab daher ab 1949 zahlreiche Vorstöße der Stadtverwaltung, des Hotel- und Gaststättengewerbes und einzelner Hoteliers unmittelbar gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht oder aber über die Landes- und Bundesregierung, um die Hotels und Gästebetriebe frei zu bekommen, stets kräftig unterstützt oder kritisch begleitet von der Lokalpresse. Nach anfänglich unkoordinierten und teilweise widersprüchlichen Initiativen der Beteiligten hatte man auch den Ansatz gefunden, der letztlich das Problem löste: Es mußten neue Unterkünfte für diejenigen amerikanischen Besatzungsangehörigen geschaffen werden, die in den Beherbergungsbetrieben untergebracht waren. Es dauerte dann aber bis 1955, bis

diese fertiggestellt waren, und die amerikanischen Hotelbewohner in ihre neuen Wohnheime (Bachelor Officer Quarters = BOQ) in Patrick-Henry-Village umziehen konnten.

Wenn man berücksichtigt, daß ein für die Stadt so schwerwiegendes Problem bereits 1949 in seiner Bedeutung erkannt war und auch der Lösungsansatz auf der Hand lag – das amerikanische Wohnbauprogramm war im heutigen Mark-Twain-Village an der Römerstraße in Rohrbach bereits 1949 eingeleitet worden – ja sogar das Geld für Ersatzbauten zur Verfügung stand, wie zu zeigen sein wird, dann muß man sich die Frage stellen, warum es solange dauerte, bis die Hotels tatsächlich geräumt wurden. Der vorliegende Aufsatz versucht darauf eine Antwort zu geben und beleuchtet damit ein Kapitel der Heidelberger neuesten Geschichte, das für die Zeitgenossen und im Rückblick manch überraschende Entwicklung nahm und mit einer – von den lokalen Beteiligten unerwarteten – Pointe abgeschlossen wurde.

1945–1948: Beschlagnahmungen als zu erduldenende Kriegsfolge

Als Heidelberg am Karfreitag, dem 30. März 1945 von amerikanischen Truppen eingenommen wurde, war die Neckarstadt „noch einmal davongekommen“. Die Stadt war nicht bombardiert worden und durch andere Kriegseinwirkungen war nur ein vergleichsweise geringer Sachschaden entstanden. Nur die Neckarbrücken waren von der Wehrmacht unmittelbar vor ihrem Abzug gepregelt worden.

Bei der Einnahme der Stadt hatte die amerikanische Armee offensichtlich schon geplant, Heidelberg als Stabsquartier zu nutzen und sich dort auf längere Zeit einzurichten. Zunächst verlegte das Hauptquartier die 6. US-Armeegruppe nach hier und nahm in der „Großdeutschland-Kaserne“, den heutigen „Campbell Barracks“, an der Römerstraße Quartier. Zwar wurde diese Armeegruppe im Zuge der raschen Verringerung der in Europa stationierten US-Streitkräfte nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bereits im Juni des Jahres aufgelöst, aber Heidelberg blieb seither, wenn auch mit zahlreichen Wechsels in der Anfangszeit, bis heute Standort höherer Stäbe der US-Armee.

Für die Unterbringung und Betreuung der amerikanischen Besatzungsangehörigen wurden sofort nach dem Einmarsch die Heidelberger Kasernen konfisziert. Darüber hinaus wurden aber zwischen 1945 und 1948 auch in großem Umfang öffentliche Gebäude, Wohnbauten, Ladenlokale und gewerbliche Betriebe requiriert.² Bemühungen, die beschlagnahmten Gebäude frei zu bekommen, blieben zunächst meist erfolglos. Nach der Einsetzung von Landesregierungen in der amerikanischen Zone im Sep-



Abb. 1: Das Hotelprojekt an der Ernst-Walz-Brücke, wie es die RNZ am 30. 7. 1953 ihren Lesern vorstellte. In Heidelberg wird man sich erinnern, daß das Projekt auch in späteren Jahren noch weiterverfolgt wurde.

tember 1945 und insbesondere nach deren demokratischer Legitimierung Ende 1946 hatten sich die Städte zwar an diese wenden können, aber die Landesregierung ihrerseits konnte ebenfalls nur entsprechende Eingaben an die Militärregierung machen. Wie auf der lokalen Ebene wurden solche Eingaben in der Regel mit der Begründung einer „militärischen Notwendigkeit“ abschlägig beschieden, es sei denn, es konnte von deutscher Seite gleichwertiger Ersatz angeboten werden.³ Rechtliche Einsprüche, etwa unter Bezug auf die Haager Landkriegsordnung, waren zwar denkbar, hatten aber ebensowenig Aussicht auf Erfolg.⁴

So blieb Stadt und Eigentümern in puncto Beschlagnahmen während der Zeit der Militärregierung im allgemeinen nur geduldiges Ertragen. Im Oktober 1949 waren nach Mitteilung des Wohnungsamtes in Heidelberg, abgesehen von den drei Kasernen, immer noch 453 Häuser mit 1133 Wohnungen, 27 Hotels, 13 Gasthäuser, 22 öffentliche und 19 andere Gebäude von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt.⁵ Da gleichzeitig die Einwohnerzahl, die sich schon während des Krieges durch Evakuierte und Ausgebombte deutlich erhöht hatte, durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen bis 1950 weiter kräftig gewachsen war – gegenüber 1939 um fast 40% – blieb auch Heidelberg, obwohl es den Krieg weitgehend unversehrt überstanden hatte, von den mannigfachen Raumnöten der Nachkriegszeit, insbesondere der Wohnraum- und Schulraumnot, keineswegs verschont.⁶

Das alles darf allerdings nicht als Indiz dafür gewertet werden, daß die amerikanische Besatzungsmacht willkürlich über die beschlagnahmte Infrastruktur verfügt hätte. Seit 1947 war sie bestrebt neue Beschlagnahmen von Privatbesitz zu vermeiden, schon um im heraufziehenden Kalten Krieg die westdeutsche Bevölkerung für sich zu gewinnen, und das, obwohl sie selbst einen erheblichen Wohnungsmangel hatte,⁷ natürlich nur unter Anlegung von Maßstäben, die sich an den Normen für die US-Streitkräfte im amerikanischen Mutterland orientierten. Nicht zuletzt im Hauptquartierstandort Heidelberg gab es einen Mangel an Unterkünften, so daß es auch noch 1947 erneut zu Requisitionen von Wohnraum kam.⁸ Erst ab 1948 kam die Requisitionswelle zum Erliegen.

1949 – „Ohne Fremdenbetten“: das Problem wird virulent

Bis etwa Ende 1948 hatte vor allem das breite öffentliche Interesse an einer Linderung der Wohnungsnot die Begründung für die Bemühungen der Stadtverwaltung um Freigabe beschlagnahmter Gebäude geliefert. Bei den Hotels und sonstigen Beherbergungsbetrieben war die Situation anders. Mancher Eigentümer mag sogar froh über die Beschlagnahme gewesen sein, denn damit war die Belegung seines Betriebes mit Flüchtlingen verhindert und dessen Fortbestand in alter Zweckbestimmung gesichert. Während der Zeit der Beschlagnahme erhielt er eine, wenn auch geringe, Entschädigung und so konnte er relativ beruhigt bessere Zeiten abwarten. Diese schienen gekommen, als sich mit der Währungsreform neue Chancen und Perspektiven für Handel und Gewerbe eröffneten.

Von jetzt ab ging es auch für die Stadt nicht mehr nur um die Freigabe beschlagnahmten Wohnraumes, sondern ebenso sehr um die Freigabe gewerblicher Infrastruktur. Der dramatische Anstieg der Einwohnerzahl hatte sie vor große kommunale Aufgaben gestellt. Insbesondere mußten die städtische Infrastruktur wesentlich ausgebaut und in großem Umfang neuer Wohnraum geschaffen werden. Woher aber dafür die Mittel nehmen? Wenn die Kommune diese Aufgabe bewältigen wollte, mußte sie für eine deutliche Erhöhung des Steueraufkommens sorgen. Dies konnte nach Lage der Dinge vor allem durch die Ankurbelung der heimischen Wirtschaft bewerkstelligt werden.

Als Folge der althergebrachten touristischen Attraktivität Heidelbergs hatte das Hotel- und Gaststättengewerbe in der Wirtschaftsstruktur der Stadt traditionell eine bedeutende Rolle gespielt. Als man 1949 auf eine Wiederbelebung des Fremdenverkehrs hoffen konnte, lag jedoch dieser Gewerbebezweig infolge der Hotelbeschlagnahmen völlig danieder.

Immerhin waren weit über die Hälfte des Hotelraumes, vor allem der in den großen und besseren Hotels, durch die amerikanische Besatzungsmacht beschlagnahmt.⁹ Schon im Frühjahr 1949 war deswegen von der Heidelberger „Interessengemeinschaft der Besatzungsbetroffenen“ darauf hingewiesen worden, daß aufgrund der umfangreichen Beschlagnahmungen Bewirtungs- und Unterbringungsschwierigkeiten für die kommende Fremdenverkehrsaison zu erwarten seien.¹⁰ Die Stadtverwaltung mochte jedoch zunächst noch nicht daran glauben, daß der Fremdenverkehr in Heidelberg einen raschen Aufschwung nehmen könnte und meinte deswegen, ihr Augenmerk vor allem auf die Förderung und den Ausbau der Industrie richten zu sollen.¹¹

Verstärkte Aufmerksamkeit wurde dem Thema eines mangelnden Gastronomie- und Übernachtungsangebots erst zuteil, nachdem im Juli 1949 der Heidelberger Verkehrsverein wiedergegründet worden war. Dies galt namentlich auch für die Stadtverwaltung, die sich dabei stark engagierte und mit Oberbürgermeister Dr. Swart den Vorsitzenden und dem Leiter des städtischen Verkehrsamtes, Dr. Steinbauer, den Geschäftsführer stellte.¹² Im Vorstand war auch das Hotel- und Gaststättengewerbe vertreten und zwar mit dem Hotelier Schwaderer, dessen „Hotel Schrieder“ ebenfalls beschlagnahmt war, sowie mit einem Vertreter der Industrie- und Handelskammer (IHK). Obwohl damit die besten Voraussetzungen für eine gemeinsame Initiative der Stadtverwaltung und des betroffenen Gewerbebezuges mit dem Ziel einer Freigabe der beschlagnahmten Betriebe gegeben waren, blieb diese überraschenderweise zunächst aus.

Dabei gab es bereits im Sommer 1949 deutliche Hinweise auf eine Belebung des Fremdenverkehrs gerade auch aus dem Ausland. Im Juli konnte die Stadt stolz vermelden: „Ein verheißungsvoller Auftakt: Auslands-Reiseziel Heidelberg! Im Juni wurden 1200 zivile US-Touristen gezählt“,¹³ und im September fand sich eine Gruppe amerikanischer Reiseveranstalter in Heidelberg ein, um die Möglichkeiten für eine Hebung des amerikanischen Heidelberg-Tourismus vor Ort zu begutachten.¹⁴ Als schließlich im November die Bilanz des Fremdenverkehrs für das Jahr 1949 gezogen wurde, konnte die Presse von einem immerhin schon „Zwei Millionen DM-Umsatz“ und 250.000–350.000 Besuchern berichten.¹⁵ Zu Recht befürchtete daher der Verkehrsverein „Millionenverluste“ für die Stadt, wenn es nicht gelang, das Problem eines mangelnden Bettenangebots zu lösen.¹⁶

1950 – Abwarten und Hoffen

Warum trotz dieser unverkennbaren Anzeichen für eine Revitalisierung des Fremdenverkehrs gezielte Freigabeinitiativen gegenüber der Besat-

zungsmacht seitens der Stadt und des betroffenen Gewerbes ausblieben, ist nicht eindeutig nachzuvollziehen. Die Gründe dafür lassen sich nur vermuten.

Zum einen ergaben sie sich aus der allgemeinen politischen Entwicklung. Mit der Gründung der Bundesrepublik war auch die Erwartung auf ein geändertes Verhältnis zu den westlichen Besatzungsmächten geweckt worden. Das Besatzungsstatut hatte den Westalliierten zwar u.a. ausdrücklich Vollmachten für „Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, deren Familien, Angestellte und Vertreter, ihre Immunität, sowie die Aufbringung der Besatzungskosten und die Befriedung anderer Erfordernisse“ vorbehalten, aber zugleich war eine Revision des Statuts „auf alle Fälle innerhalb von 18 Monaten“ vorgesehen.¹⁷ Zudem war die alliierte Militärregierung mittlerweile von einer Zivilverwaltung, der Alliierten Hohen Kommission (AHK) bzw. Allied High Commission for Germany (HICOG), abgelöst worden, so daß man auf eine Verringerung der Besatzungsarmee hoffen mochte.

Dann gab es aber auch eine Reihe von Entwicklungen in Heidelberg selbst, die Aussichten auf die Freigabe beschlagnahmter Gebäude zu eröffnen schienen. So war bereits im Sommer 1949 ein Bauprojekt zur Erstellung von Wohnungen für die amerikanische Besatzungsmacht neben dem Hauptquartier an der Römerstraße, heute Teil von „Mark-Twain-Village“, begonnen worden.¹⁸ Auch wenn amerikanischerseits betont wurde, dieses Projekt sei in Angriff genommen worden, um die Notwendigkeit weiterer Beschlagnahmen von Wohnraum zu vermeiden, schienen sich damit doch zumindest mittelfristig neue Perspektiven zu eröffnen, zumal es im Jahre 1949 zu einigen Freigaben, auch von Hotels, gekommen war.¹⁹

Aber es gab noch weitere Anzeichen dafür, daß in der Frage der beschlagnahmten Gebäude etwas in Bewegung geraten war. Ende November hatte zunächst die RNZ eine öffentliche Diskussion über „Die Beschlagnahme unserer großen Textilhäuser“ in Gang gebracht, der sich umgehend auch das Heidelberger Tageblatt mit einem „Vorschlag Nr. 1: Neubauten statt Steuerausfall“ angeschlossen hatte.²⁰ Aufgrund dieser Pressekampagne hatte sich der amerikanische Residenzoffizier (Resident Officer),²¹ d.h. der Verbindungsoffizier des Hohen Kommissars der USA vor Ort, Mr. William T. Neel, in Verbindung mit dem Post Commander, Colonel Peter J. Lloyd zu folgender Erklärung veranlaßt gesehen:

„Der Standort-Kommandeur hat vollstes Verständnis für die Ansichten der Heidelberger Geschäftsleute und ist dabei, eine umfassende Besichtigung aller beschlagnahmten Geschäftseinrichtungen in Gang zu setzen, um die Möglichkeit zu bestimmen, solches Eigentum konsequent zurückzugeben, das eine Hilfe für die Geschäftsleute darstellt, und gleichzeitig die Bei-

behaltung der für die Tätigkeit der Besatzung angemessenen Einrichtungen festzulegen. Es ist vorgesehen, daß definitive Entscheidungen innerhalb der nächsten 30 Tage getroffen werden.“²²

Die Erklärung ließ Hoffnung auf Aufhebung eines Teils der Beschlagnahmen aufkeimen. Zugleich hatte sie deutlich werden lassen, daß eine öffentliche Diskussion solcher Themen die Besatzungsmacht keineswegs gleichgültig ließ. Das machte der Lokalpresse Mut, gleich einen weiteren Versuch in dieser Richtung zu starten. So beabsichtigte offenbar die RNZ mit dem eingangs erwähnten „Fremdenstadt-Artikel“, auch dem Thema Hotelbeschlagnahmen breitere Aufmerksamkeit zu verschaffen und hoffte, damit auf eine vergleichbare Resonanz zu stoßen.²³

Anders als die Textilhäuser fanden aber die Hotels zunächst keine besondere Aufmerksamkeit. Neben den bereits dargestellten Gründen dürfte dazu beigetragen haben, daß die Stadt in bezug auf die Hebung des Fremdenverkehrs ein eigenes Projekt verfolgte, das ihre Aufmerksamkeit voll beanspruchte. Sie plante den Bau eines Spielkasinos in Verbindung mit einem Hotelneubau als neue Attraktivität und Anziehungspunkt für die Gäste. Das Kasino sollte zu einer schnellen Hebung der städtischen Einkünfte beitragen und zugleich die bestehenden Engpässe bei der Unterbringung von Touristen verbessern. Das Projekt ließ die Wogen der öffentlichen Diskussion des Für und Wider eines Spielkasinos, gerade auch in der Lokalpresse, hochgehen und drängte das Thema Hotelfreigaben etwas in den Hintergrund.²⁴

Das Hotelgewerbe sah allerdings in einem Spielcasino mit angeschlossenem Hotel ein Konkurrenzunternehmen und wandte sich vehement gegen einen Neubau mit dieser Zweckbestimmung. Die Hoteliers wollten einen anderen Weg gehen: „Die einzige Lösung der ja nur zeitlich bestehenden Schwierigkeiten ist die Freigabe einiger Hotels durch die Besatzungsmacht. Die Besatzung müßte innerhalb ihres Bauprogramms in ihrem Stadtteile in eigener Regie ein Wohnhotel bauen“, ließen sie in der Heidelberger Presse verbreiten.²⁵ Vom Ansatz her, daß nämlich das Problem nur durch Neubauten gelöst werden könne, befanden sie sich damit durchaus auf derselben Linie, die auch von der Stadt und nicht zuletzt den Amerikanern selbst mit ihrem Wohnbauprogramm verfolgt wurde.

Im Rahmen dieses Programms lief gerade eine zweite Bauphase an und so hoffte man in der Stadt auf einige Freigaben nach deren Abschluß im folgenden Jahr. Anders als noch beim ersten amerikanischen Bauprogramm in Rohrbach, hielt sich die Stadt allerdings jetzt völlig im Hintergrund. Zum einen wollte sie sich wegen der erforderlichen weiteren Grundstücksenteignungen nicht erneut den Zorn der Eigentümer zuziehen,²⁶ dies um so weniger, als sie darauf ohnehin kaum Einfluß haben nehmen können. Zum ande-

ren war aber inzwischen auch klar geworden, daß die Mittel für die Bauten nicht, wie man in der Stadtverwaltung zunächst irrtümlich angenommen hatte, aus dem Etat der US-Armee stammten, sondern als Besatzungskosten zu Lasten der deutschen Steuerzahler gingen. Ab April 1950 lag die zentrale Zuständigkeit für die Besatzungskosten beim Bundesminister der Finanzen (BMF), aber auch dieser war praktisch nur Finanzier und hatte noch kaum Einwirkungsmöglichkeiten auf die amerikanische Bauplanung.²⁷

Ohne Einblick in oder gar Einfluß auf die amerikanischen Planungen schien es der Stadt offenbar am sinnvollsten, erst einmal die weitere Entwicklung abzuwarten und darauf zu hoffen, daß sich durch das Bauprogramm quasi von selbst eine Lösung ergäbe. Jedenfalls ist im Jahre 1950 von Initiativen der Stadtverwaltung zur Lösung des Problems der beschlagnahmten Hotels nichts verzeichnet. Aber auch von den „beschlagnahmten“ Heidelberger Gaststätten- und Hotelbesitzern vernahm man öffentlich kaum etwas, obwohl es für jedermann erkennbar war und die Zeitungen es mit Stolz meldeten, daß Heidelberg wieder auf dem besten Wege war, sich zu einer touristischen Hochburg zu entwickeln und das gerade auch für ausländische Gäste. Allein im Juli 1950 wurden 3.600 Übernachtungen von zivilreisenden Amerikanern in Heidelberger Hotels gezählt²⁸ und die Gesamtzahl der Besucher aus dem Ausland mit mindestens einer Übernachtung in Heidelberg hatte sich nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt gegenüber dem Vorjahr von rund 5.600 auf 16.400 nahezu verdreifacht.²⁹

Inzwischen erteilte die Landesregierung von Württemberg-Baden im Juli 1950 dem Spielkasino-Projekt eine Absage,³⁰ so daß in der Frage eines akuten Mangels an Gästebetten nunmehr die Beschlagnahmungen als das Hauptproblem in den Mittelpunkt rückten. Zudem hatte das Thema Hotelbeschlagnahmungen seitens der westlichen Besatzungsmächte mittlerweile eine bundesweite Dimension erhalten und die Bundesregierung beschäftigt.³¹ Die Stadtverwaltung war über die Initiativen auf Bundesebene durchaus informiert und man wußte, daß verschiedene Stellen in der Hotelfrage ihre Interessen bei der Bundesregierung angemeldet hatten und entsprechende Verhandlungen zwischen alliierten Stellen und der Bundesregierung im Gange waren.³² Für die Stadtoberen scheint dieses Wissen allerdings eher ein weiterer Grund gewesen zu sein, die abwartende Haltung beizubehalten.

Anfang 1951: Einzelinitiativen von Hotelgewerbe und Stadt

Anfang 1951 gaben die „beschlagnahmten“ Hotel- und Gaststättenbesitzer ihre bisherige Zurückhaltung auf. Sie hatten zwischenzeitlich einen Hotel-

ausschuß gebildet, der nun im Rahmen des Landesverbandes des Hotel- und Gaststättengewerbes Württemberg-Baden seine Aktivitäten entfaltete. Dabei war es sehr hilfreich und förderlich, daß sich mit dem 75-jährigen Fritz Gabler, dem Besitzer des bekannten Spitzenhotels „Europäischer Hof“, Miteigentümer des Hotels „Viktoria“ (heute Juristisches Seminar) und Begründer der Heidelberger Hotelfachschule ein über die Stadtgrenzen hinaus renommierter Hotelier unter den Betroffenen befand. Er war u.a. über Jahre im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) führend tätig gewesen, jetzt dessen Ehrenpräsident und verfügte daher über vielfältige Beziehungen. Der Hotelausschuß schaltete im Januar 1951 den DEHOGA ein und verlieh seiner Initiative zugleich vor Ort den nötigen Nachdruck, indem er eine Eingabe an den Landesverband in die Presse lancierte.³³

An die Besatzungsmacht gerichtet forderte er einen Hotelersatzbau in Analogie zu dem kürzlich in Heidelberg eröffneten Geschäftsersatzbau (PX). Angesichts der Position, die Fritz Gabler innerhalb des Fachverbandes einnahm, versteht es sich von selbst, daß diese Forderungen umgehend auch in der Fachpresse erhoben wurden.³⁴ Ende Februar 1951 wandten sich die Heidelberger Hoteliers als „Hotel-Ausschuß-Heidelberg des Landesverbandes“ mit einer Eingabe unmittelbar an die württembergisch-badische Staatsregierung. Neben den bereits bekannten Klagen und Beschwerden enthielt die Eingabe einen konkreten Vorschlag zur Finanzierung eines Hotelersatzbaus: Der Ausschuß rechnete vor, daß die an die Eigentümer aus dem Besatzungskostenetat jährlich bezahlte Nutzungsentschädigung bei weitem ausreichte, um die Zinsen für einen Neubau zu bedienen. Hinzu kämen die nach der Freigabe möglichen Vorteile eines „Dollar-Drive“ durch amerikanische Touristen. Der Vorschlag des Hotelausschusses war insgesamt durchaus konstruktiv und schien einen brauchbaren Lösungsansatz zu bieten, wenn auch die allgemeine Kapitalknappheit – auch für die Kommunen waren Investitionsdarlehen nur sehr schwer zu erhalten – einen Hemmschuh darstellte.

Angesichts dieser Aktivitäten konnte die Stadt nicht umhin, nun auch ihrerseits initiativ zu werden. Sie griff allerdings den vom Hotelausschuß verfolgten Ansatz nicht auf, sondern ging ihre völlig eigenen Wege. Nicht nur vermied sie den offenen Schulter schluß mit den Hoteliers, sondern informierte diese nicht einmal über ihre Maßnahmen, die sie im Frühjahr 1951 einleitete. Dabei verfuhr sie doppelgleisig: Zum einen nahm sie eine Initiative des Bundesministeriums der Finanzen auf. Das BMF hatte sich in Verfolgung einer Weisung des Bundeskanzlers bereits im Dezember 1950 an den Alliierten Unterausschuß für Besatzungskosten gewandt und diesen darauf hingewiesen, daß offensichtlich eine erhebliche Zahl requirierter

Hotels und Beherbergungsbetriebe nicht voll genutzt oder zweckentfremdet würden. Auch im Sinne einer Einsparung von Besatzungskosten hatte er zugleich um Überprüfung von Freigabemöglichkeiten gebeten und dabei 36 Hotels in der Bundesrepublik aufgelistet, deren Freigabe „besonders dringlich“ sei. Von den Heidelberger Hotels war in der Liste nur das Hotel „Viktoria“ aufgeführt.³⁵ Dieser Vorgang veranlaßte die Stadt, sich an das Wirtschaftsministerium in Stuttgart zu wenden und die Aufnahme von vier weiteren Heidelberger Hotels (Bayrischer Hof, Ritter, Perkeo, Molkenkur) in die Liste zu fordern.³⁶ Als zweite Maßnahme wurde die Stadt im April gegenüber dem Deutschen Städtetag initiativ, wobei es allerdings nicht nur um Hotelfreigaben ging, sondern das Problem der Gebäudebeschlagnahmen insgesamt zur Sprache gebracht wurde. Die Stadt befürchtete zu Recht, daß in Anbetracht der amerikanischen Truppenverstärkungen in Europa, die im September 1950 als eine Reaktion auf den Koreakrieg angekündigt worden waren, nun vorrangig in Truppenunterkünfte investiert und die Wohnbauprogramme gestreckt würden. Sie bat den Städtetag deswegen, seinen ganzen Einfluß beim Land und beim Bund dahingehend geltend zu machen, daß rasch und in ausreichender Zahl Jungesellenwohnhäuser (BOQ) sowie Wohnungen für amerikanische Familien gebaut würden.³⁷ Der Städtetag reichte die Eingabe der Stadt an den Interministeriellen Ausschuß der Bundesregierung für Besatzungsfragen weiter,³⁸ rannte damit aber im Grunde nur offene Türen ein, denn das Problem lag dort, wie dargestellt, längst auf dem Tisch.

Dennoch kam jetzt, im April/Mai 1951, vor allem infolge der Aktivitäten des DEHOGA, langsam Bewegung in die Heidelberger Hotelfrage. Mitte April konnte der Hotelausschuß mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammer sowie entsprechender Schützenhilfe der Lokalpresse einen großen Publicity-Erfolg für sich verbuchen: Auf einer Sitzung des IHK wurde von den Versammelten, darunter die Bundestagsabgeordnete Emmy Meyer-Laule (SPD), die Landtagsabgeordneten Anna Hartnagel (DVP) und Dr. Hermann Knorr (SPD) sowie Bürgermeister Josef Amann, in Anwesenheit des Stellvertretenden Residenzoffiziers, Mr. William S. Fitzer, eine Entschließung verabschiedet, in der Neubauten für die Armee u.a. zur „Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit“ für die „Träger des Fremdenverkehrs“ gefordert wurden.³⁹

Die gemeinsame Initiative von IHK und Hotelausschuß zeitigte ein weit über die Publizität hinausgehendes Ergebnis. Die DVP-Abgeordnete Hartnagel brachte im Stuttgarter Landtag einen Antrag ein, in dem die Staatsregierung ersucht wurde, sich in Bonn für die Freigabe der Heidelberger Hotels einzusetzen. Der Antrag erhielt die volle Unterstützung der Heidelberger Landtagsabgeordneten Karl Ebert (SPD), dem Sohn des ehemaligen

Reichspräsidenten, und Dr. Carl Neinhaus (CDU), der von 1928 bis zu seiner Absetzung durch die Amerikaner im April Heidelberger Oberbürgermeister gewesen war. Der Landtag nahm den Antrag einstimmig an.⁴⁰ Der württemberg-badische Finanzminister nahm die Behandlung des Themas im Landtag zum Anlaß, sich mit einem Schreiben an den Bundesminister der Finanzen zu wenden, zumal inzwischen bekannt geworden war, daß das BMF vom Alliierten Unterausschuß für Besatzungskosten bezüglich der Hotelfreigaben eine abschlägige Antwort erhalten hatte. Diese Antwort, so führte der Minister aus, sei „jedenfalls für den Fall Heidelberg als nicht befriedigend empfunden worden“ und der ihm als Lösungsmöglichkeit bereits vorliegende Vorschlag für einen Hotelbau könne „jedenfalls technisch in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt werden“. Auch im Kabinett wurde das Thema behandelt. Das Ministerschreiben wurde kurze Zeit später an die Presse lanciert und erschien im Wortlaut in Heidelberger Tageszeitungen.⁴¹ Bei soviel öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit für das Heidelberger Hotelproblem mochten auch amerikanische Stellen nicht stumm bleiben. Der Vertreter des amerikanischen Hohen Kommissars in Württemberg-Baden, Landeskommissar (Land Commissioner) General Gross kündigte eine Überprüfung an.⁴²

Parallel zu der Initiative der IHK hatte sich der Heidelberger Verkehrsverein beim amerikanischen Hohen Kommissar McCloy für eine Hotelfreigabe eingesetzt. Die Antwort von dort war, wenn auch formalrechtlich korrekt, etwas hilflos, indem HICOG sich für unzuständig erklärte und an die betreffenden Armeedienststellen verwies.⁴³ Offensichtlich gab es innerhalb der Dienststelle des Hochkommissars durchaus Verständnis für das Anliegen des Verkehrsvereins und sie mochte es deswegen auch nicht bei dieser lakonischen Antwort belassen. Vielmehr versuchte man ein Fünkchen der Hoffnung aufrecht zu erhalten, indem man auf die bevorstehende Verlegung von HICOG nach Bonn verwies und andeutete, daß in diesem Zusammenhang das Heidelberger Armeehauptquartier eventuell nach Frankfurt verlegt werde und dann in Heidelberg ein „large scale release of hotels“ zu erwarten sei.⁴⁴ Daran mochte aber vor Ort auch amerikanischerseits niemand glauben – wie sich bald herausstellte zu Recht – und so schien es ratsam, diese Information nicht öffentlich zu verbreiten, um keine falschen Hoffnungen zu erwecken.⁴⁵

Sommer 1951: Schulter schluß von Stadt und Hotelgewerbe

Die diversen Initiativen von Stadt, Verkehrsverein, Hotelausschuß und IHK in der ersten Jahreshälfte 1951 hatten eines erreicht: das Problem als solches war in das Bewußtsein der zuständigen Stellen gedrungen. Ande-

rerseits hatte die Vielfalt der nicht koordinierten Vorstöße auch Fragen und teilweise Verwirrung über die tatsächlichen Zielvorstellungen in Heidelberg hervorgerufen. Dies wurde den Heidelberger Akteuren Anfang Juli in einer Besprechung mit Vertretern des BMF sowie des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums in Stuttgart signalisiert. Teilnehmer aus Heidelberg an der Besprechung waren u.a. der neue Beigeordnete Josef Harnisch sowie Fritz Gabler.

Man einigte sich darauf, eine neue Eingabe der Stadtverwaltung an den amerikanischen Hohen Kommissar in Abstimmung mit dem Hotelgewerbe und den übrigen betroffenen Stellen in Heidelberg zu formulieren, in der mit ausführlicher Begründung die beschleunigte Fortsetzung des Baus von BOQs mit der Zusage gefordert werden sollte, diese im nächsten Jahr zu Ende zu führen. Parallel dazu sollte ein Antrag an den Bundesminister der Finanzen gestellt werden, zusätzliche Finanzmittel aus dem Titel „Kriegsfolgelasten“ für den Bau von Ersatzunterkünften für die in den Hotels untergebrachten Besatzungsangehörigen bereitzustellen. Dieser Antrag sollte aber durch Absprache mit dem im BMF zuständigen Referenten nur greifen, wenn man mit der Eingabe an den Hochkommissar nicht weiterkäme.⁴⁶ Zu diesem zweigleisigen Vorgehen hatte man sich als Kompromißlösung entschlossen, weil der Beigeordnete Harnisch sich gegen die Eingabe an McCloy gewandt hatte, von der er nicht glaubte, daß sie zum Ziel führen würde. Er hatte starke Zweifel daran, daß ohne Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch die Bundesregierung eine Beschleunigung und Änderung der amerikanischen Bauplanung erreichbar sei. Um zu verhindern, daß die amerikanische Armee diese Mittel zusätzlich in ihrem Bauprogramm verplante, sollten mit Mitteln aus dem Einzelplan für „Kriegsfolgelasten“ unter deutscher Regie Gästehäuser gebaut werden, in die zunächst die amerikanischen Offiziere einziehen und die dann später zu Wohnungen für Deutsche umfunktioniert werden könnten.⁴⁷ Diese Überlegungen des Beigeordneten entbehrten nicht der Logik und schienen besonders geeignet, die Interessen des deutschen Steuerzahlers zu berücksichtigen. Zugleich war aber das doppelgleisige Vorgehen auch kompliziert und barg die Gefahr, sich zwischen alle Stühle zu setzen.

Unter Federführung von Harnisch verständigte man sich innerhalb der Stadtverwaltung darauf, eine gemeinschaftliche Eingabe der Stadt, des Arbeitsamtes, der IHK, der Gewerkschaften und des Hotelgewerbes an die amerikanische Hohe Kommission zu verfassen. Im Parallelantrag sollte, wie abgesprochen, die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln durch die Bundesregierung beantragt werden. In den stadtinternen Beratungen zu diesem Antrag war aber nun, entgegen der Absprache mit dem Hotelgewerbe, nicht mehr nur von Gästehäusern, sondern von einem „großen

Hotelprojekt“ die Rede. Wie es zu dieser Änderung der Zielvorstellungen für Ersatzbauten kam, läßt sich leider nicht nachvollziehen. Fest steht aber, daß genau diese Änderung später zu einem wesentlichen Streitpunkt zwischen der Stadtverwaltung und dem Hotel- und Gaststättengewerbe wurde.⁴⁸

Als die Arbeit an den beiden Gesuchen gerade begonnen hatte, erhielt Harnisch von dem zuständigen und ihm von der Besprechung in Stuttgart her persönlich bekannten Referenten im BMF, Ministerialrat Weise, eine Information, die seine Zweifel am Nutzen der Eingabe an den amerikanischen Hochkommissar voll bestätigte. Weise teilte ihm die Antwort der amerikanischen Hohen Kommission auf eine Anfrage der Heidelberger Bundestagsabgeordneten Meyer-Laule mit, die diese zum Problem der Hotelbeschlagnahmungen in Heidelberg im Mai 1951 im Bundestag gestellt hatte. Danach werde es „die andauernde starke Nachfrage nach Junggesellenwohnungen in der Stadt des Hauptquartiers auf abschbare Zeit nicht gestatten, Gebäude in nennenswertem Umfang freizugeben“, aber man sei gerne bereit, „die Freigabe bestimmter Hotels in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, daß die deutschen Behörden Ausweichunterkünfte von vergleichbarer Art und in geeigneter Lage bauen [...] und der Armee dadurch keine Kosten entstehen“.⁴⁹

Der Beigeordnete Harnisch hatte Ende August mit intensiver Zuarbeit der betroffenen Ressorts der Stadtverwaltung den Entwurf eines umfangreichen Memorandums an die amerikanische Zivilverwaltung zur Hotelfrage in Heidelberg fertiggestellt, der umgehend mit den Vertretern des Hotelgewerbes, der IHK und des Arbeitsamtes besprochen wurde und deren „einmütige Billigung“ erfuhr.⁵⁰ Unterzeichnet wurde das Memorandum, außer vom Oberbürgermeister und dem Beigeordneten, vom Leiter des Arbeitsamtes sowie den Vorsitzenden der IHK, des Ortsausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Verkehrsvereins und des Hotel- und Gaststättenverbandes. Unter dem Datum 30. August 1951 ging es in die Post.⁵¹

In dem fünfseitigen Memorandum wurde die besondere Bedeutung des Fremdenverkehrs für Heidelberg und die Situation der „gelähmten Fremdenverkehrsindustrie“ und der dadurch „geschwächten Steuerkraft der Stadt“ ausführlich erläutert. Als Lösungsmöglichkeiten aus Sicht der Unterzeichner wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

- die Beschleunigung des Bauprogramms in der Römerstraße und dessen Abwicklung bis zum Jahre 1953,
- dort nur Einweisung von Personen, die in Heidelberger Hotels untergebracht waren,

- die unverzügliche Freigabe von je einem erst- und einem zweitklassigen Hotel durch
- Zusammenlegung von Besatzungsangehörigen in anderen Hotels und schließlich
- eine schriftliche Zusicherung dieser Maßnahme

Der Parallelantrag ging Ende September auf dem Dienstweg über die Landesbezirksdirektion Karlsruhe und die Stuttgarter Landesregierung an den Bundesminister der Finanzen. Die Stadtverwaltung Heidelberg stellte darin den Antrag,

„ihr Mittel aus dem Einzelplan 27 zur Verfügung zu stellen, die ihr die Möglichkeit geben, 10 Gästehäuser zu je 50 Zimmer mit einem Kostenaufwand von DM 5.000.000,- zu bauen, die zu gegebener Zeit ohne große Kosten in Wohnhäuser umgewandelt werden können.“⁵²

Der württembergisch-badische Finanzminister Dr. Frank leitete den Antrag, „wärmstens befürwortet“ Ende Oktober 1951 an den Bundesminister der Finanzen weiter, nachdem er zuvor mit dem Landeskommissar, General Gross, abgeklärt hatte, daß die amerikanischen Behörden zustimmen würden, und wies zugleich die Vertretung des Landes beim Bund an, „auf baldige Entscheidung des Antrags hinzuwirken.“⁵³ Und tatsächlich wurde der Antrag der Stadt überraschend schnell, schon Mitte November, vom Bundesfinanzminister grundsätzlich positiv entschieden. Bereits im November 1951 konnte Ministerialrat Weise den in Württemberg-Baden damit befaßten Stellen, darunter dem Oberbürgermeister, unter dem Siegel der Vertraulichkeit sein Schreiben an die amerikanische Hohe Kommission zur Kenntnis geben, in dem dieser die positive Entscheidung für die Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel mitgeteilt wird. Auch die Heidelberger Landtagsabgeordneten wurden kurze Zeit später vom württembergisch-badischen Finanzminister über diesen Sachstand unterrichtet.⁵⁴ Im Wortlaut führte Weise aus:

„Da es sich bei der umfangreichen Requisition von Hotelräumen in Heidelberg um einen außerordentlichen Härtefall handelt, ist mein Herr Minister grundsätzlich bereit, Bundesmittel des Einzelplans XXVII [Besatzungsfolgelasten; d. Verf.] für den Bau von Gästehäusern zu Verfügung zu stellen, wenn von der US-Besatzungsmacht eine Freigabe requirierten Wohnraums zugesichert wird.“⁵⁵

Damit schien nun, im Dezember 1951, einer raschen Lösung des Problems der Hotelbeschlagnahmungen in Heidelberg nichts Grundsätzliches mehr im Wege zu stehen. Wenn man die Zeitanätze für die Planung und Realisierung der bisherigen amerikanischen Bauprojekte als Maßstab nahm, konnte man auf den Beginn einer Freigabe binnen Jahresfrist hoffen. Aller-

dings hatte es sich dabei um Projekte in rein amerikanischer Regie gehandelt. Im vorliegenden Fall lag die Projektzuständigkeit in deutscher Hand, wobei eine enge Abstimmung mit den amerikanischen Behörden erforderlich wurde. Realistischerweise mußte man also einen etwas längeren Zeitraum für die Realisierung ansetzen, aber irgendwann im Jahre 1953 würde es wohl soweit sein, so durfte man hoffen.

*1952: Der Hotelersatzbau wird zum Streitobjekt
zwischen Hotelgewerbe und Stadt*

Mit offensichtlichem Optimismus in bezug auf eine baldige Hotelfreigabe machte man sich stadtintern im Dezember 1951 Gedanken darüber, welche Prioritäten bei der zu erwartenden Freigabe zu beachten seien. Oberbürgermeister Dr. Swart billigte eine Prioritätenfolge von 9 Hotels.⁵⁶ Sehr bald stellte sich allerdings heraus, daß die Besatzungsmacht in dieser Hinsicht ihre eigenen Vorstellungen hatte. Die Amerikaner wollten sich aus Kostengründen auf die großen Hotels konzentrieren und daher zunächst nur kleinere Hotels freigeben.⁵⁷ Auch innerhalb der Stadtverwaltung war man sich keineswegs über eine Reihenfolge einig, so daß es in der Folgezeit bei stadtinternen Abstimmungen zu dieser Frage und bei Verhandlungen mit den Armeebehörden mehrfach zu erheblichen Revisionen der Prioritätenliste kam. Dabei waren die betroffenen Hotelbesitzer noch nicht einmal – jedenfalls nicht offiziell – in diese Abstimmungen einbezogen.

Tatsächlich schien es zunächst in der Sache ohne große Verzögerung voranzugehen. Am 10. März 1952 fanden im Heidelberger Rathaus zwischen Vertretern der Bundesregierung und des amerikanischen Hauptquartiers (Headquarters, U.S. Army, European Command = EUCOM) in Heidelberg Verhandlungen zur Frage von Hotelersatzbauten statt.⁵⁸ Der deutsche Verhandlungsführer war der bereits erwähnte Referent im BMF, Ministerialrat Weise. Vertreten waren aber auch die Dienststelle Blank, die Vorläuferin des Bundesministeriums für Verteidigung, sowie die Bundesministerien für Wirtschaft und für Wohnungsbau. Vertreter der Stadtverwaltung oder der Landesregierung nahmen nicht an den Verhandlungen teil, aber die Verhandlungsdelegation der Bundesregierung hatte ihre Position zuvor in einer Besprechung mit der Stadt und der Landesregierung abgestimmt.

Als Ergebnis der Verhandlungen einigte man sich im Grundsatz darauf, daß der Bund 3 Millionen DM an zusätzlichen Finanzmitteln zum Bau von Gästehäusern mit insgesamt 220 Zimmern zur Verfügung stellen und die Besatzungsmacht im Gegensatz mindestens die gleiche Anzahl Hotelräume freigeben werde. Weitere 1,5 Millionen DM sollten für den Bau von

50 Ersatzwohnungen gegen Freigabe requirierter Wohnhäuser aufgewendet werden. Einzelheiten der Planung und Durchführung des Ersatzbauprogramms sollten umgehend zwischen dem amerikanischen Standortkommandanten, der Stadtverwaltung und den lokalen Stellen der Bundesfinanzverwaltung – Besatzungskostenamt und Besatzungsbauamt (später Sonderbauamt) – abgestimmt, gegenüber der Öffentlichkeit sollte vorläufig Stillschweigen gewahrt werden.

Nach dem positiven Auftakt ging es mit der Planung zügig weiter voran. Gut eine Woche später fand die vereinbarte Besprechung der lokalen deutschen und amerikanischen Stellen zur Abstimmung von Einzelheiten statt. Der Verhandlungsführer auf Seiten der Stadt war der Beigeordnete Harnisch persönlich. Die Stadt unterbreitete für die Ersatzbauten insgesamt vier Geländevorschläge. Der neue amerikanische Standortkommandeur, Colonel Schwartz, gab seine Zustimmung zu einem Grundstück in Neuenheim, da es sich im Besitz der Stadt befand und deswegen sofort verfügbar war. Die Bundesbauverwaltung, konkret das Heidelberger Besatzungsbauamt, legte den Rohentwurf eines Bauplanes für ein einzelnes, sechsgeschossiges Unterkunftsgebäude mit insgesamt ca. 200 Zimmern sowie entsprechenden Gemeinschaftsräumen vor. Der Entwurf stimmte zwar mit dem bisherigen und in allen offiziellen Memoranden und Anträgen der Stadt festgeschriebenen Plan, mehrere Gästehäuser zu bauen, nicht überein und war nicht mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe abgestimmt. Doch nichts deutet darauf hin, daß dieser Umstand bei Harnisch oder anderen Besprechungsteilnehmern auf Überraschung oder gar Widerspruch stieß. Der amerikanische Standortkommandeur „fand er den Vorschlag sehr annehmbar“, behielt sich aber die Genehmigung durch das Hauptquartier vor.⁵⁹ Damit war, offenbar ohne weitere Diskussion, eine Vorentscheidung für einen großen Hotelersatzbau gefallen, die kaum noch zu revidieren war.

Nach dieser Entscheidung machte sich das Besatzungsbauamt unverzüglich daran, die Baupläne im Detail auszuarbeiten, um sie dann dem BMF und den zuständigen amerikanischen Dienststellen zu Genehmigung vorzulegen. Alles deutete darauf hin, daß sich das Vorhaben nun auch rasch würde realisieren lassen. Die wesentlichen Entscheidungen waren unter Beteiligung der für die Genehmigung zuständigen Stellen, dem amerikanischen Hauptquartier und dem Bundesministerium der Finanzen, gefallen. Das Geld war zugesagt und man konnte den Eindruck haben, daß die endgültige Genehmigung nur noch eine Formsache war. Jedenfalls scheint Harnisch so gedacht zu haben, denn er stellte Anfang Juni 1952 in Erwartung einer baldigen Genehmigung den Antrag an das Bundesministerium der Finanzen, nunmehr die Mittel für die Ersatzbauten, wie vorgesehen, auch bereitzustellen.⁶⁰

Doch dann machten die Heidelberger Hoteliers dem Beigeordneten einen Strich durch seine Rechnung. Sie waren zwar nach der Unterzeichnung des Memorandums nicht mehr in die Aktivitäten der Stadtverwaltung einbezogen und offenbar auch nicht darüber informiert worden, aber in der Zwischenzeit keineswegs untätig geblieben. Insbesondere Fritz Gabler hatte sich weiterhin über verschiedene Schienen intensiv bemüht, unabhängig von den Planungen für die Ersatzbauten Erleichterungen für die von den Beschlagnahmungen betroffenen Hotel- und Gaststättenbesitzer zu erreichen. Ganz offensichtlich mochte er nicht an eine rasche Realisierung der Neubaupläne glauben und sich auf sie verlassen. Ende Juni nahm er als Mitglied einer Delegation der DEHOGA an Besprechungen im Bundesministerium für Wirtschaft teil. Ziel der Gespräche war es zu erreichen, daß die Interessen des deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes bei den laufenden Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Besatzungsmächten über einen Truppenvertrag berücksichtigt würden.⁶¹ Bei seinen vielfältigen Aktivitäten, möglicherweise bei seinen Gesprächen in Bonn, muß Gabler auch davon erfahren haben, daß bei der Planung der Ersatzbauten zwischenzeitlich eine Entscheidung zugunsten eines großen Hotelersatzbaus gefallen war. Das war jedoch ganz und gar nicht im Sinne des Hotelgewerbes, das einmal mehr künftige Konkurrenz witterte. Ende Juli konfrontierten die Hoteliers den nach dem überraschenden Tod von Dr. Swart im April 1952 gerade erst ins Amt gekommenen neuen Oberbürgermeister Dr. Carl Neinhaus mit einem Protestschreiben, in dem sie unmißverständlich darauf hinwiesen, daß man sich doch eigentlich einig gewesen sei, daß mehrere „kleine Hausblocks oder Gästehäuser“ gebaut werden sollten. Offensichtlich sei aber jetzt ein „konkurrierender Hotelneubau“ geplant. Dieser stelle eine Fehlinvestition dar, weil Heidelberg bereits über genügend Hotelkapazität verfüge.⁶²

In der nach dem Protest der Hoteliers innerhalb der Stadtverwaltung angestellten Prüfung der Frage, wie es zu dem Hotelprojekt gekommen war, versuchte Harnisch den Hoteliers selbst die Schuld zu geben. In einem Aktenvermerk an Bürgermeister Amann zeigte er Unverständnis für den Protest der Hoteliers und behauptete: „Herr Gabler selbst hat in einem Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Swart im Januar d. Js. den Wunsch ausgesprochen“. Freilich ist dies als Schutzbehauptung zu werten, denn weder gibt es für diese Behauptung irgendeinen Beleg – Dr. Swart war seit drei Monaten tot – noch ist ein Grund erkennbar, warum Fritz Gabler diesen Wunsch, der seinen eigenen Interessen zuwidergelaufen wäre, geäußert haben sollte.⁶³ In einer Besprechung mit der Stadtverwaltung erklärte Gabler deswegen auch, „daß die seinerzeitigen Besprechungen mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Swart darauf hinausgingen, die Wohnblocks der

Amerikaner weiterzuführen und Gästehäuser [...] zu erstellen“.⁶⁴ Harnisch entzog sich ihm gegenüber dadurch seiner – mindestens – Mitverantwortung, daß er bekundete, die Planung des Projekts in dieser Form sei von den Bundesbehörden eigenständig vorgenommen worden und die Stadt habe praktisch keinen Einfluß darauf gehabt. Sie werde sich aber jetzt voll hinter die Hotelerie stellen.⁶⁵

Jedenfalls war nun guter Rat teuer, denn angesichts des Projektstandes hätten Forderungen nach wesentlichen Änderungen ein Risiko für das Scheitern des ganzen Ersatzbauprojektes bedeutet, zumindest aber zu erheblichen Verzögerungen geführt. Um eine offizielle Intervention der Hoteliers in Bonn zu verhindern, lud die Stadt sie zu einer Besprechung ein, die Anfang August zustande kam. Es gelang ihr aber nur teilweise, deren Bedenken zu zerstreuen und auch von einer Intervention bei der Bundesregierung über den Hotel- und Gaststättenverband waren sie nicht gänzlich abzubringen. Immerhin einigte man sich darauf, daß der DEHOGA in Bonn das Projekt als Maßnahme zur Freigabe der Hotels an sich begrüßen sollte. Allerdings wollte man nicht darauf verzichten, zugleich die Erwartung auszusprechen, daß daraus keinerlei Konkurrenz für das Heidelberger Hotelgewerbe entstehen dürfe.⁶⁶

Für einige Wochen trat nun wieder Ruhe ein und das Projekt schien sich der Realisierung zu nähern. Anfang September 1952 erhielt die Stadt auf der Arbeitsebene von den Amerikanern die Information, daß das neugebildete Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg, USAREUR,⁶⁷ die Hotelbaupläne inzwischen gebilligt habe. Aufgrund einer kleinen Anfrage der Bundestagsabgeordneten Meyer-Laule erfuhr nun auch die Öffentlichkeit, daß die Bundesregierung ein Ersatzbauprojekt einschließlich dem Bau eines „Gästehauses“ finanzieren wolle. Nur die offizielle Zustimmung der Amerikaner stehe noch aus.⁶⁸ Wenige Tage später teilte der amerikanische Post Commander in einer Besprechung mit der Stadt und den lokalen Bundesbehörden dann auch offiziell mit, daß die Pläne genehmigt seien.

Doch nun, da alles auf eine baldige Realisierung des Vorhabens hindeutete, tauchten neue Probleme auf. Der DEHOGA hatte wegen der Ersatzbauten für beschlagnahmte Hotels doch beim Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) interveniert und eine generelle Zusicherung verlangt, daß dem Hotel- und Gaststättengewerbe aus den Ersatzbauten keine Konkurrenz erwachsen würde.⁶⁹ Zudem hatte das BMF selbst in bezug auf das von den Amerikanern vorgeschlagene Verfahren einer Vereinbarung zwischen der Stadt und dem amerikanischen Standortkommandeur Bedenken. Die nunmehr aufgetretenen Probleme sollten in einer Besprechung auf hoher Ebene gelöst werden. Dabei hoffe man, so die Begründung gegenüber der Stadt, eine Einigung darüber zu erzielen, die bisher für den Hotelersatzbau

vorgesehene Ausstattung zu reduzieren, um dem vom DEHOGA erhobenen Vorwurf der „Großzügigkeit“ zu begegnen. Zugleich sollte im Verbund mit der Stadt versucht werden, den DEHOGA zur Zurücknahme seiner Forderungen zu veranlassen.⁷⁰

Diese Entwicklung bedeutete nicht nur eine Verzögerung der Realisierung des Ersatzbauprojekts, sondern dessen Gefährdung insgesamt, denn es war höchst fraglich, ob die dafür im Bundeshaushalt eingestellten Mittel auf längere Sicht gesichert werden konnten. Schließlich war Heidelberg nicht die einzige Stadt, in der eine größere Zahl von Hotels beschlagnahmt war und die auf Unterstützung der Bundesregierung hoffte.⁷¹ Zudem wäre mit der für die nahe Zukunft erwarteten Ratifizierung des Deutschlandvertrages und der Aufhebung des Besatzungsstatutes die Finanzierung von Bauten für die Stationierungstreitkräfte auf eine völlig neue Grundlage gestellt und die noch nicht angewiesenen Mittel womöglich anders verplant worden. Kein Wunder also, wenn die Rhein-Neckar-Zeitung beschwörend forderte: „Fangt endlich an zu bauen!“⁷² Sie war offensichtlich von der Stadtverwaltung mit Insider-Informationen versehen worden, mittels derer Druck auf die vermeintlich das Projekt blockierenden Hoteliers ausgeübt werden sollte. Und tatsächlich wurden diese durch die Zeitung an den Pranger gestellt:

„Sollte es wahr sein, daß eine Heidelberger Interessengruppe mit allen Mitteln über das Bundeswirtschaftsministerium versucht, des Gästehauses zu verhindern? [...] Die Heidelberger Öffentlichkeit kann solche ichbezogenen Manipulationen nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen.“⁷³

Die Hoteliers sahen sich allerdings völlig zu Unrecht des Taktierens beschuldigt und reagierten sofort mit einer Gegenerklärung. Sie verwahrten sich energisch und wohl zu Recht dagegen, daß man ihnen die Alleinschuld an der Verzögerung zuschieben wollte.⁷⁴

1953: Der Hotelersatzbau wird zum Großprojekt und bereitet Finanzierungsprobleme

Anfang Februar 1953 kam wieder Bewegung in die Angelegenheit, als die Besprechungen „auf hoher Ebene“ zwischen HQ USAREUR und BMF zustandekamen. Die Stadt war an den Besprechungen nicht beteiligt, aber als Ergebnis wurde ihr mitgeteilt, daß „nunmehr alle Unklarheiten mit der amerikanischen Besatzungsmacht über die Einzelheiten des Hotelersatzbaus [...] geklärt seien“.⁷⁵ Doch wer glaubte, daß jetzt mit dem Bau oder auch nur dessen Ausschreibung begonnen werden konnte, irrte sich. Das BMF hatte sich zwar mit den Amerikanern geeinigt, erhob aber zugleich

Zusatzforderungen an die Stadt. Zum einen war es nicht mit dem angebotenen Baugelände einverstanden, da es wegen der geringen Größe kaum Gestaltungsmöglichkeiten ließ, und zum anderen verlangte es einen Architektenwettbewerb zur Gestaltung des Gesamtprojekts. Immerhin konnte man sich in Heidelberg etwas damit trösten, daß die amerikanische Besatzungsmacht am 19. Februar 1953 völlig unabhängig von dem laufenden Projekt das Hotel „Ritter“ freigab.⁷⁶

Die Stadt war angesichts dieses Rückschlags mehr denn je bestrebt, ihr Möglichstes für die Realisierung des Hotelbauprojekts zu tun. Das Geländeproblem wurde von ihr umgehend gelöst. Der Stadtrat beschloß bereits einen Tag später, dem Bund nunmehr ein wesentlich großzügigeres Grundstück in bester Lage am nördlichen Brückenkopf der Ernst-Walz-Brücke anzubieten. Dennoch war wegen der Forderung nach einem Architektenwettbewerb an einen baldigen Baubeginn nicht zu denken. Naturgemäß mußte dieser eine weitere erhebliche Verzögerung des Projekts zu Folge haben, auch wenn der Oberbürgermeister dies leugnete und Zweckoptimismus verbreitete.⁷⁷ Die RNZ nahm die ganze Entwicklung mit Humor und vermeldete ihren Lesern als Aprilscherz 1953: „Gästehaus für fünftausend Amerikaner – Bundeszuschuß auf 8,5 Millionen DM erhöht – Modellausstellung bei der Ernst-Walz-Brücke“.

In der Zwischenzeit konnten sich die Heidelberger aber noch einmal damit trösten, daß die Amerikaner von sich aus zwei kleinere Gasthäuser mit Hotelbetrieb („Frank'sche Weinstuben“ und „Roter Hahn“) und ein Verbindungshaus freigaben.⁷⁸ Ende Juli ging es dann auch mit dem Hotelersatzbau weiter. Es waren sieben Entwürfe für das Hotelersatzbauprojekt eingereicht worden. Die Jury entschied sich für den Vorschlag eines Heidelberger Architektenkonsortiums.⁷⁹ Wieder einmal hoffte man in der Stadtverwaltung, daß das Projekt nun endlich zügig angegangen würde und machte sich erneut Gedanken darüber, wie die Prioritäten für die Freigabe neu festzulegen seien. Als man sich dieserhalb auch an die Besatzungsmacht wandte, teilte diese – wohl weil ihr ob des ganzen Hin und Her zwischenzeitlich Zweifel an dem gesamten Projekt gekommen waren – dem Oberbürgermeister aber nur mit: „dass jegliche Diskussion über eine Änderung der bis jetzt aufgestellten Hotellisten zurückgestellt wird, bis die Pläne [...] eine feste Form angenommen haben. [...] Zur Zeit ist noch nicht klar bewiesen, dass die Pläne des Gästehausneubaues auch verwirklicht werden.“⁸⁰

1954: Der BMF bekommt „kalte Füße“
und die Amerikaner helfen sich selbst

Die Skepsis der Amerikaner war nur allzu berechtigt, wie sich bald herausstellte. Nach der Entscheidung der Jury war erst einmal ein Stillstand eingetreten. In Verwaltungsbesprechungen der Stadt im September und Oktober 1953 konnten die zuständigen Dezernenten dem Oberbürgermeister auf dessen Fragen keine Auskunft darüber geben, ob der Baubeginn bereits feststehe. Statt dessen konnten sie nur vage Andeutungen darüber machen, daß wohl „bei der Finanzierung gewisse Schwierigkeiten“ eingetreten seien, die man nach Rückfrage beim BMF auch bald bestätigt fand.⁸¹

Um zu retten, was noch zu retten war, entsandte der Oberbürgermeister seinen Beigeordneten zu Verhandlungen nach Bonn. Bei den Besprechungen Anfang November beteuerte ihm Ministerialrat Weise zwar, daß das Bundesfinanzministerium weiterhin zu dem Hotelersatzbau stehe, bestätigte aber zugleich noch einmal nachdrücklich das Finanzierungsproblem. Die Stadt hoffte dennoch, den BMF zum Einlenken und zur Erhöhung der Bausumme bewegen zu können und der Oberbürgermeister richtete deswegen mehrere Schreiben an das Ministerium.⁸² Parallel wurde zwischen dem Stadtbauamt, dem Besatzungsbauamt und dem Architektenkonsortium über Einsparungen an der Bausumme verhandelt. Das gelang mit leidlichem Erfolg. Am Ende des Jahres hatte man sich in diesem Kreis auf eine Summe von 4,8 Millionen geeinigt.⁸³

Aber auch diese Summe war das BMF nicht bereit zu akzeptieren. Seitens des Ministeriums bestünden größte Bedenken, den Hotelersatzbau in der geplanten Form durchzuführen, hieß es. Das Projekt sei so gegenüber anderen Ländern und Gemeinden nicht zu vertreten. Es werde daher notwendig, an eine vollkommen neue Planung zu gehen und wesentlich kostensparendere Ersatzbauten zu errichten. Die ursprünglich veranschlagten 3,5 Millionen DM dürften nicht überschritten werden. Dieses sei durchaus erreichbar, wenn statt des Hotelersatzbaus Junggesellenwohnheime nach amerikanischem Muster für insgesamt 200 Personen errichtet würden.⁸⁴ Damit war man Anfang 1954 im Grunde wieder an dem Punkt angelangt, von dem aus man in der ersten gemeinsamen Besprechung zwischen Stadt und BMF im März 1952 gestartet war.

Der Öffentlichkeit blieb diese Entwicklung nicht verborgen. Mitte Januar berichtete die Lokalpresse, daß der Hotelersatzbau fragwürdig geworden sei.⁸⁵ Aufgrund der Pressemeldung mußte der Oberbürgermeister im Stadtrat Rede und Antwort stehen. Dabei wies er darauf hin, daß es der Bund gewesen sei, der das Projekt eines Hotelersatzbaus angeregt habe. Nun reichten aber die bereitgestellten Mittel dafür nicht aus und nun habe

der Bund „kalte Füße bekommen“. Er wolle aber den Hotelersatzbau noch keineswegs endgültig abschreiben. Möglichkeiten das Projekt doch noch zu verwirklichen sehe er darin, daß die Stadt das Grundstück kostenlos bereitstelle und auch die Anschlußkosten übernehme. Allerdings wolle er angesichts der städtischen Finanzlage von diesen Möglichkeiten erst Gebrauch machen, wenn nur dadurch das Projekt zu retten sei.⁸⁶ Um die noch bestehenden Möglichkeiten auszuloten, fuhr der Oberbürgermeister persönlich nach Bonn. Bei seinen Gesprächen konnte er als äußerstes Entgegenkommen erreichen, daß eine Gesamtsumme von 4 Millionen DM akzeptiert wurde.⁸⁷ Doch damit war der Hotelersatzbau, wie er in den bereits revidierten Plänen vorgesehen war, nicht zu finanzieren. Und so stand die Stadt vor der Wahl, die Pläne noch einmal auf Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen und, wie angedeutet, selbst einen Teil der Kosten zu übernehmen oder auf den Hotelersatzbau zu verzichten und statt dessen nun doch Junggesellenwohnheime (BOQs) zu bauen.

Noch war die Stadt nicht bereit, die zweite Alternative ins Auge zu fassen und hoffte mit amerikanischer Unterstützung Druck auf das BMF ausüben und den Hotelersatzbau doch noch durchsetzen zu können. Dazu ließ sich die Stadt durch den amerikanischen Standortkommandeur bestätigen, daß aus Gründen der laufenden Kosten ein einzelner Hotelersatzbau der BOQ-Alternative vorzuziehen sei. Wenn man jedoch BOQs bauen wolle, dann müßte zusätzlich ein Kantinenbau erstellt werden.⁸⁸ Und um eventuellen neuen Interventionen der Heidelberger Hoteliers vorzubeugen, lud der Oberbürgermeister diese zu einer Besprechung ein, bei der er sie über den Sachstand informierte und auf die Linie der Stadt einschwor.⁸⁹ Schließlich gelang es der Stadt im Benehmen mit der Architektengruppe auch, die Pläne für den Hotelersatzbau so zu ändern, daß die Kosten auf 4 Millionen DM begrenzt wurden.⁹⁰ Mit diesen, wie man bei der Stadt hoffte, starken Argumenten für den Hotelersatzbau wandte sich der Oberbürgermeister schriftlich an Ministerialrat Weise und bat ihn, „dem Herrn Bundesfinanzminister vorschlagen zu wollen, daß die Freigabe der Mittel umgehend verfügt wird.“⁹¹

Doch dafür war es zu spät. Inzwischen war, ohne daß die Stadt dies ahnte, die Entwicklung über die Planung für einen Hotelersatzbau hinweggeschritten und der Brief wurde erst gar nicht beantwortet. Das Bundesministerium der Finanzen hatte dem amerikanischen Hauptquartier über das Besatzungsbauamt parallel zu den Bemühungen der Stadt und, ohne diese zu unterrichten, in deren großem Bauprojekt im Hegenichhof, dem heutigen Patrick Henry Village, den Bau von vier zusätzlichen BOQs anstelle des Hotelersatzbaus angeboten.⁹² Die Amerikaner hatten allerdings in ihrem Bauprojekt bereits selbst eine ausreichende Anzahl von BOQs eingeplant.⁹³

Auf die seit Jahren avisierten zusätzlichen Mittel mochten sie aber deswegen noch lange nicht verzichten, und sie stellten daher für die Freigabe der Hotels die Bedingung, daß mit diesen Mitteln andere Ersatzbauten errichtet würden. Damit erklärte sich das BMF grundsätzlich einverstanden. Was HQ USAREUR dann tatsächlich forderte, schien dem BMF dann aber doch unangemessen, nämlich neben einem Clubgebäude auch 2 Schwimmbäder, 3 Jugendheime und 22 Tennisplätze. Aus haushaltsrechtlichen Gründen lehnte es den Bau von Sporteinrichtungen und Jugendheimen ab. Aber anstelle eines Hotelersatzbaus bzw. von BOQs, die letztendlich der Stadt zugute gekommen wären, bot das BMF der amerikanischen Armee gegen die Freigabe aller requirierten Hotels nunmehr den Bau eines Clubgebäudes nebst Bettenflügel für Generale im Gesamtbetrag von 2,5 Millionen DM an.⁹⁴ Die Amerikaner stimmten zu und so wurde dieses Projekt auch rasch in die Tat umgesetzt.

Die Stadt erfuhr von der neuen Planung – zunächst inoffiziell – im Juni 1954.⁹⁵ Der Oberbürgermeister stimmte ihr – ebenso inoffiziell – zu, um endlich das Problem der beschlagnahmten Hotels lösen zu können.⁹⁶ Im Oktober 1954 erhielt die Stadt schließlich offiziell und schriftlich die Ankündigung der Amerikaner, daß man ab April 1955 mit dem Beginn der Freigabe der Heidelberger Hotels rechnen könne, ohne daß man sich allerdings auf einen verbindlichen Termin festlegen mochte.⁹⁷ Ende Oktober konnten die Tageszeitungen den Heidelbergern diese frohe Botschaft verkünden.

1955: Endlich! Die Freigabe der Hotels

Aufgrund der amerikanischen Ankündigung hatte man in Heidelberg gehofft, bereits in der Saison 1955 über erheblich mehr Hotelraum zu verfügen als bislang. Tatsächlich wurde bereits Anfang Januar als erstes Hotel der „Holländer Hof“ freigegeben.⁹⁸ Doch dabei blieb es dann auch zunächst. Unmittelbar nach der Übergabe des Hotels teilte die amerikanische Armee mit, daß sich die weitere Freigabe von Hotels verzögere, weil die Mittel für den Bau von BOQs zu spät bereitgestellt worden seien.⁹⁹

Noch einmal waren die Hoffnungen enttäuscht worden. Nur die „große Freigabe-Welle“ der beschlagnahmten Wohnhäuser war im April angelauten, während die Hotels weiter beschlagnahmt blieben.¹⁰⁰ Erst in der ersten Septemberwoche 1955, am Ende der Fremdenverkehrssaison, war es dann auch für die Hotels soweit. 21 BOQs und ein Kasinogebäude in „Patrick-Henry-Village“ waren fertiggestellt und konnten ihrer Bestimmung übergeben werden. Kurz darauf begann der große Umzug und einen Monat

später wurden die noch beschlagnahmten 11 Hotels ihren Eigentümern zurückgegeben.

Freilich war damit das Kapitel Hotelbeschlagnahme und -freigabe noch nicht ganz abgeschlossen. Die Hotels waren zehn oder – im Falle einer vorangegangenen Beschlagnahme durch die Wehrmacht – mehr Jahre beschlagnahmt gewesen und als militärische Unterkunft genutzt worden. Während der ganzen Zeit waren meist keine größeren Instandsetzungsarbeiten durchgeführt worden. Bevor die Betriebe wiedereröffnet werden konnten, mußte das nachgeholt werden. So mischte sich in die Freude über die Freigabe auch die Sorge, wie die notwendigen umfangreichen Renovierungs- oder gar Modernisierungsmaßnahmen finanziert werden könnten. Ohne staatliche Hilfe in Form von günstigen Krediten war dies in vielen Fällen gar nicht zu bewerkstelligen. Wenigstens hier konnte die Bundesregierung helfen und war auch bereit dazu, wie sich in einer Besprechung des Heidelberger Verkehrsdirektors mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern des Bundesministers der Finanzen ergab.¹⁰¹ Der kommende Winter wurde für die Renovierung und Modernisierung genutzt und für die Fremdenverkehrssaison 1956 konnte die Neckarstadt stolz vermelden, daß dafür wieder rund 3200 Gästebetten zur Verfügung stehen würden, was nahezu einer Verdoppelung der Bettenzahl gleichkam.¹⁰² Jetzt endlich war Heidelberg wieder eine „Fremdenstadt mit Fremdenbetten“.

Anmerkungen

- 1 Knapp 10% der Betten in Heidelberger Beherbergungsbetrieben waren lt. einer Aufstellung des Statistischen Amtes der Stadt vom 14.7.1951 (Stadtarchiv Heidelberg (StadtA HD), Altaktei (AA) 239 K/2, 5d) allerdings mit Flüchtlingen belegt oder anderweitig zweckentfremdet. Neben den Hotels waren in Heidelberg auch fast 1500 Wohnungen beschlagnahmt. Angesichts der Wohnraumnot war dies ein mindestens so ernstes Problem wie die Hotelbeschlagnahmen, das jedoch hier nicht behandelt wird.
- 2 Vgl. dazu Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit. Heidelberg 1994, S.72ff.
- 3 Vgl. David B. Lane u.a.: The U.S. Army Deutsche Mark Construction Program, 1953–1957. (Headquarters, United States Army, Europe, Historical Division) o.O. 1958, S. 14. Danach galt selbst noch in dieser Zeit: „Most petitioners were given the standard reply that the properties were still needed for military purposes but would be released as soon as they became surplus to military needs, when German authorities furnished comparable alternate facilities, or when the properties were released by new [...] construction.“
- 4 1947 hatte der Stadtrat ein Rechtsgutachten des bekannten Heidelberger Staatsrechtlers Prof. Dr. Walter Jellinek zum Requisitionsrecht einholen lassen und es der Landesregierung vorgelegt, ohne daß es irgendeine Wirkung zeitigte. StadtA HD: Protokoll der Sitzung des Stadtrates am 30.1.1947 und 13.2.1947; vgl. dazu und zu Wohnraumbeschlagnahmungen in dieser Zeit insgesamt auch Reutter a.a.O., S.73f.

- 5 Heidelberger Amtsanzeiger (HA) 14.10.1949
- 6 Vgl. Reutter a.a.O., S.130f.
- 7 Ein Jahresbericht von HQ EUCOM faßt für 1949 die Situation wie folgt zusammen:
„Total housing requirements in the Command in 1949 were approximately 18.000 dwelling units but there was a shortage of approximately 4.000 units. [...] The increasingly serious problem of housing was brought about by several factors, one of which was the end of requisitioning of German properties for occupation personnel in 1947.“ (Historical Division European Command: Headquarters European Command Annual Narrative Report 1 January – 31 December 1949; Occupation Forces in Europe Series, 1949. Karlsruhe 1950)
- 8 Vgl. Reutter a.a.O., S.130 f.
- 9 StadtA HD AA 239 K/2,5d: Stadtverwaltung Heidelberg – Statistisches Amt: Der Fremdenverkehr in Heidelberg, 14. Juli 1951.
- 10 RNZ 23.3.1949
- 11 RNZ 7.3.1949
- 12 RNZ 16./17.7.1949
- 13 HA 29.7.1949
- 14 HA 19.9.1949
- 15 Heidelberger Tageblatt (HTB) 4.11.1949
- 16 HTB 11.11.1949
- 17 Besatzungsstatut vom 10. April 1949, Ziff. 2.e) bzw. Ziff. 9: zitiert nach Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 5. Aufl. Bonn 1991, S.449f.
- 18 RNZ 22.7.1949; HTB 15.7.1949
- 19 RNZ 14.12.1949. Lt. OB Dr. Swart waren im Laufe des Jahres 8 kleinere Hotels und Gaststätten, 11 gewerbliche Unternehmen und zwei öffentliche Gebäude (Kurfürstliches Museum und Gewerbeschule) freigegeben worden.
- 20 Es ging dabei zunächst um die Firmen A.Kraus KG. und Bredl & Co.. In die Diskussion schaltete sich bald auch die Stadtverwaltung, die amerikanische Zivilverwaltung, die Industrie- und Handelskammer, die Gewerkschaft sowie zahlreiche ebenfalls von Beschlagnahmungen betroffenen Geschäftsleute ein. Das Heidelberger Tageblatt richtete in diesem Zusammenhang sogar ein Schreiben an den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy. Siehe RNZ 24.11. sowie 1., 9., 14. und 31.12.1949; HTB vom 10./11., 13., 29. und 31.12.1949.
- 21 Die offizielle Bezeichnung dieser HICOG-Vertreter vor Ort war Kreis-Resident-Officer (KRO). Zur Einordnung und Funktion der KRO's. u.a.: Guy A. Lee: Field Organization of the U.S. Commissioner for Germany, 1949–1952. History Division, Office of the Executive Secretary, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. O.O. 1952; William P. Harris: My Job in Germany, 1950–1955. In: Michael Ermarth (ed.): America and the Shaping of German Society, 1945–1955. Ann Arbor MI 1993, S.182–189
- 22 HTB 30.12.1949
- 23 Mr. Neel vermerkte dazu in seinem Wochenbericht: „Although this statement seems to have put an end to the newspaper crusade for the release of army-requisitioned business premises, the Rhein Neckar Zeitung soon discovered another problem, equally dear to its heart: derequisitioning of army occupied Heidelberg hotels.“ (Resident Officer Heidelberg: Weekly Intelligence Report January 5, 1950. National Archives and Record Administration (NARA), Record Group 477: U.S. High Com-

- mission for Germany, U.S. Land Commissioner for Württemberg-Baden, Field Operations Division)
- 24 Die Diskussion über das Spielkasino-Projekt nimmt in der Berichterstattung von RNZ und HTB in den Jahren 1949 u. 1950 breiten Raum ein.
- 25 RNZ 30.12.1949
- 26 RNZ 13.1.1950 u. 26.5.1950
- 27 Nach Art. 120 GG waren die Besatzungskosten von den Ländern auf den Bund übergegangen. Aufgrund eines Überleitungsgesetzes wurden sie allerdings noch bis zum 31. März 1950 von den Ländern bezahlt. (vgl. Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 306 Anm.15). Vgl. auch: The U.S. Army Construction Program in Germany, prep. by G. Tays; Historical Division, Headquarters United States Army, Europe. o. O. 1955, S. 50
- 28 HA vom 4.8.1950. Auch die amerikanische Hohe Kommission hoffte auf einen „Tourist Dollar Drive“, wobei er bedauernd feststellte, daß in Heidelberg noch die meisten großen Hotels von der US-Armee beschlagnahmt seien. (Information Bulletin Office of US High Commission for Germany; February 1950, p. 10)
- 29 S. Anm. 1
- 30 RNZ 4.7.1950
- 31 In der Kabinettsitzung am 6.10.1950 brachte Bundeskanzler Adenauer das Thema zur Sprache. Im Protokoll heißt es dazu: „Der Bundeskanzler hält das Vorgehen der amerikanischen und französischen Dienststellen bei der Beschlagnahme von Hotelbetrieben nicht mehr für tragbar und ersucht den Bundesminister der Finanzen, Ministerialdirektor Blankenhorn mit Unterlagen über die finanziellen Auswirkungen zwecks Verwertung im Gespräch mit den Hohen Kommissaren zu versehen.“ (Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 737). Die Bundesregierung hatte zudem im Oktober 1950 einen interministeriellen Ausschuß gebildet, der sich speziell mit den Fragen beschäftigen sollte, die sich im Zusammenhang mit der Unterbringung der zusätzlichen amerikanischen Besatzungstruppen ergaben. (Ebda, S. 746)
- 32 Darüber berichtete der Leiter des Verkehrsamtes nach Teilnahme an einer Fremdenverkehrstagung in Köln Ende Oktober. Er nannte dabei als solche Stellen u.a. die Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr und den Deutschen Hotel- und Gaststätten-Verband. (StadtA HD, AA 239 K/2, 5b: Verkehrsamt, Dr. Steinbauer vom 23.10.50 an Oberrechtsrat Amberger)
- 33 HTB 11.1.1951
- 34 Allgemeine Hotel- und Gaststättenzeitung, Nr.5 vom 3.2.1951
- 35 StadtA HD, AA 239 K/2, 5b: Bundesministerium der Finanzen IIC Bes. 4035-34/50 – Ministerialdirektor Prof. Dr. Oeftering vom 30. Dezember 1950 an Monsieur B. Mazodier, Sous Directeur des Finances Publiques – Division de l'Economie Générale et des Finances (Abschrift von Abschrift). Die näheren Umstände für das Zustandekommen der Hotelliste wurden nicht ermittelt. Vgl. a. Anm.30
- 36 StadtA HD, AA 239 K/2, 5a: Oberbürgermeister/Ref.I vom 10.3.1951 an Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden. Die Anzahl der in Heidelberg beschlagnahmten Betten wird hier mit insgesamt 632 angegeben. Diese Zahl liegt erheblich unter der später immer wieder benutzten Zahl von rd. 1 300 beschlagnahmten Betten. Die Stadtverwaltung besaß zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch keinen genauen Überblick über die Lage im Hotel- und Gaststättengewerbe, wie dies auch aus einem stadtinternen Schreiben des Verkehrsamtes vom 15.2.1951 an Oberrechtsrat Amberger hervorgeht (StadtA HD AA 239 K/2, 5a)

- 37 StadtA HD, AA 239 K/2, 5a: Oberbürgermeister/Ref.I vom 18.4.1951 an Deutschen Städtetag
- 38 StadtA HD AA 239 K/2, 5a: Deutscher Städtetag Abt. 8/6501 vom 27.4.1951 an Stadtverwaltung Heidelberg. Zum Interministeriellen Ausschuss s. Anm.31
- 39 HTB 16.4.1951
- 40 RNZ 10.5.1951
- 41 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Der Finanzminister Württemberg-Baden Nr.:XIV B9-5579 vom 14.Juni 51 an den Bundesminister der Finanzen (Abschrift). Am 25.6.1951 war das Thema Gegenstand in der Kabinettsitzung. Das HTB druckte den Brief im Wortlaut in seiner Ausgabe vom 29.6.1951.
- 42 RNZ 11.5.1951
- 43 StadtA HD AA 239 K/2, 5d: U.S. HICOG – Headquarters – June 19, 1951 an Dr. Steinbauer, Heidelberger Verkehrsverein sowie Office of the Land Commissioner for Württemberg-Baden June 26, 1951 an Heidelberger Verkehrsverein.
- 44 Ebda
- 45 StadtA HD AA 239 K/2, 5a: Stadtverwaltung – Referat I vom 9.Juli 1951 an Geschäftsführer Heidelberger Verkehrsverein
- 46 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Aktennotiz Dez.III vom 9.Juli 1951 über die Besprechung am 7.Juli 1951
- 47 Ebda. Die Mittel für Baumaßnahmen der Besatzungsstreitkräfte wurden aus dem Einzelplan XXIV des Bundeshaushalts bereitgestellt. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus dem Einzelplan XXVII war haushaltsrechtlich möglich, wenn sie, wie im vorliegenden Fall, für Ersatzbauten für Besatzungsverdrängte verwendet wurden. So waren schon im Bundeshaushalt 1950 35 Millionen DM für Ersatzbauten veranschlagt.
- 48 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Vermerk Dez III vom 11. Juli 1951 über die Besprechung desselben Tages. Harnisch bezeichnete das Bauprojekt später, als man damit bei den Hoteliers auf Widerstand gestoßen war, als „Unterkunftshaus“ (239 k/2, 5d: Dez II vom 24.Juli 1952 „Auszug aus den Akten des Dezernats III). Doch war im Juli 1951 stadintern bei den Planungen sehr wohl von einem „Hotelprojekt“ die Rede und es wurden dafür auch konkrete Pläne entwickelt (ebda: Städtisches Hochbauamt vom 14. Juli 1951 an Dez.III). Offensichtlich hoffte die Stadt, ihr nicht durchsetzbares „Spielkasinoprojekt“ jetzt mit amerikanischer Unterstützung als „Hotelprojekt“ doch noch durchsetzen zu können. Dafür spricht die Tatsache, daß von einem solchen Projekt den Amerikanern gegenüber bereits unmittelbar nach der Ablehnung des Spielkasinoprojektes die Rede war. In einem Aktenvermerk vom Juli 1950 heißt es dazu: „Oberbaudirektor Hussong erläuterte den mit Herrn Oberbürgermeister besprochenen Plan an der Neuen Brücke [...] ein 6–7 stöckiges Hochhaus zu errichten. Im Erdgeschoß solle ein Restaurant, im ersten Stock ein Café und in den übrigen Stockwerken Einzelzimmerwohnungen für Jungesellen vorgesehen werden.“ (StadtA HD AA 277 a/1: Aktenvermerk Ref. I. v. 7. Juli. 1950 betr.: Fünfjahreswohnungsbauprogramm der Armee, hier: Besprechung vom 6. Juli.1950)
- 49 Ebda: Bundesminister der Finanzen IIC Bes (HK) 4035–204/51 vom 25.Juli 1951 an Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg.
- 50 Ebda: Vermerk Dez.III vom 29. August 1951 über die Besprechung am 28.August 1951
- 51 Ebda: Stadtverwaltung/Dez.III vom 30. August 1951 „Memorandum an die amerikanische Zivilverwaltung betreffend Hotelraumfrage in Heidelberg“. Ein Anschreiben

- zu dem Memorandum konnte nicht ermittelt werden, so daß unklar bleibt, an wen es tatsächlich gesandt wurde. Offensichtlich wurde es dem Rezidenzoffizier zur Übersetzung und Weiterleitung übergeben (vgl. StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Dez.III He./Ro. vom 24. Juli 1952 „Heidelberger Hotelraumfrage: Auszug aus den Akten des Dezernats III“).
- 52 Ebda: Oberbürgermeister/Dez III vom 28. September an Bundesregierung – Finanzministerium a.d.D.. Es verdient festgehalten zu werden, daß hier in einem offiziellen Papier, anders als in den stadtinternen Beprechungen, noch nicht von einem Hotelprojekt die Rede ist, das bald die Gemüter erregen sollte.
- 53 Ebda: Finanzminister Württemberg-Baden Nr. XIV B9i-11555 vom 30. Oktober 1951 an Bundesminister der Finanzen (Abschrift)
- 54 Ebda: Finanzminister Württemberg Baden Az XIV B9i-13048 vom 30. November 1951 an die Abgeordneten Karl Ebert, Dr. Otto Gönnerwein, Emil Henk, Dr. Karl Neinhaus und Anna Hartnagel.
- 55 Ebda: Bundesminister der Finanzen IIC BLG 1442-124/51 u. IIC BLG 1726-24/51 vom 23. November 1951 an Finanzminister Württemberg-Baden, Präsident des Landbezirks Baden u. Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg
- 56 StadtA HD AA 239 k/2, 5a: Ref.I vom 17.12.1951 Aktenvermerk über eine stadtinterne Besprechung 15.12.1951.
- 57 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Ref. I vom 27. Februar 1952: Aktennotiz über eine Besprechung OB Dr. Swart mit Colonel Lloyd und Colonel Schwartz
- 58 S. dazu und zum folgenden StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Besatzungskostenamt – Vertraulich – vom 15. März 1952: Vermerk über die Besprechung vom 10. März 1952
- 59 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Besatzungskostenamt: Vermerk über Besprechung am 21. März 1952 im Headquarters Heidelberg Military Post.
- 60 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Dez III/ Beigeordneter Harnisch vom 7. Juni 1952 an Bundesministerium der Finanzen
- 61 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Fritz Gabler vom 26. Juni 1952 an Beigeordneten Harnisch. Die Verhandlungen über den Truppenvertrag waren Teil der Verhandlungen über den Deutschlandvertrag. S. dazu den Überblick bei Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hg. von Karl-Dietrich Bracher, Bd. 2). Stuttgart – Wiesbaden 1981, S. 144–165
- 62 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Hotelausschuß Heidelberg vom 21. Juli 1952 an Oberbürgermeister
- 63 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Schreiben Dez. III- vom 1. August 1952 an Bürgermeister Amann
- 64 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Vermerk Dez III He./Pr. v. 8.8.1952 über die Besprechung am 6.8.1952
- 65 Ebda: Schreiben Dez.III vom 20. August 1952 an Fritz Gabler
- 66 Ebda. Fritz Gabler hatte sich im übrigen zu diesem Zeitpunkt in dieser Frage offensichtlich schon an das Bundesministerium für Wirtschaft gewandt, ohne allerdings eine voll befriedigende Antwort erhalten zu haben. Das Ministerium sah sich außerstande „von vornherein eine Bindung für die künftige Verwendung einzugehen“ (ebda: Bundesministerium für Wirtschaft – Dr. Schur – II C2-292/52 vom 11. August 1952 an Fritz Gabler)
- 67 HQ USAREUR (Headquarters U.S. Army, Europe), war im Zuge von Änderungen in der Spitzengliederung der amerikanischen Streitkräfte in Europa 1952 gebildet

- worden und hatte die Zuständigkeit für die Bauplanung von EUCOM übernommen.
- 68 StadtA HD AA 239 k/2, 5e: Aktenvermerk Ref.I v. 1.9.1952 über Mitteilung von Col. Walters und Mitteilung Dez III Ha./Scho v. 3.9.1952 an Obm. sowie RNZ v. 12.9.52 mit Abdruck der Antwort des BMF vom 19.8.1952 auf die kleine Anfrage im Wortlaut
- 69 Ebda: Aktenvermerk Dez.III Ha./Br. v. 19.9.1952 sowie Vermerk Besatzungskostenamt – Dr. Hubach v. 26.9.1952
- 70 Ebda: Gedacht war an eine Besprechung auf Ebene CINC USAREUR, General Eddy und dem Abteilungsleiter im BMF, Ministerialdirektor Oeftering
- 71 StadtA HD AA 239 k/2, 5d: Schreiben Dez. III – vom 1. August 1952 an Bürgermeister Amann
- 72 RNZ 2.10.1952
- 73 Ebda
- 74 RNZ 3.10.1952. Unterschrieben war die Erklärung von E. Obrecht, Fritz Gabler, E. Mühlmann, G. Schwaderer.
- 75 StadtA HD AA 239 k/2, 5e: Aktenvermerk Dez.III Ha./Le. Vom 11.2.1953 über Besprechung mit Ministerialdirektor Prof. Dr. Oeftering und anderen Herren aus Bonn
- 76 HA 13.2.1953; RNZ und HTB 20.2.1953
- 77 HTB 17.3.1953
- 78 HA 5.6.1953; HT v. 9. u.11./12. Juli 1953
- 79 HTB v. 29. und 30.7.1953; RNZ v. 30.7.1953. Fritz Gabler erlebte diese Entwicklung übrigens nicht mehr. Er verstarb am 22.7.1953. Das HTB schrieb am 4.8.1953 ihm zum Gedenken: „Es ist die große Tragik seiner letzten Lebensjahre, daß er die Freigabe nicht mehr erleben kann.“
- 80 StadtA HD AA 239 m, 2b: Heidelberg Area Command v. 3.8.1953 an Oberbürgermeister (Übersetzung Ref.I)
- 81 Niederschrift der Verwaltungsbesprechung v. 26.10. 1953. Das BMF hielt die auf etwa 5,7 Millionen DM veranschlagten Kosten des Hotelersatzbauprojekts für deutlich zu hoch und wollte sie auf 4–4,5 Millionen drücken. (StadtA HD AA 239 K/2, 5e: Aktenvermerk Dez.III v. 13.11.53 über Dienstreise nach Bonn am 10./11.11.53). Dies war einerseits verständlich, denn ursprünglich – in der ersten Besprechung im Frühjahr 1952 – waren nur etwa 3 Millionen DM vorgesehen worden und gemessen daran waren 4–4,5 Millionen sogar ein großzügiges Entgegenkommen. Andererseits hatte das BMF selbst die Ausschreibung veranlaßt und die Spezifikationen festgelegt und somit – jedenfalls aus Sicht der Stadt – sich selbst in die jetzige Lage manövriert. Eine so weitgehende Kostenreduzierung war ohne erhebliche Einbußen an der Qualität und Attraktivität des Projektes nicht zu bewerkstelligen, und darauf wollte die Stadt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr einlassen.
- 82 StadtA HD AA 239 K/2, 5e: Schreiben Oberbürgermeister/ Dez.III v. 13.11.1953 an Ministerialdirigent Prof. Dr. Oeftering
- 83 Ebda: Niederschrift des Städtischen Bauausschusses vom 5.1.1954
- 84 Ebda: Aktennotiz Dez.III Ga./Ko. V. 12.1.54 über Besprechung am 7.1.1954 in Heidelberg
- 85 RNZ 16./17.1.54
- 86 Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 28. Januar 1954
- 87 StadtA HD AA 239 K/2, 5e: Notiz des Oberbürgermeisters v. 2.2.1954 über die Besprechung beim Bundesminister der Finanzen am 1.2.1954

- 88 Ebda: Schreiben Heidelberg Area Command APO 403, HACCO 624 v. 17.2.1954 an Ref.I (Übersetzung). Zur Feststellung, daß es sich dabei um ein Gefälligkeits-schreiben auf Wunsch der Stadt handelt, s. ebda: Ergänzung des Aktenauszugs Dez. III v. 21.10.1954. Dort wird *expressis verbis* festgestellt: „Der Kommandeur des Hauptquartiers sichert auf Wunsch der Stadt zu ...“
- 89 Ebda: Aktenvermerk Ref.I v. 10.3.1954 über Besprechung des Oberbürgermeisters mit Heidelberger Hoteliers.
- 90 Ebda: Ergänzung des Aktenauszugs Dez. III v. 21.10.1954
- 91 Ebda: Schreiben Oberbürgermeister Fi./Pu. V. 28.5.1954 an Ministerialrat Weise.
- 92 Ebda: Bundesministerium der Finanzen IIE-BL 1478 BaW – 239/54 Ministerialdirektor Prof. Dr. Oeftering vom 5.11.1954 an Mr. Zinn Garrett, Civil Military Relation-Officer US-HICOG
- 93 Vgl. The U.S. Army Deutsche Mark Construction Program, 1953–1957, by David A. Lane, James J. Borrer and George W. Tays, Headquarters, United States Army, Europe, Historical Division o.O. 1958, S.42f. (unveröffentlichte historische Studie der U.S.Army). Danach entschied sich HQ USAREUR im Januar 1954 zum Bau einer größeren Anzahl zusätzlicher BOQs mit einer Kapazität von mehr als 5 000 Plätzen mit dem ausdrücklichen Ziel, alle als BOQ genutzten requirierten Gebäude freizugeben. Die Bundesregierung hatte darüber hinaus bereits Ende 1953 mit dem Bau von weiteren BOQs mit insgesamt 300 Plätzen als Ersatzbauten aus Mitteln des Einzelplans XXVII begonnen. Einige dieser BOQs waren für Mannheim vorgesehen, von denen allerdings mindestens eines dann in Heidelberg gebaut wurde. Ob diese Änderung in der Planung im Zusammenhang mit der beabsichtigten Freigabe von Heidelberger Hotels stand, wurde nicht ermittelt.
- 94 S. Anm. 91
- 95 StadtA HD AA 239 K/2, 5e: Ergänzung des Aktenauszugs Dez. III v. 21.10.1954
- 96 Ebda: Niederschrift über die Verwaltungsbesprechung am 18.10.1954
- 97 Ebda: Headquarters Area Command APO 403, HACSD 602 v. 7.10.1954 an Ref. I (Übersetzung)
- 98 RNZ v. 7.1.1955
- 99 HTB v. 12. und 14.1.1955
- 100 HA v. 7.4.1955
- 101 RNZ v. 25.1.1955
- 102 HA v. 11.11.1955

Ines Tobis

Heidelberg – Zitadelle des Aufruhrs? „1968“ in Heidelberg

„Heidelberg ‚Zitadelle des Aufruhrs‘?“¹, fragte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Titel. Die Neue Zürcher Zeitung bezeichnete Heidelberg gar als „Brennpunkt der Studentenrevolte“². Heidelberg war im Winter 1968/69 zu einem Zentrum der Studentenbewegung in der Bundesrepublik geworden, obgleich die Protestbewegungen, die 1968 in der Bundesrepublik Deutschland kulminierten, zu dieser Zeit längst ihren Zenit überschritten hatten.

Wenn von der Geschichte der 68er-Protestbewegungen die Rede ist, dann geraten zunächst einmal die großen Zentren der westlichen Industriegesellschaften – Berlin, Paris, Mailand, aber auch Berkley, Tokio und Prag – in den Blick. Das Phänomen ‚68‘ besticht nicht zuletzt durch seinen globalen Aspekt. Zugleich kontrastieren verschiedenste lokale Eigenarten die globale Seite von ‚68‘. Die lokale Seite steht hier am Beispiel Heidelbergs im Mittelpunkt.

1. Das Phänomen „1968“

Die Proteste, die 1968 virulent wurden, markierten sehr öffentlichkeitswirksam eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte, die von liberalisierenden Trends der 60er Jahre mitgetragen wurde.³

1968 muß wie 1789, 1848 oder 1989 als pars-pro-toto für eine Reihe historisch bedeutsamer Ereignisse herhalten. Was aber versteckt sich hinter dem Code „68“? Er entpuppt sich als ein beinahe unüberschaubares Phänomen. Die Interpretationen reichen von der Studentenbewegung, der Neuen Linken und Außerparlamentarischen Opposition zu Generationenrevolte und Kulturrevolution.⁴

Die Deutungen von 1968 sind stark an politische Wertschätzungen gebunden.⁵ In der konservativen Sicht wird diese Zeit zum Anfang vom Ende. Werteverfall, Fehlentwicklungen der Schul- und Bildungspolitik und nicht zuletzt der Terrorismus gehören in diese Sichtweise. Eine andere Position vertritt Jürgen Habermas, der seit 1968 eine „Fundamentalliberalisierung“⁶ der Gesellschaft konstatiert. Beide Positionen, die konservative

wie die Habermas'sche unterstellen 1968 eine sehr weitreichende Wirkung. Eine dritte Sicht unterscheidet die politische und kulturelle Wirkungsmacht von 1968. Politisch sei ‚68‘ demnach gescheitert, habe sich aber im kulturellen Bereich und in Fragen des Lebensstils entfalten können.

Die neuere Forschung nähert sich dem Phänomen ‚1968‘ mit der Theorie der sozialen Bewegung.⁷ Der Terminus ‚soziale Bewegung‘ – und das ist der Vorteil des Begriffs – verengt den Blick nicht auf inhaltliche Merkmale. Das erklärte Ziel sozialer Bewegungen ist ein grundlegender, gesellschaftlicher Wandel. Zur einen Seite sollen soziale Bewegungen von spontanen Erhebungen, wie Revolten oder Krawallen abgegrenzt werden. Zur anderen Seite verläuft die Abgrenzung zu organisierten politischen Gruppen innerhalb der staatlichen Institutionenordnung, wie Parteien und Interessenverbänden. Soziale Bewegungen sind stärker strukturiert und von längerer Dauer als Krawalle oder Revolten. Im Verhältnis zu Parteien und Interessenverbänden sind sie weniger strukturiert. Sie ermöglichen eine vielfältige politische Mitarbeit außerhalb der staatlichen Institutionenordnung. Die Ziele erscheinen offen und noch gestaltbar. Soziale Bewegungen sind Netzwerke von Gruppen, verfügen über eine kollektive Identität, ein starkes „Wir“-Gefühl und sind äußerst öffentlichkeitsorientiert. In der Forschung zu sozialen Bewegungen stehen der Verlauf und die Entwicklungsdynamik der Bewegung, die Interaktion der Beteiligten und die Wirkung der Bewegung im Mittelpunkt.⁸

In zahlreichen programmatischen Erklärungen wurde das angestrebte Ziel eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels sichtbar. Zudem bildeten die „68er“ ein Netzwerk von Gruppen mit einer eigenen kollektiven Identität, mit einem starken „Wir“-Gefühl. Innerhalb der Netzwerke verschiedener Studentenverbände und Republikanischer Clubs besetzte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) eine Schlüsselposition. Der Protest verschaffte den Protestierenden ein hohes Maß an öffentlicher Wirkung und stärkte damit deren Selbstbewußtsein und Durchsetzungskraft.

Wenn das hervorstechendste Merkmal sozialer Bewegungen die Artikulation von Protest außerhalb der staatlichen Institutionenordnung ist, dann lassen sich die Protestbewegungen von ‚68‘ unter dem – längst üblich gewordenen – Begriff ‚Außerparlamentarische Opposition‘ fassen. In die Außerparlamentarische Opposition (APO) mündeten drei voneinander unabhängige Bewegungen⁹: (1) Die Ostermarschbewegung; (2) die Opposition gegen die Notstandsgesetzgebung und (3) die Studentenbewegung. Als die Geburtsstunde der APO gilt die Gründung des Kuratoriums ‚Notstand der Demokratie‘ im Oktober 1966. In dem Kuratorium kamen die drei Teilbewegungen, die die APO gründeten, zusammen. Das Kuratorium war im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Kongresses ‚Notstand

der Demokratie‘, der am 30. Oktober 1966 in Frankfurt stattfand, ins Leben gerufen worden. Die Notstandsgesetze bildeten – so die These von Pavel Richter¹⁰ – das Achsenthema der APO, um das sich die drei Teilbewegungen zu einer sozialen Bewegung lagerten. Auch andere Themen – wie die Hochschulreform, der Vietnamkrieg, die Macht des Springer-Konzerns und die Verarbeitung der NS-Vergangenheit – gewannen für die Protestbewegung an Bedeutung. In der Hochphase 1967/68 bildeten sich innerhalb der Bewegung ein linkssozialistischer und ein antiautoritärer Flügel heraus. Die Notstandsgesetze bildeten jedoch das Kernthema. Mit ihrer Verabschiedung im Mai 1968 entfiel das zentrale Anliegen, die Gewerkschaften zogen sich zurück und es kam langsam zum Zerfall der APO.

Die Entwicklung der APO läßt sich grob in drei Phasen einteilen¹¹: (1) Die erste Phase reichte vom Oktober 1966 bis zum Schah-Besuch im Juni 1967. Der Kongreß ‚Notstand der Demokratie‘ bildete mit mehr als 24 000 Besuchern aus den Jugend- und Studentenverbänden, den Universitäten, den Gewerkschaften und der Ostermarschbewegung den Auftakt. (2) Die Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 wurde zum Katalysator der APO. Der Funke des Protests sprang auf die Universitäten der ganzen Bundesrepublik über. Bis dahin war die Freie Universität (FU) in Berlin das Zentrum des Protests gewesen. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste in den Osterunruhen 1968 infolge des Attentats auf Rudi Dutschke. Es kam zu zwei Toten und 400 Verletzten. (3) Die Verabschiedung der Notstandsgesetze führte zu Ernüchterung und zugleich überholte die ungleich heftigere Revolte in Paris die deutschen Proteste. Die dritte Phase 1968/69 markiert den Zerfallsprozeß der Bewegung, den auch der SDS mit seiner Selbstauflösung im März 1970 vollzog. Die auseinanderfallende Bewegung mündete in verschiedene Zerfallsprodukte: Ein Teil wandt sich der SPD und FDP zu, die seit 1969 wieder großen Zulauf verzeichnen konnten. Eine Linie führte in neue soziale Bewegungen, wie die Frauen- und Ökobewegung. Andere suchten im Sozialistischen Büro, einem überregionalen Zusammenschluß antiautoritärer sozialistischer Gruppen eine Fortsetzung. Der stärker linkssozialistische Zweig ging in kommunistischen Kadergruppen und Kleinparteien auf und eine Linie führte schließlich in den Linksterrorismus.

Daraus ergeben sich für Heidelberg einige Fragen: In welchen Formen äußerte sich der Protest in Heidelberg? Wer waren die Träger der Proteste? In welche Phasen läßt sich die Heidelberger Protestbewegung gliedern und kann sie als eine soziale Bewegung begriffen werden?

2. „1968“ in Heidelberg

„1968“ entwickelte in Heidelberg einige charakteristische Züge, die von der bundesweiten Entwicklung abwichen. In der Zusammensetzung der Protestierenden, den Themenschwerpunkten und der Phaseneinteilung unterschied sich die Heidelberger von der allgemeinen, bundesweiten (idealtypisch im ersten Teil des Aufsatzes vorgestellten) Protestbewegung von „1968“.

Die Träger des Protestverhaltens: Die Universität war in Heidelberg der Kristallisationspunkt der überwiegend von Studenten getragenen Protestbewegung, weshalb sie für Heidelberg als „Studentenbewegung“ bezeichnet werden soll. Es muß erwähnt werden, daß auch einige Schüler, Lehrlinge und den Gewerkschaften Nahestehende in Heidelberg aktiv waren, die Mehrzahl der Aktiven rekrutierte sich jedoch aus dem universitären Milieu. 1967 waren bei steigender Tendenz 11 000 Studenten eingeschrieben. Innerhalb der Studentenbewegung beanspruchte der SDS eine Schlüsselposition, die er zwischen 1967 und ‚69 noch ausbauen konnte. So zählte er im Sommersemester 1967 24 aktive und 1969 laut FAZ sogar 130 Mitglieder. Das Zentrum der Proteste waren die geisteswissenschaftlichen Fakultäten in der Altstadt.

Die thematischen Schwerpunkte: Die Themen der Heidelberger Studentenbewegung lassen sich m.E. unter dem Label ‚Demokratie‘ und ‚Demokratisierung‘, die sich in den Formen der *teach-ins* und *go-ins* in Vorlesungen, in der universitären Gegenveranstaltung ‚Kritische Universität‘ und in dem Protest gegen die Einführung des Numerus Clausus zeigten. In dem Verbot von Demonstrationen in der Hauptstraße sahen die sich auflehnenen Studenten beispielsweise konkret ihre Möglichkeiten zu demokratischer Praxis gefährdet. Andere leitende Vorstellungen der Studenten waren m.E. die antiimperialistische und antikapitalistische Stoßrichtung, die sich in den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg äußerte. Konflikte entstanden besonders innerhalb der Universität und mit der Stadtverwaltung. Die Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung und insbesondere mit dem Oberbürgermeister Reinhold Zundel (SPD) bahnten im übrigen den Weg der Protestierenden in die Lokalpolitik. Ein häufig anvisiertes Ziel war das NATO-Hauptquartier. Laut Dietrich Hildebrandt wurde das Thema ‚Vietnamkrieg‘ am entschiedensten aufgenommen.

Die Phasen der Heidelberger Studentenbewegung: Die Heidelberger Studentenbewegung läßt sich wie die bundesweite in drei Phasen gliedern: (1) Die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 führte auch in Heidelberg zu verstärktem Protestverhalten, leitete die erste Phase ein und währte bis Ende November 1968; (2) die zweite Phase war von einer

Radikalisierung der Auseinandersetzungen, größerer Mobilisierung, sowie einer ansatzweisen Ausweitung der Proteste über den universitären Rahmen hinaus gekennzeichnet. Sie währte von den Wintermonaten 1968/69 bis zur ‚Roten-Punkt-Aktion‘ im Sommer 1969. (3) Die dritte Phase markiert den langsamen Zerfall der Bewegung bis zum Verbot im Juni 1970 und der Selbstauflösung des SDS im November 1970.

Es gab in Heidelberg auch vor dem 2. Juni 1967 öffentliche Protestkundgebungen, doch waren die von anderer Qualität. Als beispielsweise die Spiegelaffaire bekannt wurde, kam es im Marstallhof zu einer spontanen Versammlung; ein Demonstrationszug unterblieb jedoch aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung. 1965 wurde dann doch öffentlich, aber noch respektabel gegen den Bildungsnotstand demonstriert. Die Spitze der Demonstration bildeten die Professoren Georg Picht (Religionsphilosoph und Bildungsexperte), Rolf Rendtorff (Theologe) und E. Köhler. Seine Gefühle beschrieb ein Teilnehmer im Rückblick: „Man mußte mitmarschieren und schweigen und das war ein unangenehmes Erlebnis.“¹² Die Lage verschärfte sich 1965 bei einem Protestzug gegen eine Fahrpreiserhöhung der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG, an dem 3 000 Personen teilnahmen und die Straßenbahngleise blockierten. Die Situation eskalierte, so daß einige Fensterscheiben zu Bruch gingen. In Anlehnung an das Kuratorium ‚Notstand der Demokratie‘ gründete der SDS in Heidelberg ein ebensolches Komitee, aus dem sich aber die Gewerkschaften mit Bildung der Großen Koalition – also ca. einen Monat nach der Gründung – zurückzogen.¹³ Insgesamt beschränkte sich das Protestpotential bis zum 2. Juni 1967 jedoch auf einzelne Forderungen, wie die Fahrpreiserhöhungen. Vereinzelt wurden die Bildungspolitik, die Notstandsgesetzgebung und die Große Koalition thematisiert. Die Protestformen und das Ausmaß der Proteste verlief jedoch noch in ruhigeren Bahnen.

Der gewaltsame Tod von Benno Ohnesorg markierte auch in Heidelberg einen Wendepunkt. Und wie in anderen Städten der Bundesrepublik zogen auch in Heidelberg 2 000 Personen – Studenten, wie Professoren – in einem Trauermarsch durch die Hauptstraße. In diesen Tagen wurde das erste teach-in in der Universität durchgeführt, in dem die Kommentare von der Presse (Rhein-Neckar-Zeitung) und von Politikern zum Tod Ohnesorgs diskutiert wurden, bis ein Germanistikstudent ans Mikrofon trat und eine Frage in den Raum stellte: „Warum sind die Germanisten so blaß?“, die er vor dem verdutzten Hörsaal noch einmal wiederholte. Diese Frage schien in der damaligen Situation eine „erhellende“¹⁴ Wirkung zu haben, da sich hier private und öffentliche, persönliche und politische Ebene miteinander verbanden. Diese Denken entsprach dem Slogan: „Das Private ist politisch!“

Der Trauerzug zum Tod von Benno Ohnesorg hatte noch weitere Folgen, die die Presse, die Stadtverwaltung und die empörten Studenten bis zum Januar/Februar 1968 beschäftigte. Oberbürgermeister Reinhold Zundel (SPD) hatte den Trauerumzug am 6. Juni 1967 benutzt, um politische Demonstrationen in der Hauptstraße zu verbieten. Karnevalsumzüge blieben jedoch zulässig.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Stadtverwaltung und den Studenten gelangten zwischen Dezember 1968 und Januar 1969 zu einem Höhepunkt. Die zweite Phase sollte den verschärften Konflikt im Winter 1968/69 bis zur ‚Roten-Punkt-Aktion‘ im Juni 1969 umfassen, die über Eskalation und Radikalisierung bis zur Ausweitung des Widerstands reichte. Die Zeit zwischen Dezember 1968 und Januar 1969 wurde von AStA und SDS später ‚Heidelberger Winter‘ getauft. Das Ausmaß an aufgeheizter Stimmung zeigen zwei Kommentare von Kultusminister Hahn und Oberstaatsanwalt Naegele. Der Kultusminister Hahn (SPD) rechtfertigte das gewaltsame Eindringen der Polizei in die Räume des AStA, wobei es zu Prügeleiszenen und insgesamt 12 Verhaftungen kam. Einem Kameramann, der den Einsatz gefilmt hatte, wurde die Kamera entrissen und der Film zerstört. Dazu äußerte sich Kultusminister Hahn (SPD): „In der gegenwärtigen Lage ist es ziemlich gleichgültig, ob ein Polizist sich etwa an einer Kamera vergreift; Heidelberg geht kaputt, wenn es so weitergeht.“¹⁵ Und Oberstaatsanwalt Naegele fügte dem hinzu: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne.“¹⁶ Von dem polizeilichen Vorgehen distanzierte sich ein SPD-Ausschuß unter dem Vorsitz des Graphikers Klaus Staeck. Die Heidelberger Geschehnisse erzeugten demnach auch innerhalb der SPD Spannung. Der Stuttgarter Landtag widmete sich am 16. Januar 1969 den Ereignissen. Kultusminister Hahn warf den Protestierenden in der Debatte mangelndes demokratisches Verhalten und elitäres Bewußtsein vor.¹⁷

Die Politisierung ergriff auch Heidelberger Bürger, die in einem öffentlichen Aufruf gegen die Studentenbewegung protestierten. Sie plädierten für die Rückkehr von Ordnung und den Abbau von Provokation und Gewalt in der Stadt und machten eine kleine radikale Minderheit für die erhitze Stimmung in Heidelberg verantwortlich. Der Aufruf wurde von 7 000 Bürgern Heidelbergs unterschrieben.

Das Ende der radikalisierten Phase bildete die ‚Rote-Punkt-Aktion‘ im Juni 1969 und richtete sich gegen die von der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG geplante Fahrpreiserhöhung. Autofahrende sollten einen roten Punkt an ihrer Windschutzscheibe befestigen, wenn sie bereit waren, Mitfahrer mitzunehmen. Der öffentliche Nahverkehr konnte vom 16. bis 18. Juni lahmgelegt werden. Die geplante Fahrpreiserhöhung wurde zurückgenommen. Diese Aktion wies weit über den universitären Rahmen

hinaus und fand Befürworter in der Bevölkerung der Stadt. Dazu äußerte sich Stadtrat Engelhardt (SPD) in einem anonym erschienen Gemeinderatsprotokoll einer nicht-öffentlichen Sitzung:

„... Das ‚Instrument‘ Polizei hat völlig versagt ... Weiter ist genau das eingetreten, was wir im Stillen zwar flackern spürten, aber doch hofften, daß es nicht kommt: der Protest der Arbeiterschaft ... Wir haben hören müssen, daß z.B. in einigen Betrieben heute vormittag zwischen zehn und elf Uhr die Arbeiterschaft ausrücken wollte in Richtung Bismarckplatz, um den Demonstranten beizustehen gegen die Polizei.“¹⁸

Nach der ‚Roten-Punkt-Aktion‘ wandten sich die Proteste wieder stärker universitären Belangen zu. Ein wichtiges Thema war die Hochschulpolitik, insbesondere die Novelle des Hochschulgesetzes und der Universitäts-Rektor Werner Conze und dessen ‚braun‘ gefärbten Publikationen aus dem Nationalsozialismus. Die dritte Phase war von inneruniversitären Auseinandersetzungen und schließlich auch von Spannungen innerhalb der Heidelberger Studentenbewegung geprägt. Zu den Konflikten innerhalb des SDS schreibt Dietrich Hildebrandt: „... ‚Die Genossen hatten‘, heißt es in einem SDS-Mitgliederbrief vom 22.1.1970, ‚entweder keine Möglichkeit, diese Beiträge zu verstehen, oder mußten die ganze Diskussion als persönliche (Macht-)Auseinandersetzung begreifen.‘ Das war sie natürlich auch.“¹⁹

Bundesweit löste sich der SDS im März 1970 auf. Hier schlug der Heidelberger Studentenbund einen anderen Weg ein. Der Heidelberger SDS distanzierte sich von dem Auflösungsbeschluss und bestand noch mehrere Monate, bis er am 24. Juni 1970 im Namen der Landesregierung von Innenminister Krause (SPD) verboten wurde. Praktisch durchgesetzt wurde dieses Verbot jedoch nicht. Zu einer Spaltung und damit quasi Selbstauflösung kam es am 20./22. November 1970 auch ohne äußeren Zwang. Eine bald danach publizierte Tonbandmitschrift betitelte die zweitägige Debatte „Generalspaltung“ und im Untertitel „Von der Studentenbewegung zu den Sekten und Zirkeln“²⁰.

Fazit

„Heidelberg ‚Zitadelle des Aufruhrs‘? – so lautete die Frage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu dem Winter 1968/69 in Heidelberg. Der Heidelberger AStA und der SDS benannten die Ereignisse des Dezember ’68 und Januar ’69 als „Heidelberger Winter“.

Heidelberg, 1968, folgte offensichtlich einer anderen Phaseneinteilungen als die bundesweite Entwicklung der Proteste. So präsentierte sich die Protestbewegung in Heidelberg zeitlich etwas versetzt und erreichte ihren

Höhepunkt im Winter 1968/69 als die Proteste in der Bundesrepublik Deutschland ihren Zenit bereits überwunden hatten und sich in ihrem Zerfallsprozeß befanden. Ein Grund für das spätere Auseinanderfallen der Bewegung mag die stärkere Vormachtstellung des Heidelberger SDS gewesen sein und die relative Schwäche bzw. die spätere Herausbildung einer antiautoritären Linie. Auch die Zusammensetzung der Protestierenden unterschied sich; die Heidelberger setzten sich stärker aus dem universitären Milieu zusammen. Sie nahmen die Themen der bundesweiten Protestbewegung auf und paßten diese an die lokalen Interessen und Gegebenheiten an. So erfreuten sich hochschulinterne Probleme einer großen Beliebtheit und die Auseinandersetzung mit dem Vietnamkrieg war durch das amerikanische Headquater stets virulent. Damit bewiesen die Heidelberger ‚68er‘, ihre Flexibilität.

Läßt sich die Protestbewegung in Heidelberg als ‚soziale Bewegung‘, beschreiben? Die Antwort muß ‚ja‘, und ‚nein‘, lauten. In nur geringem Maße gelang die Einbindung von anderen Gesellschaftsschichten in die Bewegung. Zentrum der Aktivitäten war die Universität und die Hauptakteure bildeten die Studenten. Die Organisation der Protestierenden war in Heidelberg vom SDS dominiert und verteilte sich nicht wie auf Bundesebene im Kuratorium ‚Notstand der Demokratie‘, auf unterschiedliche Akteure. Dennoch gelang es öffentlichkeitswirksam das ‚Establishment‘, die Verwaltung der Stadt, die Universität und schließlich auch die Bürger Heidelbergs zu einer Auseinandersetzung mit dem Protest zu zwingen. Auch zeichnete sich die Heidelberger Studentenbewegung durch eine beträchtliche Eigendynamik aus.

Eine Erinnerung von Herbert Breger skizziert abschließend den Aufbruch und die Hoffnungen von 1968:

„Heute scheint mir dieses Erlebnis eines unerwarteten Durchbruchs paradigmatisch für die Studentenbewegung. Universität, Stadtverwaltung, Ministerien und Presse reagierten kläglich auf das, was uns interessierte: die Verbrechen in Vietnam, die Ausbeutung der Dritten Welt, die unbewältigte Nazi-Vergangenheit und die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Überrascht, ungläubig und mit erbittertem Zorn nahmen wir dieses moralische Vakuum zur Kenntnis. Uns – vor kurzem noch schüchterne Jünglinge und Mädchen – fielen plötzlich Aufgaben, Rollen, politische Möglichkeiten zu, die wir nicht erwartet und nicht verlangt hatten, die uns bald überforderten und die wir doch mit trotzigem Triumph wahrnahmen. Gleichviel, es war eine Zeit der Hoffnung.“²¹

Anmerkungen

- 1 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Heidelberg „Zitadelle des Aufbruchs“? Gereizte Stimmung unter den Bürgern / Halbherzige Teilschließung, 10.02.1969.
- 2 Neue Zürcher Zeitung, Heidelberg als Brennpunkt der Studentenrevolte, 6.02.1969.
- 3 Liberalisierende Trends zeigten sich seit der Spiegelaffaire 1962 in einer kritischeren und politisierteren öffentlichen Diskussion und in Kultur und Lebensstil in einem Bruch mit tradierten Vorstellungen von Ästhetik, Moral und Lebensführung. Die liberalisierenden Tendenzen wurden zugleich von Beharrung (Notstandsgesetze und die erste Rezession 1966/67 der Nachkriegszeit) gebremst. Dennoch wurden Aufbruchsstimmung und Reformwille zum Beispiel in der Bildungsdebatte sichtbar, die seit 1964 an Öffentlichkeit gewann. Zu erinnern sei außerdem an die Musik der Beatles und Rolling Stones, den Neubeginn des deutschen Films (Oberhausener Manifest) und die beginnende Enttabuisierung der Sexualität durch die Illustrierten-Serien von Oswald Kolle. Die 68er trafen – so die These des Potsdamer Historikers Christoph Kleßmann – im kulturellen wie im lebensweltlichen Bereich auf liberalisierende Tendenzen und hatten vor allen Dingen eine verstärkende, manchmal radikalisierende Wirkung. Vgl. Christoph Kleßmann, 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution? in: Manfred Hettling (Hg.), *Revolution in Deutschland? 1789–1989*, Göttingen, 90–105.
- 4 Dieter Rucht, Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, 116–130, hier 116–117.
- 5 Vgl. Jörg Requate, 1968 – Katalysator eines kulturellen und gesellschaftlichen Umbruchs in Europa? Diskussionsvorlage zum 3.7.1995, 1–5, hier 3–4, (Manuskript). Die unterschiedlichen Wertungen von 1968 sind andeutungsweise auch bei Dieter Rucht diskutiert. Vgl. Dieter Rucht, *Ereignisse*, 117.
- 6 Zitiert nach Christoph Kleßmann, *Studentenrevolte*, 102.
- 7 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998. Vergleiche besonders den Prolog des Sammelbandes auf Seiten 7–10.
- 8 Vgl. Dieter Rucht, *Ereignisse*, 117–120.
- 9 Vgl. Pavel A. Richter, Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, 35–55, hier 36–48.
- 10 Vgl. ebd., 36.
- 11 Vgl. Christoph Kleßmann, *Studentenrevolte*, 91–93, sowie Pavel A. Richter, *Außerparlamentarische Opposition*, 46–55.
- 12 Zitiert nach Dietrich Hildebrandt, „...und die Studenten freuen sich!“ *Studentenbewegung in Heidelberg 1967–1973*, Heidelberg 1991, 19.
- 13 Vgl. ebd., 28–29.
- 14 Ebd., 16: „Neben der Forderung nach theoretisch fundierten Antworten waren es die einfachen erhellenden Fragen, die die Studenten jetzt mobilisierten, vor allem diejenigen Fragen, die die eigenen persönlichen Erfahrungen aus dem nur privaten Bereich in das Licht einer politischen, ja gesellschaftstheoretischen Diskussion holten, so verworren alles zusammen immer noch scheinen mochte.“
- 15 Zitiert nach ebd., 113.

- 16 Rhein-Neckar-Zeitung, „Wo gehobelt wird da fallen Späne“ Pressebesprechung zu den Vorfällen bei der Verhaftung im AStA – Vorwürfe und Erklärungen, 11.01.1969.
- 17 Vgl. AStA und SDS (Hg.), Heidelberger Winter. Analysen und Dokumente zum Wintersemester, Heidelberg Mai 1969, 130–134.
- 18 Zitiert nach Dietrich Hildebrandt, Studenten, 142–143.
- 19 Ebd., 212.
- 20 Zitiert nach Dietrich Hildebrandt, Studenten, 210.
- 21 Herbert Breger, Heidelberger Impressionen 1968, in: Karin Buselmeier u.a. (Hg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985, 415–417.



75
Jahre

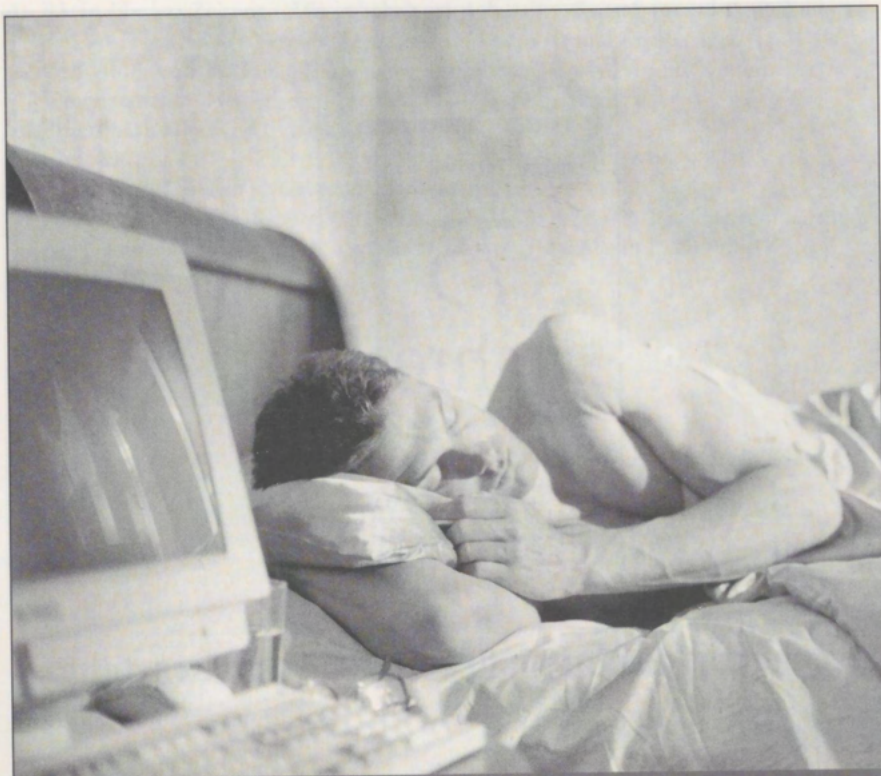


Bauen und Gestalten in sozialer Verantwortung

- Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, Eigenheime
- Alten- und behindertengerechte Wohnungen. Betreutes Wohnen
- Bau von Kindergärten und an deren Einrichtungen

Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH
Bluntschlistr. 14, 69115 Heidelberg
Telefon 06221 / 53050, Fax 06221 / 5305111


Das Wohnungsunternehmen der Stadt Heidelberg



WIR HABEN EINE FILIALE GANZ IN IHRER NÄHE ERÖFFNET: AUF IHREM NACHTTISCH.

● **Der „Mein Computer ist meine
Bank“-Service:**

Home-Banking. Auch außerhalb der
Geschäftszeiten. Und von zu Hause
aus. Fragen Sie uns einfach direkt.
Wir beraten Sie gern.

**Sparkasse
Heidelberg** 

Jochen Goetze

Der Kelterturm



Abb. 1: Ansicht des Keltertores und der ehemaligen Hofkellerei vom Schloßberg aus, Photo Stadtarchiv Heidelberg.

Jede Generation, jede Zeit besitzt ihr eigenes Verhältnis zur Geschichte, zur historischen Überlieferung und zu den Hinterlassenschaften vergangener Zeiten; dem aktuellen Verständnis entsprechend bewahrt man den historischen Nachlaß, pflegt und erhält ihn liebevoll als Zeugnis einer iden-

titätsbildenden Überlieferung, nutzt ihn als zwar unbequemes und eigentlich nicht mehr zeitgemäßes Relikt aus der Vergangenheit, weil man aus den unterschiedlichsten Gründen keinen den zeitgemäßen Erfordernissen adäquaten Ersatz schaffen kann, vielleicht auch nicht schaffen will. Die Überlieferung und die Erhaltung historischer Monumente gleich welcher Art, sie mögen Baulichkeiten, höchst profane Gegenstände, Gedanken oder ganze Gedankengebäude sein, richtet sich durchweg nach dem Prinzip der aktuellen Brauchbarkeit. Jede Generation hat das, was ihr verwendbar schien, erhalten oder, wenn es nicht mehr nutzbar war, durch Neues, Zeitgemäßes ersetzt. Die jeweils gegenwärtige Erhaltung historischer Überlieferung ist daher nichts Anderes als eine Zufallsfolge der Bedingungen und Erfordernisse vergangener Generationen.

Dieser Sachverhalt wird besonders deutlich im heutigen materiellen Erscheinungsbild eines historischen Bauensembles. Im Mittelalter blühende und reiche Städte haben ihr damaliges und heute als so idyllisch empfundenes Baubild bis in die Gegenwart erhalten, weil sie in nachmittelalterlichen Zeiten verarmten, sie lagen entweder außerhalb sich neu bildender wirtschaftlicher Zentren oder wurden Opfer sich verändernder Handelsstraßen. Als Beispiel sei Rothenburg ob der Tauber genannt, eine im Mittelalter wohlhabende und einflußreiche Ackerbürgerstadt, eine Reichsstadt zudem, die den Anschluß an die neuzeitlichen Erfordernisse an eine Stadt als eines wirtschaftlichen Produktionszentrums oder einer Residenzstadt mit entsprechender ökonomischer Prosperität nicht genügen konnte, daher in der Neuzeit seit dem 16. Jahrhundert verarmte und somit das vollständige Bild einer mittelalterlichen Stadt nahezu unverändert in die Gegenwart tradierte.

Andere Städte entledigten sich im 19. Jahrhundert der nunmehr nutzlos gewordenen historischen Bauwerke, insbesondere der Festungswerke. Die Gründe dafür sind vielfältig, sie lagen nicht nur in der Haltung eines krasen Modernismus und des Überdrusses an alten Bauwerken, aktuelle Bedürfnisse kamen hinzu wie das plötzliche Wachstum der Städte, die frühe Industrialisierung und daraus resultierend Verkehrsprobleme von bis dahin nicht gekannten Ausmaßen; die für sehr viel geringere Dimensionen angelegten mittelalterlichen Verkehrswege und Straßen konnten den modernen Anforderungen nicht mehr genügen.

In Heidelberg, zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine ärmliche Stadt mit knapp 9.000 Einwohnern, begann die Demolierung mittelalterlicher Bauwerke 1803 mit dem Abbruch des Franziskanerklosters auf dem heutigen Karlsplatz. Dieses freilich wurde nicht das Opfer stadtplanerischer oder verkehrslenkender Maßnahmen durch die Kommune, vielmehr wollten die Anwohner des ‚Kalten Tales‘, der heutigen Karlstraße, einen Platz statt



Abb. 2: Ansicht des Keltertores und des Domänenverwaltungsgebäudes von Westen. Photo Stadtarchiv Heidelberg

eines mittelalterlichen Klostergebäudes vor ihren Häusern haben; sie erwarben das Kloster auf Abbruch.

1827 wurde auf Drängen der Stadt und gegen den erbitterten Widerstand des Großherzoglichen Bezirksamtes, das auf die ‚Unerheblichkeit und Frivolität der Gründe‘ verwies, das Mitteltor am Universitätsplatz abgebrochen, unter der vorgeschobenen Begründung, das Tor stelle eine soziale Schranke innerhalb der Stadt zwischen den wohlhabenden Bürgern der Vorstadt und den ärmeren der Kernaltstadt dar und verursache gesundheitliche Schäden bei den Anwohnern. In Wirklichkeit behinderte die schmale Toröffnung von 3,29 m den allmählich zunehmenden Chaisenverkehr in der Hauptstraße, und es wurde lebhaft über die täglichen Staus und Unfälle geklagt¹.

1856 wurde das Speyerer Tor auf dem heutigen Bismarckplatz abgebrochen, obwohl sich eine mächtige Bürgerinitiative gegen den Abriß gebildet hatte, und als 1866 auch das Brückentor aus verkehrsbedingten Gründen niedergelegt werden sollte – die Alte Brücke war immer noch die einzige Neckarüberquerung im Stadtgebiet – entfesselte dieser Plan einen wahren Proteststurm bei der Stadtbevölkerung, eine Bürgerinitiative sammelte

390 Unterschriften und bat den „lößlichen Gemeinderath, diese seitherige ehrwürdige Zierde zu erhalten“².

Auch der Hexenturm geriet mehrfach in Gefahr, abgerissen zu werden, doch sein relativ stabiler Bauzustand und seine permanente Nutzung für die unterschiedlichsten Zwecke ließen alle Versuche scheitern.

Relativ unbemerkt überstand das Keltortor am unteren Schloßberg die städtischen Abbruchbemühungen, es stand eigentlich niemandem so richtig im Wege und stellte kein sonderliches Verkehrshindernis dar, zudem wurden die beiden oberen Stockwerke des Turms als Wohnungen für einkommensschwache Familien genutzt.

Über die Entstehung und die Geschichte des Turms ist so gut wie nichts bekannt. Seine Erbauung wird allgemein auf das Jahr 1555 datiert; ein im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg erhaltener Schlußstein eines Torbogens mit der Jahreszahl 1555³, dem Monogramm C.F. und dem kurfürstlichen Wappen, das häufig als Datierungsmerkmal für den Turm herangezogen wurde, stammt jedoch eindeutig von der kurfürstlichen Hofkelter, direkt neben dem Keltortor gelegen und namensgebend für das Tor. Die Hofkelter wurde im Zusammenhang mit dem Tor abgerissen, knapp ein halbes Jahr später, 1878, war auch dieses Gebäude beseitigt.

Damit ist jedoch die Frage nach der Erbauungszeit des Keltortores noch nicht gelöst, sie wird sich indessen auch kaum lösen lassen, da vor dem Abbruch keine Bauaufnahme oder historische Bauuntersuchung vorgenommen wurde, zudem sind, soweit heute bekannt, keine datierbaren Bauteile erhalten. Auch die seinerzeit angefertigten bildlichen und photographischen Darstellungen des Turmes erlauben keine genauere Datierung. Lediglich die im 19. Jahrhundert angefertigte Grundrißzeichnung (Abb. 3) in Zusammenhang mit den bildlichen Darstellungen erlauben eine ungefähre Einordnung⁴.

Das eigentliche Turmgebäude stellt sich als eine die gesamte Straßbreite überspannender Bau dar, dessen Durchfahrt die Weite von gut 12 Fuß, also etwas mehr als 3,60 m hatte. Die südliche und nördliche Seitenwand hatte eine Stärke von jeweils knapp 1,7 m, die sich freilich in den oberen Stockwerken des insgesamt 5-geschossigen Turmes verringert haben dürften. Da der Grundrißplan nur das Erdgeschoß des Turmes wiedergibt, enthält er keinerlei Angaben über die Mauerstärke der westlichen Außenwand, doch dürfte sie wohl eher stärker gewesen sein als die Seitenwände und sich nach oben hin nicht verjüngt haben.

Die Höhe des Turmes wurde durch einen an der Nordseite angebauten schmaleren Trakt mit einer Wendeltreppe und Abgängen zu den einzelnen Stockwerken erschlossen. Die Höhe des Baues bis zum Sims dürfte nach den Proportionen der photographischen Abbildungen und der bekannten

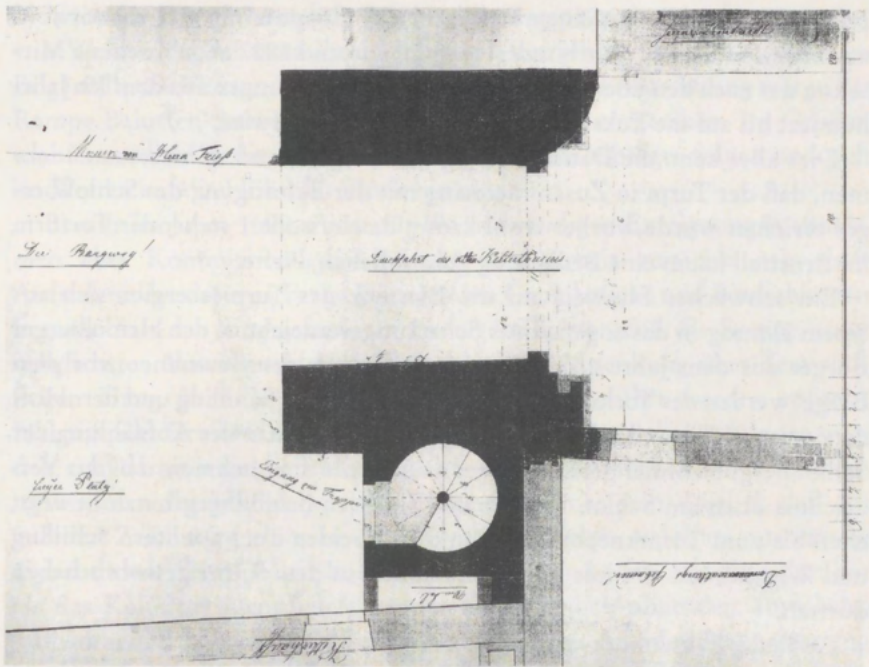


Abb. 3: Grundriß des Kelterturmes, Aquarellierte Tuschzeichnung. Stadtarchiv Heidelberg, UA 66, Fasc. 6

Maße etwa 15 m betragen haben, also ein eher gedrongenes Bauwerk, welcher Eindruck durch den an der Nordseite angefügten Wendeltreppenbau noch verstärkt wurde.

Das Baumaterial des Turmes bestand wohl aus behauenen Natursteinen, wobei die Zwischenräume der aus diesem Material gefügten Außen- und Innenwände wohl mit einem Gemisch aus Bruchsteinen unterschiedlichster Größe und Mörtel ausgefüllt waren. Aus einer Kostenberechnung für eine Außenrenovierung des Turmes aus dem Jahre 1864⁵ geht hervor, daß der Turm außen verputzt und getüncht war. Ob diese Gestaltung dem Originalzustand des Turmes zu seiner Erbauungszeit entspricht, ist nicht deutlich und kann daher für eine Datierung nicht herangezogen werden. Man kann allerdings davon ausgehen, daß im Mittelalter errichtete Türme und sonstige Verteidigungswerke, wenn sie aus Naturstein errichtet wurden, nicht verputzt waren. Erst im 16. Jahrhundert, als sich der Steinbau allgemein gegenüber dem Fachwerkbau durchsetzte, gewann auch die Putzoberfläche an Bedeutung. Freilich läßt sich auch das nicht als Datierungsmerkmal benutzen, denn zahllose aus dem Mittelalter stammende Bauwerke wurden

im 16. Jahrhundert mit einem modischen Außenputz überzogen, so wohl auch das aus dem 13. Jahrhundert stammende und 1827 abgebrochene Mittelort, das nach den überlieferten bildlichen Darstellungen aus dem 19. Jahrhundert bis auf die Ecksteine einen Putzüberzug aufwies.

Dies alles kann die Datierungsfrage nicht lösen, und so bleibt anzunehmen, daß der Turm in Zusammenhang mit der Befestigung des Schloßberges errichtet wurde, vorher wohl kaum, da ein isoliert stehender Torturm im Ernstfall kaum eine Bedeutung gehabt haben dürfte.

Ein schwacher Hinweis auf die Existenz des Turmes ergibt sich aus einem Eintrag in das sogenannte ‚Schatzungsverzeichnis‘ der Heidelberger Bürger aus dem Jahre 1439. Bei der Auflistung der Bewohner ‚vor dem Berge‘ werden der Torknecht Hentz, der ‚Portener‘ Schilling und der ‚Hinderportener‘ Wigand erwähnt⁶. Sie werden als letzte in der Aufzählung der Schloßbergbewohner genannt, es ist daher wohl anzunehmen, daß das Verzeichnis oben am Schloß beginnt und sich den Schloßberg hinab bewegt, eben bis zum Turmknecht Hentz und den beiden Tochwächtern Schilling und Wigand, die alle mit großer Sicherheit in dem Turm gewohnt haben dürften.

Auch das Einwohnerverzeichnis des Jahres 1588 erwähnt Bewohner des Turmes: der Maurer Georg Fleiner samt seiner Frau und 4 Kindern⁷, und in den folgenden beiden Jahrhunderten bis zum Abbruch des Turmes sollte seine Geschichte im wesentlichen durch seine Bewohner bestimmt sein.

1692 allerdings scheint er keine Bewohner gehabt zu haben, für dieses Jahr wird die Unterbringung von Schießpulver im Kelterturm berichtet. Zu diesem Zweck eignete sich das starke Gemäuer des Turmes natürlich besonders, und es kann wohl angenommen werden, daß nicht nur dieser Turm in Krisenzeiten eine derartige Verwendung fand⁸.

Bald nach dem Orléanschen Erbfolgekrieg, als die Pfalz-Neuburger Linie ihre Residenz nach Heidelberg zu verlegen plante, war bereits über die weitere Verwendung des Keltertores entschieden. Jener gigantische Plan Kurfürst Johann Wilhelms (1690–1716), auf dem Stückgarten und in den westlichen Bereichen des Schlosses ein barockes Palais zu errichten, erforderte wegen des Höhenunterschiedes zur Stadt eine Auffahrtrampe anstelle der nach den Ansichten der Zeit zum Bauprogramm gehörenden Residenzstraße. Eine im Jahre 1719 nachträglich angefertigte Planzeichnung von Johann Jacob Führer für die Rampe ist überliefert⁹ (Abb. 3). Kurfürst Johann Wilhelms Nachfolger Karl Philipp (1716–1742), der ja seit 1718 für kurze Zeit seine Residenz nach Heidelberg verlegt hatte, bis sie hier in den konfessionellen Verstrickungen so unrühmlich endete, scheint den Plan noch einmal aufgegriffen zu haben.

Nach der Entwurfszeichnung führte die Rampe in einer sanften Steigung von Westen her auf trotz ihrer schließlich beträchtlichen Höhe zierlichen Bögen allmählich zum Schloß hin. Als Schmuck und Ausstattung waren für Rampe Baluster, Statuen, Pflanzen und Fontänen vorgesehen. Im Großen und Ganzen sollte die Rampe der Trasse des Schloßberges folgen und sich im Westen auf die Höhe der Plöck hin absenken.

Bereits im Jahre 1699 wurde für die notwendigen Enteignungsmaßnahmen eine Kommission gebildet, die ihre Arbeit zunächst mit einer Aufnahme der dafür in Frage kommenden Grundstücke und Baulichkeiten begann. Aus der so angefertigten Liste geht hervor, daß die Rampe unter möglicher Ausnutzung der topographischen Absenkung über dem südlichen Hang über der Straße Am Schloßberg geführt werden sollte¹⁰. Nahezu alle Grundstücke in diesem Bereich sollten daher enteignet werden, und damit wäre die Rampe direkt neben der südlichen Wand des Kelterturmes vorbeigeführt worden. Es besteht daher kein Zweifel, daß das auf der Zeichnung etwa in der Mitte der Rampe sichtbare turmartige Gebäude mit einem relativ hohen Erdgeschoß und 4 Stockwerken darüber als das Keltortor identifiziert werden muß, freilich ohne den Turmhelm und ohne die nördlich angebaute Wendeltreppe. Aus der Planzeichnung wird weiter deutlich, daß die vier Ecken des Turmes jeweils mit einer plastisch stark hervortretenden Lisene aus Werksteinen versehen werden sollten und das gesamte Gebäude von einem doppelten Gesims mit flachem Abschluß bekrönt wurde. Die Außenwände zeigen in den einzelnen Stockwerken große fensterartige Durchbrüche mit doppelten Ohrengewänden, der Durchbruch im Erdgeschoß zeigt eine stark gerundete Verdachung mit Pfeilervorlagen im barocken Stil.

Die Erhaltung des Turmes hatte einen durchaus praktischen Grund: verlegte man die ursprünglich außen angebrachte Treppe in das Turminnere, so konnte auf der Höhe der Grabengasse von der Stadt her ein halbwegs bequemer Zugang zur Rampe geschaffen werden. So zeigt denn auch die Draufsicht im Turminnern ein dreiarmliges, zweiläufiges Treppenhaus.

Zieht man auf einem heutigen Stadtplan eine Linie vom Schloß an der Südwand des Kelterturmes vorbei in die Voralstadt, so trifft diese allerdings nicht auf die Plöck als Beginn der Auffahrtrampe, sondern sie endet in der heutigen Friedrich Ebert-Anlage. In der Tat wäre auch die schmale und mit ihrem Bestand an Bauernhöfen eher bescheidene Plöck als Zufahrt zu einer solch repräsentativen und monumentalen Anlage wenig geeignet gewesen, und bei den zu erwartenden Kosten für die Rampe wäre die Anlage einer neuen Straße durch unbewohntes Gebiet am Südrand der Stadt kaum noch ins Gewicht gefallen.

Kurfürst Karl Philipps Streitigkeiten mit der kalvinistischen Stadtbevölkerung und seine empörte und spontane Verlegung der Residenz zunächst nach Schwetzingen und schließlich nach Mannheim ließen das Projekt scheitern, und so blieb das Keltertor in seiner ursprünglichen Baugestalt erhalten.

Über die Benutzung des Kelterturmes im 18. Jahrhundert ist mangels erhaltener Quellen nichts bekannt, aus den Unterlagen des 19. Jahrhunderts geht allerdings hervor, daß die Räumlichkeiten der einzelnen Turmgeschosse als Wohnungen vergeben waren¹¹. Aus einem an den Gemeinderat gerichteten Brief der Witwe des Kanalfegers Grün vom Januar 1874 geht hervor, daß die Familie Grün seit mehreren Generationen den Beruf eines Kanalfegers ausübte und seit 1790 im Keltertor wohnte. Übrigens folgte der Witwe Grün, die im Frühjahr 1874 in das Katholische Spital ging, ihr Sohn Johann Balthasar als Nachmieter; er übte ebenfalls den Beruf eines Kanalfegers aus und zahlte 40 Gulden Miete. Das Adressbuch der Stadt Heidelberg für die Jahre 1875/76 weist neben Johann Balthasar Grün noch einen weiteren Mieter im Kelterturm aus, nämlich den Tagelöhner Rohrmann.

Über die Aufteilung des Turmes in einzelne Wohnungen können nur Vermutungen angestellt werden. Die lichte Innenfläche der einzelnen Stockwerke dürfte, da die Außenwände dieses mittelalterlichen Wehrturmes sich nach außen hin aus Sicherheitsgründen kaum verjüngt haben dürften, lediglich etwa 15 m² pro Stockwerk betragen haben, wahrscheinlich also nur ein Raum je Stockwerk. Die einzelnen Räume wurden durch die nördlich angebaute schmale Wendeltreppe erschlossen. Aus einem Brief Johann Balthasar Grüns an die Stadtverwaltung, in dem er um die Überlassung eines weiteren Raumes in einem unteren Stockwerk bat, geht hervor, daß zumindest dieser Raum mit einem ‚Abtritt‘ versehen war¹². Die Wohnbedingungen im Keltertor müssen mehr als ärmlich gewesen sein, trotzdem finden sich in den Akten immer wieder Gesuche um Überlassung eines der Räume. Anfänglich – wahrscheinlich als Dienstwohnungen für die städtischen Kanalfeger – wohnten die Familie Grün und die eines weiteren Kanalfegers unentgeltlich im Kelterturm, erstmals im Jahre 1834, als bei der Stadt Überlegungen angestellt wurden, den Turm zu versteigern, wurden Mieten für die Wohnungen erhoben, über deren Höhe freilich nichts bekannt ist. Die Miete muß jedoch sehr gering angesetzt gewesen sein, denn im Jahre 1862 bat die Evangelische Armenkommission über Überlassung einer der Wohnungen für einen jährlichen Mietpreis von 20 Gulden, wurde jedoch abschlägig beschieden, da der Turm noch bewohnt war. 1873 schließlich bot die Witwe Margarete Müller 30–36 Gulden für eine der Wohnungen.

Am liebsten hätte die Stadt freilich eine anderweitige Nutzung des Turmes gesehen. 1851 hatte die Rheinische Gasgesellschaft in Heidelberg ein Gaswerk errichtet, und nach und nach wurde eine Straßenbeleuchtung mit Gas eingerichtet. Ende des Jahres 1862 wandte sich die Gasgesellschaft an die Stadt und bat um die Anmietung eines Wachlokales für die Laternenanzünder, da das bisher als solches benutzte Brückentor durch ‚Mitbenützung durch verwehrte Personen‘ indiskutabel geworden sei. Die Stadt bot sofort den Kelterturm an, doch schien dieser der Gasgesellschaft für derlei Zwecke wenig brauchbar. Man bat um Überlassung des Klingenturmes, das dann bis zum Übergang der Gasgesellschaft in städtischen Besitz im Jahre 1877 das Wachlokal der Laternenanzünder blieb.

Der bauliche Zustand des Keltertores scheint sich im 19. Jahrhundert an der Grenze zur Baufälligkeit bewegt zu haben. Als 1827 das Mitteltor über der Hauptstraße am heutigen Universitätsplatz abgebrochen wurde und die bis dahin dort untergebrachte Feuerwache einen neuen Standort für die Überwachung der Stadt suchte, kam auch der Kelterturm ins Gespräch, schied als Möglichkeit jedoch wieder aus, da er mindestens um zwei Stockwerke hätte erhöht werden müssen, um einen freien Blick über die Dächer der Alten Universität und der Jesuitengebäude auf eventuelle Brände in der Altstadt gewährleisten zu können¹³ (Abb. 4), und diese zwei Stockwerke hätte das als baufällig eingestufte Gemäuer nicht mehr tragen können. Man richtete daher die Wachstation auf dem Turm der Heilig-Geist-Kirche ein.

Schließlich nahm sich das Großherzogliche Oberamt des Turmes an und beauftragte im März 1859 die Statik des hinfälligen Bauwerkes überprüfen zu lassen und empfahl ‚aus ästhetischen Gründen für die Bergstadt‘ einen unverzüglichen Abriss, mit dem die Stadt sich jedoch nicht einverstanden erklären mochte, da der Abriss des Turmes keinesfalls eine Verschönerung der Bergstadt darstelle, es überdies den dringend benötigten Wohnraum für arme Familien biete und ‚außerdem noch einen historischen Werth‘ darstelle, dieses ein besonders gewichtiges Argument, hatte man doch kaum mehr als ein gutes Jahr zuvor das Speyerer Tor auf dem heutigen Bismarckplatz trotz heftiger Bürgerproteste als Hindernis für den Kutschenverkehr zum nahen Bahnhof abgebrochen.

Die Mahnungen des Oberamtes fruchteten wenig, trotz der Einschätzung des Keltertores als eines Gebäudes von ‚historischem Werth‘ geschah nichts, nicht einmal die vom Oberamt angeordnete Erneuerung des Putzes wurde vorgenommen.

Erst nachdem auch die Rheinische Gasgesellschaft den Turm als Wachlokal für die Laternenanzünder abgelehnt hatte, bequemte sich die Stadt, bei Stadtbaumeister Reinhard einen Kostenvoranschlag für die dringendsten Reparaturen einzuholen. Mit 99 Gulden fiel die Berechnung Reinhardts

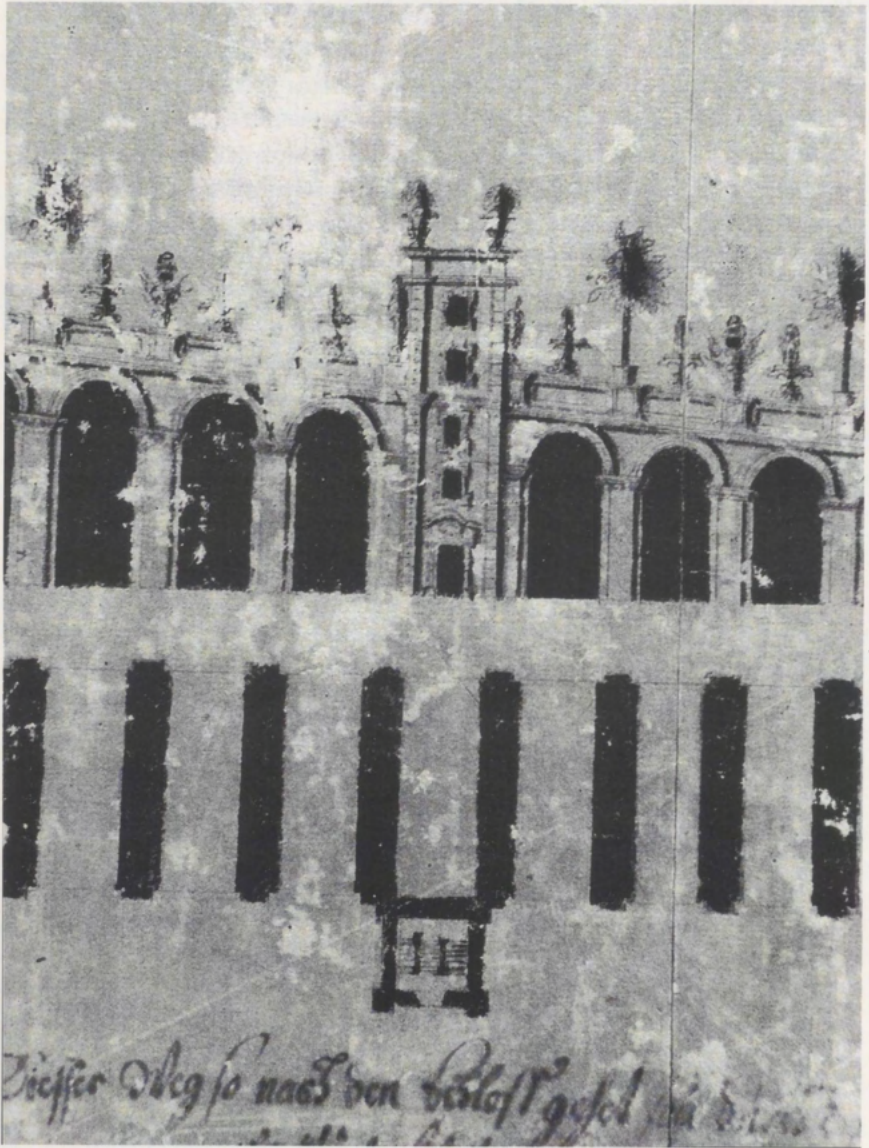


Abb. 4: Entwurfskizze von Johann Jacob Fühler für die Auffahrtrampe zum Schloß, 1719, Ausschnitt. Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg

denkbar knapp aus, doch konnte die Stadt sich immer noch nicht entschließen, die Reparaturen vornehmen zu lassen. Zwei Jahre später wurde erneut ein Kostenvoranschlag angefordert, den Reinhard jetzt mit 302 Gulden

bezzifferte, worauf der Gemeinderat mit dem Argument konterte, daß der im Kostenvoranschlag vorgesehene neue Putz im nächsten Frühjahr doch wieder ‚losgefrührt‘. Stattdessen beschloß der Gemeinderat jetzt eine Renovierung der Wohnungen im Turm.

Der Anstoß zum Abbruch des Turmes kam von außen. Im Frühsommer des Jahres 1875 plante die Badische Regierung, die Bezirksforstei von Ziegelhausen in die Stadt Heidelberg zu verlegen; geplant war eine Unterbringung in der staatlichen Domänenverwaltung und dem direkt daneben liegenden Gebäude der ehemaligen Hofkellerei, wobei sich dieses Gebäude freilich in städtischem Besitz befand. Als die Stadt weiter darüber informiert wurde, daß die Landesregierung den Umbau der ehemaligen Hofkellerei in ein Wohnhaus für den Bezirksförster plante, argumentierte sie dagegen mit der ‚dadurch drohenden Verunstaltung‘ des Gebäudes und der Nachbarschaft, da es sich hier um eine ‚häufig von fremdem Publikum‘ besuchte Straße handele. Gleichzeitig schlug die Stadt den Erwerb des Gebäudes der Domänenverwaltung vor und bot der Badischen Regierung einen Tausch gegen ein anderes Gebäude als Sitz der Bezirksforstei an. Die Wahl fiel schließlich auf das zum Verkauf stehende Haus Rohrbacherstraße 9 (heute Rohrbacherstraße Nr. 19), wobei die Stadt allerdings einen Verlust von 7.000 Gulden machte, den man aber offensichtlich für die weiteren Planungen am unteren Schloßberg einkalkuliert hatte.

Am 16. Mai 1876 wurden die entsprechenden Verträge unterzeichnet und der Tausch war perfekt; die Bezirksforstei wurde in das Gebäude Rohrbacherstraße 9 (19) verlegt und die Stadt Heidelberg besaß nun den gesamten Komplex Keltertor/Hofkellerei/Domänenverwaltung am unteren Schloßberg.

Bei Teilen der Heidelberger Bevölkerung, insbesondere von Geschäftsleuten und Gastwirten, stieß die Verlegung der Bezirksforstei in die Rohrbacherstraße statt an den Schloßberg auf heftigen Widerstand. Eine Bürgerinitiative sammelte 113 Unterschriften und argumentierte, daß bereits die Verlegung der Kaiserlichen Reichspost und des Telegraphenamtes aus der Leopoldstraße Nr. 12 (heute Friedrich Ebert-Anlage Nr. 12) in die Rohrbacherstraße 3 (heute Rohrbacherstraße 13/15, Ecke Hans Böckler-Str., also nur wenige hundert Meter) ‚in diesen äußeren Stadtteil‘ unerträglich sei. Außerdem wurde argumentiert, daß viele Besucher der Stadt von außerhalb kämen, weil sie auch noch mit anderen Ämtern wie dem Bezirksamt, dem Amtsgericht, dem Hauptsteueramt oder der Pflege Schönau zu tun hätten, oder sie wollten Einkäufe machen; die Unterbringung der Bezirksforstei in der Rohrbacherstraße statt am Schloßberg bedeute für die Besucher des Amtes einen ‚unzumutbaren Weg von 1/2 Stunden‘, außerdem sei das Gebäude zu klein für die Bezirksforstei.

Die Stadtverwaltung blieb von dergleichen wenig sachdienlichen und aus subjektiven Motivationen entstandenen Einwänden unbeeindruckt und plante mit überraschender Schnelligkeit. Bereits am 17. Oktober desselben Jahres 1876 legte die Stadtbaukommission im Auftrage des Gemeinderates den Plan vor, ‚zu Zwecken der Straßenerweiterung und zu Bauplätzen werdenden Domänenverwaltungsgebäude nebst Kelterturm‘ diese abzubrechen und empfahl, die Abbrucharbeiten in eigener Regie vorzunehmen, dieses sei wegen des möglichen Verkaufes der Baumaterialien für die Stadt kostengünstiger und werde in anderen Städten ebenso gehandhabt.

Am 13. Dezember 1876 stimmte der Stadtrat zu, am 9. Februar 1877 war das Domänengebäude bereits abgebrochen, das Baumaterial wurde sortiert, abtransportiert und vor Diebstählen und zum Weiterverkauf gesichert.

Am 3. August desselben Jahres war auch das Keltertor abgebrochen, am 10. September wurden die Abbruchmaterialien, ‚Balken, Pfosten, Fenster, ein Tor mit Oberlicht, 5 Treppen, Borde und Brennholz‘ meistbietend versteigert.

Das Keltertor war nun abgebrochen, sichtbares Zeichen für einen Akt der Erneuerung; des Alten und nur mit großen Mühen und Kosten weiter Verwertbaren hatte man sich entledigt. Warum? Noch knapp 20 Jahre zuvor hatte die Stadtverwaltung sich gegen den vom Großherzoglichen Oberamt empfohlenen Abriss mit der Begründung gewehrt, das Gebäude verkörpere einen ‚historischen Werth‘, zwei Jahre vor dem Abriss den geplanten Umbau des benachbarten historischen Keltereigebäudes zu einem Wohnhaus als ‚drohende Verunstaltung‘ des Gesamtensembles geißelt und ihn abgelehnt. Gewiß war man sich in der Stadt bewußt, daß es sich bei beiden Gebäuden um historische Bauten mit ausgeprägten baulichen und funktionalen Eigenheiten handelte, das befestigte Stadttor der Stadtgemeinde unter dem Schloß einerseits und ein ehemals kurpfälzisches, herrschaftliches Keltergebäude mit der für dessen Funktion charakteristischen Dachkonstruktion andererseits. Der in der Argumentation der Stadt bemühte Schutz historischer Baudenkmäler war also nur ein Vorwand. Die wirklichen Motive sind schnell entdeckt:

In den Jahren 1873 bis 1875 legte die Stadt, vom unteren Schloßberg abzweigend, die Neue Schloßstraße an, die mit ihrer sanften Steigung in zwei Serpentinien den beachtlichen Höhenunterschied zum Schloß auf bequeme Art überwindet. Gegenüber dem Weg über den steilen und engen Schloßberg stellte die Neue Schloßstraße insbesondere für die touristischen Schloßbesucher eine erhebliche Erleichterung dar. Eine große Zahl von Touristen ließen sich ab dem Keltertor von den dort stationierten Eseln zum Schloß tragen, andere wagten das gefährliche Abenteuer einer Fahrt mit der Pferdekutsche, was immer wieder zu Unfällen führte, entweder

weil die Pferde bergauf auf dem glatten Pflaster keinen Halt fanden und stürzten, oder bergab die Wagen nicht genügend gebremst werden konnten und die Pferde überrollten. Die Chronik der Stadt Heidelberg berichtet für das Jahr 1872, daß sich im dritten Quartal dieses Jahres bereits drei Unfälle mit tödlichen Folgen für die Pferde an der besonders steilen Steigung der Straße am unteren Schloßberg ereignet hätten¹⁴.

Seit den Napoleonischen Kriegen, insbesondere seit dem deutschen Befreiungskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegen die französische Besetzung Deutschlands war die Zerstörung des Heidelberger Schlosses im Orléanschen Erbfolgekrieg zu einem Symbol für die Zerstörungswut des ‚Erbfeindes‘ Frankreich stilisiert worden; jetzt, nach dem von Deutschland gewonnenen deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem neu erwachten Nationalbewußtsein eines neuen deutschen Kaiserreiches nahm der Strom national gesinnter Touristen nach Heidelberg und insbesondere zu seinem Schloß erheblich zu. Der alte beschauliche Aufstieg zum Schloß auf dem Rücken eines Esels oder zu Fuß reichte nun nicht mehr aus, den an schnelleres Tempo gewöhnten Touristen mußte eine entsprechende Möglichkeit zum Schloßbesuch geboten werden; es wurde daher die Neue Schloßstraße geplant und gebaut. Bedauerlicherweise nur begann sie mit dem Nadelöhr des Kelterturms.

Doch noch ein weiteres Moment war maßgebend für den Bau der neuen Straße und den Abriß des alten Tores. Wohlhabendere Bürger verließen die Enge der Altstadt und siedelten sich in Neuenheim – damals noch eine selbständige andere Gemeinde – und in der neu entstehenden Weststadt an und gingen somit als Kunden für die Heidelberger Geschäftsleute und als Steuerzahler, sofern sie sich in Neuenheim niederließen, für die Stadt verloren. In der Nähe des Schlosses hatten sich aber bereits wohlhabende Zugereiste in neugebauten Villen niedergelassen¹⁵, sodaß die Stadt mit der Anlage der Neuen Schloßstraße gleichzeitig ein entsprechendes neues Baugebiet zu erschließen hoffte. Zwar ging die Bebauung zunächst nur zögerlich vor sich, doch allmählich schlossen sich die Baulücken mit den von der Stadt erhofften großbürgerlichen Villenbauten.

Den Anfang der Bebauung machte Hauptlehrer Carl Link, der das Eckgrundstück links vor dem abgebrochenen Kelterturm erwarb und das heutige Eckhaus errichtete, gleichzeitig ersuchte er den Gemeinderat, damit der Schloßberg ‚eine Verschönerung erfahre, und für die wenigen Kinder, die denselben als Spielplatz benutzen ... zumal sich der große Ludwigsplatz (heute: Universitätsplatz) in der Nähe befindet‘ den freien Platz vor seinem Hause mit einer parkähnlichen Gestaltung zu versehen. Am 16. Juli 1879 kam der Gemeinderat seinem Wunsch nach.

Anmerkungen

- 1 StA HD, UA 66, Fasc. 4
- 2 StA HD, UA 66, Fasc. 10
- 3 Zum Wappen: Drös, Harald: Heidelberg Wappenbuch, Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. II, Heidelberg 1991, S. 108, Nr. 185 und Tafel 26, bedauerlicherweise mit einer höchst fehlerhaften zeichnerischen Wiedergabe. – Zum Schlußstein des Torbogens und seiner Herkunft: von Oechelhäuser, Adolf: Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden, Bd. 8, Kreis Heidelberg, 2. Abt. Amtsbezirk Heidelberg, Tübingen 1913, S. 105 f. und 266. Der Stein befindet sich inzwischen nicht mehr, wie noch bei Oechelhäuser beschrieben, in der linken Wand der Tordurchfahrt des Kurpfälzischen Museums sondern im Lapidarium.
- 4 Die Zeichnung ist nicht datiert, die Maße sind jedoch noch in Fuß und Zoll angegeben. Bis 1832 galt in Heidelberg als Längenmaß noch der alte pfälzische Werkschuh von 27,9 cm; 1832 wurde der Badische Fuß von 30,0 cm eingeführt. Eine Nachmessung zwischen den nach dem Abriss des Turmes nicht veränderten Grundstücksmaßen ergab, daß die auf dem Plan angegebenen Maße badische Fuß und Zoll sind. Demnach ist die Zeichnung zwischen 1832 und 1877 angefertigt worden.
- 5 StA HD, UA 66, Fasc. 5
- 6 Christ, Karl: Das Steuerwesen von Kurpfalz im Mittelalter, in: Neues Archiv f. d. Gesch. d. Stadt Heidelberg, Bd. III, S. 249.
- 7 Vergl. Mays, Albert und Christ, Karl: Einwohnerverzeichnis der Stadt Heidelberg vom Jahr 1588, in: Neues Archiv f. d. Gesch. d. Stadt Heidelberg, Bd. I, S. 277, Anm. 9.
- 8 Christ, Karl: Statistik des Schloßberges zu Heidelberg um das Jahr 1700, in: Neues Archiv f. d. Gesch. d. Stadt Heidelberg, Bd. III, S. 113, Anm. 1.
- 9 Das Original befindet sich im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg.
- 10 Christ, wie Anm. 8, hat die Liste genau untersucht und die geplante Trassierung der Rampe genauestens belegt, vergl auch Benz, Richard: Heidelberg – Schicksal und Geist, Konstanz 1961 u.ö. S. 273.
- 11 Aus dem Stadtarchiv Heidelberg wurden folgende Archivalien herangezogen: UA 66, Fasc. 5 und 6. Da die Archivalien chronologisch geordnet sind, jedoch keine Paginierung tragen, kann im folgenden auf Einzelbelege verzichtet werden.
- 12 Abb. 1, Kelterturm vom Schloßberg aus gesehen, zeigt oben links deutlich den Abtrittkerker an der Südwand des Turmes.
- 13 Vergl. dazu: Goetze, Jochen: Die Heidelberger Feuerwehr in der Kaiserzeit, in: Langner, Martin (Hrsg.): Feuer schwarz – Eine deutsche Feuerwehrgeschichte am Beispiel Heidelbergs. Heidelberg 1996, S. 101
- 14 StA HD, H 190 m 1865–1875, S. 908.
- 15 Insbesondere am vorderen Wolfsbrunnenweg in den Jahren zwischen 1850 und 1870.

Einhart Kemmet

Neues zur Heidelberger Stadtbefestigung Fundbeobachtungen der Archäologischen Abteilung des Kurpfälzischen Museums Heidelberg 1976–1998

Die folgende Darstellung kombiniert historische Quellen und archäologische Befunde der letzten zwanzig Jahre zu einem erweiterten Geschichtsbild der Stadtbefestigung Heidelbergs.

Kaiser Friedrich I. Barbarossa (regierte 1152–1190) machte seinen jüngeren Halbbruder Konrad von Staufeu (gest. 1195) im Jahre 1156 zum „Pfalzgrafen bei Rhein“. „Vom Wormser Bischof wurde Konrad außerdem mit der Burg Heidelberg belehnt“¹. „Die Stadt Heidelberg wurde vom neuen Burgherrn, nach einheitlichem Plan“², „wie er für damals gegründete Städte in Mitteleuropa typisch war“³, älteren Forschungen zufolge „in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts angelegt“⁴. Nach neuesten Erkenntnissen soll die eigentliche Stadtgründung erst mit Herrschaftsbeginn der Wittelsbacher Pfalzgrafen Anfang des 13. Jh. erfolgt sein⁵. Eine Stadtmauer wurde erstmals 1235 erwähnt⁶.

Befestigung der Kernaltstadt

„Im Westen war der Verlauf der Stadtmauer vom Gebirge, zum Neckar durch die Natur vorgezeichnet, denn sie bildete die Fortsetzung des leicht zu verteidigenden und steilen Rückens, der als östliche Begrenzung des Klingenteichs hinabzieht“⁷ (Befund 19). „Es handelt sich allem Anschein nach um die erst spätmittelalterliche westliche Schloßbergbefestigung bzw. deren Verbindung mit der Altstadt“⁸ (Befund 19 und 22a). „Vom Hexenturm aus verlief die Stadtmauer, wie auf dem Münster'schen Panorama von 1550 deutlich zu sehen ist, in gerader Linie weiter nach Süden und schloß hier die Bergstadt ab, deren Zugang das Kelter- oder Untere Burgtor (Befund 22b) vermittelte“⁹.

„Die ältere Südmauer reichte um 1550 bis zur St. Peterskirche, die außerhalb liegen blieb, und endete beim Graben in einem kleinen Turm. Bei der Erneuerung der Stadtmauer 1601 wurde dann St. Peter mit hineingezogen und die Schrägföhrung der neuen Stadtmauer von Westen nach der Rich-

tung des Klingentors vorgenommen“¹⁰. „Erst unter Kurfürst Johann Casimir (1583–1592) scheint dann die Südmauer der Altstadt, wie bei Merian 1622 zu sehen ist, längs der Seminar- und Zwingenstraße bis zum Bremen- eck errichtet worden zu sein“¹¹.

„Grabengasse und Mantelgasse erinnern heute noch an den Verlauf der Westmauer in nördliche Richtung“¹² (Befund 8 und 13). Archäologisch nachgewiesen wurde die Westmauer nördlich des Hexenturms bei der Grabung des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg im Hof der Neuen Universität Heidelberg 1986/87. Hier im Grabungsbereich ist die Stadtbefestigung wahrscheinlich älter als ihre Ersterwähnung 1235¹³.

„Vom Brückentor zog die Stadtmauer in mäßigem Abstand zum Flusse weiter (vom Judentor unterbrochen) nach Westen bis zum Ende der Altstadt, wo der Mantel- oder Frauenturm die Nordwest-Ecke am Stadtgraben schützte. Südlich hinter dem Mantelturm schützte ein kleinerer zweiter Turm diese wichtige Ecke in doppelter Weise. Von der Pfistermühle aus zog sich eine zweite, äußere Mauer am Neckar entlang bis zum Mantelturm, und auch über den Graben hinweg war eine bis an das Zeughaus reichende Mauer gezogen, den Zugang zum Graben von der Wasserseite aus abschließend“¹⁴ (Befund 5).

Das Zeughaus (Marstall) mit seinem Nordwest-Turm an der Spitze (Befund 4) bzw. die den Marstall umgebende Hofmauer mit Durchlässen (Befund 21) bildete seit dem 16. Jahrhundert neckarseits das am weitesten vorgeschobene Bollwerk der ursprünglichen Altstadt.

„Längs des Neckars wurde die Mauer durch mehrere kleine Tore, vor allem aber durch das Brückentor unterbrochen. Vom Leyertor (Befund 16) zog die Stadtmauer in sanftem Bogen nach Süden hin, bis sie im Knick in den nordsüdlichen Zug überging, der die Plankengasse entlang über den Eselspfad (Befund 11 und 12) schließlich zum Glockenturm des Schlosses lief“¹⁵.

„Östlich der staufischen Kernaltstadt entwickelte sich die sog. Jakobs- vorstadt mit dem Neckargemünder Tor taleinwärts. Die Enge des Tales und die Steilheit der Granitwände bildeten hier einen natürlichen Schutz“¹⁶.

„Durch die Entwicklung Heidelbergs als Residenz der Pfalzgrafen und die dadurch wachsende Bedeutung der Stadt, machte sich die räumliche Enge des Tales immer stärker geltend“¹⁷.

„Es gab nicht genügend landwirtschaftliche Fläche und Wohnraum innerhalb der alten Mauern. So bestimmte Pfalzgraf Ruprecht II. 1392 die Erweiterung der Stadt nach Westen, von der heutigen Grabengasse bis zur heutigen Sofienstraße. Die Bergheimer wurden unter Aufgabe ihres Dorfes in dieser „Neustadt“ angesiedelt, ihre Gemarkung wurde der Heidelberger zugeschlagen“¹⁸.

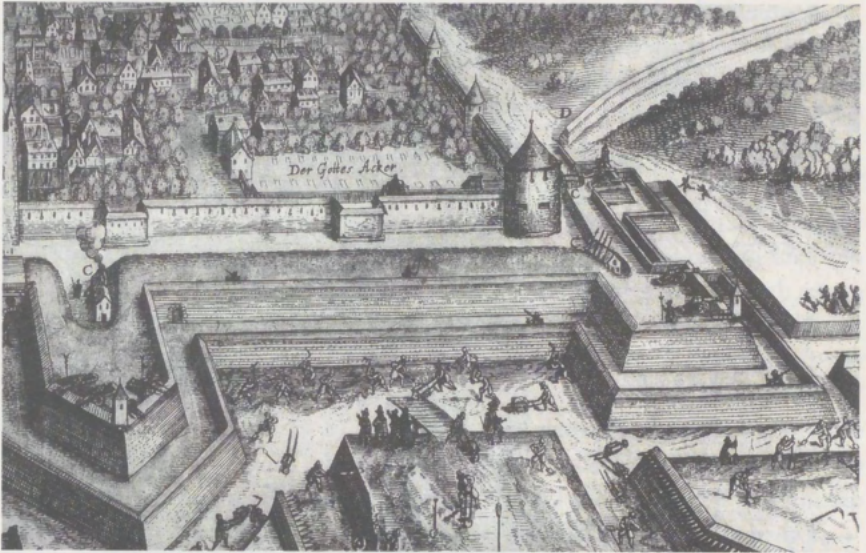


Abb.1: Peter Isselburger, Westlicher Teil der Heidelberger Stadtbefestigung 1622, Radierung, 132:186 Inv.Nr. J 1302

„Im 15. Jahrhundert breitete sich die Altstadt von Osten her allmählich über ihre ursprüngliche Ummauerung hinaus aus. Bald nach 1392 entstehen westlich der Stadtmauer neue Adels- und Bischofshöfe“¹⁹.

Befestigung der westlichen Vorstadt

„Die fast schnurgerade dem Stadtgraben entlang laufende westliche Abschlußmauer (Befund 1, 2, 7, 9 und 15) der westlichen Vorstadt enthielt ungefähr in der Mitte, im Zuge der jetzigen Hauptstraße, das Niedere Tor, auch Mitteltor oder Inneres Speyerer Tor genannt, das erst 1827 abgebrochen wurde. Die weite spitzbogige Durchfahrt verrät den mittelalterlichen Ursprung des Bauwerkes, das nach L. Merz im Jahre 1392 entstanden ist“²⁰.

„Während die Vorstadt nach Westen bald (Anfang des 15. Jh.?) durch Türme, den Blauen Turm am südlichen (Befund 6) und den Roten Turm am nördlichen Eck, und Mauern gesichert wurde, blieb die Neckarseite stets ungeschützt“²¹.

„Im Gegensatz zu den Türmen der Altstadt erscheinen diese als Rundtürme (Befund 6) mit geschweiften Kegeldächern und vielen Schießscharten“²².

„Gegen Süden bot zwar das um 1470 angelegte Eckbollwerk Trutzkaiser einigen Schutz, aber erst von 1601 an wurde die Südmauer (Befund 14) mit den dazugehörigen Toren Schießtor, Kuhtor und Klingentor erbaut“²³ (Befund 20).

„Ein Denkstein aus der Mauer des St. Annakirchhofes gibt an, daß die Weiterführung der Vorstadtmauer in das Jahr 1601 fällt. Diese Angabe scheint sich nicht auf die längs des alten Grabens ziehende Westmauer, sondern auf die langgestreckte Südmauer zu beziehen, welche die Stadt südlich gegen den Gaisberg hin abschloß“²⁴.

„Auf dem Münster'schen und Merian'schen Panorama, ebenso auf anderen frühneuzeitlichen Ansichten ist deutlich erkennbar, daß die westliche Vorstadt an der Neckarseite nicht von einer Mauer eingefaßt war“²⁵ – abgesehen von Parzellengrenzmauern (Befund 3), extra dicken Hausmauern (Befund 10) oder speziellen Schutzmauern gegen Hochwasser (Befund 17), die mit der Bebauung der Uferzone im 17. und 18. Jh. notwendig wurden.

„Die drohende Gefahr des 30jährigen Krieges führte außerdem zur stärkeren Sicherung der Westseite. Im Jahre 1622 wurde vor dem Blauen Turm, an der Südwestecke der Stadt, eine Doppelschanze (Befund 6) angelegt (Abb. 1).

Weitere kleinere Schanzen und Erdbefestigungen nördlich und östlich der Stadt konnten aber nicht verhindern, daß die Stadt mehrmals erobert wurde“²⁶.

„Überlebte Heidelberg den 30jährigen Krieg“ (was die Bausubstanz betrifft) „noch verhältnismäßig glimpflich, so brachte der Orleans'sche Krieg 1689 und 1693 die völlige Zerstörung“²⁷, obwohl man versuchte durch Verstärkungen der Stadtbefestigung, z.B. durch die Schanze vor dem Klingentor aus dem Jahre 1692 (Befund 18), Heidelberg vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Die Befundsituation insgesamt ergibt ein relativ klares Bild des Verlaufs der Heidelberger Stadtbefestigung.

Die Beobachtungen der letzten zwanzig Jahre bestätigen mehr oder weniger die früheren archäologischen und historischen Quellen bis auf zwei Ausnahmen:

1. Erstmalige Freilegung von Resten der Klingentorschanze und die exakte Ermittlung ihrer Lage.
2. Erstmalige Freilegung von Resten des Blauen Turmes und die exakte Ermittlung ihrer Lage.

Sie widerspricht deutlich älteren Vermutungen, die den ehemaligen Standort dieses Turmes an der Ecke Friedrich-Ebert-Anlage/Sofienstraße²⁸ im Bereich des Hotels Europäischer Hof in Erinnerung



Abb. 2: Fundament des Blauen Turmes mit Restaurator Folkwin Vogelsang im April 1985

bringen wollen (Gedenktafel an der Ausfahrt der Tiefgarage des Hotels). Mit der Entdeckung des Blauen Turmes wurde eine Forschungslücke geschlossen, die Fachschuloberrat Ludwig Merz stets bedauert²⁹. Er³⁰ und der Archäologe Dr. Berndmark Heukemes³¹ hatten seit den 60er Jahren anlässlich verschiedener Baumaßnahmen mehrfach Teile der Stadtbefestigung archäologisch erforscht.

Standort des Blauen Turmes

Beim Erdaushub für eine Baugrube der Stadtwerke Heidelberg im Frühjahr 1985 konnte die Archäologische Abteilung des Kurpfälzischen Museums Heidelberg ein kreisförmiges Mauerfundament und zwei Maueranschnitte ebenfalls aus rotem Sandstein freilegen. Wie sich später aufgrund der Lage, Form, Mauerstärke und Größe der Sandsteinblöcke herausstellte, handelte es sich dabei um die Reste des Blauen Turmes und Teile der davorliegenden Schanze, die man 1622 erbaut hatte.

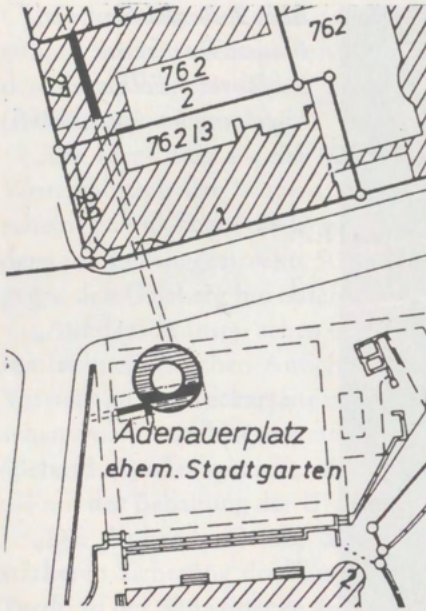


Abb. 3: Lageplan des
Blauen Turmes

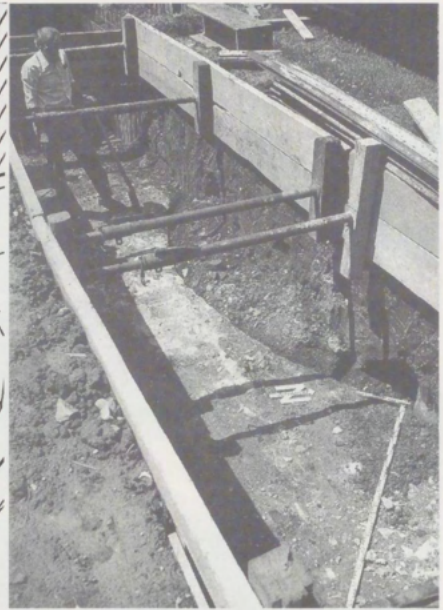


Abb. 4: Grabung am 22.5.1985 mit
Restaurator Folkwin Vogelsang

Der Turm wurde in zwei Bauabschnitten im April und Mai 1985 archäologisch untersucht. In der Baugrube (3.75 m x 8.53 m) von Abschnitt 1 war der Turm im östlichen Drittel der Grube in einer Tiefe von ca. 1.50 m zu sehen. An den Turm fast anstoßend, parallel und über die ganze Länge der senkrechten Grubensüdwand, fand man Mauerreste des dem Turm vorgelagerten Schanzwerkes. Am östl. Ende dieser Ost-West verlaufenden Mauer, die bis zu 1.25 m dick war, konnte im Anschnitt eine nach Süden abgehende, an dieser Stelle 1m starke Buntsandsteinmauer beobachtet werden. Eventuell handelt es sich hierbei um die Verbindungsmauer zum Trutzkaiser. Beide Schanzenmauern waren aus Steinen der Größe von max. 0.20 m x 0.20 m x 0.40 m gebaut, während das Turmfundament aus Sandsteinblöcken von ca. 0.50 m x 0.75 m x 1.10 m Größe in Kalkmörtel errichtet war.

Das Turmrund war als Teilsegment sichtbar; im Schnitt mit der nördlichen Baugrubenwand auf einer Länge von 2.80 m und mit der südlichen Wand auf einer Strecke von 1.15 m. Während der äußere Bogen der Turmwand deutlich sichtbar war, trat der innere Bogen nicht zutage. Dies aller-



Abb. 5: Plan von De Lorge 1693 Schloßberg 2 Klingentorschanze

dings war im zweiten Bauabschnitt der Fall. An der Ostseite von Grube 1 wurde rechtwinklig dazu ein 1.35 m breiter und 9.85 m langer Graben ausgehoben, der den Turm an der Südseite auf eine Länge von 7.97 m freilegte und an der Nordseite den Innenbogen mit zwei Anschnitten von 1.40 m und 3.15 m.

Mit Rekonstruktion der Bogenkrümmung und seiner Länge ergibt sich ein Turmdurchmesser von ca. 13 m und eine Mauerstärke von ca. 3 m. Die Vermessung der Befunde ergeben für den Turm einen anderen Standort, als bisher angenommen.

Der Turmmittelpunkt liegt etwa 30 m südlich der Ecke Friedrich-Ebert-Anlage/Sofienstraße bzw. ca. 40 m südlich seiner bisherigen Lokalisierung, was bedeutet, daß die Mauerbefunde, die beim Bau des Euro-

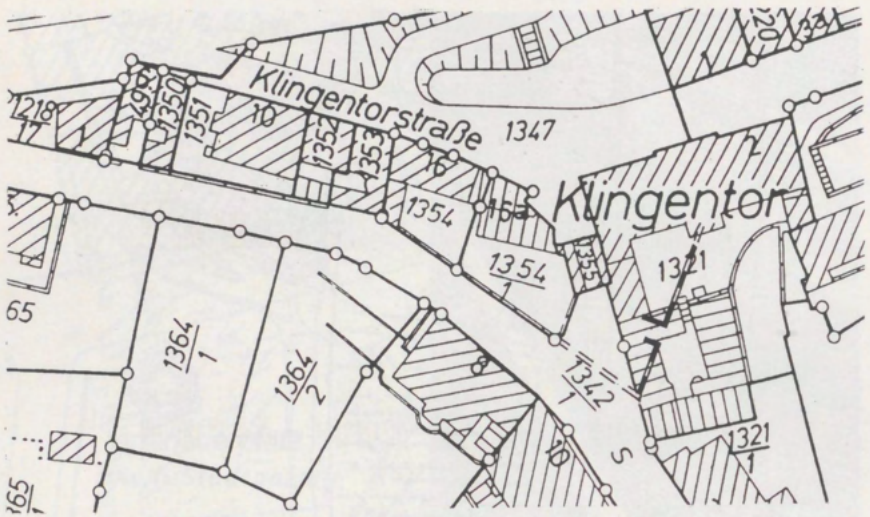


Abb. 6: Lageplan

päischen Hofes zutage kamen, eindeutig als Reste der Weststadtmauer oder eines der Tore innerhalb dieses Mauerzuges anzusprechen sind.

Der Turm, der wegen des dort lagernden Pulvers auch Pulverturm genannt wurde, bildete die „alte“ Südwestecke der Heidelberger Vorstadt.

Die Entdeckung der Turmfundamente bedeutete eine Überraschung, da man bislang seinen Standort an der Ecke Friedrich-Ebert-Anlage/Sofienstraße im Bereich des Hotels Europäischer Hof, zu kennen glaubte³² (siehe Steinplatte bei der Tiefgaragenausfahrt des Europäischen Hofes).

Von Süden und Westen kommend markiert diese Stelle den Beginn der Altstadt und täuscht, wenn man so will, die alte spätmittelalterliche Ecksituation vor, zumal der Verlauf der Friedrich-Ebert-Anlage dazu beiträgt anzunehmen, sie bilde die Grenze zur Altstadt. Dies gilt nur für die Strecke Schießtorstraße – Friedrich-Ebert-Platz.

Der Verlauf der südlichen Stadtgrenze bzw. der frühneuzeitlichen Stadtmauer war nicht geradlinig, sondern an drei Stellen abgewinkelt. Es entstanden drei Knickpunkte. Hauptknickpunkt war das Schießtor; hier bog die Stadtmauer schräg nach Südosten bis zur Peterskirche, von dort wieder leicht schräg gegen das Klingentor.

In westlicher Richtung war der Knickpunkt in Höhe des Friedrich-Ebert-Platzes, von wo die Stadtmauer leicht nach Süden abwinkelnd, geradewegs bis zum Blauen Turm zog. Sie verläuft parallel zum Haus Friedrich-Ebert-Anlage 27 (unter dem Gehweg) und verläßt bereits bei Haus-

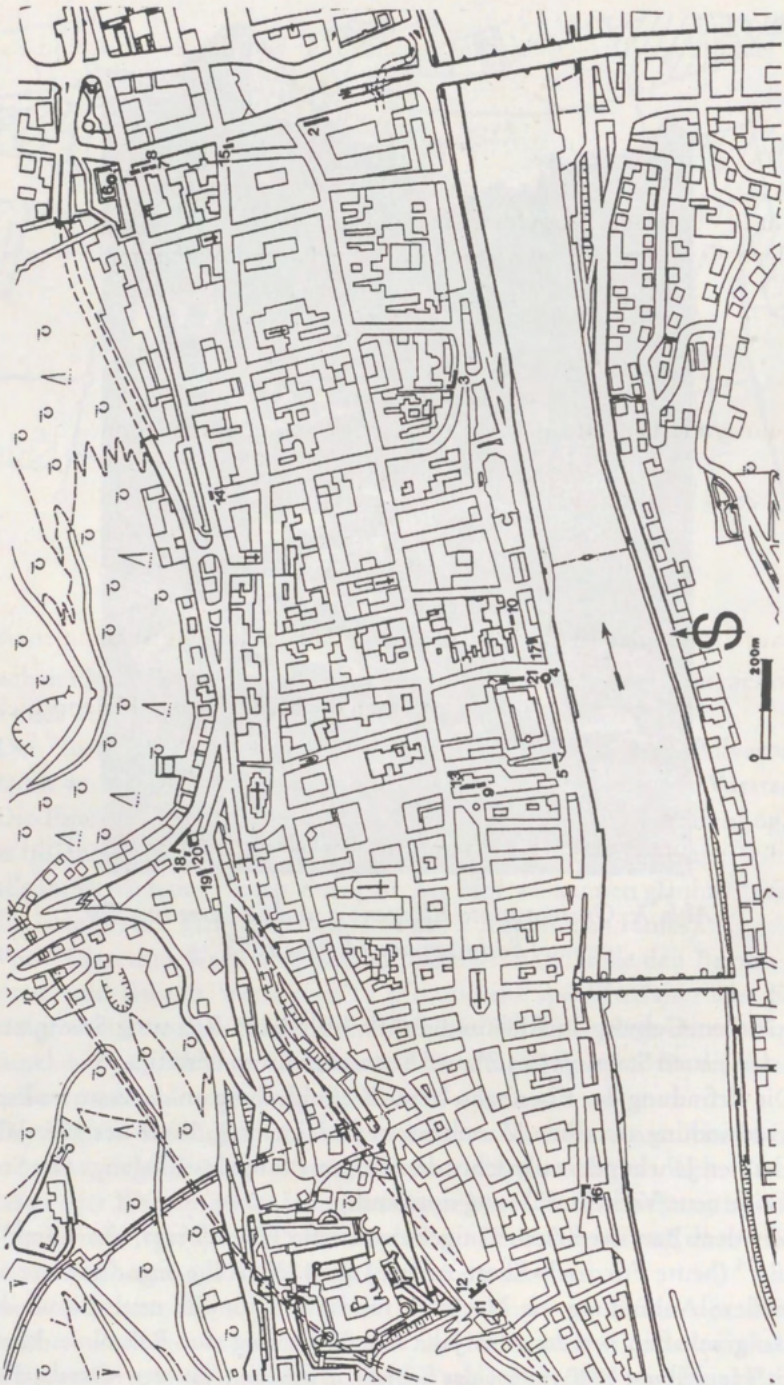


Abb. 7: Grabungsfoto Klingentor und Schanze mit Tor von Südosten am 14. Mai 1998

Nr. 25 den Gehweg in Richtung Fahrbahn³³ bzw. Richtung Stadtgarten, was den neuen Standort des Blauen Turmes indirekt bestätigt.

Die Erfindung der Eisenbahn bzw. die Anbindung an die erste badische Zugverbindung zwischen Mannheim und Heidelberg, Ende der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, machte die Umgestaltung des Eingangs zur Stadt und eine neue Verkehrsführung notwendig.

Mit dem Bau der ersten Umgehungsstraße Heidelbergs, der Leopoldstraße³⁴ (heute Friedrich-Ebert-Anlage) um 1830, sollte eine direktere und schnellere Anbindung ins Neckartal und Platz für die neue Eisenbahntrasse geschaffen werden. Im Jahr der Eröffnung der Bahnlinie Mannheim/Heidelberg 1840 mußte das Schießtor weichen, um den Ostabschnitt der neuen Leopoldstraße fertigstellen zu können³⁵.



Auch westlich des Schießtores beseitigte man die Stadtmauer, und für eine geradlinige Trassierung der neuen Straße wurde der Stadtrand nach innen verlegt. Richtungsweisend war die Strecke vom Schießtor bis zur Südost-Ecke des heutigen Friedrich-Ebert-Platzes.

Diese Strecke wurde in ihrer Flucht bis zur Sofienstraße/Ecke Hotel Europäischer Hof verlängert. Somit war der Trassenverlauf für den Westabschnitt der neuen Leopoldstraße gegeben.

Neue Freifläche für eine „moderne“ Stadt- und Verkehrsplanung war entstanden. Der Blaue Turm lag jetzt außerhalb der neuen Stadtgrenzen. Alten Stadtplänen zufolge stand der Blaue Turm noch 1821³⁶.

Schon damals hatte sich die Situation westlich der Vorstadt stark gewandelt. Mit Beseitigung des Schanzwerkes vor der Stadtmauer Ende des 18. Jahrhunderts³⁷ und der Verfüllung des Stadtgrabens konnte das Gelände einer Umnutzung zugeführt werden. Im südlichen Bereich entstand vor 1821 eine große Materialgrube zur Sandgewinnung³⁸.

Sie wurde aufgelassen, um für eine ausgedehnte Parkallee Platz zu schaffen, während nördlich des Speyerer Tores Mitte der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts ein Hafenbecken gebaut wurde³⁹.

Laut Projektplan (wohl von Tulla) zum Bau des Hafens ist anzunehmen, daß der Blaue Turm damals noch gestanden hat, da dieser sehr detailliert in diesen Plan eingezeichnet ist. Nimmt man die Maße aus o.g. Hafenprojektplan als Grundlage, so ergibt sich ein Turmdurchmesser von ca. 11,93 m, der vergleichbar ist mit dem Ergebnis der o.g. archäologischen Untersuchung von 1985.

Um 1840 baute man westlich von o.g. Parkallee den ersten Heidelberger Bahnhof, der bald aus zwei Richtungen – Mannheim und Karlsruhe – angefahren wurde⁴⁰.

Wenige Jahre später war dieser Bahnhof schon zu klein. Es wurde etwa an gleicher Stelle ein neuer größerer Bahnhofskomplex gebaut, der aus Badischem Bahnhof und Main-Neckar-Bahnhof bestand. Zwischen Sofienstraße und Bahnhof war etwa gleichzeitig der neue Botanische Garten entstanden⁴¹.

Die Stadt dehnte sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte immer weiter aus, sodaß auch die letzten mittelalterlichen Stadttore abgetragen wurden (Mitteltor 1827, Keltortor 1877). Das barocke Mannheimer Tor, das im Orleans'schen Krieg zerstörte Speyerer Tor ersetzt hatte, war bereits 1856 abgerissen worden⁴².

Klingentorschanze von 1692

Im Zuge von Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im Anwesen Schloßberg 2 konnten von Februar bis Mai 1998 verschiedene mittelalterliche und neuzeitliche Befunde archäologisch untersucht werden.

Von den insgesamt neunzehn Befunden betrafen drei die Stadtbefestigung. U.a. wurde die Südostecke des Klingentores (Befund 20) freigelegt und an der Ostseite des barocken Palais ein Teil der Nord-Süd verlaufenden sog. Schloßbergstadtmauer (Befund 19 und 22).

Beim Erdaushub für eine Tiefgarage in Verbindung mit dem Neubau von Wohnhäusern im Gartensüdteil des Schloßbergs 2 kamen die Reste der im Herbst 1691 erbauten Klingentorschanze zutage.

Bisher wußte man nur aus schriftlichen Quellen von dieser Schanze. Der französische Marschall de Lorge berichtete am 24. Mai 1692 darüber aus seinem Feldlager bei Rohrbach an seinen König Ludwig XIV. von Frankreich. Er beschreibt die Einnahme und die Zerstörung Heidelbergs am Tag zuvor, außerdem den Angriff General Melacs auf o.g. Klingentorschanze und deren Eroberung. De Lorge erläutert dies anhand einer relativ maßstäblichen Skizze, auf der auch die Schanze eingezeichnet ist⁴³ (Abb. 5). Erstmals konnte diese Schanze, wenn auch nur ein Teil ihrer Ostflanke, in einer Tiefe von zwei bis drei Metern unter der Gartenoberfläche archäologisch nachgewiesen und dokumentiert werden.

Neu ist außerdem die Freilegung eines Tores in diesem Abschnitt der Schanze, was die besondere Bedeutung dieser archäologischen Entdeckung unterstreicht.

Die Strecke des untersuchten Schanzenabschnittes (Mauerdicke 1.10 m) betrug insgesamt ca. 13 m, unterbrochen von der Toröffnung mit einer Breite von 2.80 m.

Beide Torseiten waren noch als Ecke ausgebildet, von denen die nördliche einen sehr gut erhaltenen Radabweiser aus Sandstein ohne Abnutzungsspuren aufzuweisen hatte. Insgesamt gesehen war das Mauerwerk von schlechter Qualität, was auf eine übereilte Errichtung schließen läßt⁴⁴.

Befundkatalog

Befund 1

Heidelberg (-Altstadt)
Sofienstraße / Ecke Friedrich-Ebert-
Anlage
Neubau Hotel Europäischer Hof 1976
Westmauer der Vorstadt Ende 14. Jahr-
hundert
9. März 1976

Befund 2

Heidelberg (-Altstadt)
Sofienstraße
Neubau Darmstädter Hof Zentrum
1977
Westmauer der Vorstadt Ende 14. Jahr-
hundert
26. Februar 1977

Befund 3

Heidelberg (-Altstadt)
Ziegelgasse / Ecke Untere Neckarstraße
Neubau Tiefgarage Anatomisches Insti-
tut 1983
Dominikaner Kloster NO-Ecke von
Abschlußmauer zum Neckar
Ende 15. Jahrhundert
Juni 1983

Befund 4

Heidelberg (-Altstadt)
Krahenplatz
Gasleitungsbau 1983
Fundament von NW-Turm des kur-
fürstlichen Marstalles 16. Jahrhundert
13. Oktober 1983

Befund 5

Heidelberg(-Altstadt)
Marstallstraße
Kanalisationsarbeiten 1983
Südliche Abschlußmauer des Stadtgra-
bens 14.(?) Jahrhundert
14. Dezember 1983

Befund 6

Heidelberg (-Altstadt)
Friedrich-Ebert-Anlage/Stadtgarten
Rohrleitungsbau 1985
6a Fundament des Blauen Turmes Ende
14. Jahrhundert
6b Vorgelagerte Schanze von 1622
April/Mai 1985

Befund 7 und 8

Heidelberg (-Altstadt)
Sofienstr. 25-27
Erweiterungsbau Hotel Europäischer
Hof 1986
Westmauer der Vorstadt Ende 14. Jahr-
hundert
17. Februar 1986 und Oktober 1986

Befund 9

Heidelberg (-Altstadt)
Am Heumarkt 10
Wohnhaussanierung 1986
Westmauer der Kernaltstadt 13. Jahr-
hundert
24. September 1986

Befund 10

Heidelberg (-Altstadt)
Untere Neckarstr. 70-74
Neubau Kurpfälzisches Museum
1986-1987
Nördliche Abschlußmauer zum Neckar
17.(?) Jahrhundert
März 1987

Befund 11

Heidelberg (-Altstadt)
Eselspfad 3
Gartenarbeit Harsch 1988
Ostmauer der Kernaltstadt
13. Jahrhundert
März 1988

Befund 12

Heidelberg (-Altstadt)
 Eselspfad 3
 Gartenarbeit Harsch 1988
 Mauer des Eselspfadturmes
 14.(?) Jahrhundert
 März 1988

Befund 13

Heidelberg (-Altstadt)
 Am Heumarkt 2
 Wohnhaussanierung 1990
 Westmauer der Kernaltstadt
 13. Jahrhundert
 8. März 1990

Befund 14

Heidelberg (-Altstadt)
 Märzgasse/Friedrich-Ebert-Anlage
 Kanalisation 1992
 Südmauer der Vorstadt von 1601
 19. August 1990

Befund 15

Heidelberg (-Altstadt)
 Plöck/Ecke St. Anna Gasse
 Leitungsbau 1993
 Westmauer der Vorstadt
 Ende des 14. Jahrhunderts
 29. November 1993

Befund 16

Heidelberg (-Altstadt)
 Leyergasse 2
 Kanalisation 1995
 Fundament von Leyertor
 13. Jahrhundert
 23. November 1995

Befund 17

Heidelberg (-Altstadt)
 Untere Neckarstr. 21
 Gasleitungsbau 1995
 Schutzmauer gegen den Neckar
 18. Jahrhundert
 27. November 1995

Befund 18

Heidelberg (-Altstadt)
 Schloßberg 2
 Sanierung und Neubau 1998
 Schanze mit Torsituation von 1692
 April/Mai 1998

Befund 19

Heidelberg (Altstadt)
 Schloßberg 2
 Sanierung und Neubau 1998
 Westmauer der Schloßbergbefestigung
 14. Jahrhundert
 April/Mai 1998

Befund 20

Heidelberg (-Altstadt)
 Schloßberg 2
 Sanierung und Neubau 1998
 Ostseite des Klingentors
 16.(?) Jahrhundert
 April/Mai 1998

Befund 21

Heidelberg (-Altstadt)
 Schiffgasse 3-5
 Sanierung 1998
 Westseite des Kurfürstlichen Marstalles
 mit Tor 16. Jahrhundert
 24. November 1998

Befund 22

Heidelberg (-Altstadt)
 Schloßberg 3
 Stromleitungsbau 1999
 22a Westmauer der Schloßberg-
 befestigung 14. Jahrhundert
 22b Fundamentanschnitt des Kelter-
 tores
 Juni 1999

Anmerkungen

- 1 Scheuerbrandt A., Heidelberg – Geschichte und Gestalt, 1996 S. 49
- 2 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 19
- 3 Scheuerbrandt A., Heidelberg – Geschichte und Gestalt, 1986 S. 49
- 4 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 12
- 5 Benner M. / Wendt A., Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Heidelberg, Jahrgang 1, 1996 S. 86
- 6 Scheuerbrandt A., Heidelberg – Geschichte und Gestalt, 1986 S. 49
- 7 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 12
- 8 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 12
- 9 v.Oechelhäuser A., Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg, 1913 S. 105
- 10 v.Oechelhäuser A., Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg, 1913 S. 110
- 11 v.Oechelhäuser A., Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg, 1913 S. 106
- 12 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 12
- 13 Carroll-Spillecke M., Die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität in Heidelberg, Materialhefte zur Archäologie, Heft 20, LDA Baden-Württemberg, 1993 S. 76, Beilage Abb. 62
- 14 v.Oechelhäuser A., Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg, 1913 S. 102
- 15 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 12
- 16 Merz L., Die Residenzstadt Heidelberg, HVA 1986 S. 37
- 17 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 13
- 18 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 13
- 19 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 14
- 20 Merz L., Die Residenzstadt Heidelberg, 1986 S. 65
- 21 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 14
- 22 v.Oechelhäuser A., Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg, 1913 S. 107
- 23 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 14
- 24 v.Oechelhäuser A., Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg, 1913 S. 107
- 25 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 14
- 26 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 16
- 27 Derwein H., Amtliche Kreisbeschreibung, 1968 S. 16
- 28 Sofie von Baden (Großherzogin von Baden 1830–1854)
- 29 Forberger, Astrid, Interview mit Ludwig Merz im Heidelberger Tageblatt (6.8.1974)
- 30 Akten Ludwig Merz, Stadtarchiv Heidelberg
- 31 Fundakten Archäologische Abteilung des Kurpfälzischen Museums Heidelberg
- 32 Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 58 (10.3.1976)
3. Rhein-Neckar-Zeitung (23.8.1970)
- 34 Leopold von Baden (Großherzog von Baden 1830–1854)
- 35 Merz L., Die Residenzstadt Heidelberg, 1986 S. 62
- 36 Engelmann, Joseph, Plan von Heidelberg 1821, Lithograph. Karlsruhe
- 37 Merz L., Die Residenzstadt Heidelberg, HVA 1986 S. 66
- 38 Engelmann, Joseph, Plan von Heidelberg 1821, Lithograph. Karlsruhe
- 39 Hengstenberg F., Plan der Stadt Heidelberg, 1830
- 40 Stadtplan von Heidelberg um 1840
- 41 Barth Christian, Stadtplan von Heidelberg mit 20 Vignetten, 1853
- 42 Merz L., Die Residenzstadt Heidelberg, 1986 S. 75
- 43 Vetter R., Heidelberg deleta, 1990 Abb. 5

44 Benner M. / Wendt A., Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1998, Stuttgart 1999

Bildnachweis:

Abb. 2, 3, 4, 6, 7, 8 E. Kemmet

Gemüsekurier



Biogemüse mit Lieferdienst

BIOGÄRTNEREI DER HEIDELBERGER DIENSTE GMBH

Bestellen Sie sich Ihre regelmäßige Portion Gesundheit. Frei Haus.

Wir bieten an:

- Obst und Gemüse nach biologisch-organischen Richtlinien
- Lieferung frei Haus
- auch als Gemüse-Abo
- gesunde Ernährung
- regionale Gemüseproduktion, d.h. kurze Wege
- Umwandlung von Ackerfläche in biologisch bewirtschaftete Fläche
- naturnahe Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose
- Erhalt von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft

Bestellservice:

Montag – Donnerstag:
7.30 Uhr – 16.30 Uhr

Freitag:
7.30 Uhr – 14.30 Uhr

Gärtnerei

Speyerer Schnauz 13
Telefon 06221/169214

Christoph Konrad

Telefon 06221/141041

Bioland

ÖKOLOGISCHER LANDBAU
Bioland-Betrieb Nr. 70297



BÜCHER
BRAUN

UNIVERSITÄTS
BUCHHANDLUNG

Sofienstraße 3, am Bismarckplatz
69115 Heidelberg

Buchhandlung

himmelheber

Theaterstraße 16
69117 Heidelberg
Telefon: 22201

Reinhard Düchting und Boris Körkel

Olympia Fulvia Morata (1526–1555)

I

*Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung
am 26. März 1998 in der Alten Aula der Universität Heidelberg*

In wenigen Minuten werden wir die Ausstellung über Olympia Fulvia Morata besuchen können, über

eine hauptgelehrte Italiänerin, welche Anno 1526 zu Ferrara auff diese Welt gebohren worden. Ihr Vater ist Fulvius Moratus, ein Mantuaner und gleichfalls sehr gelehr Mann gewesen, der die Printzen des Herzogs von Ferrara, Alphonsi, zur selbigen Zeit informiret hat. Nach diesem hat er auch vielen Fließ bey dieser Tochter angewendet und es in kurtzen dahingebraucht, daß sie von vielen Italiänern admiriret worden ist. Weil nun eben dazumahl die Ferrarische Princessin Anna gleichfalls grosses Vergnügen an dem Studieren hatte und von Johanne Sinapio die Schätze der Weißheit einsamlete, wurde unsere Morata auff der Durchlauchtigsten Frau Mutter Begehren nach Hofe gefordert, damit beyde durch unermüdeten Fleiß beständig mit einander certiren möchten. Dasselbst haben nun diese zwey gelehrte Musen um die Wette Lateinisch und Griechisch mit einander geredet und sich nicht allein bey dem Hofe sondern auch in gantz Ferrara die höchste Estim zugezogen. Der Tod ihres Vaters aber und die Liebe vor ihre gleichfalls gar schwächliche Mutter war die Ursache, daß sie den Hof wieder quittirte und sich ihrer eigenen Haußhaltung eifrigst annahm. Dasselbst erblickte nun Andreas Gründler, so sich Studirens wegen in Ferrara aufhielt, auch den Lauream Medicam an eben diesem Orth erlangte, unsere gelehrte Morata und fand sich endlich durch ihre schöne Leibs- und Gemüths-Qualitäten dergestalt charmiret, daß er zuerst ihre Conversation und hernach ihre Affection suchte. Morata war verständig, artig und gelehrt; Gründler hatte sich auch bißher durch eine vortreffliche Conduite und solide Gelehrsamkeit sehr berühmt gemacht; weil nun allhier de Hochachtung gegen einander nicht zurückbleiben konte, muste die Liebe auch gantz gewiß erfolgen.

Solchergestalt brachte nun Gründer diese Ferrarische Minerva in das gelehrte Teutschland, und zwar zuerst nach Schweinfurth, woselbst sie viel herrliche Sachen schrieb, darüber aber ein grosser Theil bey dem gossen Brande verlohren gegangen. Nach diesem unglückseligen Zufall haben sie sich beyderseits nach Homburg [= Hammelburg] und endlich nach Heydelberg begeben, woselbst ihr Liebster Professor Medicinæ geworden und mit ihr hernach die ruhigste und vergnügteste Ehe geführet. Doch der Tod rieß diese gelehrte Italiänerin Anno 1555 den 26. Octobr. in dem 29. Jahr ihres Alters gar zu frühzeitig von der gelehrten Welt und aus des betrübten Gründlers Augen und Armen (Lehms 1714).

– von Ferrara über Schweinfurt nach Heidelberg: von der Bastion eines Fürstenhofs über eine kleine, bedeutende fränkische Reichsstadt in eine kleine, bedeutende pfälzische kurfürstliche Residenz: von einem Hof, der aufhorchend für Jahre sich reformatorischen Gedanken geöffnet und einen Calvin (unter einem Decknamen) und Marot aufgenommen hatte, über eine Stadt, in welche der Rat schon evangelische Prediger berufen hatte, nach Heidelberg, wo wenige Monate nach dem Tod der Morata die Reformation unter Kurfürst Ottheinrich längst erwartet und nunmehr offen eingeführt wurde.

Die Casa d'Este in Ferrara:

Italien nennt keinen großen Namen,
den dieses Haus nicht seinen Gast genannt:

Petrarca, Strozzi, Ariost und zuletzt Torquato Tasso, der Vater Tasso schon, der Literaturhistoriker Gibaldi und die Vaterfigur aller Literaten, Pietro Bembo.

Zu der neunjährigen Prinzessin Anna wird Olympia Fulvia 1540 (sie selbst ist vierzehn Jahre alt) gesellt und „certiert“ mit ihr um die Wette im Griechischen und Lateinischen. Lehrer sind ihr Vater und der Freund des Vaters, Curione, der spätere Nachlaßverwalter oder eher Zusammensucher und Herausgeber ihrer Werke. Lehrer sind auch die Brüder Senf aus Schweinfurt (die Sinapii); sie hatten schon mit ihrem Mann Andreas Grundler in Heidelberg studiert; Johannes Sinapius vermittelt später mehrmals in Diensten des Bischofs von Würzburg, sie unterrichtet seine kleine Tochter Theodora in Schweinfurt. Man muß in der Fremde leben, auf der Flucht; man braucht Beziehungen, die Hilfe der Freunde. Man muß die wenige Habe immer wieder sammeln, man braucht eine Magd, man braucht eine Köchin; wie kommen wir zu Betten? wo sind die Bücher? Und es wird geholfen, wie man geholfen hat! Das geistige Urteil der Grundlers ist



Abb. 1: Während der Eröffnung der von Schweinfurt übernommenen Ausstellung im Gunnar-Wester-Haus der Städtischen Sammlungen Schweinfurt am 4. Juli 1998, von links: Boris Körkel, Reinhard Düchting und Dr. Erich Schneider

erstaunlich frei: „man kann hier bei den frommen Erbacher Grafen mehr lernen als in sechs Jahren in Wittenberg“. Ein Lehrer (praeceptor) ist natürlich hilfreich, doch ein Knabe wird beschieden, daß man – hat man nur ein Buch – auch ohne Lehrer auskommen kann und muß.

Zehn Jahre lebt und lernt Olympia Fulvia am Hof in Ferrara; dann stirbt der Vater, sie verliert die Gunst der Fürstenmutter, der berühmten Renata, die Evangelischen verlassen die Stadt. Das Schicksal eines Fanino bewegt sie und alle Frommen sehr; der Antichrist gewinnt in Ferrara wieder Überhand und läßt es zu, „den Fanino, einen frommen Mann und sehr standhaft im Glauben, nachdem er ungefähr zwei Jahre im Gefängnis gelegen hatte – denn niemals wollte er, sei es aus Todesfurcht, sei es aus Liebe zu Frau und Kindern, von der Wahrheit lassen –, zu erdrosseln, dann seinen Leichnam zu verbrennen und, noch nicht damit zufrieden, seine Asche in den Po zu werfen.“

Aus Olympias Briefen hat man wiederholt versucht, ein Geschichtstabelleu der reformatorischen Verhältnisse in Italien und auch Deutschland um die Mitte des 16. Jahrhunderts zu entwerfen: Sorge um ihren Mann

(wenn sie mal wieder voneinander getrennt waren), um die in Italien zurückgebliebenen Verwandten während Wochen ohne jegliche Lebenszeichen – davon sind ihre Briefe voll. Alles, was sonst Frauen interessieren mag, hat sie früh programmatisch beiseite gelassen: Spulen, Garn, Fäden, alles Nähzeug, statt dessen: literarische Ausfahrten in den Wiesengrund der Musen, auf den Parnas mit gleichgesinnten hochgemuten Freundinnen.

Der Brief des Andreas Grundler an Curione vom Sterben seiner Olympia ist ein Dokument aus der Geschichte von Letzten Worten und Gutem Tod.; sie starb (so zur großen Bewunderung aller Umherstehenden) kindlich rein, fromm, standhaft und mit tapferstem Mut, nachmittags um 4 Uhr. Curione kondoliert der alten Mutter Lucrezia in Ferrara: „solange es Menschen auf Erden gibt, wird sie leben in lebendiger und unvergänglicher Erinnerung an ihre Werke sowie an die Zeugnisse ihrer Frömmigkeit und im Gedächtnis aller hervorragenden Geister“. Dem idealen Typus einer gelehrten wie frommen Frau wollte sie nahekommen; der Quaderstein, den die Städtischen Sammlungen Schweinfurt verwahren, spricht von ihr als Frau des Dr. Grundler und als einer (Ende eines Pentameters): *foemina docta pia*. Die poetischen Nachrufe feiern ihre Leistung und Lebensform bis hin zu einer „Apotheose“; Petrus Lotichius Secundus nimmt sie beim Namen: (*divinum*) *nomen et omen habet*, das heißt so viel wie: Olympia heißt sie, wen wundert ‘s... Das sogen. Herold-Blatt aller vier Ausgaben summiert die irdische Biographie: Italien hat sie ziehen lassen müssen, Deutschland durfte sich ihrer erfreuen, auf Erden war für sie kein Bleiben, der Himmel nahm sie freudig auf.

Die Entfernung vom Hof, Heirat und Existenzsuche in Deutschland gehen einher mit dem Kennenlernen und Studieren des reformatorischen Schrifttums, das auf die biblischen Schriften weist; *divina studia* wird sie nun und nuremehr treiben, und ihr kommt eine gleichsam natürliche Autorität zu: die junge Frau ermahnt wie ein Apostel Jüngere und Ältere, selbst Adlige. Sie ermahnt einen offenbar älteren Prediger, dessen Trunksucht Anstoß erregt; sie ermahnt ihre fürstliche Mitschülerin (*condiscipula*) von einst, nun lothringische Herzogin zu gottgefälligem und evangelischem Leben. Pietro Paolo Vergerio im Württembergischen animiert sie, Luthers Großen Katechismus ins Italienische zu übersetzen. Sie schreibt an Matthias Flacius Illyricus und bittet auch ihn, eine Luther-Schrift ins Italienische zu übersetzen; sie hätte es selbst getan, kann aber noch nicht genug deutsch (*nam ego Germanorum linguam nondum intelligo*). Rund fünfzig lateinische Briefe sind von Morata erhalten, davon allein vierzig aus der Zeit in Deutschland, also von 1550 bis 1555 (ganz wenige griechisch und an eine ihrer Schwestern italienisch). Was sie sonst literarisch produziert hat, ist durchaus konventionell und traditionell (der Vater hatte ihr früh eine brief-

liche Abhandlung über „echtes Deklamieren“ zugeeignet), darunter fallen: die lateinische Übersetzung zweier Novellen des Boccaccio (der ersten beiden des Ersten Tags); ein stilistisch-rhetorisches Exercitium eines altrömischen Tugend-Stückchens (die *Laus Scaevolae*); knappe Einleitungen zu Ciceros *Paradoxa*; griechische Paraphrasen von Psalmen (in der Zählung Luthers, der mit der *Biblia hebraica* zählt), wovon die griechische Dichtung über Psalm 46 (Ein feste Burg) in sapphischen Strophen besondere, fast ungläubige Bewunderung fand; zwei Dialoge mit der Freundin Lavinia della Rovere über wahren Reichtum und Adel. Traditionell auch, aber eben auch existentiell die anklingende Debatte um Nähe oder Abstand von der Aula eines Fürsten, die Frage und Ablehnung eines evangelischen Lebens in nicht-evangelischer Umgebung (worüber eine von Augsburger Freunden versuchte Berufung des Dr. Grundler ins katholische österreichische Linz scheiterte). Basel wäre gut mit den aus Italien geflohenen Reformierten wie Curione, den Drucker und Verleger Perna, auch Isabella Bresegna, welcher die erste Ausgabe der Werke 1558 gewidmet werden wird; ins Europäische weitet sich die Widmung nach 1558 an Königin Elizabeth I. von England. Mit Interesse verfolgt Morata die evangelische Bewegung und das Schicksal des Ernestiners Johann Friedrich, Luthers letztem Kurfürsten, den Kaiser Karl V. nach der Schlacht bei Mühlberg an der Elbe fünf Jahre durch Europa gefangen führt, wovon auch ein Blatt von Tizian aus Tirol zeugt.

Ihre wenigen Jahre waren den Musen und allem Schönen gewidmet, übermächtig und herzerreißend wurden ihr die *divina studia*; die gelehrte Stube und der fromme Betschemel wurden grausam gestört, in *tempore belli* und aus dem Stadtverderben von Schweinfurt mußte sie barfuß und mittellos fliehen, letztendlich nach Heidelberg, wo die Grundlers vor einem neuerlichen Existenzanfang stehen und so bald sterben müssen. Curione sammelt ihre schmale literarische Hinterlassenschaft als Denkmale (*monumenta*) und Reliquien ihres Geistes.

Schauen Sie sich die vier Ausgaben ihrer Literatur-Monumente an, das große frühbarocke Porträt, das rührende Gemälde-Diptychon, den zeitgenössischen Gedenkstein vom Haus der Grundlers in der Brückenstraße in Schweinfurt; gehen Sie hinüber in die Peterskirche vor den Gedenkstein der Olympia (und ihres Andreas und des kleinen Bruders Emilio) aus Freundeshand. Erstmals dürften so viele Erinnerungsstücke über der Morata zusammengetragen worden sein. Goethe las 1828 in den Briefen der Morata, und ihm ging, wie er notiert, ein ganz neues Licht auf; er las darin übrigens „abends für mich“ – das ist kein schlechter Rat. Vorerst aber schauen Sie sich um und ergänzen den Katalog in Ihrem Kopf; zu Gesprächen ist über Getränken im Foyer Gelegenheit.

II

Olympia Fulvia Morata 1998

Als Olympia Fulvia Morata Ende 1554 in Heidelberg eine letzte Zuflucht findet, kommt ihr bald jegliche Hoffnung an ein längeres irdisches Leben abhanden. Schwer krank und von der abenteuerlichen Flucht aus dem brennenden Schweinfurt erschöpft, schreibt sie an ihren väterlichen Freund Celio Secundo Curione, daß sie nichts mehr wünsche, als hinzuscheiden und bei Christus zu sein (*cupioque iam dissolvi et esse cum Christo*). Von ihrem frühen Tod zeugt bis in die Gegenwart die Gedenktafel in der Heidelberger Peterskirche. Eben jener Celio Secundo Curione war es, der ihr Fortleben als Dichterin ermöglichte, indem er erstmals 1558 lateinische und griechische Zeugnisse ihrer Gelehrsamkeit und Frömmigkeit edierte und sie dadurch der Nachwelt sicherte. Beweis einer lebendigen Erinnerung an die Humanistin Olympia Fulvia Morata sind einige Ereignisse des Jahres 1998, in dem ihr entgegen der allgemeinen Gewohnheit nicht wegen eines Jubiläums, sondern begünstigt durch das Zusammenfallen unterschiedlicher Umstände in Heidelberg und in Schweinfurt mehrfach gedacht wurde.

Vom 26. März bis zum 8. Mai des Jahres war im Universitätsmuseum Heidelberg die Ausstellung „Olympia Fulvia Morata – Stationen ihres Lebens: Ferrara – Schweinfurt – Heidelberg“ zu sehen. Thematische Konzeption und Realisierung leistete eine von Prof. Dr. Reinhard Düchting (Seminar für Lateinische Philologie des Mittelalters und der Neuzeit) ins Leben gerufene Arbeitsgruppe mit Andrea Fleischer M.A., Eva Näher und Boris Körkel sowie vom Universitätsarchiv Dr. Werner Moritz und Dr. Heiner Lutzmann. In gemeinsamer Arbeit erstellten sie auch den Katalog, welcher als erster Band der Schriftenreihe „Archiv und Museum der Stadt Heidelberg“ erschienen ist¹. Ein zusätzliches Doppelblatt „Ergänzungen und Korrekturen“ zum Katalog haben R. Düchting und B. Körkel angefertigt; Interessenten können es bei ihnen erhalten.

Der Katalog folgt dem Konzept der Ausstellung und stellt anhand von Zeugnissen die drei Lebensstationen der Renaissancedichterin dar; dokumentiert wird außerdem ihr geistiges Umfeld und das literatur- und kunstgeschichtliche Nachleben der Dichterin. In der Ausstellung konnte neben Miniaturportraits des Ehepaares Grundler/Morata aus Besitz der Städtischen Sammlungen Schweinfurt erstmals auch das oft reproduzierte italienische Ölportrait eines unbekanntes Meisters gezeigt werden. Mit freundlicher Erlaubnis der privaten Leihgeber wurde das kürzlich in einer Totalrestaurierung von nachträglichen Zusätzen gereinigte Gemälde in die-



Abb. 2: Bronze-Statue der auf einer Stelze sitzenden, nicht ganz lebensgroßen Olympia Fulvia Morata mit Umhängekreuz und Buch von Albert Ultsch (Bamberg), enthüllt vor dem einstigen Geburtshaus in der Brückenstraße, Schweinfurt. Die Tafel am Haus hat den Text:

Die Humanistin/ Olympia Fulvia/

Morata/ (1525 Ferrara – 1555 Heidelberg)/ lebte und wirkte von/

1551–1554 in der Freien/ Reichstadt Schweinfurt./

Hier an diesem Ort wohnte/ sie mit ihrem Mann/ dem gelehrten Stadtarzt/

Dr. Andreas Grundler

sem besseren Zustand neu photographiert; außer einer ganzseitigen farbigen Abbildung im Katalog konnten somit auch Postkarten des Portraits angefertigt werden.

Aus Anlaß der Ausstellungsöffnung machte am 28./29. März 1998 Heide Seele in der Rhein-Neckar-Zeitung zum ersten Mal wieder seit 1993,

als Kirsten Baumbusch als Teil einer Folge über berühmte Frauen in Heidelberg über die Morata geschrieben hatte, die breitere Heidelberger Öffentlichkeit auf diese „hochgelehrte Frau der Renaissance“ aufmerksam. Aufgrund des starken Publikumsandranges war die Eröffnung vom Foyer in die Alte Aula verlegt worden. Zur Begrüßung sprach der Prorektor der Universität Heidelberg Prof. Dr. Heinz-Dietrich Löwe; einleitende Worte fanden außerdem der Direktor des Universitätsarchivs Dr. Werner Moritz, dem zugleich die Betreuung des Universitätsmuseums unterliegt, sowie Reinhard Düchting (oben I). Ferner artikulierte German Kramer von der Gesellschaft Harmonie in Schweinfurt seine Freude darüber, daß die Ausstellung anschließend auch dort gezeigt werden sollte.

Im Rahmen der Ausstellung fanden einige Führungen statt. Am 24. April 1998 lud die Buchhandlung Himmelheber zu einer Lesung im Universitätsmuseum ein, bei welcher Eva Näher, Boris Körkel und Reinhard Düchting Texte aus dem dichterischen Werk, aus den Briefen der Morata sowie literarische Zeugnisse Anderer vortrugen. Unmittelbare Wirkung zeigte die Ausstellung in einigen kleinen Texten, die als Ergebnis der Beschäftigung mit dem ereignisreichen Leben der Italienerin entstanden und die von einer Faszination für den Reiz ihres ungewöhnlichen Lebens zeugen, das zu Vergleichen mit gegenwärtigen Verhältnissen anregen kann. Zu nennen ist die Besprechung der Ausstellung von Christian Ashok Kalra in der Zeitschrift *metamorphosen*. Der Autor glaubt, etwas vom „Zauber des Menschen Olympia“ bis in die Gegenwart zu spüren, wemgleich er in der Ausstellung die „bereits seit 443 Jahren“ gestorbene Dame gern etwas lebendiger gesehen hätte. Unmittelbar von Olympias Leben zu eigener literarischer Produktion angeregt zeigte sich die Autorin Anne Camp. Im Wochenkurier war am 15. April ihr Gedicht „Olympia Fulvia Morata“ zu lesen, in dem sie in einem einzigen atemlosen Satz ein Tableau des bewegten und anregenden Lebens der „schön(en), geistreich(en), hochgebildet(en)“ Frau entwirft. Ein originelles Beispiel für eine an aktuellen Fragestellungen orientierte Verarbeitung der Ausstellung ist eine Glosse in der Studentenzeitschrift *Unimut* vom 13. Mai 1998. Der Verfasser fühlt sich bei Betrachtung der Neuordnung der Lehrgangsstudiengänge an ähnliche Probleme im 16. Jahrhundert erinnert, wie sie in der Ausstellung durch die *Acta facultatis artium III* (1501–1544) des Universitätsarchivs dokumentiert waren, und stellt den Problemen der gegenwärtigen Reform damalige Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer neuen Aristoteles-Übersetzung gegenüber².

Das Mannheimer Exemplar der Schriften von Olympia Fulvia Morata hat übrigens bereits Aufnahme in die „*Editio Theodoro-Palatina*“ gefunden. Die Universitätsbibliothek Mannheim hat unter Verantwortung von Dr. Wolfgang Schibel als erste deutsche Bibliothek bereits 1996 damit

begonnen, ihre herausragenden alten Drucke in einer elektronischen Edition zu präsentieren. Im Internet können fortan bedeutende u. a. Drucke zur „Frauengeschichte und Frauenliteratur“, darunter auch die *Orationes*, *Dialogi*, *Epistolae*, *Carmina* der Olympia Fulvia Morata (1562), gefördert durch das Seminar für Klassische Philologie der Universität Mannheim, weltweit abgerufen werden³.

In größerem Maße als in Heidelberg hat man seit eh und je in Schweinfurt des Lebens der berühmten Humanistin gedacht. Daß Olympia Fulvia Morata im Gedächtnis der Schweinfurter bis heute einen besonderen Platz einnimmt, weiß man spätestens seit 1956, als dort das Olympia-Morata-Gymnasium seine Weißen erhielt (und 1986 einen ersten, vielbeachteten Katalog publizierte). Beispiele für das ungebrochene Schweinfurter Erinnern an die einstige Bewohnerin der Stadt sind im Katalog zur Ausstellung mit bildlichen und literarischen Stücken schon für das 17. Jahrhundert belegt. In Schweinfurt konnte die Ausstellung außerdem um den Gedenkstein vom Haus der Grundlers und um ein neu entdecktes Gebetbuch aus dem 17. Jahrhundert mit einer späteren Miniatur der fromm-gelehrten Humanistin bereichert werden. 1998 fand nun die Rückkehr der berühmten Schweinfurterin in die Brückenstraße statt, wo sie von 1550 bis zur Einäscherung der Stadt im Markgräfler Krieg 1554 mit ihrem Ehemann, dem Stadtphysikus Dr. Andreas Grundler, gelebt hat. In unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Wohnhaus wurde am 4. Juli eine seit längerem ausgelobte Bronze-Plastik feierlich der Stadt übergeben. Das von der Gesellschaft Harmonie 1827, einem aus den Lesegesellschaften der Aufklärung hervorgegangenen Verein zur Pflege und Förderung von gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Anliegen, initiierte und finanzierte Denkmal des Bamberger Bildhauers Albert Ultsch bringt Bildung und Standhaftigkeit im Glauben, Liebe, Mut und Toleranz einer jungen Frau zum Ausdruck, die trotz ihres kurzen Lebens bleibende Spuren als meisterhafte Literatin und als Humanistin hinterlassen habe. Ihr Beispiel ermuntere, so die Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser bei der feierlichen Enthüllung, nach dem Motto der „Harmonie“ zu handeln: „Aus der Tradition – Zukunft“. Der Vorsitzende der Gesellschaft Harmonie Georg Kreiner wünschte dem Denkmal „Ausstrahlung“ und bleibenden Wert. Schweinfurter Schülerinnen und Schüler umrahmten die Veranstaltung mit Tänzen, Liedern und Spielen, in denen sie an die politischen Wirren zur Lebenszeit ihrer Olympia erinnerten.

Am selben Tag konnte zuvor im Gunnar-Wester-Haus die Heidelberger Ausstellung eröffnet werden; einführende Worte sprachen Dr. Erich Schneider, Direktor der Städtischen Sammlungen, Dr. Werner Moritz und Prof. Dr. Reinhard Düchting. Über die Ausstellungseröffnung und die

Denkmalsenthüllung berichteten die Volkszeitung, Schweinfurter Tageblatt und Schweinfurter Anzeiger; im Rundfunkprogramm des Bayerischen Rundfunks befaßte sich eine Sendung ausführlich mit der berühmten Schweinfurterin. Durch die auch in Schweinfurt gut besuchte Ausstellung führten bei hochsommerlichen Temperaturen am 9. August die Heidelberger Reinhard Düchting und Boris Körkel.

1998 wurden Leben und Werk der Olympia Fulvia Morata sowohl in Schweinfurt als auch in Heidelberg ins Gedächtnis zurückgerufen. Derartige Brückenschläge in die Vergangenheit spiegeln immer auch die Gegenwart wieder. Inwiefern der vielschichtigen Gelehrten Olympia Fulvia Morata in den zahlreichen Würdigungen des Jahres 1998 Gerechtigkeit widerfahren ist, ist schwer zu entscheiden. Wertvolle Beiträge zum Verständnis ihres Lebens, ihres Werkes und zur Geschichte ihrer Rezeption konnten jedoch geleistet werden. Zugleich wurde durch die verschiedenen Ereignisse zur Erinnerung an die Humanistin ihrer facettenreichen Rezeptionsgeschichte ein weiteres Kapitel angefügt.

III

Das kurze und von düsteren Ereignissen überschattete Leben der Olympia Fulvia Morata⁴ hat als eine Episode aus der italienischen Renaissance und Reformation immer wieder Interesse und Mitgefühl erregt. Die Morata wird mit den Prinzenkindern am glänzenden, eine Generation lang reformierten Herzogshof der d'Este in Ferrara erzogen, erstaunt ihre Lehrer durch Beherrschung des Griechischen und Lateinischen, lernt den aus Schweinfurt stammenden Arzt Dr. Andreas Grundler kennen und lieben und folgt ihm um 1550 in die Heimat; für ihre Familie und alle Evangelischen war in Ferrara kein Bleiben. Dem Exil in Schweinfurt macht der sogen. Markgräfler Krieg ein Ende: die Flucht aus dem schlimmen „Stadtverderben“ führt sie 1554 über die Grafen Erbach auf Schloß Fürstenau im Odenwald in die kurfürstliche Residenz nach Heidelberg, wo Dr. Grundler der dritte Lehrstuhl für Medizin angeboten wurde und sie womöglich Griechisch lehren sollte. Entkräftet durch eine in der Stadt wütenden Epidemie stirbt sie gottergeben.

Ihre rund fünfzig Briefe zeugen von der Sorge um die italienische Verwandtschaft, ihren geliebten Mann und die Sache der Reformation in Europa. Freunde sammeln ihre verstreuten hinterlassenen Werke als Reliquien des Typus einer gelehrt-frommen Frau (*femina docta pia*) des 16. Jahrhunderts und lassen ihr Bild porträtieren; als eine neunte Muse oder

zweite Sappho wird sie wie die antiken Literatinnen gefeiert. Die Gedenktafel in der Heidelberger Peterskirche besorgte der Freund Rascalon, erstmals wird ihr in Schweinfurt in diesem Sommer eine Bronze-Statue des Bamberger Künstlers Albert Ultsch errichtet.

An Lavinia della Rovere Orsini hatte Olympia Fulvia Morata im Sommer 1554 aus Heidelberg geschrieben (mit Zitat aus Horaz III 1):

nos saepe peregrinari cogimur, sed tamen nusquam diabolum et mundum
effugere possumus; imo, quod ille inquit

neque/ decedit aerata triremi et
post equitem sedet atra Cura

*wir sind oft gezwungen, auf Pilgerschaft zu gehen und können doch nirgends
Teufel und Welt entfliehen; ja es ist so, wie jener sagt*

*die schwarze Sorge steigt mit an Bord
und schwingt sich hinter jeden Reiter*

Anmerkungen

- 1 Olympia Fulvia Morata. Stationen ihres Lebens: Ferrara – Schweinfurt – Heidelberg. Katalog zur Ausstellung im Universitätsmuseum Heidelberg, 26. März – 8. Mai 1998. Bearbeitet von Reinhard Düchting, Andrea Fleischer, Boris Körkel, Heiner Lutzmann, Werner Moritz und Eva Näher. Ubstadt-Weiher: Verlag regionalkultur (1998) 72 S. (= Archiv und Museum der Universität Heidelberg. Schriften hrsg. von Werner Moritz 1)
- 2 Heide Seele: Eine hochgelehrte Frau der Renaissance. An Olympia Fulvia Morata erinnert eine Ausstellung in Heidelberg. In: Rhein-Neckar-Zeitung 73 (28./29. März 1998) – Christian Ashok Kalra: Der Stoff, aus dem die Legenden sind. Stationen im Leben der Olympia Fulvia Morata. In: metamorphosen 23 (April bis Juni 1998) 30f. – Anne Camp: Olympia Fulvia Morata. In: Wochenkurier 16 (15. April 1998) – Dokumentation: Neuordnung der Lehramtsstudiengänge. In: Unimut 153 (13. Mai 1998) (= <http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/archiv/um153.html#art16>)
- 3 <http://www.uni-mannheim.de/mateo/start6.html>
- 4 Text III war ein Schaublatt in der Ausstellung (außerhalb des Katalogs)

Gunther Wolf

Kaiserin Elisabeth von Österreich (1837–1898): ihre Aufenthalte in Heidelberg

An die Kaiserin erinnert in Heidelberg noch heute der „Elisabethen-Weg“ und der „Elisabethen-Stein“ (beides in der Nähe des Schloßwolfsbrunnens), an ihre jüngste, 1868 geborene Tochter Marie Valerie, die oft mit der Mutter hier war, der (heute wieder begehbare) „Valerie-Weg“.

Für die Aufenthalte der Kaiserin Elisabeth in Heidelberg gibt es vor allem drei Quellen:

1. Das 1877 begonnene Tagebuch der genannten Tochter Marie Valerie, das diese wiederum ihrer 1900 geborenen Tochter, Erzherzogin Gertrud († 22.12.1962), verh. (1931) Gräfin Waldburg-Zeil, vererbte.
- 1a. Das Original befindet sich m.W. im Archiv S. Kgl. H. Erzherzog Franz Salvator auf Schloß Wallsee a.d. Donau (bei Amstetten, NÖ) bzw. im Archiv I. Kgl. H. Gertrud Gräfin Waldburg-Zeil (geb. Erzherzogin von Österreich) auf Schloß Syrgenstein (b. Heidenheim/Brenz).
- 1b. Es existiert davon eine Abschrift (offenbar nicht ganz vollständig!) aus dem Nachlaß des Archivrats Sexau i.d. Handschriften-Abteilung der Bayerischen Staatsbibliothek München.
- 1c. Abschriften-Fragmente aus dem Nachlaß von Egon Caesar Conte Corti (die sogenannten „Elisabeth-Materialien“ im Geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien).
2. Die „Heidelberg-Gedichte“ der Kaiserin Elisabeth selbst im: Literarischen Nachlaß der Kaiserin Elisabeth von Österreich im Schweizerischen Bundesarchiv Bern (Signatur J I.64).¹
- 2a. Abgedruckt sind diese Gedichte in: „Kaiserin Elisabeth von Österreich, Das poetische Tagebuch“, hrsg. v. Brigitte Hamann (Fontes rerum Austriacarum Abt. 1, Scriptorum Bd. 12 – Veröffentlichungen d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften Wien, 3. unveränd. Aufl. 1995, 392 S.).
3. Ein kleines Gedicht der damals (1884) 16-jährigen Kaisertochter Marie Valerie für ihre Mutter Elisabeth zum Gruß vom 8. Mai über Heidelberg:

„Die untergehende Sonne
 Küßt scheidend des Neckar Flut,
 Sie leiht den silbernen Wogen
 Ihre ganze goldene Glut.
 Schon ist es dunkel geworden,
 Die Wellen leuchten allein
 Und ziehen träumend hinunter
 Zum mächtigen Vater Rhein.“

Ein eher „schlichtes“ Gedicht aus der Empfindung eines „Teenagers“ jener Zeit.

Eine nicht zu vernachlässigende Sekundärquelle ist der Artikel des Heidelberger Stadtarchivars Herbert Derwein vom März 1958 im „Heidelberger Fremdenblatt“, da Derwein offenbar mit Erzherzogin Marie Valeries Tochter, Gräfin Gertrud Waldburg-Zeil, noch selbst vor deren Tod 1962 gesprochen hatte und diese ihm erzählte, daß ihre Mutter Marie Valerie manches Mal, wenn sie mit ihren Kindern habe singen wollen, das Lied „Alt Heidelberg“ verlangt habe.

Wegen ihrer erstrangigen Qualität als Primär-Quelle sind jedoch vor allem die „Heidelberg-Gedichte“ Kaiserin Elisabeths selbst heranzuziehen, die 1885 – nach einer Unterbrechung von über 30 Jahren – auf Anregung ihrer Tochter Marie Valerie, wieder zu dichten begonnen hatte. Sie stammen aus den Jahren 1885–1887 – die Heidelberg-Aufenthalte liegen zwischen 1883 und 1890.

Erstmals scheint Kaiserin Elisabeth 1883, als 45-jährige, mit ihrer 15-jährigen Tochter Marie Valerie mit Gefolge von Baden-Baden aus, wo sie „Urlaub“ machten, am 2. April 1883 einen Tagesausflug nach Heidelberg gemacht zu haben. Man fuhr mit dem Wagen durch die Stadt zum Wolfsbrunnen und stieg dann zu Fuß hoch zur Molkenkur und genoß die herrliche Aussicht. Über diesen Ausflug schreibt die junge Erzherzogin Marie Valerie in ihrem Tagebuch:

„Wir gingen dann hinunter in die Restauration neben dem Schloß und speisten dort in einem langen Zimmer kreuzfidel. Dann ging es zu den Ruinen. Man sagte: ‚O, wie schade, wie schade, alles zerstört zu sehen!‘ Ich bin sehr froh darüber, denn die guterhaltenen Ruinen sind doch tausendmal interessanter als ein noch stehendes Schloß, das keine Gedanken an eine Erinnerung wecken kann. Dann wurde die Schloßkapelle und das ‚große Faß‘ besichtigt, aber der Obersthofmeister von Nopsca hatte so einen Eisenbahnzappel, daß er unausstehlich war und uns nur durchhetzte, wo wir doch gerne länger in Heidelberg geblieben wären!“

Aber auch die Kaiserin selbst, gleichfalls angetan von Heidelberg und seiner Umgebung, äußerte, sie werde so bald wie möglich zu längerem Aufenthalt wiederkommen.

Und schon am 5. April 1884, also genau 1 Jahr später, traf die Kaiserin mit ihrer Tochter wieder in Heidelberg ein. Diesmal, um einige Wochen (vom 5. April bis 1. Mai) hier zu verbringen. In dieser Zeit wohnten beide im erst 1872 erbauten „Schloßhotel“, Wolfsbrunnenweg 1.

Die Kaiserin nahm damals, wie schon 1883 in Baden-Baden, beim Universitätsfechtmeister Friedrich Schulze (wohnhaft Haspelgasse 12) in einem Raum im „Schloßhotel“ Fechtstunden.

Nach Erinnerungen von Fechtlehrer Schulzes Tochter, Frau Dr. Elisabeth (sic!) Schumacher (1897–1993), war ihr Vater Friedrich Wilhelm Schulze (1851–1907), bevor er 1875 nach Heidelberg kam, bereits in Wien Fechtlehrer gewesen, wo die Kaiserin offenbar auf ihn aufmerksam geworden war. Manche Anekdoten ranken sich da auch, u.a. um einen Besuch der Kaiserin in der Haspelgasse, Schulzes Wohnung, bei dem ein Klingelzug „auf der Strecke“ blieb. Damals hat die Kaiserin ihrem Fechtlehrer Schultze auch eine goldene Taschenuhr geschenkt mit eingraviertem „E“ und der österreichischen (seit 1804) Kaiserkrone, eine Uhr, die sich noch heute als wertvolles Andenken in Familienbesitz befindet.

In Erinnerung an diese Heidelberger Fechtstunden hat dann Kaiserin Elisabeth im September 1887 das etwas melancholische, resignierende Gedicht „Aus meiner Burschenzeit“ geschrieben:

„Was lehnt ihr traurig in dem Schrank,
Ihr Freunde meiner Burschenzeit,
Wie wart ihr einst so hell und blank,
Und wie verrostet seid ihr heut!

Du zierlich schlankes Stoss-Fleuret,
Gar oft, wenn du auf mich gewandt,
Dacht ich: Wenn's jetzt den Knopf nicht hätt'
Wär's mir fatal in Schultzes Hand.

Die Quart pariert ich hie und da,
Doch jedesmal sass seine Terz,
Und kam ich ihm auch nah',
Traf ihn doch nie, das war mein Schmerz.

Oft stiessen wir so hitzig drein,
Das klirrend eine Klinge sprang,
Flink zog er eine andre ein,
Der Waffenstillstand währ' nie lang.

Dann kamst du Säbel, an die Reih'
 Mit deiner schartdurchwetzten Schneid',
 Und schwer warst du, bei meiner Treu,
 Mir deucht, mein Arm zeigt es noch heut'.

Die untern Hiebe, mein Malheur,
 Die bracht ich nimmermehr zustand,
 Die kamen stets zu plump und schwer
 Aus meiner ungelenken Hand.

Und Wenn der Ansatz auch versprach
 Mir gutes in der hohen Quart,
 So fiel mein Hieb doch schliesslich flach,
 Dies zu ertragen war oft hart.

Zum Schlusse aber kamst stets du,
 Mein wackrer Schläger, grad und fest,
 Die Hiebe flogen dann im Nu,
 von Süd und Nord, von Ost und West.

Mein Gott, war's mir doch oftmals fast,
 Als bräch' den Arm vor Müdigkeit
 Des schweren Stulpenhandschuhes Last,
 Der hohen Auslag' Schwierigkeit.

Wenn Schultze den Hallenser schlug,
 (Mit tödlicher Gewisheit sass
 Der Hieb, der jedem dann genug,)
 Ich glaube gar, ich wurde bloss.

Und nun ist's aus. Mein Arsenal
 verlassen steht's, vergessen hier,
 Es rosten friedlich Stahl an Stahl
 Fleurets und Säbel und Rapier.

Und doch traf euch kein schlechtes Los,
 Nachdem mir euer Dienst genug,
 Nicht, Wie so manches edle Ross,
 Das stolz mich auf dem Rücken trug.

Wo sind sie jetzt, die edlen Tier',
 Die ich getummelt hier und dort
 Im Circus und im Jagdrevier?
 Nur so viel weiss ich, sie sind fort!

Mein ‚Too-good‘ fromm fast wie ein Kind,
Doch feurig und voll Ambition,
Und ‚Mermaid‘, flüchtig wie der Wind,
Seid ihr im Pferdehimmel schon?

Mein schlanker ‚Nihilist‘,
Du Weilst vielleicht noch im Gestüt,
Wo du ein alter Pascha bist,
Den das Familienglück umblüht.

Und ‚Merry Andrew‘ brach’s Genick,
In Erin kam er jäh’ zu Fall,
Ihn traf noch gnädig das Geschick
Bei Meute-Geläut und Hörnerschall.

Nennt’ ich euch alle, wär’s zu Viel,
Auch macht’s das Herz mir heut’ noch schwer,
Beendet ist das wilde Spiel,
Der Stall, der Circus stehen leer.

Nur einer lebt in süsser Ruh’,
Dem geb’ ich noch das Gnadenbrot,
Doch drück ich meine Augen zu,
So schlägt auch den der Schinder tot.“

Im März 1885 war Kaiserin Elisabeth wieder einige Zeit bei Dr. Metzger in Amsterdam zur Behandlung. Auf der Heimreise war sie mit ihrer Tochter Marie Valerie für Gründonnerstag, 2. April 1885, in Heidelberg verabredet, wo Marie Valerie schon am Palmsonntag, 29. März, im „Schloßhotel“ eingetroffen war. Darüber schreibt Valerie in ihr Tagebuch:

„Schloßhotel, Palmsonntag, den 29. März 1885. – Ist’s ein Traum oder ist wirklich ein Jahr vergangen, seit wir hinausfuhren in das grüne, lachende Neckartal? [...] Es ist ja so schön hier, so himmlisch schön ... ‚Alt Heidelberg‘ singend und der Abwesenden gedenkend, fuhren wir um acht Uhr ins Neckartal hinein. Es ist noch recht winterlich hier – eigentlich ganz wie in Wien, aber doch wie schön! Hier und da hat ein Baum oder Strauch sich schon mit frischem, zartem Grün angetan. Das alte epheumranke Schloß, die kleine graue Stadt, der rauschende Neckar, – all’ das bleibt sich ewig gleich – bei Mondenschein oder Sonne, im Winter und im Mai, bei blauem oder – wie heute leider – bei grauem, umzogenem Himmel.“



Kaiserin Elisabeth von Österreich (1837–1898). Foto: Privatbesitz.

Am 2. April 1885 (Gründonnerstag) kommt die Kaiserin mit der Bahn an und Valerie schreibt:

„Um $\frac{1}{2}$ 8 rennen wir zur Bahn herunter, um 8 Uhr kam der Zug von Mama hereingebraust. Das war ein Wiedersehen! O Zerbel! Sie sieht sehr gut aus, ist erfüllt von der reichlich genossenen Schönheit des Meeres und hat – gedichtet!! Nordsee- und Achilleslieder gedichtet, die wunderschön sind. Um 9 Uhr waren wir in der Jesuitenkirche, sonst war alles wie immer.“

Diesmal – 1885 – bleibt die Kaiserin vom 2. April bis 10. Mai – also $5\frac{1}{2}$ Wochen. In diese Zeit fällt auch wieder – wie schon 1884 – Marie Valeries Geburtstag (22. April), ihr 17. Über den Vorabend schreibt die junge Erzherzogin:

„Um $\frac{3}{4}$ 8 sollte nur der Männergesangverein Heidelbergs meinem Geburtstag zu Ehren ein Ständchen bringen! Nach dem Souper gingen Mama und ich in den Hotelgarten hinab, der vom blassen Licht des aufgegangenen Mondes durchströmt war. In einem Halbkreis waren die Sänger mit ihren bunten Lampions aufgestellt. Die hübschen Lieder von den vollen schönen Stimmen gesungen, klangen in dieser herrlichen, hellen Frühlingsnacht doppelt schön und feierlich. Man konnte nicht zuhören, ohne ergriffen zu sein. Plötzlich, ich wußte nicht recht, träume ich oder wache ich, stimmen sie mein ‚Frühlingslied‘ an, das Richter [der Klavierlehrer] in Musik gesetzt hatte. Ich war vor Erstaunen ganz auseinander und konnte kaum sagen, ob meine Aufregung eine freudige oder unangenehme war. Zummel [ungar. Gräfin Komis, Freundin Valeries] hatte mit Mamas Einwilligung diese Überraschung bestellt. Das eigentlich sehr einfache Lied klang schön und feierlich, es war ein sonderbares Gefühl, so zuzuhören! Zum Schlusse wurde der Altheinrichsbau mit bengalischem Licht glühend rot beleuchtet, aus den Türen wurden Raketen abgefeuert und der Männerchor sang ‚Alt Heidelberg‘. Ein jedes Wort des Liedes war mir aus der Seele gesprochen. Gerührt durch die wirklich schöne poetische Vorfeier meines Geburtstages dankten Mama und ich dem Kapellmeister [Heber]. Es freut mich zu denken, daß dies alles geschieht, weil ich des Kaisers von Österreich Tochter bin. Als alles vorbei war, gingen Mama und ich ins Schloß hinunter auf die große Terrasse. Das blaue Licht des Mondes zitterte unsterblich am Neckar und hüllte die alte Stadt und die Berge in einen blauen Nebel. Die zahllosen weißen Blüten dufteten und schimmerten im Mondenschein... Es war wirklich ein wonniger Frühlingstraum! O warum kann ich all die Pracht, die mich so verschwenderisch umgibt, nicht besingen? Wir konnten uns nicht entschließen, heimzugehen und stiegen höher gegen den Königstuhl, aber nicht ganz hinauf, denn es war noch nicht ganz hell genug, da noch lange nicht Vollmond ist. Mondtrunken kann man sagen, kehrten wir um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr heim. Das war ein schöner Vorabend.“

Kaiserin Elisabeth machte – oft nur mit ihrer Tochter Valerie – viele ausgedehnte Spaziergänge, zum Königstuhl, zum Speyershof, zum Bierhelderhof, zum Wolfsbrunnen, zum Philosophenweg, aber auch ins Neckartal. Und immer wieder Besuche im Heidelberger Schloß. Die Kaiserin scheint diese wochenlangen Aufenthalte genossen zu haben, wenn wir auch relativ wenig über ihre Empfindungen, außer denen im Tagebuch der Tochter und in den Gedichten, erfahren.

1886 kam die Kaiserin mit ihrer Tochter Valerie nur zu 2 Tagesausflügen am 3. und 18. April nach Heidelberg.

Ein Aufenthalt für 1887 ist ebensowenig belegt wie für 1888, dem Jahr, in dem sich zu Weihnachten die nunmehr 20-jährige Erzherzogin Marie Vale-

rie, die Lieblingstochter der Kaiserin, ihr Kind, verlobt hatte, was Elisabeth als Verlust empfand. Kurz zuvor, am 15. November 1888 war Elisabeths Vater, Herzog Max in Bayern, gestorben. Wenige Wochen später, am 30. Januar 1889, nahm sich Elisabeths einziger Sohn, Kronprinz Rudolf zu Meyerling das Leben. Auch in diesem Jahr 1889 kam Kaiserin Elisabeth nicht nach Heidelberg.

Vom 3.–8. April 1890 weilte Kaiserin Elisabeth letztmals in Heidelberg mit der Tochter Marie Valerie und deren Verlobtem. Das Paar war von Wiesbaden aus bereits am 14./15. Mai 1889 schon einmal in Heidelberg gewesen. Da das frühere „Schloßhotel“, wo sie bisher immer gewohnt hatten, inzwischen Sanatorium geworden war, wohnte die Kaiserin im ‚Schloßparkhotel‘ am Schloßwolfsbrunnenweg 12, heute Molkenkurweg 1.

Über diesen letzten Aufenthalt Kaiserin Elisabeths in Heidelberg schreibt Marie Valerie in ihrem Tagebuch: „Nach Tisch suchten wir mit Mama noch alle lieben Plätzchen des Schlosses auf, schauten hinab auf die alte Stadt, den grünen Neckar und die blühenden Ufer und sagten uns mit Wehmut, daß wir dieses unvergleichliche und liebgewordene Bild vielleicht nie mehr zusammen schauen werden. Mama besonders war traurig, – nur durch mich [Marie Valerie] sagte sie, könnte manchmal noch ein Wiederschein von Heiterkeit über sie kommen. – was ihr Leben dann (wenn ich verheiratet bin [1890]) sein werde, könne sie sich kaum denken.“

Kurze Zeit vor dem letzten Aufenthalt der Kaiserin in Heidelberg war nach schwerem langen Leiden am 18. Februar 1890 Gyuda Graf Andrassy, Elisabeths „Kampfgefährte“ für den „Ausgleich“ mit Ungarn 1867 und ihr ergebener Freund, gestorben. Im Mai 1890 – bald nach dem Heidelberger Aufenthalt, starb Elisabeths Schwester Helene (Nene).

In Wien will die Kaiserin nicht bleiben: „Die Erinnerungen sind zu furchtbar für mich, als daß ich jeden Tag den Anblick der Umgebung ertragen könnte, in der mein unglücklicher Sohn gelebt hat.“ Auch einen Aufenthalt im ungarischen Gödöllö verwirft sie: „Ach, meine schönen Rosen von Gödöllö, sie sollen bleiben ohne mich und verwelken wie ich.“ Auch Lainz lehnt sie ab: „Ich würde es dort erst recht nicht aushalten; die Reitwiese könnte ich nicht sehen, ohne an Rudolf denken zu müssen; sie sollen verödet und vergrast bleiben.“

Kaiserin Elisabeth verabschiedet sich nun von den wenigen Besuchern, die sie noch empfängt mit den Worten: „Leben Sie wohl! Ich wünsche Ihnen für Ihr weiteres Dasein alles Gute!“

Dies hätten im April 1890 auch Elisabeths Abschiedsworte an das von ihr geliebte Heidelberg sein können: Sie hat es in den letzten 8 Jahren ihres Lebens nicht wiedergesehen.



Erzherzogin Marie Valerie (1886). Foto: Privatbesitz.

In Heidelberg hatte der Stadtrat schon 1885 beschlossen, „daß auf Antrag des Stadtbauamtes der untere Wegteil von der Schliebacher Landstraße bis zum Schloßwolfsbrunnenweg ‚Valerieweg‘ heißen soll, der in der Nähe befindliche Weg vom Schloßwolfsbrunnenweg bergab zum Schützenhaus ‚Elisabeth(en)weg‘ benannt wird.“

Auch ein Gedenkstein war errichtet worden, der 1980 aufgefunden und am „Elisabethenweg“ wieder aufgestellt wurde (Elisabethenstein); eine Gedenktafel am Haus Molkenkurweg 1 (Villa Elisabeth, das ehemalige Schloßparkhotel, mit 25 Betten eine „vornehme Pension“, erbaut 1890 und als solche bestehend bis 1913, ehem. Wolfsbrunnenweg 12), wo die Kaiserin 1890 wohnte, erinnert an den berühmten Gast Heidelbergs, freilich nicht an die weitbekannte „Sissi“ des Nachkriegsfilms, sondern an Elisabeth, eine Persönlichkeit voller Widersprüche: Sie war, obwohl Kaiserin, eine glühende Verfechterin der republikanischen Staatsform, als zutiefst fromme Frau geradezu antiklerikal, selbst an der Spitze des Adels dessen große

Kritikerin, als Gemahlin eines vom Wert des staatserhaltenden Militärs überzeugten Kaisers eine ausgesprochene Pazifistin. In der Tat: „Eine seltsame Frau.“

Anmerkung

- 1 Im gleichen Jahr 1890 schickte Elisabeth ihr „poetisches Tagebuch“, ihre Gedichte an den „Herrn Präsidenten der Schweizer Eidgenossenschaft, Bern“, zugleich mit der Verfügung: „Der Ertrag soll ausschließlich verwendet werden für hilflose Kinder von politisch Verurteilten der österreichisch-ungarischen Monarchie nach 60 Jahren.“

Norbert Giovannini

„Morenu“ Max L. Oppenheimer – Erinnerungen an eine jüdische Kaufmannsfamilie¹

Die „Vereinigten Heidelberger Kleiderfabriken“ und insbesondere das Herrenbekleidungsgeschäft „Maxelo“ in der Hauptstraße 55 gehörten noch Jahre nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zum festen und viel frequentierten Bestand der Heidelberger Geschäftswelt. Die Erinnerungen von Ernst M. Oppenheimer, dem Sohn von Max und Marie Oppenheimer, geb. Ballin, hätten eigentlich Eingang finden sollen in die im letzten Jahr veröffentlichte Sammlung von Lebenserinnerungen jüdischer Einwohner unserer Stadt.² Der Text erreichte die Herausgeber allerdings erst einige Tage nach Beginn der Drucklegung, so dass wir ihn erst im Rahmen des Jahrbuchs des Geschichtsvereins veröffentlichen können.

Neben einer starken jüdischen Präsenz im Nahrungs- und Genussmittelsektor und einer Vielzahl kleinerer Geschäfte und Betriebe, die oft auf einer mehrere Generationen umspannende Geschäftstradition ruhten, sind an mittelgroßen Betrieben vor allem zu nennen die Badischen Möbelwerke AK (mit der Produktionsstätte in Langenbrücken), die Schuhfabrik Cäsar Fisch und Co., die Warenhäuser Tietz und Rothschild und die Kleiderfabrikation Max L. Oppenheimer, die etwas über 75 Belegschaftsmitglieder umfasste.³

Für das jüdische Unternehmertum Heidelbergs kann Max Oppenheimer in mehrfacher Hinsicht als prototypisch gelten. Mit wenigen Ausnahmen (z.B. den Unternehmern Deutsch und Hochherr, die zur orthodoxen Gemeinde zählten) nahmen kleinere und mittlere Unternehmer wie Oppenheimer im Gemeindeleben der liberalen Hauptgemeinde eine herausragende Stellung ein, politisch waren sie an den liberalen Mitteparteien, insbesondere der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) orientiert. In Ernst Oppenheimers Erinnerungen wird deutlich, dass großbürgerlicher Lebensstil, republikanische Gesinnung und tatkräftiges Engagement in der jüdischen Gemeinde ein verbindendes Merkmal der jüdischen Oberschicht in Heidelberg waren, die sie zwangsläufig in Beziehung setzte zur liberaldemokratischen Fraktion der Heidelberger Gelehrtenwelt. Nicht zuletzt wird an den Andeutungen zur lebensweltlichen Situation des jungen Ernst Oppenheimer deutlich, dass bis 1933 die Inte-

gration der jüdischen Mitbürger in die bürgerschaftliche Welt – trotz der sehr aufmerksam registrierten antisemitischen Vorstöße – einen Grad an Normalität und Stabilität erreicht hatte, der die nachfolgende Diskriminierung und aufgezwungene Ghettoisierung um so schmerzlicher und dramatischer machte.

Die „Heidelberger Kleiderfabriken“ sind 1903 gegründet worden, 1913 wurde das „Detailgeschäft“ MAXELO in der Hauptstraße eröffnet. Wie in den meisten anderen Fällen war der erzwungene Verkauf der beiden florierenden Betriebe mit erheblichen Vermögensverlusten verbunden. So mussten die Oppenheimers, die zwischen 1933 und 1936 immerhin noch jährlich 22 000 RM Reingewinn erwirtschaften konnten, ca. 125 000 RM „Judenvermögensabgabe“ und fast 50 000 RM „Reichsfluchtsteuer“ aufbringen, wodurch die Familie in Verbindung mit den beträchtlichen Kosten der Auswanderung im zunächst belgischen, dann US-amerikanischen Exil auf private Unterstützung angewiesen war.⁴ 1949 kamen die Oppenheimers nach Heidelberg zurück, ihr Geschäft blieb allerdings im Besitz des „arischen“ Käufers.⁵ Max Oppenheimer liegt auf dem jüdischen Friedhof beim Bergfriedhof begraben, seine Witwe siedelte nach dem Tod ihres Mannes in die USA über. Sie ist 1991 hochbetagt gestorben. Die Tochter, Hilde Schall, reiste im Februar 1937 nach Italien aus und emigrierte im Januar 1939 nach Kuba, von wo aus sie im Dezember 1940 in die USA übersiedelte. Sie lebt in Miami Beach/ Florida; der emeritierte Germanist Ernst Martin Oppenheimer verließ Deutschland 1936, übersiedelte nach Italien, im Juni 1938 nach Schottland und 1950 in die USA. Seit 40 Jahren lebt er in Ottawa/ Canada.

In Würdigung seiner Verdienste um die jüdische Gemeinde wurde Max Oppenheimer 1965 der Titel eines „Morenu“ verliehen, der anders als die damit assoziierten Titel des Rabbiners und des Lehrers einen spezifisch lebensgeschichtlich verwirklichten Beitrag zur Gestaltung jüdischer Gemeindeskultur würdigt, für den es in der christlichen Tradition keinen entsprechenden Ausdruck gibt.⁶

Ernst M. Oppenheimer

Erinnerungen an Maxelo (Max L. Oppenheimer) (1874–1968)

Die Abkürzung ‚MAXELO‘ verwendete unser Vater Max L. Oppenheimer, zur Bezeichnung seiner Ware. Aber bald sprang das Warenzeichen zur Person über und wurde zum Personennamen. Auf der Hauptstraße und überhaupt in der Stadt wurde er so begrüßt. Die Vornamen Max Lud-

wig deuten auf bayrische Herkunft hin und es war ein bayrischer Gaul, der ihm beim Militärdienst seinen Unterkiefer schwer beschädigte. Später wurde der Name der Firma in „Vereinigte Heidelberger Kleiderfabriken“ umgenannt und zweimal unternahm er den Versuch, mit anderen Firmen zu fusionieren, doch ohne Erfolg. Ein team player war mein Vater nicht.

Gerade weil die zu erzählende Geschichte eine traurige ist, soll sie mit etwas Lustigem anfangen. Ort: 3. Klasse in der Pestalozzischule circa 1929. Der Pedell erscheint und verliest eine Reihe von Fragen, die offenbar die Lebensbedingungen der Schüler erfassen sollen. Er scheint es auch für notwendig zu erachten, die vorgelegten Fragen etwas zu verdeutlichen und schaltete eine von ihm geprägte ein: „Wer schläft im Kohlenkeller und deckt sich mit der *Frankfurter Zeitung* zu“. Offensichtlich nicht ganz bei der Sache stand ich bei der Nennung des Zeitungsnamens auf und war erstaunt, daß ich der einzige war. Großes Gelächter allerseits, einschließlich meiner selbst. Die Wirkung war eigentlich erfreulich, weil niemand gehänselt oder erniedrigt wurde, sondern mitlachen durfte. Ich schließe daraus, daß diese Volksschule eine verhältnismäßig freie Institution war und noch unberührt von politischem Zank und Ranküne, was in diesen Jahren vor Hitler wohl schon eine Seltenheit geworden war. In meiner vagen Erinnerung war diese institutionelle Idylle unserem Lehrer, Herrn Hermann, zu verdanken. Er war kriegsversehrt, ging am Stock und schien in jeder Weise gefeit gegen paukerhafte Anmaßungen und Berufsdünkel. Bei meinem tränenreichen Eintritt in die zweite Klasse (wegen ungünstiger ‚Jährung‘ hatte ich die erste Klasse durch Privatstunden absolviert) soll er sein eigenes Taschentuch dazu verwendet haben, mich zu trösten. Daß wir ihn schätzten, wurde auch dadurch offenbar, daß ich und ein Mitschüler ihn während seines längeren Krankenurlaubs besuchten, nachdem wir ein paar Blumen aus einem Vorgarten ausgerupft hatten.

Natürlich war ein Abonnement auf die *Frankfurter Zeitung* auch ein Politikum. Es war eine liberale Zeitung, die versuchte, in ihrem Nachrichten-Wirtschaftsteil, sowie im berühmten Feuilleton liberale Reportagen im Sinne ihres Gründers, Leopold Sonnemann, sowie Informationen und Trost zu vermitteln. Fünfzehn Jahre zuvor hatte der Vater von Albert Speer auch zu diesem Leserkreis gehört. Speer erwähnt bei dieser Gelegenheit, daß sein Deutschlehrer am Gymnasium seiner Klasse daraus vorgelesen hatte. Wie traurig, daß in diesen und vielen anderen Situationen der liberale Kitt so wenig dauerhaft gewesen ist.

Nach der heiteren Volksschulzeit wurde es im Gymnasium ernst. Dazu gehörte auch, daß die ideologische Einstellung der Lehrer bedeutend sichtbarer wurde. Auch konfessionelle Unterschiede spielten dort eine größere Rolle. Unser Klassenlehrer Dr. Börsig hatte die Schrecken des Krieges



Vornehm - Elegant - Preiswert
sind
**„Maxelo“ -
Ulster, Paletots, Anzüge**
Preislagen 38.- 42.- 50.- 58.- 65.- bis 150.- Mk.

Kleiderfabriken Max L. Oppenheimer
Erstes Spezialgeschäft für bessere Herrenbekleidung
Detailverkauf: Hauptstraße 55
Heidelberg. München.

*Annonce der Firma Maxelo
aus dem Heidelberger
Tageblatt, 13. November
1924*

erlebt und machte aus seiner Feindseligkeit gegenüber dem Nationalismus keinen Hehl. Er bewegte sich mühselig an zwei Krücken über den Schulhof zu seiner Wohnung an der Ecke von Neckarstaden und Sophienstraße. Wenn Schulhefte zurückgebracht werden mußten, beauftragte er die beiden besten Schüler der vergangenen Woche. Die Aufforderungen „Binnig und Gammon können die Hefte holen“ liegt mir noch im Ohr. Was mag wohl aus diesen beiden geworden sein? Binnig, ein vierschrotiger blonder, Gammon, ein scheuer, zarter Junge aus dem Odenwald. An mich erging diese Berufung recht selten.

Wie es im Buch steht, war der Turnlehrer, Herr Neumüller, ein ausgesprochener Antisemit, relativ ungefährlich weil so typisch.⁷ Einmal kam ich in Kontakt mit ihm, als ich unabsichtlich sein Gefühl für die Neue Ordnung verletzte. Es war bei einer dieser Aufmärsche, ich glaube, es war das Erntedankfest, als die Schulen mit ihren Fahnen geschlossen aufmarschierten: Durch reinen Zufall marschierte ich direkt hinter den Fahnen in der ersten Reihe. Dieser Entweihung der Feier schaffte Neumüller Abhilfe, indem er mich und einen Jungen in der zweiten Reihe sacht austauschte.

Mit einer problematischen Ausnahme glaube ich nicht, daß uns ein Lehrer gequält hätte. Dies traf auch auf die von meiner Schwester besuchte Höhere Mädchenschule zu. Ich glaube sogar berichten zu können, daß der einzige als Nazi bekannte Lehrer, der auch manchmal in einer Parteiuniform zu sehen war, der Mathematiker Zirkel⁸, sich besonders bemühte, die jüdischen Schüler mit Fairness zu behandeln. Im Übrigen paßten sich die meisten Professoren den neuen Zeitläufen mehr oder minder gerne an. Manche vollführten den obligatorischen Hitlergruß stramm, andere, wie z.B. der Studienrat Ruf (Seppel genannt), mit einer müden, wegwerfenden Geste.⁹

Bis auf den heutigen Tag ist mir folgende Episode rätselhaft geblieben. Ort: Untertertia. Griechisch bei Professor Lang¹⁰, der phantasielos ‚Longo‘ genannt wurde. Es werden Verben geübt nach einer wohl sicher uralten Methode. Der Lehrer verlangt die Form eines Verbs (z.B. tempus, numerus, modus, etc.) Hier geht es um das Verb *airein*. Aufgerufen steht Oppenheimer auf und liefert, etwas resigniert, die korrekte Antwort: *aaron*. Ich glaube nicht, daß meine Mitschüler sich vor Lachen gebogen haben. Erwähnenswert ist die Sache hauptsächlich nur, weil Lang kein aktiver Nazi, sondern als der Deutschnationalen Partei zugehörig bekannt war und ich fragte mich und weiß es immer noch nicht, ob man sagen kann, daß eine gerade Linie von dem Klassenzimmer nach Auschwitz zu ziehen ist.

Als beschlossen war, auf den Rat des Direktors Dr. Ostern¹¹, kein Freund des Regimes, daß ich nicht mehr auf das Gymnasium zurückkehren sollte, machte ich einigen meiner Lehrer einen Abschiedsbesuch. Einigen von ihnen war die Sache scheinbar unangenehm. Sie schienen verlegen um das Vokabular, das dieser ungewöhnlichen Situation entspräche. Der am stärksten berührte war Franz Joseph Brecht¹², später der Gründungsrektor der neu ins Leben gerufenen Universität Mannheim. Er schenkte mir ein Büchlein mit der englischen Übersetzung von „Alt Heidelberg Du Feine“ von Jacob Gould Schurmann¹³, dem seinerzeitigen Präsidenten der Cornell University und US-Botschafter in Berlin. Ihm und seinem Stifterkreis aus der Hochfinanz, der nicht wenige jüdische Namen enthielt, verdankte die Universität das neue Hörsaalgebäude am Universitätsplatz.

Am Mittagstisch hat sich die Familie wohl am ehesten zusammengefunden.¹⁴ Der pater familias, Max L. Oppenheimer, (*1874), war in Blieskastel und Saarbrücken aufgewachsen. Unsre Mutter, Marie Ballin, kam aus Nordhausen in Thüringen (*1889). Zur Familie gehörten noch meine Schwester Hilde (*1913) und ich (*1920) und schließlich Fräulein Häusler die Erzieherin¹⁵. Eine Erzieherin? Gewiß nicht um Zeit für Bridge oder wohlthätige Veranstaltungen zu haben.

Die Anwesenheit von Fräulein Häusler bedarf wohl einer Erklärung: Ihr Verantwortungsbereich ging über den einer „nanny“ hinaus. Sie war seit 1917 bei uns, d.h. schon etwa vier oder fünf Jahre vor meiner Geburt. Ihre Verlässlichkeit war sprichwörtlich und sie nahm ihre Verantwortung kompromißlos ernst: Um mich die Vokabeln abhören zu können, lernte sie sogar das griechische Alphabet. Großen Wert legte sie auf die jüdischen Gesetze und Gebräuche. Das begrüßten meine Eltern, in deren Elternhäusern diese Dinge offenbar legerer gehandhabt worden waren. Aber warum überhaupt eine Erzieherin? Das war notwendig geworden, weil meine Mutter im Geschäft informell eine Reihe von Aufgaben übernommen hatte, sowohl im Verkauf wie in der Fabrikation. Und dies ergab sich aus dem Rhythmus des Kleidergeschäfts und der saisonbedingten Kollektionen. Zweimal im Jahr ging ‚Maxelo‘ auf Reisen, die etwa sechs Wochen dauerten. Die Technik ermöglichte und erleichterte diese anstrengenden Reisen durch Ferngespräche und ein Benzauto, das sozusagen nach Maß in der Benz-Fabrik in Ladenburg angefertigt worden war und dessen Kofferraum groß genug war, um die Ware unzerknittert transportieren und zeigen zu können.

Die Ehe der Eltern hatte den Anschein von Patriarchalität, wie sie im Buch steht. Aber bei genauerem Hinsehen war sie in jeder Beziehung durchaus ‚demokratisch‘, und in späteren Jahren sprach der Vater davon, daß keine wichtige Entscheidung unilateral getroffen wurde.

Wie gesagt, die Technik wurde verwendet, wenn sie gebraucht wurde, aber nur dann, denn das Büro war offensichtlich von solchem Drang angenommen und hatte sich wohl seit 1850 nicht verändert.

Ein Versuch, den Betrieb zu modernisieren, indem eine nicht sehr radikale Arbeitsteilung verwendet werden sollte, schlug fehl. „Taylorism“ lag in der Luft. Ein kleines Gebäude wurde erstellt für ein rudimentäres Fließband. Aber der Plan scheiterte am Granit jahrhundertalter Gebräuche und Traditionen (die Böcke wollten nicht!).

Maxelos Engagement für den liberalen Rechtsstaat fand schon in früheren Jahren Ausdruck in maßvoller politischer Tätigkeit. An der in den frühen Jahren der Weimarer Republik erfolgten Fusion der liberalen Parteien und die Gründung der Deutschen Demokratischen Partei, in der er mitwirkte. Er erinnerte sich an die Gegenwart von Max Weber, sicher auch



Hilde Schall, geb. Oppenheimer
und Ernst M. Oppenheimer in
Ottawa, 1998

dessen Bruder Alfred. Auch Friedrich Naumanns *Die Hilfe* kam bei uns ins Haus (wie übrigens auch die Zeitschrift des *Centralvereins* und das *Israelitische Familienblatt*). Wie freundlich alles schien. Auf Papier vertrug man sich! Ich erinnere mich an ein Gartenfest in Ziegelhausen, bei dem der örtliche DDP-Vorsitzende, der Lehrer Hofheinz, uns eine in einer Tombola gewonnene Kirschtorte überreichte. Aber die politische Welt wurde immer dunkler. Später beklagte sich Maxelo bitter über jüdische Geschäftsleute, die in sträflicher Gleichgültigkeit gegenüber der Politik die finanzielle Unterstützung des bevorstehenden Wahlkampfs verweigerten.¹⁶

Auch gemeindeinterne Dinge interessierten ihn. Der Vorschlag wurde gemacht, die schlichte Leichenhalle, die aber nicht baufällig war, durch eine bessere zu ersetzen. Maxelo, wohl Mitglied der Gemeindevertretung, fand diesen Vorschlag im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Situation frivol und spielte bei der Ablehnung eine nicht geringe Rolle. Was nicht bekannt oder ignoriert wurde, war, daß die Planung des Projekts, die Zeichnungen usw. schon fertig waren. Ironischerweise war dieser schlichte Schuppen das einzige religiöse Gebäude, das den Mordbrennern der Kristallnacht nicht zum Opfer fiel. Von dieser Leichenhalle aus wurden auch meine Eltern zu Grabe getragen.



Verleihungsfeier des Titels Morenu 1965 in den Räumen der Villa Julius. Von l.n.r. Rabbiner Nathan P. Levinson, Max L. Oppenheimer, Kantor Führer, Leon Altgenug (Mannheim)

Ich erfuhr von der ‚Machtergreifung‘ auf dem Heimweg vom Schlittschuhlaufen auf dem Messeplatz. Immer mehr Hakenkreuzfahnen waren zu sehen. Bisher war die Proportion von republikfreundlichen zu feindlichen Fahnen ein Gradmesser der politischen Situationen gewesen, aber damit war nun auch Schluß, und die Opportunisten, die ein Hakenkreuz auf das kaiserliche schwarz-weiss-rot genäht hatten, mußten jetzt Farbe bekennen. Das waren große Tage (und Jahre) für Fahnen-Schmidt in der Anlage.

Die Stimmung zu Hause war trübselig, jedoch nicht verzweifelt. Die Politik war schon längst derart vergiftet, als daß man dies Ereignis als etwas grundsätzlich Neues hätte verstehen können. Es geschah viel, aber davon war auch vieles nicht direkt sichtbar, wie die Entlassung von Tausenden von Beamten, Richtern, Lehrern auf allen Stufen; Tausende von politischen Gegnern verschwanden hinter den Toren von Gefängnissen und Konzentrationslagern. Nun beschloß das Regime etwas allgemein Sichtbares dem Volk mit seiner angeblich kochenden Seele darzubieten. So kam es zu einem von der Obrigkeit organisierten Boykott jüdischer Geschäfte, Kanzleien und Büros. Daß dieser Boykott ausgerechnet am 1. April 1933 stattfand, besagt wohl, daß der Humor aus diesem Lande gewichen war. Da die



Verleihungsfeier des Titels Morenu 1965. In der Mitte Max L. Oppenheimer

meisten Geschäfte gar nicht geöffnet wurden, war für die SA nichts zu tun als das Sturmband fester zu ziehen und das Plakat höher zu halten.

Am späten Morgen klingelte es bei uns. Es war Frau Dr. Sophie Eckhart, eine Geschäftsnachbarin in der Hauptstraße, die eine traditionsreiche, jedoch nicht sehr einträgliche Buchhandlung betrieb. Für einen etwas bücherwütmisch veranlagten Schüler wie mich war das ein Paradies und die hohen Leitern an den Regalen führten direkt dahin. Zu sagen gab es wenig. Die Blumen, die diese liebe Frau brachte, und ihre Tränen sprachen von Trauer und Scham. Etwa um diese Zeit gab es ein Spektakel für ‚gebildete‘ Barbaren: die feierliche Verbrennung von unliebsamen Büchern auf dem Universitätsplatz. Hier ist wohl eine gerade Verbindungslinie nach Auschwitz eher zu ziehen: von brennenden Büchern zu brennenden Synagogen (Kristallnacht), zu brennenden Menschen.

Noch ein Splitter der Erinnerung an ein anderes politisches Spektakel der frühen Nazizeit. Ganz nahe bei uns, am Wredeplatz, veranstaltete die SA ein riesiges Defilee vor ihrem obersten Bonzen, Ernst Röhm. Das war im Juni 1934. Das Datum bleibt in der Erinnerung, weil wenig später Hitler ihn und seine Gefolgsleute ermorden ließ. Damals erinnerte ich mich an eine Kundgebung der SPD, die kurz vor dem letzten Wahlkampf statt-



Verleihungsfeier des Titels Morenu 1965 in den Räumen der Villa Julius

gefunden haben muß. Rückblickend verglich ich die Präzision dieser SA-Prozession mit dem früheren Aufzug, der im Vergleich wie ein Familienausflug wirkte. Die Erinnerung ist frisch, weil ich ein bekanntes Gesicht erspähte, Frau Grittmann, eine treue SPD-Demonstrantin, die die Synagoge und anliegende Räumlichkeiten sauber und in Ordnung hielt. Wie gut ist es zu wissen, daß ein halbes Jahrhundert später die Paradeschrittler den Familienausflüglern unterlegen sind.

Neben der Einäscherung aller Synagogen waren im November 1938 den angeblich erzürnten Volksgenossen zwei Aufgaben gestellt worden: die Zerstörung jüdischer Wohnungen und Büros und die Verhaftung der dort vorgefundenen Männer zum Transport nach Dachau. Mein Vater war in Köln, und auf Anraten des dortigen befreundeten Hotelbesitzers hatte er seine Rückreise nach Heidelberg verschoben.

Ich gestatte mir einen letzten Blick auf den Inhalt des gutbürgerlichen Bücherschranks zu werfen auf der kurzen Reise vom dritten Stock auf die Straße. Zu diesen Büchern gehörten die rüde aus dem Winterschlaf erweckten obligaten Klassiker, von denen allerdings Heine von Jahr zu Jahr aktueller wurde, dann ein paar Bestseller der Zeit, z.B. von dem völlig verschollenen Amerikaner Upton Sinclair. John Galsworthy's Forsyte Saga stand vielleicht auf mehr deutschen Bücherregalen als auf englischen; schmerzlich auch heute noch der Verlust der Bände aus der Bibliothek meines Urgroß-



Ansprache von Prälat Hermann Maas bei der Verleihung des Ehrentitels Morenu an Max L. Oppenheimer anlässlich dessen 90. Geburtstag, links Marie Oppenheimer

vaters, besonders ein früher ‚Brockhaus‘ (1811 oder 1820) und Schlossers Weltgeschichte. Ob sich jemand ihrer erbarmt und sie vor der schämlichen Fahrt im Müllwagen bewahrt hat?

Da ich mich auf Impressionen beschränke, brauchen die sozialen und organisatorischen Veränderungen im täglichen Leben nur gestreift werden. Es handelt sich um Veränderungen, die man Ghettoisierung nennen könnte. So erinnere ich mich, daß ich und andere Jungen unter der energischen Leitung von Hauptlehrer Durlacher¹⁷ auf einer Wiese hinter dem Bismarckturm Fußball spielten. Sicher ist, daß ich vor 1933 das Feld dort nicht betreten hätte. Ähnlich ging es mit der Mitgliedschaft in einer der deutsch-jüdischen Gruppen, einem der vielen Ableger der ursprünglichen Jugendbewegung, die fast alle ideologisch oder konfessionell angehaucht waren. Ich war bei den ‚Kameraden‘. Das Hauptereignis war „Auf Fahrt gehen“. Mit dem Rad ging es in den tiefsten Odenwald nach Michelstadt, wo wir bei einer jüdischen Familie einquartiert wurden. Ich hatte zuvor nicht gewußt, wie arm diese Landjuden waren.

Ein anderes Beispiel der Ghettoisierung: Meine Schwester Hilde, damals etwa 17 Jahre alt, traf sich einmal die Woche mit ihren Altersgenossen in einem der Cafés, (wahrscheinlich dem Cafaso¹⁸). Dann ging man einfach

nicht mehr dort hin und die Gruppe übersiedelte in die bescheidenen Räume des Café Odenheimer¹⁹.

Gelenkt wurde die kulturelle Ghettoisierung durch ein Kontrollorgan „Jüdischer Kulturbund“, der für Organisation von „Erwachsenenkursen und Tourneen von Künstlern“ ... verantwortlich war. Der Kommissar, der diese Aktivitäten überwachte und notfalls zensierte, kam sicherlich aus dem Goebbelsministerium. Er hieß Hinkel und bleibt mir wegen seiner ekelhaft gönnerhaften Verlautbarungen in besonders übler Erinnerung.

Ich erinnere mich an eine Veranstaltung des Kulturbunds, eines Konzerts des in seiner Zeit sehr bekannten Geigers Carl Flesch, natürlich in der Synagoge, die dadurch sozusagen ihrerseits ghettoisiert wurde. In die Synagoge! Wie erwähnt, wurde sie von uns, den Kindern, regelmäßig besucht. In der Kategorisierung nach dem Schema orthodox-liberal, galt sie wohl als ‚links‘-liberal, was auch ‚mit Orgel‘ bedeutete. Kantor Krämer leitete den Chor, dem auch meine Schwester angehörte. Seine schöne Stimme machte auch die längsten Gottesdienste erfreulich. Der größte Teil des Gottesdiensts war hebräisch; für orthodoxere Beter gab es einen Betsaal in der Plöck, meistens von „Ostjuden“ besucht mit einer Ausnahme. Die Kinder saßen auf den Langbänken, die sich an den Wänden befanden. Wenn es dort nicht ruhig war, wurde der Synagogendiener, Herr Seeligmann, beauftragt, Ruhe und Ordnung herzustellen. Diese Intervention war besonders zu Purim nötig. Ein geachtetes Gemeindeglied, Direktor Oppenheimer von der Herrenmühle²⁰, hatte schon längst das Privileg der Verlesung der Megilla. Er hatte eine kräftige Stimme, die sich manchmal zum Nasalen steigerte. Des Kicherns und Prustens war kein Ende.

Das Kristallnacht Pogrom betraf die gesamte deutsche Judenheit. Es war die Summe von vielen Einzelschicksalen, von denen hier eines beschrieben werden soll, weil mein Vater darin Protagonist war, und das nicht ganz typisch, weil die Episode noch glimpflich verlief. Es war etwa in der ersten Hälfte 1939, als die Juden ihre letzten Rechte verloren hatten, also vogelfrei waren. Dazu gehörte, dass Juden bei Prozessen nicht mehr auf die Hilfe von Rechtsanwälten zurückgreifen konnten. Nach dem Zwangsverkauf der Firma witterte ein Anwalt weiteren Profit. Er hatte dem Leiter der Fabrikation in Ziegelhausen eingeredet, meinen Vater wegen angeblich unbezahlter Gehälter und Prämien zu verklagen. Und dies wurde genauestens dargelegt. Nun war mein Vater als sein eigener Verteidiger an der Reihe. Er wendete sich an den Kläger: „Herr Walter, sagen Sie mir bitte, was schulde ich Ihnen?“ „Nichts, Herr Oppenheimer.“ Damit war der Prozess zu Ende und der Ankläger verließ den Saal mit ‚hochrotem Kopf‘. Es fehlte nicht an leisen Gratulationen. Auch soll der prominente Jurist, Gerhard Anschütz²¹ unter den Gratulanten gewesen sein. Im Laufe der Jahre erzählte mein Vater



Marie und Max L. Oppenheimer, 1965

den Vorfall öfters wieder und ich bin sicher, daß er dies als seine ‚finest hour‘ betrachtet hat. Und zurecht, denn es war ihm gelungen, für einen kurzen Moment in der totalen Dunkelheit ein winziges Licht zu entzünden. Ich halte es für sicher, daß der Begriff des Rechtsstaats und die Tatsache, daß er dafür einstand, von jeher seine Haltung gegenüber den Verfolgern bestimmt hatte. Er griff nicht nach theologischen oder psychologischen Theorien. Er verstand all dies einfach als eine Situation, wo Kriminelle sich seines Besitzes (einschließlich seiner bürgerlichen Ehre) bemächtigt hatten, was rückgängig gemacht werden mußte. Übrigens riß nach dem Kriege die freundschaftliche Bindung mit Walter nicht ab.

Damit will ich nicht sagen, daß derartige Prinzipien ihn bewußt geleitet haben. In den Jahren des Versteckenseins in Brüssel konnte es nur um die Erhaltung des nackten Lebens gehen.

Das eigentliche Exil meiner Eltern begann mit dem Grenzübergang nach Belgien – ganz regulär mit Pass. Dies war durch den renommierten Mediziner Professor Oehme²² mit einem geschickt abgefassten und zweckmäßigen Attest ermöglicht worden. Durch diese edle Tat wurde Oehme zum Lebensretter meiner Eltern, wenn man bedenkt, welche Quälereien den noch in Deutschland verbliebenen Juden und insbesondere den Badischen erwartete. Für sie genügte der Name Gurs²³, um das Ausmaß

dieser Verbrechen anzudeuten. Die Dankbarkeit blieb nie unerwähnt, wenn bei den Eltern die Rede auf diese Zeiten kam. Ob es wohl Nachfahren von ihm gibt, denen man das sagen kann.

Das Bombardement von Dünkirchen erlebten die Eltern während eines Fluchtversuchs nach Frankreich in einem Schweinestall. Doch die viel schwerere Belastung kam in den Monaten, den Jahren des Versteckenseins in Brüssel. Einmal kam er zu dem Haus, wo er einen Freund besuchen wollte, als dieser eben von der Gestapo abgeführt wurde. Zwei Minuten später und er wäre nicht wieder nach Hause gekommen. All dies ist oft von kundiger Hand aufgezeichnet worden, aber ein Wort des Dankes an die Belgier darf auch bei dem knappsten Umriss nicht fehlen.

Zurück nach Heidelberg

Eigentlich hätte es anders kommen sollen. Das Einwanderungsvisum in die USA war da. Nach einer langen und anstrengenden Zeit in Kuba hatten meine Schwester und ihr Mann ein kleines Haus in Chicago gekauft. Der plötzliche Tod meines Schwagers Justin Schafheimer/Shaffers machten diese Pläne hinfällig. Dazu kam, daß ihre alte Wohnung in der Anlage wieder zur Verfügung stand, d.h. eine Hälfte davon. In die andere Hälfte zogen Martin Rohrmann, der älteste seiner früheren Angestellten, der sich gegenüber dem Dritten Reich immer standhaft erwiesen hatte und seine Frau Else, eine waschechte Pfälzerin.

Abgesehen von rein praktischen Überlegungen waren es zwei Beweggründe, die es Maxelo ermöglichten zurückzukehren. Er fand, daß Adenauers Bundesrepublik das Zeug dazu hatte, ein gesunder Rechtsstaat zu werden, wiewohl er die Stolpersteine auf diesem Weg keineswegs bagatellierte.

Das zweite Motiv ist schnell benannt, doch erklärungsbedürftig. Kurz gesagt, er liebte die Heidelberger Landschaft. Sie war ihm bekömmlich im Leiblichen wie im Seelischen. Soweit meine Erinnerung reicht, geschah an Werktagen folgendes: Maxelo kam spät am Abend nach Hause, und nach einem bescheidenen Abendessen erklärte er, ‚Ich gehe jetzt etwas Laufen‘ oder ähnliches. Meistens ging er bis zum Schloßeingang. Es dauerte Jahre bis ich verstand, daß dies für ihn nicht nur eine physiologische Notwendigkeit war, sondern, nicht minder, eine psychotherapeutische. Laufen ist eine disziplinierte Art der Fortbewegung, nicht zu verwechseln mit Spazierengehen, das zu schlenderisch wäre und gewiß nicht mit dem militärischen Laufschritt. Es war eine körperliche Beanspruchung, bei der sich Kontemplation und ästhetische Rezeptivität die Waage halten. In seinem Nachlaß habe ich



Grabstein von Max und Marie Oppenheimer auf dem jüdischen Friedhof beim Bergfriedhof

ein Gedichtlein gefunden, wahrscheinlich sein einziges, in dem er diesen Zustand beschreibt. Leider ist es mir abhanden gekommen. Er erzählt, wie er ‚hinaufgeht‘ (wohl den Gaisberg), sich die Vögel anhört und die Eichhörnchen beobachtet und sich überlegt, wie er manches richtig und auch dieses und jenes falsch gemacht hat. So erfrischt tritt er den Heimweg an.

Fast bis zuletzt machte sich Maxelo in der Gemeinde und im Oberrat in Karlsruhe nützlich. Der Wunsch entstand, ihn dafür und viele andere wohlthätige Handlungen zu ehren. Die Gemeinde und Rabbiner Dr. Levinson beschlossen, ihm den Ehrentitel „Morenu“ (unser Lehrer) zu verleihen. Der Begriff des Lehrens wurde etwas gedehnt, denn ein Hebraist war er nicht. Selbst das Singen des Kiddush am Freitagabend jagte ihm immer einen kleinen Schrecken ein, aber im weiteren Sinne stimmte es doch. Die Feier zur Verleihung im Jahr 1965²⁴ erfreute ihn sehr, zumal der hochgeschätzte Prälat Maas daran teilnahm. Von diesem Manne gewürdigt zu werden, erhöht jede Würdigung. Er war fest in seinem Glauben in seiner reinsten Form und unerschütterlich in dem Bewußtsein, wozu er ihn verpflichtete. So ragt er weit über die Menge der Schulterzucker und Wegseher hinaus. Auch vergaß er nicht, in seiner Ansprache auf den Mut und den Glauben unserer Mutter hinzuweisen, der dem Paar das Überleben ermöglichte.

Anmerkungen

- 1 Ich habe Nathan Peter Levinson und Sharon Levinson für Hinweise zur Morenu-Feier von 1965, Frank Moraw für Hinweise zur Lehrerschaft des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums und Jo-Hannes Bauer für seine erfolgreiche Sucharbeit im Stadtarchiv herzlich zu danken.
- 2 Norbert Giovannini; Frank Moraw (Hrsg.): *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*. Heidelberg 1998
- 2 Vergl. Arno Weckbecker: *Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945*. Heidelberg 1985, S. 29. Weckbecker spricht von 100 Angestellten; Wennemuth von 110 Beschäftigten (Udo Wennemuth: *Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik*, in Blum, Peter (Hrsg.): *Geschichte der Juden in Heidelberg*. Heidelberg 1996, S. 362
- 3 Arno Weckbecker a.a.O., S. 55
- 5 Mitteilung von Prof. E. M. Oppenheimer (Ottawa), Juni 1999
- 6 Vergl. Anm. 23
- 7 Vergl. Frank Moraw: *Das Gymnasium zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Zur Geschichte des Heidelberger Kurfürst-Friedrich-Gymnasium 1932–1946*. Heidelberg 1978, S. 155
- 8 Emil Zirkel (1890–1968), Gymnasialprofessor, von 1929–1940 am Heidelberger Gymnasium, 1919 Freikorpskämpfer; während des Studiums in Heidelberg Mitwirkender der „studentischen Volksunterrichtskurse“, nach dem 1. Weltkrieg Leitungsfunktion in den Heidelberger Volkshochschulkursen. Vgl. Wolfgang Uebel (Bearb.): *Das Goldene Buch des KFG*. Heidelberg 1994, S. 154
- 9 Zum Kurfürst-Friedrich-Gymnasium in der nationalsozialistischen Zeit vergl. Frank Moraw, 1978
- 10 Oskar Lang (1878–1947), Gymnasialprofessor, von 1914 bis 1945 am Heidelberger Gymnasium, Altphilologe. Vgl. Wolfgang Uebel (Bearb.): *Das Goldene Buch des KFG*. Heidelberg 1994, S. 119–120
- 11 Hermann Ostern (1883–1944) war von 1932 bis 1939 Schulleiter des Heidelberger Gymnasiums, Altphilologe. Herausgeber der Zeitschrift des Deutschen Gymnasialvereins „Humanistisches Gymnasium“ seit 1930. Vgl. Wolfgang Uebel (Bearb.): *Das Goldene Buch des KFG*. Heidelberg 1994, S. 128–129
- 12 Franz Josef Brecht (1899–1982), Altphilologe, von 1929–1950 am Heidelberger Gymnasium, 1932 Habilitation in Heidelberg. Vgl. Wolfgang Uebel (Bearb.): *Das Goldene Buch des KFG*. Heidelberg 1994, S. 168–169
- 13 Zu Schurmann vergl. Detlef Junker: *Jacob Gould Schurmann, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen*, in: *Semper Apertus*, Bd. III, Heidelberg 1986, S. 328–358
- 14 Wohnadresse Friedrich-Ebert-Anlage 31
- 15 Emma Häusler, geb. 1888 in Wertheim, im Sept. 1938 in die USA emigriert (vergl. Arno Weckbecker, *Gedenkbuch*, 1983). In den USA war sie als Krankenpflegerin tätig. (Mittlg. E. M. Oppenheimer an Hrsg.)
- 16 E. M. Oppenheimer erinnert sich daran, dass der Vater bis zur erzwungenen Auflösung der 1930 in Deutsche Staatspartei umbenannten DDP Mitglied war, aber keine Parteiämter innehatte.

- 17 Herrmann Durlacher, geb. 1893 in Münzesheim, Hauptlehrer an der Hindenburg-Volksschule (heute Friedrich-Ebert-Schule), seit 1935 Unterricht der jüdischen Schulklasse in der Pestalozzischule (heute Landhausschule), nach der Zerstörung des Klassenraums beim Novemberpogrom 1938 Fortführung des Unterrichts im jüdischen Gemeindezentrum und in Privaträumen, Deportation nach Gurs, über Les Milles (1941) nach Auschwitz (1942) Tod in Auschwitz.
- 18 Café Carl Fass & Söhne, Ecke Hauptstraße/ Fahrtgasse
- 19 Café Odenheimer, Hauptstraße 20, Geschäftsaufgabe 1938
- 20 Moritz Oppenheimer, geb. 1865 in Neckarbischofsheim, war Geschäftsführer und Direktor der Herrenmühle AG. 1940, im April 1941 mit Ehefrau Marie in die USA emigriert.
- 21 Gerhard Anschütz (1867–1948), seit 1897 und mit Unterbrechung von 1908–1916 Ordinarius für Staats- und Verfassungsrecht an der Universität Heidelberg, republikanisch engagierter Verfasser des Kommentars zur Weimarer Reichsverfassung, Vertreter des staatsrechtlichen Positivismus, im März 1933 auf eigenen Antrag emeritiert. Vergl. Horst Dreier: Gerhard Anschütz (1867–1948): Staatsrechtler in Zeiten des Umbruchs, in: Peter Ulmer (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den zwanziger Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 89–128
- 22 Curt Oehme (1883–1963), Innere Medizin, seit 1928 a.o. Prof. und Direktor der Universitätspoliklinik; 1945 Mitglied des 13er Ausschusses (politisch unbelasteter) Hochschullehrer, die für die Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs verantwortlich waren. Dagmar Drüll: Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932. Heidelberg 1986, S. 195–196. Nach den Gehaltslisten Heidelberger Ordinarien gehörte Carl Oehme eher zu den „Hungerleidern“ der medizinischen Fakultät. Vergl. Christian Jansen: Vom Gelehrten zum Beamten. Karriereverläufe und soziale Lage der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1933. Heidelberg 1992, S. 55 f.
- 23 In das in den Pyrenäen auf französischer Seite gelegene Internierungslager Gurs, das für spanische Bürgerkriegsteilnehmer nach dem Sieg der Franco-Truppen eingerichtet worden war, wurden nach der Deportationsmaßnahme am 20. Oktober 1940 ca. sechseinhalb Tausend jüdische Einwohner von Baden und der Pfalz eingeliefert, darunter auch annähernd 300 jüdische Einwohner Heidelbergs.
- 24 An der Feierstunde nahmen neben Familien- und Gemeindeangehörigen sowie dem Gemeindevorstand auch Prälat Maas, der katholische Priester Mitchel und ein altkatholischer Geistlicher teil.

Martin Langner (Hrsg.)
»Feuer schwarz«

352 Seiten, 242 Duoton-Abbildungen,
zweifärbig, Format 195 x 260 mm,
fadengehefteter Pappband, 68,- DM
ISBN **3-88423-101-4**

»Hier handelt es sich um mehr als ein Kuriosum. ... Daß man ein Thema, dessen Behandlung zu purer Vereinspanegyrik einlädt, auf so interdisziplinär-facettenreiche Weise wissenschaftlich aufbereiten kann, wie es in diesem auch in seinem Dokumentationsteil vorzüglichen und bibliophil ausgestatteten Buch geschieht, ist erstaunlich und erfreulich.«

Dieter Borchmeyer



Verlag Das Wunderhorn

Bergstraße 21 · D-69120 Heidelberg · Telefon 062 21/402428 · Fax 062 21/402483

Uta Föttsch

Aspekte des Landschaftsœuvres von Franz Huth in Heidelberg und dem Neckartal

Ein Thüringer Porzellanmaler, dessen künstlerischer Werdegang
durch seine Begegnung mit Heidelberg wesentlich geprägt wurde

„Jede freie Stunde, Sonntags und an
Sommerabenden, nutzte ich aus zu Arbeiten im
Freien in und um Heidelberg. Auch für mein nicht
berufliches Leben gab mir die unvergleichliche
Neckarstadt das, was ich suchte. Die reiche,
fast südliche Natur nahm mich gefangen. Der
Frühling zog hier viel früher ein als
anderswo.“¹

I. Der Romantiker

Wie die Malergeneration der Romantiker, so fühlte sich auch Franz Huth (1876–1970) von der spezifischen Atmosphäre Heidelbergs mit seinem reichen bauhistorischen Erbe und den überdies reizvollen landschaftlichen Komponenten wie Rheinebene, Flußtal des Neckars und Berge des Odenwaldes, die es auf engstem Raum vereinigt, künstlerisch angezogen. In den Aquarellen und Pastellen, die er von dieser Stadt malte, an deren Bild die Natur einen enormen Anteil hat, bediente sich Huth vieler in der Romantik populärer Aussichtspunkte und knüpfte dadurch an ihre Tradition an, wie sie bald nach 1800 in Carl Philipp Fohr (1795–1818), Ernst Fries (1801–1833) und Carl Rottmann (1797–1850), dem „Dreigestirn der romantischen Malerei in Heidelberg“², ihre berühmtesten Vertreter fand.

So findet sich in einer der frühen Arbeiten des Künstlers, dem Aquarell „Heidelberg. Blick von der Scheffelterrasse auf Schloß und Stadt mit der Rheinebene im Hintergrund“³ aus dem Jahre 1908, der „Blick von Osten“ über einen von dichter Vegetation gerahmten Weg im Vordergrund auf die über der Stadt auf einer Anhöhe thronende Heidelberger Schloßruine (Abb. 1). Zu ihren Füßen erstreckt sich die Stadt mit Heiliggeistkirche und Alter Brücke, und der Blick schweift der Neckarschleife folgend weit hinaus in die Ebene. Die spezifische Sicht von Osten auf die Stadt, die Huth für diese und andere Kompositionen aus der Anfangsphase seines malerischen Schaffens gewählt hat, war seit dem frühen 17. Jahrhundert ein lokal



Abb. 1: Franz Huth, Heidelberg. Blick von der Scheffelterrasse auf Schloß und Stadt mit der Rheinebene im Hintergrund, Aquarell auf Papier, 1908 (Privatbesitz)

gebräuchliches Bildschema⁴, das nach 1800 außerordentliche Belebung erfuhr und sich zum Topos für die Ansicht von Schloß und Neckartal in den Darstellungen der Heidelberger Romantik entwickelte. Überdies wird der romantische Charakter des Bildes bestimmt vom Motiv der Ruine im allgemeinen, im besonderen aber von der malerischen Trennung zwischen dem der Gegenwart zugeordneten Vordergrund – der mit zwei auf den Betrachter zulaufenden Staffagefiguren versehene Weg – und dem historisch konnotierten Landschaftsraum dahinter.⁵ Wie in einigen historischen Landschaften der Heidelberger Romantik blickt der Betrachter über eine schattig-dunkle Vorderzone hinweg auf die geschichtsträchtigen Gebäude im Mittelgrund. Hinter der schrankenartigen Aneinanderreihung von Schloßarchitektur, Kirche und Brücke verlieren sich die Stadt und die Flußebene – nun außerhalb des historisch bedeutsamen Raumes – durch die Transparenz ihres Farbauftrags in der lichten Bildtiefe.

II. Vom Porzellanmaler zum freischaffenden Künstler

Der 1876 in Pößneck/Thüringen geborene Franz Huth erlernte zunächst das Handwerk der Glas- und Porzellanmalerei, wobei ihm der traditionelle Familienbetrieb, verschiedene Manufakturen in Thüringen und Schlesien und die Dresdner Kunstgewerbeschule Lehrstätten waren.⁶ Nach seiner Wanderschaft, die ihn über den Alpenraum nach Südfrankreich und an der Riviera entlang nach Norditalien führte, folgten für den 24jährigen berufliche Stationen in der väterlichen Werkstatt für Porzellan- und Glasmalerei und in der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) Berlin.

1903 wählte er Heidelberg, das ihm bereits aus dem Jahre 1897 bekannt war, weil es neben Würzburg Ausgangspunkt für seine Wanderjahre in den Süden war, zu seiner Heimat und gründete hier seine eigene „Manufaktur für Kunstgewerbe, Glas-, Porzellan- und Wappenmalerei“⁷. Franz Huth lebte im Heidelberger Stadtteil Neuenheim – in den ersten Jahren nach seinem Zuzug in der Werderstraße 40, ab 1911 in der bergwärts gelegenen Kuno-Fischer-Straße 5, die er bis 1917 bewohnte⁸. Sein als Filiale des Pößnecker Unternehmens des Vaters Louis Huth betriebenes Geschäft befand sich hingegen im Hinterhaus der Ziegelgasse 22 in der Altstadt⁹. Obwohl Huth mit seiner Heidelberger Werkstatt Erfolg beschieden war – seine Porzellanmalereien waren begehrt und fanden eine Vielzahl von Abnehmern, der 1907 gegründete Deutsche Werkbund nahm ihn als Mitglied auf¹⁰ –, faßte Huth sechs Jahre nach Geschäftsgründung den Entschluß, die handwerklichen Auftragsarbeiten für Porzellan- und Glasmalerei aufzugeben und sich seiner Neigung entsprechend der freien Malerei zuzuwenden. Die Manufaktur, die er zum April 1909 an einen seiner Angestellten, Willy Eitel, übergeben hatte, wurde anschließend in der unweit der Ziegelgasse gelegenen Landfriedstraße 10 weitergeführt¹¹.

Welch heftiger Wunsch ihn trieb, sich aus den Grenzen zu befreien, die ihm das Handwerkliche setzte, erzählt Huth in einer seiner Autobiographien: „Jede freie Stunde, die mir das Geschäft ließ, nützte ich zum Studium in der Natur aus[,] und geradezu heißhungrig stürzte ich mich auf das Motiv, das mir begegnete. So kam es, daß ich die weitere Umgebung Heidelbergs zunächst nicht genug kennen lernte [sic], weil ich schon in der ersten halben Stunde bei meinen Malausflügen sitzen blieb und malte. Am liebsten malte ich Aquarell in den Straßen und Plätzen Heidelbergs selbst.“¹² Sicher pflegte Huth, durch die Ausübung seines Berufs bedingt, ein enges Verhältnis zur Natur, mußte er sich doch für seine kunsthandwerklichen Vorhaben Motive im Freien, in den Wiesen und Wäldern, suchen, bevor diese, zu Vorlagen verarbeitet, auf das Porzellan übertragen werden konnten. Doch erst durch die in Heidelberg einsetzende intensive Beschäftigung mit der Kunst

des Aquarells, die Huth die Möglichkeit gab, seine Eindrücke vor Ort in der Natur rasch in Farbe festzuhalten, profilierte sich sein malerisches Können. Die Technik des Aquarells hatte Huth während seines Berliner Aufenthalts 1901/02 in Kursen am Kunstgewerbemuseum erlernt, wo er auch seine spätere Frau, Gertrud Borchmann (1877–1959), kennengelernt hatte. Die am Berliner Kunstgewerbemuseum von 1901 bis 1904 ausgebildete Aquarellmalerin heiratete er 1904 in Berlin und empfing fortan, durch ihre hohen fachlichen Fähigkeiten stimuliert, viele entscheidende Impulse von ihr.

Die farbigen Arbeiten von Franz Huth fanden bei Freunden und Förderern aus kunstinteressierten Heidelberger Kreisen bald große Beachtung, und es gelang ihm, wertvolle Kontakte zu Künstlern, Kritikern und Wissenschaftlern zu knüpfen. Eine enge Freundschaft, die zu einem regen geistigen Austausch führte, verband den jungen Meister mit dem in Gießen und Marburg wirkenden Historiker Johannes Haller (1865–1947) sowie mit Heidelberger Persönlichkeiten wie dem Zoologen und Biologen Baron Jakob Johann von Uexküll (1864–1944) und dem Althistoriker und Archäologen Alfred von Domaszewski (1856–1927).¹³ Vermutlich waren es nicht allein seine Bildmotive, die ihm die Gunst des Käuferpublikums einbrachten, sondern ebenso die spezifische Sozialstruktur der Universitätsstadt, deren geistiges Klima von kunststoffenen und überdies wirtschaftlich potenten Bürgern entscheidend geprägt wurde.

Erste Verkäufe und Aufträge sowie erfolgreiche Ausstellungen seiner am Neckar und in der Thüringer Heimat gefertigten Landschaftsaquarelle und Stadtimpressionen stellten für ihn einen wichtigen Schritt in die Tätigkeit als Maler in freier Künstlerschaft dar. Seiner ersten eigenen Ausstellung im Jahre 1904, auf der sich Huth mit einer Reihe von Aquarellen, vornehmlich Landschaftsstudien, im Heidelberger Kunstverein dem Publikum vorstellen konnte¹⁴, folgten Beteiligungen, zunächst an einem größeren Unternehmen, der Badischen Kunstaussstellung des Karlsruher Kunstvereins im Jahre 1907, und im Jahr darauf an Ausstellungen im Dresdener und im Baden-Badener Kunstverein¹⁵.

Ein Schlüsselerlebnis¹⁶, das seinen künstlerischen Neubeginn nachhaltig beeinflussen sollte, waren Perspektivstudien in der im nahen Odenwald gelegenen Amorbacher Kirche im Jahre 1907 auf Anregung und unter Anleitung von Ernest Julius Preyer (1842–1917). Der in Düsseldorf lebende Maler, der mit Hans Thoma (1839–1924) bei Johann Wilhelm Schirmer (1807–1863) in Karlsruhe studiert¹⁷ und die Düsseldorfer Malerschule durchlaufen hatte, war durch ein von Huth aquarelliertes Stilleben im Heidelberger Kunstsalon Welker auf ihn aufmerksam geworden. Er ließ dem von ihm entdeckten Talent mit den gemeinschaftlichen Interieurstudien Förderung zuteil werden. Aus einem Brief des erfahrenen Malers

von 1907 an den viel jüngeren Huth geht die Dringlichkeit seines Rates hervor, sich vom Kunstgewerbe zu trennen: „Ihre Pflicht ist, dem zu dienen, was eine gütige Natur in Sie hineingelegt hat – bis zu Ihrem letzten Atemzug. Es ist die höchste Zeit, daß Sie baldigst allem Kunstgewerbe entsagen.“¹⁸

Abgesehen von einem kurzen Studium in einem Münchener Atelier 1909¹⁹ und gestützt auf das solide Handwerk seiner kunstgewerblichen Tätigkeit, war es im wesentlichen ein autodidaktischer Lehrpfad, den Huth als Künstler beschritt. Obwohl der Studienaufenthalt in München der Akt- und Porträtmalerei diene und sich Huth in der Technik der Ölmalerei schulte, galt sein besonderes Interesse nach wie vor den überwiegend in Aquarell- oder Pastelltechnik²⁰ ausgeführten Darstellungen der Landschaft und später – vor allem durch Aufträge des hessischen Adels ab den Jahren 1914/15 bedingt – des Innenraums.

III. Fluß und Stadt als landschaftliche Motive in Heidelberg

In zwei Motivgruppen, die in dem von Huth in Heidelberg nach 1910²¹ geschaffenen Landschaftsœuvre auffallen, wird noch einmal die Affinität des Künstlers, die er hinsichtlich der Motivwahl zu den romantischen und nachromantischen Heidelberger Malern hatte, deutlich: Neben seinen Flußlandschaften in stadtnahen, neckaraufwärts gelegenen Orten, welche den Blick auf die Berge des Odenwaldes zeigen, in die sich historisch bedeutsame Gebäude wie Haarlaß und Stift Neuburg oder die aus dichten Wäldern emporragenden Neckarburgen märchenhaft einbetten, entstand eine Reihe von Ansichten, mit denen er der Stadt selbst seine Reverenz erweist (Abb. 2). Für diese Motivgruppe hat sich Huth auf das nördliche Ufer des Neckars begeben und von dort aus den weiten Landschaftsraum zwischen Fluß und den hinter der Stadt gewaltig aufsteigenden Bergen aufgenommen²²: mit der den Fluß überspannenden Alten Brücke, den Türmen des Brückenkopfes am jenseitigen Ufer, den Altstadtgebäuden mit Marstall, Heuscheuer und alles überragender Heiliggeistkirche sowie dem Schloß.

Mit ihrer romantischen Gesamtschau stellt diese Gruppe von (Stadt)Landschaften eine letzte Reminiszenz an die Tage der Romantik in Heidelberg dar. Denn für ihre Ausführung verwendet Huth neue Stilmittel, die angesichts des Lichtschleiers, der sich über Stadt und Landschaft im Bildhintergrund breitet, an die Lichtmalerei William Turners (1775–1851) denken läßt, wie dieser sie in seinen atmosphärisch durchfluteten Heidelberg-Impressionen zum Einsatz brachte. Unschärf und silhouettenartig



Abb. 2: Franz Huth, Heidelberg. Blick vom Leinpfad am nördlichen Neckarufer über den Fluß auf die Alte Brücke, das Schloß und die Altstadt von Heidelberg mit der Heuscheuer und dem nördlichen Marstallturm, Pastell auf Papier, undatiert (Privatbesitz)

erscheinen bei Huth die Häuser und Türme der Altstadt, die Architektur des Schlosses, der bewaldete Königstuhl, die sich unter diesem Schleier verbergen.

Die weiträumigen Stadtansichten mit Schloß über den Neckar hinweg sind weit entfernt von einer trockenen Wiedergabe der Materie. Ganz anders war Huth hingegen in seinen frühen, bis etwa 1910 in Heidelberg entstandenen Arbeiten vorgegangen.²³ In ihnen schilderte er das Gesehene mit viel Liebe zum Detail, sei es die ausgesprochen präzise wiedergegebene Vegetation, sei es die Architektur, deren Linien er mit Akribie und großem Feingefühl folgte. Nun konzentriert sich das Interesse Huths weniger auf erzählerische, für das Stadtbild wichtige Motivdetails als vielmehr auf das malerische Einfangen einer unmittelbaren Stimmung und das Aufspüren der Atmosphäre eines Ortes. Himmel und Bergen oder auch den Gebäuden im Hintergrund kommt die Rolle eines Stimmungsträgers zu, wenn der Künstler ihre Konturen verschwimmen läßt und die gegenständliche Gebundenheit ihrer Farben aufhebt. Die Tendenz zur Auflösung des Gegenständlichen tritt vor allem dadurch hervor, daß mit einem von allen

Seiten einströmenden Licht das Blau, Gelb und Weiß des Himmels, der Wolken, der Berge und der Wasseroberfläche gelöst werden, und es auf diese Weise zu einem gegenseitigen Durchdringen der Farben kommt. Pastelle wie der „Blick vom Neuenheimer Ufer auf die Alte Brücke, das Schloß und die Heiliggeistkirche von Heidelberg“²⁴, in denen große Bildpartien in eine Farb-Licht-Struktur aufgelöst sind, werden zum Erlebnis des Atmosphärischen und kommen der impressionistischen Auffassung sehr nahe. Doch betrifft dies nur bestimmte Bildbereiche, die der Künstler in eine Fülle von Farbschwingungen verwandelt – nie verliert sich alles Darzustellende eines Bildes in einem Spiel optischer Phänomene. Andere seiner Arbeiten wie „Ausschnitt der Alten Brücke mit Blick auf das Schloß von Heidelberg“, „Blick vom Philosophenweg auf das Schloß und die Altstadt von Heidelberg“ und „Blick vom Schlangenberg auf die Alte Brücke und die Heiliggeistkirche von Heidelberg“²⁵ zeigen, daß Licht und Farbe zwar zu höchster Wirkung angewendete, dennoch aber keine zentralen Mittel Huths sind, die Stimmung der die Architektur umgebenden Natur für den Betrachter faßbar zu machen.

Es ist auffällig, daß Huth im Laufe der Zeit immer näher an kleine Plätze, schmale Straßenzüge oder malerische Winkel der Heidelberger Innenstadt herantritt, so daß aus dem weitläufigen Landschaftsraum impressionistische Bildausschnitte werden. Diese Bilder, in denen neben der Architektur die Natur eine außerordentlich große Rolle spielt, setzen sich aus einem locker vorgetragenen Gefüge von schmalen und breiteren Kreidestrichen zusammen, das bisweilen Partien des papiernen Bildträgers freiläßt und an jene von den französischen Impressionisten häufig praktizierte Malweise erinnert, bei der die unbemalte Grundierung ein kalkulierbares Gestaltungselement war. Neben der unruhigen Strichführung, die beispielsweise die schaukelnde Bewegung des Wassers verdeutlicht, ist es der rasche Wechsel von Licht und Schatten, wodurch Huth in vielen seiner ausschnittartig eingefangenen Natur- und Architekturimpressionen den Eindruck von der Flüchtigkeit des Augenblicks erreicht. Das flockig und gelöst behandelte Laubwerk, das die dunkle und statisch wirkende Architektur dieser Bilder umspielt, ist wie der Himmel in hellen, oft sogar grellen, dem Sonnenlicht entsprechenden Farbönen wiedergegeben und verleiht den Bildern den Eindruck eines fortwährenden Flirrens und Flimmerns von Licht und Atmosphäre. Vielleicht ist es gerade die überströmende Lichtfülle, die Huth in der sonnenreichen Region des Neckars zu einer Bildwelt in Licht und Farbe animierte und ihn schließlich der hellen impressionistischen Farbpalette folgen ließ.

Das insbesondere durch die französischen Impressionisten intendierte Einfangen atmosphärischer Erscheinungen hängt eng mit der Wiedergabe

unterschiedlicher Lichtwirkungen in Abhängigkeit von Tages- oder Jahreszeiten und mit dem Erfassen des Flüchtigen in der als Schauspiel begriffenen Natur zusammen. So liegt der Akzent einiger Heidelberger Bilder Huths auf der Darstellung der jahreszeitlichen Eigenarten, die durch eine mehr oder weniger leuchtende, helles oder gedämpftes Licht suggerierende und farbige Äquivalente setzende Palette zum Ausdruck gebracht werden. Ein Gemäldepaar, auf dem Huth das Motiv der Heidelberger Heiliggeistkirche und den auf sie zuführenden Straßenzug im Frühling und im Winter²⁶ festgehalten hat, zeigt deutlich seine geistige Verwandtschaft zu den Malern des französischen Impressionismus: Man denkt an die Serienbilder Monets (1840–1926) oder anderer impressionistischer Maler, in denen ein- und dasselbe Thema – die gleiche Landschaft oder ein bestimmtes Bauwerk – viele Male im Wechsel der Tages- und Jahreszeiten, bei jeweils unterschiedlicher Licht- und Luftstimmung variiert wurde.

Huths Stadt- und Landschaftsmotive aus Heidelberg und dem Neckarraum, die er vor Ort in ihrem natürlichen Licht einfing, zeigen, daß der Künstler den Weg des klassischen deutschen Impressionisten gegangen war, für den die Verquickung der impressionistischen Einflüsse mit den Traditionen der Romantik zu Beginn seiner Laufbahn als Maler bedeutsam wurde. Auf diesem Weg blieb Huth, von den wechselnden Stilrichtungen unbeirrt, gewissermaßen ein Traditionalist und hielt mit Konsequenz an den im Laufe seines Schaffens zu Konventionen gewordenen Prinzipien des Impressionismus fest.

IV. Heidelberg als erste Station auf dem Weg zum künstlerischen Durchbruch

Einen interessanten Einblick in das im Badischen geschaffene Œuvre Franz Huths bot im vergangenen Jahr eine zu großen Teilen aus privatem Besitz zusammengetragene Ausstellung unter dem Titel „Franz Huth (Pößneck 1876–1970 Weimar). Ein Maler zwischen Freilichtmalerei und Impressionismus“ im Neckargemünder Museum im Alten Rathaus. Als die bisher umfangreichste Präsentation mit Bildmotiven Huths aus Heidelberg und dem Neckartal, vereinte sie seine Arbeiten aus der Zeit des künstlerischen Anfangs, den Jahren 1903 bis 1919, und eine Vielzahl bedeutender Werke aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Huth, längst wieder in seiner Thüringer Heimat, die Stadt am Neckar häufig als mit Pinsel und Palette gerüsteter Besucher aufsuchte. Die Exposition stellte die vier großen Bildgattungen vor, in denen Huth gearbeitet hat: das Landschafts- und Städtebild, das mit Blumen und zuweilen mit figurlicher Plastik arrangierte



Abb. 3: Franz Huth, Porträt-
aufnahme im Innenhof des
Heidelberger Schlosses, 1969
(Stadtarchiv Heidelberg,
9805060)

Stilleben sowie das Interieur von Kirchen, Museen und Schlössern. Der Schwerpunkt der Ausstellung lag jedoch auf den Stadtimpressionen und Landschaften des Neckargebiets.

Während seiner Heidelberger Aufenthalte schien Huth Architektur zumeist in einen landschaftlichen Zusammenhang eingebunden zu haben. Eine etwas anders konzipierte Ausstellung, die neben einer Auswahl der Heidelberger Bilder des Künstlers eine Vielzahl von Motiven aus Franken, Thüringen und Schlesien zeigte und die im Anschluß an die Neckargemünder Schau vom Grafschaftsmuseum zu Wertheim am Main veranstaltet wurde, überraschte mit einer großen Zahl von Architekturbildern. Die Außenansichten von Bauwerken, und vor allem auch die Interieurs von Kirchen oder Schlössern, die Fest- oder Bibliothekssäle, die Arbeits- oder Musikräume zeigten eindrucksvoll das Bemühen des Künstlers um die Wiedergabe eines bestimmten Licht- und Stimmungsmoments. Ebenso wie im Landschaftsbild trat Huth hier als Vertreter impressionistischer, ganz auf die Lichtwirkung zielender Gestaltungsprinzipien auf.

Heidelberg stellte für Franz Huth eine wichtige Lebens- und Schaffens-
etappe dar, von der er in der Rückschau erzählte: „Aber immer tiefer lebte
ich mich in die malerischen Reize dieser Stadt am Neckar ein. Immer
wieder zog es mich dahin zurück wie in eine zweite Heimat.“²⁷ Die Stadt

Heidelberg hatte den Künstler zum letzten Mal mit einer Ausstellung zu seinem 90. Geburtstag geehrt, die einen Überblick über sein Lebenswerk vermittelte und unter den gezeigten Motiven der verschiedenen Schaffensstationen besonders die in Heidelberg, Bensheim und Darmstadt entstandenen Werke hervorhob, wo er in den Jahren 1903 bis 1922 seinen künstlerischen Durchbruch erlebt hatte. Seit dieser aus Anlaß der Eröffnung der Heidelberger Stadtbibliothek gezeigten Schau im Jahre 1966²⁸ erfuhr der Künstler hier posthum keine Würdigung mehr. Seine Werke gerieten in der Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit, obwohl er noch bis ins Jahr 1970, seinem Todesjahr, regelmäßig von seinem Wohnort Weimar nach Heidelberg reiste²⁹ und hier zahlreiche Kontakte pflegte (Abb. 3).³¹

*Der Heidelberger Lebensgang des Künstlers Franz Huth
– Ausstellungen und Veröffentlichungen.*³⁰

* 9. November 1876 in Pößneck † 7. Juni 1970 in Weimar

| | |
|-------------------------|---|
| 1904 | Erste Ausstellung mit Arbeiten von Franz Huth, vorrangig landschaftlichen Motiven in Aquarell, durch den Heidelberger Kunstverein, damals unter dem Vorsitz von Henry Thode (1857–1920); erste maßgebende Verkäufe seiner Aquarelle |
| Januar 1907 | Beteiligung an der Ausstellung des „Vereins der Heidelberger bildenden Künstler und Kunstfreunde“ (Heidelberger Kunstverein) |
| 1907 | Beteiligung an der Badischen Kunstaussstellung im Badischen Kunstverein Karlsruhe: Begegnung mit dem Maler Hans Thoma |
| 1908 | Ausstellung von Aquarellen Huths im Kunstverein Baden-Baden |
| 1910 | Beteiligung an einer Ausstellung des Heidelberger Kunstvereins |
| 1912–1914 | Beteiligung an der Illustration zweier Wappenbücher des Adels mit Architektur, Landschaft und figürlichen Motiven |
| 1913 März–April 1922 | Ausstellungsbeteiligung im Heidelberger Kunstverein Sonderausstellung seiner Aquarellwerke im Heidelberger Kunstverein; Verkäufe für über 50 000 Mark bereits an den ersten Öffnungstagen |
| Juni 1930 | Beteiligung mit einer Reihe repräsentativer Interieurs an der Ausstellung „Innenräume deutscher Schlösser vom Barock bis zum Empire“ im Schloßmuseum Mannheim |
| Oktober–November 1934 | Sonderschau von Aquarellen und Pastellen Huths im Mannheimer Schloßmuseum in Verbindung mit der Werbeschrift des Verkehrsvereins Heidelberg „Badische Schlösser und Burgen zwischen Rhein und Neckar“ (Verlag der Bildmappe „Badische Schlösser und Burgen zwischen Neckar und Schwarzwald“ bei der Zentral-Eisenbahnbuchhandlung Carl Schmitt Heidelberg, o. J.) |

- 1942 und 1943 Beteiligung mit je vier Pastellbildern an der jährlichen Herbstschau des Kunstvereins „Deutsche Maler der Gegenwart“ im Kurpfälzischen Museum Heidelberg
- 1942-1944 Jährliche Teilnahme an der Sommerausstellung des Kunstvereins „Das schöne Heidelberg im Bild“ mit seinen landschaftlichen Motiven und Interieurs in Aquarell und Pastell
- Mai 1944 Beteiligung an einer Landschafter-Ausstellung im Kurpfälzischen Museum zum 75. Jubiläumsjahr des Heidelberger Kunstvereins
- November 1949 Jubiläumsschau mit einer Werkübersicht Franz Huths zum 80jährigen Bestehen des Heidelberger Kunstvereins
- 1950 Ausstellung in den Kavalierhäusern am Schwetzingen Schloß mit überwiegend im Schloßgarten gemalten Pastellen
- 1950 Beteiligung an der Ausstellung „Wandlungen der Phantasie“ im Kunstverein Heidelberg und Präsentation seiner neuen Serie Schwetzingen Pastelle
- November 1956 Sonderausstellung von Pastellen Huths in der Kunsthandlung Welker anlässlich seines 80. Geburtstages
- 1959 Herausgabe der Bildmappe „Heidelberg. Nach 12 Pastellen von Franz Huth“ durch den Verlag Karl Schmitt & Co. Heidelberg, hergestellt im Verlag Brausdruck Heidelberg
- September 1959 Ausstellung einer Kollektion von Pastellen mit Schillerstätten von Marbach bis Weimar im Fenster der Kunsthandlung Welker (in Gedenken an den 200. Geburtstag von Friedrich Schiller)
- November 1961 Schauensterausstellung der Kunsthandlung Welker aus Anlaß seines 85. Geburtstages
- 1964 Herausgabe der Bildmappe „Schwetzingen. Nach Pastellen von Franz Huth“ im Verlag Brausdruck, mit einer Einführung von Karl Kölmel
- 1966 Nach dem Erscheinen seiner Lebenserinnerungen „Türen, die sich selber öffnen“ (Eigenverlag, Weimar 1965) Herausgabe einer zweiten Autobiographie „Aus dem Skizzenbuch meines Lebens“ durch die Heidelberger Herrenengesellschaft Mandarinia aus Anlaß seines 90. Geburtstages
- Oktober–November 1966 Franz-Huth-Ausstellung mit Pastellbildern und Kohlezeichnungen zur Eröffnung des Neubaus der Stadtbücherei Heidelberg
- 1976 Bildmappe „Geliebtes Schwetzingen. Nach Pastellen von Franz Huth“, Verlag Brausdruck, Einführung von Richard Henk
- April–Juni 1998 Werkschau mit zahlreichen in Heidelberg und Umgebung entstandenen Bildern im Rathausmuseum Neckargemünd

Anmerkungen

- 1 Franz Huth, *„Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 19.
- 2 Karl Lohmeyer, *Heidelberger Maler der Romantik*, Heidelberg 1935, S. 229.
- 3 Franz Huth 1876–1970. Ein Maler zwischen Freilichtmalerei und Impressionismus, *Ausstellungskatalog Museum im Alten Rathaus Neckargemünd 1998*, Abb. 2.
- 4 Die Tradition der klassisch-konventionellen „Ansicht von Osten“ gründete sich um 1620 in Jacques Fouquières großformatigem Ölgemälde mit dem unzerstörten Heidelberger Schloß und der berühmten Gartenanlage, dem Hortus Palatinus. Dieses Schema erfuhr Verbreitung und Vervielfältigung durch Kupferstiche, insbesondere von Matthäus Merian, die nach dieser Darstellung angefertigt wurden, und fand schließlich Entsprechung im Konzept der Ideallandschaft des 18. Jahrhunderts (cf. Jens Christian Jensen, *Heidelberg in der Bildkunst um 1800*, in: Friedrich Strack (Ed.), *Heidelberg im säkularen Umbruch*, Stuttgart 1987, S. 365).
- 5 Zum Symbolgehalt der Trennung zwischen diesen beiden Zeit- bzw. Realitätsebenen, die erstmalig bei Rottmanns Ansicht vom „Heidelberger Schloß“ (1820/22) deutlich wird, siehe Erika Rödiger-Dieruf, *Landschaft als Abbild der Geschichte. Carl Rottmanns Landschaftskunst 1820–1850*, in: *Münchner Jahrbuch der bildenden Kunst*, 1989, XL, S. 167.
- 6 Grundlegend zu den Lebensdaten des Künstlers sind seine beiden Autobiographien Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965 und Franz Huth, *Aus dem Skizzenbuch meines Lebens. Begegnungen und Begebenheiten*, Heidelberg 1966 sowie Benno Lehmann, *Sein Leben und Schaffen*, in: Franz Huth 1876–1970. Ein Maler zwischen Freilichtmalerei und Impressionismus, *Ausstellungskatalog Museum im Alten Rathaus Neckargemünd 1998*, S. 10–20.
- 7 Adreßbuch der Stadt Heidelberg für das Jahr 1904, Heidelberg 1904, S. 106, S. 178.
- 8 cf. Meldekarte Franz Huth, *Stadtarchiv Heidelberg* (im folgenden StA HD).
- 9 cf. *ibd.*; cf. Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 18; *Adreßbuch der Stadt Heidelberg für das Jahr 1904*, Heidelberg 1904, S. 276, S. 305, S. 313.
- 10 cf. Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 19.
- 11 cf. Meldekarte Franz Huth, StA HD.
- 12 Franz Huth, *Aus dem Skizzenbuch meines Lebens. Begegnungen und Begebenheiten*, Heidelberg 1966, S. 24.
- 13 cf. *ibd.*, S. 46–49, S. 67f.; cf. Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 21f.
- 14 Eine weitere Ausstellung von Aquarellen, mit der Huth in seiner Heimatstadt Pößneck 1904 (cf. Katharina Krügel, *Einführung*, in: Franz Huth. *Thüringer Ansichten, Ausstellungsheft Glockenmuseum Apolda 1995*, S. 3) an die Öffentlichkeit trat, zählte zu den ersten Erfolgen, die den Porzellanmaler bestärkten, sich von seiner kunstgewerblichen Tätigkeit zu trennen.
- 15 cf. Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 24, S. 28.
- 16 cf. Franz Huth, *Aus dem Skizzenbuch meines Lebens. Begegnungen und Begebenheiten*, Heidelberg 1966, S. 25f.; cf. Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 25–27.

- 17 cf. Franz Huth, *Aus dem Skizzenbuch meines Lebens. Begegnungen und Begebenheiten*, Heidelberg 1966, S. 25.
- 18 Brief von Preyer vom 8. August 1907 (aus Miltenberg am Main) an Huth (nach Amorbach), zitiert in: Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 27.
- 19 cf. Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 28.
- 20 Nachdem Huth bis in die zwanziger Jahre hinein fast ausschließlich in Aquarell gearbeitet hatte, wechselte der Künstler – bedingt durch eine Erkrankung, die ihm nicht mehr erlaubte, mit ausgestrecktem Arm zu arbeiten – zur Technik des Pastells (cf. Volker Illgen, Einführung, in: *Aquarelle und Pastelle von Franz Huth. Eine Ausstellung zum 20. Todesjahr des Künstlers*, Ausstellungsheft Schlossmuseum Darmstadt 1990, S. 5), welcher er bis zum Ende seines Schaffens treu blieb.
- 21 Die den stilistischen Ausführungen zugrundeliegenden Blätter sind vom Künstler zu einem großen Teil nicht datiert worden. Eine genaue Datierung jedes einzelnen Blattes aus seinem Heidelberger Œuvre der Landschaften ist – bedingt durch die stilistische Homogenität dieser Arbeiten – außerordentlich schwierig. Die im folgenden vorgenommene zeitliche Einordnung von Werkgruppen oder einzelnen Arbeiten Huths bezieht sich außerdem nur auf publizierte bzw. eingesehene Blätter, also auf einen vermutlich geringen Teil seiner in Heidelberg entstandenen landschaftlichen Motive.
- 22 Die bis um 1800 übliche Ansicht auf Heidelberg von Norden, bei der das Interesse der Rolle der Stadt als Residenz der Pfälzer Kurfürsten galt, stand hinsichtlich ihrer Gesamtschau in der Tradition der lokalen Vedutenmalerei. Doch wählten auch Maler wie der Engländer William Turner zur Zeit der ausklingenden Romantik in Heidelberg noch den Standpunkt von Norden her.
- 23 Neben den Arbeiten, die der Künstler im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Heidelberg schuf, betrifft dies auch die im gleichen Zeitraum von seiner Thüringer Heimat, insbesondere die in Pößneck gemalten Bilder wie „Pößneck. Das Rathaus seiner Geburtsstadt mit Blick in die Krautgasse“, „Heidelberg. Blick von der Scheffelterrassen auf Schloß und Stadt mit der Rheinebene im Hintergrund“, „Blick auf das Heidelberger Schloß und Altstadt von Osten“, Blick über die Molkenkur und das Heidelberger Schloß ins Neckartal“ (Franz Huth 1876–1970. Ein Maler zwischen Freilichtmalerei und Impressionismus, Ausstellungskatalog Museum im Alten Rathaus Neckargemünd 1998, Abb. 1; Abb. 2; V 3; V 4).
- 24 *ibid.*, Abb. 10. Dieses Bild ist eines von zwölf Stadt- und Landschaftsimpressionen Huths, die großformatig und farbig in dem Kalender „Heidelberger Ansichten“ abgedruckt wurden, der von Benno Lehmann für das Jahr 2000 herausgegeben wurde. Der Kommentar zum Kalender enthält Passagen des hier erscheinenden Manuskripts, das dem Herausgeber in seiner Erstfassung bereits im August 1998 vorlag.
- 25 *ibid.*, Abb. 11–13.
- 26 Es handelt sich um den Blick vom gleichen Standort in der Heiliggeiststraße aus, deren Ende durch das nordöstliche Bauensemble und den Turm der Kirche markiert wird (*ibid.*, Abb. 25; Abb. 26).
- 27 Franz Huth, *Türen, die sich selber öffnen. Der Lebensweg eines Malers*, Weimar 1965, S. 20.
- 28 cf. Benno Lehmann, *Sein Leben und Schaffen*, in: Franz Huth 1876–1970. Ein Maler zwischen Freilichtmalerei und Impressionismus, Ausstellungskatalog Museum im Alten Rathaus Neckargemünd 1998, S. 18.

29 cf. *ibid.*, S. 17f.

30 Die Zeittafel konzentriert sich auf die Beziehungen Huths zu Heidelberg und Umgebung (cf. Archivsignaturen KLE 55-1/Fasz. 1-19 und ZGS 2/73, StA HD; cf. Christmut Präger, 125 Jahre Heidelberger Kunstverein. Chronik und Materialien, Heidelberg 1994, S. 122ff. u. a.). Weiterführende Informationen über die Lebensstationen des Künstlers finden sich in folgenden Materialien: Meldekarte Franz Huth, StA HD; Adreßbücher der Stadt Heidelberg 1903-1917; Benno Lehmann, Sein Leben und Schaffen, in: Franz Huth 1876-1970. Ein Maler zwischen Freilichtmalerei und Impressionismus, Ausstellungskatalog Museum im Alten Rathaus Neckargemünd 1998, S. 10-20.

31 Mein herzlicher Dank gilt ganz besonders Frau Dr. Christa Dericum, die mir den entscheidenden Impuls zur Veröffentlichung dieses Manuskripts gab und Frau Claudia Rink, die den Kontakt zum Heidelberger Geschichtsverein herstellte.

Michael Buselmeier und Frank Grüner

Zu Alfred Momberts Nachlaß im Moskauer Sonderarchiv

Nahezu fünfzig Jahre hat der Dichter und Rechtsanwalt Alfred Mombert in Heidelberg gelebt, unter dem Schloß, am Friesenberg, im Klingenteich. Am 22. Oktober 1940 wurde er zusammen mit 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland in das Konzentrationslager Gurs deportiert. Nicht mehr als ein Kofferchen durfte er in die Fremde mitnehmen. Buchstäblich im Schlamm stehend, schrieb er in der „Baracken-Winter-Finsternis“ von Gurs sein letztes Werk „Sfaira der Alte“, Teil 2, zu Ende. Von seinem Freund Hans Reinart freigekauft, starb Mombert 1942 in Winterthur.

Der umfangreiche Nachlaß blieb zunächst in Heidelberg zurück. Ein Teil, darunter die vielgerühmte Bibliothek, konnte gerettet werden und befindet sich in der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe, Momberts Geburtsstadt. Zwei Kisten, fast alle Briefwechsel und Manuskripte umfassend, wurden von der Gestapo nach Berlin verschleppt und galten seither als verschollen.

Bis plötzlich im Sommer 1993, im Kontext einer Mombert-Ausstellung in der Alten Universität, auf privaten Wegen bekannt wurde, der Teilnachlaß liege im sogenannten Beute- oder Sonderarchiv in Moskau – nicht nur für Heidelberg eine kleine Sensation. Doch weder Politiker noch Wissenschaftler zeigten sich anfangs besonders bemüht, den unerwarteten Fund vor Ort zu überprüfen und mit allen Mitteln nach Deutschland zurückzuholen. Man verließ sich lieber auf die damalige Bundesregierung, die hoffte, irgendwann alle von der Roten Armee geraubten Kulturgüter auf einmal zurückzubekommen – eine Taktik, die inzwischen als gescheitert anzusehen ist.

Es gibt weiterhin einen schleppenden Briefwechsel zwischen dem Stadtarchiv Heidelberg, der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe und dem Bundesarchiv in Koblenz über die Frage, ob es möglich und sinnvoll wäre, Momberts Nachlaß kopieren oder mikroverfilmen zu lassen. Doch aus Moskau kommt keine Reaktion, und wer die erheblichen Kosten tragen sollte, ist auch nicht klar.

Aus diesem Grund habe ich 1998 den Osteuropa-Historiker Frank Grüner, der sich zu Forschungszwecken in Moskau aufhielt, gebeten, im dortigen Sonderarchiv nach Momberts Teilnachlaß zu suchen. Er hat die in rus-

sischer Sprache verfaßten Findbücher eingesehen und ins Deutsche übersetzt. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten – gerade bei der Übertragung der in kyrillischer Schrift festgehaltenen deutschen Buchtitel und Namen – konnten nicht gänzlich gelöst werden. Einige Namen ließen sich nicht identifizieren.

Frank Grüner

Fond 624: Alfred Mombert

Im Osobyj Archiv [Sonderarchiv; ehem.: Zentrales Staatsarchiv der UdSSR (Central'nyj Gosudarstvennyj Osobyj Archiv SSSR, heute: Centr Chranenija Istoriko-Dokumental'nych Kollekcii (CChIDK), Moskau]

Findbuch 1

Inhaltsverzeichnis (Überblick)

| No | Bezeichnung der Unterabt. | No del (delo=Akte) |
|----|--|--------------------|
| 1 | Persönliche Materialien | 1–3 |
| 2 | Korrespondenz über literarische Tätigkeit Momberts | 9–11 |
| 3 | Materialien, die die Tätigkeit M. als Mitglied der Preuß. Akademie der Künste betreffen | 12–15 |
| 4 | Lit. Werke Momberts | 16–29 |
| 5 | Von M. gesammelte Materialien, gedruckte Materialien | 30–58 |

[Anmerkung: Die im folgenden kursiv und mit Sternchen /*/ gekennzeichneten dela (=Akten) befinden sich nicht mehr in Moskau, sondern wurden – vermutlich um 1956 – an die DDR übergeben. Genaueres, z.B. der Empfänger der Akten in der DDR, geht aus den Findbüchern nicht hervor. Den Findbüchern zufolge scheint sich aber der weitaus bedeutendste Teil des Mombert-Fonds, qualitativ wie quantitativ, nach wie vor im Moskauer Osobyj-Archiv zu befinden.

Aus Opis' 1 wurden laut Findbuch die folgenden dela an die DDR übergeben: No 1–15, 20–21, 25–29, 34–35, 38–40, 42–43, 47, 48.

Die Akten von Opis' 2 befinden sich demgegenüber noch vollzählig im CChIDK, Moskau.]

I. Persönliche Dokumente

- d. 1*: Biographische Dokumente über Mombert;
Briefe der FZ-Redaktion, 1926–1930. (63 S.)
- d. 2*: Verleihung des Ehrenkreuzes, 21.1.1935 (?) (4 S.)
- d. 3*: Notizbücher Momberts [ohne Datum] (44 S.)
- d. 4*: Photographien unbekannter Personen [o.D.] (12 S.)
- d. 5*: Photographien [o.D.] (18 S.)

- d. 6*: Briefe von Katharina Kippenberg über die Übersendung eines Originals Momberts zum Geburtstag ihres Mannes, 20.3.1934–24.5.1935. (6 S.)
- d. 7*: Briefwechsel mit privaten Personen, 19.10.1935–30.9.1940. (25 S.)
- d. 8*: Briefe von Max Fischer über seine Amerika-Eindrücke, März – April 1938. (37 S.)

II. Korrespondenz über literarische Tätigkeit

- d. 9*: Korrespondenz mit Verlagen, Mai 1936–Dez. 1939. (133 S.)
- d. 10*: Kopien von Briefen M. an Kippenberg, Rudolf Pannwitz u.a. über seine lit. Tätigkeit, 8.7.1919–20.12.1924. (36 S.)
- d. 11*: Korrespondenz mit den Verlagen Schocken und Insel über das Verlegen von Mombert-Werken, 1914–1935. (273 S.)

III. Materialien zu Momberts Tätigkeit in der Preuß. Akademie der Künste (PAdK)

- d. 12*: Verzeichnis der Literaten und Künstler/
Kunstschaffenden, 1927. (16 S.)
- d. 13*: Sitzungsprotokolle der PAdK, Okt. 1930–Aug. 1931. (387 S.)
- d. 14*: Satzung, Sitzungsprotokolle, Mitgliederlisten der PAdK, 1930/31. (112 S.)
- d. 15*: Rundschreiben der Jüd. relig. Gemeinde in Heidelberg an ihre Mitglieder, 1939–1940. (13 S.)

IV. Literarische Werke Momberts

- d. 16: Poem M. „Die Schöpfung“, Juli 1896–Sept. 1897. (201 S.)
- d. 17: Poem M. „Der Denker“, 1898–1900. (152 S.)
- d. 18: Manuskripte von Gedichten M., 1908–1910. (98 S.)
- d. 19: Poem M. „Ata(r)“, 1924/25. (219 S.)
- d. 20*: Poem M. mit mythologischem Sujet, 1929. (208 S.)
- d. 21*: Manuskripte von Gedichten M. (23. S.)
- d. 22: Drama M. „Aiglas Tempel“, 1931. (105 S.)
- d. 23: Dramatische Werke M. („Sfaira der Alte“), 1936. (73 S.)
- d. 24: Gedichte M., 1938. (7 S.)
- d. 25*: Manuskripte von M. Gedichten „Der Sonne-Geist“ (62 S.)
- d. 26*: Artikel M. „Geschichte meines Lebens“, 1911–1930. (4 S.)
- d. 27*: Gedichte M., handschr. Original [o.D.] (67 S.)
- d. 28*: " " (153 S.)
- d. 29*: " " (3 S.)
- d. 29a*: " "

V. Materialien, von Mombert gesammelt, sowie gedruckte Materialien
 dd 30-57 (Aufsätze, Artikel aus Zeitschriften u.ä., lit. Werke verschiedener
 Autoren, u.a.).

Findbuch 2

Inhaltsverzeichnis (Überblick)

| No | Bezeichnung der Unterabt. | No del (delo=Akte) |
|----|--|--------------------|
| 1 | Persönliche Materialien | 1-6 |
| 2 | Materialien, die die Tätigkeit M. als Mitglied der Preuß. Akademie der Künste betreffen | 7-8 |
| 3 | Lit. Werke Momberts | 9-12 |
| 4 | Korrespondenz M. über seine lit. Tätigkeit und über private Angelegenheiten. | 13-57 |
| 5 | Von M. gesammelte Materialien. | 58-78 |

I. Persönliche Dokumente

| | | |
|------|---|---------|
| d. 1 | Zeugnisse M. als Student an der juristischen Fakultät in Heidelberg; Gerichtspraktikum M., 21.10.1891-12.7.1906. | (15 S.) |
| d. 2 | Dokumente über Momberts Besuch von Veranstaltungen an der Leipziger und Berliner Universität, 1892/93. | (6 S.) |
| d. 3 | Autobiographische Unterlagen/Aufzeichnungen, 1903-1938. | (17 S.) |
| d. 4 | Porträt M., 1910. | (1 S.) |
| d. 5 | Porträt des Dichters Richard Dehmel, 1902. | (7 S.) |
| d. 6 | Porträt des Dichters und Komponisten Friedrich Kurt Benndorf | (2 S.) |

II. Materialien zu Momberts Tätigkeit in der Preuß. Akademie der Künste (PAdK)

| | | |
|------|--|----------|
| d. 7 | Sitzungsprotokolle der PAdK, 1928/29. | (271 S.) |
| d. 8 | Brief von Rudolf Binding, Mitglied der PAdK, an M. über dessen Ausschluß aus der PAdK, 13.5.1933. | (6 S.) |

III. Literarische Werke Momberts

| | | |
|-------|---|----------|
| d. 9 | Manuskript der Gedichtsammlung „Tag und Nacht“; Druckhandschrift, 1894. | (123 S.) |
| d. 10 | Manuskripte von Gedichten M. aus den Jahren 1894-1896. | (99 S.) |
| d. 11 | Manuskripte dramatischer Werke M. mit mythologischen Stoffen „Aigla“ und „Aeon“, 1928. | (149 S.) |

- d. 12 Manuskript von M. dramatischen Trilogie „Aeon“ (238 S.)
 Aeon ..???...Weltgefüge.
 Aeon zwischen den Träumen.
 Aeon vor Syrakus.

IV. Korrespondenz M. über seine lit. Tätigkeit und private Angelegenheiten

- d. 13 Briefe von Lesern über Werke M. und über persönliche Fragen, 31.10.1894–15.11.1936. (86 S.)
- d. 14 Briefe von Verlegern und Photographen, 1928–1932. (18 S.)
- d. 15 Briefe von Studenten des US-amerikanischen Kollegs Midville, Pennsylv., über die Analyse von Werken M., 1937. (4 S.)
- d. 16 Briefe der jüd. relig. Gemeinde Heidelberg über die Beschränkung der Rechte von Juden (z.B. beim Erwerb von Lebensmitteln oder Waren), –29.8.1940. (6 S.)
- d. 17 Korrespondenz mit deutschen Radio-Sendern über Honorarzahlen/Abrechnungen für Radiosendungen, die mit dem Werk M. zu tun haben.

Es folgt Momberts Korrespondenz, alphabetisch systematisiert:

dd 18–78 [vom Umfang bedeutendster Teil mit etwa 2.000 Seiten].

Darunter u.a. der Briefwechsel mit dem Arzt Rudolf Alker, 1915–1940, (35 S.), mit den Schriftstellern Julius Bab, 1894–1936, (50 S.), Otto Birnbaum, mit Julius-Maria Becker, mit Friedrich-Kurt Benndorf, mit Richard Benz, mit Maximilian Brantl, mit Martin Buber, mit Emil Rudolf Weiß, mit dem Künstler Gustav Gamper, 1910–1937, mit Gerhart Hauptmann, mit dem Dramaturgen Reinhard Gering (Göring? Hering?), mit Karl Hofer, mit Rudolf Delius, mit Armin Knab, mit Rudolf Pannwitz, mit Hans Reinhart, mit Johanna Toms-Petov, mit Gustav Falk, mit dem Verleger Max Fischer, mit dem Schriftsteller Hans Franke, mit Herbert Eulenberg, mit Prof. Ludwig Jan, mit der Verlegerin Katharina Kippenberg, mit dem Künstler Evgenij Kirchner, 1924, mit dem Komponisten Friedrich Klose, 1917–1936, über die Vertonung von Mombert-Gedichten u.a.

Von Mombert gesammelte Materialien

- d. 58 Gedichte von Friedrich-Kurt Benndorf:
 „Amethyst“? „Frühling“, u.a.; 1914–1936. (15 S.)
- d. 59 Gedichte von F.-K. Benndorf, März 1927–Febr. 1935. (7 S.)
- d. 60 Artikel Benndorfs über das finnische Nationalepos
 „Kalevala“ [ohne Datum]. (9 S.)

- d. 61 Poem von Peter Blos(?) „Der Kämpfer“(?), 1923. (37 S.)
- d. 62 Gedicht von Maximilian Brantl zum 60. Geburtstag
von A. Mombert, (1 S.)
- d. 63 Handschrift eines Gedichts von Karl Brandt(?),
dem Werk M. gewidmet, [o.D.]. (5 S.)
- d. 64 Gedichtband/ -sammlung von Emil Rudolf Weiß, 1902. (3 S.)
- d. 65 Anmerkung von E.-R. Weiß über das Schaffen
des belgischen Künstlers Edgard Titgat(?),
Ausstellungskatalog Titgats(?); Jan. 1929. (4 S.)
- d. 66 Sammelband mit lyrischen Werken von Jakob Haringer, (62 S.)
- d. 67 Sammelband, 1931. (71 S.)
- d. 68 Gedicht von Hermann Hesse, Mombert gewidmet /
Original/, 20.7.1936. (3 S.)
- d. 69 Gedichte von Max Fischer, Mombert gewidmet, 1937. (5 S.)
- d. 70 Gedicht von Herbert Eulenberg
„Der Tod des Homer“, 1939. (2 S.)
- d. 71 Vortrag von Prof. L. Jan über die
„Geschichte der deutschen Architektur“, (9 S.)
- d. 72 Noten von Romanzen Benndorfs
zu Texten von Mombert, 1929. (2 S.)
- d. 73 Noten, Dez. 1939. (4 S.)
- d. 74 Noten einer Romanze des Komponisten Scheni (?? (eni?)
zu Texten von Mombert, 1932. (1 S.)
- d. 75 Serie offener Briefe mit Photographien deutscher
Offiziere, Teilnehmern des Weltkriegs; Arbeiten
des Künstlers Stern; 1917/18. (16 S.)
- d. 76 Serie von Ansichtskarten mit Reproduktionen von Bildern
Tintoretto's, die 1937 in Venedig ausgestellt wurden, 1937. (13 S.)
- d. 77 Katalog/ Verzeichnis der vom Leipziger „Inselverlag“
herausgegebenen Bücher, 1904. (21 S.)
- d. 78 Katalog einer Ausstellung der Bilder von
Emil Rudolf Weiß, Okt. 1925. (3 S.)

Literatur zum Sonderarchiv

Izvestija 49–52 (1990); „Streng geheim! Im Zentralen Staatlichen Sonderarchiv der UdSSR“. In: Sowjetunion heute 8 (1990), S. 32–34; Bernd Wegner: Deutsche Aktenbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv. Ein Erfahrungsbericht. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), S. 311–319; siehe vor allem: Götz Aly/Susanne Heim: Das zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“): Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1993. Die Findbücher (opisi) sind in russischer Sprache verfaßt. Ob ursprünglich auch deutschsprachige Findbücher existiert haben bzw. noch existieren, ist nicht bekannt.

Besonders
zu empfehlen:



Ciabatta

Das Brot der »Toskaner Weinbauern«.
Ausgewählt von kritischen Kunden.

BACKHAUS PFLÜGER

... immer einen Biß besser!

Bergheimer Str. 21, Tel. 1 08 68 ● Brückenstr. 16, Tel. 47 59 05
Ulmenweg 1, Tel. 31 46 52 ● Plöck 43, Tel. 16 15 95
Bergheimer Str. 109 a (an der Volkshochschule), Tel. 18 26 51
familia-Center/Back-Shop, Tel. 30 29 84

Bergheimer Str. 21 + Brückenstraße 16
frische Sonntagsbrötchen ab 8.00 Uhr

Griechische Taverne

Restaurant an der Bergbahn
M. Exarchos

Zwingerstraße 20 · Telefon 0 62 21/2 80 38
D-69117 Heidelberg



Unsere Gerichte zum mitnehmen.

- anrufen 28038
- bestellen
- abholen

Armin Schlechter

Die Universitätsbibliothek Heidelberg und ihre Altbestände

Die Universitätsbibliothek Heidelberg¹ ist die mit Abstand älteste kulturtragende Einrichtung in der Stadt. Ihre Sammeltätigkeit setzte Ende des 14. Jahrhunderts ein, im Kern mit der Gründung der Universität 1386. Als Reflex des ursprünglich enzyklopädischen Charakters jeder Sammlung besitzt sie heute neben Handschriften und alten Drucken auch umfangreiche Sammlungen an graphischem Material und an Urkunden. Der Zuschnitt dieser Altbestandsfonds in der Gegenwart ist Folge historischer Entwicklungen. Hochschule und Büchersammlung teilten im Laufe ihres mehr als sechshundertjährigen Bestehens alle Schicksale der Kurpfalz und ihrer Residenzstadt Heidelberg, insbesondere die Katastrophen des 17. Jahrhunderts. Die Kontinuität zur in dieser Zeit weggeführten Bibliotheca Palatina wurde mit der Rückführung der deutschen Handschriften 1816 wiederhergestellt. Etwa zeitgleich kam das zweite große Standbein neu hinzu: durch die Übernahme von Handschriften und Drucken aus säkularisierten Klosterbibliotheken, insbesondere den Kauf der Sammlung des Zisterzienserklosters Salem, wurden die Schwerpunkte des Altbestandes neu definiert. Die Universitätsbibliothek Heidelberg wurde so von einer kurpfälzischen Bibliothek zu einer badischen, analog zum Anfall Heidelbergs als Teil der rechtsrheinischen Pfalz an Baden 1802/03.

Im späten 14. und frühen 15. Jahrhundert entstanden drei Bibliotheken im Bereich der Universität: die Büchersammlungen der Artistenfakultät, der höheren Fakultäten und der Heiliggeistkirche. Den Grundstock der Fakultätsbibliotheken bildeten fast ausschließlich testamentarische Schenkungen von Professoren. Das erste Legat geht auf den 1390 verstorbenen ersten Kanzler der Universität zurück, Konrad von Gelnhausen. Aber auch den Heidelberger Kurfürsten und ihrer Schloßbibliothek kam eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Sammlung zu. So konnte die Universität 1438 162 Bände aus dem Besitz von Ludwig III. (1410–1436) übernehmen, die er dem von ihm selbst neugestalteten Heiliggeiststift vermacht hatte. Faßbar ist der Stand der Sammlungen in einem Katalog von 1466. Dieses Verzeichnis, das zeitlich ja auch am Beginn der Durchsetzung des gedruckten Buches steht, nennt etwa 1600 Werke in 841 Bänden.

Heidelberg entwickelte sich unter Kurfürst Philipp dem Aufrichtigen (1476–1508) zu einem Musenhof, nachdem schon unter Philipps Vorgänger Friedrich I. (1449–1476, der Siegreiche) der Humanismus in der Neckarstadt Einzug gehalten hatte. Größte Bedeutung für die Entwicklung der Bibliothek hatte die nur von 1556 bis 1559 dauernde Regierungszeit von Ottheinrich, der zu den wichtigsten Bibliophilen und Kunstsammlern seiner Zeit gehörte. Sein Aufwand gerade auch in diesen Bereichen hatte dazu geführt, daß er sein Fürstentum Pfalz-Neuburg überschuldet verlassen mußte. Aufsehen erregten seine unkonventionellen Methoden des Bucherwerbs. Vor seiner Zeit als Heidelberger Kurfürst fiel er, der ‚Zimmerschen Chronik‘ zufolge, wie ein zweiter Nebukadnezar in das auf karolingische Zeit zurückgehende Kloster Lorsch ein und führte dessen Bücherschätze ‚samt Butzen und Still‘ hinweg. Ottheinrich plante auf dem Heidelberger Schloß einen Bibliotheksneubau, weshalb die Schloßbibliothek in die Heiliggeistkirche verbracht wurde. Ein zeitgenössischer Katalog dieses Bestandes nennt etwa 6 400 Titel, darunter 600 Papier- und 500 Pergamenthandschriften. Als abzusehen war, daß er den Neubau nicht mehr erleben würde, vereinigte Ottheinrich die Schloßbibliothek mit den Beständen der Heiliggeistkirche. Diese Bibliotheca Palatina oder Pfälzische Landbibliothek wurde bis zum Ende des Jahrhunderts die berühmteste Büchersammlung ihrer Zeit überhaupt².

Der Beginn des 17. Jahrhunderts zeigte die Kurpfalz als aufstrebendes protestantisches Territorium mit internationalen Verbindungen. Die Annahme der böhmischen Königswürde 1619 brachte Kurfürst Friedrich V. (1610–1623) jedoch in direkten Gegensatz zum Kaiser und der katholischen Liga, ohne daß er auch nur annähernd über die zu einer kriegerischen Auseinandersetzung nötigen Ressourcen verfügt hätte. Bereits 1620 endete in der Schlacht am Weißen Berg das ‚böhmische Abenteuer‘. Zwei Jahre später wurde Heidelberg selbst erobert. Als Kriegsbeute fiel die weltberühmte Bibliotheca Palatina an Papst Gregor XV., der dem protestantischen Lager so bewußt sein Armarium, seine geistige Rüstkammer, entfremden wollte. 3500 Handschriften und Tausende von Drucken gelangten nach Rom. Die auch kulturelle Katastrophe vollendete der französische König Ludwig XIV., der im Pfälzischen Erbfolgekrieg Stadt und Bibliothek 1693 verwüsten ließ. Hierbei gingen auch die zwischenzeitlich an die Universität gefallenen Sammlungen der Gelehrten Marquard Freher (1565–1614) sowie David (1548–1622) und Johann Philipp Pareus (1576–1648) unter.

Nachdem 1685 die Linie Pfalz-Simmern ausgestorben war, fiel die Herrschaft über die Kurpfalz an das katholische Haus Pfalz-Neuburg. Insbesondere Kurfürst Karl Philipp (1719–1743) versuchte, eine durchgreifende Rekatholisierung gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen. Der Streit

gipfelte darin, daß der Herrscher aus Verdruß über die Widerstände die Residenz 1720 in das unweit gelegene Mannheim verlegte, wo nach und nach auch wieder eine als ‚Bibliotheca Palatina‘ bezeichnete Hofbibliothek entstand.

Heidelberg sank nach 1720 endgültig zum Provinzstädtchen ab. Die Universitätsbibliothek mußte nach 1693 gewissermaßen neugegründet werden. Am Anfang dieser Periode standen Bücher aus dem Nachlaß des 1703 in Utrecht verstorbenen Philologen und Historikers Johann Georg Graevius, die von Kurfürst Johann Wilhelm (1690–1716) angekauft worden waren. Hochschule und Büchersammlung war in der Summe jedoch bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts nur ein Schattendasein beschieden. Ende des 18. Jahrhunderts soll die Bibliothek lediglich 20 000 Bände besessen haben.

Die geringen Bestände der Universitätsbibliothek Heidelberg wurden ab 1804 ganz erheblich durch Bücher vermehrt, die bei der Aufhebung von geistlichen Institutionen in Baden anfielen. Der heutige Heidelberger Altbestand ist in der Summe ganz entscheidend von diesen Vorgängen geprägt. Aus dem protestantischen Armarium zur Zeit der Bibliotheca Palatina wurde so eine katholisch geprägte Sammlung.

Im Falle der Büchersammlung des Zisterzienserklosters Salem konnte die Universitätsbibliothek 1826/27 durch Kauf einen über Jahrhunderte gewachsenen Bestand ungeschmälert übernehmen, dessen Kern 434 Handschriften mit 495 Bänden bilden. Dem 1134/37 gegründeten Kloster war ein kontinuierlicher Aufbau seiner Bibliothek beschieden, der nur durch einen Brand im Jahre 1697 einen Rückschlag erhielt. Nach der Säkularisation wurde die Salemer Sammlung durch die Bibliothek des Benediktinerklosters Petershausen bei Konstanz angereichert. Alle Zugänge dieser Zeit gingen allerdings im Hauptbestand auf, wo sie heute nur mühevoll zu identifizieren sind.

Bereits 1804/05 erhielt die Universitätsbibliothek die Sammlung der Staatswirtschafts-Hohen Schule zugewiesen, deren Vorgänger 1774 in Kaiserlautern gegründet worden war. Die offensichtlich mit großen finanziellen Mitteln ausgestattete Schule, Beleg für die Modernisierung des Landes im Zuge der Aufklärung, hatte in den wenigen Jahren ihres Bestehens eine Fülle von Büchern vor allem zeitgenössischer Produktion anschaffen können, die einheitlich eingebunden wurden. 1816 gelang es dem Historiker und Bibliotheksdirektor Friedrich Wilken (1777–1840), der sich auch um die Gewinnung von Säkularisationsgut sehr verdient gemacht hatte, 38 griechische und lateinische Codices Palatini aus Paris sowie die 847 deutschen Palatini aus Rom zurückzuerhalten³. Die nun badische Hochschule konnte damit wieder an ihre spätmittelalterliche Geschichte

anknüpfen. Als 1888 die Manessesche Liederhandschrift nach Heidelberg zurückkam, wo sie sich schon in der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg befunden hatte, überwies Kaiser Friedrich III., aus dessen Dispositionsfonds der Ankauf geschah, diesen einzigartigen Schatz der Heidelberger Universitätsbibliothek als der rechtmäßigen Nachfolgerin der Bibliotheca Palatina⁴.

Im 19. Jahrhundert war der Bibliothek eine kontinuierliche Bestandsvermehrung auf der Basis eines festen Etats möglich. An geschlossenen Zugewinnen sind vor allem große Gelehrtenbibliotheken⁵ zu verzeichnen, die heute noch separat aufgestellt sind. 1867 beispielsweise konnten die Sammlungen des Juristen Karl Joseph Anton Mittermaier (1787–1867) und des Historikers Ludwig Häusser (1818–1867) übernommen werden, 1871 die Bibliothek des Historikers Friedrich Christoph Schlosser (1776–1861). Sammlungen zur pfälzischen Geschichte gehen auf den Privatgelehrten Georg Anton Batt (1775–1839) sowie auf den Rechtsanwalt, Lokalhistoriker und Politiker Albert Mays (1818–1893) zurück. Zu nennen ist auch die Urkundensammlung des Pfarrers Johann Georg Lehmann (1797–1876) mit mehreren hundert Originalurkunden und einem reichen Regesten- und Kollektaneenfonds zur Kurpfalz und ihrer Geschichte, die 1877 erworben wurde.

1873 konnte die Universitätsbibliothek Heidelberg mit Karl Zange-meister (1837–1902) den ersten hauptamtlichen Bibliotheksdirektor verzeichnen. 1905 wurde das auch heute noch genutzte Bibliotheksgebäude eröffnet. Der auf den seinerzeit bedeutendsten badischen Architekten, Josef Durm (1837–1919), zurückgehende Bau zählt mit seiner symbolträchtigen, historistischen Formensprache heute zu den herausragenden Gebäuden in der Altstadt. Gemäß ihrem Sammlungsauftrag erwarb die Bibliothek insbesondere in der Neuzeit vor allem aktuelle Studienliteratur. Als antiquarische Sammelgebiete wurden aber auch weiterhin die Komplexe Palatinensien, klassische Philologie und Reformationsgeschichte gepflegt. Zu beklagen waren Bestandsverluste im Zweiten Weltkrieg. Bei der Bombardierung des Auslagerungsortes Schloß Menzingen gingen große Bestände des Faches Medizin und die gesamte Folio-Reihe der klassischen Philologie unter, weiter auch die Sammlung von Drucken der Heidelberger Offizin von Hieronymus Commelin.

Bekanntester und wichtigster Besitz der Universitätsbibliothek Heidelberg sind ihre Handschriften⁶, in erster Linie die heute 893 Palatini. Die mit Abstand umfänglichste Gruppe, die 848 Codices Palatini germanici, bildet die weltweit drittgrößte Sammlung deutscher Handschriften überhaupt. Sie geht vor allem auf die Schloßbibliothek der Kurfürsten zurück. Dieser Fonds, der nur in längst überholten Katalogen greifbar ist⁷, wird zur Zeit

neubearbeitet. In Rom liegen die lateinischen, griechischen und hebräischen Handschriften, in denen sich vor allem die Universität widerspiegelt. Sie sind in Heidelberg benutzbar in sogenannten Photobänden (Codices simulati). Auf dieser Basis werden die latini seit den sechziger Jahren im Haus erschlossen. Erschienen sind zwei Katalogbände⁸; ein weiterer ist im Erscheinen, ein vierter in Bearbeitung. Greifbar sind in Form von Mikrofilm inzwischen auch die 1622/23 nach Rom abtransportierten Drucke, die sogenannten Stampati Palatini. Ein erstes Verzeichnis dieses Materials aus dem 19. Jahrhundert ist 1999 durch ein vierbändiges Repertorium ersetzt worden, das auf den Titelaufnahmen fußt, die in der Universitätsbibliothek Heidelberg gefertigt worden sind⁹.

Zweiter wichtiger Handschriftenfonds sind die Salemer Codices, bei denen es sich um überwiegend lateinische Handschriften aus dem Zisterzienserkloster Salem und der Benediktinerabtei Petershausen handelt. Ein erstes Verzeichnis, das die mittelalterlichen nichtliturgischen Codices abhandelt, ist im Erscheinen¹⁰. Neben dem Salemer Fonds besitzt die Universitätsbibliothek Heidelberg die sogenannten Heidelberger Handschriften mit etwa 4 100 Einheiten. Hierunter werden die Zugänge ab dem Beginn des 18. Jahrhunderts subsumiert. Neben wenigen mittelalterlichen Handschriften und etlichen neuzeitlichen finden sich hier vor allem die etwa 125 Nachlässe sowie viele Einzelautographen. Stellvertretend für die Nachlässe, unter denen Material Heidelberger Professoren dominiert, seien der Wunderhorn-Nachlaß mit Materialien zu der von Achim von Arnim und Clemens Brentano erarbeiteten Liedersammlung ‚Des Knaben Wunderhorn‘ (Heid. Hs. 2110–2117)¹¹ und der des Reichsjustizministers Gustav Radbruch (1878–1949; Heid. Hs. 3716)¹² genannt. Kleinere Handschriftenfonds sind die Sammlung Trübner mit 154 Einheiten aus dem Vermächtnis des Londoner Buchhändlers Nikolaus Trübner (1817–1884) sowie die Codices Heidelbergenses Orientales mit 503 Einheiten¹³.

Auch im Bereich der alten Drucke verfügt die Universitätsbibliothek Heidelberg über umfängliche Bestände. Nach Hochrechnungen besitzt sie neben etwa 1 700 Inkunabeln, die zur Zeit katalogisiert werden, über 17 200 Drucke des 16. und 32 000 Drucke des 15. Jahrhunderts. Auch hier dominieren Werke aus Klosterprovenienz. Stark vertreten sind neben klassischer Philologie einschließlich Mittel- und Neulatein erwartungsgemäß katholische Theologie und Jura, ebenfalls mit einem großen kanonistischen Schwerpunkt. Als separater Fonds sei die Salemer Broschürensammlung genannt, in der sich etwa 1 000 originale Lutherbroschüren finden, oder die Leichenpredigtsammlung F 2791-1 mit etlichen Unikaten Straßburger Provenienz. Große Teile der Drucke des 16. und 17. Jahrhunderts finden sich in meist nicht weiter untergliederten Broschürenfonds¹⁴. Die Erschließung

dieses Materials, in der sich die spezifisch südwestdeutsche Buchüberlieferung spiegelt, steht erst am Anfang.

Urkunden wurden von der Universitätsbibliothek Heidelberg ursprünglich zu Lehrzwecken angeschafft. Insgesamt verfügt das Haus heute über sechs kleinere und größere Fonds. Dazu gehören neben der bereits erwähnten Sammlung Lehmann die sogenannte Alte Sammlung mit 421 Einheiten, die kleine Sammlung Batt mit 18 Einheiten, die Sammlung Barth mit 294 Einheiten, die italienische Sammlung Brondolo mit 100 Einheiten und die Sammlung Fischer mit 1426 Urkunden, Briefen und Archivalien. Diese Bestände sind bisher nur durch handschriftliche oder maschinenschriftliche Verzeichnisse erschlossen.

Die graphische Sammlung setzt sich aus etwa 1000 Blätter Ansichten sowie etwa 3000 Blätter Porträts zusammen. Darunter gehen 330 Nummern wiederum auf Georg Anton Batt zurück. Schwerpunkte der Sammlung sind ebenfalls Heidelberg und die Kurpfalz. Der überwiegende Teil der Landkarten findet sich in den Fonds ‚Heidelberger Karten‘ und ‚Sammlung Rothe‘. Daneben finden sich aber auch an anderer Stelle im Bestand Sammelbände mit Karten. Die graphische Sammlung ist nur in handschriftlichen Repertorien erschlossen. Für die Karten existiert ein allerdings nicht vollständiger maschinenschriftlicher Katalog.

Die Schätze der über 600 Jahre alten Universitätsbibliothek Heidelberg an Handschriften, Drucken, Urkunden und graphischen Blättern sind ein Spiegel aller Ereignisse in dieser Zeit. Aufstieg, Fall, Stagnation und Wiederbeginn haben signifikante Spuren hinterlassen. Der Bestandsaufbau selbst erfolgte primär immer mit Blickrichtung auf die universitären Bedürfnisse, wurde aber auch von persönlichen oder aber zeitbedingten Vorlieben vorangetrieben, im 15. und 16. Jahrhundert beispielsweise von den Kurfürsten. Neben bewußtem Agieren bestimmten aber auch Katastrophen wie die Wegführung der Bibliotheca Palatina nach Rom im Dreißigjährigen Krieg und die Zerstörung von Stadt und Universität im Pfälzischen Erbfolgekrieg sowie viele weitere, letztlich nur zufällige Entwicklungen – so die Gewinne aus der Säkularisierung badischer Klöster – Zuschnitt und Bestand oder Nichtbestand. Eine Bibliothek diesen Alters überliefert ihr historisches Gut nur noch in vielfach gebrochener Form. Trotz aller Verluste führten aber bewußtes Sammeln und zufällige Zugänge, so beliebig sie manchmal erscheinen mögen, zu einem heute gegebenen Fonds, der beachtlichen Quellenwert besitzt für das, was sich in der Kurpfalz seit dem 14. Jahrhundert ereignet hat. So hat sich ein spezifisches und einmaliges Kultursediment gebildet, das dem Haus ein unverwechselbares Gesicht verleiht und es zu einem der bedeutendsten Überlieferungsträger im deutschen Südwesten macht.

Anmerkungen

- 1 Eine Gesamtsicht bietet: Universitätsbibliothek Heidelberg. Kostbarkeiten gesammelter Geschichte. Heidelberg und die Pfalz in Zeugnissen der Universitätsbibliothek, hrsg. von A. Schlechter, Heidelberg 1999 (Schriften der Universitätsbibliothek Heidelberg 1).
- 2 Bibliotheca Palatina. Katalog zur Ausstellung vom 8. Juli bis 2. November 1986, Heiliggeistkirche Heidelberg, hrsg. von E. Mittler ..., Textband – Bildband, Heidelberg 1986 (Heidelberger Bibliotheksschriften 24); E. Mittler – W. Werner, Mit der Zeit. Die Kurfürsten von der Pfalz und die Heidelberger Handschriften der Bibliotheca Palatina, Wiesbaden 1986.
- 3 F. Wilken, Geschichte der Bildung, Beraubung und Vernichtung der alten Heidelbergschen Büchersammlungen. Ein Beytrag zur Literärgeschichte vornehmlich des funfzehnten und sechszehnten Jahrhunderts. Nebst einem meist beschreibenden Verzeichniß der im Jahr 1816 von dem Pabst Pius VII. der Universität Heidelberg zurückgegebenen Handschriften, und einigen Schriftproben, Heidelberg 1817.
- 4 Codex Manesse. Katalog zur Ausstellung vom 12. Juni bis 4. Oktober 1988. Universitätsbibliothek Heidelberg, hrsg. von E. Mittler – W. Werner, Heidelberg 1988 (Heidelberger Bibliotheksschriften 30).
- 5 A. Schlechter, Gelehrten- und Klosterbibliotheken in der Universitätsbibliothek Heidelberg. Ein Überblick, Heidelberg 1990 (Heidelberger Bibliotheksschriften 43).
- 6 Handbuch der Handschriftenbestände in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Deutschen Bibliotheksinstitut, bearb. von T. Brandis – I. Nöther, Bd.1, Berlin 1992, S.236–238.
- 7 Die altdeutschen Handschriften der Universitäts-Bibliothek in Heidelberg, verzeichnet u. beschr. von K. Bartsch, Heidelberg 1887 (Katalog der Handschriften der Universitäts-Bibliothek in Heidelberg 1); Die deutschen Pfälzer Handschriften des XVI. und XVII. Jahrhunderts der Universitäts-Bibliothek in Heidelberg ..., verzeichnet u. beschr. von J. Wille (Katalog der Handschriften der Universitäts-Bibliothek in Heidelberg 2), Heidelberg 1903. Zum Buchschmuck sind heranzuziehen: Die Miniaturen der Universitäts-Bibliothek zu Heidelberg, beschr. von A. von Oechelhäuser, Bd.1–2, Heidelberg 1887–1895; Beschreibendes Verzeichnis der deutschen Bilder-Handschriften des späten Mittelalters in der Heidelberger Universitäts-Bibliothek von H. Wegener, Leipzig 1927
- 8 Die medizinischen Handschriften der Codices Palatini Latini in der Vatikanischen Bibliothek, beschr. von L. Schuba, Wiesbaden 1981 (Kataloge der Universitätsbibliothek Heidelberg 1); Die Quadriviums-Handschriften der Codices Palatini Latini in der Vatikanischen Bibliothek, beschr. von L. Schuba, Wiesbaden 1992 (Kataloge der Universitätsbibliothek Heidelberg 2). Die historischen und philosophischen Handschriften der Codices Palatini Latini in der Vatikanischen Bibliothek, beschr. von D. Walz, Wiesbaden 1999 (Kataloge der Universitätsbibliothek Heidelberg 3); für die Codices 1–921 ist noch immer zu Rate zu ziehen: Codices Palatini latini Bibliothecae Vaticanae, beschr. von H. Stevenson jun. – I. B. de Rossi, Bd.1, Rom 1886.
- 9 Inventario dei libri stampati Palatino-Vaticani, hrsg. von H. Stevenson jun., Bd. 1,1–2,2, Rom 1886–1891; Bibliotheca Palatina. Druckschriften – Stampati Palatini – Printed Books. Katalog zur Mikrofiche-Ausgabe, hrsg. von E. Mittler, Bd.1–4, München 1999.

- 10 Die Handschriften des Zisterzienserklosters Salem, I: Die mittelalterlichen Handschriften, Bd.1: Die nichtliturgischen Handschriften, beschr. von W. Werner, Wiesbaden (im Druck).
- 11 Die Briefe der Heidelberger Wunderhorn-Sammlung. Katalog erarb. von M. Rother, Heidelberg 1989 (Heidelberger Bibliotheksschriften 37); Die Lieder und Sinnsprüche der Heidelberger Wunderhorn-Sammlung. Katalog erarb. von M. Rother und A. Schlechter, Heidelberg 1992 (Heidelberger Bibliotheksschriften 49).
- 12 Nachlaßverzeichnis Gustav Radbruch, bearb. von M. Stange, Heidelberg (Schriften der Universitätsbibliothek Heidelberg 2) (im Druck).
- 13 Die persischen Handschriften der Universitätsbibliothek Heidelberg, beschr. von S. Najmabadi, Heidelberg 1990 (Heidelberger Bibliotheksschriften 46).
- 14 Einen Überblick über Bestandsgeschichte und Bestandszuschnitt bietet der Heidelberger Eintrag in: Handbuch der Historischen Buchbestände in Deutschland, Bd. 7, Baden-Württemberg und Saarland A-H, hrsg. von W. Kehr ..., Hildesheim – Zürich – New York 1994, S. 205–276.

Dietrich Bahls

Personen um das Rohrbacher Schlößchen¹

I

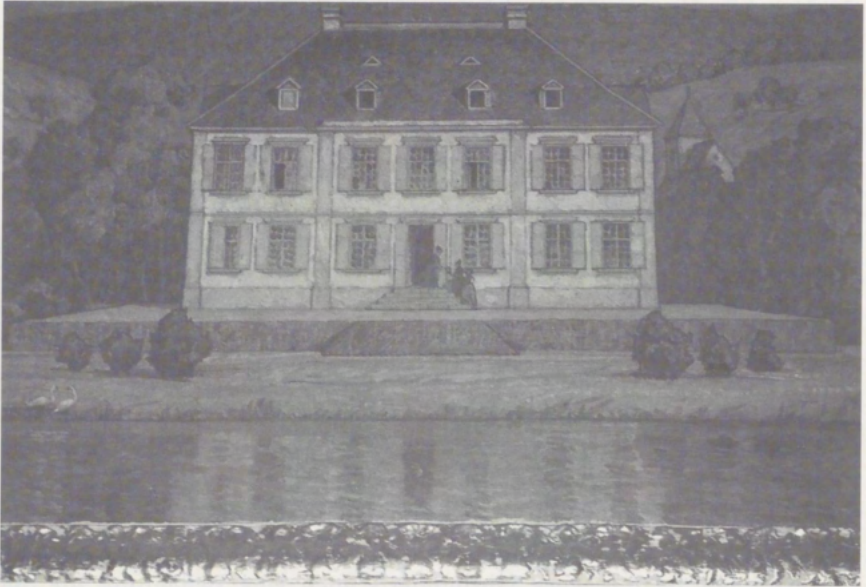
Nicht ohne weiteres im Vorbeifahren von außen erkennbar und daher nicht jedem Heidelberger bewußt ist das Gebäude des Rohrbacher Schlößchens im Areal der Thoraxklinik der Landesversicherungsanstalt Baden an der Parkstraße/Schelklystraße im Stadtteil Rohrbach. Dabei bildet das Schlößchen den baulichen Ausgangspunkt für die Reihe der bayerischen Könige im 19. Jahrhundert bis zum Ende des Weltkrieges und hat als Sommersitz der Markgräfin Amalie von Baden, der „Schwiegermutter Europas“, zu Beginn jenes Jahrhunderts auch eine Bedeutung für die badisch-europäische Geschichte.

Im Jahre 1770 erwarb Erzherzog Carl August von Pfalz-Zweibrücken Ländereien um das Dorf Rohrbach bei Heidelberg sowie auf Heidelberger Gemarkung den Bierhelderhof. Er wollte hier für sich und seine Gesellschaft Jagden veranstalten und plante daher den Bau eines Jagdhauses.

Den Eindruck von dem ursprünglichen Aussehen des bei Rohrbach entstandenen Schlößchens vermittelt ein im Besitz des Kurpfälzischen Museums in Heidelberg befindliches Gemälde des Malers Philipp Le Clerk. Mit einer weißen, barocken Fassade nach Westen ins Rheintal gewandt, erhebt sich das Schlößchen vor der Höhe des Königstuhls und spiegelt sich in einem vor der Front künstlich angelegten See. Eine Reproduktion des Bildes ist als Supraporte noch heute in dem in der alten Ausstattung überkommenen Saal im Erdgeschoß des Schlößchens über der Tür zum Hausflur zu erkennen.

Prinz Carl August von Zweibrücken war ausersehen als Nachfolger seines Onkels Herzog Christian IV., der in nichtebenbürtiger Ehe mit der früheren Ballettänzerin Marianne Maria Johanna Franziska Camasse, späteren Gräfin von Forbach, verheiratet war. Wegen der mangelnden Ebenbürtigkeit der Ehefrau waren die aus dieser Ehe entsprungenen Kinder nicht erbberechtig. Infolgedessen kam als Erbe des 1775 verstorbenen Her-

1 Wiedergabe einer Plauderei im Erdgeschoßsaal des Rohrbacher Schlößchens am 13. Februar 1999.



Schlößchen: Supraporte (Ausschnitt)

zogs Christian IV. der älteste Sohn des jüngeren Bruders Pfalzgraf Friedrich Michael, Erbprinz Carl August, in Betracht.

Carl August hat in der Kurpfalz den Eindurck des lebensfrohen, genußorientierten Jagdfreundes hinterlassen. Wenn ein Restaurant im Raum Heidelberg und im Odenwald den Namen „Prinz Carl“ trägt, geht die Bezeichnung auf diesen Erbprinz zurück.

Da er für die Übernahme der Herrschaft in dem kleinen Herzogtum Pfalz-Zweibrücken vorgesehen war, mußte sein Bruder Maximilian Joseph die Militärlaufbahn einschlagen. Er diente dem französischen König Ludwig XVI., der ihn zum Regimentskommandeur in Straßburg machte.

Maximilian Joseph, der spätere bayerische König Maximilian I. Joseph von Bayern, hatte im Jahre 1785 Prinzessin Wilhelmine Auguste von Hessen-Darmstadt geheiratet. Aus dieser Ehe gingen fünf Kinder hervor, von denen die Tochter Amalia bereits im 4. Lebensjahr verstarb. Die weiteren Kinder haben später Berühmtheit und Bekanntheit erlangt, insbesondere der am 25. August 1786 in Straßburg geborene älteste Sohn Ludwig, späterer König Ludwig I. von Bayern, benannt nach dem französischen König, der sein Pate war, ferner die zwei Jahre nach Ludwig geborene Tochter Augusta, die mit Eugène de Beauharnais, dem späteren Herzog von Leuchtenberg, verheiratet war; weiter Charlotte Auguste, die zunächst

Kronprinz Wilhelm von Württemberg geheiratet hatte und nach der Ehescheidung 1816 Kaiser Franz I. von Österreich (als Karoline Auguste) angetraut war, schließlich Karl, der „Bezwinger“ der Revolution 1848 in München und Erbauer des Palais in der Nähe des früheren Münchener Armeemuseums, der jetzigen Staatskanzlei, das heute Gästehaus der Regierung des Freistaates Bayern ist.

In die Zeit Maximilian Josephs als Regimentskommandeur in Straßburg fiel die Französische Revolution. Die Revolutionstruppen drangen nach Osten vor, wodurch der Regimentskommandeur gezwungen wurde, mit seiner Familie Straßburg zu verlassen. Über das schwiegerelterliche Darmstadt kam er nach Mannheim und Schwetzingen und schließlich, weil die Revolutionstruppen auf Mannheim zumarschierten, im September bzw. Dezember 1795 in das Schlößchen nach Rohrbach.

Damit begann die große Zeit für das Dorf Rohrbach, das auf diese Weise Residenz für das von den Revolutionstruppen besetzte Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und nach dem Tode des Kurfürst Carl Theodor sogar Residenz für den kurpfälzischen und bayerischen Kurfürsten war.

Der Tod der Ehefrau Wilhelmine Auguste im März 1796 stellte einen erheblichen Einschnitt in das Leben des im Jahre 1795 an die Stelle seines verstorbenen Bruders Carl August als Herzog von Zweibrücken getretene Maximilian Joseph und seiner Kinder dar. Insbesondere der spätere König Ludwig I. von Bayern hat den frühen Tod der Mutter nie verwunden.

Im Dezember 1796 mußten Herzog Max Joseph und seine Kinder vor den weiter herannahenden Revolutionstruppen auch Rohrbach verlassen und flohen an den markgräflichen Hof in Ansbach. Dorthin hatte sich auch der damalige Markgraf von Baden-Durlach und Baden-Baden, Karl Friedrich, der spätere Großherzog von Baden, unter anderem der Erneuerer der Heidelberger Universität, mit seiner Familie geflüchtet, zu der die damals 20jährige Tochter Karoline Friederike Wilhelmine gehörte.

Obwohl seit dem Tod der ersten Ehefrau noch nicht ein Jahr verstrichen war, verband sich Maximilian Joseph mit der um 20 Jahre jüngeren Prinzessin von Baden und ging mit ihr am 9. März 1797 in Karlsruhe die Ehe ein.

Danach begab sich das Herzogspaar (zurück) in das Schlößchen nach Rohrbach, wo am 15. März 1797 ein großer Ball gefeiert wurde.

Aus der Ehe Max Josephs mit Karoline Friederike Wilhelmine von Baden sind fünf Töchter hervorgegangen, die an Bekanntheit und Bedeutung den Kindern aus der ersten Ehe Maximilian Josephs um nichts nachstehen.

Die ersten vier Töchter dieser zweiten Ehe des Herzogs von Zweibrücken, die geboren wurden, als er bereits Kurfürst von Pfalz-Bayern war,



Teilansicht des Saales (nach Südwest)

waren zwei Zwillingspärchen: Elisabeth, verheiratet mit dem späteren König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, und Amalie, verheiratet mit dem späteren König Johann von Sachsen, ferner Sophie, verheiratet mit Erzherzog Franz Karl von Österreich und bekannt als Mutter unter anderem des späteren Kaisers Franz-Joseph, des Ehemannes der Kaiserin Elisabeth von Österreich, und des in Mexiko erschossenen Kaisers Ferdinand Maximilian von Mexiko, sowie Marie, verheiratet mit König Friedrich August II. von Sachsen, dem Vorgänger des Ehemannes ihrer älteren Schwester Amalie.

Jüngstes Kind war Ludovika, verheiratet mit Prinz Max in Bayern, Mutter unter anderem der soeben erwähnten Kaiserin Elisabeth (Sisi oder auch Sissi) von Österreich.

Maximilian Joseph hatte die Herzogswürde von Zweibrücken nach dem Tode seines Bruders als „Fürst ohne Land“ erlangt, weil es sich ja um ein von französischen Revolutionstruppen besetztes Gebiet handelte. Er hatte aber Aussicht, daß er das Erbe des Kurfürsten von Pfalz-Bayern, Carl Theodor, würde antreten können, wenn dieser kinderlos sterben würde.

Die erste Ehefrau des Kurfürsten Carl Theodor, Elisabeth Auguste, war 1794, nachdem das einzige Kind bei der Geburt gestorben war, kinderlos verstorben. Der Kurfürst war im darauf folgenden Jahr mit der um 52 Jahre jüngeren Erzherzogin Maria Leopoldine eine zweite Ehe eingegangen, die

aber ebenfalls kinderlos blieb. Sein Tod am 16. Februar 1799 hatte zur Folge, daß nach Maßgabe eines unter den Wittelsbacher Familien geschlossenen Erbfolgevertrages Maximilian Joseph die Nachfolge als Kurfürst von Pfalz-Bayern antrat.

Am 1. März 1799 ist Kurfürst Maximilian I. Josef von Rohrbach aufgebrochen, um die Herrschaft in München anzutreten.

Zum 1. Januar 1806 machte ihn Napoleon zum König von Bayern – der erste in der Reihe der hervorragenden und ihr Land in unterschiedlicher Weise prägenden Könige einschließlich Prinzregent Luitpold von Bayern bis zum Ende des Weltkrieges 1918.

An Maximilian I. Joseph erinnert in München der Max-Joseph-Platz mit dem Denkmal, an seinen Sohn König Ludwig I., den Gestalter der Residenzstadt München, die Ludwigstraße mit dem Standbild des Königs, an seinen Sohn König Maximilian II. die Maximilianstraße mit dem Maximilianeum, dem jetzigen Sitz des Landtags von Bayern, und an Prinzregent Luitpold, den dritten Sohn König Ludwigs I., die Prinzregentenstraße mit dem kürzlich renovierten Prinzregententheater.

Mit etwas Phantasie ist das Schlößchen in Rohrbach der Kelch, aus dem der facettenreiche Sproß der königlich-bayerischen Wittelsbachischen Familie entsprungen ist. Für das darzustellende Bild fehlt es eigentlich allein noch an dem auf das Dorf Rohrbach zurückzuführenden Umstand, der den Beweis dafür erbringen könnte, daß es der „genius loci“ am Fuße des Königsstuhls gewesen war, der diese Blüte eines deutschen Königshauses hervorgebracht hat.

II

Die Schwester Amalie der ersten Ehefrau des späteren Königs Maximilian Joseph von Bayern hatte den ältesten Sohn des schon oben erwähnten Markgrafen von Baden, Erbprinz Karl, geheiratet.

Aus dieser Ehe waren vier Töchter und ein Sohn hervorgegangen. Der Sohn wurde wie der Vater auf den Namen Karl getauft. Von ihm geht die Geschichte, daß er der Vater von Kaspar Hauser wäre.

Die Tochter Elisabeth Alexejewa heiratete den russischen Großfürsten und späteren Zar Alexander I., die zweite Tochter heiratete 1797 König Gustav von Schweden. Die dritte Tochter war die schon oben erwähnte Karoline Friederike Wilhelmine, die im selben Jahr Herzog Max von Pfalz-Zweibrücken ehelichte; die vierte Tochter heiratete 1802 den Herzog von Braunschweig-Oels. Die jüngste Tochter ehelichte den Erbprinzen von Hessen-Darmstadt.

Otto Flake schreibt in seinem Buch über Kaspar Hauser, daß die Erbprinzessin Amalie bei so aussichtsreichen Schwiegersöhnen Genugtuung empfinden konnte.

Markgräfin Amalie durfte in der Erwartung leben, daß sie nach dem Tode ihres Schwiegervaters Herzogin von Baden werden würde. Diese Stellung hat sie aber nicht mehr erreicht.

Im Jahr 1801 auf einer Fahrt zu den in St. Petersburg und in Stockholm verheirateten Töchtern verunglückte ihr Ehemann Karl auf dem Wege von Stockholm nach Deutschland mit dem Schlitten tödlich. Nun war Amalie Erbprinzenwitwe. Sie behielt das ihr in dieser Stellung zukommende Prädikat „Markgräfin“, wobei es aber auch blieb, als ihr Schwiegervater im Juli 1806 nach Gründung des Rheinbundes Großherzog mit dem Prädikat „Königliche Hoheit“ geworden war. Ihr bayerischer Schwiegersohn schenkte ihr 1803 das Schloßchen in Rohrbach.

Trotz der familiären Zurücksetzung der Markgräfin Amalie in der Großherzoglichen Familie in Karlsruhe brachte sie durch ihre Sommeraufenthalte im Schloßchen Glanz in das Dorf Rohrbach. Auf dem Feldzug gegen den von Elba nach Frankreich zurückgekehrten Kaiser Napoleon besuchte Zar Alexander I. von Rußland sie – seine Schwiegermutter – im Juni 1815. Ihr Neffe, der spätere König Ludwig I. von Bayern, der zur Besichtigung der von den Brüdern Boisserée im Palais am Karlsplatz ausgestellten mittelalterlichen Gemälde niederrheinischer und niederländischer Künstler nach Heidelberg gekommen war, die er später erwerben sollte, machte seiner Tante ebenfalls einen Besuch in dem Schloßchen, an das er sich aus seinen Kindheitstagen noch erinnern konnte.

Insbesondere hat die Markgräfin Amalie das Schloßchen zu seiner heutigen Gestalt umbauen lassen.

Der künstlich angelegte See wurde zugeschüttet. Vor die Barockfassade ließ sie einen Protikus aus 4 dorischen Säulen setzen und über dem Obergeschoß den Fries mit dem Dreiecksgiebel anbringen.

Damit hat das Gebäude viele Ähnlichkeiten mit gleichzeitig entstandenen Bauwerken in Karlsruhe und München, ohne doch seine besondere Eigenständigkeit verloren zu haben. Als glatte, nach Westen gewandte Barockfassade würde das Schloßchen in gewisser Weise „konturenlos“ aussehen. Durch den Portikus und den davor befindlichen, inzwischen durch Bebauungen leider erheblich eingegrenzten Schloßpark erhielt das Gebäude einen Repräsentationscharakter, der es unter den nutzbaren Bauwerken in Heidelberg neben dem Rathaus am Marktplatz und der Alten Universität – zu den repräsentativsten Gebäuden der Stadt macht. Der Saal ist bis zum heutigen Tage in der ihm durch die Markgräfin gegebenen Gestalt erhalten.

III

Markgräfin Amalie verstarb 1832. Nach ihrem Tode verkaufte die badische Familie das Anwesen an Johann Georg Stulz, Hofschneider in London, der dort zu Wohlstand gekommen war und entweder selbst – oder in seinem Auftrag sein Sohn – nach Deutschland zurückkehrte und hier einen entsprechenden Alterssitz suchte. Stulz waren leider nur wenige Lebensjahre, in denen er noch nobilitiert wurde, beschieden. 1841 verstarb er. Wenige Jahre später heiratete seine Witwe den Gartenbauer Ulrich Schelkly, der den Park des Schlößchens betreut hatte. Schelkly hat ein derartig gemeinschaftsbezogenes Wesen an den Tag gelegt, daß die Gemeinde Rohrbach die Straße, die an dem früheren Schloßpark entlangführte, nach ihm als „Schelklystraße“ benannte, wie diese Straße heute noch heißt.

Im Jahre 1898 verkauften die Erben von Ulrich Schelkly das Anwesen an den Verein für Genesungsfürsorge. Wirtschaftlich hatte das Grundstück der Kommerzienrat Haas aus Mannheim mit eigenen Mitteln erworben und dann dem Großherzog Friedrich geschenkt, der es seinerseits als „Großherzoglich Friedrich-Spende“ an den Verein zurückgab. Im Weltkrieg ist das Schlößchen als Lazarett genutzt worden.

1927 wurde das Dorf Rohrbach in die Stadt Heidelberg eingemeindet. Im darauffolgenden Jahr erwarb die Landesversicherungsanstalt Baden das Grundstück zur Begründung einer Lungenfachklinik.

Noch in den 20er Jahren war die Parkanlage vor dem Schlößchen sehr gut erkennbar. In jüngster Zeit ist am westlichen Ende des Gartengrundstücks entlang der Schelklystraße ein Krankenhausflügel entstanden, der zusammen mit dem östlichen Flügel das Grundstück fast vollständig gegen Blicke von außen abgrenzt.

Wenn man das Schlößchen von Nahem betrachten will, sollte man nach dem Eisengittertor in der Parkstraße in der Nähe der Einmündung der Amalienstraße suchen. Das Tor ist insbesondere dann geöffnet, wenn sich irgendwelche Baufahrzeuge auf dem Gelände bewegen.

Wer immer in Heidelberg vom Rohrbacher Schlößchen spricht, erhält von solchen Menschen eine Reaktion, die Patienten oder Besucher in der Klinik gewesen waren und dieses Gebäude daher bei Spaziergängen oder Ruhepausen auf den Bänken im früheren Schloßpark gesehen haben. Der im Zentrum des Erdgeschosses erhalten gebliebene Saal von nahezu 100 qm Fläche wird eigentlich viel zu selten für allgemeininteressierende Veranstaltungen genutzt. Er vermittelt einen Eindruck des Lebensgefühls in den frühen Jahren des 19. Jahrhunderts. Das Rohrbacher Schlößchen gehört in Heidelberg zu den wahrscheinlich wenigen Orten, deren Hauptraum im Erdgeschoß in der ursprünglichen Form erhalten ist.

Weiss'sche

Universitätsbuchhandlung

gegr. 1593 Inh. Gerhard Rönick

1593-1993

400 Jahre

die Buchhandlung

für Literatur, Kunst und Geisteswissenschaften.

69117 Heidelberg · Universitätsplatz 8
Telefon 06221/22160 · Fax 18 15 69



Stadt Heidelberg

ABFALL

vermeiden

verwerten

entsorgen

Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Abfallberatung: ☎ 58 29 58

Renate Ludwig

Funde und Ausgrabungen in Heidelberg 1998

Römerzeit

Heidelberg – Kirchheim, Gewann Birstäcker. Archäologische Begehung Juli 1998

Entlang der neu angelegten Trasse der B 535 zwischen Speyerer Straße und Sandhäuser Straße wurden systematische archäologische Begehungen durchgeführt, da die Straßenführung besonders im Gewann Birstäcker durch bekannte römische und neckarsuebische Fundstellen läuft. Neben einigen neuzeitlichen Lesefunden wurden – besonders nahe der Speyerer Straße – einige wenige römische Funde geborgen, die auf eine bislang unbekannte römerzeitliche Siedlungsstelle südlich der Einmündung des Heuauer Weges in die Speyerer Straße hinweisen.

Heidelberg – Neuenheim, Jahnstraße 9. Archäologische Untersuchung Oktober 1998

Bei Kanalisierungsarbeiten an den Hausanschlüssen in der Jahnstraße wurde vor Haus Nr. 9 in 1,45 m Tiefe auf 1,50 m Länge ein Mauerzug entdeckt. Es konnte kein aussagekräftiges Fundmaterial geborgen werden, so daß es offen bleibt, ob das Gebäude zur steinernen Innenbebauung des Kastells oder zur nachkastellzeitlichen Vicusbebauung gehört.

Mittelalter und Neuzeit

Heidelberg – Altstadt, Haspelgasse 12 / Pfaffengasse 11. Archäologische Untersuchung August/November 1998

Bei Ausschachtungsarbeiten im zur Pfaffengasse gelegenen Hinterhof des Haus Cajeth in der Haspelgasse 12 konnten über mehrere Monate baubegleitende archäologische Untersuchungen durchgeführt werden. Neben einer Kulturschicht aus dem 13./14. Jahrhundert und barocken Kellereinbauten, wurden an drei verschiedenen Stellen des unüberbauten Areals Mauern angeschnitten. Da die Untersuchungen sich auf die Gräben der

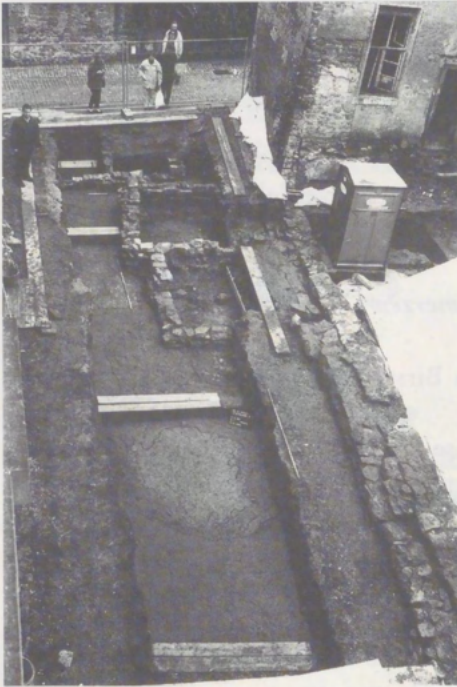


Abb 1: Grabungen in der Heidelberger Altstadt, Leyergasse 6–8. Bild: Kurpfälzisches Museum, Archäologische Abteilung

Fernwärmeleitung beschränkten, konnten die Anschnitte nicht weiter verfolgt werden. Dies ist um so bedauerlicher, als das Grundstück in einem archäologisch überaus sensiblen Areal liegt. Das dort belegte Kaufhaus bzw. Tanzhaus diente nämlich als Altes (1414 erstmals erwähntes) Rathaus der Stadt.

Heidelberg – Altstadt, Leyergasse 6 /Heiliggeiststraße 21 und 25, Archäologische Untersuchung August – Oktober 1998

Die Sanierung und Wiedernutzung der sog. „Ritterhalle“ durch die Hoepfner-Brauerei, Karlsruhe, erforderte eine archäologische Untersuchung der nahezu vollständig von Kellerausschachtungen betroffenen Gartenflächen. Die seit den Kriegszerstörungen von 1693 nicht wieder überbauten Bereiche und die Zugehörigkeit des Geländes zu dem seit Beginn des 13. Jhs. überlieferten sog. „Mönchhof“ des Zisterzienserklusters Schönau ließen weitgehend ungestörte Befunde erhoffen.

Die ältesten Strukturen gehören in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts; aus einer dieser Gruben stammt der umfangreichste geschlossene Keramikkomplex dieser frühen Zeitstellung, der bislang in Heidelberg entdeckt wurde. Hinweise auf eine spätmittelalterliche und frühneuzeitliche hand-

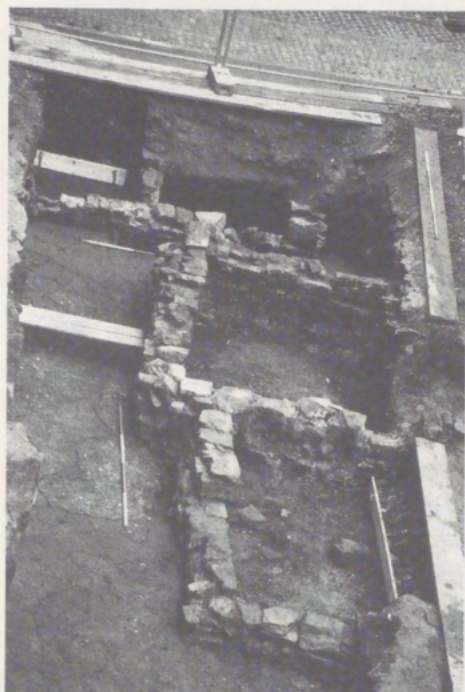


Abb.2: Reste einer Bastion beim Breitwieserschen Palais, Schloßberg 2. Bild: Kurpfälzisches Museum, Archäologische Abteilung

werkliche Nutzung liefern aufgeschlagene Tierknochenabfälle – besonders Rinderschädel und Hornzapfen, die zur Auslösung der Schleimhäute als Gerbstoff (Sämischgerberei ?) gedient haben mögen. Sicher als Gerberbecken ist ein direkt an der Leyergasse angeschnittenes Mauerrechteck von 2 m Seitenlänge und ca. 1 m Tiefe mit sorgfältig vermörteltem Plattenboden und Lehmdichtung anzusprechen, das im ausgehenden 15. Jh. verfüllt wurde.

Heidelberg – Altstadt, Schiffgasse 3–5. Archäologische Untersuchung November 1998

Bei Umbauarbeiten im Anwesen Schiffgasse 5 wurde die Westfassade des Marstalls mit dem Ansatz des Südtores freigelegt und bauarchäologisch untersucht.

Heidelberg – Altstadt, Schloßberg 2. Archäologische Untersuchung Juni 1998

Die Sanierung des sog. Breitwieserschen Palais und der Anbau eines Appartementhauses machten eine baubegleitende archäologische Untersuchung nötig.

Dabei kamen die noch bis zu 2 m hoch erhaltenen Reste einer Bastion zu Tage, die der im frühen 17. Jh. errichteten Vorstadtmauer vorgelagert war. Der Errichtung dieses ausgedehnten Befestigungswerkes ging eine tiefgreifende Planierung des umliegenden Geländes voraus, der die älteren Baustrukturen des 16./17. Jhs. zum Opfer fielen. Der Befund weist auf eine spitzwinkelig vorstehende Schanze, die das vom Berg her durch Artillerieeinwirkung besonders gefährdete Klingentor decken sollte. Der notwendige Durchlaß zur Torzufahrt wurde dabei auf der verhältnismäßig sicher gelegenen Ostseite eingerichtet.

Die Wehrarchitektur läßt sich zweifelsohne mit einer großen Bastion identifizieren, die in einem Plan erscheint, der im Vorfeld des französischen Angriffs auf die Stadt für eine projektierte Befestigungsverstärkung Ende 1692 angefertigt wurde. An der Schnittstelle von Alt- und Vorstadt wurde ein Schwerpunkt des französischen Angriffs angesetzt, so daß die französischen Truppen unter General Mélac durch den ergrabenen Tordurchlaß in die Stadt drangen. Nach der Besetzung und dem verheerenden Stadtbrand wurden die Befestigungsanlagen geschleift. Die Schanzenreste wurden anschließend mit Erdreich zugeworfen und verschwanden bis zu ihrer diesjährigen Wiederentdeckung auch aus der Erinnerung.

Bitte melden Sie archäologische Funde und Beobachtungen! Sie helfen damit, unersetzbare Zeugnisse der Vor- und Frühgeschichte des Heidelberger Raumes vor ihrer undokumentierten Zerstörung zu bewahren. Auskünfte und Beratung erteilen:

Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Archäologische Abteilung, Schiffgasse 10, 69117 Heidelberg, Tel. 0 62 21/58-34 18, Fax 0 62 21/58-49 42.
– Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Archäologische Denkmalpflege, Amalienstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 07 21/91 85-400.

Achim Wendt

Stadtkernarchäologie und Stadtentstehung
Archäologische Untersuchungen in der Heidelberger Altstadt –
Die Grabung im Bereich der Leyergasse¹

Die Sanierung- und teilweise Neubebauung des Areals um die „Ritterhalle“/Leyergasse 6 und der benachbarten Liegenschaften an der Heiliggeiststraße durch die Hoepfner-Brauerei Karlsruhe erforderte eine archäologische Untersuchung der nahezu vollständig von Kellerausschachtungen betroffenen Hof- und Gartenflächen (Abb. 1). Im Auftrag des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg, Außenstelle Karlsruhe, wurde die Grabung nach der inzwischen bei bodendenkmalpflegerischen Maßnahmen im Heidelberger Altstadtbereich bewährten Praxis in Zusammenarbeit mit der archäologischen Abteilung des kurpfälzischen Museums durchgeführt. Die historisch-archäologische Relevanz dieses Geländes am NO-Rand der mittelalterlichen Gründungsstadt begründete zum einen die Hoffnung auf weitgehend ungestörte Befundsubstanz der seit den Kriegs-

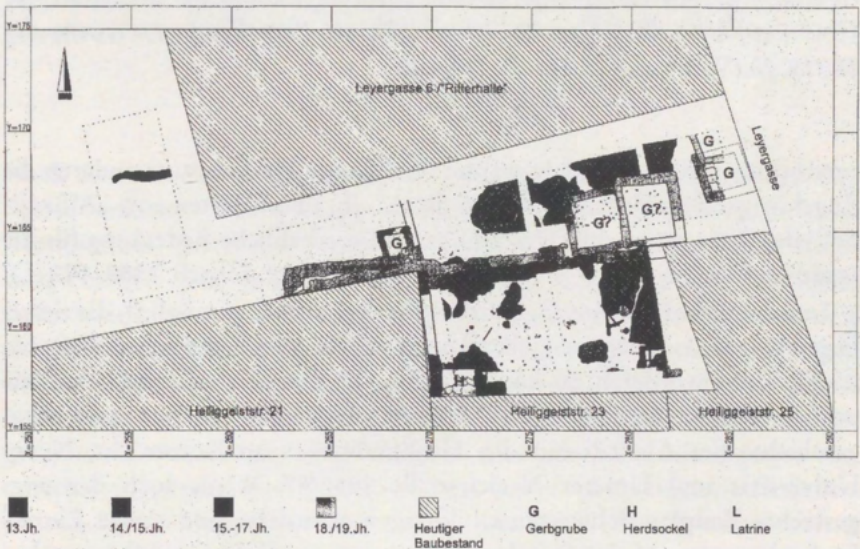


Abb. 1. Heidelberg. Leyergasse 6. Gesamtplan der Grabungsbefunde 1998.

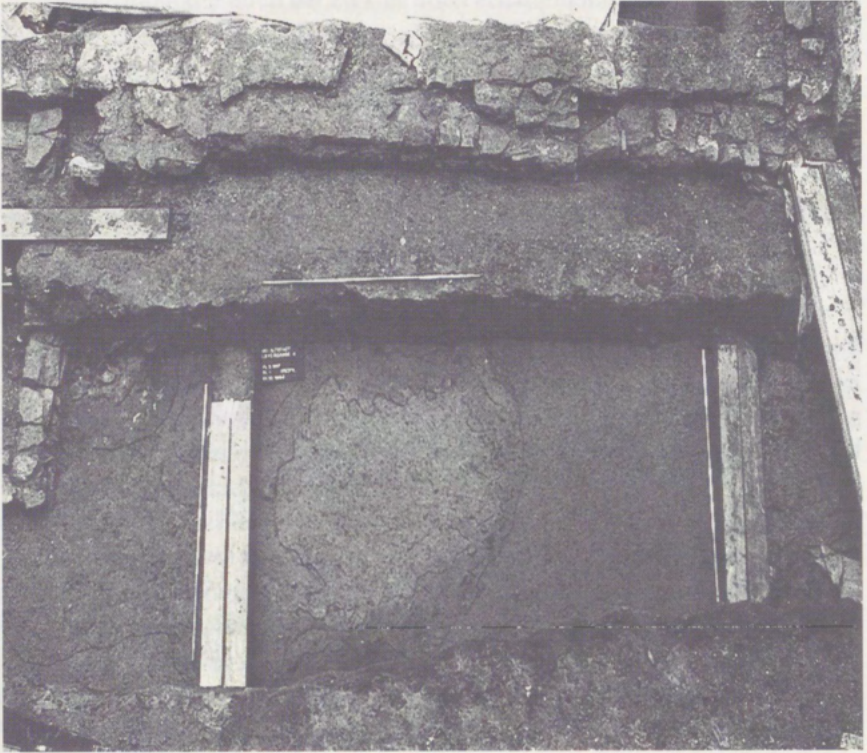


Abb. 2. Im Vordergrund sich überschneidende Gruben des 13. Jh. in der Grabungsfläche. Dahinter Aneinandergebaute Parzellengrenzmauern des 18./19. Jh. (Vorn) und 15./16. Jh. (Hinten)

zerstörungen von 1693 nicht wieder überbauten Flächen, zum anderen die Zugehörigkeit zu dem seit Beginn des 13. Jh. überlieferten sog. „Mönchhof“ des Zisterzienserklosters Schönau, dem erhebliche Bedeutung für die Stadtwerdung Heidelbergs zugeschrieben wird (Vgl. Schaab, 1998, 197 ff.).

In der auf drei Monate angesetzten Kampagne war es möglich, die tieferliegenden, und daher weitgehend ungestörten mittelalterlichen Befunde flächig dokumentieren zu können (Abb. 2). Die Grabung ist damit die umfangreichste archäologische Untersuchung zur frühen Siedlungsgeschichte der Altstadt seit den Großgrabungen an Kornmarkt, Neuer Universität und Unterer Neckarstraße 1986/87. Wenn auch der enggesteckte Zeitplan Schwerpunktbildungen erforderte und einige Einzelbeobachtungen auf der Strecke blieben, war es dank der außergewöhnlichen Einsatzfreude der Grabungsmannschaft unter der technischen



Abb. 3. Schnitt durch eine Grube des frühen 13. Jh.

Leitung von Einhart Kemmet und nicht zuletzt wegen des großzügigen Entgegenkommens des Bauherren sowie der so hilfsbereiten wie unkomplizierten Zusammenarbeit mit der Bauleitung durch das Architekturbüro H. J. Meyer & Partner möglich, die Arbeiten mit gutem Ergebnis termingerecht zu beenden.

Der Grabungsbefund

Nach Ausweis der tieferreichenden Aufschlüsse fällt die natürliche Geländeoberfläche in dem knapp nördlich der ehemaligen Hochuferkante (Hauptstraße) gelegenen Untersuchungsbereich in leichten Stufen Richtung Flußufer (Neckarstraße) ab. Über dem abwechselnd aus Neckarkies und erodierten Hanggeröll abgelagerten gewachsenen Boden besteht die natürliche Deckschicht aus einem bis 1,50 m hoch aufsedimentierten Lößlehm bzw. Kolluvium, dessen Mächtigkeit Richtung Hochuferkante stark abnimmt. Darauf entwickelte sich eine älteste und durchgehend im gesamten Untersuchungsbereich erfasste, aber noch kaum antropogen verunreinigte Kulturschicht. Vereinzelt darin enthaltene prähistorische Scherben sind wohl eingeschwemmt, deuten aber auf nicht allzuweit entfernte vorgeschichtliche Siedlungsstellen. Die in der selben Strate eingelagerte mittelalterliche Keramik weist auf eine Entstehung ab der Wende zum

Abb. 179 Heidelberg,
Leyergasse 6. Keramik-
auswahl aus Gruben der
1. Hälfte 13. Jh.
1, 2 jüngere Drehschei-
benware,
3 Glimmerware,
4 Kugeltopf. M.:1:5

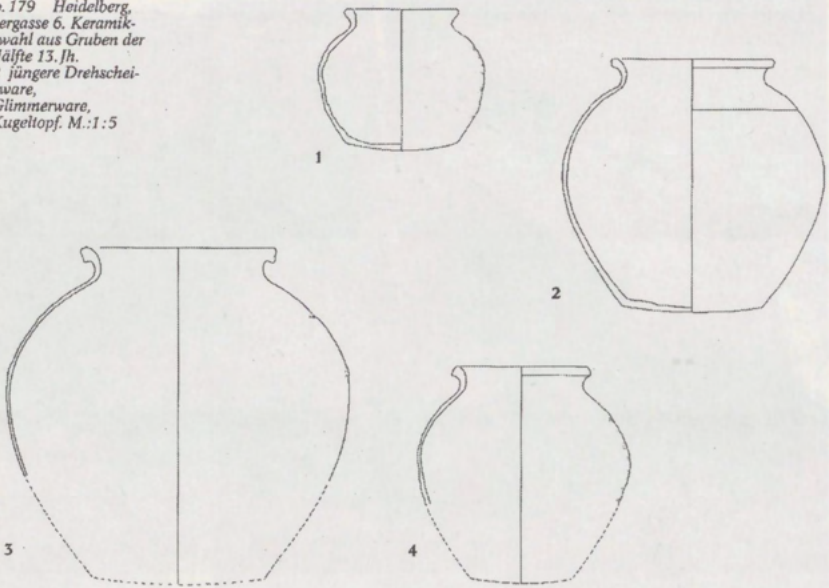


Abb. 4. Keramikauswahl des frühen 13. Jh. 1–3, 4 Töpfe der jüngeren Drehscheibenware, 4 Topf der Glimmerware.

13. Jh. In Verbindung mit dieser durch Gartennutzung stetig umgesetzten (Planier?)Schicht entstanden während der ersten Jahrhunderthälfte einige flach eingetieftete Gruben unbekannter Zweckbestimmung (Abb. 2 u. 3), aus denen der für die Heidelberger Altstadt bisher umfangreichste geschlossene Keramikkomplex dieser frühen Zeitstellung geborgen wurde. Auch dieses für die Datierung der ältesten Siedlungsvorgänge in diesem Bereich aussagekräftige Fundmaterial setzt sich aus Formen und Warenarten – vor allem sog. jüngere Drehscheibenware – zusammen (Abb. 4), die erst ab der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert bekannt sind (Vgl. Gross, 1991, 60 ff.).

Das Fehlen der ältesten Nutzungsoberflächen im Grabungsbefund spiegelt weitflächige Planierungen, d.h. einen Bodenabtrag des Geländes wider, die einer zweiten wiederum durch sukzessive Anlage einiger Gruben gekennzeichneten Besiedlungsphase vorangehen. In Verbindung damit stehen nun auch verschiedene Pfosten- und Steckenlochgruppen, die jedoch keine Grundrisse mehr rekonstruieren lassen und wohl allenfalls leichten Speichergebäuden zuzuweisen sind, wie sie beispielsweise auch im Bereich der Grabungen im Hof der Neuen Universität (1986/87) für den Heidelberger Stadtrandbereich des 13./14. Jahrhunderts dokumentiert wurden



Abb. 5. Grabungsbefund vor der Südostecke des Gebäudes Heiligeisstr. 21. Am rechten oberen Bildrand, die heutige Gebäudeecke, direkt davor zwei nacheinander gebaute westwärts orientierte Fundamente des 16./17. und 19. Jh. Davor eine rechteckige Gerbgrube des 17. Jh. Am oberen linken Bildrand zwei parallel ostwärts orientierte Fundamente des 15./16. und 19. Jh. In der oberen Bildmitte ein Nord-Süd orientierter Mauerzug des 15. Jh.

(Vgl. Caroll-Spillecke, 1993, S. 37). Das straßenseitig konzentrierte Befundaufkommen und der erst in dieser Phase massiv in die Planierschichten und Grubenverfüllungen eingearbeitete Bauschutt deuten auf eine Verbindung mit den rückwärtigen Hof- und Gartenbereichen der inzwischen an der Heiligeisstraße entstandenen Bebauung. Die zugehörigen, sowohl oval als auch rechteckig ausgeschachteten Gruben geben keine konkreten Nutzungshinweise, erreichen aber zum Teil auffällige Ausmaße (über 4 m) bzw. Tiefen (bis 3 m) (Abb. 5). Das reichlich eingelagerte Fundmaterial datiert in das 14. und frühe 15. Jh. und zeigt eine für diese Zeitstellung in der Heidelberger Altstadt geläufige Zusammensetzung, wobei das vergleichsweise geringe Aufkommen an Importkeramik ein eher durchschnittliches soziales Umfeld anzeigt.

Auch die zu dieser Phase gehörigen Laufhorizonte bzw. Oberflächenniveaus wurden im gesamten Untersuchungsbereich wieder durch umfassende Planierungen abgetragen. In Zusammenhang mit einer tiefgreifenden

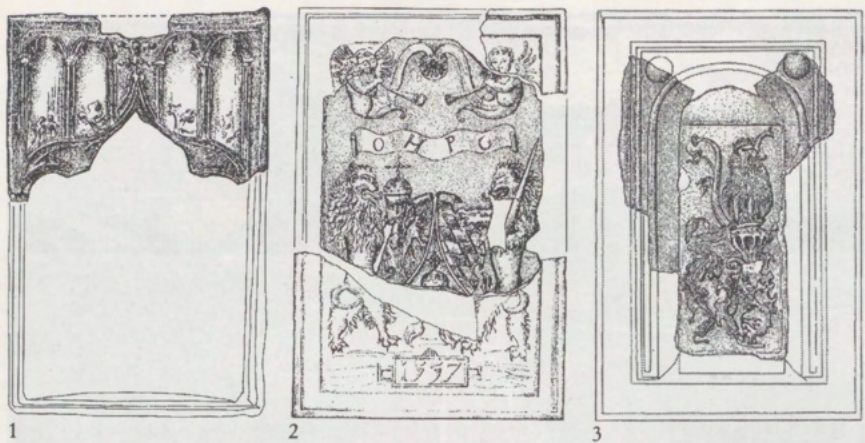


Abb. 6. Auswahl von Ofenkacheln aus einer Abbruchschicht des 16. Jh. 1. Spätgotische Nischenkachel, 2. H. 15. Jh.; 2., 3., Blattkacheln mit Wappen des Pfalzgrafen Otto-Heinrich dat. 1557.

Umstrukturierung folgt daraufhin eine Auffüllung und Terrassierung des Geländes, die das bis heute vorhandene Oberflächenrelief vorbereitet. In diesem Zusammenhang wird im Untersuchungsbereich nun erstmals auch die Entstehung massiver, d. h. in Steinbauweise aufgeführter Baustrukturen faßbar, die seit der zweiten Hälfte des 15. Jh. von der Straßenbebauung auf die rückwärtigen Hofbereiche ausgedehnt werden. Das deutet darauf hin, daß auch der östliche Stadtrandbereich damals von den auch an anderen Stellen der Stadt zu dieser Zeit feststellbaren Verdichtungsvorgängen erfaßt wird.

Das stratigraphisch, d. h. im Bauvorgang älteste Fundament durchschneidet den gesamten Untersuchungsbereich von S nach N, wobei der südwärtige Abschnitt möglicherweise bereits einer älteren Bauphase zuzuweisen ist, die hier die Parzellengrenze zwischen den Grundstücken Heiliggeiststr. 21 und 23 determiniert. Zu beiden Seiten des Mauerzugs werden später in Bezug auf eine darunter liegende natürliche Geländestufe ostwärts (Abb. 2, 3, 7) bzw. westwärts (Abb. 2, 7) orientierte Fundamente angesetzt, die ihrerseits bis heute die rückwärtige Begrenzung der genannten Parzellen markieren. Die östlich angesetzte, auf die Leyergasse ziehende Mauer entstand vielleicht noch im ausgehenden 15. oder im 16. Jh., die westliche als Rückgiebel eines Gebäudes anstelle der heutigen Heiliggeiststr. 21 erst deutlich später, aber stratigraphisch sicher einige Zeit vor den Zerstörungen im ausgehenden 17. Jh.

Rekonstruktionsmöglichkeiten für die aufgehenden Baustrukturen bleiben lückenhaft, da die zugehörigen Nutzungsniveaus bis auf geringe Reste

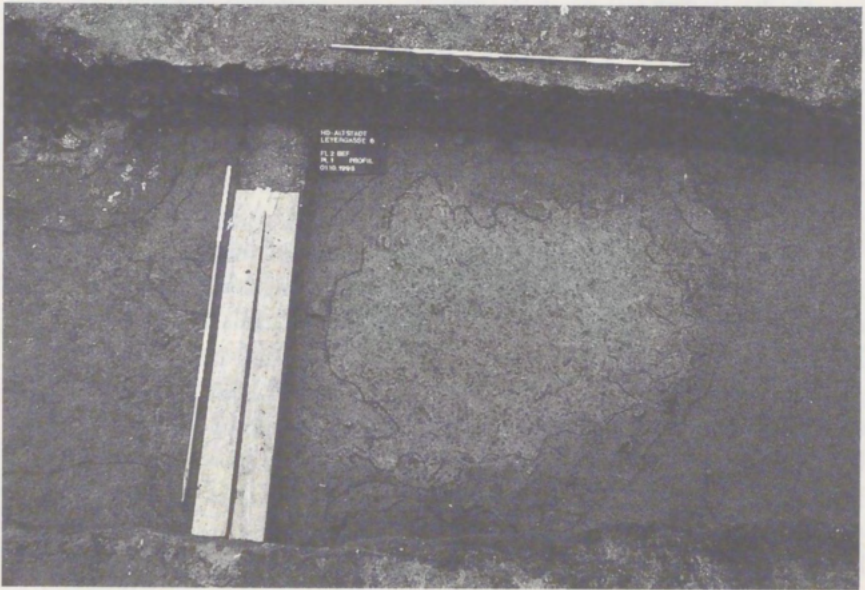


Abb. 7. Gemauerte Gruben im Grabungsbefund unter der Zufahrt zum Grundstück Leyergasse 6. Linker Bildrand: Gerbergrube des 15. Jh. teilüberbaut von Grube des 18./19. Jh. Rechter oberer Bildrand: Große gemauerte Gerbergrube (sog. Äscher ?) der 1. Hälfte 19. Jh.

durch tiefgreifende Bodenabsenkungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Stadt nach 1698 abgetragen wurden. Im Süden des Grundstücks Heiligeiststr. 23 weist die nachträgliche Sicherung der rückwärtigen Grenzmauer durch Pfeiler auf eine massive Überbauung der südlich davorliegenden Fläche, für die auch senkrecht anziehende Ausbruchgruben, Fundamentreste und ein gemauerter Herdsockel sprechen. Nach Ausweis der zerbrochenen Scherben eines im Abbruchschutt verstürzten Kachelofens (Abb. 6) bestand das zugehörige Gebäude als Hinterhaus zum Grundstück Heiligeiststr. vom späten 15. bis in die zweite Hälfte des 16. Jh. eine in der ostwärtig gegenüberliegenden Ecksituation zur Heiligeiststr. 25 erfaßte Abfallgrube weist hier auf die bereits im 16./17. Jahrhundert mit dem heutigen Bauefüge übereinstimmende Parzellengrenze zum südwestlichen Eckgebäude an der Heiligeiststraße/Leyergasse.

Hinweise auf eine mit dem spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Befund einhergehende handwerkliche Nutzung liefert der hohe Anteil an aufgeschlagenen Tierknochenabfällen – besonders Rinderschädel und Hornzapfen, die zur Auslösung der Schleimhäute als Gerbstoff (Sämischerberei?) gedient haben mögen – welche in den Schichtbefunden und eini-

gen Grubenverfüllungen seit der Wende zum 15. Jh. gehäuft auftreten und charakteristisch für archäologische Befunde von Gerberhäusern sind (Vgl. z. B. Scholkmann u. a., 1999, 25 f.). Sicher als Gerberbecken ist ein direkt an der Leyergasse angeschnittenes Mauereck von 2 m Seitenlänge und ca. 1 m Tiefe mit sorgfältig vermörteltem Plattenboden und Lehmdichtung zu identifizieren, das im ausgehenden 15. Jh. verfüllt wurde.

Die einschneidende stadhistorische Zäsur des „großen Brandes“ von 1693, wie auch die für die Leyergasse bereits für 1689 im pfälzischen Erbfolgekrieg aktenkundigen Brandschätzungen hinterließen im Bereich der der Leyergasse 6 keinerlei archäologische Spuren. Dieser auf den ersten Blick eigenartige Negativbefund, der in der Tat mit Beobachtungen im gesamten Altstadtbereich einhergeht, findet seine Erklärung in tiefgreifenden Bodenabsenkungen, die im Zuge der Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten ab 1698 vorgenommen wurden, und die frühneuzeitlichen Nutzungsniveaus beseitigten.

Der durch die Grabung nur in Ausschnitten erfasste barocke Wiederaufbau vollzieht sich weitgehend in der vorgegebenen Parzellenstruktur, deren zum Teil noch aufgehend erhaltene Grenzmauern übernommen wurden, erreicht aber hier nicht mehr die Dichte des frühneuzeitlichen Bauegefüges. Im Bereich der Parzelle Leyergasse 6 entstand in der Folgezeit eine Gaststätte und Brauerei, die mit der Errichtung eines mächtigen, heute noch erhaltenen Mälzereigebäudes (Heiliggeiststr. 21) zur Mitte des 19. Jh. auch auf die Randbebauung an der Heiliggeiststraße übergriff. Aus dieser Zeit stammen beispielsweise reichhaltige Geschirrfunde aus der hier vor dem Bau der Ritterhalle beheimateten Gastwirtschaft, die ein schönes kulturhistorisches Streiflicht auf den Heidelberger Gaststätten-Alltag der Gründerzeit werfen. Zu den jüngsten Befunden zählen auch die Fundamente einer Garten-Kegelbahn, die um die Jahrhundertwende vor allem von Heidelberger Professoren frequentiert wurde und kurioserweise über einen unter der Heiliggeiststraße geführten Gang mit den bekannten Studentenlokal „Zum Seppel“ in der Hauptstraße verbunden war. Die gegenwärtig im Bau befindliche Hausbrauerei und Umnutzung des „Ritterhallenensembles“ zum Gastronomie- und Hotelbetrieb durch die Hoepfner-Brauerei Karlsruhe schlägt nun wieder eine Brücke zu der hier seit den frühen Tagen des Heidelberg-Tourismus beheimateten gastronomischen Tradition. Reste der bei den laufenden Bauarbeiten entdeckten gründerzeitlichen Ausmalung der Ritterhalle mit originellen „Trinkszenen“ werden in diesem Sinne erhalten.

Zur Interpretation der wichtigsten Grabungsergebnisse

Die bisher über die Parzellenstruktur und vereinzelte archivalische Hinweise des 16./17. Jh. rückgeschlossene Ausdehnung des Schönauer Mönchhofs bis an die Leyergasse läßt sich mit der im gesamten Untersuchungsbereich gleichförmig und parzellenübergreifend erfaßten Schichtenabfolge nun seit dem frühen 13. Jh. archäologisch erfassen. Vom Beginn der Siedlungsnutzung an bestanden hier offenbar weite Freiflächen, die vornehmlich als Garten genutzt wurden. Der bauliche Kern des ehemaligen Klosterhofs dürfte unmittelbar westlich benachbart, vermutlich an Stelle der später auf den großen Stadtpanoramen bei Münster, Merian und Kraus im 16./17. Jh. abgebildeten Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude entstanden sein. Das reichhaltige, aus Befunden des frühen 13. Jh. geborgene Fundmaterial reflektiert für die frühe Zeitstellung u. a. mit Dachziegelbruch und Ofenkacheln eine Verbindung zu recht aufwendig ausgestatteten Wohngebäuden, wie sie entsprechend mit der Schenkung eines im Bau befindlichen Anwesens 1229 durch die niederadelige Familie Vogelín, bzw. der Überlassung von Baugrundstücken durch die Pfalzgrafen 1235 auch in der ältesten schriftlichen Überlieferung nachzuweisen sind (Schaab 1958, 183).

Bis in das spätere 14. Jahrhundert lassen sich besonders im ostwärtigen Teil der Grabungsfläche Spuren einer handwerklichen Nutzung zurückverfolgen, die vermutlich bereits in Verbindung mit Gerberhäusern der Randbebauung zu sehen sind. Eine für diese Zeit noch nicht nachweisbare Abgrenzung dieser Grundstücke an der Leyergasse zum Gartenbereich des Klosterhofs deutet auf eine zunächst noch direkte, d. h. nicht baulich getrennte Verbindung der Handwerkerhäuser mit dem Schönauer Mönchhof. Aus einem schriftlich überlieferten Vertrag von 1542 (GLA Karlsruhe, Heidelberger Kopialbuch 229a Blatt.56.) geht beispielsweise hervor, daß die den Untersuchungsbereich betreffenden Anwesen von den Zisterziensern an Gerberfamilien verpachtet wurden, also nach wie vor im Eigentum des Mönchhofs standen: „Hans Schaub von Feudenheim, Lauer (Gerber) und seine Frau Barbara haben vom Kloster Schönau zum Leibgedinge bestanden, ein Gärtlein und Häuslein an der ndern Strassen (heute Heiliggeiststraße) und Lawergassen (Leyergasse) zwischen den Beständern und Hans Walkern, Lawern (Gerber), gelegen, zurück (rückwärtig) an der Herren von Schönau Garten vornen zu (nach vorn) uff die gemein beide Gassen (auf beide Gassen der Gemeinde) stossend“. Die Aufteilung der Grundstücke an der Ecke von Leyer- und Heiliggeiststraße ist im archäologischen Befund mit Grenzmauern ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nachzuweisen. Im Rahmen einer umfassenden Neustrukturierung, die mit der Einrichtung des heute noch weitgehend zugrundeliegenden Parzellegefü-

ges einhergeht, wurden diese Maßnahmen wohl noch durch das knapp zwei Jahrzehnte später durch Kurpfalz säkularisierte Kloster selbst veranlasst.

Der spätmittelalterliche Grabungsbefund gehört in das Umfeld einer im Verlauf des 16. Jh. auch archivalisch nachweisbaren Konzentration von Gerbereibetrieben entlang der Leyergasse (v.a. Einwohnerverzeichniss von 1588), die sich nicht zuletzt auch in der bereits 1364 belegten Gassenbezeichnung (Leyer, Lauer = Lohgerber) niederschlägt (vgl. Koch/Wille, 1894, Reg. 3497). Es handelt sich nach der in den erhaltenen Einwohnerverzeichnissen des späten 16./frühen 17. Jahrhunderts aufgelisteten Betriebsdichte um eine der selten einmal tatsächlich nachweisbaren Beispiele für eine „echte Handwerkerstraße“ (Cramer, 1981), deren Anfänge im konkreten Fall archäologisch wohl in das 14./15. Jh. vordatiert werden dürfen. Gerbereibetriebe sind in der Leyergasse auch nach dem Stadtbrand von 1693 wieder schriftlich bezeugt (Vgl. z. B. Derwein, 1940, Nr. 538). Der lückenhafte neuzeitliche Grabungsbefund vermag zu einer möglichen Kontinuität der Nutzungsstruktur allerdings nichts weiter beizutragen. Es erscheint aber zumindest denkbar, daß es sich bei den gemauerten Schächten im Zufahrtsbereich des Grundstücks Leyergasse 6 um sog. „Äscher“ des späten 18./19. Jh., d. h. Gruben, in denen Tierhäute durch Kalkzugabe enthaart wurden, handeln könnte. Die chemische Auswertung der Bodenproben – auch derjenigen aus den älteren Grubenbefunden des 14./15. Jahrhunderts – vermag vielleicht im Einzelfall konkrete Nutzungshinweise zu liefern.

Neue archäologische Ergebnisse und Fragen zur Heidelberger Stadtgründung

In Form einer Arbeitshypothese zu den bisher erhobenen archäologischen Ergebnissen aus den Heidelberger Stadtkerngrabungen haben wir die Evidenz zu den Anfängen Heidelbergs an anderer Stelle in das Szenario einer „späten“ Stadtgründung durch die Wittelsbacher Pfalzgrafen eingebunden, ohne damit freilich auf Basis des gegenwärtigen Kenntnisstandes letzte Gewißheit beanspruchen zu wollen (Wendt/Benner, 1996, v.a. Wendt/Benner 1997). Das Ziel, zum 800-jährigen Stadtjubiläum der bisher allein historisch basierten Diskussion um die Stadtgründung neue Impulse verliehen zu haben, ist angesichts der daraufhin nach nunmehr bald vier Jahrzehnten zum Thema neupublizierten Beiträge (z.B. Schaab 1998) schon jetzt erreicht.

Eine Differenz zwischen dem archäologischen Befund in der Altstadt und einer aus der urkundlichen Überlieferung rückprojizierten Gründung im fortgeschrittenen 12. Jh. bleibt als Sachfaktum vorläufig bestehen. Der

Widerspruch mag freilich im einen wie anderen Ansatz auf lückenhafte Quellenbestände zurückzuführen oder alternativ z. B. durch eine dem rechtlichen Gründungsakt mit einigem Abstand nachfolgende bauliche Umsetzung zu interpretieren sein, für die im konkreten Fall der Tod des staufischen Pfalzgrafen Konrad (1195) und die Wirren des „deutschen Thronstreits“ (1196–1208/12) verantwortlich sein könnten. Der noch offene Erklärungsbedarf dürfte in Zukunft freilich allein über die Verdichtung der archäologischen Quellen, d. h. eine weiterhin intensive denkmalpflegerische Begleitung von Bodeneingriffen im Kernstadtbereich aufzulösen sein.

Einen neuen Beitrag zur Frühzeit Heidelbergs leistet nun wieder die letztjährige Grabung in der Leyergasse 6. Seine stadtgeschichtliche Bedeutung bezieht der neue Befund aus dem Bezug zum sog. „Mönchhof“ des Zisterzienserklosters Schönau, über dessen Anfänge eine vergleichsweise dichte Quellenlage unterrichtet, die interpretativ eine gemeinsame Entstehung mit der Stadt nahelegt. Die Möglichkeit, diese Quellen auch mit einer staufischen Gründung zusammenbringen zu können, ist ein Argument gegen eine „spätere“ Entstehung (Schaab 1998).

Die aus dem Bezirk des ehemaligen Mönchhofs jetzt geborgenen Keramikkomplexe gehören gegenwärtig in der Tat zum Ältesten, was bisher im Bereich der Gründungsstadt zu Tage trat, widersprechen aber auch an der untersuchten Stelle einem Beginn des Siedlungsniederschlags vor der Wende zum 13. Jh.. Nachgewiesen ist ein früherer Horizont jüngerer Drehscheibenware und vereinzelt auch sog. Kugeltöpfe und Glimmerware, während ältere Leitfunde, wie die für Fundkomplexe des 12. Jh. charakteristischen Kragleistenränder der älteren „grautonigen“ Drehscheibenware oder rotbemalte Qualitätskeramiken – einer hochmittelalterlichen Leitformengruppe, die nach jüngsten Ergebnissen im Rhein-Main-Gebiet noch bis in die ersten Jahrzehnte des 13. Jh. vorkommt (Mitt. Dr. H. M. Wintergerst, Inst. f. Mittelalterarch. Bamberg) – trotz des vergleichsweise umfangreichen Fundaufkommens fehlen.

In Anbetracht dieser Evidenz erscheint es zumindest fraglich, ob eine Entstehung des Mönchhofs hier schon im 12. Jh. zu rechtfertigen ist. Freilich bleibt ein gewisser chronologischer Datierungsspielraum der Keramikfunde und besonders auch die Auschnitthaftigkeit des Befundes als Unsicherheit zu diskutieren. Die festgestellten Materialumlagerungen und landwirtschaftliche Nutzung lassen bei den gegebenen dichten Fundsequenzen doch einen gewissen Niederschlag aus dem näheren Siedlungsumfeld erwarten, wenn ein ältester Kern der Anlage z.B. in einer der 10–50 m entfernten Nachbarparzellen entstanden war. Eine zumindest auffällige Koinzidenz der Keramikdatierungen ergibt sich

indes mit dem auch 1225/35 urkundlich gesichert faßbaren Ausbau des Schönauer Wirtschaftshofs, wie auch wiederum eine chronologische Übereinstimmung mit den ältesten bisher im Bereich der Gründungstadt erhobenen archäologischen Daten festzustellen ist.

Es ist zweifelsohne richtig, wenn der Prozess der Stadtwerdung nicht zu eng im Sinne einer „Gründung“ aufgefaßt wird, die als einmaliger Rechtsakt ein konkretes „Entstehungsdatum“ suggeriert. Eine Stadtgründung ist in der historischen Realität stets als komplexer und langwieriger Vorgang aufzufassen. In diesem Sinne könnte der Rechtsakt der Heidelberger Gründung als Denkmöglichkeit z. B. auch schon auf die Vorgängersiedlung der Altstadt um die Peterskirche zu beziehen sein, zumal die dafür zu Tage tretenden Siedlungsreste ein bedeutenderes Gemeinwesen spiegeln. Archäologisch läßt sich jedoch vor dem Hintergrund mehrerer Großgrabungen und zahlreicher punktueller Untersuchungen bis heute in der Tat kein Siedlungsniederschlag im Bereich der Gründungstadt – d. h. etwa zwischen Universitätsplatz und Plankengasse – deutlich „vor 1200“ sicher nachweisen. Das ist zweifelsfrei nur im Umfeld der Peterskirche der Fall, und das mit Keramikserien, die nach gegenwärtig in der Mittelalterarchäologie gültigen Datierungsansätzen vergleichsweise „spät“ im 12. Jahrhundert eingeordnet werden.

Aus archäologischer Sicht ist daraus ein gewaltiger räumlicher und quantitativer – was die Intensität der Siedlungsniederschläge betrifft – Verlagerungsschub der hochmittelalterlichen Besiedlung im Heidelberger Taltrichter abzulesen. Dieser Befund korrespondiert chronologisch mit dem im Hof der Neuen Universität zweifelsfrei stratigraphisch nachgewiesenen (Teil)Abriß der Vorgängersiedlung und ihrer (Teil)Überbauung durch die westwärtige Stadtmauer, der von der Ausgräberin in das 1. Viertel des 13. Jahrhunderts datiert wird (Caroll-Spillecke 1993). Eine wesentliche Rolle spielt in diesem Kontext auch die Entstehung der pfalzgräflichen Burganlage an Stelle des heutigen Schlosses, die in direktem Bezug zur Entstehung der Altstadt zu sehen ist. Älteste frühgotische Baureste datieren hier wiederum in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts (Göricke, 1981 – Wendt/Benner, 1997, 38 ff.). Wir treffen in der Sachüberlieferung demnach zu dieser Zeit auf eine signifikante Aktivitätsverdichtung der Siedlungs- und Bauvorgänge, die nach unserem Dafürhalten nicht mehr einfach durch Auffindungszufälle erklärt werden kann. Wenn es sich dabei nicht um Vorgänge im unmittelbaren Gefolge der Stadtgründung – im rechtlichen Sinne – handelt, dann doch zumindest um „die heiße Phase“ ihrer baulichen Umsetzung, dergegenüber denkbare frühere Anfänge keine wesentlichen und nachhaltigen Spuren hinterlassen haben. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutungsverlagerung auf die Wittelsbacher Bayernherzöge Ludwig I.

und Otto II., deren entscheidende Wirkung auf die Gestaltung der frühen Heidelberger Stadtgeschichte bisher nicht feststellbar war, ist danach kaum noch zu leugnen. So wird das archäologisch erschlossene Bild der Anfänge Heidelbergs mit der Grabung in der Leyergasse um einen weiteren Aufschluß dichter, steht aber nach wie vor alternativen historischen Interpretationsansätzen offen gegenüber, wie es auch neue Fragestellungen provoziert.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Grabungs-Vorbericht ist eine überarbeitete Fassung des Beitrags A. Wendt, Stadtkernarchäologie in Heidelberg. Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1998 (Stuttgart 1999) S. 252–261.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 und 2: LDA-Bad.-Württ. Planzeichnungen A. Wendt und Büro Ph. Dolmazon/Heidelberg. Abb. 5. Kurpf. Museum. Zeichnungen R. Dale. Abb. 3, 4, 6, 7 Kurpf. Museum, Photos E. Kemmet.

Literatur

- M. Caroll-Spillecke, Die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität in Heidelberg. Materialh. Arch. Bad.-Württ. 20 (1993).
- K. Christ u. A. Mays, Einwohnerverzeichnis der Stadt Heidelberg vom Jahr 1588, in: N. A. f. d. Gesch. Stadt Heidelberg 1, 1890.
- J. Cramer, Gerberhaus und Gerberviertel in der mittelalterlichen Stadt (1981).
- M. Schaab, Die Anfänge Heidelbergs, in: E. Reinhard u. P. Rückert, Staufische Städtegründungen am Oberrhein. Oberrh. Stud. 15 (1998), 185–212.
- Ders. Entstehung des pfälzischen Territoriums am unteren Neckar und die Anfänge der Stadt Heidelberg, in: Z. G. O. 108, 1958, 238–276.
- B. Scholkmann, T. Marstaller, A. Scholz, Das älteste Fachwerkhäus in Reutlingen, in: Denkmalpfl. Bad.-Württ. 28, 1/1999, 22–26.
- A. Wendt, Heidelberg – archäologische Ergebnisse zur Stadtentstehung. Führer zu arch. Denkm. in Deutschland 36 (1999) 143–146.
- A. Wendt und M. Benner, 800 Jahre Heidelberg – Archäologische und bauhistorische Befunde zu den Anfängen der Stadt, in: Z. G. O. 145, 1997, 15–60.

Nach drei Sekunden ist alles Geschichte...

...sagt die Gehirnforschung. Nur drei Sekunden lang können wir Informationen zu anschaulichen Gebilden zusammenbinden, die wir als Gegenwart empfinden. Dann öffnet sich ein neues Fenster.

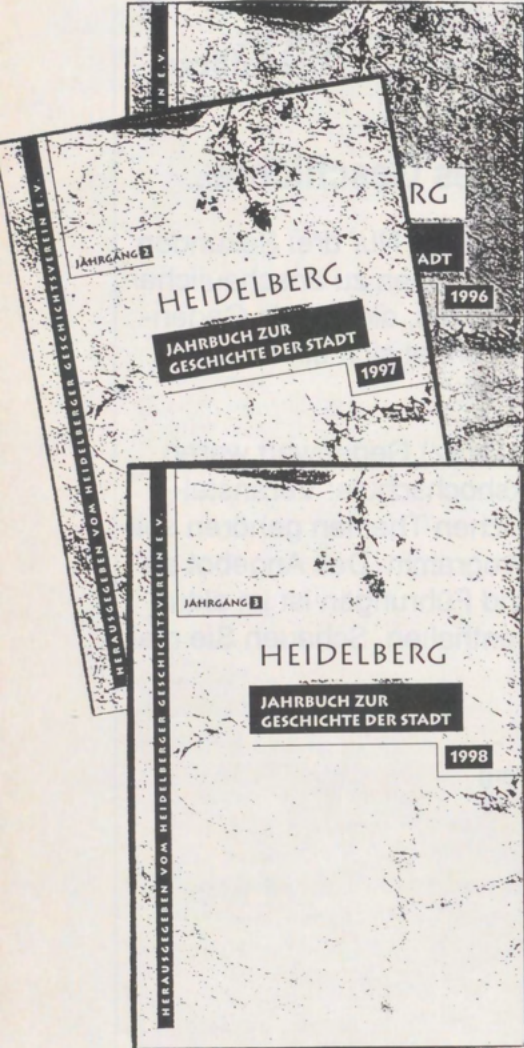
Viele Fenster, die (zu kurz) Gegenwart waren, öffnet Ihnen die Volkshochschule: Veranstaltungen zu geschichtlichen Themen gehören seit eh und je zu ihrem Programm. Das Angebot an Kursen, Vorträgen und Führungen ist im aktuellen Programmheft enthalten. Schauen Sie mal rein.

So finden / erreichen Sie uns:
Bergheimer Straße 76, 69115 Heidelberg
Telefon 0 62 21 - 91 19 11, Fax 16 51 33
Internet: <http://www.vhs-hd.de>



KURPFÄLZISCHER VERLAG

Lieferbare Titel aus unserem Verlagsprogramm



Neu - Erscheinung 1999

Lebenserinnerungen
des Chemikers Karl Johann Freudenberg



erscheint jährlich
ca. 300 S. / broschiert /
ISSN 1432-6116

DM 35,-

1999

382 S. / 40 Abb. / gebunden

ISBN 3-924566-08-9

DM 40,-

Kurpfälzischer Verlag - Dr. Hermann Lehmann - Dreikönigstraße 10 - 69117 Heidelberg

Bernd Müller: Architekturführer Heidelberg, Bauten um 1000 bis 2000. *Reihe Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Heidelberg Nr. 10.* Herausgegeben im Auftrag der Stadt Heidelberg von Peter Blum. Mannheim, Edition Quadrat, 1998.

Im Dezember 1998 wurde der Architekturführer auf Einladung eines Heidelberger Buchhändlers in den Räumen des Heidelberger Kunstvereins durch den Autor Bernd Müller vorgestellt. Es ist der erste Führer seiner Art durch die Heidelberger Architektur. Das außerordentlich umfangreiche Werk mit 293 Architekturbeispielen dokumentiert 1000 Jahre Heidelberger Baugeschichte.

Den Autor hat diese Arbeit nach eigenem Bekunden 15 Jahre Sammeln, Fotografieren, Recherchieren, Dokumentieren und Sortieren gekostet. Das Ergebnis, wohl taschengerecht, aber 660 Gramm schwer, rechtfertigt diesen Aufwand.

Die Beschaffung der Unterlagen, der Pläne und Gebäudebeschreibungen ist oft schwierig, die Beschreibung in Funktion, äußerer Form und stilistischer Bestimmung vielschichtig, umfangreich und entsprechend zeitaufwendig. Der Leser profitiert hiervon.

Eine genaue zeitliche Bestimmung der Entstehung der Gebäude, ihre Zuordnung zu Bauherren und Architekten, nicht zu vergessen die genaue Bezeichnung des Gebäudes zur Zeit der Erbauung, ist in einfachen Fällen anhand noch vorhandener Pläne möglich, ansonsten oft nur durch langwierige Recherchen in schwer zugänglichen Archiven zu erreichen.

Der überwiegende Teil der dargestellten Objekte ist im Grundriss, einige wenige in Schnitten oder Ansichten dargestellt. Alle Gebäude sind fotografisch, trotz beschränkten Formates, gut dargestellt. Die Projekte sind chronologisch geordnet, entsprechend nummeriert und in den Planaufnahmen markiert.

Die Lektüre wird wesentlich erleichtert durch Zwischentexte. Die Bauten und Projekte werden sieben architektonischen Stilepochen zugeordnet. Gestalterische Merkmale und Besonderheiten werden auf diese Weise übersichtlich zusammengefaßt. Historische Bauten werden in ihrer baugeschichtlichen Verwandtschaft und Herkunft gedeutet. Geschichtliche, städtebauliche Zusammenhänge, besondere Inhalte und Ereignisse werden so nachvollziehbar. Auf diese Weise wird nicht nur der Baugeschichte entsprochen, auch die vielfältige Heidelberger Gesellschaftsgeschichte erscheint im erläuterten Kontext. Wir erfahren über Vereine, Berufsstände, politische und kulturelle Gruppierungen und die alle Bereiche durchdringende Geschichte der Universität, alles im Rahmen der Geschichte der Stadt. So ist jede der sieben dargestellten Epochen nach jeweils charakteristischen politischen oder kulturellen Entwicklungen geordnet. Erläuternd sind neben den bekannten historischen Stadtansichten auch Projekte dokumentiert, die aus politischen Gründen nicht ausgeführt worden sind, oder Projekte, deren wesentliche Merkmale bereits wieder verschwunden sind (z.B. Hortus Palatinus). Willkommen auch die Pläne, die den Beginn des modernen Städtebaus im späten 19. Jhd. in Heidelberg dokumentieren. Es wird der Erweiterungsplan der Weststadt angeführt. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang für das allmähliche Umdenken im Städtebau die Reformbemühungen, die für bessere Verhältnisse in den Wohngebieten sorgen sollten. Die sozial Schwächeren waren dabei zunächst ausgenommen, da der Wohnungsbau privat, also spekulativ getätigt wurde. Der Genossenschaftswohnungsbau hält in Heidelberg Einzug erst nach dem I. Weltkrieg (s. Bauten auf dem Weg zur Moderne).

Die baulichen Ergebnisse der Nachkriegszeit werden bei einer Beurteilung wegen ihrer Aktualität ausführlicher und kritischer zu betrachten und zu bewerten sein als die eher traditionell gestalteten Architekturformen der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg. Ihre Epoche stellt noch vor den Beispielen der Gründerzeit den höchsten Anteil an Projekten im Führer. Der baulichen Entwicklung der bis dahin unzerstörten Stadt stehen mehrere Ereignisse gegenüber: die einmalige Situation von freierwerdendem bundeseigenem Gelände auf Grund der Verlegung des Bahnhofs, der aufgrund wachsender Aufgaben vorhandene Expansionsdrang seitens der in der Altstadt untergebrachten Einrichtungen des Bundes und des Landes, die Entscheidung des Landes nach Verlegung des naturwissenschaftlichen und medizinischen Teils der Universität ins Neuenheimer Feld bei gleichzeitigem Anspruch der in der Altstadt verbleibenden Geisteswissenschaften auf die durch Bund und Land sukzessiv freierwerdenden alten, zum Teil großflächigen Gebäude führen zu intensiven baulichen Aktivitäten seitens der Bundes- und Landesbehörden. Parallel dazu laufen die Bemühungen der Stadt zur großflächigen Lösung der Wohnungsfrage, vor allem im Süden der Stadt. Die Lagerpläne der drei wesentlichen Wohnstadteile der Nachkriegszeit (213, 235, 237) zeigen die jeweiligen städtebaulichen Zeitströmungen.

Im textlichen Vorspann wird auf die „Architektur und Architekten“ eingegangen. Die Einflüsse der Lehrer an der damaligen TH Karlsruhe sowie manche der dort ausgebildeten, in Heidelberg nunmehr tätigen Architekten werden genannt. Manch respektable Ergebnisse sind im Führer aufgeführt und können vor Ort betrachtet werden. Es war dies tatsächlich die Chance der jungen Architektengeneration, die sich in dieser Zeit bewähren konnte.

Von Bedeutung sind zahlreiche Beobachtungen die sich mit den Veränderungen in der Altstadt beschäftigen. Speziell im Rahmen der Altstadtsanierung, stimmt der Rezensent hier ganz mit dem Autor überein, der von den „seltenen architektonischen Experimenten“ spricht, die hier möglich waren, aber auch das Ergebnis, den „Verlust an Authentizität und Originalität“ bedauert.

In kluger Weise hat der Autor die Bauten der neuesten Neuzeit außerordentlich beschränkt, wohl ahnend, daß das Urteil hierzu erst von den folgenden Generationen gesprochen werden wird. Auch von den abgebildeten Objekten – das kann heute schon gesagt werden – sind nur wenige zu dauerhaftem Ruhm bestimmt. Auffallend ist der geringe Anteil von privaten Gewerbeprojekten in der Präsentation

Sicherlich gibt es bei vielen im Führer dargestellten Beispielen erwähnenswerte Ergänzungen, wie zum Beispiel die direkte Beteiligung Friedrich Eisenlohrs (1805–1854) am Bau des Hotels Schrieder (96) im Zusammenhang mit dem Bau der Bahnhofsgebäude. Von Bedeutung auch bei der Villa Krehl (174) der nördlich gelegene Flügel, der die Musikräume des musikbegeisterten Klinikchefs beherbergte und in dessen Haus zahlreiche Veranstaltungen mit bedeutenden zeitgenössischen Musikern überliefert sind. Auch das Verdienst des jahrelangen Vorstandes des Badischen Bezirksbauamtes, Ludwig Schmieder um die Gestaltung des Königssaals im Frauenzimmerbau (24) des Schlosses in der heutigen Form ist von Interesse. Der Ordnung halber sei auch die Verantwortlichkeit des Architekten Robert Hilgers (*1912) im Büro Professor Eiermann bei allen Hortenprojekten (231) der BRD genannt.

So werden sich gerade bei Betrachtern, die mit der Geschichte der Stadt vertraut sind, noch manche Begebenheiten und Hinweise in Zusammenhang mit den Bauten einstellen, die das Bild weiter abrunden.

Der Architekturführer Heidelberg ist ein ausgezeichnete Begleiter für den Gang durch die Stadt, ein zuverlässiges Nachschlagewerk für den baugeschichtlich Interessierten, er ist eine ausführliche Informationsquelle über die Geschichte der Stadt im weitesten Sinne.

Noch ein Wunsch am Schluß für eine eventuelle Neuauflage: dem Verzeichnis der Künstler sollten die Lebensdaten beigefügt werden.

Wir wünschen der Publikation einen nachhaltigen Erfolg.

Christoph Vierneisel

Renate Ludwig und Peter Marzollf: Der Heiligenberg bei Heidelberg. Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg, Bd. 20, hrsg. vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, dem Förderkreis Archäologie in Baden und der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte in Württemberg und Hohenzollern, Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 1999. 120 S., 63 teils farb. Abb. u. 1 Karte

Heidelberg verdankt seinen weltweit hohen Bekanntheitsgrad vor allem der von Dichtern und Denkern immer wieder gerühmten reizvollen landschaftlichen Lage von Stadt und Schloss zwischen Königstuhlmassiv und Heiligenberg, die den Austritt des Neckars aus dem Buntsandstein-Odenwald in die Oberheinische Tiefebene flankieren. Einen der beiden, den erst im späten Mittelalter (infolge des pfälzisch-mainzischen Krieges von 1460) zur Kurpfalz und nicht vor 1903 (infolge der Eingemeindung der Handschuhsheimer Gemarkung) an Heidelberg gekommenen Heiligenberg, seine Geschichte, Erforschung und die Erhaltung seiner archäologischen und baulichen Denkmäler behandeln die beiden Hauptautoren Renate Ludwig vom Kurpfälzischen Museum der Stadt (KMH) und Peter Marzollf vom Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Heidelberg unter Mitarbeit von Uwe Gross, Frieder Klein, Fridolin Reutti und Joachim Wahl im jüngsten Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden Württemberg. Die in Form eines Faltkärtchens im Umschlag beigegebene (neueste) topographische Aufnahme datiert von 1986/87 und stammt von Dieter Müller (LDA).

Nach einem Vorwort von Jörg Biel (LDA) folgen die von Peter Marzollf bearbeiteten Kapitel „Geologie und Landschaftsgeschichte“ sowie „Forschungsgeschichte“. Renate Ludwig zeichnet für das Kapitel „Von den ältesten Siedlungsspuren bis zum Ende der Römerzeit“ verantwortlich. „Das frühe Mittelalter“ wie auch „Das hohe und späte Mittelalter“ und ebenso „Die Neuzeit“ stammen wieder aus der Feder Peter Marzollfs, während das Bändchen mit „Der archäologisch-historische Wanderweg“ von Renate Ludwig ausklingt.

Es folgen noch eine immerhin 67 Arbeiten aufführende Literaturliste und der Bildnachweis, der leider nicht die Originalquelle der auf S. 18 als Abb. 51/ A-D wiedergegebenen, jüngst erst ausfindig gemacht(en), „frühestbekanntesten, „vor 1590“ und 1601“ datierten Darstellungen des Michaelsklosters nennt. Bei ihr handelt es sich um das 1926 schon von Ludwig Schmieder (1894–1939) bearbeitete „Kurpfälzische Skizzenbuch“, dem Ende 1996 eine Ausstellung im Heidelberger Universitätsmuseum und eine von Hans Hubach herausgegebene aufwendige Neubearbeitung durch mehrere Autoren gewidmet war.

Bei Schmieder (S. 18) findet sich der erste Hinweis auf „ein uns unbekanntes Gebäude am Fuß des Heiligenbergs“ (dort Abb. 9), das Marzollf in einem Geländeschnitt (Abb. 4, S. 15) als „Wachturm“, später (S. 16) aber zutreffender als „Turmhaus“ bezeichnet. Wie auch das auf einem anderen Vorsprung des Heiligenbergs gelegene „Rote Bürgel“, dem offenbar schon vor der Mitte des 13. Jahrhunderts abgegangenen Sitz der älteren Herren von Handschuhsheim, ist es – abgesehen von einer in den „Uraltakten“ der Stadt Heidelberg bezugten – 1936 vorgenommenen (laienhaften) Untersuchung – im Schatten der ungleich bedeutenderen Kloosterruinen und der, was beiden Autoren bewußt ist, ebenfalls noch längst nicht ausreichend erforschten Ringwallsysteme bislang ein Stiefkind der wissenschaftlichen Forschung geblieben. Selbsternannte „Hobby-Archäologen“ neigen leider nicht selten dazu, diesen Sachverhalt als Rechtfertigung für eigene, vom LDA nicht genehmigte Nachforschungen anzuführen, die freilich mangels fachlicher Qualifikation nur in den allerseltensten Fällen brauchbare Ergebnisse zeitigen, den Befunden aber meist irreversible Schäden zufügen.

Renate Ludwig und Peter Marzollf führen den Leser durch die erforschte, und eingangs (S. 9–10) auch in Form einer Zeittafel im Überblick gebotenen Geschichte des Berges, beginnend bei den ca. 5.500 Jahre alten frühesten Spuren menschlichen Lebens, über die erste bronzezeitliche Siedlung, den Ausbau zum ringwallbewehrten eisenzeitlichen Machtzentrum der Kelten, bis hin zum Jupiter und Merkur geweihten Gipfelheiligtum der Römer, an dessen Stelle im 8. Jahrhundert ein karolingischer Königshof entsteht. Nach dem 822 erfolgten Übergang der „Aberinsburg“ an die Reichsabtei Lorsch bricht die große Zeit der Klöster St. Michael (1023, östl. Kuppe) und St. Stephan (1094, westl. Kuppe) an. Die Reliquien des 1070 verstorbenen Hl. Friedrich von Hirsau bringen Pilger auf den Berg. 1232 bis 1460 im Besitz des um Reformen bemühten Mainzer Erzbistums, verweltlicht das Klosterleben in Kurpfälzer Zeit, verfallen im 16. Jahrhundert nach und nach die Propsteigebäude. Mit den Humanisten beginnt das wissenschaftliche Interesse am Heiligenberg, das mit Unterbrechungen bis in die Gegenwart hinein anhält und in den (ersten systematischen) Ausgrabungen der 1980er Jahre gipfelt.

Mit Blick auf die kürzlich entdeckte Großplastik eines keltischen Fürsten vom hessischen Glauberg wird der längst bekannte Heidelberger Keltenkopf mit dem Heiligenberg in Verbindung gebracht, der entgegen früheren Annahmen auch in der jüngeren Latènezeit noch eine gewisse Rolle gespielt habe. LOPODVNVM / Ladenburg komme als Nachfolgesiedlung nicht in Betracht und der Heiligenberg seinerseits wohl nicht als „Mons piri“, der Ort einer für das Jahr 369 bezugten römischen Niederlage gegen vordringende Germanen. Besonders bemerkenswert ist das Unterkapitel zur Wasserversorgung (S. 99–104), die als das Hauptproblem des Daseins auf der Schutz bietenden Höhe des Berges gelten mag, sowie die Erkenntnis, daß nicht vor der Mitte des 15. Jahrhunderts einmal mehr ein (für das Kloster selbst nicht schriftlich überliefertes) kriegerisches Ereignis – wahrscheinlich die Schauenburger Fehde von 1460 – umfangreiche Neubauten notwendig machte. Deutlich ist Marzollfs Kritik an den „voneinander abschreibenden, physikalische Gesetze mißachtenden“ Vorgängerautoren, die den drei Mönche im Dormitorium erschlagenden Glockenturmeinsturz von 1503 mit dem noch für 1601 als bis zur Spitze aufrecht stehend bezugten Vierungsturm in Verbindung bringen, der sich tatsächlich aber auf den erst in einer der letzten Bauphasen zwischen Kirchenschiff und Klausurnordflügel errichteten Turm bezieht.

Wer sich mit dem neuen Heiligenbergführer in der Hand aufmacht, entlang der Route des 1996 eingerichteten archäologisch-historischen Wanderwegs dessen Geschichtszeugnisse – einschließlich der im Dritten Reich geschaffenen „Thingstätte“ und des von der

1973 gegründeten Schutzgemeinschaft Heiligenberg o.V. wiederhergerichteten „Heidenlochs“ – zu erkunden, der sollte Renate Ludwigs abschließender Empfehlung folgen und im Heiligenbergsaal des KMH auch noch die dort ausgestellten Originalfunde betrachten.

Den am Thema interessierten Fachkollegen der Autoren wie den vielleicht nur einen heimatkundlichen Wochenendausflug vorbereiten wollenden Laien bietet das mit großer Kompetenz verfaßte und dennoch allgemeinverständlich gehaltene Werk gleichermaßen einen komprimierten Überblick über den zur Zeit der Manuskriptabgabe gültigen Forschungsstand in Sachen Heiligenberg und einen populären Vorgeschmack auf die schon lange erwartete große wissenschaftliche Publikation, die das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg nach Aussage seines Präsidenten Prof. Dr. Dieter Planck nun in Bälde vorlegen zu können hofft.

Das aktuelle Bändchen ist – auch hinsichtlich seiner attraktiven Gestaltung und großzügigen Bebilderung – eine Bereicherung für die seit 1968 erscheinende Reihe der „Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg“, in der es bislang etwas an Publikationen zu badischen Objekten mangelte.

Neben dem im März bekanntgegebenen Zuschlag für eine fünfjährige DFG-Förderung in Höhe von einer Mio. Mark zur Auswertung der 1954–71 unter Leitung des Archäologen Berndmark Heukemes im Neuenheimer Feld erhobenen Römerfunde, dem Ende Mai in der Heidelberger Stadthalle veranstalteten 3. Deutschen Archäologenkongreß „Archäologie – Naturwissenschaften – Umwelt“, der von Mai bis August im Kurpfälzischen Museum gezeigten Ausstellung „Unbekannte Krim – Archäologische Schätze aus drei Jahrtausenden“ ist der neue Heiligenbergführer ein weiterer Beleg dafür, daß Archäologie 1999 in Heidelberg Hochkonjunktur hat.

Christian Burkhard

David Chytraeus: Kraichgau. De Creichgoia. Faksimile der Ausgabe Wittenberg 1561, im Auftrage des Heimatvereins Kraichgau e.V. und der Stadt Kraichtal herausgegeben und neu übersetzt von Reinhard Düchting und Boris Körkel. = Heimatverein Kraichgau: Sonderveröffentlichung; Nr. 21. Verlag regionalkultur, Ubstadt-Weiher 1999.

Rechtzeitig zum 400sten Todestag David Chytraeus' am 25. Juni 1600 haben Reinhard Düchting und Boris Körkel einen wunderschönen kleinen, mit bibliophilem Anspruch gestalteten Band im Kleinen Oktavformat vorgelegt; es handelt sich um die faksimilierte Neuausgabe der sehr selten gewordenen „Rede“ des David Chytraeus nach der Wittenberger Ausgabe von 1561. David Chytraeus – der Name humanistisch-modisch graecisiert aus Kochhaf – wuchs in Menzingen im Kraichgau auf, wo sein Vater als Pfarrer wirkte. Obwohl er bereits mit 9 Jahren seine Studien am Tübinger Stift aufnahm, den Kraichgau also nur aus kindlichem Erleben kennen konnte, legte er mit seiner mehrfach, erstmals 1558 als Rostocker Universitätsrede vorgetragenen Schilderung des Kraichgaus die wohl erste landeskundliche Beschreibung dieser Landschaft vor. Entstanden ist sie wohl aus persönlicher Dankbarkeit und Verpflichtung gegenüber seinem besonderen Förderer Peter von Menzingen, der das Talent des offensichtlich frühreifen Jungen erkannte und ihn bis in seine reiferen Jahre großzügig förderte – so nehmen denn auch

Hinweise auf die Familie und deren Geschichte einen besonderen Raum in der Rede ein.

Chytraeus beschreibt Geschichte und Topographie, Bewohner und in besonderem Maße auch bedeutende, aus dem Landstrich stammende Persönlichkeiten, die vielfach auch mit der Geistesgeschichte von Stadt und Universität Heidelberg verbunden sind.

Die gut gelungene neue Übersetzung, die elegant die bekannten Schwierigkeiten von Übersetzungen aus dem Humanistenlatein umgeht, erschließt eine auch heute noch außerordentlich lesenswerte Beschreibung dieser Landschaft um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Der lutherische Theologe, Professor der Theologie und mehrfach Rektor der Universität Rostock, der weithin wirksame Kirchenpolitiker und Historiker David Chytraeus würdigt dabei die ihm besonders nahe stehenden konfessionellen Verhältnisse besonders, geht aber auch mit humanistischer Gelehrsamkeit auf die legendäre Abstammung des Kraichgaues und seiner Bewohner von Siedlern der griechischen Antike ein.

Faksimile und Übersetzung werden begleitet von einer knappen Übersicht über Chytraeus' Biographie, und ein als Nachwort bezeichneter sehr sorgfältig bearbeiteter und ausführlicher Kommentar erläutert und erschließt den Text der Rede. Als Beigabe abgedruckt ist das Hochzeitsgedicht Philipp Melancthons für David Chytraeus und seine Frau Margarete Schmedes und ein Auszug aus der *Cosmographia* des Sebastian Münster, die Pfalz und den Kraichgau betreffend, beides lateinisch und deutsch, und ein Register erschließt das schöne kleine Bändchen.

Jochen Goetze

Klaus Kempfer: Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 52). Düsseldorf: Droste Verlag 1998.

Klaus Kempfer hat sich für seine von Hartmut Soell betreute Dissertation einen faszinierenden Gegenstand gewählt. Anhand der aus dem mährischen Judentum stammenden Familie Jellinek kann er exemplarische Wege nachzeichnen, die im Zuge der Emanzipation aus dem Ghetto in das Bildungsbürgertum der Habsburgermonarchie und von dort ins Deutsche Reich führten, das vielen vom Antisemitismus genervten Österreichern jüdischen Glaubens als Hort der Rechtssicherheit und Rationalität, der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschrittlichkeit erschien. Wie es sich für eine lehrreiche historische Narration gehört, folgt auf die Erfolgs- und Aufstiegs Geschichte – nach retardierenden Momenten „In der Republik“ (so die Überschrift zu Kap. XI) – die Katastrophe der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Am Schluß steht mit der Errettung der Hauptfiguren und dem Ausblick in eine bessere deutsche Geschichte sogar eine positive Perspektive – „Im Dienste des Wiederaufbaus“ (so die Überschrift zu Kap. XIII).

Im wesentlichen schreibt Kempfer die Biographien von fünf Mitgliedern der Familie Jellinek: Er beginnt mit dem „Aufbruch“ der Brüder Adolf (1820–93) und Hermann Jellinek (1823–1848) „aus der Judengasse“, der in zwei Richtungen auseinanderlief: der eine wurde der angesehenste Rabbiner Österreich-Ungarns, der andere, der dem ebenfalls aus dem Judentum stammenden Karl Marx ähnelt, als Revolutionär 1848 hingerichtet. Für beide Brüder konnte Kempfer sich auf ältere biographische Studien stützen, so daß seine genuine Leistung vor allem in der Erforschung der beiden folgenden Generationen liegt. Dem Sohn Hermanns, dem Staatsrechtler Georg Jellinek (1851–1911), gelang es, der im Antisemitismus wurzelnden Behinderung seiner Karriere in der Habs-

burgermonarchie zu entgehen. Im rechten Moment erreichten ihn Rufe zunächst nach Basel (1890) und dann (1891) an seine Hauptwirkungsstätte, die weltoffene Heidelberger Universität in ihrer bedeutendsten Epoche. Er erlangte dort hohes Ansehen und wurde 1907 zum Rektor gewählt. Vielleicht mehr noch als Georg war seine Frau Camilla Jellinek (geb. Wertheim, 1850–1940) eine Repräsentantin des kulturprotestantisch-liberalen Heidelberg vor dem Ersten Weltkrieg: von 1900 bis 1930 war sie als Frauenrechtlerin sowohl im lokalen Rahmen als wichtigste Mitarbeiterin einer der ersten Frauenberatungsstellen als auch weit darüberhinaus als Gegnerin des § 218 politisch engagiert. Der fünfte Jellinek, dem Kempters Hauptinteresse gilt, ist Georg und Camillas Sohn Walter (1885–1955) – wie sein Vater ein Juraprofessor, der hauptsächlich in Heidelberg wirkte.

Familienbiographien sind bei Historikern, die sich derzeit gerne als Kulturwissenschaftler geben, trendy. So plausible psychologische Erkenntnisse wie die, daß individuelle Verhaltensmuster nur aus dem familiären Umfeld und aus Familientraditionen heraus verständlich werden, wurden zuletzt mehrfach auf die Geschichtsschreibung angewendet. Da jedoch Doktoranden häufig bereits mit Einzelbiographien überfordert sind, kann der Trend zur Familienbiographie und die daraus resultierende Notwendigkeit breiterer Recherchen und der Beschäftigung mit unterschiedlichen historischen Epochen einen nicht mehr zu bewältigenden Komplexitätsgrad erzeugen. Solche Probleme löst Kempter überzeugend¹, indem er die Einzelbiographien nicht aneinanderreihet, sondern geschickt miteinander verwebt. Über die fünf Hauptfiguren hinaus enthält sein Buch anschauliche biographische Skizzen von Hermann und Adolfs Bruder Moritz, von Adolfs Frau Rosalie, geb. Bettelheim, von deren weiteren Söhnen Max Hermann und Emil sowie von Walters Schwester Dora Busch, die als Überlebende des KZ Theresienstadt bis 1992 in Heidelberg lebte.

Zu einer geradezu exemplarischen Familienbiographie wird das Buch etwa in der Kontrastierung von Georg Jellineks akademischer Laufbahn mit der immer wieder durch Rücksichten auf den Antisemitismus aufgehaltenen Karriere seines Bruders, eines Sprachwissenschaftlers, an der Universität Wien und dem völlig anderen Lebensweg des dritten Bruders Emil. Dieser verkörperte den Gegentypus zu seinen bildungsbefähigten Eltern und Geschwistern, verweigerte den Aufstieg ins Bildungsbürgertum, spekulierte an der Börse und ging als Tabakhändler nach Afrika. Letztlich aber wurde er zu einem Prototyp materiellen Erfolgs im 20. Jahrhundert, nämlich zu einem erfolgreichen Autorennfahrer und schließlich zum steinreichen Lebemann. Auf der Basis seines Rennfahrerruhms und dank seines ökonomischen Wagemuts machte er ein Vermögen mit der Vermarktung des von ihm gefahrenen Typs, den er nach seiner Tochter Mercédès genannt hatte. Später sicherte er sich das Verkaufsmonopol für die Erzeugnisse der Daimler-Werke in der Habsburgermonarchie, Frankreich, Belgien und den USA und wurde damit und mit anderen spekulativen Geschäften zum Multimillionär. Auch in religiöser Hinsicht verhielten sich die drei Brüder geradezu idealtypisch: der assimilierte Georg konvertierte zum Protestantismus, der ausgegrenzte Max Hermann blieb in Wien den familiären Traditionen eng verbunden und engagierte sich im Reformjudentum, Emil schließlich repräsentiert die Areligiosität der modernen Warenwelt.

Wenn auch Georg Jellinek den mit Abstand breitesten Raum in Kempters Studie einnimmt, sind die Teile über dessen Frau Camilla wohl die innovativsten. Die Lebens-

1. Einschränkend ist allerdings zu konstatieren, daß etwa in den Passagen zu Österreich-Ungarn neuere Literatur (z.B. die Überblicksdarstellungen von John Boyer, Peter J. Katzenstein oder Pieter M. Judson) weitgehend ignoriert wird.

geschichte Georgs enthält manches, was, auch wenn es gut geschrieben ist, in einem 630-Seiten-Werk entbehrlich gewesen wäre, so etwa eine weitere Schilderung der Heidelberger Professorenkultur vor dem Ersten Weltkrieg und ihrer Gesellungsformen oder der Vorgänge um die gescheiterte Berufung Georg Simmels nach Heidelberg. Camilla Jellineks Arbeit in der bürgerlichen Frauenbewegung hingegen, ihr Einsatz gegen das „Kellnerinnenelend“ (schlechte Bezahlung und sexuelle Belästigung), ihre Bemühungen um eine bürgerliche Verbesserung dieser Frauen durch die Schaffung eines Wohnheims, ihr Kampf gegen die Prostitution, gegen das Duell und den dahinterstehenden männlichen Ehrbegriff sowie für ein Ende der Kriminalisierung von Ehebruch, nichtehelichem Zusammenleben und Abtreibungen – dies rechtspolitische und soziale Engagement einer Bildungsbürgerin am Anfang des 20. Jahrhunderts eröffnet eine Fülle erstaunlicher Erkenntnisse und Zusammenhänge. Kempfter verdeutlicht etwa die Distanz zwischen der Bildungsbürgerin in ihrer materiellen und weltanschaulichen Sicherheit und den Unterschichtsfrauen, denen sie sich zuwendet. Aus diesen fundamentalen Unterschieden resultierten maternalistische Illusionen darüber, was ihre Klientinnen wirklich brauchten und wollten, und manche Enttäuschung, aus der Camilla Jellinek jedoch immer ihre Lehren zu ziehen versuchte. Jellinek war in der Frauenbewegung eine eigenwillige Grenzgängerin zwischen radikalem und gemäßigtem Flügel; gerade dies macht sie als Gegenstand biographischer Untersuchung interessant.

Im Zentrum des Buchs steht die Ambivalenz, die das Verhältnis von Kempfers Hauptpersonen zum Judentum und zu der sie umgebenden deutschen Lebens- und Bildungswelt prägte, die sich zunehmend nationalistisch auflud und vor allem immer häufiger ethnisch definierte. Bei dem Revolutionär Hermann Jellinek schloß äußerster, politisch-theoretischer Radikalismus auch die Ablehnung des Judentums (als Religion und als soziokulturelle Mentalität) ein; gleichzeitig stellte er sich – zunächst im Scherz, aber dann auch in seinem Abschiedsbrief vor der Hinrichtung – in eine Reihe mit Jesus und Spinoza (S. 48 und 93) und offenbarte damit sein chiliastisches Sendungsbewußtsein. Seine Brüder Adolf, der Rabbiner, und Moritz plädierten nach der rechtlichen Emanzipation durch die 48er Revolution für eine Konfessionalisierung des Judentums und befanden sich damit im Gegensatz zum jüdischen Nationalismus, dem Zionismus, der mit der allgemeinen Nationalisierung seit 1848 entstand. Der rationale und modernisierungsfreudige Georg Jellinek hielt das Judentum nach der Emanzipation für „eine entschlafene Weltanschauung“ und lehnte das Festhalten daran als einen „Gipfelpunkt der Romantik“ ab (S. 284). Insbesondere stießen ihn „Ästhetik und Pathos“ ab, deren Inszenierung sein Vater genoß, der sich nach dem Bericht eines Zeitgenossen „wie eine Primadonna“ (bzw. wie der Papst!) huldigen ließ, „wenn er von der Kanzel stieg [...] [er] ließ sich sogar die Hände küssen, die er manchmal zu beiden Seiten von sich streckte“ (S. 138). Für Georg Jellinek standen Wissenschaft und religiöse Dogmatik im Widerspruch; und seine Stellung sah er auf der Seite der Wissenschaft. Deshalb trat er 1892 aus der jüdischen Kultusgemeinde aus. Sein Sohn Walter war so weit assimiliert, daß er sich nicht mehr als „Jude“ ansah und sich den integrationsfeindlichen Diskurs des frühen 20. Jahrhunderts zueigen machte, funktionierende Gesellschaften mußten rassisch homogen sein. Als ihn die NS-Regierung dann selbst als Jude stigmatisierte, versuchte er, durch akribische Ahnenforschung nachzuweisen, daß die Vorfahren seines Großvaters eigentlich keine Juden gewesen seien. Sie hätten vielmehr einer „akatholischen“ Sekte angehört und seien nur von den Bürokraten der Habsburgermonarchie dem Judentum zugeschlagen worden.

Je näher Kempfter der Zeit des Nationalsozialismus kommt, desto deutlicher zeigt sich eine der wenigen Schwächen seiner Arbeit – und der biographischen Methode ins-

gesamt, die zur Einfühlung und damit zu einem Verlust an Distanz zum Forschungsgegenstand verleitet: ein tendenziell unpolitischer Neohistorismus, dem ein außerhalb des eigenen Gegenstandes liegender Beurteilungsmaßstab fehlt. Aus berechtigter Kritik am moralisierenden Gestus der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus seit „1968“ heraus scheut die jüngere HistorikerInnengeneration vor eindeutigen politischen Beurteilungen zurück und sieht ihre Aufgabe vornehmlich darin, Motive politischen Handelns aus ihrem Kontext heraus zu verstehen. Den Erkenntnisgewinnen, die mit dieser Methode zu erzielen sind, steht allerdings die Gefahr gegenüber, in individualisierenden Beschreibungen steckenzubleiben und sich nicht mehr um historische Erklärungen zu bemühen. Mit dem expliziten Verzicht auf Typisierung (S. 14) verschenkt Kempfter Möglichkeiten der Verallgemeinerung, die sich gerade bei dieser so überaus interessanten Familie anbieten.

Dies fällt besonders auf bei den Ausführungen über Walter Jellinek. Weit mehr, als sein Biograph dies wahrhaben will, ist er ein typischer Vertreter des nationalistisch-konservativen (sich selbst häufig als nationalliberal begreifenden) gebildeten Bürgertums, an dessen fehlender Bereitschaft, sich mit der Niederlage im Weltkrieg und ihren politischen Konsequenzen abzufinden, die erste deutsche Demokratie gescheitert ist. Wie die meisten dieser Bürger begrüßte Walter Jellinek die Republik anfangs – aber nur als Verhinderin der befürchteten bolschewistischen Revolution. Nachdem das System die Anfangsstürme überstanden hatte, beschäftigten sie sich zunehmend damit, wie es so „reformiert“ könnte, daß es seinen parlamentarisch-demokratischen Charakter verlor.² Walter Jellineks Vorfahren waren auf unterschiedliche Weise Außenseiter. Dies gilt nicht zuletzt für seiner feministisch engagierten Mutter, der auch Kempfter attestiert, daß sie „weitaus entschiedener gegen die Bedrohung durch die Nazis Stellung nahm“ als ihr Sohn. Im Gegensatz zu ihnen ist Walter Jellinek ein typisches Beispiel für das politische Versagen des deutschen Bürgertums in der Weimarer Republik. Wie viele, die ursprünglich die Reichsverfassung verteidigt hatten, plädierte Walter Jellinek Anfang der 30er Jahre für „eine autoritär-konservative Umgründung des Staates.“ Er wollte wesentliche Züge einer liberal-parlamentarischen Verfassung aufgeben, um so die nationalsozialistische Machtübernahme zu verhindern. So ehrenwert Jellineks Motive gewesen sein mögen, haben doch bereits liberale Zeitgenossen befürchtet, seine öffentlich zur Diskussion gestellten Verfassungsreformvorschläge seien „geeignet, das deutsche Staatsgrundgesetz um den letzten Rest von Ansehen zu bringen, den es noch bis heute behauptet hat.“ Kempfter geht in seiner Apologie so weit, denjenigen, die an der Weimarer Reichsverfassung festhielten, einen größeren „Anteil an der [...] Zerstörung der Verfassung“ zuzuschreiben, da sie „mit ihrem Beharren auf einer eng gefaßten Legalität überhaupt keinen Ausweg aus dem Dilemma der Funktionsunfähigkeit der Staatsorgane aufzeigen konnten“ (S. 472f.).

Kempfter fehlt hier die Distanz zu Jellineks Argumentationsweise. Denn nicht die Reichsverfassung hatte die politische Blockade am Ende der Republik verursacht, sondern die Kompromißunfähigkeit derjenigen politischen Kräfte, die sich zur Verfassung

2. Dies kann hier nicht näher ausgeführt werden. Ich verweise nur auf den grundlegenden Aufsatz von Konrad Jarausch „Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts“ (in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Teil IV. Stuttgart 1989, S. 180–205) und auf mein Buch „Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935“ (Göttingen 1992).

bekannten. Denn bis 1932 (also noch über den berüchtigten Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei der Septemberwahl von 1930 hinaus) hatten die verfassungsrespektierenden Parteien von SPD bis zu Jellineks DVP komfortable Mehrheiten; die politische Rechte und der Reichspräsident wollten nur (nachdem der Young-Plan angenommen war) nicht mehr mit der SPD zusammenarbeiten, die ihrerseits meinte, ihren Wählern keine weiteren Kompromisse mit der Rechten mehr zumuten zu können. Anders als Jellinek (und viele andere Konservative) argumentierten, gab es kein Verfassungs-, sondern ein Kommunikations- und Aushandlungsproblem. Deshalb ist bei allen, die dennoch darauf bestanden, daß die Verfassung geändert werden müsse, die Frage berechtigt, welche anderen als die öffentlich genannten Absichten sie damit verfolgten. Und vor allem: der Nationalsozialismus ist nicht von außen über die deutsche Gesellschaft der 1920er Jahre hineingebrochen, sondern er wäre ohne die breiten antiliberalen und nationalistischen Ressentiments all der Bürger nicht möglich gewesen, die die NSDAP benutzen wollten, um die verhaßten Sozialdemokraten (und das bei Bildungsbürgern fast ebenso verhaßte Zentrum) aus den 1918/19 errungenen Schlüsselpositionen zu verdrängen und gewissermaßen zurück in ein Kaiserreich ohne Wilhelm II. zu gelangen. Nicht allein die NSDAP, sondern erst diese antiliberalen und antiuniversalistischen Ressentiments im Bürgertum machten die nationalsozialistische Machtübernahme möglich!

Auch an Jellineks Verhalten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme läßt sich dies belegen: in seinen Aufsätzen der Jahre 1933/34 zeigt sich, daß Nationalkonservative wie Jellinek der nationalsozialistischen „Revolution“ eine größere Legitimität zugestanden als der Novemberrevolution, in dem sie behaupteten, anders als damals sei die Rechtskontinuität gewahrt, und der Umbruch verlaufe in „gesetzmäßigen Bahnen“. Jellinek wollte die rechtsbrecherischen Maßnahmen des Regimes in den ersten Wochen nicht wahrhaben: die Übergriffe von SA und SS, die Beeinflussung der Reichstagswahl, die ersten KZs, den Ausschluß der KPD-Reichstagsabgeordneten, die Verhaftung sozialdemokratischer Parlamentarier usw. Kempter erklärt das Verhalten Jellineks, der wenige Monate zuvor gar nicht positivistisch für eine Fundamentalreform der Reichsverfassung geworben hatte, nun damit, daß er „ganz positivistisch bereit gewesen“ sei, „die Ergebnisse der geschehenen staatsrechtlichen Umwälzung zu akzeptieren“. Sogar die Anfänge der NS-Judenpolitik rechtfertigte der Rabbinerengel und bediente sich dazu des im Bürgertum verbreiteten rassistischen Diskurses: „Eine echte Volksgemeinschaft setzt eine gewisse Gleichartigkeit der die Volksgemeinschaft bildenden Menschen voraus. [...] Für Deutschland besteht das Problem der Judenfrage, namentlich seit Deutschland von Ostjuden überschwemmt wurde“ (S. 484).

Neben diesen Einwänden gegen die politische Bewertung Walter Jellineks und allgemeiner gegen Kempters Abneigung, aus seinem Material politische Schlußfolgerungen zu ziehen, also seine Protagonisten als typische Vertreter von Mentalitäten im deutsch-jüdischen Bürgertum zu begreifen, sind nur einige handwerkliche Mängel zu monieren, die bei einer insgesamt so gelungenen Arbeit etwas ärgerlich sind, aber die Bedeutung von Kempters wissenschaftlicher Leistung nicht schmälern können. Insbesondere englischsprachige Literatur ist in der Bibliographie teilweise schwer zu finden: da werden Autoren unter ihrem Mutternamen angeführt (z.B. Helmut W. Smith unter „W“), oder Werke, die mit ihrem Sachtitel aufgenommen wurden wie „The Jewish Encyclopedia“, finden sich unter „T“. Auch das Fehlen eines Sachregisters ist bei einem so voluminösen, vielschichtigen und teuren Werk zwar nicht ungewöhnlich, aber eigentlich unakzeptabel.

Wilfried Rößling und Konrad Krimm (Hrsg.): Alte Bauten – Neue Pläne. Historismus in Baden – Last und Chance. Förderverein des Generallandesarchivs Karlsruhe, 1999, 321 S.

Die Erhaltung von Baudenkmalern, besonders wenn sie neue Nutzungen erhalten, setzt gründliche bauhistorische und archivalische Forschungen voraus. Dieser nicht ganz neuen, in den vergangenen Jahren aber zunehmend ernst genommenen Erkenntnis widmete das Generallandesarchiv in Karlsruhe im dortigen Landesgewerbeamt vom 23.4. bis 6.6. 1999 eine Ausstellung. Der in einer Datenbank erschlossene Bestand an 20 000 historischen Plänen bot dazu eine reiche Auswahl, der auch die Konzentration auf das 19. Jahrhundert, also auf die Zeit von Weinbrenner bis Duhm, nahelegte. Das Ziel des Projekts war, auf die Bedeutung des Landesarchivs als „Mittler zwischen Forschung und Praxis, Bauherrn und Denkmalschützer, aber auch als Informant für jeden, der verstehen lernen will, was er sieht“ (W. Rößling, S. 13) öffentlich hinzuweisen.

Der Begleitband ist kein Katalog. Allenfalls die stochastisch wirkenden Zahlen am Außenrand der Textseiten weisen vermutlich auf Exponate hin. Die Gliederung der 28 Beiträge orientiert sich an den Aufgabenfeldern staatlicher – und allenfalls in Neben-aspekten kommunaler – Bauplanung und Bauaufsicht. Zwei Geleitworten folgt der Abschnitt „Bauverwaltung und Denkmalschutz“ mit je zwei Beiträgen zur Geschichte der Bauverwaltung des Großherzogtums und zu aktuellen Fragen des Denkmalschutzes. Dem Abschnitt „Stadtplanung“ (zwei Beiträge) folgt der Hauptteil „Baufaufgaben“, gegliedert mit den Stichworten Kirchen – Schulen – Justiz – Innenverwaltung – Bahn und Post – Bäder – Schloss und Burg. Der Abschnitt „Bauforschung in Theorie und Praxis“ beschließt mit zwei Fallbeispielen das Panorama.

Als Goethe 1815 Karlsruhe besuchte, lernte er dort Friedrich Weinbrenner kennen und als Mitklassizist schätzen. Gerhard Everke zeigt in seinem Beitrag (S. 15–34), dass Weinbrenner schon vor der Napoleonzeit die Baustile der Antike zum Vorbild der neuen Zeit erhoben hatte und damit in der Rheinbundzeit und darüber hinaus dem Rationalismus des Bürgertums Ausdruck verliehen hatte und die Verheerlichkeitung des Großherzogtums förderte. Weinbrenners Nachfolger Heinrich Hübsch fällt im heutigen Urteil dagegen ab; gegen die Grammatik ist von „Hübschen Formen“ die Rede (S. 23). Nützlich und auch für Heidelberg aufschlussreich sind die Tabellen zur „Organisation des badischen Bauwesens“. Wilfried Rößling spannt den Bogen weiter bis zur Zeit Josef Durms (S. 35–44).

Zwei Beiträge handeln von der Heidelberger Baugeschichte. Bernd Müller und Hans-Herbert Bauer stellen Planung und Bau des Bergheimer Klinikviertels vor (S. 79–89). Die Realisierung gliedert sich vom ersten Wettbewerb 1866 bis zur Fertigstellung der Ludolf-Krehl-Klinik in vier Phasen. Die funktionalen An- und Umbauten der Nachkriegszeit finden kaum Erwähnung. 1978 wird die gesamte Anlage unter Denkmalschutz gestellt. Die Autoren stellen die stadtplanerischen und bauhistorischen Überlegungen vor, die bei der Restaurierung und Umnutzung der Gebäude maßgeblich waren. Als Beispiel wird der Umbau eines Hörsaals für die Prinzhorn-Sammlung und der Kapelle in eine Bibliothek näher erläutert.

Der zweite Beitrag handelt vom Friedrichsbau des Heidelberger Schlosses (S. 231–247). Wolfgang Wiese würdigt die Arbeit von Carl Schäfer, unter dessen Leitung die Ruine mit Notdach von 1898 bis 1904 für museale Zwecke im Stil des Historismus ausgebaut wurde. Die späteren Jahrzehnte sind geprägt von mehrfachen Paradigmenwechseln der Denkmalpflege. Während 1937 an einen weiteren repräsentativen Ausbau gedacht wurde, ent-

fernte der Purismus der 60er Jahre einige der Schäferschen Zutaten wieder. Wiese deutet diese „Grundkonflikte“ der Denkmalpflege an, die „geschichtsneutrale Zustände“ geschaffen hat (S. 245 f). Es ließe sich am Beispiel des Schlosses auch grundsätzlich von der Aporie sprechen, dass jedes Erhalten zugleich verändert und vom jeweiligen Zeitgeist geprägt ist.

Das Buch ist eine Fundgrube für Details (der Kirchheimer Bahnhof S. 174 f, das Gerichtsgebäude in der Seminarstraße S. 143). Leider fehlt ein Ortsregister, und wenigstens die Architekten hätten tabellarisch mit ihren Lebensdaten genannt werden sollen. Konrad Krimm bietet im Schlussbeitrag mit einer Übersicht über den Bestand an Bauakten im Generallandesarchiv (S. 293–305) ein wichtiges Findmittel zur Regional- und Baugeschichte.

Hans-Martin Mumm

Norbert Giovannini/Frank Moraw (Hgg.), *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Wunderhorn-Verlag, Heidelberg 1998, 399 Sn. Abbildungen, Index, 48.– DM.

Erst in den 1970er Jahren begannen deutsche Kommunen in grösserem Umfang ihre früheren jüdischen Bürger zu Besuchen in der ehemaligen Heimat einzuladen. In Heidelberg hatte Günter Heinemann in den 1980er Jahren intensive Kontakte mit den Emigranten gepflegt. Einzelne konnten Gäste der Stadt sein, doch erst das 800-Jahre-Jubiläum der Stadt Heidelberg bot Anlass im Mai 1996 eine Gruppe von 104 ehemaligen Heidelberger Juden einzuladen. Der Wunsch, dieses Zusammentreffen für die Beteiligten zu dokumentieren, war ursprünglich Anlass zu dieser Publikation. Daraus ist allerdings mehr gewachsen.

Direkt nach Kriegsende waren in Deutschland spontan verstreute Arbeiten des Erinnerns an die Opfer entstanden, doch danach geschah für Heidelberg lange nichts mehr, von vereinzelt Gedenkaufsätzen etwa für Ludwig Basnizki 1982 abgesehen. Der 1986 auf Hebräisch verfasste Ortsartikel für das Gemeindelexikon der israelischen Erinnerungsstätte YadvaShem war den wenigstens zugänglich, allenfalls in einem im Stadtarchiv aufbewahrten deutschen fehlerhaften Typoskript. 1988 wurde erstmals eine Ausstellung zur Heidelberger jüdischen Geschichte zusammengestellt, eine weitere über verfolgte Dozenten schloss sich an und 1992 erschien ein Buch über Jüdisches Leben in Heidelberg, bei dem beide oben erwähnten Herausgeber mitwirkten. Nach etlicher Verzögerung konnte auch das städtische Projekt einer Überblicksgeschichte in Buchform herausgegeben werden (1996).

Im Zentrum des hier zu besprechenden Buches liegen die Erinnerungen der Betroffenen. Aus Kontakten mit den Emigranten schöpften viele Gruppen in Deutschland wertvolle neue Informationen über die jüdische und damit auch die allgemeine Geschichte ihrer Orte. Teilweise werden hier ältere Erinnerungen (private Typoskripte) zum ersten Mal oder in Auszügen wiederabgedruckt. Wichtig sind die Arbeiten von Hugo Marx, ein scharfer Kritiker seiner Zeit, der in den Debatten um den Zionismus der 1920er Jahre deutschlandweit Aufmerksamkeit erregt hatte (S. 69–94, publ. 1965; S. 237–250, publ. 1955; S. 363–375 unpubl.). Weiter wurden Korrespondenzen der 1980er Jahre verwendet, eigene Erinnerungen für diesen Band verfasst und 1996 sogar Interviews in Israel durchgeführt.

Obwohl die Heidelberger jüdische Gemeinde mit etwa anderthalb tausend Juden (1925) zu den kleineren gehörte, entwickelte sich ein differenziertes jüdisches Leben, das

hier erst in den letzten Jahren so zur Kenntnis genommen wird. Hugo Marx schrieb davon allerdings schon 1965. Erstaunlich ist beispielsweise die Bandbreite der jüdischen Jugendbewegungen (1920er/30er Jahre): Wir finden in Heidelberg etwa zeitgleich fünf Jugendbünde (Kameraden, Jung-Jüdischer Wanderbund, HaBonim, Jüd. Pfadfinderbund Deutschlands, Bund deutsch-jüdischer Jugend). Gut ist, dass die Herausgeber keine Harmonisierungsversuche unternahmen. Beispielsweise schieden sich die Geister über die Wirksamkeit der Rabbiner Hermann und Fritz Pinkuss (Zeitraum 1900–1936) (Liesel Lewin-Kassewitz S. 142, Henri Brunswic S. 152). Neue Einblicke sind über das Leben der orthodoxen Juden zu gewinnen (Max und Berta Rubinstein), allem Anschein nach existierten zwei Betgemeinschaften (Brückenkopfstrasse (ungarischer?), Dreikönigstrasse (polnischer Ritus?)) neben der Synagoge und sogar ein paralleler Religionsunterricht zum „offiziellen“. Hier mag das Mannheimer Vorbild gewirkt haben. Dort hatten sich seit den 1850er/60er Jahren orthodoxe Familien um die Lemle-Moses-Klaus-Stiftungssynagoge gruppiert und entschlossen sich im Gemeindeverband zu bleiben, auch nachdem ein Austritt im Grossherzogtum 1869 staatlich zugelassen worden war.

Im Gegensatz dazu war der Weihnachtsbaum in wohl etlichen deutsch-jüdischen Familien verbreitet, man lese etwa die Erinnerungen von Norbert Jacob-Jensen (S. 101). Biographisch wird auch der schnelle kulturelle Wandel anschaulich gemacht: Etwa wenn der Sohn des litauisch-jüdischen (orthodoxen) Kantors aus Odenheim zum Corpsstudenten einer naturwissenschaftlich orientierten Verbindung wurde. Zugleich stellte dessen Beschäftigung als „Gymnasialprofessor“ (nach 1915) eine Besonderheit der badischen Liberalität in der sonst für Juden im Deutschen Reich sehr restriktiven Zulassungspolitik im Lehrbereich dar. Greifbar wird auch der Verstärkerprozess: Nicht wenige Heidelberger jüdische Familien hatten ihre Ursprünge auf dem Land (Sandhausen, Flehingen – s. die anschaulichen Erinnerungen an Ferien bei den Grosseltern auf dem Land bei Ernest Hausmann –, Rohrbach b. Sinsheim etc.).

Während in den 1920er Jahren aufgewachsene Autoren von ungetrübten Kindheitserinnerungen schreiben, änderte sich dies mit der Machtergreifung und der Ausgrenzung aus der allgemeinen Schule. Die Verfolgung wird bis ins Alltägliche deutlich und in nachvollziehbarer Weise sichtbar. Wichtig sind im Gegensatz dazu die „normalen“ Familienphotos, die eigens für diesen Zweck gesammelt wurden: Hier könnte man pädagogisch der Exotisierung entgegenwirken, die oft in Materialien zur deutsch-jüdischen Geschichte implizit vorhanden ist.

Ein Kernstück bildet der umfangreiche Briefwechsel der in Gurs internierten Familie Oppenheimer mit ihrem Sohn (S. 274–320, 10.9.1941–4.9.1942). Daneben werden die teilweise enormen Schwierigkeiten sichtbar, sich in den Emigrationsländern (Brasilien, USA, England, Palästina/Israel) zu etablieren.

Die Herausgeber haben sich die Mühe gemacht, in Anmerkungen und Einführungen wichtige Zusatzinformationen zu geben. Neuland betreten die Herausgeber auch mit der Frage, wie die emigrierten Juden den Orten ihrer Jugend wiederbegegneten und auf das offizielle Besuchsprogramm reagierten, die Ausführungen von Rudolf H. Weingartner sind hier sehr aufschlussreich.

Ein Personen-Index rundet das Buch ab, allerdings hätte ein Glossar von Fachbegriffen und hebräischen Ausdrücken („Templer-Gesellschaft“) die Benutzbarkeit erleichtert (bspw. Toda'ah Iwrith, Keren Kajemet S. 59, falsche Schreibweise); die „Sochnuth“ war keine „Siedlerorganisation“ (S.112), sondern die vom Völkerbund anerkannte Ansprechorganisation zur Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina, die paritätisch aus Zionisten und Nichtzionisten zusammengesetzt war und englisch Jewish Agency

heisst, s. Jüd.Lexikon, Bd. III). Etwas mehr an Erklärung hätte nicht geschadet, etwa wenn die CV-Zeitung in einen Gegensatz zur Jüdischen Rundschau gestellt wurde (S. 160), hätte die politische Ausrichtung der letzteren (zionist.) genannt werden müssen. Schliesslich scheint es ein Versehen zu sein, wenn von der Hinwendung zur „Neo-Orthodoxie und Orthodoxie“ (S. 144) die Rede ist: Es hätte es wohl „liberal-religiöse Orientierung“ als Gegensatz heissen müssen.

Die durch diese Erinnerungen für die Stadtgeschichte neugewonnenen Erkenntnisse wären eigens herauszuarbeiten. Die neuen Sachinformationen und die editorische Betreuung der Erinnerungen machen diese neue Buch zu einer wichtigen Ergänzung der Stadtgeschichte insgesamt. Man wird die Strassen und die Umgebung Heidelbergs (Kohlhof, Weisser Stein) nach dieser Lektüre anders durchwandern. Nachdem nun doch einiges über die Heidelberger Juden geforscht worden ist, war es an der Zeit, die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. Es ist zu hoffen, dass dieses Buch neben den von Heidelberg Vertriebenen und ihren Kindern, sowie stadtgeschichtlich Interessierten auch von hiesigen Lehrern für Unterrichtszwecke genutzt werden wird.

Uri R. Kaufmann

Michael Kießner und Joachim Scholtyseck (Hrsg.): *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, Konstanz: Universitätsverlag 1997, 875 S.

Die Herausgeber Kießner und Scholtyseck von der Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ der Universität Karlsruhe verweisen in ihrer Einführung mit Recht darauf, dass es in der deutschen Geschichte kaum jemals so viele „Führer“ gab wie in der Zeit des vermeintlich streng zentralistischen NS-Regimes. Nach Veröffentlichungen aus der Sicht der Gegner und Opfer legen sie jetzt in 26 Beiträgen oft jüngerer Mitarbeiter insgesamt 33 Biographien von NS-Führern vor, die sich zu einer Art Kollektivbiographie summieren sollen, welche generalisierende Aussagen über die NS-Elite im deutschen Südwesten zulässt. Die Beiträge werden jeweils mit einer Auflistung der Lebensdaten und einem Foto eingeleitet. Der stattliche Band entspricht somit in Ansatz und Anspruch in etwa der methodisch wegweisenden Arbeit von Ulrich Herbert über den SS-Führer Werner Best (1996). Beide Publikationen nutzen die Konkretheit und die diachronische Perspektive der individuellen Lebensläufe. Sie schlagen im jeweiligen biographischen Zusammenhang einen Bogen von der völkischen Bewegung der 20er Jahre, über Aufstieg, Herrschaft und Zusammenbruch des Nationalsozialismus bis hin zur Nachkriegszeit und den verschiedenen Schüben der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. In ihrem Fazit gehen die Herausgeber vehement gegen schönfärberische Tendenzen der Regionalgeschichte an, so als sei die NS-Zeit im Südwesten moderater gewesen als anderswo im Reich (S. 24), eine Legende, die leider im abschliessenden Beitrag (S. 831) wiederholt wird.

In der Biographie über den Heidelberger Kreisleiter Wilhelm Seiler, 1919 bis 1933 Volksschullehrer, wird an einem Beispiel sehr konkret gezeigt, wo ein jeder „Führer“ bei der „nationalen Revolution“ seine eigenen Prioritäten setzte: Seiler begann im Schulbereich mit einem Wunschzettel an das Kultusministerium, mit einer „Besetzungsliste“ für freiwerdende Rektorenstellen, nummeriert nach politischer Zuverlässigkeit, (die eher

versehentlich zu den Akten genommen worden ist) und handhabte später auch das rabiate Mittel der Denunziation, wenn Schulleiter sich nicht seinem personalpolitischen Konzept einfügten oder das Kultusministerium zögerte. Zugleich vollzog sich sein Aufstieg zum Rektor und Stadtschulrat.

Jedoch, von diesen partiellen Erfolgen ausgehend, zu schließen, der Kreisleiter habe in Heidelberg „das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben... maßgeblich beeinflussen“ können (S.665), sieht von der Tatsache ab, dass Seiler in Oberbürgermeister Neinhaus einen starken Gegenspieler hatte, der im übrigen seit der neuen Gemeindeordnung von 1935 ebenfalls das „Führerprinzip“ für sich ins Feld führen konnte. Neinhaus behauptete sich in vielen Politikbereichen und bewies seine Überlegenheit an Ausbildung, kommunalpolitischer Erfahrung und taktischem Geschick nicht erst in seiner Nachkriegskarriere.

Gerade die Machtverteilung auf der Ebene der Kreisleiter scheint sehr von der personellen Konstellation vor Ort abhängig gewesen zu sein. Während der Beitrag über Kreisleiter Worch in Karlsruhe nahelegt, dass tatsächlich „zuerst der Gauleiter, dann sein Stellvertreter, der Ministerpräsident, die Minister“ kamen (S.815) und Worch eine untergeordnete Rolle spielte, wird Kreisleiter Drauz in Heilbronn als brutaler Parteistatthalter geschildert, der sich Einfluss auf Justiz und Polizei verschaffte und dies skrupellos ausnützte. Hier wird deutlich, auf welche Schwierigkeiten generelle Aussagen über das Kreisleiter-Korps, über die „kleinen Könige“ im NS-System, stoßen und dass weitere biographische und lokalgeschichtlich-vergleichende Forschung notwendig ist.

Für das Durchsetzungsvermögen eines Kreisleiters war zweifellos sein Rückhalt beim Gauleiter ein wichtiger Faktor. Die Seiler-Biographie gibt ein Beispiel für extreme, geradezu neofeudale Selbstentäußerung eines Erfolgsmanns innerhalb der NS-Hierarchie (S.673f.), obwohl Seiler und der spätere Gauleiter Wagner sich schon vom Heidelberger Lehrerseminar her kannten. Angemerkt sei hier, dass in diesem Beitrag Heidelberg als „Badens NS-Kaderschmiede“ firmiert, weil im Jahre 1933 beide Vorgänger Seilers in der Kreisleitung aufrückten: Hermann Röhn zum stellvertretenden Gauleiter und Philipp Dinkel zum Leiter der badischen NSV; ebenso der Polizeioffizier Karl Pflaumer zum Innenminister und Walter Köhler (aus Weinheim) zum badischen Ministerpräsidenten.

Vergleicht man die beiden Gauleiter-Biographien, so fällt auf, dass sowohl Robert Wagner in Baden als auch Wilhelm Murr in Württemberg einen Ministerpräsidenten neben sich dulden mussten und dass mehrfache Vorstöße, diesen Dualismus aufzuheben, bei Hitler charakteristischerweise letztlich erfolglos waren (S. 301, 458). Ebenso blieben auf Stadt- und Kreisebene Partei und staatliches Amt getrennt. Allerdings war auch bei den Gauführungen die personelle Konstellation sehr unterschiedlich. War das Verhältnis Murr/Christian Mergenthaler von langjähriger Rivalität geprägt, kann zwischen Wagner und Köhler eher Absprache und Aufgabenteilung vermutet werden. Gauleiter Murr wird als unerbittlicher Befehlsempfänger Hitlers charakterisiert. Der Biograph pflichtet der These bei, der Einfluss der Gauleiter auf Reichsangelegenheiten sei gleich Null gewesen. In Württemberg habe es keine eigenständige Judenpolitik gegeben.

Der Vergleich mit dem für Baden dargelegten Material macht jedoch Unterschiede deutlich und wirft erneut die schwierige Frage der Handlungsspielräume (und Verantwortlichkeiten) der einzelnen Funktionsträger innerhalb der Diktatur auf. Das Motto „Baden geht bahnbrechend voran“ (S. 716) war wohl nicht nur Propaganda, sondern in Teilbereichen Realität. Die Herausgeber werfen diese Fragestellung auch auf und verweisen vor allem auf die Deportation der badischen Juden im Oktober 1940 als erste dieser Art und auf das Interesse der badischen und württembergischen NS-Größen an

der ersten grossen Tötungsanstalt im Rahmen des „Euthanasie“-Programms in Grafeneck.

Baden scheint auch bei den folgenden Initiativen eine Vorreiterrolle im Reich gespielt zu haben:

- Immatrikulationsverbot für Juden am 13.4.1933 (Kultusminister Otto Wacker)
- Einführung des Führerprinzips an Universitäten am 21.8.1933 (Kultusminister Otto Wacker)
- Einführung einer Judenkartei nach den Gesichtspunkten der Nürnberger Rassegesetze am 1.10.1935 (Innenminister Karl Pflaumer)
- Initiative zur Tilgung jüdischer Namen auf Gefallenen-Tafeln am 10.11.1938 (Universitätsrektor Paul Schmitthenner)
- Initiative zur Abschaffung der theologischen Fakultäten am 28.11.1938 (Kultusminister Otto Wacker)

Gerade dieser letzte – wohl wegen des Kriegsbeginns dann nicht weiter betriebene – Vorstoß wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Willensbildungsprozess im NS-Staat: in einem Brief an Bormann erbittet der badische Kultusminister „gelegentlich den Willen des Führers darüber zu ermitteln und mir mitzuteilen.“ (S. 727)

Die Autoren gewähren in ihrem Werk einen äußerst facettenreichen Einblick in den Herrschaftsalltag der NS-Führer im Südwesten. Gleichwohl vermitteln sie dem Leser ein merkwürdig statisches, oft auch widersprüchliches Bild. So heisst es zusammenfassend im Fazit über den badischen Gauleiter:

„Zwanzig Jahre lang hatte er bedingungslos gehorcht oder im vorauseilenden Gehorsam erfüllt, was von ihm erwartet worden war. Aber Robert Wagner war keinesfalls reiner Erfüllungsgehilfe, der lediglich Befehle ausführte. Als Gauleiter und Reichsstatthalter und erst recht als Chef der Zivilverwaltung herrschte er als einer von Hitlers Vizekönigen fast autonom... Sein Handlungs- und Ermessensspielraum waren (sic! F.M.) enorm.“ (S. 777)

Durch den Verweis auf die Machtfülle der regionalen Führer und zugleich auf ihre Subalternität werden wesentliche Fragen zur NS-Herrschaft eher verdeckt als beantwortet. Es bleibt die Aufgabe, in lokalen Untersuchungen über das Kräfteverhältnis vor Ort und in vergleichenden regionalen Arbeiten der Frage weiter nachzugehen, welchen Beitrag – beschleunigend oder retardierend – der Südwesten zur Dynamik des verbrecherischen Systems geleistet hat.

Das mindert in keiner Weise die Pionierleistung der Herausgeber sowie der Autoren und Autorinnen, die in Teamarbeit mit diesem Forschungsprojekt und mit ihrer Publikation die Regionalgeschichte Südwestdeutschlands in der NS-Zeit auf eine neue Grundlage gestellt haben. Sie hatten sich mit meist lückenhaften, verstreuten und – wie z.B. die Entlastungszeugnisse bei den Entnazifizierungsverfahren – schwer zu bewertenden Quellenbeständen auseinanderzusetzen. Diese sind zusammen mit der einschlägigen, oft entlegenen Literatur nach jeder Einzelbiographie detailliert aufgeführt.

Frank Moraw

Werner Schindler: Ruhm und Zauber Heidelbergs. Ausgewählte Beiträge zur Stadt-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte, zusammengestellt von Matthias Wermke und Carol Bacchus, hrsg. von der Burschenschaft Vineta e.V., Heidelberg 1999, 350 S.

Werner Schindler, 1902 geboren, kam aus Berlin zum Studium nach Heidelberg und lebte zuletzt bis zu seinem Tod 1979 als Privatgelehrter in der Klingenteichstraße 15. Kaum mehr ist in dieser Auswahl von Schindlers stadthistorischen Aufsätzen über seinen Berufs- und Bildungsgang zu erfahren. Er kann, wie es im Vorwort heißt, „getrost in einer Reihe genannt werden mit Namen wie Richard Benz, Georg Poensgen und Herbert Derwein.“ Schindlers Sammeln und Forschen diente dem Gedächtnis der Stadt. Seine Arbeiten fanden ihr Ergebnis nicht in monographischer Form, aber die hier gesammelten Aufsätze, Betrachtungen und Gedenkblätter fügen sich überraschend zu einer fast geschlossenen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte zusammen.

Der älteste Aufsatz wurde in dem von Poensgen zum Goethe-Jahr 1949 herausgegebenen Gedenkbuch veröffentlicht. Bei dem Titel „Heidelbergs Beitrag zu Goethes Gesellschaftskunde 1775“ handelt es sich um einen Kunstgriff. Der Heidelbergbezug diente in einer Zeit, in der in Deutschland ein bürgerlich-konservatives Gesellschaftsbild wieder neu entworfen und begründet werden musste, nur als Vorwand, um auf die gewiss patriarchalisch-vordemokratische, aber doch auf sozialen Ausgleich gerichtete Gedankenwelt des Klassikers zurückzukommen.

Die anderen 52 Beiträge stammen aus dem „Heidelberger Fremdenblatt“, veröffentlicht zwischen 1960 und 1970. Die Texte folgen dem Druck; die Manuskripte waren den Herausgebern ebenso wenig zugänglich wie die Zettelkästen und die 5000-bändige Bibliothek des Nachlasses. Gegliedert ist das Buch nach sachlichen Aspekten in sechs Kapitel: Geselligkeit, Fremdenstadt, Dichter, Universität, Baulichkeiten und Umgebung. Bei chronologischem Querlesen ergibt sich als weitere, bestätigende Erkenntnis, dass jede Geschichtsschreibung mit ihrer jeweiligen Gegenwart verwoben ist.

In „Friedrich Gundolf – ein Gedenkblatt“ (1960) bekennt sich Schindler als Schüler Gundolfs. Weitere literarische Themen sind Goethe, Jean Paul, Brentano, Nadler wie auch George, Mombert und Thomas Mann, denen er seit Ende der zwanziger Jahre hier begegnete. „Die Heidelberger Karlstorheit“ beschreibt 1967 die völlige Nutzlosigkeit dieses Prachttores, macht sich lustig über die kommunale Finanzposse des 18. Jahrhunderts und wirbt zugleich dafür, das Verkehrshindernis nicht abzureißen. Ein Aufsatz von 1968 ist „Alt-Heidelberger Studentenumulten“ gewidmet. Auch das Thema „Alt-Heidelberg von unten“ (1969) greift ein Stichwort der Zeit auf. Hier erinnert Schindler an den Tod Karl Gottfried Naders im August 1849. In den letzten Tagen der Revolution wurde der Dichter – so die Behauptung – „von einem unbekanntem, ortsfremden Revolutionär niedergeschlagen und starb wenige Tage darauf“ (S. 37). In einem weiteren Aufsatz – „Karl Christian Gottfried Nadler. Zwischen ‚Gift und Dolch‘“ – diskutiert Schindler 1969 die Umstände von Naders Tod. Er bleibt dabei, dass „ein fast nur zufällig vereiteter Mordanschlag, eine blutgierige Denunziation gemeinster politischer Rachsucht“ stattgefunden habe (S. 143). Tatsache ist, dass es der 48er Revolution von wenigen Ausnahmen abgesehen gelungen war, ihren Weg ohne Exzesse und Lynchgewalt zu gehen. Nadler selbst schildert den Vorfall, der beleidigend und bedrohlich war, nicht von den revolutionären Behörden ausging und sich durch Geistesgegenwart auflösen ließ. Der Nachruf im „Heidelberger Journal“ nennt als Todesursache eine Lungenkrankheit. Daran muss im Nadler-Jahr 1999 erinnert werden.

Der zeitlich letzte Beitrag handelt von „Heidelbergs glücklicher Zeit“ (1970). Gemeint ist – natürlich – die Zeit der Romantik um 1810. Vermächtnisartig heißt es am Schluss: „Längst dröhnen die Baumaschinen, wo vormals die Brunnen erklangen, längst rattern die Omnibusse, wo einst die Wanderer schritten, längst ist das Zauberbild der Heidelberger Romantik zum knalligen Reiseplakat, zur blumigen Stimmungskulisse, zum grellen ‚Image‘ der Werbetechnik geworden“ (S. 30). Michael Buselmeiers Sujet vom „Untergang Heidelbergs“ ist hier vorweggenommen. Schindlers Schlusssatz lautet: „Es kommt auf das Menschentum an, nicht auf die Baumaschinen, ob wir das Erbe der Romantik zu wahren verstehen“ (ebd.).

Es ist den Herausgebern gelungen, einen Beitrag zur Erfüllung vielfach gehegter Wünsche zu leisten: Verstreutes, Entlegenes und Vergriffenes zu sammeln und – grafisch gut gestaltet – wieder zugänglich zu machen. Nur so lässt sich das Gedächtnis der Stadt strukturiert weitergeben. Was fehlt, ist eine biographische Skizze zum Autor, vielleicht eine Auswahlbibliographie und unbedingt ein Namensregister.

Das Buch kostet 50 DM plus 6 DM für Versand und kann bezogen werden bei der Burschenschaft Vineta e.V., Dr. Matthias Wermke, Zwingerstraße 10, 69117 Heidelberg (Barzahlung per Verrechnungsscheck).

Hans-Martin Mumm

Neue Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte

Selbstständige Veröffentlichungen

- Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hrsg.): Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Karlsruhe 1998
- Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Kreisarchive in Baden-Württemberg. Aufgaben und Bestände. Ubstadt-Weiher 1998
- Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck (Hrsg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Ubstadt-Weiher 1998
- Badisches Landesmuseum (Hrsg.): Revolution der deutschen Demokraten in Baden Landesausstellung im Karlsruher Schloss vom 28.2.1998 – 2.8.1998. Karlsruhe 1998
- Bieker, Josef; Oesterreich, Volker: Heidelberg. Würzburg 1998
- Burkhart, Christian: Die Obere Burg zu Heidelberg. Das vergessene Pfalzgrafenschloß. Hrsg. von der Johann-Gutenberg-Schule. Heidelberg 1998
- Derwein, Herbert: Handschuhsheim und seine Geschichte. Heidelberg 1997
- Düchting, Reinhard; Fleischer, Andrea u.a. (Bearb.): Olympia Fulvia Morata. Stationen ihres Lebens: Ferrara – Schweinfurt – Heidelberg. Katalog zur Ausstellung im Universitätsmuseum Heidelberg, 26. März – 8. Mai 1998. Ubstadt-Weiher 1998
- Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848. Begleitband zu der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg vom 5. März – 3. Mai 1998. Ubstadt-Weiher 1998
- Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Ubstadt-Weiher 1998
- Esenwein, Jürgen von: „Folg' ich meinem Genius“. Mit einem Vorwort von Harald Gerlach. Heidelberg 1998
- Freitag, Sabine: Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. München 1998
- Gadamer, Hans Georg: Autobiographie und Geschichte. Zwei Vorträge und ein Gespräch mit Michael Buselmeier. Heidelberg 1998
- Giovannini, Norbert; Moraw, Frank (Hrsg.): Erinnerungtes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs. Heidelberg 1998
- Hagen, Thomas; Hirsch, Hans-Joachim (Bearb.): Vorwärts! Ist der Ruf der Zeit. Die Revolution 1848/49 in der Region Mannheim. Hrsg. v. Arbeitskreis Landeskunde/Landesgeschichte – Region Mannheim und vom Stadtarchiv Mannheim (Kleine Schriften Nr.11). Mannheim 1998
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Heute ist Freiheit. Bauernkrieg im Odenwald. Katalog zur Ausstellung im Bezirksmuseum Buchen/Odw.. Stuttgart 1998
- Heidelberger Geschichtsverein (Hrsg.): Heidelberg – Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 3. Heidelberg 1998 (HJG)
- Hippel, Wolfgang von: Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/1849 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 26). Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Stuttgart 1998

- Kempter, Klaus: Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum. (Schriften des Bundesarchivs 52). Düsseldorf 1998
- Kollnig, Karl: Kurpfalz – Ereignisse und Gestalten, 3. Aufl. Buchen 1997
- Kollnig, Karl; Freese, Inge: Der Friedhof in Handschuhsheim. Heidelberg 1998
- Lossen, Hans; Lossen, Wolfgang; Werner, Dieter: Heidelberg – Bewegte Zeiten 1930–1960. Gudenberg-Gleichen 1998
- Maesel, Markus A.: Chronik des Barfüsser Karmeliterkloster zu Heidelberg: ein Beytrag zur Pfälzischen Kirchengeschichte: Die deutsche Fassung des P. Gregor Hertweg. Ubstadt-Weiher 1998
- Maesel, Markus A.: Der Kurpfälzische Reformierte Kirchenrat im 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der zentralen Konflikte in der 2. Jahrhunderthälfte. Heidelberg, 1997
- Mörz, Stefan: Haupt- und Residenzstadt. Carl Theodor, sein Hof und Mannheim. Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim Nr. 12. Mannheim 1998
- Moraw, Frank (Hrsg.): Oppenheimer. Eine Heidelberger Familie vor dem Holocaust. Unter Mitarbeit von Schülern des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums Heidelberg herausgegeben von Frank Moraw. Heidelberg 1998
- Müller, Bernd: Architekturführer Heidelberg. Mannheim 1998
- Nellen, Petra (Hrsg.): Die Universität zwischen Revolution und Restauration. Ereignisse und Akteure 1848/49. Begleitheft zur Ausstellung des Heidelberger Geschichtsvereins in Zusammenarbeit mit dem Universitätsarchiv Heidelberg 15. Mai – 31. Juli. Ubstadt-Weiher 1998
- Raab, Heinrich: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg. Bearb. von Alexander Mohr. Stuttgart 1998
- Schlechter, Armin: Die Manessesche Liederhandschrift. Kalender für das Jahr 1999. Heidelberg 1998
- Sinn, Peter: Der Hainsbach-Schwemmkegel in Heidelberg – Handschuhsheim – der älteste bekannte Siedlungsstandort am Fuß des Heiligenberges. Heidelberg 1998
- Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998. Heidelberg 1998
- Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Symposium vom 20. Januar 1995 in Heidelberg. Heidelberg 1998
- Wiesel, Wolfgang: Das Heidelberger Schloss. Führer durch die Schloßanlage. Heidelberg 1998
- Ziewes, Franz-Josef (Hrsg.): Badische Synagogen aus der Zeit von Großherzog Friedrich I. in zeitgenössischen Photographien. Karlsruhe 1997

Artikel und selbstständige Beiträge nach Epochen geordnet

1. Vor- und Frühgeschichte

- Ludwig, Renate: Funde und Ausgrabungen in und um Heidelberg 1997. In: HJG, Jg. 3, S. 279–282
- Sinn, Peter: Der Hainsbach-Schwemmkegel in Heidelberg – Handschuhsheim – der älteste bekannte Siedlungsstandort am Fuß des Heiligenberges. Heidelberg 1998

2. 8. – 18. Jahrhundert

- Burkhart, Christian: Die Obere Burg zu Heidelberg. Das vergessene Pfalzgrafenschloß. Hrsg. von der Johann-Gutenberg-Schule. Heidelberg 1998
- Burkhart, Christian: Gab die Ruine am Westhang des Hohen Nistler dessen Ausläufer Wald(s)berg den Namen. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 31–33
- Düchting, Reinhard; Fleischer, Andrea u.a. (Bearb.): Olympia Fulvia Morata. Stationen ihres Lebens: Ferrara – Schweinfurt – Heidelberg. Katalog zur Ausstellung im Universitätsmuseum Heidelberg, 26. März – 8. Mai 1998. Ubstadt-Weiher 1998
- Kollnig, Karl: Kurpfalz – Ereignisse und Gestalten, 3. Aufl. Buchen 1997
- Kumlehn, Inge; Maag, Wilfried: Das Gebäude Kleingemünder Straße 8 in Ziegelhausen. Bemerkenswerter Erhaltungszustand von Baukörper und Fachwerkbemalung aus dem Jahr 1601. In: HJG, Jg.3, S. 211–226
- Maesel, Markus A.: Chronik des Barfüsser Karmeliterkloster zu Heidelberg: ein Beytrag zur Pfälzischen Kirchengeschichte: Die deutsche Fassung des P. Gregor Hertweg. Ubstadt-Weiher 1998
- Maesel, Markus A.: Der Kurpfälzische Reformierte Kirchenrat im 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der zentralen Konflikte in der 2. Jahrhunderthälfte. Heidelberg 1997
- Mörz, Stefan: Haupt- und Residenzstadt. Carl Theodor, sein Hof und Mannheim. Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim Nr. 12. Mannheim 1998
- Nuding, Matthias: Die Universität, der Hof und die Stadt um die Wende zum 15. Jahrhundert. Fragen an die ältesten Heidelberger Rektoratsakten. In: ZGO 146/ 1998, S. 197–248
- Perkow, Ursula: Eine Handschuhsheimer Eselei. Von dem kurpfälzischen Hofkapellmeister Johann Köfel in Musik gesetzt. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 48–49
- Schlechter, Armin: Die Manessesche Liederhandschrift. Kalender für das Jahr 1999. Heidelberg 1998
- Seeliger-Zeiss, Annemarie: IN MEMORIAM Johannes Dunski – Historische Inschriften als Quelle für die Geschichte der Heidelberger Providenzkirche. In: HJG, Jg. 3, S. 197–210
- Wendt, Achim: „... den stul der pfalsgrauffschaft in dysze übertrefflich burg zu verandern.“ Zur Residenzbildung Heidelbergs im 13. und 14. Jahrhundert. In: HJG, Jg. 3, S. 9–30

3. 18. und 19. Jahrhundert

- Burkhart, Christian: Thomas Jefferson besucht Heidelberg und die Kurpfalz (April 1788). In: HJG, Jg.3, S. 227–234
- Roth, Anja-Maria: Charles de Graimberg (1774–1864). Denkmalpfleger – Sammler – Künstler. Heidelberg 1998

4. 19. Jahrhundert

- Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hrsg.): Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Karlsruhe 1998

- Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck (Hrsg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Ubstadt-Weiher 1998.
- Badisches Landesmuseum (Hrsg.): Revolution der deutschen Demokraten in Baden Landesausstellung im Karlsruher Schloss vom 28.2.1998 – 2.8.1998. Karlsruhe 1998
- Dietrich, Stefan J.: Gewalt und Vorurteil. Antijüdische Ausschreitungen 1848 in Nordbaden. *Badische Heimat* 1/ 1998, S. 71–82
- Engehausen, Frank: Die Heidelberger Versammlung und der Beginn der deutschen Revolution. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 11–30
- Engehausen, Frank: Karl Mittermaier. In: Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 93–120
- Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848. Begleitband zu der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg vom 5. März–3. Mai 1998. Ubstadt-Weiher 1998.
- Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Ubstadt-Weiher 1998.
- Fenske, Hans: Die Revolution von 1848/49 und der Rhein-Neckar-Raum. In: Arbeitskreis der Archive (Hrsg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Ubstadt-Weiher 1998, S. 7–56
- Freitag, Sabine: Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. München 1998
- Giovannini, Norbert: Die „Verwertung“ der 1848/49er Revolution im lokalen Kontext. In: *HJG*, Jg.3, S. 145–178
- Goetze, Jochen: Blinde Werkzeuge mit drei Flintensteinen. Der Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833 und die Folgen. In: *HJG*, Jg.3, S. 31–64
- Hagen, Thomas; Hirsch, Hans-Joachim (Bearb.): Vorwärts! Ist der Ruf der Zeit. Die Revolution 1848/ 49 in der Region Mannheim. Hrsg. v. Arbeitskreis Landeskunde/Landesgeschichte – Region Mannheim und vom Stadtarchiv Mannheim (Kleine Schriften Nr.11). Mannheim 1998
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Heute ist Freiheit. Bauernkrieg im Odenwald. Katalog zur Ausstellung im Bezirksmuseum Buchen/Odw.. Stuttgart 1998
- Hausmann, Katharina: Die Heidelberger Deutsche Zeitung. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 89–98
- Hepp, Frieder: Die Heidelberger Versammlung im Urteil von Zeitgenossen und Historikern. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 99–110
- Hippel, Wolfgang von: Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/1849 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 26). Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Stuttgart 1998
- Hippel, Wolfgang von: Zwischen Verfolgung und Emanzipation. Zur Situation der Juden in Baden während der Revolutionsjahre 1848/49. Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg Bd.4/ 1998, S. 9–13
- Hirschhausen, Ulrike von: Die Deutsche Zeitung. In: Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 209–226

- Hochstuhl, Kurt; Scheider, Regine: Politische Vereine in Baden 1847 – 1849. In: ZGO 146/ 1998, S. 351–436
- Hübinger, Gangolf: Georg Gottfried Gervinus: Aussichten auf Reformen und Revolutionen in Europa. In: Freitag, Sabine: Die Achtundvierziger. München 1998, S. 249–262
- Kohnle, Armin: Georg Gottfried Gervinus. In: Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 11–40
- Leonhard, Jörn: Christian Knapp. In: Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 183–208
- Machoczek, Ursula: Gustav Höfken in: Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher, 1998, S. 69–92
- Merz, Ludwig: Flucht vor den „Schwarzen Dragonern“. Eine Geschichte aus der badischen Revolution. In: HJG, Jg.3, S. 249–252
- Moraw, Frank: Honoratioren oder wahre Volksmänner? Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848 – von außen gesehen: Der Bericht Georg Lommels. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 67–74
- Müller, Carolin: Von der Heidelberger Versammlung zur Paulskirche. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 75–88
- Müller, Christian: Die Teilnehmer der Heidelberger Versammlung. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 43–66
- Muhs, Rudolf: Karl Blind: Ein Talent in der Wichtigmacherei. In: Freitag, Sabine: Die Achtundvierziger. München 1998, S. 81–98
- Mumm, Hans-Martin: Aus den Erinnerungen eines Heidelberger Gymnasiasten 1847–1849. In: HJG, Jg.3, S. 241–248
- Nellen, Petra: Ein Regiment Weiber für die Revolution... Frauen und Frauenvereine in der 1848/49er Revolution. In: HJG, Jg.3, S. 107–124
- Nellen, Petra (Hrsg.): Die Universität zwischen Revolution und Restauration. Ereignisse und Akteure 1848/49. Begleitheft zur Ausstellung des Heidelberger Geschichtsvereins in Zusammenarbeit mit dem Universitätsarchiv Heidelberg 15. Mai–31. Juli. Ubstadt-Weiher 1998
- Nordblom, Pia: Robert von Mohl. In: Engehausen, Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 41–68
- Plümacher, Günter: Ein Eilwagen-Reise-Schein von 1848. Ein Beitrag zur badischen Postgeschichte. In: HJG, Jg.3, S. 235–240
- Raab, Heinrich: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg. Bearb. von Alexander Mohr. Stuttgart 1998
- Schaffrodt, Petra: Heidelberg im Februar und März 1848. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 31–42
- Schneider, Erich: Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution und die Pflege der 1848/49er Tradition zwischen der Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik. In: Arbeitskreis der Archive (Hrsg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Ubstadt-Weiher 1998, S. 327–356
- Swiaczny, Frank: Räumliche Aspekte des Modernisierungsprozesses der jüdischen Bevölkerung in der Pfalz und in Nordbaden. Dargestellt am Beispiel der ökonomischen Aktivitäten in der Tabakbranche. Badische Heimat 2/ 1998, S. 239–248

- Urban, Nikolaus: Robert von Mohl: Konstitutionelle Monarchie, Repräsentativstem und Staatswissenschaften. In: Freitag, Sabine: Die Achtundvierziger. München 1998, S. 113–125
- Vögely, Ludwig: Sinsheim zwischen Biedermeier und Revolution 1848/49. Badische Heimat 1/ 1998, S. 111–117
- Waldenegg, Georg; Berger, Christoph: Karl Theodor Welcker. In: Engehausen. Frank; Armin Kohnle: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 1221–154
- Woydt, Malte: Die „Vaterländer“. Die außerparlamentarischen Aktivitäten der Heidelberger Liberalen in der Revolution von 1848. In: HJG, Jg. 3, S. 125–144
- Zepf, Robert: Karl Hagen. In: Engehausen. Frank; Kohnle, Armin: Gelehrte in der Revolution. Ubstadt-Weiher 1998, S. 155–182
- Zepf, Robert: Mit dem Resultat einer Seifenblase? Der Auszug der Heidelberger Studenten nach Neustadt an der Weinstraße im Juli 1848. In: HJG, Jg. 3, S. 65–106
- Zorn, Peter (Bearb.): Bassermanns Bericht über die Heidelberger Versammlung. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 120–132
- Zorn: Friedrich Daniel Bassermann und sein Bericht über die Heidelberger Versammlung. In: Engehausen, Frank; Hepp, Frieder (Hrsg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Ubstadt-Weiher 1998, S. 111–119

5. 19. und 20. Jahrhundert

- Bahls, Dietrich: Die Ziegelhäuser Landstraße. Ein historischer Spaziergang zur Baugeschichte. In: HJG, Jg.3, S. 295–304
- Berger, Günther: Mehr als verstaubte Akten. Kommunale Archive am Beispiel des Stadtarchivs Heidelberg. In: BRANDSchutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung 2/1998, Seiten 105–107, 119
- Franz, Ulrich: Von der Unersättlichkeit der Ungeliebten. Eine umweltpsychologische und narzißmustheoretische Analyse des Mythos Heidelberg. In: Ästhetik und Kommunikation, Heft 101, 29. Jg., Juli 1988, S. 103–113
- Goetze, Jochen: Der Vergangenheit auf der Spur. Dokumente zum Sprechen bringen. In: BRANDSchutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung 2/1998, Seiten 98–104
- Heinz, Gottfried: Carl Metz (1818–1877) und Franz Gilardone (1840–1905). Zwei Generationen der deutschen Freiwilligen Feuerwehr. In: BRANDSchutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung 2/1998, Seiten 88–92
- Kempter, Klaus: Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum. (Schriften des Bundesarchivs 52). Düsseldorf 1998
- Langner, Martin: Die Geschichte der Motorisierung: Ausstellung und Buch vermitteln verblüffende Erkenntnisse. In: BRANDSchutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung 10/1998, Seiten 795–799
- Ziewes, Franz-Josef (Hrsg.): Badische Synagogen aus der Zeit von Großherzog Friedrich I. in zeitgenössischen Photographien. Karlsruhe 1997

6. 20. Jahrhundert

- Bauer, Jo-Hannes: Hingabe an die Gegenwart. Kinos in Heidelberg vor dem 1. Weltkrieg. In: HJG, Jg. 3, S. 179–196
- Berlinghof, Sophie: Karl-Hans Münnich, 1898–1945. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 75
- Blomert, Reinhard: Alfred Weber und Karl Mannheim – eine Heidelberger Schule der Kulturwissenschaften? In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 129–154
- Braun, Michael: Emil Maier 1876–1932. Eine politische Biografie. Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, Heft 7, Heidelberg 1997.
- Brose, Jürgen: Zwei Handschuhsheimer Autoren. Die Standardwerke von Derwein und Heinemann im Verlag Guderjahn neu aufgelegt. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 98–99
- Dreier, Horst: Gerhard Anschütz (1867–1948): Staatsrechtler in Zeiten des Umbruchs. In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 89–128
- Engelsing, Tobias: Als der Kommandant den Benzinkanister brachte. Die Synagogenbrände 1938 und die Verdrängung jüdischer Feuerwehrkameraden aus den Wehren. In: BRANDSCHUTZ/Deutsche Feuerwehr-Zeitung 2/1998, Seiten 93–97
- Frühwald, Wolfgang: Die Macht des Faktischen. – Intellektuelle und ästhetische Kultur in der Weimarer Republik. In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 9–30
- Giovannini, Norbert: „... dass Sie eine Welt schildern, in der auch ich gelebt habe.“ Karl Jaspers an Hugo Marx 1965. In: HJG, Jg.3, S. 269–278
- Giovannini, Norbert, Moraw, Frank (Hrsg.): Erinnerungtes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs. Heidelberg 1998
- Huber, Heinrich: Handschuhsheim um 1900 – als Kind erlebt. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 72–73
- Jordan, Martin: Bevölkerung in Handschuhsheim. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998. S.17–21
- Kaegi, Dominic: Jaspers und Rickert – Philosophie zwischen Wissenschaft und Existenz-erhellung. In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 171–190
- Karadi, Eva: Karl Mannheim und Alfred Weber – eine Heidelberger Schule für Kultursociologie? In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 155–170
- Kempter, Klaus: Sozialfürsorge oder Sozialpolitik? Camilla Jellinek und das „Kellnerinnenelend“. In: HJG, Jg. 3, S. 253–268
- Koenemann, Friedrich F.: Handschuhsheims ehemaliger Gemeindevald. Wandel des Waldbildes in den vergangenen hundert Jahren. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 35–39
- Laufs, Adolf: Gustav Radbruch. In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 73–88
- Maier, Hans: Aus Handschuhsheims Vergangenheit. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 81–93
- Moraw, Frank (Hrsg.): Oppenheimer. Eine Heidelberger Familie vor dem Holocaust. Unter Mitarbeit von Schülern des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums Heidelberg herausgegeben von Frank Moraw. Heidelberg 1998

- Nibel, Margarete: „Niebel“ – 75 Jahre. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 41–43
- Sauerland, Karol: Friedrich Gundolf – Aristokratie des Geistes. In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 57–72
- Schick, Paul: Hendsemer Rocker Anno 1901 in Wilhelmsfeld. Aus der sogenannten guten alten Zeit. Eine „Schlacht“ wie 1870/71. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 62–63
- Strack, Friedrich: Friedrich Gundolf und die „geistige Bewegung“ in Heidelberg. In: Ulmer, Peter (Hrsg.): Geistes- und Sozialwissenschaften in den 20er Jahren: Heidelberger Impulse. Heidelberg 1998, S. 31–56

8. *Zu mehreren Zeitabschnitten*

- Bieker, Josef; Oesterreich, Volker: Heidelberg. Würzburg 1998
- Burkhard, Christian: Ludwig Merz – 90 Jahre. Leben und Werk (Mit einer Auswahlbibliographie). In: HJG, Jg. 3, S. 283–294
- Derwein, Herbert: Handschuhsheim und seine Geschichte. Heidelberg 1997
- Holl, Eugen: Das Tiefburgarchiv in Handschuhsheim. In: HJG, Jg. 3, S. 305–308
- Merz, Ludwig: Einmaliges und Oftmaliges in pfälzischen Geschichtchen vom Wein. In: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1998, S. 95–97
- Müller, Bernd: Architekturführer Heidelberg. Mannheim 1998
- Wiesel, Wolfgang: Das Heidelberger Schloss. Führer durch die Schloßanlage. Heidelberg 1998

Die Bibliografie zur Stadtgeschichte wurde von Norbert Giovannini zusammengestellt. Sie umfasst Veröffentlichungen von 1998 und einige Nachträge zu 1997. Für die Unterstützung bei der Korrektur und Vereinheitlichung der Angaben danke ich Maria-Gabriele Riese und Reinhard Riese.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. Dietrich Bahls, geb. 1938, Rechtsanwalt, Stadtführer. Friedrichstr. 11, 69117 Heidelberg (p/d)
- Jo-Hannes Bauer, M.A., geb. 1955, Journalist und Medienpädagoge. Blumenstr. 63, 69115 Heidelberg (p)
- Christian Burkhart, M.A., geb. 1965, Historiker, freier Journalist. Heimatmuseum der Gemeinde Dossenheim. Altes Rathaus, Rathausstraße 47, 69221 Dossenheim (d)
- Michael Buselmeier, geb. 1938, freier Schriftsteller. Kühler Grund 58, 69126 Heidelberg (p)
- Prof. Dr. Reinhard Düchting, geb. 1936, lehrt und forscht am Seminar für Lateinische Philologie des Mittelalters und der Neuzeit der Universität Heidelberg. Seminar f. Lat. Philologie d. Mittelalters u. d. Neuzeit, Seminarstr. 3, 69117 Heidelberg (d)
- Prof. Wolfgang U. Eckart, geb. 1952, Lehrstuhl für Geschichte der Medizin an der Universität Heidelberg. Im Neuenheimer Feld 327, Tel. 548212 (d), Reinhard-Hoppe-Str. 15, 69118 Heidelberg (p)
- Uta Fötzsch, geb. 1962, Doktorandin am Kunsthistorischen Institut der Universität Heidelberg. Hinter den Dorfgärten 5-7, 68723 Plankstadt (p)
- Dr. Norbert Giovannini, geb. 1948, Hauptschullehrer an der Wilckensschule in Heidelberg und Lehrbeauftragter. Zähringerstr. 45, 69115 Heidelberg (p)
- Dr. Jochen Goetze, geb. 1937, Dozent am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Grabengasse 3-5, 69117 Heidelberg (d)
- Frank Grüner, geb., 1968, Osteuropahistoriker. Kaiserstr. 55, 69115 Heidelberg (p)
- Dr. Christian Jansen, geb. 1956, Privatdozent für Neue Geschichte (z.Zt. Universität Konstanz). Tröstkenstr. 43, 44807 Bochum (p)
- Dr. Uri Kaufmann, geb. 1957, freier Historiker. Franz-Kafka-Str. 15, 69221 Dossenheim (p)
- Einhard Kemmet, geb. 1951, Grabungstechniker in der Archäologischen Abteilung des Kurpfälzischen Museums. Schiffgasse 10, 69117 Heidelberg (d)
- Boris Körkel, geb. 1973, cand. phil., Studium der Deutschen Philologie und der Geschichtswissenschaften. Wendelinusstr. 30, 69207 Sandhausen (p)
- Dr. Renate Ludwig, geb. 1955, Konservatorin und Leiterin der Archäologischen Abteilung des Kurpfälzischen Museums. Hauptstr. 97, 69117 Heidelberg (d)
- Dr. Frank Moraw, geb. 1942, Lehrer für Geschichte, Politik und Latein am Kurfürst-Friedrich-Gymnasium in Heidelberg. Robert-Stolz-Weg 8, 68181 Leimen (p)
- Hans-Martin Mumm, geb. 1948, Kulturamtsleiter der Stadt Heidelberg. Kaiserstr. 10, 69115 Heidelberg (p)
- Prof. Ernst M. Oppenheimer, geb. 1920 in Heidelberg. Prof. für Germanistik, lebt in Ottawa /Canada, 1374 Morley Blvd.(p)
- Theodor Scharnholtz, M.A., geb. 1943, Oberst s.D., z.Zt. Promotion in Geschichte. Oberer Weg 11, 69181 Leimen/Ochsenbach. (p)
- Dr. phil. Armin Schlechter, geb. 1960, Bibliotheksrat, Leiter der Abteilung Handschriften und Alte Drucke und Fachreferent für Buch- und Bibliothekswesen der Universitätsbibliothek Heidelberg. Plöck 107-109, 69117 Heidelberg (d)
- Ines Tobis, geb. 1971, Studentin der Geschichte und Soziologie. Pestalozzistr. 7, 33615 Bielefeld (p)
- Christoph Vierneisel, geb. 1935, Dipl. Ing., Stadtplanungsamt der Stadt Heidelberg. Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg (d)

Achim Wendt, geb. 1964, Archäologe und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes. Landesdenkmalamt, Außenstelle Heidelberg, Czernyring 23, 69115 Heidelberg (d)

Prof. Dr. Gunther Wolf, geb. 1930, Historiker. Adalbert-Stifter-Str. 37a, 69151 Neckargemünd (p)



dd (M) h = E
c 14

